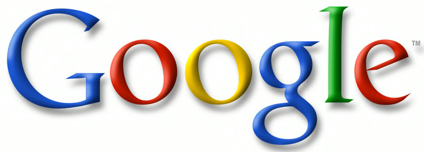
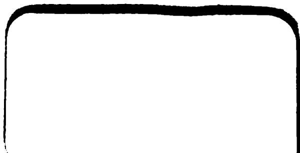

Google





28 June 1917

Handbuch

des

Europäischen Gesandschafts-Rechtes,

nebst einem

Abriss von dem Consulatswesen,

insbesondere

mit Berücksichtigung der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes,

und einem

Anhange, enthaltend erläuternde Beilagen.



Handbuch

des

Europäischen Gesandschafts-Rechtes,

nebst einem

Abriss von dem Consulatswesen,

insbesondere

mit Berücksichtigung der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes,

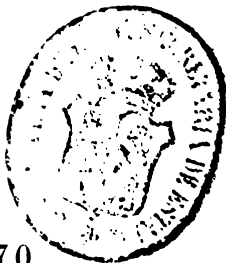
und einem

Anhange, enthaltend erläuternde Beilagen.

Herausgegeben von

Dr. L. Alt.





Berlin 1870.

Verlag der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker).

Vorwort.

Das vorliegende Handbuch ist dazu bestimmt, jungen Diplomaten ein Wegweiser zu sein und verfolgt somit lediglich einen praktischen Zweck; sind die Bearbeitungen des Gesandschaftsrechtes der früheren Zeit von dem Verfasser auch nicht unbenutzt gelassen und zwar hauptsächlich, um das Gesandschaftsrecht an Beispielen der politischen Verhältnisse aus älterer Zeit zu erläutern, so kann ein Zweifel doch darüber nicht obwalten, dass jene älteren Werke die Aufgabe, als Leitfaden für das Studium des Gesandschaftsrechtes in der Jetztzeit zu dienen, nicht mehr erfüllen können. Konnte der Verfasser sich die Frage, ob ein Bedürfniss nach einer neuen Bearbeitung des Gesandschaftsrechtes vorhanden sei, demnach bejahen, so sollte hiermit den im Laufe dieses Jahrhunderts erschienenen Werken von F. X. Moshamm, Ch. de Martens (Guide diplomatique, neu herausgegeben von F. H. Geffcken u. d. T.: Précis des droits et des fonctions des agents diplomatiques et consulaires; suivi d'un traité des actes et offices divers qui sont du ressort de la diplomatie, accompagné de pièces et documents proposés comme exemples. 5. édit. 2 Tomes en 3 parties. Leipzig 1866, gr. 8.) und A. Miruss (Das Europ. Gesandschaftsrecht) der Werth keineswegs abgesprochen werden, vielmehr kann das letztgenannte sehr verdienstliche Werk mit Recht be-

anspruchen, besonders hervorgehoben zu werden, wie auch Martens' Guide dipl., obwohl es in der systematischen Behandlung des Gegenstandes an Vollständigkeit Manches zu wünschen übrig lässt, dennoch wegen seiner reichen Auswahl von Staatsschriften aller Art, vornehmlich für den praktischen Gebrauch, auch für die Gegenwart von grosser Bedeutung ist.

Da der Umfang des Miruss'schen Werkes dasselbe als Handbuch nicht geeignet erscheinen lässt, so wollte der Verfasser dem Bedürfniss nach einem solchen abhelfen; er war dieserhalb bei der Bearbeitung des vorliegenden Werkes bemüht, sich streng an die Grenzen zu halten, die einem Handbuche vorgeschrieben sind, ohne jedoch darunter die Vollständigkeit leiden zu lassen, weshalb Vieles in das Bereich der Noten verwiesen werden musste, die nach Mancher Meinung vielleicht reichlicher als im Verhältniss zum Textumfang stehend, ausgefallen sind. Bei dem praktischen Gebrauch indessen wird es dadurch leicht ermöglicht werden, über das Gewünschte sich die erforderliche Belehrung zu verschaffen und derjenige, dem es um ein eingehenderes Studium zu thun ist, wird hierzu durch die ausführlichen und mit Beispielen versehenen Noten, sowie durch die in den Beilagen mitgetheilten Staatsaufsätze gewiss in den Stand gesetzt werden. Der Umstand, dass die einschlagende Literatur in der Regel nur Wenigen vollständig zugänglich ist, veranlasste den Verfasser, die Citate oft wortgetreu zum Abdruck zu bringen.

Von der Gewohnheit, völkerrechtlichen Büchern eine Auswahl diplomatischer Werke folgen zu lassen, wie dies von Klüber, Martens, Miruss u. A. geschehen, glaubte der Verfasser deshalb abgehen zu können, weil er sich lediglich auf einen Abdruck des den gedachten Werken beigegebenen Kataloges hätte beschränken müssen, da, wie bereits angeführt, in neuerer Zeit die Literatur des Gesandschaftsrechtes einen nur geringen Zuwachs erhalten, diejenige älterer Zeit aber einen trefflichen Sammler in D. H. L. Freiherr von Ompteda (Litteratur des gesammten, sowohl natürlichen

als positiven Völkerrechts. 2 Thle. Regensburg 1785. 8.; ergänzt und fortgesetzt von Carl Albert von Kamptz, Berlin 1817, 8.) aufzuweisen hat.

Indem der Verfasser sein Buch der Oeffentlichkeit übergiebt, ist er sich der Unvollkommenheit desselben wohlbewusst und empfiehlt es daher der Nachsicht derjenigen, welche zu einer Kritik allein berufen sind!

Hamburg, im October 1870.

Der Verfasser.

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Von dem activen und passiven Gesandschaftsrecht. — Diplomatie und Diplomatik. — Gesandschaftswesen im Alterthum. — Begriff eines Gesandten. — Verschiedenheit der Gesandten. — Consuln.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Capitel IV.

Capitel V.

Capitel VI.

Zweiter Abschnitt.

Von der Wahl der Gesandten.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Dritter Abschnitt.

Von den zur Legitimation und Geschäftsführung des Gesandten dienenden Papieren. — Chiffren.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Capitel IV.

Capitel V.

Capitel VI.

Vierter Abschnitt.

Von der Unverletzbarkeit der Gesandten.

Capitel I.

Capitel II.

Fünfter Abschnitt.

Von der Exterritorialität der Gesandten.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Capitel IV.

Capitel V.

Capitel VI.

Capitel VII.

Capitel VIII.

Sechster Abschnitt.

Von dem Gesandschafts-Ceremoniel.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Capitel IV.

Capitel V.

Capitel VI.

Siebenter Abschnitt.

Von dem Gefolge der Gesandten.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Capitel IV.

Capitel V.

Achter Abschnitt.

Von der Freihaltung, dem Gehalt und den Geschenken der Gesandten.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Neunter Abschnitt.

Von den gesandschaftlichen Handlungen.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Zehnter Abschnitt.

Von dem Ende der Gesandschaft.

Capitel I.

Capitel II.

Capitel III.

Anhang.

Erster Abschnitt.

Von dem activen und passiven Gesandschaftsrecht. — Diplomatie und Diplomatik. — Gesandschaftswesen im Alterthum. — Begriff eines Gesandten. — Verschiedenheit der Gesandten. — Consuln.

Capitel I.

§. 1.

Einleitung.

Das Interesse und das Wohl eines jeden Staates erfordern es, von Zeit zu Zeit mit anderen Staaten Unterhandlungen zu führen, nicht allein um Verträge vorzubereiten und zu schliessen, sondern auch um über die rechtlichen und politischen Beziehungen zu anderen Mächten zu wachen. Das Recht zu solchen Unterhandlungen steht nur einem politisch selbstständigen und unabhängigen Staate oder Staatenvereine zu und wird, Auswärtigen gegenüber, durch den verfassungsmässigen Inhaber der Staats- oder Vereinsgewalt, als den Repräsentanten des Staates oder der Staateneinigung, ausgeübt und zwar bald mündlich, bei persönlicher Begegnung, bald schriftlich, sowie entweder unmittelbar, zwischen den Repräsentanten beider Staaten, oder mittelbar durch deren Bevollmächtigte [1]), welche letztere sowohl Staatsbehörden sein können, die zu diesen Verhandlungen beauftragt sind, als auch einzelne Personen, die für Verhandlungen mit anderen Staaten, als Gesandte oder diplomatische Agenten, von dem Inhaber der Regierungsgewalt bevollmächtigt sind.

Im Falle einer Zusammenkunft finden die Unterhandlungen bald in dem Gebiet einer der unterhandelnden Staaten oder in dem eines

[1]) Siehe unten Neunter Abschnitt.

dritten Staates, bald auf der Grenze der beiderseitigen Mächte, Statt[1]).

§. 2.

Von dem Gesandschaftsrecht. — Actives und Passives.

Das Gesandschaftsrecht[2]) ist der Inbegriff derjenigen völkerrechtlichen Grundsätze und Rechte, welche sowohl die Staaten,

[1]) So z. B. im Jahre 1659 auf der Fasanen- oder Conferenz-Insel (isle de Caritte, i. de l'Hôpital, i. des Faisans ou de la conférence) in der Bidassoa, dem Grenzfluss zwischen Spanien und Frankreich, woselbst der Pyrenäische Friede geschlossen wurde. Voy. Jean Louis Klüber, Droit des gens moderne de l'Europe. A Stuttgart 1819. 8. Tom. I. §§. 166, 167 not. b.

[2]) Jus legationum, droit de légation ou d'ambassade. — Die Literatur siehe bei Diéd. Heinr. Ludwig Freyherrn von Ompteda, Litteratur des gesammten sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts. 2 Thle. Regensburg 1785. 8. Th. II. S. 537—582. — Carl Albert von Kamptz, Neue Literatur des Völkerrechts seit dem Jahre 1784, als Ergänzung und Fortsetzung des Werks des Gesandten von Ompteda. Berlin 1817. 8. S. 231—269. — Klüber, l. c. Supplément. Bibliothèque choisie du droit des gens. P. 513—560. — Johann Ludwig Klüber, Europäisches Völkerrecht. Zweite Auflage. Sorgsam revidirt, commentirt und ergänzt von Prof. Dr. Carl Eduard Morstadt. Schaffhausen 1851. 8. Anhang: Bibliothek für das Völkerrecht. S. 393—445. — Le Baron Charles de Martens, Guide diplomatique. 2 Tom. Leipsic 1832. 8. Tom. I. 4. Bibliothèque diplomatique choisie, suivie d'un catalogue de cartes de géographie moderne. P. 323—325. — A. Miruss, Das Europäische Gesandschaftsrecht, nebst einem Anhange von dem Gesandschaftsrechte des Deutschen Bundes, einer Bücherkunde des Gesandschaftsrechts und erläuternden Beilagen, 2 Abtheilungen. Leipzig 1847. 8. Zweite Abth. I. Bücherkunde des Gesandschaftsrechts. S. 3—124. — Von dem Verfasser benutzt sind folgende Werke über das Gesandschaftsrecht, wie über das Völkerrecht, welche das erstere mit abhandeln: Caroli Paschalii Legatus. Paris 1612. 4. — ΚΗΡΥΚΕΙΟΝ sive Legationum insigne; in duos libros distributum. 1618. 8. Antverpiae; später unter dem Titel: Frederici de Marselaer Equitis Legatus. Libri duo. Amstelodami 1644. 12. — Alberici Gentilis de legationibus libri tres. Londini 1585. 4. — Anastasii Germonii de legatis Principum et Populorum libri tres. Romae 1627. 4. — Mr. de Wicquefort, Mémoires touchant les Ambassadeurs et les Ministres publics. A la Haye 1677. 12. — Monsieur de Wicquefort, L'Ambassadeur et ses fonctions. Dernière Edition, augmentée des Réflexions sur les mémoires et du Discours historique de l'Election de l'Empereur et des Electeurs. Première Partie. A Cologne 1690. 4. Seconde Partie. A Cologne 1675. 4. — Le Parfait Ambassadeur, divisé en Trois Parties. Composé en Espagnol Par Don Antonio de Vera et de Cunniga. Nouvellement traduit en François. A Leide 1709. 8. — M. de Callières, De la manière de négocier avec les Souverains. A Amsterdam 1716. 12. — Traité des Ambassades et des Ambassadeurs. A Rotterdam 1726. 8. — J. de la Sarraz du Franquesnay, Le ministre public dans les cours étrangères, ses fonctions et ses prérogatives. A Amsterdam 1731. 12. — M. de Mably, Des principes des négociations, pour servir d'introduction au droit public de l'Europe, fondé sur les traités. A Amsterdam 1757. 8. — Johann Freiherr von Paccassi, Einleitung in die sämmtlichen Gesandschaftsrechte. Wien 1777. 12. — Christian Gotthelf Ahnert, Lehrbegriff der Wissenschaften, Erfordernisse und Rechte der Gesandten. 2 Thle. Dresden 1784. 8. — Christian Heinrich von Römer, Versuch einer Einleitung in die rechtlichen, moralischen und politischen Grundsätze über die Gesandschaften und die ihnen zukommenden Rechte. Gotha 1788. 8. — Franz Xavier von Moshamm, Europäisches Gesandschaftsrecht. Landshut 1805. 8. — Augustini a Leyser, Meditationes ad pandectas. Vol. X. Lipsiae et Guelpherbyti 1747. 4. Specimen 671 ad Lib. L. Tit. VII de legationibus (p. 891—935). Spec. 672 ad Lib. L. Tit. VII de legatis transeuntibus (p. 936—946). — Johann Jacob Moser, Versuch des neuesten Europäischen Gesandschaftsrechts. Th. 1. 2. Frankfurt a. M. 1778. 8. (Dasselbe bildet die Thle. 3 u. 4 von desselben Verfassers »Versuch des neuesten Europäischen Völkerrechts in Friedens- und Kriegszeiten«.) — Derselbe, Beiträge zu dem neuesten Europäischen Völckerrecht in Fridens-Zeiten. Th. 3 und 4. Von Gesandschaften. 1778,

welche Gesandte absenden und annehmen, als auch die Gesandten selbst, zu fordern berechtigt sind [1]). Gleichwie das Recht zu unterhandeln, so steht auch die Befugniss, Gesandte in Staatsangelegenheiten abzuordnen (actives Gesandschaftsrecht), als ein Hoheitsrecht, jedem politisch unabhängigen Staate, sowie auch solchen Staaten zu, die mit anderen zu einem Staaten-System vereinigt sind, sofern nicht die Souveränetät der einzelnen verbündeten Staaten durch den Bundesvertrag etwa eingeschränkt ist [2]). Von dem activen

1779. 8. (Ohne Angabe des Druckortes.) — Derselbe, Beiträge zu dem neuesten Europäischen Gesandschafts - Recht. Frankfurt a. M. 1781. 8. — Albertus Carolus Snouckaert van Schauburg, Dissertatio de legatis rebusque, ab his agendis. Trajecti ad Rhenum 1827. 8. — Le Baron Charles de Martens, Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des agens diplomatiques. Paris, Londres, Bruxelles, Leipsic 1822. 8. — Le même, Guide diplomatique. Tom. I. II. Leipsic 1832. 8. — Carl von Rotteck und Carl Welcker, Staats - Lexikon oder Encyklopädie der Staatswissenschaften. Bd. IV. Altona 1837. Art. Diplomatie; Diplomat; diplomatisches Corps; Diplomatik. S. 412 — 433. Bd. VI. Altona 1838. Art. Gesandter, Gesandschaftsrecht. S. 584—613. — A. Miruss, Das Europäische Gesandschaftsrecht u. s. f. — Hugonis Grotii de jure belli ac pacis. Ed. nov. Amstelodami 1670. 8. Lib. II. cap. XVIII. — M. de Vattel, Le droit des gens. 2 Tomes. A Londres 1758. 4. Tom. II. Chap. V—IX (p. 292—375). — Le Baron de Bielfeld, Institutions politiques. 2 Tomes. A la Haye 1760. 4. Chap. IX —XII (p. 162 — 233). — M. de Réal, La Science du Gouvernement. 8 Tomes. A Paris 1754. 4. Tom. V. A Paris 1764. 4. Chap. I. Des Ambassades (p. 1—340). — Vicomte de la Maillardière, Précis du droit des gens. A Paris 1775. 8. Chap. XI. Des Ambassades (p. 320—380). — Georg Friedrich von Martens, Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht, auf Verträge und Herkommen gegründet. Göttingen 1796. 8. Buch 7. Gesandschaftsrecht. §§. 182—246. — George Frédéric de Martens, Précis du droit des gens moderne de l'Europe, fondé sur les traités et l'usage. Sec. éd. entièrement refond. A Gottingue 1801. 8. Liv. VII. Des Ambassades. §§. 185 — 250. — Das Europäische Völker-Recht; in acht Büchern. Vom Geheimen Rath Schmalz zu Berlin. Berlin 1817. 8. Drittes Buch. S. 80—132. — Julius Schmelzing, Systematischer Grundriss des praktischen Europäischen Völker-Rechtes. 3 Thle. Rudolstadt 1818—1820. 8. Th. 2. 1819. §§. 271—368. — Jean Louis Klüber, Droit des gens etc. §§.166—230. — Johann Ludwig Klüber, Europäisches Völkerrecht u. s. f. §§. 166—230. — Carl Heinrich Ludwig Pölitz, Die Staatswissenschaften im Lichte unserer Zeit. 5 Thle. Leipzig 1823, 1824. 8. Th. 5. Praktisches (europäisches) Völkerrecht; Diplomatie und Staatspraxis. S. 251—339. — Heinrich Bernh. Oppenheim, System des Völkerrechts. Frankfurt a. M. 1845. 8. Cap. X. (S. 250—269). — August Wilhelm Heffter, Das Europäische Völkerrecht der Gegenwart. Dritte Ausgabe. Berlin 1855. 8. 3. Buch. 2. Abschn. (§§. 198—240). — Henry Wheaton, Eléments du droit international. Sec. édit. Leipzig 1852. 8. Tom. I. 3. part. chap. I (p. 188—226).

[1]) Klüber, a. a. O. §. 169 nennt das Gesandschaftsrecht den »Inbegriff aller Rechte, welche in Hinsicht auf gesandschaftliche Verhandlungen einem Staate zustehen«.

[2]) So hatten ehemals die einzelnen Provinzen der vereinigten Niederlande (cf. Cornelii van Bynkershoek Quaest. jur. publ. Lib. II. cap. III. »Qui recte Legatos mittant;« cap. IV. »An singulae Provinciae Foederati Belgii Legatos possint mittere, vel accipere?« in s. Oper. omn. [Ed. quart. Coloniae Allobrogum. 1761. fol.] Tom. II. p. 215—218) und die Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes (Miruss a. a. O. §. 398 a. E.) das active und passive Gesandschaftsrecht. Abgesehen von der Absendung eines Gesandten an die zur Londoner Conferenz i. J. 1864 versammelten Mächte, hat der Deutsche Bund nur das passive Gesandschaftsrecht ausgeübt. — Den einzelnen Schweizercantons steht das Gesandschaftsrecht zu (soweit ihre Verhältnisse nicht von der Centralgewalt der Eidgenossenschaft abhängig sind), in einem Bundes-Staate, wie z. B. den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, den einzelnen Provinzen jedoch nicht, sondern nur der Centralgewalt. — Die Verfassung des Norddeutschen Bundes legt dessen ganze auswärtige Vertretung in die Hände des Präsidiums; dieses vertritt den Bund völkerrechtlich, erklärt im Namen des Bundes Krieg und schliesst Frieden, geht Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten

Gesandschaftsrecht können ferner nicht ausgeschlossen werden ein Souverän, der zu dem Souverän eines anderen Landes in einem Lehnsverhältniss steht[1]), Staaten, die zu anderen in einem Schutzverhältniss stehen[2]), und endlich die sogenannten halbsouveränen Staaten (états mi-souverains) innerhalb der Grenzen ihrer völkerrechtlichen Dispositionsbefugniss. Hierher gehörten zur Zeit des Deutschen Reiches, namentlich seit dem Westphälischen Frieden, die deutschen Landesherren, welche Antheil an der Reichsstandschaft hatten[3]) und die ehemaligen Herzoge von Kurland und Semgallen[4]), gegenwärtig zählen hierher die von der Türkei abhängigen, mittelbaren, der Pforte tributpflichtigen Staaten, wie die Donaufürstenthümer Moldau und Wallachei[5]), das Fürstenthum

ein, beglaubigt und empfängt Gesandte, wiewohl die Bestallung von diplomatischen Vertretern dem Bunde nicht ausschliesslich zusteht, sondern auch den Einzelstaaten. Vgl. G. Meyer, Grundzüge des Norddeutschen Bundesrechtes. Leipzig 1868. 8. SS. 50 ff. 70 u. 126. — Unterthanen, wie hoch auch ihr Rang oder Stand sein mag, z. B. den Standesherren, wird weder das active noch das passive Gesandschaftsrecht eingeräumt (vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2. §. 274 u. Not. 9 das.), es müsste denn durch Delegation ausdrücklich übertragen worden sein, was bei Vice-Königen, Statthaltern entfernter Landestheile oder Colonieen (voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. III. p. 32 et suiv.), Gesandten (durch Substitutions-Recht; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. III. S. 54. Réal, l. c. Chap. I. sect. VI. §. 9) u. s. w. bisweilen der Fall gewesen ist.

1) Das Recht des vorgesetzten Souveräns wird gewöhnlich Hoheit, Oberhoheit genannt, er selbst Suzerain.

2) Wie ehedem die Vereinigten Staaten der Jonischen Inseln, welche, nach dem Sturze Venedigs (i. J. 1797), während der französischen Revolutionskriege abwechselnd unter französischer, türkischer, russischer und englischer Botmässigkeit befindlich, i. J. 1815 unter den Schutz Englands gestellt wurden, bis diese Macht nach der griechischen Revolution i. J. 1862 dem Schutzverhältniss entsagte, worauf die Inseln mit dem Königreich Griechenland vereinigt wurden. — Die Fürstenthümer der Moldau und Wallachei wurden im Frieden von Adrianopel (i. J. 1829) unter den politischen Schutz Russlands gestellt, welches jedem der Fürstenthümer ein organisches Statut gab; dieser ausschliesslich russischen Protection machte jedoch der Pariser Vertrag vom 30. März 1856 ein Ende, indem er die beiden Fürstenthümer unter den Schutz seiner sämmtlichen Paciscenten stellte. Andere Beispiele siehe bei Klüber, a. a. O. §. 22. Not. d. Heffter, a. a. O. §. 22. Not. 4.

3) Die Reichsritterschaft konnte an Kaiser und Reich nur »Abgeordnete« senden (vgl. Art. 23 §. 2 der Wahlcapitulation Kaiser Joseph II. vom Jahre 1764), dagegen war ihr Gesandschaftsrecht an auswärtige Mächte unbestritten.

4) Durch Unterwerfungs-Acten des Landtages und des Herzogs Peter, bzw. vom 18. und 28. März 1795, kam dieses Herzogthum unter russischen Scepter. — Die Literatur über das Gesandschaftsrecht des Herzogs von Kurland siehe bei Kamptz, a. a. O. S. 244.

5) Ehedem durch von der Pforte bestellte Hospodare regiert, wählten die beiden Versammlungen zu Jassy und Bukarest (1858) denselben Hospodar, Cusa, zum Fürsten der vereinigten Fürstenthümer und diese Wahl wurde von der Pforte und den übrigen Contrahenten des Pariser Vertrages (vom 19. August 1858), sowie auch die administrative und legislative Union der Fürstenthümer für die Regierungsdauer Cusa's anerkannt. Nachdem die Verfassung der Fürstenthümer i. J. 1864 neu geregelt worden, wurde Fürst Cusa im Februar 1866 durch eine Militär-Revolution vertrieben und am 20. April 1866, Prinz Carl von Hohenzollern-Sigmaringen (geb. 1839) als Fürst von Rumänien, Carl I., proclamirt und am 23. October 1866 als solcher mit dem Rechte der Erblichkeit für seine directen männlichen Nachkommen von dem Sultan anerkannt. — Den Hospodaren der M. und W. ertheilte der Art. 16 des Friedens von Kainardgi v. J. 1774 ein sehr beschränktes Gesandschaftsrecht, nämlich die Befugniss, einen unter dem Schutze des Völkerrechtes stehenden Geschäftsträger griechischer Religion bei ihrem Suzerän in Stambul zu haben. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 184. Not. c. Klüber, l. c. §. 175. Not. b. Pölitz, a. a. O. Th. V. S. 291. Not.

Serbien [1]), die Barbaresken-Staaten (états Barbaresques) [2]) und Aegypten. In früheren Zeiten gab es sogar Städte und Corporationen unter landesherrlicher Gewalt, welche trotzdem in gewissen Angelegenheiten, z. B. in Kriegs- und Handelssachen, Gesandte schicken durften [3]).

Ein Souverän, der sich nicht mehr im factischen Besitze der Staatsgewalt befindet, kann auch das Gesandschaftsrecht nicht mehr ausüben, obwohl es nicht an Beispielen, namentlich aus neuerer Zeit, fehlt, dass entthronten oder aus ihren Ländern vertriebenen Fürsten von solchen Staaten, welche jener Nachfolger nicht anerkennen, das Gesandschaftsrecht zugestanden worden ist [4]). Tritt eine Erledigung des Thrones ein, so wird das Gesandschaftsrecht durch diejenigen ausgeübt, welche nach der Verfassung des Staates, für die Zeit des Interregnums, dazu berufen werden [5]).

In engster Verbindung mit dem Recht, Gesandte abzuordnen, steht das Recht, Gesandte anzunehmen (passives Gesandschaftsrecht), so dass also nur der Staat, dem die erstere Befugniss zusteht, auch auf die letztere Anspruch machen kann [6]).

[1]) Seit dem 15. Jahrh. der Pforte unterworfen, erlangte dasselbe durch den Tractat von 1815 eine Art von Selbstständigkeit als tributpflichtiger Schutzstaat der Türkei. Der tapfere Milosch Obrenovich wurde als Fürst anerkannt und als erblicher Fürst nach dem Frieden von Adrianopel (1829) bestätigt. Nachdem er in Folge einer Revolution i. J. 1839 resignirt, folgte ihm Alexander Karageorgievich, der seinerseits i. J. 1858 durch eine neue Umwälzung vertrieben ward, worauf neuerdings Milosch durch Volkswahl und Anerkennung der Pforte als Fürst eingesetzt wurde. Ihm folgte i. J. 1860 sein Sohn Michael III., jedoch ohne dass die Erblichkeit im Princip zugestanden worden wäre; am 10. Juni 1868 wurde dieser in Topschider meuchlerisch ermordet, worauf die Skuptschina Milan Obrenovich, den Enkel des verstorbenen Oheims Michaels, zum Fürsten von Serbien erwählte.

[2]) Unter den ehemaligen Raubstaaten (unter dem Gesammtnamen der Barbaresken-Staaten versteht man die Gebiete von Tripolis, Tunis, Algier und Marocco), welche allmählich in ein Abhängigkeitsverhältniss zur Pforte gekommen waren, sich jedoch das Recht gewahrt hatten, Verträge mit fremden Staaten abzuschliessen, hat bis zur Gegenwart Tunis seine exceptionelle staatsrechtliche Stellung gegenüber der ottomanischen Pforte behauptet, während Algier von Frankreich erobert (1830) und Tripolis dem türkischen Reiche als ein förmliches Paschalik einverleibt worden ist. Vgl. Johann Freiherr Vasquo von Püttlingen, Regesten zur diplomatischen Geschichte Oesterreichs. Uebersicht der österreichischen Staatsverträge seit Maria Theresia bis auf die neueste Zeit, mit historischen Erläuterungen. Wien 1869. 8. S. 442.

[3]) Voy. Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. V. §. 60: »Les Villes de Suisse, telles que Neufchâtel et Bienne, qui jouissent du Droit de Bannière, ont par-là le droit de traiter avec les Puissances Etrangères, quoique ces Villes soient sous la Domination d'un Prince. Car le Droit de Bannière, ou des Armes, comprend celui d'accorder des secours de Troupes, pourvû que ce ne soit pas contre le service du Prince. Si ces Villes peuvent accorder des Troupes, elles peuvent écouter la demande que leur en fait une Puissance Etrangère, et traiter des Conditions. Elles peuvent donc encore lui députer quelqu'un dans cette vuë, ou recevoir ses Ministres.«

[4]) A. M. sind G. F. v. Martens, Einl. §. 186. Schmelzing, a. a. O. Th. 2. §. 274 Nr. 5. Miruss, a. a. O. §. 77. — Im Falle freiwilliger Abdankung verliert ein Regent gleichfalls das Gesandschaftsrecht, doch kommt das Gegentheil vor, Beispiele sind Carl V. und Christine von Schweden.

[5]) Voy. Vattel, l. c. Liv. II. chap. V. §. 62. — Zur Zeit des Deutschen Reiches waren dies der Römische König oder die Reichsvicarien, welche das Oberhaupt des Reiches vertraten.

[6]) Bei abhängigen Staaten lässt sich indessen aus dem Vorhandensein des activen Gesandschaftsrechtes nicht ohne Weiteres auf das passive schliessen.

§. 3.

Von der Diplomatie und Diplomatik.

Diplomatie[1]) (auch Gesandschaftswissenschaft, Gesandschaftskunst genannt, von diploma, Urkunde) bedeutet im modernen Sinne, kurzgefasst, den Inbegriff aller derjenigen Kenntnisse und Fähigkeiten, welche zur richtigen und geschickten Leitung und Besorgung der äusseren Staatsangelegenheiten erforderlich sind; diplomatisch heisst demnach alles dasjenige, was sich auf den Betrieb der auswärtigen Angelegenheiten bezieht. Diplomatische Verbindungen in diesem Sinne hat es zu allen Zeiten gegeben, nur unter verschiedenen Formen.

Von der Diplomatie ist die Diplomatik (Diplomatica, Urkundenlehre[2]) wohl zu unterscheiden, worunter man die Kunst oder Wissenschaft versteht, Urkunden[3]) zu lesen, zu verstehen und, zumal in Ansehung ihrer Echtheit oder Unechtheit, zu beurtheilen, wie auch die aus ihrem Inhalt, Ursprung, Alter u. s. w. hervorgehenden Ergebnisse zu beleuchten.

Obgleich der Gebrauch, Urkunden zu schreiben und in Archiven zu bewahren, fast so alt, wie die Buchstabenschrift selbst ist, so lässt sich dennoch das Alter einer auf ägyptisches Papier oder Pergament geschriebenen Urkunde nicht weiter zurück, als bis zum 5. Jahrh. n. Chr. Geb., erweisen. Erst gegen das Ende des 17. Jahrh., wo Länderstreitigkeiten, die in Deutschland Statt fanden, zur genauen Untersuchung von Urkunden führten, wurde die Diplomatik ausgebildet, und zwar zuerst durch den Antwerpener Jesuiten Papebroch und später durch den Benedictiner Mabillon[4]) verbessert. Gatterer, Justus von Schmidt-Phiseldeck, R. T. G. Schönemann[5]) u. A.

[1]) Voy. Klüber, l. c. §. 7. Schmelzing, a. a. O. Th. 2. §§. 275. 276. Rotteck und Welcker, a. a. O. Bd. IV. S. 412 ff. M. de Flassan, Histoire générale et raisonnée de la diplomatie française, ou de la politique de la France, depuis la fondation de la Monarchie, jusqu'à la fin du règne de Louis XVI.; avec des tables chronologiques de tous les traités conclus par la France. Seconde édition, corrigée et augmentée. 6 Tomes. A Paris 1809. 8. Tom. I. A Paris 1811. Discours préliminaire p. 1 not. 1: »La diplomatie est l'expression par laquelle on désigne depuis un certain nombre d'années, la science des rapports extérieurs, laquelle a pour base les diplômes ou actes écrits émanés des souverains.«

[2]) Vgl. Johann Christian Gatterer, Abriss der Diplomatik. Göttingen 1798. 8. — Voy. aussi Flassan, l. c. Disc. prél.: »La diplomatie n'est pas la diplomatique; celle-ci ayant pour objet la connaissance des chartes, leur âge, leur authenticité.«

[3]) Diplomata, schriftliche Aufsätze, welche über Rechte und Thatsachen auf eine feierliche und rechtlich bindende Art ausgefertigt sind; das Wort diploma kommt selten in den Urkunden selbst vor, anstatt desselben vielmehr die Ausdrücke: praeceptum, auctoritas, privilegium, pagina, charta, littera s. litterae, apex s. apices, pancharta, sanctio, pragmatica, instrumentum, indiculus, placitum, notitia, bulla, sigillum, sigillati apices cett. Vgl. Gatterer, a. a. O. §. 5.

[4]) De re diplomatica. Par. 1681. Suppl. 1704. fol.

[5]) Lehrbuch der allgemeinen, besonders ältern Diplomatik. 2 Bde. Göttingen 1801. 8.

stellten die Diplomatik noch wissenschaftlicher auf und vervollkommneten sie immer mehr.

Nach Gatterer[1]) zerfällt die Diplomatik in die drei Hauptwissenschaften der Schriftkunde (Graphica), der Zeichenkunde (Semiotica) und der Formelkunde (Formularia).

Capitel II.

§. 4.

Geschichtlicher Rückblick.

Obwohl das Gesandschaftswesen, als die Grundbedingung des Wechselverkehrs der Völker, schon in den ältesten Zeiten bestand und es selbst bei einigen Völkern nicht an Gesetzen in Bezug auf ihre Beziehungen zu anderen Völkern fehlt, so blieb das Gesandschaftswesen im Alterthume und noch im Mittelalter doch immerhin auf einzelne Fälle beschränkt und das Institut stabiler Missionen war damals völlig unbekannt.

Schon die Israeliten schickten und erhielten verschiedene Gesandte, jedoch bedienten sie sich derselben vorzugsweise nur bei Unterhandlungen mit nichterbfeindlichen Stämmen. Die erste Gesandschaft der Israeliten war diejenige, welche an Sihon, den König der Amoriter zu Hesbon gesandt wurde[2]). Moses schickte an den König der Edomiter Gesandte[3]) und David Gesandte, die er »seine Knechte«[4]) nennt, an den König der Ammoniter Hanon, um ihn über den Tod seines Vaters Nahas zu trösten[5]). Salomo empfing beim Antritt seiner Regierung eine Gesandschaft von dem König Hiram zu Tyrus und schickte wiederum Abgesandte an diesen[6]).

Schon in frühster Zeit schickten die Chinesen Gesandte an auswärtige Mächte und empfingen solche; i. J. 64 v. Chr. Geb. entliess China die erste Gesandschaft ins Abendland[7]). Auch die indischen Fürsten bedienten sich der Gesandschaften, es geht dies wenigstens aus den indischen Gesetzbüchern hervor, welche Verordnungen, die Wahl von Personen zu Gesandten, sowie die zu diesem Amt erforderlichen Eigenschaften und Pflichten derselben betreffend, enthalten.

[1]) Abriss der Diplom., §. 5.
[2]) Viert. Buch Mos. Cap. 21. V. 21.
[3]) Ebds. Cap. 20. V. 14.
[4]) Servos suos; עֲבָדָיו.
[5]) Zweit. Buch Sam. Cap. 10. V. 2.
[6]) Erst. Buch d. König. Cap. 5. V. 1 ff. Zweit. Buch d. Chronic. Cap. 2. V. 3 ff..
[7]) Georg Wilhelm Friedrich Hegel's Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. 2. Aufl. Bd. 9 S. 146.

Gleichfalls bei den Aegyptern war die Absendung und Annahme von Gesandten nicht selten, sie genossen ausgezeichnete Rechte und wurden als heilige Personen betrachtet, was von den ägyptischen Priestern um so mehr begünstigt wurde, als gewöhnlich sie selbst mit dergleichen gesandschaftlichen Functionen beauftragt wurden und überhaupt die Leitung der Regierungsangelegenheiten grösstentheils ihnen anvertraut war.

§. 5.

Fortsetzung.

Die Griechen, denen schon das ius feciale, von dem unten die Rede sein wird, bekannt war, schickten früh Gesandte an andere Völker und erhielten auch von diesen viele. Die ersten Gesandten im heroischen Zeitalter, deren die Schriftsteller Erwähnung thun, hiessen κήρυκες [1]); sie waren zugleich Priester und wurden als unter des Zeus unmittelbarem Schutz stehend angesehen und galten darum für heilig und unverletzlich [2]).

Themistokles wurde von den Atheniensern als Gesandter nach Lacedämon geschickt und die Lacedämonier sandten auf seinen Rath drei Gesandte nach Athen [3]). Alexander, siegreich von seinen kriegerischen Unternehmungen zurückkehrend, empfing zu Babylon aus fast allen Theilen der damals bekannten Welt, Gesandte [4]). Fremden Gesandten ertheilte in Athen der Rath der Fünfhundert Audienz und führte sie in die Volksversammlungen ein.

§. 6.

Schluss.

Wenn nun, wie in den vorhergehenden Paragraphen gezeigt worden ist, den Völkern des Alterthums das Gesandschaftswesen keineswegs unbekannt war, so vermissen wir doch bei ihnen Allen bestimmte Normen, denen dasselbe unterlegen hätte. Die Römer sind der Staat des Alterthums, welcher das Verdienst hat, dem Gesandschaftswesen durch die Festsetzung von Normen zuerst

[1]) Hom. Il. I, 334; III, 116; VII, 274; XI, 685. Ferner ibid. III, 205; V, 804; XI, 140.

[2]) Sie werden deshalb bei Homer θεῖοι (Il. IV, 192), Διίφιλοι (ibid. VIII, 517) und Διὸς ἄγγελοι ἠδὲ καὶ ἀνδρῶν (ibid. I. 334; VII, 274) genannt. — Den Namen κήρυκες (caduceatores) führten sie von dem Mercuriusstabe, mit welchem sie mit aller Sicherheit, gleich den Trompetern neuerer Zeit, das feindliche Lager betraten. Vgl. Ompteda, a. a. O. Th. I. §. 33. Varro, Fragm. de vit. pop. Roman. lib. III. (p. 247): »Verbenarius ferebat verbenam, id erat caduceus, pacis signum: nam Mercurii virgam possumus existimare.« Cf. Plin. Nat. Hist. Lib. XXII. cap. 2 in fin.

[3]) »Functi summis honoribus.« Cf. Corn. Nep. in Themistocl. capp. VII. VIII.

[4]) Quint. Curt. Ruf. de gest. Al. Magn. lib. X. (p. 246) und J. Freinshemii Supplem. in Q. Curt. lib. X. cap. 4 (p. CLV). Ed. Bipont. 1782. — Diodor. biblioth. hist. lib. XVII. cap. 113.

eine Ausbildung gegeben zu haben; sie errichteten das Collegium der Fecialen, denen es oblag, das ius feciale, gewissermaassen ein Gesetzbuch für den ganzen Umfang des Völkerrechts [1]), welches Vorschriften enthielt, die den Krieg und Frieden, Bündniss-Abschlüsse, die Behandlung fremder Gesandten, überhaupt jegliche Art von, mit auswärtigen Völkern zu verhandelnder Staatsgeschäfte betrafen, zu handhaben [2]). Auch sie selbst wurden als Botschafter an andere Völker gesandt, sowohl in Kriegs- als Friedensangelegenheiten und hatten in ersterem Falle den Krieg unter vorgeschriebenen religiösen Ceremonieen anzukündigen und Genugthuung zu fordern [3]). Ihre Anzahl belief sich, wie Varro [4]) berichtet, auf zwanzig und der erste unter ihnen hiess Pater Patratus [5]), wahrscheinlich deshalb, weil er Vater und Kinder am Leben haben musste, um desto grösseren Antheil am Wohle des Staats zu nehmen und bei dem Wirken für dasselbe gleichsam vor- und rückwärts zu sehen [6]).

Was schliesslich die Entstehung des Instituts der Fecialen betrifft, so stimmen die Schriftsteller des Alterthums darin fast überein, dass Numa Pompilius dasselbe errichtete [7]) und sein Enkel Ancus

[1]) Cf. Varro de ling. lat. Lib. IV (Ed. Bipont. 1788, p. 25): »Feciales quod fidei publicae inter populos praeerant; nam per hos fiebat, ut justum conciperetur bellum, et ut foedere fides pacis constitueretur. Ex heis mittebant, antequam conciperetur, qui res repeterent: et per hos etiam nunc sit foedus.« — Dionys. Halicarnasens. antiq. rom. Lib. II, 72 (p. 390 Reiskian. edit.) — A. Gell. Noct. Attic. XVI, 4. — Plutarch. Vit. Num. XII (68): »Οἱ μὲν γὰρ Φιτιάλιοι εἰρήνης φύλακές τινες ὄντες, ὡς δ᾽ ἐμοὶ δοκεῖ, καὶ τοὔνομα λαβόντες ἀπὸ τῆς πράξεως λόγῳ τὰ νείκη κατέπαυον οὐκ ἐῶντες στρατεύειν πρότερον ἢ πᾶσαν ἐλπίδα δίκης ἀποκοπῆναι.« — Non. Marcell. de doctor. indag. s. v. fetiales.

[2]) Juris et Judicii Fecialis, sive, Juris inter Gentes, et Quaestionum de eodem explicatio. Qua, quae ad Pacem et Bellum inter diversos Principes, aut Populos spectant, ex praecipuis Historico-jure-peritis, exhibentur. Opera R. Z. [Richardi Zouchaei]. Authoris Elementorum Juris-Prudentiae. Lugd. Batavor. 1651, 12. Pars I.

[3]) Diese Genugthuungsforderung hiess clarigatio. Cf. Commentar. in Virgil. Servian. Lib. X, v. 14: »— — clarigationem exercere, hoc est, per feciales bellum indicere. — — — Nam si quando homines vel animalia de aliqua gente rapta essent populo Romano, cum fetialibus, i. e. sacerdotibus qui faciendis praesunt foederibus, proficiscebatur etiam pater patratus, et ante fines stans clara voce dicebat belli causam: et nolentibus res raptas restituere, vel auctores iniuriae tradere, iaciebat hastam, quae res erat pugnae principium, et iam sic licebat more belli res rapere. Clarigatio autem aut a clara voce dicta est qua utebatur pater patratus: aut ἀπὸ τοῦ κλήρου, hoc est sorte.« — Cf. ibid. Lib. IX. v. 53: »— — Et haec clarigatio dicebatur a claritate vocis.« — Plin. Nat. hist. Lib. XXII. cap. 2 in fin.: »— — legati et cum ad hostes clarigatumque mitterentur, id est, res raptas clare repetitum, unus utique Verbenarius vocabatur. — Quint. orat. inst. Lib. VII, 4: »Clarigatio dicta a clara voce, qua utebatur pater patratus, ut alii a clero, hoc est a sorte, nam bellica sorte hostiles agros invadebant unde Graecos κληρονόμοι dicti, qui jure bone defuncti sortiunt.«

[4]) Cf. fragm. de vit. pop. Rom. Lib. III (p. 247).

[5]) Cf. Commentar. in Virgil. Servian. Lib. XII. v. 120.

[6]) Cf. Plutarch. quaest. rom. 62. — Ompteda, a. a. O. Th. I. §. 33.

[7]) Cf. Dionys. Halicarn. Lib. II, 72 (p. 389): »— — Νόμα τοῦ βασιλέως πρῶτον καὶ τοῦτο Ῥωμαίοις τὸ ἱερὸν ἀρχεῖον καταστησαμένου κ. τ. λ.« — Plutarch. Vit. Num. XII (68): »Πολλὰς δὲ καὶ ἄλλας Νομᾶ καταδείξαντος ἱερωσύνας ἔτι δυεῖν μνησθήσομαι, τῆς τε Σαλίων καὶ τῆς τῶν Φιτιαλίων κ. τ. λ.« — Id. vit. Camill. XVIII (137): »Τούτους τοὺς φητιαλεῖς Πομπίλιος Νομᾶς — — — κατέστησε φύλακας μὲν εἰρήνης, ἐπιγνώμονας δὲ καὶ βεβαιωτὰς αἰτιῶν, αἳ σὺν δίκῃ πόλεμον ἐπισυνάπτουσι.« — Anderer Meinung sind Serv. Aurel. Victor (de vir. illustr. cap. V), Livius (Lib. I cap. 32) und Servius (Commentar. Lib. X v. 14), welche dem Ancus Marcius die Gründung des Collegiums zuschreiben.

Marcius die dem Collegium gegebenen Vorschriften durch, den Aequicolern entnommene Zusätze, als deren Verfasser von Aurelius Victor der König Sertor Rhesius angegeben wird, vermehrte [1]).

Capitel III.

§. 7.

Von der Entstehung der beständigen Gesandschaften.

Das Alterthum kannte, wie soeben erwähnt, also nur transitorische Gesandschaften und Verhandlungen. Schon früh fingen jedoch die Päpste an, stehende Gesandschaften zu unterhalten in Deutschland, England und Frankreich, namentlich aber in Constantinopel die sogenannten apocrisarii oder responsales [2]). Weltliche (stehende) Gesandschaften kommen erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, gleichzeitig mit der Einführung stehender Heere, in der Geschichte vor, namentlich seit Ludwig XI. von Frankreich, welcher eine Gesandschaft beim Hofe von St. James und eine beim Hofe zu Burgund unterhielt [3]), häufiger wurden sie jedoch erst seit dem Westphälischen Frieden und seit Cardinal Richelieu in Frankreich

[1]) Aurel. Vict. l. l. cap. V: »Jus feciale, quo legati ad res repetendas uterentur, ab Aequiculis transtulit; quod primus fertur Rhesus excogitasse. — Liv. l. l. — Nach Gellius bei Dionys. Halicarn. l. l. haben es die Römer von den Ardeaten.

[2]) Justinian. Nov. CXXIII cap. 25. — Schon seit dem 4. und 5. Jahrhundert lassen sich verschiedene Arten von Stellvertretern des Römischen Bischof unterscheiden, welche bald für denselben den allgemeinen Synoden beiwohnten, bald ihn an dem Kaiserlichen Hofe repräsentirten (apocrisarii), bald vermöge einer Vollmacht in einzelne Angelegenheiten eingriffen, bald endlich in ständigem Auftrage höhere Regierungsrechte über den Erzbischöfen ihres Landes ausübten. Diese Stellung hatten zuerst die Metropoliten zu Artos (für Gallien), Thessalonich (für Macedonien), und eine ähnliche Einrichtung wurde dann auch für andere Länder (Spanien, England) begründet. Im Frankenreiche wurde dieselbe im neunten Jahrhundert, als Drogo von Metz zum apostolischen Vicar ernannt wurde, gleichfalls heimisch. Vgl. A. L. Richter, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. Sechste Auflage. Nach dem Tode des Verfassers besorgt von R. W. Dove. Leipzig 1867. 8. §. 128.

[3]) Voy. Flassan, l. c. Tom. I p. 247: »Louis XI. donna un très grand développement à la diplomatie. Avant lui, les ambassadeurs n'avaient que des missions temporaires et déterminées; ce prince jugea à propos de les multiplier, et de prolonger leur séjour, surtout auprès des cours de Bourgogne et d'Angleterre.« — Nach Marselaer (l. l. Lib. II dissert. XI) hat König Ferdinand von Castilien die stehenden Gesandschaften eingeführt. — Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 1.: »C'est depuis la paix de Westphalie et celle d'Utrecht, et plus encore à dater du ministère du cardinal de Richelieu, que l'Europe se trouva sous l'influence d'une foule d'agens diplomatiques mis en action perpétuelle par la politique remuante de ce ministre; et cet ordre de choses s'étant développé de plus en plus, les nations se trouvent aujourd'hui sur la surveillance constante et active de la diplomatie.« — Rotteck und Welcker a. a. O. Art. Gesandter und Gesandschaftsrecht. S. 586. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 271. G. F. v. Martens, Einl. §. 188. Alfred Reumont, Italienische Diplomaten und diplomatische Verhältnisse; in »Historisches Taschenbuch. Herausgegeben von Friedrich von Raumer.« Neue Folge. Zweiter Jahrgang. Leipzig 1841. 8. SS. 381. 434.

die Zügel der Regierung ergriffen hatte (1624). Von dieser Zeit an bildeten sich besondere Sitten und Gebräuche in Bezug auf die Absendung, Annahme, den Rang und die Rechte der Gesandten aus, welche auf die äusseren politischen und rechtlichen Verhältnisse der Staaten einen um so grösseren practischen Einfluss übten, als die Politik der Staaten den auswärtigen Angelegenheiten mehr und mehr Interesse und allgemeinere Theilnahme widmete. So haben sich zum Zweck der Unterhaltung gegenseitiger befreundeter Verhältnisse an den Höfen »diplomatische Corps« [1]) gebildet und die beständigen Gesandschaften sind seitdem eine Bedingung der europäischen Staatengesellschaft geworden [2]).

§. 8.

Von der Verschiedenheit der diplomatischen Vertreter.

Die diplomatischen Personen, deren sich eine Staatsgewalt zum Zwecke des Verkehrs mit einer anderen Staatsgewalt bedient, sind nun aber:

1. Gesandte mit einem öffentlich beglaubigten amtlichen Charakter (legati publice missi, ministres publics) und deren Personal;
2. blosse Agenten und Commissare ohne öffentlichen amtlichen Charakter;
3. Consuln für die Handelssachen.

Ausserdem lassen sich im Allgemeinen zu den diplomatischen Personen die Minister der auswärtigen Angelegenheiten als oberste Leitung, wie überhaupt Jeder, welcher im Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten seine Berufsthätigkeit hat [3]), rechnen, obwohl sie Alle keine völkerrechtliche Stellung haben, denn sie sind eben nur Beamte ihres Souveräns.

[1]) Ueber die Bezeichnung »Diplomatisches Corps« heisst es bei Eduard Vehse, Geschichte des österreichischen Hofs und Adels und der österreichischen Diplomatie. Achter Theil. Hamburg 1852. 8. S. 113: »Der Name »diplomatisches Corps« für die Wolke von fremden Gesandten, die in Wien von vielen grossen, kleinen und kleinsten weltlichen und geistlichen Kur- und Fürsten Deutschlands und Italiens und von den auswärtigen grossen und kleinen Höfen zusammengeschaart waren — dieser sehr bezeichnende Name kam unter Maria Theresia auf. Der Kanzler Fürst schreibt in seinem Hofbericht vom Jahre 1754: »Corps diplomatique, nom qu'une dame donna un jour à ce corps nombreux de ministres étrangers à Vienne.«

[2]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 80 ff. Schmelzing, a. a. O. Th. 2. §. 271. Heffter, a. a. O. §. 199.

[3]) Daher ist zwar jeder Gesandte eine diplomatische Person, aber nicht umgekehrt jede diplomatische Person ein Gesandter. Auszeichnend werden vorzugsweise die Gesandten Diplomaten genannt, auf welche sich auch der Ausdruck »diplomatisches Corps« allein bezieht.

Capitel IV.

§. 9.

Von den Gesandten. — Begriff.

Gesandte (legati, ministres publics, envoyés, agens diplomatiques ou politiques, agens de relations extérieurs)[1]) sind im Wesentlichen diejenigen Personen, welche, um Staatsgeschäfte zu besorgen, von einer souveränen Staatsgewalt an die andere, mit einem bestimmt hergebrachten Titel und in feierlicher Form abgesandt und beglaubigt werden und welche diejenigen Vorrechte geniessen, die ihnen das Völkerrecht nach der allgemein angenommenen Norm einräumt[2]). Sie stehen in einem doppelten Verhältniss, nämlich theils in einem staatsrechtlichen zu dem von ihnen vertretenen Staat, theils in einem völkerrechtlichen Verhältniss dem Staate gegenüber, an welchen sie geschickt sind[3]). Das erstere, wo er Staatsbeamter (officialis publicus, administer reipublicae, fonctionnaire public) ist, wird in der Regel als fortdauernd betrachtet, während das letztere Verhältniss, wo er in Bezug auf seine diplomatische Mission Mandatar ist, nur vorübergehend ist[4]).

[1]) Obwohl die Ausdrücke »Gesandter« und »Abgesandter« ehedem oft promiscue angewandt wurden, so unterschied man dennoch dahin, dass man unter Gesandten im engeren Sinne Gesandte vom ersten Rang, unter Abgesandten dagegen Gesandte vom zweiten und dritten Rang verstand. Vgl. Friderich Carl Moser, Versuch Einer Staats-Grammatic. Franckfurt am Mayn 1749. 8. Th. 2. Cap. IV. §. 6 (S. 255). Nach Anderen führten die Gesandten vom ersten Rang den Titel »Abgesandte.« Vgl. Klüber, a. a. O. §. 169. Not. a.

[2]) Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 1 nennt ministres publics: »toutes les personnes que des Souverains s'envoïent les uns aux autres pour traiter d'Affaires d'Etat, et pour ménager leurs intérêts respectifs, en vertu des Lettres de Créance, ou Plein-pouvoirs dont on les munit, et qui les font jouïr de divers privilèges que le Droit des Gens attache à leur caractère.« Voy. aussi Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. I. (p. 3). Gentilis, l. l. Lib. I. Jo. Georgii Kulpis, de legationibus statuum imperii commentatio. Giessae 1679. 8. Cap. I. §. 2. Paschal. l. l. cap. I. Le parfait Ambassadeur. Liv. I. §. 11 (p. 29). Heinrich Gottfried Scheidemantel, Repertorium des Teutschen Staats- und Lehnrechts. 4 Th. Leipzig 1783—95. 4. Th. 1. Art. Abgesandter. §. 1. — Mit dem Ausdruck Minister werden im weiteren Sinne die Gesandten aller Classen bezeichnet; voy. Surraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. IX. (p. 73).

[3]) Zu anderen Staaten steht ein Gesandter, in der Regel, blos in dem allgemeinen Verhältniss eines Auswärtigen, doch pflegt man durchreisenden fremden Gesandten in manchen Staaten gewisse Vorrechte und ehrende Auszeichnungen, in Friedenszeiten, einzuräumen; es beruht dies indessen stets nur auf besonderer Höflichkeit und durchaus nicht auf rechtlicher Verbindlichkeit. Cf. Hug. Grot., Liv. II. chap. XVIII. §. 5: »Ea vero quam dixi lex de vi legatis non inferenda, intelligenda est eum obligare ad quem missa est legatio cett.« Augustini a Leyser, meditationes ad pandectus. Vol. X. spec. 672 (p. 944—946). Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XV. G. F. v. Martens, Einl. §. 242. Schmalz, a. a. O. S. 123. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 338. Klüber, a. a. O. §. 170. Not. a. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 36. Miruss, a. a. O. §. 365.

[4]) Daher sind gesandschaftliche Würde und Function, selbst diejenigen eines »ordentlichen« Gesandten, nebst dem damit verbundenen Gehalt, widerruflich.

Die innere Macht des gesandschaftlichen Amtes ist, je nach der Verschiedenheit der Vollmacht, entweder unvollkommen (mandatum limitatum), nämlich dann, wenn dem Gesandten bei seinem Geschäfte oder seinen Verhandlungen gewisse Grenzen vorgeschrieben sind, welche zu überschreiten ohne besondere Genehmigung desjenigen, der ihn mit der Mission beauftragt hat, ihm nicht gestattet ist, oder vollkommen (mandatum illimitatum, m. cum libera [sc. potestate agendi] sive plenipotentia), wenn dem Gesandten das Recht eingeräumt ist, die ihm übertragenen Geschäfte und Verhandlungen in ihren verschiedenen Beziehungen auszuführen und alle ihm entsprechend erscheinenden Mittel dabei anzuwenden.

§. 10.

Von der Eintheilung der Gesandten nach ihren Rangclassen. — Einleitung.

Das Alterthum unterschied noch keine Classification der Gesandten, es kennt nur legati [1]) (bei den Griechen πρέσβεις) und deren Begleiter (comites).

Auch in Europa kannte man, so lange es keine stehenden Missionen gab, wenn man von den Abgeordneten des Papstes absieht, für die Betreibung der Staatsgeschäfte an fremden Höfen nur Eine Classe von Gesandten, nämlich die Botschafter (ambassadeurs, procureurs), während die Agenten, welche die Privatangelegenheiten der Fürsten in fremden Ländern besorgten, niemals auf die Rechte diplomatischer Agenten Anspruch machen konnten. In minder wichtigen, namentlich Ceremoniel-Angelegenheiten sandte man auch Hofcavaliere, welche gentilshommes envoyés hiessen, jedoch anfangs nicht als wirkliche Gesandte betrachtet wurden; seit Einführung der stehenden Gesandschaften und insbesondere, als die Idee von dem persönlichen Repräsentativcharakter der Gesandten manche

[1]) Das Wort legatus wird verschieden abgeleitet, nach Einigen von legare, was so viel wie mittere bedeutet, nach Anderen von legere (colligere), auswählen. Das erstere geschicht z. B. von Barnabas Brissonius (de verbor., quae ad jus civile pertinent, significatione. Francof. 1557 fol. voce legatus: »Est enim a legando, qui mandata magistratus ad alios perferunt.« Cf. Cic. orat. in Vatin. cap. XV.), das letztere u. A. von Varro in lib. IV. (p. 25) von dessen ling. lat., wo es heisst: »Legati, qui lecti publice, quorum opera consilioque uteretur peregre magistratus, quive nuntii senatus aut populi essent.« Cf. ibid. lib. V. (p. 69). Germon. l. l. Lib. I. cap. I. §. 1. — Statt legatus finden wir auch die Ausdrücke nuntius (Virg. Aen. IV. 237), interpres (Cic. orat. in Vatin. cap. XV.) und orator; letzterer scheint von den römischen Schriftstellern am häufigsten gebraucht zu sein, z. B. Virg. Aen. VII, 153; XI., 100. Ueber die Ableitung sagt u. A. Servius: »oratores, legati, a perorando pro republica, nominati.« Cf. Plutarch. quaest. Rom. CIII.: »προτρέπτικόν τινα καὶ παρορμήτικον.« — Cf. Varro, l. l. Lib. VI. (p. 89). Pitisci lexic. antiquit. rom. Leuw. 1713 fol. voce orator. — Uebrigens werden diese verschiedenen Benennungen nicht immer gleichbedeutend gebraucht, wie z. B. aus Cic. epist. ad famil. Lib. XV. cap. 1, sowie Liv. Lib. III. cap. 40 in fin. und ibid. Lib. XXIX. cap. 34 hervorgeht.

Streitigkeiten, vornehmlich in Betreff des Ehrenceremoniels, und auch einen höheren Aufwand verursachte, wurde neben den Botschaftern die Classe der Residenten (résidens)[1]) eingeführt, sowie die Fürsten auch anfingen, die mit der Besorgung ihrer Privatangelegenheiten beauftragten Agenten zugleich zu der Betreibung von Staatsgeschäften zu verwenden, in welchem Falle dieselben mit dem Namen Geschäftsträger (agentes in rebus, agens chargés d'affaires) bezeichnet wurden. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts räumte man den, mit einer Ceremoniel-Gesandschaft beauftragten Hofcavalieren (gentilshommes) ein, wenn auch anfänglich sehr unbestimmtes Gesandschaftsceremoniel ein, welches sich bisweilen dem der Botschafter, in der Regel aber dem der Residenten näherte; allmählich und hauptsächlich seit dem Anfange des 18. Jahrhunderts wurde dieses Ceremoniel genauer fixirt und es bildeten nunmehr an den meisten Höfen die gentilshommes eine besondere Classe zwischen den Botschaftern und den Residenten, bald Envoyés extraordinaires, bald Ministres plénipotentiaires genannt, sodass also von dem Anfange des vorigen Jahrhunderts an drei Classen von Gesandten bestanden, nämlich 1. die Botschafter, 2. die Envoyés und Ministres plénipotentiaires uud 3. die Residenten und Geschäftsträger[2]).

§. 11.

I. Von den Gesandten der ersten Classe.

1. Von den Botschaftern.

Auf dem Wiener Congress i. J. 1815[3]) wurden, mit Rücksicht auf die schon bestehende Praxis[4]), drei Rangclassen festgesetzt, zu deren erster demnach die Legaten und Nuntien des Papstes, sowie die Botschafter oder Gross-Botschafter (Magni legati[5]),

[1]) Ursprünglich wird mit dem Titel »Resident« ein Gesandter bezeichnet, der beständig in Function ist, also der Vorsteher einer stehenden Gesandschaft, weshalb die »ordentlichen Botschafter« auch oft kurzweg »Residenten« genannt wurden. So führte z. B. der Botschafter der Königin Elisabeth am französischen Hofe, Sir Walter Walsingham, bei seinen Verhandlungen den Titel »Resident«.

[2]) Vergl. G. F. v. Martens, Einl. §. 118. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 281. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 12.

[3]) »Règlement sur le rang entre les Agens Diplomatiques«, errichtet am 19. März 1815 von den Gesandten der acht Mächte, welche den Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 unterzeichnet haben und welchem beizutreten auch die übrigen gekrönten Häupter eingeladen wurden. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 38.

[4]) Vergl. Der Belgradische Friedens-Schluss zwischen Ihro Römisch-Kayserl. Majestät und der Ottomannischen Pforte mit Beylagen und Anmerckungen u. s. f. Mit einer Vorrede Von denen dermalen üblichen Gattungen derer Gesandten und anderer öffentlichen Personen von Johann Jacob Moser. Jena 1740. 4. S. 7—36.

[5]) In einem Creditiv König August II. von Polen an Friedrich I. von Preussen (vom Jahre 1703) heisst es: »Extraordinarium Legatum Nostrum magnum et Plenipotentiarium sufficienter instructum Illustrissimum — — — ad Majestatem vestram designari fecimus ectt.« Vergl. J. J. Moser, a. a. O. §. 8 Not. 4.

Oratores[1]), Ambassadeurs, Ambasciatores[2]), Embaxadores) der weltlichen Mächte gehören.

Den Gesandten der ersten Classe wird von ihrem Souverän der vollkommene Repräsentativ-Charakter[3]) beigelegt, d. h. sie sind nicht nur hinsichtlich der ihnen übertragenen Geschäfte, sondern auch hinsichtlich ihrer Person Stellvertreter ihres Souveräns und können daher im Allgemeinen die Ehrenauszeichnungen in Anspruch nehmen, welche jenem bei persönlicher Anwesenheit würden erwiesen werden; allein die rein persönlichen Privilegien werden sie nicht beanspruchen können, denn der Vertreter einer Person ist niemals die physische Person selbst[4]).

Was den geschäftlichen Verkehr betrifft, so besteht der Unterschied zwischen der Stellung eines Gesandten und eines Botschafters hauptsächlich darin, dass, während jener sich nur an die Regierung des Staates, bei welchem er beglaubigt ist, mit Rathschlägen und Vorstellungen wenden kann, der Botschafter Zulass zu dem Souverän selbst begehren kann und somit unmittelbar auf denselben einzuwirken im Stande ist.

Die Ableitung des Wortes Ambassadeur wird verschieden angegeben; Georg Schönborner[5]) leitet es von ἀπὸ τοῦ ἀμφαδίζειν ab, die Franzosen dagegen von dem Worte Ambascia. Wicquefort[6])

[1]) Italienisch Oratori; dieser Titel ist ganz ausser Gebrauch gekommen. Ehedem führten ihn die Kaiserlichen Botschafter am päpstlichen Hofe und zu Constantinopel; ausserdem findet er sich auch in alten Ordonnanzen der Generalstaaten der Niederlande für holländische Gesandte bei der Hohen Pforte.

[2]) Italienisch Ambasciatori; um die Mitte des 14. Jahrhunderts war dies der officielle Titel für die diplomatischen Agenten, doch wurde derselbe, namentlich in späteren Zeiten, vorzugsweise solchen gegeben, welche bei grösseren Höfen längere Zeit verweilten, seine gegenwärtige Geltung erlangte dieser Titel erst viel später. Kaiser Carl V. befahl, dass derselbe nur den Abgesandten gekrönter Häupter und denen der Republik Venedig (welche unter den italienischen Staaten den ersten Rang nach dem Papste inne hatte) gehören solle, nicht aber den Gesandten solcher Staaten, die in irgend einem Lehnsverbande standen (wie Florenz, über welches die Kaiser die Reichsoberhoheit behaupteten und bei zwei entscheidenden Veranlassungen geltend machten, ferner Ferrara, Mantua u. A. m.). Vergl. Reumont, a. a. O. S. 452 u. Not. 1 das.

[3]) Règlement sur le rang entre les Agens diplomatiques, Art. II.: »Les Ambassadeurs, Légats ou Nonces ont seuls le caractère représentatif.«

[4]) Cf. Caesarini Fürstenerii de Jure suprematus ac legationis Principum Germaniae. (1679. 12.) Cap. VII. in fin.: »Legatus ergo primi Ordinis est, qui missus est ab habente Suprematum cum charactere repraesentatitio. Character repraesentatitius est jus fruendi iisdem honoribus quibus frueretur is qui repraesentatur, si praesens esset, in quantum fert ratio aut consuetudo.« Cf. ibid. cap. VIII. — Johann Stephan Pütter, Anleitung zur Juristischen Praxi wie in Teutschland sowohl gerichtliche als aussergerichtliche Rechtshändel oder andere Canzley- Reichs- und Staats-Sachen schriftlich oder mündlich verhandelt, und in Archiven beygeleget werden. Göttingen 1753 8. §. 300. Klüber, a. a. O. §. 180 Not. a. §. 202. Not. a.

[5]) Cf. Politic. libri VII. Amstelodami 1660. 8. Lib. III. cap. 27.

[6]) L'amb. Liv. I. sect. I. (p. 3): »Le mot d'Ambassadeur, Ambasiadore, ou Embaxador tire son origine de l'Espagnol Embiar, qui signifie envoyer: de sorte que l'on peut dire, que l'Ambassadeur est un Ministre Public, qu'un Souverain envoye à une Puissance estrangere, pour y representer sa personne, en vertu d'un pouvoir, de lettres de creance, ou de quelque commission, qui fasse connoistre son caractere.«

sucht den Ursprung des Wortes Ambasciator in dem spanischen Embiar, was »schicken« bedeutet und wo der Botschafter »Embaxador« genannt wird. Auch nehmen Einige das Wort aus dem Deutschen von Ambascia, des Wohlklanges wegen für »Ambacht«, was »Amt« bezeichnet und »ambachten« demnach »arbeiten« [1]).

§. 12.

2. Von dem ehemaligen venetianischen Botschafter bei der Pforte.

Der venetianische Botschafter zu Constantinopel führte von alten Zeiten her den Titel eines Bailo [2]), weil er, anfänglich unter den griechischen, dann unter den türkischen Kaisern, eine vollständige Gerichtsbarkeit über seine, in Constantinopel und den verschiedenen Theilen des osmanischen Reiches sich aufhaltenden Landsleute ausübte; er vereinigte in seiner Person die Aemter eines Gesandten, eines obersten Richters seiner Nationalen und eines Consul über die venetianischen Kaufleute, er hatte ein besonderes Ceremoniel, ein zahlreiches und glänzendes Gefolge [3]) und war zu einem grossen Aufwande verpflichtet [4]). Nächst dem Gesandschaftsposten zu Rom war der des Bailo der wichtigste, ja sehr oft war dieser noch wichtiger als jener, der unausgesetzten und meist sehr delicaten Beziehungen halber, in welchen die Republik wegen ihrer griechischen Besitzungen und derer an der dalmatischen Küste, zu der Pforte stand. Oft war der Bailo bei einem Friedensbruch Repressalien ausgesetzt und wurde, der Reclamationen des Völkerrechts ungeachtet, in den Sieben Thürmen eingekerkert; weil dieser Posten nun eine grosse Umsicht erforderte, so übertrug man ihn gewöhnlich älteren Männern, deren Geschicklichkeit schon in anderen Missionen erprobt worden war. Uebrigens war diese Gesand-

[1]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 208 Not. 2. — Ambaht ist altsächsisch, Ambacht mittelniederländisch und Ambt neuniederländisch. Vgl. Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch. Leipzig 1854. 8. Bd. I. Art. Amt. — Eine seltsame Etymologie des Wortes giebt Pinheiro Ferreira in den Noten zu de Vattel, l. c. Tom. II. Liv. IV. chap. VI. §. 70: »On a essayé jusqu'à présent inutilement de trouver l'étymologie du mot ambassadeur, ou plutôt de celui d'ambasciatore, d'où l'on sait que le nom français est dérivé. Nous croyons la retrouver dans l'allemand ein Botschafter (un messager), et voici figurée la marché de la dérivation:

Ein	bo	tscha	fter
Em	ba	cia	tor
Am	ba	cia	tore
Am	ba	ssa	deur.«

Voy. aussi Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. I. §. 6 (p. 28).

[2]) Italienisch, v. latein. bajulus. Das Bailat zu Constantinopel bestand seit dem Vertrag zwischen der Republik und Mahomed II. Vgl. Johann Friedrich Le Bret, Staatsgeschichte der Republik Venedig, von ihrem Ursprunge bis auf unsere Zeiten u. s. f. 3 Thle. Leipzig und Riga 1769—1777. 4. Th. 2. Abth. 2. S. 635.

[3]) Ursprünglich war ihm ein Priester als Notar beigegeben, an dessen Stelle später ein Gesandschaftscanzler trat.

[4]) Doch bestimmte der grosse Aufwand den Senat, den Oberaufsehern über die Rechnungen die Mässigung der Ausgaben anzuempfehlen.

schaft unter allen die einzige einigermaassen einträgliche in pecuniärer Hinsicht[1]), kostete dagegen der Republik sehr viel wegen der ordentlichen und ausserordentlichen Geschenke[2]), welche an den Sultan, den Grosswessir und andere Würdenträger gemacht werden mussten und welche mitunter die Höhe von 400,000 Ducaten erreichten[3]).

§. 13.

3. Von den Legaten und Nuntien.

Die päpstlichen Abgesandten ersten Ranges sind entweder legati (dati s. missi)[4]) a latere oder Nuntien (ordentliche wie ausserordentliche) und unterscheiden sich die ersteren von den letzteren dadurch, dass der Papst sie im Consistorium aus der Zahl der Cardinäle ernennt und zwar heissen sie a (oder de) latere[5]), weil der Papst zu diesem Amt nur seine Vertrautesten, die sich stets an seiner Seite befinden, erwählt[6]). Obwohl Legaten wie Nuntien von

[1]) Der Bailo durfte gar keine Rechnung über seine Ausgaben ablegen. »Man befördert daher meistens Männer dahin, die sich bei andern Gesandschaften geschwächet haben, und denen man es gönnt, in Constantinopel sich wieder zu erholen«, heisst es bei Le Bret, a. a. O. Th. 2 Abth. 2 S. 636.

[2]) Ein Gesetz vom Jahre 1571 verbot dem Bailo, nicht eher ein Geschenk von dem Sultan anzunehmen, als nach Verlauf eines Jahres, nachdem er das Bailat niedergelegt haben würde.

[3]) Bis zum Untergange der Republik erhielt sich der Titel eines Bailo, mit welchem die Türken lange Zeit hindurch alle fremden Gesandten bezeichneten und heutzutage noch oft die Consuln. Vgl. Miruss, a. a. O. §. 93 a. E. Le Bret, a. a. O. Th. 2. Abschn. 2 S. 632—636. Derselbe, Vorlesungen über die Statistik. 2 Thle. Stuttgart 1783. 1785. 8. Th. 1. Italiänische Staaten. Venedig. S. 327—328, wie auch Not. b. das. Johann Christian Lünig, Historisch- und Politischer Schau-Platz des Europäischen Hof- und Cantzley-Ceremoniels. 2 Thle. 1710 u. 1720. fol. Th. 1. S. 746.

[4]) Sie heissen dati oder missi im Gegensatze der legati nati, d. h. gewisser so betitelter Erzbischöfe, die aber hiervon nur Ehrenrechte haben; es sind dies die Erzbischöfe von Lyon, Rheims, Arles, Bordeaux, von Prag, Salzburg, Cöln, Gnesen-Posen, Toledo, Pisa. In Sicilien ist es der König (s. g. Privilegium Monarchiae Siculae), der die Würde eines apostolischen Legaten von päpstlicher Verleihung i. J. 1099 herleitet und als solcher mehr als blosse Ehrenrechte geniesst. Vgl. Otto Mejer, Lehrbuch des deutschen Kirchenrechtes. Dritte neu bearbeitete Auflage. Erste Hälfte. Göttingen 1869. 8. §. 130. Not. 2. Richter, a. a. O. §. 129. Cf. Germon. l. l. Lib. I. cap. XV. J. J. Moser, a. a. O. §. 6.

[5]) Es ist irrthümlich, einen Unterschied zwischen legati a latere und de l. zu machen, wie dies z. B. von Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 16 geschieht: »Les Légats de latere ne different des Legats à latere qu'en ce que ces premiers ne sont point Cardinaux, quoiqu'ils soient honorés de la Légation Apostolique, et qu'en cette qualité ils jouïssent de toutes les prérogatives qu'on accorde aux seconds.« Ebenso unrichtig bei Alex. de Miltitz, Manuel des consuls. 3 Tomes. Londres et Berlin 1837—1839. 8. Tom. II. part. I. p. 245.

[6]) Cf. Germon. l. l. Lib. I. cap. XIV.: »Hoc eis nomen indictum est; non ob id solum, quod vnum sint corpus cum summo Pontifice, eiusq. in rerum administratione quaedam membra; ac filii, et fratres vocentur: verum etiam, quia de latere ipso summi Pontificis quodammodo prodeunt. etenim, cum novis Legatis insignia gerendae Legationis tradenda sunt, ipsi iuxta eundem Pontificem stantes consistunt; atque sub eadem vmbella ea suscipiunt, eius lateri proximi.« — Gregorio Leti, Il ceremoniale historico, e politico, opera utilissima a tutti gli Ambasciatori e Ministri publici. VI. Part. Amsterdamo 1685. 12. Part. I. libr. I. p. 203: »Si chiamano Legati à Latere, civè Laterales, et de Latere missi per significare che le persone spedite con questo Carattere son tirare dal lato del Papa, e per questo non si chiamano mai à questo eminente impiego, che Cardinali, che son

jeher zu einer und derselben Rangclasse gezählt wurden, so galten dennoch die ersteren bei den katholischen Höfen stets für höher stehend als die letzteren [1]) und empfingen deshalb ausserordentliche Ehrenbezeugungen [2]); im Mittelalter sandte der Papst häufig Legaten, selbst in kleinere Republiken, um Bürgerzwiste beizulegen, je höher aber Rang und Ansprüche des Cardinal-Collegiums stiegen, um so seltener wurden sie und jetzt kommt die Sendung von Cardinälen mit diplomatischem Charakter kaum mehr vor, höchstens bei besonders wichtigen diplomatischen Angelegenheiten [3]).

Die Nuntien, welchen an katholischen Höfen stets die erste Stelle unter den Botschaftern eingeräumt worden ist [4]), sind immer Erzbischöfe, meistens in partibus infidelium, ein Erforderniss, welches um die Mitte des 16. Jahrhunderts nicht Statt fand, indem damals auch solche den Titel von Nuntien führten, die dem geistlichen Stande gar nicht angehörten [5]).

Nuntiaturen hat der Papst in Deutschland zur Zeit in Wien und in München, in anderen Ländern in Paris, Madrid, Lissabon, der Schweiz, Turin (i. J. 1839 creirt) und Neapel; die zu Wien, Paris, Madrid und Lissabon sind die sogenannten grösseren Nuntiaturen, welche man nur verlässt, um Cardinal zu werden. Ehedem bestanden auch Nuntiaturen zu Cöln (welche eine Zeit lang nach Lüttich verlegt wurde) und Florenz, welche letztere i. J. 1830 erneuert, bereits i. J. 1832 aber wiederum durch einen blossen Geschäftsträger versehen wurde.

§. 14.

Von den ehemaligen Vorrechten der päpstlichen Gesandten erster Classe.

Die Päpste hatten es sich von jeher angelegen sein lassen, die Stellung ihrer diplomatischen Vertreter im Auslande umfassender und einflussreicher dadurch zu machen, dass sie einseitig die Rechte ihrer Legaten durch willkürliche Gesetze bestimmten und es wäh-

qualificati fratelli del Papa, onde si può dire che tali Legati portano con essi loro tutta la Maestà Pontificia, e per questo s'honorano con entrate solenni come se Pontifici fossero.« J. J. Moser, a. a. O. §. 2 Not. 2 (S. 9). Der Ausdruck »legati a latere« kommt schon im Concilium von Sardica (343 oder 344) vor; im Mittelalter war er auch für die königl. und kaiserl. Gesandten üblich. Vgl. Richter, a. a. O. §. 20 Not. 2 §. 128 Not. 8.

1) Vgl. J. J. Moser, a. a. O. §§. 2 u. 3. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 19.

2) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 94. — Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 54.

3) Vgl. Reumont, a. a. O. S. 439: »— — in unserer Zeit erinnere ich mich eines einzigen, des Cardinals Caprara, der mehrere Jahre Legat in Paris war.«

4) Beispiele vom Gegentheil an akatholischen Höfen siehe bei J. J. Moser, a. a. O. §. 12. Not. 2.

5) Wie z. B. Castiglione und Acciaiuoli unter Clemens VII. — Ascanio della Cornia unter Julius III. scheint den ungewöhnlichen Titel eines Botschafters geführt zu haben. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 439. — Ausser den diplomatisch Bevollmächtigten giebt es auch kirchlich beauftragte Nuntien, ohne diplomatischen Charakter. Vgl. Mejer, a. a. O. §. 130.

rend der ungeschmälerten Macht des Papstthums durchzusetzen wussten, dass die Souveräne den päpstlichen Gesandten alle diejenigen Vorrechte und Attribute einräumten, welche ihnen in Rom beigelegt wurden und die vorzugsweise in die Gerechtsame der Bischöfe eingriffen. Sie wurden als regierende, dem Episcopate der Landeskirchen vorgesetzte, nur dem Papst unterworfene Oberbehörde angesehen, die ihre Gewalt vom Papste ableitet, ohne jedoch mit ihm für eine und dieselbe Person zu gelten, von welcher daher Appellation an ihn zulässig. Sowohl nach den Decretalien, als auch nach der Praxis des römischen Hofes berechtigte ihr Amt sie, die angebliche unbeschränkte Gewalt des Papstes über die ganze Kirche in den ihnen angewiesenen Bezirken auszuüben, soweit dieselbe nicht von Jenem vorbehalten war; sie beanspruchten daher, gleich dem Papste selbst, eine mit jedem Bischofe oder Erzbischofe in seiner Diöcese concurrirende Gerichtsbarkeit, sodass die bischöfliche Amtsgewalt in allen Angelegenheiten, welche an sich zu ziehen ihnen beliebte, durch sie allein ausgeübt wurde [1]). Waren sie Cardinäle (legati a latere), so galten sie, auch ohne besonderen Auftrag darüber für befugt, innerhalb ihres Legatenbezirkes die päpstlichen Reservat-Rechte zu verwalten [2]), und ihnen gleichgestellt war, in Ansehung des Umfangs der Vollmacht (der Facultäten), der nuntius cum potestate legati a latere [3]). Die mit so umfangreichen Facultäten ausgestatteten Nuntiaturen entwickelten sich seit der Trienter Synode in verschiedenen Ländern Europa's zu stehenden päpstlichen Gerichtshöfen, beschränkten auf diese Weise die geordneten Gewalten und gaben namentlich den Bischöfen zu lebhaften Reclamationen ununterbrochenen Anlass wegen der Störung in Ausübung ihrer Jurisdiction [4]).

[1]) Ausser der gesetzgebenden Gewalt für den ihnen angewiesenen Bezirk beanspruchte die Curie für sie das Recht, Concilien zusammenzuberufen, in denselben den Vorsitz zu führen und die höchste Gewalt auszuüben, den Wahlen von Bischöfen und anderen Prälaten die Bestätigung zu ertheilen, Kirchenämter zu vertheilen, richterliche Gewalt, sowohl in höherer Instanz durch Annahme von Appellationen gegen ergangene Urtheile, mit oder ohne Umgehung des Erzbischofs — als auch schon in erster Instanz, mit Umgehung des Bischofs, auszuüben, auch Strafgewalt über Bischöfe und Erzbischöfe, sodann das Recht, Procurationen zu beziehen, d. i. als Verpflegs- und Reisekosten schwere Auflagen von Kirchen und Geistlichen beizutreiben. Cf. cap. I. in VI. de offic. leg. (I, 15). Cap. XXXI. de praebend. et dignit. (III, 4). Capp. VI. XVII. et XXIII. de censib., exactionib. et procurat. (III, 16). Ueber die Privilegien und Gerichtsbarkeit eines päpstlichen Nuntius in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, sieh. Miruss, a. a. O. §. 96.

[2]) Nur die wichtigsten Reservate, z. B. Absetzung und Versetzung der Bischöfe u. dgl. m., waren ihnen entzogen. Cf. capp. 3, 4 X. de offic. legat. (I, 30); cap. 4 in VI. de offic. leg. (I, 15). Fernere Beweisstellen sieh. bei Richter, a. a. O. §. 128 Not. 9.

[3]) Cf. Germon. l. l. Lib. I. cap. XVII.

[4]) Die ausgedehntesten Facultäten (Jurisdictions-Ausübung in geistlichen Sachen) besassen die Verwalter der im Interesse der Mission errichteten ständigen Nuntiaturen zu Luzern (1566), Cöln (1582), Wien (1581), Brüssel (1597) und Warschau, von welchen die erstere am längsten in der Ausübung jener Vorrechte geblieben ist.

Von diesen ausgedehnten Befugnissen der päpstlichen Gesandten, welche seit dem Augenblicke ihres Entstehens in Deutschland der Gegenstand mannigfacher Beschwerden von Seiten der Nation gewesen waren, suchten nach der Reformation nicht nur die protestantischen Staaten sich zu befreien, sondern auch die katholischen Fürsten begannen nach und nach dieselben durch Concordate mit der Curie zu beschränken, bis schliesslich der Kaiser durch Rescript vom 12. October 1785 sämmtlichen im Deutschen Reiche befindlichen Nuntien jegliche Jurisdiction entzog und somit alle Unterthanen von dem Gerichtszwange jener befreite. Dieser kaiserliche Act veranlasste die vier Erzbischöfe von Mainz, Trier, Cöln und Salzburg, unter welchen schon früher gegen die Eingriffe der Nuntien in ihre Jurisdiction und Dispensgewalt Bewegungen Statt gehabt hatten, zu der merkwürdigen Verabredung (Punctation) [1]) im Bade Ems am 25. August 1786, gegen welche später Pius VI. sich freilich, unter Berufung auf das göttliche Recht des Primates ausdrücklich erklärte, durch welche aber die maasslosen Ansprüche und Umgriffe der Nuntiaturen in die gehörigen Schranken zurückgewiesen wurden [2]).

Gegenwärtig hängt die Zulassung der legati a latere und Nuntien von der beschickten Staatsregierung ab, welche, vermöge ihres hoheitlichen Oberaufsichtsrechtes Vorlegung der Facultäten und das Versprechen zu fordern befugt ist, nur diejenigen zu gebrauchen, denen sie die Genehmigung (Placet) ertheilt hat [3]).

§. 15.

II. Von den Gesandten der zweiten Classe.

Die Gesandten zweiten und dritten Ranges unterscheiden sich von denen des ersten wesentlich dadurch, dass sie den eigentlichen, auf die Staatswürde des Souveräns bezüglichen Repräsentativcharakter nicht besitzen, sondern dieser sich bei ihnen lediglich auf die gesandschaftlichen Geschäfte bezieht; das Ehrenceremoniel, welches ihnen eingeräumt wird, steht bei Weitem dem der Gesandten erster Classe nach. Unter sich fordern sie die Präcedenz in der Regel nach dem Range, welchen die europäischen Höfe einnehmen.

[1]) In Bezug auf die Nuntien fassten die Erzbischöfe folgenden Beschluss: »Ebenso hören die Nuntiaturen in Zukunft völlig auf; die Nuntii können nichts Anderes, als päpstliche Gesandte sein, und dürfen keine Actus jurisdictionis voluntariae oder contentiosae mehr ausüben.«

[2]) Ausführliches über diesen Gegenstand, sowie über die Nuntiatur-Streitigkeiten und über die Errichtung einer neuen Nuntiatur in den Pfälzischen und Baierischen Staaten, welche die Veranlassung zu dem erwähnten kaiserlichen Rescript wurde, sieh. bei Miruss, a. a. O. §§. 95—99.

[3]) So bestimmte z. B. in Sicilien das königliche Decret vom 2. September 1817, dass »keine päpstliche Bulle und kein Breve ohne das königliche Exequatur in Kraft treten könne.« Vgl. Miruss, a. a. O. §. 99 Not. c.

In die zweite Classe gehören nun:

1. die Envoyés (Ablegati, Prolegati, Inviati), sowohl ordinaires als auch extraordinaires)[1];

2. die eigentlich sogenannten bevollmächtigten Gesandten oder Minister (Ministres plénipotentiaires)[2];

3. der k. k. österreichische Internuntius zu Constantinopel (der einzige weltliche Gesandte mit diesem Titel)[3];

4. die Internuntien des Papstes[4]; diese rechnen Manche[5]) irrthümlicher Weise zu den Gesandten der dritten Classe und die Nuntien zu denen der zweiten.

Auf dem Aachener Congresse wurden von den dort versammelt gewesenen fünf Grossmächten (Oesterreich, Preussen, Russland, Grossbritannien und Frankreich) durch ein Conferenz-Protokoll vom 21. November 1818[6]) die bei ihnen beglaubigten Minister-Residenten

[1]) Voy. Discours sur les différens Caractères des Envoyés extraordinaires, des Envoyés ordinaires ou Résidens et des Agens revêtus du Charactère de Resident. A Amsterdam 1738. Abgedruckt in der angeführten J. J. Moser'schen Schrift »Der Belgradische Friedens-Schluss u. s. f.« S. 36—48. — Der Titel »Envoyé ordinaire« ist in den neuesten Zeiten nicht mehr gebräuchlich, vielmehr ist es allgemein üblich, einem Envoyé das Prädicat »extraordinaire« zu geben. Voy. Callières, l. c. Chap. VI. p. 69. J. J. Moser, Vers. Th. 3 SS. 46, 47. Derselbe, Beitr. z. d. neuesten Europ. Ges.schafts-R. S. 10. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. III. (p. 46). Ahnert, a. a. O. Th. 1. S. 51. Schmelzing, a. a. O. Th. 2. §. 286 ff. — Gegenwärtig pflegt man die Titel »Envoyé extraordinaire« und »Ministre plénipotentiaire« einem Gesandten zugleich zu ertheilen. Sieh. unt. §. 17 a. E.

[2]) Zu Gesandten der zweiten Classe wurden sie zuerst von Frankreich (i. J. 1738) gerechnet, sodann (i. J. 1740) von Oesterreich; vergl. J. J. Moser, Beitr. Bd. 3 S. 28. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. III. (p. 48). — Zwischen dem bevollmächtigten Gesandten und dem bevollmächtigten Minister wurde bisweilen, z. B. i. J. 1787 am kurcölnischen Hofe, unterschieden und alsdann dem letzteren der Rang vor jenem gegeben. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 190 Not. c. Klüber, a. a. O. §. 181 Not. c.

[3]) Seit Leopold I. i. J. 1678. Von der Entstehung dieses Titels handelt ausführlich Miruss, a. a. O. §. 103 u. Not. a. das. — Uebrigens sollen nach Réal (l. c. Tom. V. chap. I. §. 4) auch Polnische Gesandte bei der Pforte diesen Titel geführt haben, gleichwie Réal behauptet, dass man zu Wien gewissen Gesandten des Sultans jenen Titel gegeben habe.

[4]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Ges.schafts-R. S. 8. Réal l. c. Tom. V. chap. I. sect. V. §. 16 (p. 85). — Die Internuntien, als beständige diplomatische Agenten, sind aus neuerer Zeit; in speciellen kirchlichen Aufträgen dagegen kommen päpstliche Bevollmächtigte mit diesem Titel schon im 14. Jahrhundert vor, so sandte i. J. 1337 Benedict XII. den Bischof Beltramin von Bonn als Internuntius nach Bologna zur Ordnung dortiger kirchlicher Verhältnisse.

[5]) Z. B. Paccassi, a. a. O. SS. 15, 21. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §§. 20, 22. Römer, a. a. O. S. 130. — Vgl. auch Leti, l. c. Part. I. libr. I. (p. 210). — Auch der Titel eines »Envoyé« kommt für päpstliche Bevollmächtigte vor; voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. V. §. 16 (p. 85): »Le Pape ne donne guère le titre d'Envoyé, qu'à ceux de ses Officiers qui vont dans les Cours porter le bonnet à un nouveau Cardinal. Il est rare que ces Envoyés soient chargés de quelque négociation.«

[6]) Voy. Protocôle signé à Aix la Chapelle le 21. novembre 1818, sur le rang des Ministres-résidens: »Pour éviter les discussions désagréables, qui pourraient avoir lieu à l'avenir sur un point d'étiquette diplomatique que l'annexe du récès de Vienne, par laquelle les questions de rang ont été réglées, ne parait pas avoir prévu, il est arrêté entre les cinq Cours, que les Ministres-Résidents accrédités auprès d'Elles formeront par rapport à leur rang une classe intermédiaire entre les Ministres du second ordre et les Chargés d'affaires.« Diesem Beschlusse sind später auch andere Höfe beigetreten, die Pforte dagegen, welche den Verein-

zu einer besonderen Rangclasse zwischen den Gesandten des zweiten Ranges und den Geschäftsträgern erhoben, so dass man nun, wenigstens in Bezug auf die gedachten fünf Mächte, vier Classen von Gesandten annehmen muss.

§. 16.

III. Von den Gesandten der dritten Classe.

Die dritte und letzte Rangclasse umfasst sodann:

1. Die eigentlich so genannten Minister [1].

2. Die Minister-Residenten (ministres-résidens) [2]; sie genossen ehedem an einigen Höfen gewisse Ceremoniel-Vorzüge vor den Residenten.

3. Die Ministres chargés d'affaires; der Geschäftsträger des Königs von Schweden zu Constantinopel soll der erste gewesen sein, der i. J. 1784 mit diesem Titel von seinem Souverän bekleidet wurde [3].

4. Die Residenten (agentes in rebus, résidens). Dieser Titel, welcher früher sehr gebräuchlich war [4], ist jetzt selten; zur Zeit des Deutschen Bundes führte ihn der bei der freien Stadt Frankfurt beglaubigte preussische diplomatische Agent.

5. Die Geschäftsträger (chargés d'affaires) und die eigentlich so genannten diplomatischen Agenten (agens diplomatiques) [5]. Die Geschäftsträger werden auch häufig nur für die Dauer der Ab-

barungen der Jahre 1815 und 1818 fern geblieben ist, theilt die diplomatischen Agenten in drei Classen, Botschafter, Minister und Geschäftsträger; bei ihnen heisst eltschi oder iltschi (was die gebräuchlichere Form ist), ein Gesandter im Allgemeinen, ein diplom. Agent, Envoyé; dagegen buïuk iltschi, oder iltschi kebir ein Gesandter der ersten Classe, und endlich kutschiuk iltschi oder iltschi kotschek ein Internuntius. — Frankreich verordnete im Jahre 1824, dass die Geschäftsträger, wenn sie zeitweilig mit den Functionen bevollmächtigter Minister betraut sind, den Vortritt vor den Minister-Residenten nehmen sollen.

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 50. Derselbe, Beitr. Bd. 4 S. 496. — Auch der Titel Pro-Minister kommt vor, wenn auch selten; ein Beispiel sieh. bei J. J. Moser, Der Belgr. Fried.-Schluss u. s. f. §. 32.

[2]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Bd. 4 S. 497.

[3]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 188 Not. d. Sieh. auch J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 588. — Bielfeld (l. c. Tom. II. chap. IX. §. 20) rechnet die Ministres chargés d'affaires und die Ministres-résidens zur zweiten Rangclasse.

[4]) Sieh. oben §. 10. — Vergl. ferner Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. IV. §. 2 (p. 49). J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 50, Th. 4 S. 579. Derselbe, Beitr. Bd. 4 S. 497 ff. G. F. v. Martens, Einl. §. 191.

[5]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. V. (p. 60). Sarraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. XII. (p. 88). J. J. Moser, Beitr. Bd. 4 S. 530. Maillardière, l. c. Chap. XI. (p. 335). — Die Cardinal-Protectoren bei dem päpstlichen Hofe (Cardinaux, chargés des affaires des Princes auprès du St. Siège) sind Gesandte vom ersten Rang, obgleich sie nur den Titel Chargé d'affaires führen. Als Grund, wesshalb sie diesen Titel annehmen, giebt Maillardière (l. c. Chap. XI. p. 330) Folgendes an: »la raison pourquoi ils prennent simplement le titre de Chargés de leur affaires, est que les Cardinaux prétendent avoir à Rome un rang supérieur à celui des Ambassadeurs.« — Voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. IV. §. 6 (p. 53). — J. J. Moser, Beitr. Bd. 3 S. 19. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 17 (p. 172).

wesenheit oder Verhindertheit des ordentlichen Gesandten von diesem ernannt und alsdann bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, entweder schriftlich oder mündlich, legitimirt.

6. Die Consuln, wenn ihnen zugleich gesandschaftliche Angelegenheiten übertragen und sie zu diesem Zwecke beglaubigt sind.

Alle diplomatischen Agenten dieser Rangclasse werden in der Regel nur von dem Minister des Aeusseren des einen Staates bei dem des anderen accreditirt, wenn auch es bisweilen vorkommt, dass sie von ihrem Souverän besondere Beglaubigungsschreiben für den fremden Hof erhalten [1]).

§. 17.

Von der Eintheilung der Gesandten nach der Geschäftsbefugniss und der Dauer ihrer Sendung.

Rücksichtlich des dem Gesandten übertragenen Geschäftskreises unterscheidet man beschränkte und unbeschränkte Vollmacht [2]) und hinsichtlich der muthmaasslichen Dauer der Gesandschaft ordentliche und ausserordentliche [3]) Gesandte der verschiedenen Classen (Ambassadeur ordinaire, Envoyé ordinaire; Ambassadeur extraordinaire, Envoyé extraordinaire); die Dauer der Mission jener, sowie die Geschäfte, welche ihnen obliegen, sind unbestimmt, diese dagegen werden nur zur Erledigung eines bestimmten Geschäftes und auf eine mehr oder weniger im Voraus bestimmte Zeit abgesandt. Die frühere Praxis machte zwischen den ordentlichen und ausserordentlichen hinsichtlich des Ehrenceremoniels einen wesentlichen Unterschied, indem die letzteren durch grössere Ehrenbezeugungen von Seiten des Hofes, an welchen sie abgeordnet waren, ausgezeichnet wurden, wie dies namentlich am französischen Hofe der Fall war [4]).

Das Protokoll des Wiener Congresses [5]) hat indess jeden specifischen Unterschied zwischen beiden Arten hinsichtlich des Ranges aufgehoben, jedoch gilt immer noch in der diplomatischen Praxis die Anstellung als »ausserordentlicher« Gesandter für etwas Be-

[1]) Namentlich war dies ehedem bei den Ministres chargés d'affaires der Fall, wie gegenwärtig häufiger bei den Minister-Residenten; vergl. Miruss, a. a. O. §. 105 a. E.

[2]) In dem letzteren Falle ist der Gesandte Plenipotentiär (plena potestate munitus), sofern diese Benennung nicht ein blosser Titel ist. Cf. Fürstener. L. I. cap. VI. (p. 21). J. J. Moser, Der Belgr. Fried.-Schluss u. s. f. §. 28. Der französische Gesandte zu dem Pyrenäischen Friedens-Congress, Cardinal Mazarin, erhielt den Titel eines Plenipotentiarius, gleichwie der schwedische Gesandte auf dem Ryswiker Friedens-Congress, Freiherr von Lilienroth. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 177 Not. a.

[3]) Diese Art von diplomatischen Agenten war vor Einführung der beständigen Gesandschaften die allgemein übliche.

[4]) Vgl. Lünig, a. a. O. Th. 1 Abth. 3 Cap. 5 (S. 368).

[5]) Art. III.: »les employés diplomatiques en mission extraordinaire, n'ont à ce titre, aucune supériorité de rang.«

deutenderes, Glanzvolleres, weil dem »ausserordentlichen« wichtigere Geschäfte übertragen zu werden pflegen.

Heutezutage ist es ungewöhnlich »ordentliche« anzustellen, es ist vielmehr in der neuesten Zeit üblich geworden, die Titel »envoyé extraordinaire« und »ministre plénipotentiaire« (für die Gesandten zweiter Classe) zu verbinden [1]).

§. 18.

Von der Eintheilung der Gesandten nach der Natur der ihnen übertragenen Geschäfte.

In dieser Beziehung unterscheidet man Geschäfts-Gesandte (Ministres négociateurs), denen die Betreibung eigentlicher Staatsgeschäfte obliegt, und Ceremoniel-Gesandte (Ehren-Gesandte, Ministres d'étiquette, de cérémonie, ou figurants), welche zur Verrichtung einer Ceremoniel-Handlung [2]) abgesandt werden. Ehren-Gesandte sind in der Regel Personen von hohem Range und pflegen mit dem Charakter eines Botschafters bekleidet zu werden, wenn der beschickte Staat dem absendenden an Bedeutung nicht nachsteht. Ein Ceremoniel-Gesandter ist fast immer ein »ausserordentlicher«, übrigens ist es nicht ungewöhnlich, dass ihm gleichzeitig auch Staatsgeschäfte übertragen werden.

Capitel V.

§. 19.

Von den Agenten.

Der Gebrauch von Agenten scheint sehr alten Ursprungs zu sein, denn schon in einem Privileg Dagobert d. Gr., Königs der

[1]) Sieh. oben S. 21 Not. 1 a. E.

[2]) Z. B. zur Anzeige der Thronbesteigung, Abstattung einer Danksagung oder eines Glückwunsches, zur Beileidsbezeugung, Brautwerbung, Vermählung, Kindtaufe u. w. d. a. Vgl. J. J. Moser, Beitr. Bd. 3 S. 58. Auch gehören hierher die zur Entschuldigung wegen erregten Missfallens abgeordneten Gesandschaften (ambassades d'excuse); die bekanntesten dieser Art sind die, welche von der Republik Genua an Ludwig XIV. (i. J. 1685), und die, welche von Grossbritannien nach Moskau (i. J. 1709) gesandt wurden. Siehe unten Vierter Abschnitt Cap. II. §. 61. Andere Beispiele bei Flassan, l. c. Tom. III. p. 312. Tom. IV. p. 83. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 104. Th. 4 S. 621. — Es scheint unbedenklich, die Obedienz-Gesandschaften (legationes obedientiae, ambassades d'obédience), welche ehedem von den katholischen Fürsten nach ihrer Thronbesteigung an die Päpste abgeordnet wurden, zu den Ceremoniel-Gesandschaften zu rechnen (wie Klüber, l. c. §. 178 Not. a. thut); denn der Umstand, dass die Päpste diese Missionen als ein Recht beanspruchten, dem sich die Fürsten willig unterwarfen, schliesst die ceremonielle Eigenschaft derselben keineswegs aus, wie Miruss (a. a. O. §. 87) meint. Diese Missionen, welche, ausser der gedachten Notification, auch die Bestimmung hatten, den Papst der Ehrfurcht und des Gehorsams ihrer Absender zu versichern, wurden von letzteren später Reverenz-Gesandschaften (ambassades de révérence) genannt; vgl. Miruss, a. a. O. §. 87.

Franken, dem Bischof Modowald von Trier und der Kirche verliehen, geschieht ihrer Erwähnung [1]). Früherhin hiessen überhaupt alle mit Staatsgeschäften Beauftragten, ausser den Botschaftern, Agenten.

Die Ernennung von Agenten dient zur Erledigung einzelner Geschäfte, welche den stehenden Gesandschaften oder charakterisirten Gesandten nicht übertragen werden können oder sollen, namentlich werden sie zur Besorgung von Privatangelegenheiten eines Souveräns oder Staats verwandt; auch bedient man sich ihrer wohl, um die Stelle eines wirklichen Gesandten dauernd zu vertreten, z. B. in einem Staate, der noch nicht die Anerkennung aller Mächte erhalten hat, wenn derselbe etwa durch Losreissung einer Colonie vom Mutterlande entstanden ist. In diesem Falle erhalten sie auch wohl einen gesandschaftlichen Titel, wie »Resident« oder »Legationsrath«, doch werden sie niemals mit Beglaubigungsschreiben versehen.

§. 20.

Fortsetzung.

In früheren Zeiten beschränkte sich das Recht, Agenten hier und da zu halten, nicht auf Souveräne, sondern auch Privatvereine übten dasselbe aus, so wie denn eine Gesellschaft von Kaufleuten in England zur Sicherheit ihrer Geschäfte einen Agenten nach Indien sandte. Ebenso hatten die in Frankreich zu Bayonne und Bordeaux angesessenen Juden um das Jahr 1767 einen Agenten am französischen Hofe [2]).

Was die rechtliche Stellung dieser Agenten anbetrifft, so ist zu bemerken, dass die meisten älteren Publicisten ihnen die gesandschaftlichen Prärogativen ganz absprechen [3]); es kann jedoch nicht geleugnet werden, dass ihnen, wenn sie von der fremden Staatsgewalt zugelassen und bei ihr gehörig legitimirt sind, die natürlichen Vorrechte aller internationalen Geschäftsträger d. h. sowohl Unverletzbarkeit für ihre Person, als auch ungehinderte Ausübung ihrer Geschäfte, gebühren [4]). Schon ein Decret der Generalstaaten von Holland vom 29. März 1651 [5]), stellte die Agenten unter die-

[1]) Vgl. Christophorus Lehman, Chronica der freyen Reichs Statt Speyr u. s. f. Franckfurt am Mayn 1612. Fol. Buch 3 Cap. 15 (S. 221): »Dagobertus Rex Francorum viris Illustribus, Ducibus, Comitibus, domesticis et omnibus Agentibus tam vltra quam citra Rhenum, et vltra Ligerim, tam absentibus, quam presentibus etc.«

[2]) Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 1. S. 60.

[3]) Cf. Kulpis, l. l. Cap. III. §. 3 (p. 39). Fürstener. l. l. Cap. VI. (p. 23). Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. VI §. 75 (p. 308). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 22 (p. 176). G. F. de Martens, Droit des gens. §. 196.

[4]) Auszuschliessen von dem Genuss jeglicher Art von Vorrechten sind aber die Agenten, welche nur bestimmt sind, Privat-Angelegenheiten eines Fürsten zu besorgen, z. B. ein Darlehen zu negociiren u. s. f.

[5]) Abgedruckt bei Georg Friedrich von Martens, Erzählungen merkwürdiger Fälle des neueren Europäischen Völkerrechts in einer practischen Sammlung

jenigen Personen, welche des Schutzes des Völkerrechtes theilhaftig sind.

Auf ein gesandschaftliches Ceremoniel oder auf Befreiungen z. B. von Abgaben oder Gerichtsbarkeit haben sie keinen Anspruch[1]).

§. 21.

Schluss.

Unter den Agenten unterscheidet man nun:

1. geheime Agenten (émissaires cachés ou secrets) und
2. öffentliche Agenten.

Da von dem Wirkungskreis, sowie von dem Rechtsverhältniss, in welchem sie zu dem fremden Staat, in dem sie sich befinden, stehen, in dem vorhergehenden Paragraphen die Rede war, so ist hier nur die Thätigkeit und die rechtliche Stellung jener näher ins Auge zu fassen.

Die geheimen Agenten sind solche, welche in einem anderen Staate ins Geheim zu wirken haben, bei der fremden Staatsgewalt nicht nur nicht legitimirt sind, sondern von denen letztere nicht einmal Kenntniss hat. Dass sie nicht nur auf völkerrechtlichen Schutz keinen Anspruch machen können, versteht sich von selbst, sondern sie können sogar, wenn sie entdeckt werden, nach den Gesetzen des Landes, in welchem sie sich behufs ihrer Wirksamkeit aufhalten, bestraft werden[2]).

von Staatsschriften aller Art in teutscher und französischer Sprache. 2 Thle. Göttingen 1800 und 1802. 4. Th. 1 S. 343. Voy. aussi Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. V. (p. 61) et sect. XXVII. (p. 384).

[1]) Doch werden ihnen bisweilen aus besonderer Gefälligkeit, vornehmlich in kleineren Staaten, gewisse Befreiungen, z. B. von Gerichtsbarkeit und gewissen Abgaben, eingeräumt. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 171 Not. c. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 293 Not. 2.

[2]) Voy. Bielfeld, Tom. II. chap. IX. §. 23 (p. 176). Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 294 Not. 4. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 11 (p. 38). — Das Beispiel eines solchen geheimen Agenten liefert der Chevalier d'Eon (sieh. unten §. 36 a. E.), welcher als émissaire caché von der französischen Regierung nach St. Petersburg geschickt war. Ferner der französische Agent Marquis de la Chétardie, welcher i. J. 1744 von der russischen Regierung aus Moskau ausgewiesen wurde; diese Begebenheit wird ausführlich erzählt bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 417—422. — Es kommt auch wohl vor, dass ein Staat ausser dem stehenden Gesandten an dem fremden Hofe ins Geheim noch einen anderen Gesandten in der Eigenschaft eines émissaire caché unterhält, um den ersteren gewissermaassen zu überwachen und zu controlliren. Einen Fall der Art erzählt Mably (l. c. Chap. XIX. p. 263) vom Cardinal Richelieu, welcher sich oft für eine und dieselbe Sache mehrerer Personen bediente, von denen aber keine von der anderen Etwas wusste. »Le Comte de Bautru, dit M. Amelot de la Houssaye, ne se désabusa qu'après la mort du Cardinal de Richelieu de l'opinion qu'il avoit toujours eue être dans la plus étroite confidence de ce Ministre. Le libraire auquel il s'adressa pour faire imprimer les négociations de son ambassade en Espagne, nommé Bertier, lui conseilla de s'abstenir de les rendre publiques. Bautru en voulut à toute force sçavoir la raison. C'est Monsieur, dit Bertier, que moi qui étois à Madrid de votre temps, comme vous le sçavez, j'avois ordre de traiter avec le Comte-Duc d'Olivarez tout le contraire de ce que vous y traitiez. Et si vous en doutez, je vais vous montrer mon instruction secrette, signée de la main de M. des Noyers, qui vous fera voir que, si vous étiez l'homme du Roi, j'étois celui de M. le Cardinal; et que par ce moyen j'en défaisois plus en un jour que vous n'en pouviez faire en trois mois.«

Von diesen émissaires cachés sind die sogenannten envoyés confidentiels (négociateurs secrets) wohl zu unterscheiden; es sind dies Personen jeglichen Ranges, welche bei einer fremden Staatsregierung beglaubigt sind und den Auftrag haben, mit derselben im Geheimen zu verhandeln; ist ihnen ein gesandschaftlicher Charakter verliehen, so pflegen sie gewöhnlich erst dann von demselben Gebrauch zu machen, wenn der Stand der zu verhandelnden Angelegenheiten ihnen dazu günstig erscheint. Sie geniessen, gleich wirklichen Gesandten, den Schutz des Völkerrechts, sobald sie der fremden Regierung ihre Creditive überreicht haben und von derselben in ihrer Eigenschaft anerkannt sind; ein gesandschaftliches Ceremoniel wird ihnen jedoch nicht eingeräumt [1]).

Die Königin von England und einige Fürsten von Deutschland sollen solche geheime Gesandten in Venedig gehabt haben, welche im Geheimen Geschäfte zu betreiben hatten, da der Senat wegen der Verschiedenheit der Religion nicht wollte, dass es den Anschein habe, als hätte er mit ihnen Freundschaft geschlossen [2]).

§. 22.

Von den Commissarien.

Diese werden meistens vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten und nicht vom Souverän selbst ernannt und beauftragt, an Ort und Stelle mit Commissarien eines anderen Staates ein nicht diplomatisches Geschäft zu vollziehen, z. B. eine Grenze zu untersuchen, eine solche herzustellen und zu rectificiren, Theilung einer gemeinschaftlichen Sache vorzunehmen, bei einer auswärtigen Behörde die Rechte des diesseitigen Staates wahrzunehmen, gewisse Artikel eines Tractates in Ausführung zu bringen u. dgl. m. [3]). Ob sie auf irgend welche Vorrechte, wie z. B. Unverletzbarkeit, Exemtion u. s. f. Anspruch machen können, hängt ganz von dem gesandschaftlichen Charakter ab, den die Regierung, deren Auftrag sie auszuführen haben, ihnen etwa beigelegt hat [4]).

[1]) Voy. Callières, l. c. Chap. VI. p. 71. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 23. — Unrichtig ist es, wenn Ahnert (a. a. O. Th. 1 S. 60) sagt, dass sie dieselben Ehrenbezeugungen genössen, wie wirkliche Gesandte.

[2]) Voy. De la charge et dignité de l'Ambassadeur. Par le Sieur de Villiers Hotman. Sec. éd. Par. 1616. 8. p. 5—6. — Spanien schickte auf diese Weise i. J. 1725 den nachmaligen Herzog von Ripperda nach Wien, um mit dem Römischen Kaiser Frieden zu schliessen. Zu demselben Zweck sandte Frankreich i. J. 1735 den Mr. de la Baune nach Wien. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 573.

[3]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. V. pp. 62, 64. Sarraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. XII. (p. 89).

[4]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 222. G. F. de Martens, l. c. §. 197. — Wenn wirkliche Gesandte zu Staatsverhandlungen mit auswärtigen Staaten, z. B. zu Grenzverhandlungen, bisweilen den Titel Commissarien, Deputirte führen, so hebt dies ihre gesandschaftliche Eigenschaft nicht auf. Voy. Maillardière, l. c. Chap. XI. p. 335. J. J. Moser, Beitr. Bd. 4, S. 495.

Der Kaiser schickte früher zu Reichs- und Deputationstagen Gesandte mit dem Titel eines Commissars, sowie auch häufig die Gesandten, welche von Kaiser und Reich zu Friedensverhandlungen bevollmächtigt waren, denselben Titel führten. Diese Gesandten behielten ihre gesandschaftliche Eigenschaft bei und standen desshalb natürlich im vollständigen Genusse aller aus dem Völkerrecht resultirenden Vorrechte [1]).

§. 23.

Von den Deputirten.

Mit dem Titel Deputirte [2]) werden bisweilen Gesandte bezeichnet, die von einer Versammlung von Staaten oder Ständen, so früherhin von den vereinigten Niederlanden, von dem Deutschen Reiche, von der schweizerischen Conföderation, an eine fremde Regierung oder zu' einem Congress abgeordnet werden. Durch diesen Titel erhalten diese Gesandten an und für sich die gesandschaftlichen Rechte nicht, allein derselbe kann ihnen letztere auch nicht nehmen, so dass sie nach Umständen als Gesandte aller drei Classen angesehen werden können [3]).

Ausser dieser Art von Deputirten sind noch diejenigen zu erwähnen, welche von Unterthanen, namentlich Körperschaften, Städten u. dgl. m. an ihren Souverän abgeschickt und gleichfalls Deputirte genannt werden; dass sie auf keine gesandschaftliche Eigenschaft und Rechte Anspruch machen können, bedarf kaum der Erwähnung.

[1]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. V. (p. 62): »Les Commissaires, qui estoient de la part de l'Empereur à Querasque et à Hambourg, estoient Ministres Publics, sans aucune contestation, et l'auroient esté, mesmes sans leur qualité de Plénipotentiaires. Servien et d'Avaux, qui avoient traitté avec eux, les avoient considerés comme tels, et leur avoient fait les mesmes honneurs, qu'ils auroient faits au Caractere Representant.« Voy. aussi p. 63.

[2]) députés; sie führen auch wohl die Bezeichnung Delegirte, Subdelegirte oder Particular-Abgeordnete.

[3]) Voy. G. F. de Martens, l. c. §. 197. Ch. de Martens, m. dipl. Chap. I. §. 12. Fürstener. l. l. Cap. VI. in fin. (p. 24). — Hierher gehören auch die Deputirten, welche ehemals von den Generalstaaten der Niederlande in Kriegszeiten an das Heer und die Flotte abgeordnet wurden und den Titel Gedeputeerden te Velde und Gedeputeerden op de Vloot führten. Ein Beispiel dieser Art liefert die Sendung des Cornelius de Wit an den berühmten Admiral Michel Ruyter, der die Seeschlacht gegen die Engländer i. J. 1667 lieferte. — Es gab in früheren Zeiten in Italien einige Städte, welche das Recht hatten, an die Souveräne, von welchen sie abhingen, Deputirte mit dem Titel eines Ambiasciatore zu senden; so hatten z. B. Bologna und Ferrara, nachdem letzteres Herzogthum eine päpstliche Legation geworden war, immer Botschafter in Rom, freilich mit einem von den Diplomaten fremder Höfe verschiedenen Charakter. Dies nahm erst mit der französischen Besitznahme ein Ende. Die Präcedenz unter diesen beiden Botschaftern war unentschieden, wesshalb sie bei feierlichen Veranlassungen abzuwechseln pflegten. — Ferner hatte die Stadt Messina einen solchen Ambasciatore bei dem König von Spanien, und die Deputirten einzelner Städte dieses Landes, welchen ein gleiches Recht zustand, hiessen Embaxadores. Es versteht sich von selbst, dass dies nichts als ein Ehrentitel war, dem es an aller Bedeutung fehlte. Voy. Callières, l. c. Chap. VI. (p. 73). J. J. Moser, Der Belgrad. Fried.-Schluss u. s. f. §. 14.

Capitel VI.

§. 24.

Von den Consuln. — Einleitung.

Es bleibt am Schlusse dieses Abschnittes, des Zusammenhanges wegen, noch übrig, die Handelsagenten, die sogenannten Consuln[1]), zu erwähnen; da es jedoch nicht die Aufgabe des vorliegenden Werkes sein kann, eine ausführliche Darstellung der Consulatseinrichtungen und Verhältnisse in sein Bereich zu ziehen, so wollen wir uns auf einen kurzen geschichtlichen Rückblick dieses Institutes und auf die Begriffsbestimmung desselben beschränken.

Zur Unterstützung und Beförderung des internationalen Verkehrs, hauptsächlich für die Handels-, zum Theil aber auch für die sonstigen Verkehrsinteressen auswärtiger Staaten in einem fremden Lande oder in einzelnen Theilen und Plätzen desselben, dient die Anstellung von Consuln oder Handelscommissarien.

§. 25.

Von der Bedeutung des Wortes Consul und der Entstehung der Consulate.

Was zunächst das Wort »Consul« betrifft, so hat dasselbe sehr verschiedene Bedeutungen gehabt; zunächst im alten Rom führten die beiden obersten, jährlich gewählten Magistratspersonen diesen Titel. Nach der Theilung des Reiches in ein abendländisches und ein morgenländisches von den Kaisern beibehalten, wurde er allmälig von den griechischen Kaisern, den Königen der Franken und Italiens angenommen, bis er auch von diesen gegen den Anfang des 10. Jahrhunderts abgelegt wurde. Hierauf nahmen ihn die

[1]) Vgl. die Schriften über die Consulate von Alex. de Miltitz, manuel des consuls etc. — F. Borel, de l'origine et des fonctions des consuls. Edition conforme à celle de Saint-Pétersbourg. Leipsic 1831. 8. — Jose Ribeiro dos Santos et le Docteur Jose Feliciano de Castilho Barreto, traité du consulat. Tom. I. Hambourg 1839. 8. — F. A. de Mensch, manuel pratique du consulat, ouvrage consacré spécialement aux consuls de Prusse et des autres états formant le Zollverein etc. Leipzig 1846. 8. — B. W. König, Preussens Consular-Reglement in seiner heutigen Geltung und Anwendung. 2. Ausg. Berlin 1866. 8. — C. F. Hambro, manuel pratique du consulat, ouvrage consacré spécialement aux consuls de Suède et de Norvège. Christiania 1863. 8. — Sieh. auch Rotteck und Welcker, a. a. O. Bd. 6 Art. Gesandter. S. 594—596. — Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 236 — 300. — Moshamm, a. a. O. §. 112 — 118. — Klüber, a. a. O. §§. 173 u. 174. — Miruss, a. a. O. Abschn. 16. §. 375 — 396. Ch. de Martens, g. dipl. Tom. I. chap. X. §. 76 — 84. — Franz von Holtzendorff, Encyclopädie der Rechtswissenschaft in systematischer und alphabetischer Bearbeitung. Herausgegeben unter Mitwirkung vieler namhafter Rechtsgelehrter. Th. 1. Systematische Darstellung. Leipzig 1870. 8. IV. Das öffentliche Recht. 6. Das europäische Völkerrecht. §. 50—52.

Magistrate der unabhängigen italienischen Städte an, sodann Municipalbeamte der französischen Städte, bis man endlich im Mittelalter mit diesem Titel die Handelsrichter in den italienischen und spanischen Städten bezeichnete, weil sie aus dem Plenum des Stadtrathes genommen wurden, dessen Mitglieder Consuln genannt wurden. Am Ende des vorigen Jahrhunderts war dieser Titel dann für kurze Zeit, wie bekannt, in Frankreich in Gebrauch, indem er durch die Constitution vom Jahre VIII der Republik (13. December 1799) den drei obersten Regierungsbeamten verliehen wurde [1]).

Während der Kreuzzüge stellten mehrere europäische Fürsten Consuln der vorhin beschriebenen Art oder Handelsrichter auch in der Levante, d. h. in den Haupthandelsstädten Asiens und Afrikas, wie Aleppo, Alexandria, Smyrna, Cairo, Tunis, Algier u. A. m., an, um die Handelsstreitigkeiten der europäischen Unterthanen, welche dorthin kamen, nach ihren heimathlichen Gesetzen zu schlichten. Die Hansestädte schickten s. g. Aldermänner [2]) an die Orte, an denen ihnen gestattet war, Comptoirs zu halten, die englischen Kaufleute, welche an fremden Hafenplätzen Körperschaften bildeten, übten durch ihren Vorstand, den so genannten Court-Master [3]), eine Art von Gerichtsbarkeit in den unter ihren Landsleuten entstandenen Handelsstreitigkeiten aus, und die holländischen Kaufleute endlich hatten an den fremden Handelsplätzen ihre Richter, die so genannten Jus conservadores [4]). Sie sind natürlich den Consuln nicht ganz gleich zu stellen, da sie nicht von den Regierungen, sondern nur von Handelsgesellschaften angestellt wurden.

Mit dem 16. Jahrhundert nun fingen die europäischen Mächte an, den Consuln allmälig die Jurisdictionsbefugnisse, die ihnen in weitem Umfange gewährt worden waren, zu entziehen, einmal weil nach Entstehung der stehenden Gesandschaften die Fremden im auswärtigen Staate genügenden Schutz durch jene erhielten, sodann aber auch, weil man es nicht für angemessen hielt, dass

[1]) Die französischen Handels-Consuln mussten damals den Titel Agens de commerce annehmen und auch die anderen Staaten wurden von Frankreich ersucht, ihren im Gebiete der Republik befindlichen Consuln den Titel Handels-Agenten (auch commissaires pour les relations commerciales) beizulegen. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 173 Not. d. G. F. de Martens, Cours diplomatique ou Tableau des relations exterieures des Puissances de l'Europe tant entre elles qu'avec d'autres états dans les diverses parties du globe. 3 Tomes. à Berlin 1801. 8. Tome III. Tableau. Liv. I. chap. I. §. 30 à la fin (p. 37).

[2]) Primarius, senator, nach dem englischen alderman, angelsächsisch aldorman, bedeutet Alter Mann. Vgl. J. Grimm und W. Grimm, a. a. O. Bd. I. Art. Aldermann.

[3]) Die court-masters finden sich zuweilen noch da, wo früher die Adventurie-Kaufleute die Erlaubniss erhalten hatten, eine eigene Corporation (court) zu bilden. Adventurers (wagende Kaufleute) wurden in England, namentlich unter der Königin Elisabeth, welche die fremden Kaufleute zu Gunsten der Inländer sehr beschränkte, im Gegensatze der Stablers, diejenigen Kaufleute genannt, die in grösseren, damals noch sehr gefahrvollen Seeunternehmungen ihren Vortheil suchten.

[4]) Sie kommen noch in Portugal und Holland vor und sind jetzt, wie die ersten Consuln, blosse Richter unter ihren Landsleuten an fremden Handelsplätzen.

fremde Richter in fremdem Lande in so ausgedehnter Weise, wie es bisher geschehen, richteten und entschieden.

Seitdem findet nun zwar noch immer die Bestellung von Consuln Statt, allein sie haben, mit Ausnahme der im Orient angestellten[1]), nur noch die Bedeutung von Commissarien, welche ein Souverän in einem fremden Lande oder Hafenplatz mit der Wahrnehmung der Interessen seines Landes und seiner Unterthanen beauftragt[2]).

§. 26.

Von dem Begriff, der Wirksamkeit und den Rangclassen der Consuln.

Unter Consuln versteht man Handelsagenten, welche ein Souverän oder eine souveräne Staatsgewalt an Handelsplätzen, hauptsächlich Seehäfen, unterhält, um die Beobachtung der Handelsinteressen, sowie die Rechte und Privilegien der Unterthanen ihrer Nation zu überwachen[3]). Ihre Functionen bestehen vornehmlich in der Beschützung des Handels und der Schifffahrt der Unterthanen ihres Souveräns in den fremden Ländern, in der Fürsorge für die Aufrechthaltung und Erfüllung der Handels- und Schifffahrts-Verträge, welche zwischen ihrer Regierung und derjenigen, bei welcher sie residiren, bestehen, ferner darin, den Schiffen und Handeltreibenden ihrer Nation, wenn es erforderlich ist, Schutz und Beistand angedeihen zu lassen; auch üben sie die Passpolizei, sowie die freiwillige Gerichtsbarkeit aus und fungiren bei Streitigkeiten ihrer Nationalen als Schiedsrichter.

§. 27.

Fortsetzung.

Man unterscheidet nun, mehr dem Range als der Sache nach:

1. General-Consuln (consuls-généraux) d. h. solche, die ihre Wirksamkeit über mehrere Handelsplätze, zuweilen über ein ganzes

[1]) Sieh. unten §. 31.

[2]) Nach Art. 56 der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist die Wahrnehmung der Handelsbeziehungen zu fremden Nationen ausschliessliche Bundesangelegenheit und steht dieserhalb die Bestellung derjenigen diplomatischen Agenten, die vorzugsweise mit der Sorge für die Handelsinteressen betraut sind, nämlich der Consuln, lediglich dem Bunde zu. Vgl. auch »Gesetz, betreffend die Organisation der Bundesconsulate, sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundesconsuln vom 8. November 1867.« (Bundes-Gesetzblatt v. 1867, Nr. 11 S. 137 ff.).

[3]) In einem Circularschreiben des französischen Marine-Ministers v. J. 1814 an die Verwaltungs-Behörden in den Häfen heisst es: »Les Consuls sont des officiers envoyés par un souverain dans les divers ports ou échelles pour juger des affaires de commerce entre les sujets de sa nation.« »L'établissement de Consuls n'a eu d'autre but que l'avantage, l'agrandissement, la sûreté et la police du commerce des nations les unes chez les autres.« »Les Consuls sont les tuteurs de leurs compatriotes contre les vexations, les injustices des citoyens de la cité qu'ils habitent, et ils ont la police sur tous les individus de leur nation«.

Land auszubreiten, sowie die Aufsicht über die Consuln und Vice-Consuln ihres Bezirks zu führen haben[1]).

2. Consuln (Particulär-Consuln, consuls, consuls-particuliers)[2]) schlechthin, deren Wirkungskreis sich bloss auf den bestimmten Hafenplatz oder District eines Landes auszudehnen hat, und

3. Vice-Consuln (vice-consuls), die zur Aushülfe der General-Consuln oder Consuln dienen. Gewöhnlich ist zwischen den Consuln und Vice-Consuln kein materieller, sondern nur ein Titular-Unterschied[3]).

Wichtiger als diese Unterscheidung ist diejenige in

a) consules missi, d. h. solche, die der anstellende Souverän aus seinen eigenen Unterthanen in ein fremdes Land abordnet[4]), und

b) consules electi, d. h. solche, welche der vertretene Souverän aus Unterthanen des fremden Staates, in welchem der Consul fungiren soll, auswählt[5]).

[1]) Nach §. 2 des im §. 25 angeführten Gesetzes steht den Generalconsuln die Oberaufsicht und Ueberwachung der zu ihrem Bezirk gehörenden Consulate zu.

[2]) In Seestädten auch bisweilen commissaires de la marine genannt, sie kamen früher häufig vor; ihre Function ist streng auf einen Handels- (See-) Platz beschränkt.

[3]) So auch nach §. 2 des angeführten Gesetzes.

[4]) Abgesandte Consuln, Berufs-Consuln; das angeführte Gesetz schreibt vor, dass in den Häfen, wo europäischer Schutz und Gerichtsbarkeit nothwendig sind, also in Ostasien, namentlich in China, Japan und Siam, sowie in der Levante und ausserdem in den transatlantischen Häfen mit bedeutendem Verkehr Berufsconsuln, in allen übrigen Plätzen dagegen Wahlconsuln angestellt werden sollen. Zur Qualification als consul missus ist erforderlich, dass dem Bewerber das Bundesindigenat zusteht und dass derselbe entweder die zur juristischen Laufbahn in den einzelnen Bundesstaaten vorgeschriebene erste Prüfung bestanden hat und ausserdem mindestens 2 Jahre im Consulatsdienste des Bundes oder eines Bundesstaates beschäftigt gewesen ist oder die besondere Prüfung bestanden hat, welche für die Bekleidung des Amtes eines Berufsconsuls einzuführen ist. Vgl. G. Meyer, a. a. O. S. 127. — Es unterliegt keinem Zweifel, dass es das Geeignetste ist, den Consul aus den Unterthanen des zu vertretenden Staates zu wählen, da ein Consul, der in einem Unterthanenverhältniss zu dem Staate steht, in welchem er residirt, sich nicht die für eine gedeihliche und für den vertretenen Staat wirklich nutzbringende Ausübung seiner Functionen durchaus nothwendige Freiheit und Unabhängigkeit wird bewahren können. Dieser Ansicht ist auch Vattel (l. c. Liv. II. chap. II. §. 34): »Ses fonctions exigent prémièrement qu'il ne soit point sujet de l'Etat où il réside; car il seroit obligé d'en suivre les ordres en toutes choses, et n'auroit pas la liberté de faire sa Charge.« Voy. F. Borel, De l'origine et des fonctions des Consuls, chap. I. (p. 41): »Une des premières qualités d'un Consul c'est de ne pas être sujet de l'état où il réside — — — Sans cette condition l'admission d'un Consul dans un état est presque vaine et illusoire.« Auch die Preussische Regierung verkennt dies nicht (vgl. König, a. a. O. S. 7) und im Art. 41 des Vertrages zwischen Sicilien und den Generalstaaten vom 27. August 1753 heisst es: »L'on fera attention de part et d'autre, de nommer pour Consuls dans les Etats respectifs, comme ci-dessus, des propres Sujets-naturels, et si l'une des parties contractantes nommeroit pour son Consul dans les états de l'autre un Sujet de celle-ci, il sera libre cette dernière de l'admettre ou non.« Vgl. Miruss, a. a. O. §. 380 Not. 2.

[5]) Wahl-Consuln; in diesem Falle hören sie bisweilen für die Zeit ihrer Function auf, Unterthanen des Staates zu sein, in welchem sie residiren. — Nach §. 9 des angeführten Gesetzes sollen zu Wahl-Consuln vorzugsweise Kaufleute ernannt werden, welchen das Bundesindigenat zusteht. — Noch ist der Unterscheidung in Handels-Consulate und Jurisdictions- und Handels-Consulate zu erwähnen. — Den Wahlconsuln, welche unbesoldet sind und meistentheils Gebühren für gewisse dem Publicum geleistete Dienste empfangen, ist der Betrieb kaufmännischer Geschäfte gestattet, wogegen den Berufsconsuln, welche besoldet sind, der Abschluss kaufmännischer Geschäfte untersagt ist.

§. 28.

Fortsetzung.

Die Anstellung von Consuln beruht gewöhnlich auf Verträgen der betheiligten Staaten und steht, da es ein Hoheitsrecht ist, nur souveränen Staatsgewalten, daher nicht Handelsgesellschaften oder einer Regierung untergeordneten Handels- oder Seestadt-Magistraten zu.

Die Ernennung der Consuln geschieht nicht durch Beglaubigungsschreiben, sondern durch Bestallungsbriefe (lettres de provision) [1]) von ihrem Souverän, wozu von Seiten des fremden Staates eine besondere Genehmigung, das so genannte Exequatur [2]) (Placet) hinzukommen muss. Durch dieses werden sie in ihrer Eigenschaft anerkannt und haben nun die volle Qualification zu dem officiellen Geschäftsbetriebe.

Alsdann dürfen sie das Wappen ihres Souveräns über der Thür ihrer Wohnungen anbringen [3]), sowie ihre Flagge aufziehen, das letztere jedoch nur, wenn es ihnen nicht, wie dies an manchen Orten der Fall, ausdrücklich verboten ist [4]).

§. 29.

Fortsetzung.

Was die rechtliche Stellung der Consuln betrifft, so gilt allgemein der Grundsatz, dass sie, welchem Lande sie auch angehören

[1]) Ausser diesem werden sie nach Umständen auch öfters mit einem besonderen Empfehlungsschreiben versehen. Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 298. — Beisp. von Bestallungsbriefen sieh. Anhang Beil. Nr. 1 und 2.

[2]) In der passiven Bedeutung des Wortes »es kann ausgeführt werden.« — Für die Preussischen Consuln wird diese Genehmigung der Territorial-Regierung in der Regel auf diplomatischem Wege nachgesucht. Zu diesem Zwecke sendet das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten der betreffenden Königlichen Gesandschaft die Bestallung zu und veranlasst die gedachte Behörde, bei der Territorial-Regierung die nöthigen Schritte zu thun, um das Exequatur für den Consul zu erlangen. Das Exequatur wird in manchen Ländern von dem Staatsoberhaupt selbst vollzogen und dem Consul im Original oder beglaubigter Abschrift mitgetheilt, in anderen, so auch in Preussen, besteht es nur in einem Befehl, wodurch die Centralbehörde die betreffenden inneren Behörden anweist, den Consul in Ausübung seiner Functionen zu schützen. Vgl. König, a. a. O. S. 21. — In der Levante heisst das Exequatur berat; dieses Wort bedeutet im Türkischen ein Diplom, einen Brief, durch welchen Jemandem eine Immunität oder ein Privilegium verliehen oder bestätigt wird. — Vgl. auch König, a. a. O. S. 22 oben.

[3]) Den Preussischen Consularbeamten ist übrigens die Aufstellung von Wappenschildern nicht zur Pflicht gemacht, weshalb die Kosten für die Anfertigung derselben nur ausnahmsweise, wenn nach den besonderen Verhältnissen des Orts in dem eigentlichen Dienstinteresse nähere Veranlassung und wirkliches Bedürfniss dazu vorhanden ist, auf die Königliche Legationskasse übernommen werden. Vgl. König, a. a. O. S. 301.

[4]) Die Preussischen Consuln bedienen sich der Kgl. Kriegsflagge, doch können sie auch die ordentliche Landes- oder Handelsflagge führen. Gleichwie die Aufstellung der Wappenschilder ist auch die Führung der Flagge dem eigenen Ermessen der Consuln anheimgegeben, wesshalb die Regierung die Kosten nur ausnahmsweise trägt. Vgl. König, a. a. O. S. 301 unt.

mögen, in dem Lande, in welchem sie in Function sind, keinen Anspruch auf das Privilegium der Exterritorialität[1]) machen können, soweit nicht etwa Ausnahmen durch besondere Verträge statuirt sind, wie das mitunter wohl der Fall ist[2]), vielmehr der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit des fremden Landes unterworfen sind[3]), jedoch stehen sie unter dem Schutze des Völkerrechts und es gebührt ihnen Unverletzbarkeit[4]), sodass es die Pflicht des fremden Staates ist, im Falle einer der Person des Consuls zugefügten Verletzung oder Beleidigung Genugthuung zu geben[5]). Dass sie nicht zu den diplomatischen Agenten im engeren Sinne, den ministri publici gerechnet werden können, versteht sich nach dem soeben Ausgeführten von selbst[6]); es werden ihnen daher in den christlichen Staaten bestimmte Ceremonielrechte und Ehrenbezeugungen nicht eingeräumt[7]), sie werden dem Souverän des Landes, in welchem sie fungiren, amtlich nicht vorgestellt, in der Regel nicht als hoffähig angesehen und in Folge dessen zu öffentlichen Feierlichkeiten nicht amtlich eingeladen.

§. 30.

Schluss.

Den General-Consuln und Consuln werden oft zur Unterstützung folgende Personen beigeordnet:

1. ein Kanzler (chancelier), welcher die Stelle eines Notars versieht, z. B. Vollmachten, Contracte, Urkunden auszufertigen,

[1]) Holtzendorff, a. a. O. §. 50 (S. 801): »Die Rechte der Consuln sind erheblich von denjenigen der Gesandschaften verschieden. Für die Zubilligung der Privilegien der Exterritorialität und Unverletzlichkeit besteht kein genügender Grund, es sei denn, dass den Consuln gleichzeitig diplomatische Functionen übertragen wären, was in einzelnen Fällen zu geschehen pflegt.«

[2]) Voy. Traité du juge compétent des ambassadeurs, tant pour le Civil, que pour le Criminel. Traité du Latin de Mr. de Bynkershock, par Jean Barbeyrac. A la Haye 1723. 8. Chap. X. §. 4—6. — Miruss, a. a. O. §. 391.

[3]) In Preussen werden fremde consules missi, sobald sie diesseits weder Handel noch Gewerbe treiben, auch kein Grundstück besitzen, in der Regel ihrer eigenen Regierung zur Bestrafung übergeben. Doch geschieht dies nicht, wenn der Consul durch eine strafbare Handlung diesseitige Staatsrechte unmittelbar verletzt oder wenn das öffentliche Interesse ein unmittelbares Einschreiten erheischt. Die fremden Wahlconsuln stehen in Preussen auch in Strafsachen ausschliesslich unter der preussischen Gerichtsbarkeit. Vgl. König, a. a. O. S. 291.

[4]) Voy. Vattel, l. c. Tom. I. liv. II. chap. II. §. 34 (p. 283): »— — — il doit jouïr jusqu'à un certain point de la protection du Droit des Gens. Le Souverain qui le reçoit s'engage tacitement, par cela même, à lui donner toute la liberté et toute la sûreté nécessaires pour remplir convenablement ces fonctions; sans quoi l'admission du Consul seroit vaine et illusoire.« Derselben Ansicht sind Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 22 (p. 176) und Callières, l. c. Chap. VI. (p. 75).

[5]) Beisp. sieh. bei Miruss, a. a. O. §. 392.

[6]) Dieser Ansicht sind auch die meisten älteren Publicisten, wie Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. V. p. 63 und Mém. etc. p. 61). Vattel (l. c. Tom. I. liv. II. chap. II. §. 34). Callières (l. c. Chap. VI. p. 75), Bielfeld (l. c. Tom. II. Chap. IX. §. 22) u. A. m.

[7]) Obwohl den Berufsconsuln, als Unterthanen einer fremden Macht, öfters grössere Auszeichnungen zugestanden werden.

Testamente und andere Documente in depositum zu nehmen, sowie Protokolle zu führen hat u. dgl. m. [1]) Auch hat derselbe das Consulats-Archiv unter seiner Aufsicht [2]).

2. Consulats-Zöglinge (élèves-consuls), welche den General-Consulaten oder Consulaten attachirt werden [3]).

§. 31.

Von den Consuln in den muselmännischen Staaten.

Eine bei Weitem bevorzugtere Stellung als die Consuln, von denen in den vorhergehenden Paragraphen die Rede war, sowohl in Betreff ihres Ansehens als ihrer Vorrechte, haben die Consuln in der Levante (les Echelles du Levant [4]) und Afrika (Barbarie,

[1]) Kanzler im eigentlichen Sinne kommen nur bei den mit Gerichtsbarkeit versehenen Consulaten vor. In Preussen sollen grundsätzlich zu Kanzlern nur rechtskundige, zum Richteramt qualificirte Beamte gewählt werden; sie sind in der Regel die Stellvertreter des Consuls in Abwesenheits- und Behinderungsfällen, bearbeiten unter seiner Aufsicht und Verantwortlichkeit diejenigen Consulats-Angelegenheiten, welche er ihnen in den Grenzen seiner Befugnisse überträgt, und sind zu gleicher Zeit Kanzlei- und Registraturvorsteher. Bisweilen erhalten die Kanzler den Titel eines Vice-Consuls. Vgl. König, a. a. O. S. 302.

[2]) Le Baron Ferd. de Cussy, Dictionnaire ou manuel-lexique du diplomate et du consul. Leipzig 1846. 8. Art. Chancelier. »Conservateur actuel des archives, le Chancelier doit également tenir à jour les divers registres que les instructions et règlements prescrivent, pour donner une date certaine, non-seulement aux actes passés par eux, avec ou sans l'assistance du consul, mais aussi aux actes, certificats, légalisations, etc., qui sont de la compétence exclusive du consul et dont les Chanceliers doivent dresser les minutes et faire les expéditions.«

[3]) Man wählt hierzu in Frankreich vorzugsweise Söhne oder Enkel von Consuln, welche 20 Jahre im Dienste des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gestanden haben.

[4]) Was die Bedeutung des Ausdruckes »les échelles du Levant« anbetrifft, so ist anzuführen Menage, Dictionnaire étymologique. Par. 1694. fol. p. 266, woselbst es heisst: »On apelle échelles les Ports de mer du Levant, où il y a commerce. Et on les apelle de la sorte à cause que l'on y descend, pour y faire embarquer les marchandises. Les Latins se sont servis de Scala en la mesme signification.« — — »Encore aujourd'huy à Constantinople on apelle échelles les différents endroits, où l'on s'embarque.« Hieraus erhellt, dass man einige See- und Handelsplätze in der Levante in der französischen Sprache desshalb »échelles« nennt, weil man in solchen von dem erhöhten Molo oder Damm des Hafens hinuntersteigen muss, um die Kaufmannsgüter einschiffen zu können, ferner dass das Wort échelle von dem lateinischen Wort scala (Treppe, Leiter) abzuleiten ist. Nach Menage soll das lateinische Wort scala in der Bedeutung des französischen Wortes échelle bereits im Corpus juris vorkommen, woselbst es est. 7 de aquaeductu (Cod. XI, 43) heisst: »Ad reparationem aquaeductuum huius almae urbis omnia vectigalia, quae colligi possunt ex universis Scalis huius inclytae urbis, et ex operariis, qui Cyzaceni dicuntur, ad refectum ejusdem aquaeductus procedere cett.« Nachdem die früheren Commentatoren des Codex (Baldus, Angelus de Perusio und Lucas de Penna) nichts erwähnen, was zur Erläuterung des Wortes »Scalis« dienen könnte, hat Cujacius (in seinen Commentar. ad tres poster. Libros Codic. Tom. III. [Ed. Francof. 1595. fol.] p. 372) eine Anmerkung zur Erklärung dieses Gesetzes beigebracht, aus welcher sich ergiebt, dass schon unter der Regierung der Orientalischen Kaiser Theodosius II. und Valentinian III. das Wort »Scala« von Seehäfen im Orient gebraucht worden ist. — Die vornehmsten dieser Echelles du Levant sind nun: 1) Smyrna, 2) Alexandrette, 3) Aleppo, 4) Sayda, 5) die Insel Cypern, 6) Echelle neuve, 7) Angora, 8) Beobazar, 9) Salen, 10) Constantinopel, 11) Alexandria, 12) Rosette, 13) Cairo, 14) le bastion de France, 15) Tunis, 16) Algier, 17) Tripoli di Soria, 18) Tripolis in der Barbarei, 19) Napoli di Romania, 20) die Halbinsel Morea, 21) die Insel Negroponte, 22) die Insel Candia, 23) Durazzo, 24) Zea,

Etats barbaresques), welche dieserhalb den Gesandten fast gleichzustellen sind. Sie werden gleich den diplomatischen Agenten vermittelst Beglaubigungsschreiben angestellt und sind im Genusse fast aller, den Gesandten gebührenden Vorrechte, welche letztere theils durch Gesetze, theils durch Verträge (Capitulationen) festgesetzt sind, indem in fast allen, zwischen den christlichen und den muselmännischen Staaten abgeschlossenen Friedens- und Handelstractaten sich die ersteren die Befugnisse dieser Consuln ausbedungen haben [1]).

Sie haben fast ohne Ausnahme das Recht der Privat-Religionsübung [2]), sowie das Asylrecht, doch dürfen sie einen Verfolgten nur dann in ihr Hôtel aufnehmen, wenn er nicht Muselmann (sujet franc) ist; sie sind ferner im Genusse der Abgabenfreiheit [3]), sind der Gerichtsbarkeit des Landes, in dem sie residiren, nicht unterworfen, sondern üben vielmehr selbst sowohl freiwillige, als auch streitige Gerichtsbarkeit über die Unterthanen ihres Souveräns aus [4]). In Civilsachen bilden sie eine erste Instanz, von welcher an die höheren Instanzen des Heimathlandes appellirt wird, bei Vergehen

25) die Inseln Naxos und Paros, 26) die Inseln Tine und Miconi und 27) die übrigen beträchtlichsten Inseln des Archipelagus. Vgl. Franz Dominicus Häberlin, Kleine Schriften vermischten Inhalts aus der Geschichte und dem Teutschen Staatsrechte. 2 Thle. Helmstädt 1775. 1778. 8. 2. Th. S. 450 — 461. — Voy. aussi Cussy, l. c. Art. Echelle. »On entend par faire Echelle l'entrée successive, ou la relâche volontaire qu'un navire fait, dans plusieurs ports, avant d'arriver au but de sa destination.« »On nomme Echelles — — — particulièrement les ports d'étape, dans lesquels les marchands de l'Europe envoient leurs vaisseaux et tiennent leurs comptoirs. En Egypte ces ports d'étape s'apellent okelle; à Madagascar palissades, loges; sur la côte d'Afrique comptoirs; dans l'Inde, en Perse etc. loges, factoreries, comptoirs.«

[1]) Eine Anzahl solcher Verträge sind aufgeführt bei Miruss, a. a. O. §. 396 und Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 84 Not. 1. — Rücksichtlich der Prärogativen, die den Preussischen Consuln in den ottomanischen Staaten zustehen, sieh. König, a. a. O. S. 296.

[2]) Dieses jedoch nur innerhalb ihres Wohnhauses und ohne öffentliches Gepränge; vgl. Klüber, l. c. §. 174 Not. c. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 299 Not. 4. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 34 à la fin (p. 183). Heffter, a. a. O. §. 284 a. E.

[3]) Die Häuser der Preussischen Consuln (sowohl der Berufs- als auch der Wahlkonsuln) in den ottomanischen Staaten dürfen nicht mit Einquartierung belegt werden; vgl. König, a. a. O. S. 296.

[4]) Vgl. Holtzendorff, a. a. O. §. 50 (S. 802): »An sich betrachtet, darf diese Einrichtung als ein Uebelstand bezeichnet werden. Sie nährt den Hass zwischen Einheimischen und Fremden, indem die nationale Zusammengehörigkeit (der Consulate und der ihnen unterworfenen Personen) meistentheils den Verdacht der Parteilichkeit wachruft. Auf der anderen Seite ist zu erwägen, dass die Unterstellung europäischer Unterthanen unter die Gerichte solcher Staaten, deren Gesetze von grundsätzlicher Feindschaft gegen alles Fremde erfüllt sind, in der Praxis nahezu gleichbedeutend sein würde mit Preisgebung der höher entwickelten Rechtsinteressen. In dem einmal unvermeidlichen Conflicte, der durch die Berührung völlig verschiedener oder geradezu entgegengesetzter Culturstufen hervorgerufen werden muss, erscheint es als das geringere Uebel, den Ausländer durch Privilegien zu schützen, als ihn völlig schutzlos zu lassen.« — In Folge der vielfachen Bemühungen, welche die Türken und deren aussereuropäische Vasallen in neuester Zeit gemacht haben, um eine Abschaffung der alten Privilegien und Capitulationen durchzusetzen, ist gegenwärtig (Novbr. 1869) in Kairo eine internationale Commission behufs Regelung der Frage der Consulargerichtsbarkeit zusammengetreten, welche aus den Consuln von Grossbritannien, Frankreich, Oesterreich, Russland, Preussen, Italien und aus einigen Delegirten besteht und bei welcher der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten (Nubar Pascha) den Vorsitz führen wird.

untergeordneter Art (délits) erkennen sie auf Geldstrafen und bei schweren Verbrechen (crimes) instruiren sie nur und senden den Verbrecher alsdann nebst den Acten in das Vaterland [1]).

In Streitsachen ihrer Landsleute mit dortigen Unterthanen dürfen die Localbehörden, welche für die Verhandlung der Sache competent sind, nicht ohne Hinzuziehung des Consuls oder seines Dragomans einschreiten [2]).

Was die Stellung dieser Consuln gegenüber dem bei der Pforte accreditirten Botschafter oder Gesandten ihres Hofes anbetrifft, so ist dieselbe eine völlig unabhängige [3]).

[1]) Vgl. Handelsvertrag zwischen Preussen und der Pforte v. 22. März 1761 Art. V. Abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. II. Beil. 62 e. Ueber die Preussischen Vorschriften in Betreff des Verfahrens bei Civilstreitigkeiten und in Strafsachen sieh. König, a. a. O. S. 104—211.

[2]) Der Dragoman (Dolmetscher), welcher bei den Consulaten in dem Pfortengebiete, in China und anderen nichtchristlichen Ländern in der Regel angestellt ist, bewirkt bei Verhandlungen in einer dem Consul nicht geläufigen Sprache die Uebertragung in die dem Consul bekannte Sprache, führt die Correspondenz in fremden Sprachen, vermittelt den persönlichen Verkehr mit den Landesbehörden und tritt als Beistand der Schutzgenossen des Consulates bei ihren Verhandlungen vor den Landesbehörden auf.

[3]) A. M. sind Miruss, a. a. O. §. 395. Klüber, a. a. O. §. 174 Not. c. G. F. v. Martens, Einl. §. 145. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 299 Not. 1. Ch. de Martens, l. c. Tom. I. §. 84 (p. 183). — Die sämmtlichen Königlich Preussischen Consularbeamten stehen in Bezug auf ihre Dienstführung unter der Aufsicht des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, doch bilden die Königlichen Gesandschaften, General-Consulate und Consulate bei manchen Posten eine Zwischeninstanz. Die mit Jurisdiction versehenen Consuln sind bei Ausübung der Gerichtsbarkeit der Aufsicht der ihnen vorgesetzten Gesandschaft und in Ermangelung solcher, sowie in letzter Instanz der Aufsicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz unterworfen; vgl. König, a. a. O. S. 21. — Von Seiten des Norddeutschen Bundes sind gegenwärtig an folgenden Plätzen Berufs-Consuln angestellt, und zwar: 1) mit Jurisdictions-Befugniss in Shanghaï, Jokohama, Bukarest, Galatz, Jassy, Belgrad, Alexandria, Cairo, Beirut, Constantinopel, Jerusalem, Serajewo, Smyrna, Trapezunt; 2) ohne Jurisdictions-Befugniss in Santiago, London, Mexico, Pest, Moskau, Caracas und Newyork.

Zweiter Abschnitt.

Von der Wahl der Gesandten.

Capitel I.

§. 32.

In Ansehung ihrer Person.

Das Recht der Wahl der Person steht in der Regel dem absendenden Souverän zu [1]), ebenso die Entschliessung, welchen Charakter er dem Gesandten verleihen will [2]), doch pflegt man hier ein Reciprocum hinsichtlich des Ranges der abzuordnenden Gesandten zu beobachten, so dass sich die Souveräne gegenseitig Gesandte

[1]) Hiervon eine Ausnahme machte früher das Recht des Römisch-Deutschen Kaisers, sowie Frankreichs, Spaniens und einiger anderer grösserer katholischen Höfe, sich die Nuntien, welche der Papst abordnete, aus einer ihnen übersandten Liste auszuwählen. Dieses Recht war den betreffenden Höfen durch Beschluss einer, auf Anstiften des Cardinals Torrigiani gehaltenen Cardinals-Congregation, von Papst Clemens XIII. eingeräumt; man nannte dieses Verfahren »Terna«. Vgl. Franz Dominicus Häberlin, Römisches Conclave oder gründliche Nachricht von demjenigen, was von dem Tode eines Pabstes bis zu der Wahl und Krönung eines neuen Pabstes in Rom vorzugehen pflegt. Halle 1769. 8. S. 23.

[2]) Jedoch kommen in dieser Beziehung Beschränkungen vor; so hat z. B. der Heilige Stuhl seit undenklicher Zeit nur den vier katholischen Höfen von Oesterreich, Frankreich, Spanien und Portugal (sowie ehemals der Republik Venedig) das Recht eingeräumt, sich in Rom durch Botschafter vertreten zu lassen. Bis auf den heutigen Tag hat kein anderer katholischer Hof, und noch viel weniger ein protestantischer das Recht, einen Botschafter beim Heiligen Stuhl zu beglaubigen. Ein Beispiel hierzu liefert die Sendung des Fürsten von Chimay i. J. 1846 von Seiten Belgiens an die italienischen Höfe; der päpstliche weigerte sich, denselben in der Eigenschaft eines Botschafters anzunehmen, weshalb die belgische Regierung sich gezwungen sah, ihn mit dem Charakter eines ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers zu bekleiden. Wenige Tage nachher jedoch wurde der Fürst, aus besonderem Wohlwollen des Papstes für Belgien, als Botschafter in besonderer und vorübergehender Mission, um Pius IX. zu seiner Erhebung auf den Päpstlichen Stuhl zu beglückwünschen, zugelassen. Voy. Désiré de Garcia de la Vega, guide pratique des agents du ministère des affaires étrangères de Belgique. Bruxelles 1857. 8. Part. III. titre II. chap. I. sect. II. (p. 100).

von gleichem Range senden. So senden Mächte mit königlichen Ehren (honores regii, honneurs royaux)[1]) an Souveräne von geringerem Range niemals Gesandte erster Classe und empfangen solche auch nicht von ihnen. Nicht so streng jedoch wird die Gegenseitigkeit von Seiten der Mächte beobachtet, die überhaupt nur Gesandte zweiten oder dritten Ranges zu senden und zu empfangen pflegen, wie dies in unserer Zeit selbst von Grossmächten häufig geschieht; so hat z. B. Preussen seit langer Zeit das Recht, sich durch Gesandte erster Classe vertreten zu lassen, nicht ausgeübt, erst seit einigen Jahren unterhält es zu Paris und London Botschaften. Es ist daher nichts Ungewöhnliches, dass ein Staat bei einem anderen einen Gesandten zweiter Classe accreditirt, während er von jenem nur einen Gesandten dritter Classe empfängt.

§. 33.

Von den Geburts- und Standesverhältnissen.

Ein besonderer Stand ist an und für sich nicht erforderlich, es kann ein Militär, ein Civilist, ja ein Geistlicher dazu genommen werden[2]); in früherer Zeit, als noch die lateinische Sprache die

[1]) Durch ein besonderes europäisches Herkommen hat sich unter den Staaten im Laufe der Zeit ein bestimmtes Rangverhältniss gebildet; man unterscheidet danach nämlich zwei Classen:

1) Staaten und Souveräne mit königlichen Ehren,

2) Staaten und Souveräne ohne solche.

Zu den »königlichen Ehren« gehören der Gebrauch der Königskrone, sowie das Recht, alle Adelstitel, mit Einschluss des Fürstentitels, zu verleihen und das Recht, sich durch Gesandte der ersten Classe vertreten zu lassen. Anspruch auf diese honores regii gaben ursprünglich nur die Königs- und Kaiserkrone, in der Folge aber erlangten auch die Kurfürsten des Deutschen Reiches und die bedeutenderen Republiken (Genua, Venedig, die Niederlande) den Genuss jener königlichen Ehrenrechte. Heutzutage geniessen, ausser den Königen und Kaisern, die Grossherzoge (bis z. J. 1866 der Kurfürst von Hessen), sowie die Schweizerische Eidgenossenschaft, die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und vordem der Deutsche Bund die königlichen Ehren. Die Staaten mit königlichen Ehren haben im Allgemeinen den Vorzug vor den übrigen ohne jene Ehren, unter ihnen selbst aber besteht an und für sich kein rechtlicher Unterschied, indessen erleidet dies gewisse Modificationen, nämlich auf Grund besonderer Verträge. Ehemals hatte der Römische Kaiser einen unbestrittenen Vorrang vor allen anderen gekrönten Häuptern und nach ihm nahm Frankreich, als das älteste christliche Königthum, die zweite Stelle, wiewohl stets bestritten, in Anspruch; nur Dänemark, Portugal und Sardinien hatten Frankreich in früheren Verträgen diesen Vorrang eingeräumt. Am bekanntesten ist die von Papst Julius II. i. J. 1504 aufgestellte Rangordnung; vgl. Lünig, a. a. O. Th. 1 S. 8. Miruss, a. a. O. §. 281.

[2]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 304. Schmalz, a. a. O. S. 87: »Auch Krieger sind stets häufig zu Gesandschaften gebraucht; Geistliche der katholischen Kirche haben gleichfalls oft Gesandtenstellen verwaltet; Geistliche der protestantischen Kirche würden sich nicht von ihren Kirchenämtern entfernen können.« — In Griechenland wurden die Schauspieler wegen ihrer neutralen Stellung gern zu diplomatischen Missionen benutzt. Aristides und Neoptolemos machten die Friedensvermittler zwischen Athen und Macedonien. Thessalos war von Alexander, als Kronprinzem, einst einer Heirathsverbindung wegen an einen karischen Fürsten gesandt worden, hätte aber beinahe deshalb von den Corinthiern dem erzürnten Philipp ausgeliefert werden müssen. Der Schauspieler Aristodemos wurde an Philipp als Gesandter geschickt, dem er bekannt und bei dem er wegen seiner Kunst beliebt war; es heisst von ihm bei Aeschines (orat. de

der diplomatischen Verhandlungen war, nahm man häufig Doctoren der Rechte zu Gesandten, was jedoch, seitdem die französische [1]) Sprache an die Stelle der lateinischen getreten, immer seltener geworden ist.

Früherhin sah man bei der Wahl der Person sehr auf hohe Geburt, der Fall jedoch, dieselbe als Bedingung einer Annahme bei einem Hofe anzusehen, würde jetzt kaum mehr eintreten [2]). Ein Beispiel, wo die Annahme eines Gesandten wegen Mangels an Ahnen verboten wurde, möge wegen der treffenden Antwort des nach seiner Abkunft gefragten Gesandten hier einen Platz finden. Als der gelehrte Botschafter Heinrich IV. von Frankreich, Präsident Pierre Jeannin von Philipp II. von Spanien in der ersten Audienz gefragt wurde: »êtes vous gentilhomme?« erwiderte er, »oui, si Adam l'était« und auf die weitere Frage des Königs »de qui êtes-vous fils?« entgegnete Jeannin »de mes vertus«. Der König, betroffen über diese Antworten, bemühte sich nachher, ihn bei jeder Gelegenheit auszuzeichnen [3]).

fals. leg.): »καὶ πέμπουσι πρεσβευτὴν Ἀριστόδημον, τὸν ὑποκριτήν, πρὸς Φίλιππον, διὰ τὴν γνῶσιν καὶ φιλανθρωπίαν τῆς τέχνης.« — Ludwig XI. von Frankreich schickte seinen Barbier und Kammerdiener, Olivier Daim, als Gesandten in die Niederlande, um die Einwohner von Gent zum Aufruhr zu bewegen; voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. II. (p. 14). — Peter Paul Rubens (1577—1640) wurde i. J. 1608 vom Herzog von Mantua mit einer diplomatischen Mission an den Hof von Spanien beauftragt und daselbst mit grösster Auszeichnung als Gesandter, wie als Maler behandelt. Während seines Aufenthaltes in Paris (1620) trat Rubens als diplomatischer Vermittler zwischen England und Spanien auf, ging an den spanischen Hof und brachte hier den Frieden zwischen Philipp IV. und Karl I. zu Stande. — In Italien wurden in früheren Zeiten Geistliche und Bettelmönche, Magistratspersonen und einflussreiche Bürger zu Sendungen gebraucht, häufig auch Professoren, namentlich die der Rechtswissenschaft. Der Grieche Emanuel Chrysoloras war gegen das Ende des 14. und zu Anfang des 15. Jahrhunderts abwechselnd Gesandter seines Kaisers Johannes Paläologus in Italien und Lehrer der Eloquenz und griechischen Literatur in Florenz und anderen Städten. Sein Landsmann Johannes Lascaris hielt in Florenz i. J. 1492, dann zu Rom Vorlesungen über griechische Sprache und Literatur und Moralphilosophie unter Leo X., später i. J. 1520 zu Mailand auf Veranlassung König Franz I. während der französischen Occupation der Lombardei. Nachmals war er französischer Gesandter in Venedig. Der Aretiner Antonio Roselli, i. J. 1466 gest., wurde von Papst Martin V. beauftragt, Ladislaus, König von Ungarn, gegen Kaiser Siegmund zu vertheidigen, versah dann mehrere Missionen und wurde später Prof. der Rechtswissenschaft zu Padua. Dichter und Schriftsteller wurden auch zu Missionen verwandt, so Dante Alighieri, Petrarca und Boccaccio, der Florentiner Luigi Alamanni (bekannt durch seine Sendung von Seiten Franz I. an Carl V. i. J. 1544) u. A. m. Vgl. Reumont, a. a. O. SS. 381—389, 418 u. Not. 1 das.

[1]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 304. — Bis auf den heutigen Tag hat die französische Sprache ihre Herrschaft im diplomatischen Verkehr fast überall behauptet. Ausführlicheres hierüber sieh. unten Neunt. Abschn. Cap. II. §. 172 b.

[2]) Die venetianischen Botschafter wurden aus den Nobili gewählt (vgl. Reumont, a. a. O. S. 426) und die zu Rom und Wien mussten Mitglieder des Senates und der Bailo zu Constantinopel ein Edler sein (vgl. Le Bret, Vorlesgn. Th. 1 SS. 328, 329. Derselbe, Staatsgeschichte Th. 2 Abschn. 2 S. 685).

[3]) Hinsichtlich des Alters des Gesandten unterliegt die Wahl im Allgemeinen keiner Beschränkung, obwohl hin und wieder in Staaten ein bestimmtes Alter zur Uebernahme von Gesandschaften erfordert worden ist, so z. B. mussten die venetianischen Botschafter das Alter von 38 Jahren erreicht haben, indessen konnten sie auch früher zu solchen Stellen gelangen, wenn sie Aemter bekleidet hatten, die dazu befähigten, wie die zwölf Reggimenti maggiori es

§. 34.

Von dem Geschlecht.

Auch das Geschlecht kann bei der Wahl der Person kein Hinderniss begründen; wenn auch im Allgemeinen den Frauen die Fähigkeit, gesandschaftliche Functionen auszuüben, nicht wird abgesprochen werden können, so scheint es doch der Würde des weiblichen Geschlechtes, dessen Wirksamkeit dem öffentlichen Leben nicht angehört, nicht angemessen, sich in Staatsgeschäfte der Art einzulassen. Die wenigen Fälle, in denen Frauen mit diplomatischen Missionen betraut wurden, liefern den besten Beweis, dass bei allen Völkern diese Anschauung die herrschende war; am deutlichsten finden wir dies im Römischen Recht ausgesprochen, wo es heisst:[1]) »mulieres, quas naturalis pudor non omnibus perperam sese manifestare concedit«, sowie[2]): »Secundo loco Edictum proponitur in eos, qui pro aliis ne postulent; in quo Edicto excepit Praetor sexum et casum — — —. Sexum, dum feminas prohibet pro aliis postulare; ratio quidem prohibendi, ne contra pudicitiam sexui congruentem alienis causis se immisceant, ne virilibus officiis fungantur mulieres cett.«.

§. 35.

Fortsetzung.

Trotzdem finden wir bei den Schriftstellern des Alterthums einige Fälle aus der älteren Römischen Geschichte erwähnt, in denen Frauen als Gesandte verwandt wurden, allein es haben diese Fälle sich meistens unter Umständen ereignet, die eine solche Verwendung als nothwendig erscheinen liessen und die sich alsdann auch als das Wohl des Staates fördernd erwiesen haben. Dies war z. B. der Fall, als die Sabiner, welche in Folge des von den Römern verübten Frauenraubes, diesen den Krieg ankündigten, an die Römer ihre Frauen in der Eigenschaft von Gesandten abschickten, was den baldigen Abschluss des Friedens zwischen diesen beiden Völker-

thaten. Letzteres war auch der Fall mit den Avogadori del comune, welche ohne sonstige Requisite u. A. zu Botschaftern am römischen Hofe ernannt werden konnten. In Florenz konnte, einer Verordnung von 1528 zufolge, Keiner, der das 60. Jahr überschritten hatte, genöthigt werden, eine Mission zu übernehmen. Vgl. Reumont, a. a. O. SS. 423, 426. Miruss, a. a. O. §§. 125, 126. Ahnert, a. a. O. Th. I. S. 33—35. — Beispiel eines sehr jugendlichen Gesandten bei J. J. Moser, Beitr. Bd. 3 S. 103. — Cf. Germon. l. l. Lib. I. cap. XIII. §§. 9, 10, 12, 15.

[1]) Cf. Cod. VIII. 38 (de contrah. et committ. stipul.), cst. 14 §. 1.

[2]) Cf. Dig. III. 2 (de postulando) fr. 1 §. 5. — Cf. Zouchaeus, l. l. Pars II. quaest. 9 (p. 187). Paschal, l. l. Cap. XX. (p. 93—98). Germon. Lib. I. cap. XVIII. (p. 112 — 119). Bynkershoek, quaest. jur. publ. Lib. II. cap. V. »Qui recte Legati mittantur.« (In Op. omn. Tom. II. p. 219.)

schaften zur Folge hatte [1]). Ebenso schickten die Römer an den Coriolan und die Volsker, von denen der Stadt Gefahr drohte, die Veturia und Volumnia nebst anderen älteren Frauen als Gesandte; auch diese Frauen führten die ihnen vom Senat übertragene Aufgabe zum Heile des Staates aus, und endlich übertrug Vitellius den Vestalinnen eine Gesandschaft an den Antonius, wie uns Tacitus berichtet [2]).

§. 36.

Schluss.

Auch in der neueren Geschichte fehlt es nicht an Beispielen, dass man Personen weiblichen Geschlechts mit diplomatischen Missionen beauftragte, welcher diese sich auch theilweise nicht ohne Geschick entledigten. So soll der Schah von Persien, auf Anrathen Heinrich IV. von Frankreich, während der Unruhen des Reiches eine sehr schöne Dame an den türkischen Sultan abgeschickt haben [3]). Ludwig XIV. schickte ein Fräulein de Kerroual an den englischen Hof, um mit König Karl II. zu verhandeln [4]). Am bekanntesten ist die Sendung der Witwe des Marschalls Jean Baptiste de Budes, Graf Guebriant [5]), welche die Würde einer wirklichen Gesandtin (ambassadrice) mit der Geschicklichkeit, welche ihr Posten erforderte, bekleidete; Wicquefort [6]) führt sie als erstes und einziges Beispiel an. Sie wurde i. J. 1645 bei Gelegenheit der Vermählung der Prinzessin Louise Maria Gonzaga von Mantua, Adoptiv-Tochter Ludwig XIV., mit dem Polnischen König Wladislav IV., nach Polen gesandt und starb i. J. 1659 während der Verhandlungen des zwischen Frankreich und Spanien zu schliessenden so genannten Pyrenäischen Friedens.

Ein anderer Fall einer Gesandtin war die Ernennung der Gräfin Maria Aurora von Königsmark [7]), Geliebten Kurfürst August des Starken von Sachsen, Königs von Polen; dieser glaubte etwas Staatskluges zu thun, wenn er die so berühmte und schöne Frau an König Carl XII. von Schweden sende, allein Augusts Absicht wurde nicht erreicht, denn da Carl XII. ein zu abgesagter Feind der Frauen war, vermied er es, mit ihr auch nur zusammenzutreffen,

[1]) Cf. Dionys. Halic. l. l. Lib. II. cap. 45 sqq.

[2]) Cf. Histor. Lib. III. cap. 81.

[3]) Voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. II. sect. II. §. 5.

[4]) Mably, l. c. Chap. XIX. (p. 254): »Mademoiselle de Kerroual avec de grands yeux, une petite bouche et une taille légère etc.«

[5]) Renée du Bec, Tochter des René du Bec, Marquis de Vardes.

[6]) Mémoires, p. 600: »C'est le seul exemple que l'on ait en jusques icy.« Voy. aussi Le même, l'amb. Liv. I. sect. I. (p. 7). Vgl. auch Friderich Carl Moser, Kleine Schriften, zur Erläuterung des Staats- und Völcker-Rechts, wie auch des Hof- und Canzley-Ceremoniels. 12 Bde. Franckfurt am Mayn 1751 — 1765. 8. Bd. 3. 1752. S. 143.

[7]) Geb. im Herzogthum Bremen ums Jahr 1673, gest. zu Quedlinburg i. J. 1728.

noch weniger bewilligte er ihr eine Audienz [1]). Aus dem Grunde nun aber, dass die Gräfin Königsmark bei König Carl keine Audienz erlangen konnte und auf Grund der Behauptung, dass sie kein Beglaubigungsschreiben an den König von Schweden gehabt habe, wollen Einige [2]) ihr die Eigenschaft einer wirklichen Gesandtin bestreiten; allein der erstere Umstand ist jedenfalls völlig irrelevant, indem zu dem Wesen eines Gesandten doch nicht das Erforderniss einer ihm ertheilten Audiez gehört, wie es ja auch mehr als ein Mal vorgekommen ist, dass ein Gesandter keine Audienz erhielt, ihm deswegen aber keinesweges die gesandschaftliche Eigenschaft wird bestritten worden sein. Was sodann den zweiten Umstand, die Behauptung des mangelnden Creditivs anbetrifft, so entbehrt dieselbe aller Begründung, indem von keinem der Schriftsteller, welche diesen Fall erzählen, eine directe Erwähnung des Nicht vorhandenseins eines Beglaubigungsschreibens geschieht.

Gewissermaassen als diplomatische Anekdote kommt hier häufig in Betracht, dass man von einem Diplomaten unter Ludwig XV. von Frankreich lange Zeit nicht gewusst hat, ob er Mann oder Weib sei. Es war dies der Chevalier Charles Geneviève Louis Auguste André Timothée d'Eon de Baumont [3]), den man irrthümlich

[1]) Voltaire (l'histoire de Charles XII. Tom. I. p. 80), welcher diese Begebenheit ausführlich erzählt, stellt, nachdem er die Veranlassung König Augusts zu diesem Schritt und die Eigenschaften der Gräfin Königsmark erwähnt, das Fehlschlagen dieser Mission folgendermaassen dar: »le Roi de Suède refusa constamment de la voir. Elle prit le parti de le trouver sur son chemin, dans les fréquentes promenades, qu'il faisait à cheval. Effectivement elle le rencontra un jour dans un sentier fort etroit: elle descendit de carosse, dès qu'elle l'aperçut. Le Roi la salua, sans lui dire un seul mot, tourna la bride de son cheval et s'en retourna dans l'instant: de sorte que la Comtesse de Koenigsmark ne remporta de son voyage que la satisfaction de pouvoir croire que le Roi de Suède ne rédoutait qu'elle.«

[2]) Z. B. G. F. v. Martens, Einl. §. 197 Not. d. Moshamm, a. a. O. §. 58. Vgl. dagegen F. C. Moser, a. a. O. Bd. 3 S. 146 ff.

[3]) Geb. den 5. October 1728 zu Tonnerre in Burgund, wurde er durch Vermittelung des Prinzen von Conti mit einer Mission an den russischen Hof betraut, woselbst er zu Gunsten Frankreichs wirkte. Später war er Gesandter in London, wo er am 10. Mai 1810 starb. In Folge eines Befehles der französischen Regierung soll er Weiberkleidung haben tragen müssen; aus welchem Grunde dieser Befehl an ihn erging und warum er sich bis an sein Lebensende demselben willig gefügt, ist bis auf den heutigen Tag ein Räthsel geblieben. Von Ludwig XVI. ward er am 19. August 1777 als Chevalière d'Eon empfangen. — Aus neuester Zeit (1868) verdient eine Mittheilung aus Washington Erwähnung, welche folgendermaassen lautet: »Mrs. Frances Lord Bond ist der Name der Frau, die danach strebt, die amerikanische Regierung in England zu vertreten. Schon seit Monaten hat sie den Präsidenten zu überreden gesucht, ihr die Ernennung zu ertheilen, doch ist es ihr trotz der Unterstützung vieler Congressmitglieder ohne Unterschied der Parteifarbe nicht gelungen, die Stelle zu erhalten. Neuerdings hat sie indessen von dem Vicepräsidenten Wade einen Brief erlangt, der ihren Ansprüchen dringend das Wort redet. Gegenwärtig ist sie emsig bemüht, M'Clellan's Verwerfung zu bewirken und sollte ihr das gelingen, so wird nach ihrer Meinung der Präsident sie ernennen, als die einzige Person, der die Bestätigung des Senates sicher ist.« Als Seitenstück hierzu sei das Curiosum aus New-York (i. J. 1869) erwähnt, dass die bekannte Frau Doctorin Walker den Staatssecretär Fishe um den Secretärsposten bei der amerikanischen Gesandschaft in Madrid angegangen, der Minister die angehende Diplomatin jedoch (selbstverständlich) mit Entschiedenheit, wenn auch Höflichkeit abgewiesen hat.

für ein Frauenzimmer hielt, nach dessen Tode man indessen sich vom Gegentheil zu überzeugen Gelegenheit hatte.

§. 37.

Von dem Vaterlande.

In Betreff des Vaterlandes des Gesandten ist von manchen Staaten der Grundsatz aufgestellt, keinen eingebornen Unterthanen als Gesandten eines fremden Souveräns anzunehmen; der Grund hierfür ist wohl darin zu suchen, dass die Collision zwischen den Pflichten als Unterthan einerseits und dem Anspruch auf das Recht der Exterritorialität andererseits, leicht Anlass zu Streitigkeiten geben könne. Allein die Möglichkeit einer derartigen Collision kann ja am Leichtesten dadurch beseitigt werden, dass die Unterthaneneigenschaft des mit dem Charakter eines Gesandten bekleideten Unterthanen des Staates, in welchem derselbe als Gesandter zu fungiren hat, zeitweilig, so lange das neue Unterthanenverhältniss, in welches er durch die Uebernahme der Gesandschaft zu dem von ihm vertretenen Staat oder Souverän rechtlich getreten ist, dauert, suspendirt wird. Diesen Grundsatz befolgten z. B. die Vereinigten Niederlande [1]), Frankreich [2]) und Schweden, dagegen haben wiederum manche andere Staaten kein Bedenken getragen, ihre Unterthanen als Gesandte fremder Mächte anzunehmen, so wurde z. B. Hebdom, ein Engländer, als russischer Gesandter an den König von England geschickt und von diesem ohne Schwierigkeit angenommen [3]). Die Päpste haben mitunter nicht nur Cardinäle, sondern sogar Römer, also geborene Unterthanen des Heiligen Stuhles, als Gesandte fremder Mächte ohne Widerspruch angenommen. Selbst Frankreich machte früherhin keine Schwierig-

[1]) Vgl. Resolution der General-Staaten, keine Eingesessene des Landes als auswärtige Gesandte zuzulassen, als unter der Bedingung, dass sie den Unterthanen-Pflichten, insbesondere auch in Ansehung der Gerichtsbarkeit über ihre Person und Güter unterworfen bleiben; vom 19. Juny 1681. Resolution der Gen.-Staaten, dass künftig kein Unterthan der Republik als Gesandter einer auswärtigen Macht bey selbiger soll angenommen werden, vom 10. October 1727. Beide Resolutionen abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählungen Bd. 1 SS. 347, 349. Voy. aussi »Ordonnance qu'aucun sujet né Suédois ne sera admis en Suède comme ministre d'un état étranger et ne pourra entrer au service d'un ministre étranger«, de 20. novbr. 1727; dieses Gesetz ist bestätigt im Schwedischen Gesetzbuch, Abschnitt von Verbrechen Cap. VI., von Verrätherey §. 7.

[2]) Voy. Callières, l. c. Chap. VI. (p. 72). Bynkershoek, l. c. Chap. XI. §. 1. J. J. Moser, Vers. Th. 4 SS. 89, 96. Diesen Grundsatz behielt auch das Kaiserreich bei; so ist in einem Decret vom 26. August 1811 (»des Français au service d'une puissance étrangère«), tit. IV. art. 20 bestimmt: »Ils ne pourront servir comme Ministres Plénipotentiaires dans aucun traité, où nos intérêts pourraient être débattus«, sowie ebendas. art. 24: »Ils ne pourront jamais être accredités comme Ambassadeurs, Ministres, ou Envoyés auprès de notre personne.« Blos naturalisirte Unterthanen werden leichter angenommen.

[3]) Beisp. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 96.

keiten, einen seiner Unterthanen als Gesandten einer fremden Staatsgewalt anzunehmen, wie ein Beispiel unter Heinrich IV., welches Wicquefort [1]) erzählt, beweist.

Der ehemalige Deutsche Bund hatte festgesetzt, dass kein Bundestags-Gesandter Unterthan der Stadt Frankfurt sein dürfe [2]), ausgenommen derjenige für diese Stadt selbst, und zwar um Einflüsse abzuwehren, die mit örtlichen Interessen zusammenhängen.

Capitel II.

§. 38.

Von der Anzahl der Gesandten.

Was die Anzahl der an einen Staat oder Souverän abzuordnenden Gesandten anbetrifft, so finden wir im Alterthum über diesen Punct nirgends eine Bestimmung getroffen, was uns nicht befremden kann, da ja, wie bereits oben mitgetheilt wurde, das Alterthum ein Gesandschaftsrecht, mit Ausnahme der geringen Anfänge zu einem solchen bei den Römern, nicht kannte. Dass aber jedenfalls die Absendung mehrerer Gesandten nicht allein nicht ungebräuchlich, sondern wohl sogar die Regel war [3]), das ersehen wir aus den zahlreichen Fällen, von denen die Schriftsteller der Alten uns berichten. Aus welchem Grunde z. B. die Griechen, man möchte sagen ein Collegium von Gesandten, welches die Zahl von zwanzig und mehr oft erreichte, nicht selten an fremde Staaten schickten, ob, um der Mission durch eine Anzahl berühmter Namen einen grösseren Glanz zu verleihen, oder ob sie sich von einer so grossen Anzahl einen

[1]) Voy. l'amb. Liv. I. sect. XI. (p. 125). Andere Beispiele l'amb. pp. 127, 128.

[2]) Vgl. »Eröffnung an den Senat der freien Stadt Franckfurth vom 23. October 1816, betreffend das Verhältniss der Bundesversammlung und der von den Bundesgenossen bei ihr angeordneten Gesandschaften zu der Stadt und deren Behörden.« Art. 5: »Die Bundesversammlung giebt dem Senate zu erkennen, dass sie es als einen Grundsatz ansehen zu müssen glaubt, dass in Zukunft kein in nexu civico dieser Stadt stehendes Individuum zum Bundestags-Gesandten, ausser für die Stadt Frankfurt selbst, ernannt und angenommen werde.« Vgl. hierzu die »Erklärung des Senats der freien Stadt Frankfurt, in Betreff des Verhältnisses des hohen Bundestags, als Inbegriffs der Bundestags-Gesandschaften, gegen die Stadt, vom 25. October 1816.« Beide Actenstücke abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. II. Beil. 50 u. 51 (S. 285—299).

[3]) Demetrius fühlte sich daher schwer gekränkt, als die Lacedämonier statt mehrerer Gesandten nur Einen an ihn abgesandt hatten. Plutarch erzählt uns dies in seinen Moral. de garrulitate (p. 57 edit. Oxon. 1797 Tom. III.): »Δημητρίου δὲ τοῦ βασιλέως ἀγανακτοῦντος καὶ βοῶντος, Ἕνα πρὸς ἐμὲ Λακεδαιμόνιοι πρεσβευτὴν ἔπεμψαν· οὐ καταπλαγεὶς ὁ πρεσβευτής, Ἕνα, εἶπε, ποτὶ ἕνα.« Cf. Plut. vit. Demetr. XLII. (909). Germon. l. l. Lib. I. cap. VII. §. 13: »Animadverterunt vtique Imperantes, nec sibi, nec rebus suis expedire, vt vna pluribus legatio daretur: ob illud vulgatum, Quot capita, tot esse sententias.«

grösseren Erfolg für ihre Absichten versprachen, das ist in der That nicht ersichtlich und wir finden auch nirgends Angaben, die für eine Erklärung derartiger Massegesandschaften Anhaltspuncte bieten könnten [1]). Wie unzweckmässig, ja den Erfolg oft in Frage stellend die Sendung einer grösseren Anzahl von Personen als Gesandten oft war, das lehrt uns die Gesandschaft der Athenienser an Philipp, zu deren Mitgliedern Demosthenes und Aeschines gehörten und deren Schicksale uns Letzterer [2]) überliefert hat. Diese Gesandschaft bestand aus zehn Personen; diese Anzahl ist unbedeutend, wenn wir bedenken, dass Alexander von zwei Völkerschaften Indiens hundert Gesandte [3]) und, wie uns Diodor [4]) erzählt, von der Völkerschaft der Sambaster fünfzig Gesandte empfing.

§. 39.

Fortsetzung.

Nach dem Europäischen Völkerrecht ist jeder Souverän berechtigt, eine diplomatische Mission nicht nur einem, sondern mehreren Gesandten zugleich zu übertragen [5]) und ist letzteres namentlich bei sehr wichtigen Geschäften [6]), bei besonderen Ehrenbezeugungen [7]) und bei Friedensverhandlungen auf Congressen, bei denen

[1]) Hiermit steht nicht im Widerspruch das Edict des Kaisers Vespasian, durch welches den Städten und Provinzen des Römischen Reiches verboten wurde, mehr als zwei oder drei Deputirte an den Kaiser zu senden; denn das Edict spricht nicht von an fremde Nationen zu schickenden Gesandten. Cf. Dig. 50, 7 (de legationib.) fr. 4 §. 6: »Praecipitur autem Edicto Divi Vespasiani omnibus civitatibus, ne plures, quam ternos legatos mittant.«

[2]) In seiner Orat. de fals. legat.

[3]) Curt. l. l. Lib. IX. (p. 216): »Omnes curru vehebantur, eximia magnitudine corporum, decoro habitu, lineae vestes intextae auro, purpuraque distinctae.«

[4]) In seiner Biblioth. hist. Lib. XVII. cap. 102.

[5]) Wobei es ihm auch freisteht, ob die Gesandten von gleicher oder verschiedener Rangclasse, ob sie für verschiedene oder dieselben Geschäfte sein sollen und im letzteren Falle ob mit der Clausel »sammt oder sonders« oder ohne dieselbe, so dass alsdann die Mehreren nur gemeinschaftlich handeln können. Sind die mehreren Gesandten von gleichem Range, so geniessen sie auch alle gleiches Ceremonialrecht. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 180. G. F. v. Martens, Einl. §. 196.

[6]) So in der neuesten Zeit bei den Congressen zu Wien, Aachen u. s. w. (wo jede der grösseren Mächte zwei Gesandte hatte), auch bei den Pariser Friedensschlüssen. Von solchen Fällen abgesehen, ist es gegenwärtig ungebräuchlich, zugleich an demselben Orte mehrere Abgeordnete zu unterhalten; ehehin kam es öfter vor, so beglaubigten z. B. manche Kurfürsten und grössere Deutsche Reichsfürsten zu Wien mehrere Gesandte von verschiedenem Range. So hatte z. B. Sachsen i. J. 1747 am kaiserlichen Hofe zu Wien drei Abgeordnete von verschiedener Rangclasse, nämlich den Grafen Christian Loss als Gesandten, Friedrich Gregor von Lautensack als Minister-Resident und den Hofrath Saul als Minister. Vgl. Vehse, a. a. O. Th. 8 S. 114. Andere Beisp. ebds. S. 97.

[7]) Die Republik Venedig beglückwünschte ehemals ein gekröntes Haupt durch zwei, den Papst aber durch vier Botschafter bei stattgehabtem Thronwechsel. Des Kostenaufwandes wegen dispensirten die Päpste zuweilen die Republik hiervon, z. B. Papst Benedict XIV. i. J. 1740 und Papst Pius VI. i. J. 1775. — Wenn die Schweiz eine Beglückwünschungs-Gesandschaft an den König von Frankreich schickte, so stellte jeder der dreizehn Cantone einen Gesandten. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 SS. 70 u. 101. Andere Beisp. theilt mit Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVI. (p. 367). — Als Papst Bonifaz VIII. im

die Souveräne entweder als selbst interessirte Theile oder als Vermittler vertreten werden sollen, der Fall. Zu den Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück waren von Seiten des Kaisers fünf und von Seiten der Könige von Frankreich und Schweden beziehentlich drei und zwei Gesandte bevollmächtigt; die Friedensverhandlungen zwischen Spanien und den Niederlanden aber wurden durch drei von Spanien und durch acht von den Niederlanden ernannte Gesandte geführt.

Auf verschiedenen Friedenscongressen und zwar insbesondere bei der Abschliessung des Friedens zu Nymwegen wurde über die Zahl der Gesandten gestritten, indem Frankreich ohne jeden Grund behauptete, dass der Kurfürst von Brandenburg nur einen Botschafter senden könne; der gleiche Fall wiederholte sich auf dem Wahltage des Jahres 1742, wo einige Mächte, insonderheit Frankreich durch seinen Botschafter, den Marquis de Belleisle, obwohl vergeblich, Schwierigkeit machten, die zweiten Botschafter der Kurfürsten in dieser Eigenschaft anzuerkennen [1]).

§. 40.

Schluss.

Das Verhältniss unter den mehreren Gesandten hängt von der Bestimmung des absendenden Souveräns ab, in zweifelhaften Fällen ist anzunehmen, dass sie durch gemeinschaftliches Handeln ihren Souverän vertreten können.

Es kann auch ein Souverän sich bei mehreren Höfen durch einen und denselben Gesandten vertreten lassen [2]), dann sind aber nach der Anzahl der Höfe auch mehrere Creditive erforderlich. Es kam dies besonders häufig in den ehemaligen deutschen Bundesstaaten [3]) vor und es pflegt dann der Gesandte entweder an einem

ersten Jubeljahr, 1300, die Gesandten von vielen Nationen vor sich sah und fand, dass zwölf derselben aus Florenz waren, nannte er die Florentiner das fünfte Element. Ihr Eifer im Unterhandeln war so gross, dass Gesandschaft auf Gesandschaft folgte, gewöhnlich aus zwei, vier, ja acht bis zehn Personen bestehend. An feierlichen Gesandschaften, z. B. bei Krönungen, Vermählungen, beim Empfang gekrönter Häupter und ähnlichen Veranlassungen, nahmen immer mehrere Personen mit gleichem Rang und Titel Theil. Vgl. Reumont, a. a. O. SS. 385—386, 463.

1) Andererseits fehlt es auch nicht an Beispielen, dass für gewisse Ceremoniel-Gesandschaften Mehrheit der Gesandten verlangt oder bedungen worden ist, so in dem 1. Art. des zwischen Frankreich und Genua i. J. 1685 zu Versailles abgeschlossenen Friedens. Beisp. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 71. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 36.

2) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 SS. 56 u. 57, woselbst Beisp. aus älterer Zeit. So war z. B. der bekannte Friedrich Carl Freiherr von Moser als Hessen-Casselscher Gesandter zugleich bei dem Kur-Mainz-, Kur-Trier- und Kur-Pfälzischen Hofe accreditirt.

3) So vertreten z. B. die bei der freien und Hanse-Stadt Hamburg beglaubigten und daselbst residirenden Gesandten von Frankreich und Preussen ihre Souveräne zu gleicher Zeit an den Grossherzoglich Mecklenburgischen Höfen und den freien Städten Lübeck und Bremen; ferner sind der belgische Gesandte zu Kopenhagen, der bra-

der Höfe, bei denen er accreditirt ist, beständig zu residiren oder bald an diesem, bald an jenem.

Endlich kommt es auch wohl, obgleich selten, vor, dass mehrere Staaten sich durch einen gemeinschaftlichen Gesandten bei einem fremden Souverän vertreten lassen [1]). Aus älterer Zeit erzählt Bynkershoek [2]) einen solchen Fall; in den Jahren 1695 und 1696 nämlich unterhielten der König von England und die General-Staaten der Niederlande einen gemeinschaftlichen Botschafter am Hofe zu Madrid.

Capitel III.

§. 41.

Von der Pflicht zur Annahme von Gesandten.

Die Frage, ob ein zur Annahme von Gesandten berechtigter Staat verpflichtet ist, einen von einem fremden Staat an ihn abgeordneten Gesandten anzunehmen, ist, sofern nicht zwischen den betreffenden Staaten getroffene Vereinbarungen bestehen, welche die Zurückweisung eines Gesandten ausdrücklich ausschliessen, ohne Zweifel zu verneinen [3]). Die Ansicht Ahnert's [4]), dass es eine »vollkommene Verbindlichkeit« sei, »dass ein Souverän des andern Gesandten annehme«, ist eine entschieden irrige, denn insofern das active wie das passive Gesandschaftsrecht ein Ausfluss der

silianische Gesandte zu Berlin (und bis z. J. 1866 auch der niederländische Gesandte zu Hannover) zu gleicher Zeit mit der Vertretung ihrer Höfe bei der Stadt Hamburg beauftragt, sowie der englische Botschafter zu Berlin gegenwärtig zu gleicher Zeit in der Eigenschaft eines ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei den Höfen von M.-Schwerin und M.-Strelitz beglaubigt ist und endlich, bis zur Auflösung des Deutschen Bundes i. J. 1866, der schwedische Gesandte zu Brüssel gleichzeitig seinen Souverän bei der Bundesversammlung zu Frankfurt a. M. vertrat.

[1]) Dies war ehedem vorzüglich am Deutschen Reichstage der Fall. — In neuerer Zeit war z. B. der Hanseatische Minister-Resident zu Berlin in gleicher Eigenschaft daselbst für das Grossherzogthum Oldenburg beglaubigt.

[2]) Voy. Traité du juge compétent. Chap. XIX. §. 3.

[3]) Cf. Bynkershoek, Quaest. jur. publ. Lib. II. cap. V. »Qui recte legati mittantur.« — Den Fall ausgenommen, wenn die, auf andere Art unerzielbare Absicht der Sendung darin besteht, das bestrittene Recht des sendenden Staates zu erörtern und zu beweisen oder den Streit wegen einer von dem anderen Staat ihm zugefügten offenbaren Rechtsverletzung in Güte beizulegen. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 176 Not. b. Ueber die Annehmung und Abweisung der Gesandten sieh. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 226—234. Vgl. auch Miruss, a. a. O. §. 81. Heffter, a. a. O. §. 200 a. E. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 274.

[4]) a. a. O. Th. 1 S. 170. — Voy. aussi Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 7. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. III. No. 1, 2. Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. II. chap. II. (p. 109): »Le droit pour un gouvernement de ne pas agréer un agent diplomatique ou de demander son rappel n'est pas contestable, mais il doît être renfermé dans de justes bornes.«

Souveränetät eines Staates ist, würde demnach ein Staat dem anderen gegenüber durch eine solche Zwangpflicht geradezu eines Theiles seiner Souveränetät beraubt werden. Selbst die Verpflichtung auf Seiten des ablehnenden Staates zu einer Angabe von Gründen kann nicht angenommen werden.

§. 42.

Fortsetzung.

Die Gründe selbst nun aber können verschiedener Natur sein und zwar entweder den absendenden Staat oder die Person des Abgesandten betreffen [1]). Das erstere ist z. B. der Fall, wenn der Staat, an den ein diplomatischer Agent gesandt wird, dem absendenden Staate die politische Selbstständigkeit und in Folge dessen das Recht zur Ausübung des Gesandschaftsrechtes bestreitet, oder wenn zwischen zwei Staaten Conflicte entstanden sind, welche den Ausbruch eines Krieges als unvermeidlich erscheinen lassen [2]).

Oft ist die Frage aufgeworfen worden, ob ein Usurpator an fremde Mächte und diese an ihn Gesandte schicken könnten [3]). Es muss diese Frage von einem Standpuncte aus, dem weniger das strenge Recht, als die Interessen und besondere Umstände zur Grundlage dienen, beantwortet werden, zumal ja im Leben der Völker und Staaten das Recht so häufig dem Interesse und Zweckmässigkeitsrücksichten untergeordnet zu werden pflegt. Insofern nämlich ein Staat nicht den Beruf hat, sich in die Vorgänge, welche sich in einem fremden Staatsgebiet zugetragen haben, ohne dass die Interessen des ersteren dadurch unmittelbar berührt worden wären, einzumischen und dieselben seiner Beurtheilung zu unterziehen, wird er ohne Gefahr von einem Usurpator, als dem In-

[1]) Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. III. No. 1: »Non enim omnes admitti praecipit gentium jus: sed vetat sine causa rejici. Causa esse potest ex eo qui mittit, ex eo qui mittitur, ex eo ob quod mittitur.« Rich. Zouch, l. l. Pars II. sect. IV. quaest. 13.

[2]) Miruss, a. a. O. §. 81, führt als Beweggründe der Verweigerung der Annahme namentlich folgende auf: 1) wenn der fremde Hof sich die Beschickung des Gesandten bis zur Hebung zwischen ihm und anderen Höfen entstandener Collisionen verbittet; 2) wenn die Annahme abgelehnt wird, um ein unbequemes Ceremoniel zu vermeiden; 3) wenn sich der fremde Souverän die Zusendung einer ihm unangenehmen Person oder die Bevollmächtigung seiner eigenen Unterthanen verbittet.

[3]) Vattel (l. c. Tom. II. liv. IV. chap. V. §. 68) beantwortet die Frage folgendermassen: »Les Puissances étrangères suivent ici la Possession, si le bien de leurs affaires les y convie.« Vgl. ferner ebendas. §. 65—67. — Hierüber sagt Heffter, a. a. O. §. 200, dass das Gesandschaftsrecht einem usurpatorischen Souverän nicht verweigert werden könne, sofern man mit ihm Verbindungen eingehen wolle oder sich ihrer nicht entziehen könne. Cf. Bynkershoek, l. l. cap. III. (»Qui recte Legatos mittant«): »Ceterum qui Summam Potestatem desiderat in iis, qui Legatos mittunt, non solent distinguere, nec enim distinguendum est, an eorum Imperia ex justo titulo, an ex sola injuria originem traxerint, sufficit enim quod ad illos, ad quos Legati mittuntur, Suprema Potestate utantur.« Paschal., l. l. Cap. XII. Zouch., l. l. Pars II. sect. IV. quaest. 7.

haber der Staatsgewalt des fremden Landes, sofern nur der Staat vor der in ihm vorgegangenen Veränderung im Besitze politischer Unabhängigkeit war, Gesandte annehmen können. Wird diese Frage nun auf diese Weise beantwortet, so muss selbstredend auch die zweite, ob ein Staat an einen Usurpator Gesandte schicken könne, bejaht werden; denn, sobald der fremde Staat von einem Usurpator einen Gesandten empfängt, ihm also das active Gesandschaftsrecht zuerkennt, kann er ihm consequenter Weise auch nicht das passive, also das Recht, Gesandte zu empfangen, streitig machen. Der Cardinal Mazarin nahm den von Cromwell gesandten Loccard als Botschafter der Republik England an; in gleicher Weise verfuhr Frankreich, als im Anfange des 17. Jahrhunderts Carl Herzog von Södermanland an die Stelle des Königs von Schweden, Sigismund von Polen, von den Ständen zum König erwählt worden war. »Toutes ces raisons et considérations«, schrieb der Minister Heinrich IV., Villeroy, in einer Depesche vom 8. April 1608 an den Präsidenten Jeannin, »n'empêcheront point le Roi de traiter avec Charles, s'il y trouve son interêt et celui de son Royaume«[1]).

§. 43.

Schluss.

Was die Person des Gesandten anbetrifft, so kann die Zurückweisung derselben mancherlei Ursachen haben, z. B. dass der Gesandte Unterthan des Staates ist, an welchen ihm die diplomatische Mission übertragen ist, wovon ausführlich oben (§. 37) die Rede war, oder dass seine Person dem fremden Souverän missliebig ist u. dgl. m.[2]); in einem solchen Falle wird ein Souverän mit vollem Recht die Annahme des Gesandten verweigern können, denn es kann ihm nicht zugemuthet werden, sich mit einer persona ingrata einzulassen oder sie auch nur zu empfangen. An zahlreichen Fällen von Zurückweisung aus diesem Grunde fehlt es nicht; i. J. 1758 verweigerte der schwedische Hof die Annahme des englischen Gesandten Sir Godericke, der sich bereits auf der Reise nach Stockholm in Kopenhagen befand, und in den Jahren 1801 und 1802 geschah dasselbe von Seiten des wiener Hofes gegen den schwedischen Gesandten Grafen Armfeld[3]). Auch in jüngster Zeit trug

[1]) Vattel (l. c. Liv. IV. chap. V. §. 68) sagt hierzu: »Ce discours était sensé. Le Roi de France n'étoit ni le Juge, ni le Tuteur de la Nation Suédoise, pour refuser contre le bien de son Royaume, de reconnaitre le Roi qu'elle s'étoit choisi, sous prétexte qu'un Compétiteur traitoit Charles d'Usurpateur.«

[2]) Die französische Republik verweigerte durch Decret vom 27. November 1792 die Annahme von Emigranten als Gesandten.

[3]) Im Jahre 1629 wurden die Gesandten, welche König Gustav Adolph zu dem Lübecker Friedensschlusse zwischen dem Kaiser und Dänemark gesandt hatte, nicht allein nicht angenommen, sondern unter Bedrohung des Lebens aus Deutschland fortgeschafft, worüber sich Gustav Adolph, als

sich ein solcher Fall zu, Russland nämlich erhob Einwendungen gegen die Ernennung des gewesenen Kriegsministers der Union, Cameron, zum Gesandten derselben am Hofe zu St. Petersburg.

Um sich einer solchen Nichtannahme nicht auszusetzen, pflegt sich der absendende Souverän vorher über die Gesinnungen des Hofes, an welchen der Gesandte abgeordnet werden soll, zu informiren [1]): auch pflegt man wohl dem fremden Hofe vorher eine Liste von Candidaten für den betreffenden Gesandschaftsposten zur Auswahl mitzutheilen [2]), ja es kommt selbst vor, dass sich der fremde Staat eine bestimmte Person zum Gesandten ausbittet [3]).

Die Verweigerung der Annahme kann durch Nichtannahme der Beglaubigungsschreiben oder durch Nichtbewilligung der Audienz geschehen.

eine Verletzung des Völkerrechts, beklagte. — Andere Beisp. bei Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XIII. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 171—175. J. J. Moser, Vers. Th. 3 SS. 89, 228—231. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht. SS. 90, 91. Schmalz, a. a. O. S. 88. — Im Jahre 1815 verweigerte der König der Niederlande die Annahme eines von dem Grossherzog von Baden abgeordneten, schon zu Brüssel angelangten Gesandten. Dasselbe that, bei demselben Individuum, bald nachher die schweizerische Eidgenossenschaft. — Aus neuerer Zeit sind folgende Fälle zu erwähnen: Der Kaiser von Russland verweigerte i. J. 1832 die Annahme des Sir Stratford Canning als Botschafter Englands, und i. J. 1847 nahm der König von Hannover den Preussischen Gesandten, Graf von Westphalen, nicht an, weil dieser Diplomat Katholik war. Dass der Gesandte der Religion des sendenden oder des beschickten Hofes angehöre, ist durchaus nicht erforderlich; dennoch haben einige katholische Souveräne nie andere als Katholiken zu Gesandten gewählt und katholische geistliche Fürsten, wenigstens zu den ersten Gesandschaftsposten, fast immer nur Geistliche, so z. B. der Papst, ehedem die geistlichen Kurfürsten zu der Kaiserwahl und Krönung. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 187 i. A. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 304 Not. 3. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 98. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 103.

[1]) Voy. Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. II. chap. II. au commencem. (p. 106).

[2]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 28 (p. 178). J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 87. Vgl. oben, §. 32 i. A.

[3]) Im Jahre 1750 erbat sich die Kaiserin von Russland von England an Stelle des abberufenen Gesandten Hyndfort einen gewissen Guidekens zu dessen Nachfolger. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 90.

Dritter Abschnitt.

Von den zur Legitimation und Geschäftsführung des Gesandten dienenden Papieren. — Chiffren.

Capitel I.

§. 44.

Von dem Beglaubigungsschreiben.

Die Legitimirung eines diplomatischen Agenten bei dem fremden Souverän geschieht nach dem Herkommen:

1. durch eine vorherige Anzeige der Ernennung und Erbittung von Pässen (von denen unten, §. 46., die Rede sein wird), und

2. durch sogenannte Beglaubigungsschreiben (Creditive, literae credentiales, lettres de créance).

Dieses Creditiv ist ein Schreiben des absendenden Souveräns an den auswärtigen, durch welches Ersterer dem Letzteren die Veranlassung der Gesandschaft nebst dem Namen und Charakter des Gesandten anzeigt, um eine freundliche Aufnahme des Gesandten und den Erklärungen desselben Glauben beizumessen ersucht [1]).

Bevor der Gesandte seine Creditive dem fremden Hofe nicht präsentirt hat und dieselben nicht von diesem angenommen und als gültig anerkannt sind, kann er auf die Rechte und Ehrenbezeugungen, die seiner Würde zukommen, keinen Anspruch machen, vielmehr ist er nur als Privatperson zu behandeln [2]); wird ihm daher

[1]) Z. B. Rogamus enixe Maiestatem Vestram, vt dicto nostro Ablegato Extraordinario benignum expeditumque auditum indulgere velit, auribusque pronis et fide integra excipere, quicquid nostro nomine cum Ipsa communi cett. Beisp. bei Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 347—353. Christian August Beck, Versuch einer Staatspraxis, oder Canzeleyübung, aus der Politik, dem Staats- und Völkerrechte. Wien 1754. 8. Buch 5 Cap. 1 §. 6—19 (S. 227—239). Lünig, a. a. O. Th. 1 S. 374.

[2]) Doch kommen Ausnahmen vor; trotzdem dass die Gesandten, welche die Generalstaaten i. J. 1644 zur Zeit der Zerwürfnisse zwischen dem König von England und dem Parlament nach England gesandt hatten, nicht mit Creditiven versehen waren, erkannte das Parlament sie als Gesandte an und verhandelte mit ihnen.

vielleicht eine Beleidigung zugefügt, so kann dieselbe selbstverständlich nicht als gegen das Völkerrecht geschehen, angesehen werden. Ein Gleiches findet Statt, wenn der Gesandte zwar mit einem Beglaubigungsbrief versehen ist, denselben aber nicht vorzeigen will, entweder um sich einen höheren Charakter beizulegen, als sich in dem Schreiben angegeben findet, oder aus irgend einem anderen Grunde [1]).

Die Legitimirung der Legaten und Nuntien des Papstes geschieht nicht durch Beglaubigungsschreiben, sondern durch Bullen, welche ihnen gleichzeitig als Vollmacht dienen [2]).

§. 45.

Von der Form desselben.

Was die Form des Creditivs betrifft, so ist dieselbe gewöhnlich die eines Canzleischreibens [3]) und wurde früher in der Regel in der lateinischen Sprache ausgefertigt, von dem Souverän unterzeichnet und dem Staatssecretär oder irgend einem anderen Minister gegengezeichnet. Heutezutage bedient man sich dagegen meistens der französischen Sprache, obwohl dies nicht gerade Regel ist; so z. B. war das Beglaubigungsschreiben, mit welchem der im Juni

[1]) Ein Beispiel dieser Art erzählt Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XV. (p. 178): »En l'an 1638 le Sieur Forbus, estant arrivé en France de la part du Roy de Pologne, et se faisant traiter d'Ambassadeur, le Comte de Brulon, l'un des Introducteurs, fut chez lui, et demanda à voir ses lettres ou son passeport. Il se trouva, qu'on lui donnoit dans ses lettres la qualité de Nuncius. Il dit que dans son païs on ne faisoit point de distinction entre la qualité de Nuncius et celle de Legatus: mais le Conseil de France l'entendoit autrement, et la Cour le traita en gentilhomme Envoyé etc.« Fernere Beisp. ebds. p. 170, auch bei Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 343—345. Vera et de Cunniga, l. c. p. 370—372.

[2]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XV. (p. 169). Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 18. Lünig, a. a. O. Th. 1 S. 374.

[3]) Das Canzleischreiben (lettre de chancellerie, de conseil ou de cérémonie) gilt für die feierlichste Art der Correspondenz der Souveräne unter einander; zu einem solchen gehören folgende Requisite:
1) ein besonderer Eingang, in welchem sich zuerst der Schreibende mit »Wir von Gottes Gnaden (Dei gratia, par la grâce de Dieu)« und allen seinen Titeln nennt und darauf den Adressaten mit »Von Gottes Gnaden« und allen seinen Titeln bezeichnet;
2) der eigentliche Context, in welchem der Schreibende immer von sich in der Mehrheit spricht und dem Adressaten das demselben zukommende Prädicat ertheilt, z. B. »mein Herr Bruder (mon frère)« in Abwechselung von »Ew. Majestät«;
3) der Schluss des Schreibens. Dieser besteht aus einer Freundschaftsversicherung, einer nochmaligen Anrede mit dem gewöhnlichen Prädicat und aus einer Wiederholung der Ehrenworte, welche der Souverän selbst schreibt und sodann unter Beifügung eines frommen Wunsches unterschreibt. — Die gewöhnliche Schlussformel im Französischen ist: »sur ce nous prions Dieu qu'il Vous aïe très-haut, très-puissant et très-illustre Prince en sa Sainte et digne garde.«

Einem solchen Canzleischreiben wird das grosse Staatssiegel beigedruckt, das Schreiben alsdann eingeschlagen und mit einer Aufschrift versehen, welche alle Titel des Adressaten enthält. — Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 174. Heffter, a. a. O. §. 237. Beck, a. a. O. Buch 1 Cap. 2 (S. 17—35). Ch. de Martens, g. d. Tom. I. Chap. IV. (p. 284).

d. J. 1827 von Russland an den türkischen Hof abgeordnete Gesandte, Marquis de Ribeaupierre, ausgerüstet war, in russischer Sprache abgefasst und wurde in der Antritts-Audienz bei Ueberreichung desselben von dem Dragoman der Gesandschaft in das Türkische übersetzt.

Uebrigens genügt es auch rücksichtlich der Form, wenn das Creditiv in der Form eines einfacheren Cabinetsschreibens [1]) abgefasst ist.

Das Creditiv wird gewöhnlich in zwei Exemplaren ausgefertigt, von denen das Original verschlossen zu sein pflegt und zur Uebergabe an den Souverän in der Antritts-Audienz bestimmt ist, wogegen der Gesandte die Abschrift dem Staatssecretär oder Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu übergeben hat, damit dieser, nachdem er geprüft, ob Form und Inhalt des Beglaubigungsschreibens in Ordnung sind, dem Gesandten eine, dem ihm in jenem verliehenen Charakter entsprechende Antritts-Audienz bei seinem Souverän verschaffe [2]).

Einem Gesandten werden mitunter auch mehrere Beglaubigungsschreiben mitgegeben und zwar nicht nur in dem Fall, dass er mit einer Mission an mehrere Höfe zugleich betraut ist [3]), sondern auch für einen und denselben Hof; so z. B. übergab i. J. 1722 der Resident des Kaiser Carl VI. an den Sultan, dem ersten Wessir [4]) zwei Beglaubigungsschreiben, das eine von dem Kaiser, das andere von dem Prinzen Eugen unterzeichnet [5]). Die bei der Ottomanischen

[1]) Die minder feierliche Correspondenz der Souveräne unter einander geschieht durch ein Cabinetsschreiben (lettre de cabinet); bei solchen Schreiben sind die Ueberschrift (suscription) und Anrede sehr kurz und bestehen nur in der gewöhnlichen Courtoisie (z. B. »mein Herr Bruder« u. s. f.). Im Context (corps de la lettre) spricht der Schreibende von sich in der Einzahl, der Adressat wird in der Ueberschrift angeredet, der Niedrigere gebraucht in der Ueberschrift auch das Wort »Sire«. Das Schreiben wird mit einem kleinen Siegel versehen, erhält einen kleinen Umschlag und die Aufschrift auf diesem ist ganz kurz. Vgl. Beck, a. a. O. Buch 1 Cap. 3 (S. 36—45). G. F. v. Martens, Einl. §. 175. Heffter, a. a. O. §. 237. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. Chap. IV. (p. 286).

[2]) In Frankreich waren ehedem folgende zwei Arten von Creditiven üblich, 1) eine s. g. lettre de cachet (auch lettre de la chancellerie genannt), welche von dem Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten ausgefertigt und gegengezeichnet wurde, 2) eine s. g. lettre de la main, welche von einem der Cabinetssecretäre geschrieben und von dem König unterschrieben, dagegen nicht gegengezeichnet wurde. Diese letztere übergab der Gesandte dem fremden Souverän in der ersten Privat-Audienz und die erstere in der ersten öffentlichen Audienz. Voy. Callières, l. c. Chap. XI. (p. 125).

[3]) Wovon oben, §. 40, die Rede war.

[4]) Veziri äzaem, fälschlich gewöhnlich durch »Gross-Wessir« übersetzt.

[5]) Andere Beisp. bei Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 345. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 126. Lünig, a. a. O. Th. 2 S. 1560, woselbst es u. A. heisst: »Wie der Herr von St. Romain als französischer Ambassadeur in die Schweiz ging, so bekam er ein Creditiv an alle 13 Cantons insgemein und 13 andere an jeden Canton insonderheit, 3 besondere an die Städte Bienne, Mühlhausen und Genf, und eins an den Abt von St. Gallen.« »Wie der Herr von Guilleragues als französischer Ambassadeur nach Constantinopel ging, wurden ihm Briefe an den Gross-Sultan, Gross-Vezier, Caymacan, Mouffti und Capitain-Bassa, auch an den daselbst befindlichen französischen Ambassadeur ein Revocations-Schreiben mitgegeben. Eben dergleichen geschahe auch, wie die Herren de la Haye und de Nointel in gleicher Qualität dahin gingen.«

Pforte beglaubigten Gesandten erhalten ausser dem Creditiv an den Sultan noch zwei dergleichen Schreiben an den ersten Wessir und den Reis-Effendi[1]).

Capitel II.

§. 46.

Von den Pässen und Geleitsbriefen.

Die Pässe (literae commeatus, passe-ports), mit denen sich die an ihren Bestimmungsort sich begebenden Gesandten auszurüsten haben, dienen ihnen sowohl zur Legitimation, als auch zur sicheren und ungehinderten Reise. Zu diesem Zweck werden die Pässe nicht nur von dem absendenden Regenten, oder von dem Regenten, an welchen der Bevollmächtigte abgesendet werden soll, ausgestellt, sondern auch von dritten Staaten, durch deren Gebiet der Gesandte seinen Weg zu nehmen hat (Durchzugspässe) und sind ihre Wirkungen lediglich nach der Verschiedenheit des Ausstellers zu beurtheilen, so dass dieselben im ersten Falle nur für die Behörden und Unterthanen des absendenden Staates verbindlich sind, im zweiten Falle jedoch die Wirkung darin besteht, dass der Gesandte von dem Augenblick der Ausstellung der Pässe an unter dem Schutze des Völkerrechts steht und auf eine Annahme von Seiten des auswärtigen Staates schliessen kann.

Uebrigens pflegt ein Gesandter seine Pässe von dem, bei dem Hofe des ihn absendenden Souveräns beglaubigten Diplomaten des Landes, an welches seine Mission geht, visiren zu lassen[2]).

In Kriegszeiten muss sich der Gesandte von den kriegführenden Staaten behufs seiner Sicherheit noch besondere Geleitsbriefe (literae salvi conductus, sauf-conduits) ausstellen lassen, namentlich wenn er das Gebiet des Staates zu passiren hat, mit welchem sein Souverän im Kriege begriffen ist[3]). Solche Geleitsbriefe erhalten

[1]) Das Schreiben an den Reis-Effendi (Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten) ist stets von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten geschrieben; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 18 (p. 49 not. 1). — Beispiele von Creditiven sieh. Anhang, Beil. Nr. 3—8.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 22.

[3]) Es konnte sich daher der französische Botschafter, Marschall de Belle-Isle, nicht beklagen, als er, gegen das Ende des Jahres 1744 während des Krieges zwischen Frankreich und Grossbritannien, im Begriff, sich als Gesandter an den König von Preussen zu begeben, in Elbingerode, einem kurhannöverschen Städtchen, verhaftet wurde, da er ohne Pässe der kurhannöverschen Regierung war. Es ist dieser Fall ausführlich erzählt von J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 174—193 und G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 154—170. — Vgl. über die Pässe und Geleitsbriefe Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 4 §. 1—7 (S. 264—268). Ch. de Martens, Tom. I. pp. 55, 56, 278. Beisp. von Pässen und Geleitsbriefen sieh. Anhang, Beil. Nr. 9 u. 10.

hauptsächlich die Gesandten, welche zu einem Friedens-Congress reisen, da sich die Kriegführenden öfter in Friedensverhandlungen einlassen, ohne die Feindseligkeiten einzustellen.

Capitel III.

§. 47.

Von dem Empfehlungs- und Adress-Schreiben.

Der Souverän fügt bisweilen dem Creditiv noch ein besonderes Empfehlungs-Schreiben (literae recommendatitiae, lettres de recommandation), als ein Zeichen seines besonderen Vertrauens zu dem Gesandten, hinzu; solche Schreiben sind meistens an Mitglieder der Familie des fremden Souveräns oder an Minister, welche grossen Einfluss bei Hofe haben, gerichtet und haben den Zweck, den Gesandten bei dem Hofe, an welchem er accreditirt ist, zu empfehlen, ferner an einzelne Mitglieder der Regierung eines republikanischen Staates, an Local-Autoritäten auf einem Congress u. dgl. m. [1]). Solche Empfehlungsschreiben überbrachten früherhin die von fremden Mächten an die Generalstaaten abgeordneten Gesandten an den General-Erbstatthalter. Bei der Pforte ist ein Empfehlungsschreiben an den ersten Wessir sogar Erforderniss, denn ohne dieses wird ein Gesandter gar nicht zu der Audienz zugelassen.

Abgeordnete ohne gesandschaftlichen Charakter erhalten kein förmliches Beglaubigungsschreiben, sondern zu ihrer Legitimation in der Regel nur ein sogenanntes Adress-Schreiben (lettre d'adresse [2]).

[1]) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 196. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XV. (p. 177). — Eine ganz andere Erklärung der Empfehlungsschreiben giebt Ahnert (a. a. O. Th. 1 S. 367), welcher behauptet, dass die »ohne vorstellenden Charakter handelnden bevollmächtigten Agenten, Konsulen und Gesandschaftssekretairs« solche Empfehlungsschreiben erhielten. Diese Erklärung würde ganz irrig sein, wenn Ahnert mit der Bezeichnung »ohne vorstellenden Charakter« hätte sagen wollen, dass ein Gesandter »mit vorstellendem Charakter« keine Empfehlungsschreiben haben könnte, da nämlich, wie Miruss (a. a. O. §. 142 Not. a.) sehr richtig bemerkt, auch Gesandte mit Repräsentativ-Charakter dergleichen Schreiben mitbringen können; allein es ist anzunehmen, dass Ahnert mit den Worten »ohne vorstellenden Charakter« nichts Anderes hat sagen wollen, als »ohne gesandschaftliche Eigenschaft«, also die eigentlichen Agenten, von denen oben, §. 19 ff., gesprochen worden, gemeint hat. Dass solche Agenten nun aber Empfehlungsschreiben (nämlich anstatt der Creditive) empfangen, behaupten auch Kulpis, l. l. Cap. III. §. 3 und Caesarin. Fürstener, l. l. Cap. VI. (p. 23).

[2]) Vgl. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 1 §. 26 (S. 243). J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 131, macht keinen Unterschied zwischen Adress- und Empfehlungs-Schreiben.

Capitel IV.

§. 48.

Von der Vollmacht.

In enger Verbindung mit dem Creditiv steht die schriftliche Vollmacht (mandatum procuratorium, plenipotentia, pouvoir, plein-pouvoir), welche für den Gesandten von grösster Wichtigkeit ist[1]): sie bezeichnet ihm den Zweck seines Auftrages und schreibt ihm die Grenzen vor, in denen er sich bei Vornahme seiner Geschäfte und bei seinen Verhandlungen zu bewegen hat, und alle Handlungen, welche er auf Grund dieser Vollmacht unternimmt, sind für den absendenden Staat verbindlich[2]).

Man unterscheidet zwischen einer allgemeinen und einer besonderen Vollmacht; bei der ersteren hat der Gesandte das Recht, ohne namhafte Bestimmung eines gewissen Geschäftes alle zwischen zwei Staaten vorkommenden Staatsgeschäfte zu besorgen, bei der letzteren dagegen ist er nur zur Betreibung eines bestimmten Geschäftes autorisirt. Beide Arten von Vollmachten können alsdann entweder beschränkt oder unbeschränkt[3]) sein.

Das ius substituendi versteht sich nicht von selbst, es muss vielmehr bestimmt in der Vollmacht ausgedrückt sein, wenn der

[1]) Voy. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XVI. (p. 179): »Le pouvoir est une pièce essentielle de l'Ambassade, lorsqu'il faut faire ou conclurre un traité, ou bien négocier une affaire particulière et importante de l'exécution de laquelle on a intérest de s'asseurer de part et d'autre.« Beisp. ebds.

[2]) Cf. Hug. Grot. l. l. Lib. III. cap. XXII. §. IV. Sam. L. B. a Pufendorf, De jure naturae et gentium, libri octo. Cum integris Commentariis Virorum Clarissimorum Jo. Nicolai Hertii, atque Joannis Barbeyraci, accedit Eris scandica. Recensuit et Animadversionibus illustravit Gottfridus Mascovius. Tom. I. Francofurti et Lipsiae 1744. 4. Lib. V. cap. IV. §. IV. (p. 717). — Die Verbindlichkeit findet selbst dann Statt, wenn der Gesandte im Widerspruch mit seinen geheimen Instructionen sollte gehandelt haben. Cf. Leyser, l. l. Spec. 178 de mandato, med. 5: »Nego etiam, Principem recedere posse a pacto, quod legatus ejus vel procurator libero mandato munitus contra secretam instructionem suam, ab altero ignoratam, iniit.« Dieser Ansicht ist auch Wicquefort, L'amb. Liv. II. sect. XV. (p. 181). Cf. Hug. Grot. l. l. Lib. II. cap. XI. §. XII.

[3]) Sieh. oben, §. 17 i. A. — Früher sprach man auch von einer allgemeinen Vollmacht, wenn dem Gesandten die Befugniss eingeräumt war, unbestimmt mit allen Höfen in Verhandlung zu treten. Diese allgemeine Vollmacht nannte man actus ad omnes populos, sie ist jedoch jetzt nicht mehr in Gebrauch; eine solche Vollmacht ertheilte die Königin Anna von England dem im Haag residirenden Secretär d'Ayerst unter dem Datum des 18. Mai 1714, sowie der König Carl von Schweden unter dem 23. October 1716 dem Baron Georg von Goertz: » — — — Commisimus varia negotia in usum nostrum, iis in locis ubi commorabitur, peragenda; — — — eique plenam facultatem concedere, — — — cum omnibus et singulis, cujus conditionis sint, nomine nostro tractandi et concludendi cuncta ea, quae ex usu nostro et ad commodum nostrum spectare poterunt cett.« Voy. Mr. de Lamberty, Mémoires pour servir à l'histoire du XVIII siècle, contenant les négociations, traitez, résolutions et autres documens authentiques concernant les affaires d'état etc. XIV Tom. A la Haye 1724—1740. 4. Tom. VIII. p. 742. Tom. IX. p. 655. Beck, a. a. O. Buch 5. Cap. 3. §§. 12, 13.

Gesandte sich desselben auf rechtmässige Weise bedienen will. Meistens wird bei einer stehenden Gesandschaft der erste Gesandschaftssecretär zur etwaigen Vertretung des Gesandten ad interim bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten accreditirt.

Die Bevollmächtigten, welche zu einem Congress u. dgl. m. abgeordnet werden, pflegen keine Beglaubigungsschreiben, sondern nur eine Vollmacht zu erhalten, welche sie einander durch vidimirte Abschrift mittheilen oder in die Hände der Vermittler (médiateurs) niederlegen [1]). Eine solche Vollmacht enthält den dem Gesandten beigelegten Charakter und die Autorisation des Bevollmächtigten von Seiten des Vollmachtgebers, in seinem Namen zu verhandeln, und zwar mit bestimmter Angabe des zu verhandelnden Geschäftes, also z. B. eines Friedens, eines Bündnisses u. dgl. m., sowie die Erklärung, alles in seinem Namen von dem Bevollmächtigten Geschehene zu genehmigen und für gültig zu erklären [2]).

§. 49.

Von der Form derselben.

Was die Form der Vollmacht anbetrifft, so pflegt man dieselbe in Form eines offenen Briefes (in forma patente, en forme de lettre patente) auszufertigen; sie heisst dann Vollmacht im engeren Sinne und fängt mit der bei Canzleischreiben üblichen grossen Titulatur an [3]), worauf im Eingang des Documentes die Art des Geschäftes, für welches der Betreffende bevollmächtigt wird, angegeben, im Context die zu bevollmächtigende Person benannt und am Schluss die eigentliche Gewaltertheilung ausgesprochen wird. Die Vollmacht wird mit dem grossen Staatssiegel versehen, von dem Souverän eigenhändig unterschrieben und von dem Staatssecretär oder Minister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet [4]).

Ausser dieser Form kommt es aber auch vor, dass die Vollmacht in einem versiegelten Schreiben (in forma literarum) enthalten ist und dann Beglaubigungsschreiben im engeren Sinne [5]) genannt wird.

1) Ueber den Streit, welcher zwischen dem kaiserlichen Gesandten Graf von Aversberg und den Botschaftern von Schweden zu Osnabrück entstand, weil Ersterer sich weigerte, wegen Abwesenheit der Vermittler zu Münster, den Botschaftern seine Vollmacht mitzutheilen, sieh. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XVI. (p. 187). — Die auswärtigen Gesandten an den deutschen Reichstag pflegten accreditirt zu sein, wie dies auch, bis zur Auflösung des Deutschen Bundes i. J. 1866, bei den auswärtigen Gesandten am Bundestage der Fall war.

2) Diese Gesandten werden daher mit Recht κατ' ἐξοχήν »Bevollmächtigte (Plenipotentiarii, Plénipotentiaires)« genannt.

3) Sieh. oben, §. 45 Not. 3 das.

4) Vgl. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 3 §. 1 — 14 (S. 253 — 263). Römer, a. a. O. S. 146 — 149. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 310. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. pp. 51, 52, 278.

5) Beisp. einer solchen Vollmacht bei Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 356. — Beisp. von Vollmachten sieh. Anhang, Beil. No. 11 — 13.

Capitel V.

§. 50.

Von der Instruction.

Zur amtlichen Ausstattung eines Gesandten dienen einmal die Instruction, sodann die Mitgabe eines Chiffrant und Déchiffrant [1]).

Die Instruction, welche dem Gesandten bei seinem Abgange an den auswärtigen Hof mitgegeben wird, unterrichtet ihn einerseits über die Absichten seines Souveräns in Betreff der von ihm auszuführenden Geschäfte, andererseits giebt ihm dieselbe Verhaltungsmaassregeln, sowohl gegenüber dem Hofe, an welchen er abgeschickt wird, als auch gegenüber den übrigen bei demselben beglaubigten diplomatischen Agenten, mit einem Worte, sie ist die Richtschnur für das Auftreten des Gesandten an dem fremden Hofe [2]). Die Instruction kann natürlich nicht Bestimmungen für alle im Bereiche der Möglichkeit liegenden Vorfälle enthalten, sondern nur die allgemeinen Absichten, Ideen des Absendenden ausdrücken, es wird daher das Meiste bei der Ausführung immerhin der Einsicht des Gesandten zu überlassen sein; so schrieb der Minister Heinrich IV. von Frankreich, Villeroy, am 23. Mai 1607 an den Präsidenten Pierre Jeannin, Botschafter im Haag: »le Roy entend que vous tiriez de vous-mesme la principale instruction de ce que vous aurez à faire«, und später, am 17. April 1608, der König selbst: »Je me confie tout en vous, au soin que vous avez du bien de mon service, que vous eslirez mieux le party qui sera plus utile à mon service, que je ne le vous puis prescire et ordonner d'icy« [3]).

§. 51.

Schluss.

Diese Instructionen sind nur für den Gesandten bestimmt und es wäre eine Verletzung der ersten Grundsätze des Völkerrechts,

[1]) Sieh. unten, §§. 52, 53.

[2]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 1: »L'instruction n'est autre chose qu'un Ecrit qui contient les volontés du Prince ou de l'Etat, et qui est remis au Négociateur pour lui faire connoitre les principaux objets de sa Négociation et le guider dans la conduite qu'il doit tenir pour les faire réussir.« Vid. Leti, l. c. Part. VI. libr. VII. (p. 640).

[3]) Voy. Les Négotiations de Monsieur le Président Jeannin. A Amsterdam 1695. 8. Tom. I. (p. 78). Tom. II. (p. 257). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 1 sagt mit Recht: »—— le Négociateur, en recevant ses Instructions, doit-il les lire avec une attention extrême, en faire une véritable étude, marquer soigneusement tous les endroits dont le sens ne lui paroit pas assez clair, ou qui le jettent dans le doute, se rendre chez les Ministres du cabinet pour obtenir les éclaircissemens dont il croit avoir besoin, et s'adresser, en tout cas, au Souverain même, pour lui demander sa véritable intention etc.«

wenn der fremde Souverän den Gesandten zur Vorzeigung seiner Instructionen durch Gewaltmaassregeln veranlassen wollte [1]). Aber auch der Gesandte selbst darf nicht ohne besondere Genehmigung oder Befehl seines Souveräns dieselben vorzeigen.

Es pflegt nicht selten zu geschehen, dass ein Gesandter zwei Instructionen erhält, nämlich eine öffentliche (ostensible), welche nöthigenfalls vorgezeigt werden kann, und eine geheime (secrète), welche einzig und allein für ihn bestimmt ist. Wicquefort [2]) theilt einen Fall mit, in dem ein Gesandter so unvorsichtig war, beim Anfang der Verhandlungen seine geheime Instruction auf den Tisch zu legen.

Die Ausfertigung der Instruction geschieht in Form eines Memorials [3]); erhält der Gesandte aber während seines Aufenthaltes neue Instructionen, so sind dieselben meistens in den Depeschen enthalten, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Gesandten erlässt. Zum Unterschied von der letzteren Art nennt man die erstere wohl Haupt-Instruction [4]).

Capitel VI.

§. 52.

Von den Chiffren.

Es liegt in vielen Fällen im Interesse der Staaten, dass die schriftlichen Mittheilungen der Cabinete an ihre Gesandten im Auslande geheim bleiben; um dies mit Sicherheit zu erreichen, namentlich in Zeiten, wo es an sicheren Uebersendungsmitteln fehlt, und um den mannigfachen und grossen Inconvenienzen, die in Fällen entstehen können, wo Depeschen in unrechte Hände gelangen, vor-

[1]) Cf. Paschal. l. l. Cap. LIX. Marselaer, l. l. Lib. II. dissertt. III. IV. Callières, l. c. Chap. XII. (p. 130). Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XIV. (p. 168): »l'Instruction est une pièce sécrète, que l'Ambassadeur n'est pas obligé de montrer à la Cour, où il négocie, et mesme je soustiens, qu'il ne la doit point produire sans nécessité et sans un ordre exprés.« Daselbst geschieht zweier Fälle Erwähnung, in welchen die Vorzeigung der Instructionen verlangt wurde, jedoch ohne Erfolg. — Voy. Ch. de Martens, g. d. §. 20 à la fin. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 311.

[2]) L'Amb. Liv. I. sect. XIV. (p. 168): » — — — ce fut l'action d'un sot, en toute l'estenduë de la signification de cet epithète.«

[3]) Ueber die Förmlichkeiten sieh. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 2. §. 1—21 (S. 245 bis 252). Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 1: »Cette pièce, — — — doit être faite avec grand soin; on ne sçauroit y mettre trop de clarté et de précision, ni trop détailler les matières, dont le succès intéresse essentiellement l'Etat etc.«

[4]) Beisp. von Instructionen sieh. Anhang, Beil. No. 14—19.

zubeugen, besteht unter den Cabineten seit Jahrhunderten [1]) der Gebrauch, sich zu diesem Zweck einer Geheimschrift, der sogenannten Chiffren (Ziffern, chiffres) zu bedienen.

Unter Chiffre versteht man eine Geheimschrift, die aus unbekannten Schriftzeichen oder gegebenen Zahlen besteht, welche nicht nur die Buchstaben des Alphabets, sondern auch Worte, Namen und ganze Phrasen bezeichnen [2]). Es bedienen sich dieser Geheimschrift nicht nur die Regierungen für ihre Depeschen u. dgl. m. an ihre diplomatischen Agenten, sondern auch die letzteren für ihre Correspondenz mit den ersteren. Der Gesandte erhält deshalb vor seiner Abreise einen doppelten Schlüssel (clef), worunter man zweierlei versteht, nämlich einmal die Methode, vermittelst der von seinem Hofe erwählten Chiffren die Correspondenz zu führen (s. g. chiffre chiffrant [3]), sodann die Kunst, mit solchen Chiffren abgefasste Schriftstücke zu entziffern, in die bekannte Schrift (s. g. Klarschrift, écrit à clair [4]) zu übersetzen (s. g. chiffre déchiffrant [5]).

§. 53.

Schluss.

Gewöhnlich haben die Gesandten eines und desselben Hofes für ihre geheime Correspondenz mit demselben jeder einen besonderen Chiffre, manche Regierungen pflegen jedoch ausser diesem Chiffre ihren Gesandten noch einen sogenannten chiffre banal [6])

[1]) Schon den Lacedämoniern soll die Chiffrirkunst bekannt gewesen sein; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 270 Not. 1. — Nach Antonio de Vera et de Cunniga (l. c. Liv. III. p. 460) sind die Aegyptier die Erfinder dieser Kunst und bei den Römern soll sie vielfach in Gebrauch gewesen sein. — Vorzüglich seit der Staatsverwaltung des Cardinals Richelieu ist die Geheimschrift einer der wichtigsten und gangbarsten Gegenstände der Staats- und Völkerrechts-Praxis.

[2]) Vgl. Joh. Ludw. Klüber, Kryptographik. Lehrbuch der Geheimschreibekunst (Chiffrir- und Dechiffrirkunst) in Staats- und Privatgeschäften. Mit vier Tabellen und sechs Kupfertafeln. Tübingen 1809. 8. — F. W. Kasiski, Die Geheimschriften und die Dechiffrir-Kunst. Mit besonderer Berücksichtigung der deutschen und der französischen Sprache. Berlin 1863. 8. — Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 20 (p. 191): »On entend par le mot de chiffre une manière d'écrire déguisée par des caractères inconnus, ou par des nombres arbitraires dont les correspondans conviennent entre eux, et par le moyen desquels ils marquent non seulement les Lettres de l'Alphabeth, mais aussi des mots et des phrases entières.« Vgl. Klüber, a. a. O. §. 30.

[3]) Chiffrir-Tabelle (table à chiffrer); vgl. Klüber, a. a. O. §§. 32, 45. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §§. 20, 21.

[4]) Manches wird zwischen die Zahlen mit Klarschrift oder gewöhnlicher Buchstabenschrift unverholen geschrieben, doch geschieht dies jetzt seltener als ehedem. Vgl. Klüber, a. a. O. §§. 38, 56.

[5]) Dechiffrir-Tabelle (table à déchiffrer); Probe einer Dechiffrir-Tabelle bei Klüber, a. a. O. §. 60. Bielfeld, l. c. §. 22. Beisp. von chiffrirten Depeschen sieh. bei Ch. de Martens, g. d. Tom. II. pp. 574, 575. Le même, Man. dipl. Tom. I. p. 576—590.

[6]) Communications-Chiffre; bisweilen erhält der Gesandte ausserdem noch einige besondere Chiffres, z. B. einen, worin er mit der Person des Souveräns unmittelbar, einen anderen, worin er mit einer inländischen Staatsbehörde, z. B. mit der Landesregierung u. s. w. correspondiren soll. — Voy. Flassan, l. c. Tom. IV. p. 218: »— — — le Baron (de Breteuil) reçut en

mitzugeben, der allen Gesandten desselben Souveräns bekannt ist und ihnen zur geheimen Correspondenz unter einander dient.

Da übrigens sowohl zum Chiffriren als auch zum Dechiffriren Aufwendung von Mühe und Zeit erforderlich ist, so bedient man sich der Kryptographie nur in Fällen, in denen die Wichtigkeit des Inhalts der Depesche die Geheimhaltung wirklich nothwendig erscheinen lässt [1]).

Bielfeld [2]) sowohl, als auch Callières [3]) behaupten, dass, wenn der Chiffre gut und die Depesche gut chiffrirt wäre, auch der geschickteste Entzifferer (déchiffreur) nicht im Stande sei, ohne Hülfe des Schlüssels die Depesche zu entziffern. Die Richtigkeit dieser Behauptung muss jedoch bestritten werden, da man mit Hülfe der Dechiffrirkunst [4]), die man auf algebraische Grundsätze zurückgeführt hat, sehr wohl, ohne im Besitze des Schlüssels zu sein, aus dem Inhalt der Chiffre-Schrift den Schlüssel zu ermitteln vermag.

1760 du ministère français, outre ses instructions, quatre tables de chiffres différentes; le premier chiffre pour la correspondance avec le ministre des affaires étrangères; le second pour les pièces communiquées; le troisième pour la correspondance avec les ministres du Roi à Vienne, à Stockholm, à Copenhague et à la Haye. Le quatrième chiffre, intitulé de réserve, ne devait servir que dans les cas extraordinaires, ou lorsqu'on aurait lieu de soupçonner que le chiffre ordinaire pourrait avoir été intercepté.« Voy. aussi Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 24. — Ueber das Annullir-Zeichen (chiffre annullant) sieh. Klüber, a. a. O. §. 41, und Bielfeld, l. c. §. 23 à la fin.

[1]) Ehedem bediente man sich des Chiffres nicht immer zu dem ganzen Bericht, sondern oft nur zu einzelnen Stellen; dass solch theilweises Chiffriren, welches jetzt gar nicht mehr vorkommt, unpraktisch war, sah man schon damals ein, so z. B. die florentinischen Gesandten zu Neapel in einem Schreiben an den Kanzler Adriani (vom 8. April 1507), aus welchem überdies hervorgeht, dass die florentinischen Chiffren nicht gerade vortrefflich eingerichtet waren: »Messer Marcello, wir müssen Euch bedeuten, dass Eure Hülfsarbeiter, namentlich D. Luca, im Schreiben in Chiffren wenig behutsam sind. Ebenso machen wir Euch darauf aufmerksam, dass es besser wäre, den ganzen Brief ohne Chiffren zu schreiben, als einige wenige Stellen desselben zu chiffriren. Denn das, was vorhergeht und was nachfolgt, vereinigt sich, um jenes leicht verstehen zu lassen und den ganzen Chiffre zu errathen. Wir ersuchen Euch also darauf zu achten.« Vgl. Reumont, a. a. O. S. 487—488.

[2]) l. c. Tom. II. Chap. X. §. 23 (p. 193).

[3]) l. c. Chap. XX. (p. 207).

[4]) Die Dechiffrirkunst darf nicht mit dem Dechiffriren verwechselt werden; unter der ersteren versteht man die Geschicklichkeit, den Sinn geheimer Schriften zu entdecken, ohne vorher in dem Besitz des Schlüssels zu sein, wogegen das Dechiffriren geheimer Depeschen mit Hülfe eines dem Dechiffreur schon bekannten Schlüssels keine Kunst ist. — Um die Entzifferung noch besonders zu erschweren, werden mitunter an verschiedenen Stellen der chiffrirten Depesche bestimmte Zeichen eingeschaltet, die keine Bedeutung haben und deshalb nichtbedeutende, blinde Ziffern (non-valeurs, otiosi characteres, ciphrae non significantes) genannt werden. Derjenige, für welchen eine solche mit non-valeurs versehene Depesche bestimmt ist, kennt dieselben entweder durch vorher getroffene Verabredung oder an unmerklichen Zeichen. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 37. Kasiski, a. a. O. §. 115. Ein Beisp. bei Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 583.

Vierter Abschnitt.

Von der Unverletzbarkeit der Gesandten.

Capitel I.

§. 54.

Von der Unverletzbarkeit.

Nicht allein die Würde des Staates, den der Gesandte im fremden Lande repräsentirt, sondern das gemeinsame Interesse aller Staaten, unter denen überhaupt ein völkerrechtlicher Verkehr besteht, erfordert es, dass die Person des Gesandten gegen alle Beleidigungen und Verletzungen geschützt werde, dass sie unverletzbar sei [1]); diese persönliche Unverletzbarkeit, diese Heiligkeit der Gesandten (inviolabilitas, sanctitas legatorum) nun aber, welche nicht etwa aus besonderen unter den Völkern errichteten Verträgen, sondern lediglich aus dem Naturrechte hergeleitet werden kann [2]), erscheint ohnstreitig als das bedeutendste der Prärogativen der Gesandten. Ohne die Unverletzbarkeit würden die Verhandlungen zwischen den Staaten nicht mit der erforderlichen Sicherheit und

[1]) Cf. Hug. Grot., Lib. II. cap. XVIII. §. IV. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXVII. (p. 413): »— — — on ne peut violer la personne d'un Ambassadeur, ou Ministre Public, qui est reconnu pour tel quelque part qu'il se trouve, sans faire violence au Droit des Gens.« — Callières, l. c. (Ed. Ryswick 1757. 12.) Part. II. p. 164: Le droit des gens pratiqué dans tous les temps et par toutes les nations déclare la personne de l'ambassadeur sainte, sacrée et inviolable, même au milieu des armées ennemies etc.« Bynkershoek, Traité. Chap. V. §. 4. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 81. Sir William Blackstone, Commentaries on the laws of England. IV Tom. London 1783. 8. Book I. chapt. VII. (p. 256): »— — — rights and privileges, which ambassadors and other public ministers have at all times been thereby possessed of, and ought to be kept sacred and inviolable.«

[2]) Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXVII. Blackstone, l. c. p. 253: »The rights, the powers, the duties and the privileges of ambassadors are determined by the law of nature and nations, and not by any municipal constitutions«.

Ungestörtheit geführt werden können, ihr Erfolg daher leicht in Frage gestellt werden.

§. 55.

Fortsetzung.

Es hat dieses so wichtige Vorrecht schon bei den Völkern der alten Welt und zwar nicht nur den Griechen und Römern, sondern auch bei den aussereuropäischen Anerkennung gefunden; schon früh stellte man den Grundsatz auf, dass durch die einem Gesandten widerfahrene Rechtsverletzung der diesen absendende Souverän oder Staat beleidigt werde, die Verletzung aber wurde zu den gerechten Ursachen des Krieges gerechnet [1]). David, welcher an Hanon, den König der Ammoniter, Gesandte abgeordnet hatte, um ihm über seines Vaters Nahas Tod sein Beileid zu bezeugen, rächte die Beschimpfung, welche Hanon den Gesandten dadurch angethan hatte, dass er ihnen die Kleider zerreissen und den Bart abscheeren liess, durch einen Krieg [2]). Bei den Persern wurden die königlichen Boten, welche mit den auswärtigen Feinden zu unterhandeln hatten, als Beamte des Staates mit geheiligtem Charakter angesehen; die Behandlung, welche die persischen Gesandten von den Lacedämoniern erfuhren, war daher eine Ursache des Krieges zwischen den beiden Staaten, obgleich die Lacedämonier ihre That bereuten.

§. 56.

Fortsetzung.

Selbst von den Türken ist die Unverletzbarkeit der Gesandten stets anerkannt worden, das türkische Kriegsrecht schreibt ausdrücklich vor, dass die Gesandten der Ungläubigen, sie mögen höheren oder geringeren Ranges sein, nicht getödtet werden dürfen, doch können sie bei ausbrechendem Kriege als Geisseln zurückgehalten werden und als Kriegsgefangene, wenn der Souverän stirbt, der sie abgesandt hat [3]). Trat der erstere Fall ein, nämlich ein Bruch der freundschaftlichen Beziehungen zu einer fremden Macht, so liess die türkische Regierung die Gesandten derselben in dem Schloss der Sieben Thürme [4]), einem Staatsgefängnisse, gefangen

[1]) Cf. Johann. Voet, De iure militari lib. sing. (Ultraj. 1670. 8.) cap. I. §. 25: »Justa porro belli causa est legatorum violatio cett.«

[2]) Vgl. 2. Buch Sam. Cap. 10.

[3]) Mauritius Müller-Jochmus, das allgemeine Völker-Recht. Th. 1 Geschichte des Völker-Rechts im Alterthum. Leipzig 1848. 8. §. 91 Not. 2. K. Th. Pütter, Beiträge zur Völkerrechts-Geschichte und Wissenschaft. Leipzig 1843. 8. SS. 58, 59.

[4]) Dieses Schloss, kurz vor der ersten Eroberung Constantinopels durch die Franken, von Isaak Angelos Komnenes befestigt, hiess zuerst Kyklopion oder Pentapyrgion und galt schon damals als der festeste Punct der Stadt von der Landseite; von den Franken sodann zerstört, stellte es Kantakuzenos i. J. 1345 wieder her. Unter des Letzteren

halten, unter dem Vorwande, einmal um Excessen von Seiten des Volkes gegen die Person oder das Hôtel des Gesandten vorzubeugen, sodann um die Gesandten als Geisseln für Aufrechthaltung der, zwischen der Pforte und dem fremden Staate bestehenden Verträge, zurückzubehalten. Jetzt ist diese Sitte ausser Gebrauch gekommen[1]).

§. 57.

Schluss.

Dass bei den Griechen[2]) und Römern diese Unverletzlichkeit der Gesandten anerkannt war und dass ein Angriff auf den geheiligten Charakter eines Gesandten als ein schwerer Bruch des Völkerrechtes angesehen wurde, der gewöhnlich den Krieg nach sich zog, dafür liefern uns unzählige Thatsachen aus der Geschichte, welche die Schriftsteller des Alterthums berichten, den Beweis. Alexander nahm schwere Rache an den Tyriern, welche die an sie geschickten Gesandten ermordet hatten, er belagerte Tyrus, nahm es ein, liess alle Einwohner tödten und die ganze Stadt in Flammen aufgehen[3]), und aus derselben Ursache unternahm Megabazus einen Krieg gegen die Makedonier[4]). Plutarch[5]) nannte die Handlung des Perseus, Königs von Macedonien, welcher die Gesandten des Illyrerfürsten Genthius zurückhielt, gottlos und gewaltsam (»ἔργον ἀσεβὲς καὶ δεινόν«). Die von den Fidenaten an den römischen Gesandten verübte Ermordung führte zu dem Kriege der Römer gegen die Ersteren[6]), und die Beschimpfung der römischen Gesandten durch die Tarentiner war der alleinige Grund des Tarentinischen Krieges i. J. 182 v. Chr. Geb.[7]), sowie auf gleiche Weise der Krieg der Römer gegen die Illyrier veranlasst wurde[8]).

Regierungsnachfolger, Johannes Palaeologos jedoch gerieth das Schloss gänzlich in Verfall und erst 5 Jahre nach der zweiten Eroberung Constantinopels, i. J. 1458, wurde es von Mohamed II. mit sieben Thürmen nach dem gegenwärtigen Plane aufgebaut; vgl. Jos. von Hammer, Constantinopolis und der Bosporos. 2 Bde. Pesth 1822. 8. Bd. 1 S. 619—626.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. 1 §. 23 à la f. not. 1.

[2]) Ihre κήρυκες galten, wie wir oben (§. 5 u. Not. 2 daselbst) gesehen haben, für heilig und unverletzlich. Cf. Dig. I. 8 (de div. rer. et qual.), fr. 8 §. 1.

[3]) Quint. Curt. Ruf. l. l. Lib. IV. (p. 72): »Alexander — — — caduceatores — — misit: quos Tyri contra ius gentium occisos praecipitaverunt in altum, atque ille suorum tam indigna nece commotus, urbem obsidere statuit. — — — Alexander, exceptis qui in templa confugerant, omnes interfici, ignemque tectis iniici iubet. — — — quantumque sanguinis fusum sit, vel ex hoc existimari potest, quod intra munimenta urbis sex millia armatorum trucidata sunt. — — — duo millia, in quibus occidendi defecerat rabies, crucibus affixi per ingens litoris spacium pependerunt.«

[4]) Justin. histor. philippic. Lib. VII. cap. III.

[5]) Vit. Aemil. Paul. XIII. (522).

[6]) Cf. Diodor. l. l. Lib. XII. cap. 80.

[7]) Cf. L. Ann. Flor. epit. rer. roman. Lib. I. cap. XVIII.: »Aderat sine mora querelam ferens legatio. Hanc quoque foede per obscoenam turpemque dictu contumeliam violant. Et hinc bellum.«

[8]) Cf. Flor. l. l. Lib. II. cap. V. — Unzählige andere Beispiele aus der griech. und röm. Geschichte findet man bei Paschal. l. l. Cap. XXV. XXVI.; auch bei Marselaer, l. l. Lib. II. dissert. XIII.

Diese Anerkennung der Heiligkeit der Gesandten durch die Römer nun aber beweisen uns nicht allein die zahlreichen geschichtlichen Thatsachen, von denen soeben einige angeführt wurden, sondern das geschriebene Recht spricht diesen Grundsatz ausdrücklich aus[1]) und die Schriftsteller des Alterthums berufen sich an vielen Stellen auf diesen allgemein geltenden völkerrechtlichen Grundsatz[2]).

§. 58.

Von der Ausdehnung dieses Vorrechtes auf die Gesandten aller Classen.

Alle Gesandten, d. h. die Gesandten der verschiedenen Classen, geniessen das Vorrecht der Unverletzbarkeit und zwar beschränkt sich diese nicht nur auf die Person des Gesandten und auf sein Gefolge (Secretäre, Aerzte, Geistliche und die Dienerschaft) unmittelbar[3]), also auf alle diejenigen Personen, welche zur Begleitung eines Abgeordneten in seiner gesandschaftlichen Eigenschaft gehören und zu derselben von ihm legitimirt werden können, sondern erstreckt sich nach der Praxis der europäischen Mächte noch überdies auf diejenigen Sachen, welche mit seiner Person und seiner Würde im nächsten Zusammenhange stehen, insbesondere auf das gesandschaftliche Wohnhaus, soweit es von dem

[1]) Dig. L. 7 (de legationib.) fr. ult.: »Si quis legatum hostium pulsasset, contra ius gentium id commissum esse existimatur, quia sancti habentur legati; et ideo, si, quum legati apud nos essent gentis alicuius, bellum cum iis indictum sit, responsum est, liberos eos manere; id enim iuri gentium convenit esse.« Zur Erläuterung dieser Stelle aus dem römischen Recht mag hier ein Beispiel aus der römischen Geschichte Erwähnung finden: die im dritten punischen Kriege mit einer Armee in Afrika befindlichen Consuln hatten vom Senat den Befehl, die Stadt Karthago zu zerstören; als nun die Einwohner dieser Stadt an die Consuln Gesandte schickten, befahl ihnen einer der Consuln, Censorin, sich wieder zurückzuziehen, da sie jetzt noch die Eigenschaft von Gesandten hätten, weil ihre Stadt noch nicht zerstört sei. Censorin wollte ihnen hierdurch zu verstehen geben, dass, obwohl sie Feinde wären, sie dennoch im Lager der Römer sicher wären wegen der Heiligkeit ihrer Würde, die sie vor Beleidigungen und Misshandlungen schütze. — Cf. Dig. XLVIII. 6 (ad leg. Jul. de vi publ.) fr. 7 in fin. — Im Canonischen Recht ist dieser Grundsatz ausgesprochen im Decret. pars I. dist. I. cap. 9: »Jus gentium est sedium occupatio, aedificatio, munitio, bella, captivitates, servitutes, postliminia, foedera, paces, induciae, legatorum non violandorum religio — — —. Hoc inde ius gentium appellatur, quia eo iure omnes fere gentes utuntur.«

[2]) Cf. Nep. in Pelopid. Cap. V.: »— — — legationisque iure satis tectum se arbitraretur, quod apud omnes gentes sanctum esse consuevisset.« — Jul. Caes. de bell. gall. Lib. III. cap. IX.: »— — — legatos, quod nomen apud omnes nationes sanctum inviolatumque semper fuisset cett.« Liv. l. l. Lib. I. cap. XIV., lib. XXI. cap. X. Cic. de harusp. resp. Lib. XVI. cap. XXXIV.: »Sic enim sentio, ius legatorum, quum hominum praesidio munitum sit, tum etiam divino iure esse vallatum.« Id. in Verr. act. sec. Lib. I. cap. XXXIII. 84. Tac. Annal. Lib. I. cap. XLII.: »hostium quoque ius et sacra legationis et fas gentium rupistis.« Id. Hist. Lib. III. cap. LXXX.: »sacrum etiam in exteras gentes legatorum ius cett.« Varro, de ling. lat. Lib. I.: »sancta sunt corpora legatorum.« Dionys. l. l. Lib. XI. 25: »ἔστι δὲ πάντων τιμιώτατόν τε καὶ ἱερώτατον ὁ πρεσβευτὴς παρὰ Ῥωμαίοις, ἐξουσίαν μὲν ἄρχοντος ἔχων καὶ δύναμιν, ἀσυλίαν δὲ καὶ σεβασμὸν ἱερέως.«

[3]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 120—123. Sarraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. III. (p. 36). Callières, l. c. Chap. IX. (p. 101). Traité des Ambassades etc. Chap. IV. (p. 52).

Abgeordneten wirklich für sich und die Seinigen in Beschlag genommen ist [1]), ferner auf das Mobiliar, welches zur Ausrüstung dieser Wohnung dient und endlich auf die Equipage [2]) der Gesandschaft.

Es ist heutezutage von allen europäischen Mächten als Princip anerkannt, dass, wenn der Hof, bei welchem der Gesandte residiren soll, von der Sendung desselben in Kenntniss gesetzt ist, dem Gesandten von dem Augenblick an die Unverletzbarkeit gewährt wird, wo er das Gebiet des fremden Staates betreten, und dass die Unverletzbarkeit bis zu dem Augenblick dauert, wo er jenes wieder verlassen hat. Es versteht sich von selbst, dass der Gesandte, wenn der auswärtige Staat keine Kenntniss von dessen Mission hat, nicht eher auf die Unverletzbarkeit sowohl, als auf alle anderen Vorrechte Anspruch machen kann, als bis er sein Beglaubigungs-Schreiben überreicht hat und dasselbe angenommen worden ist [3]).

Capitel II.

§. 59.

Von dem Recht der Selbsthülfe.

Von jeher war es bestritten, ob dem Repräsentanten einer auswärtigen Staatsgewalt, wenn ihm in seiner gesandschaftlichen Eigenschaft eine Rechtsverletzung zugefügt werde, das Recht einzuräumen sei, sich durch Selbsthülfe für die erlittene Beleidigung Genugthuung zu verschaffen, oder ob er sich auf den Weg der Reclamation beschränken müsse? Diese Frage ist von Einigen [4]) bejaht, von Anderen [5]) verneint worden. Diejenigen, welche ein Recht der

[1]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 117 à la f.: »la maison d'un Ambassadeur doit être à couvert de toute insulte, sous la protection particulière des Loix et du Droit des Gens: L'insulter, c'est se rendre coupable envers l'Etat et envers toutes les Nations.« Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. Beisp. bei Ahnert, a. a. O. Th. I S. 470. Holtzendorff, a. a. O. S. 798.

[2]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 119: »Les Carrosses, les Equipages de l'Ambassadeur, jouïssent des mêmes privilèges que son Hôtel, et par les mêmes raisons. Les insulter, c'est attaquer l'Ambassadeur lui-même et le Souverain qu'il représente.« Traité des Ambassades etc. Chap. V. (p. 88). Es versteht sich von selbst, dass der Gesandte auf Schutz in diesem Vorrechte keinen Anspruch machen kann, wenn er dasselbe missbraucht, wie in dem Fall, welchen Wicquefort (l'amb. sect. XXVIII. p. 424) mittheilt, wo der französische Botschafter zu Rom, Marquis de Fontenoy Marueil den Versuch machte, neapolitanische Exilirte und Rebellen in seinem Wagen aus Rom fortzuschaffen.

[3]) Sieh. oben, §. 44.

[4]) Z. B. von Römer, a. a. O. S. 298. Moshamm, a. a. O. §. 171, und Klüber, l. c. §. 203 not. e.

[5]) Z. B. von Paccassi, a. a. O. S. 167 (der es übrigens an genügender Begründung seiner Ansicht fehlen lässt), ferner Heffter, a. a. O. §. 204 a. E.

Selbsthülfe annehmen, führen für ihre Behauptung an, dass jene ein Theil der natürlichen Freiheit sei, da nun aber der Gesandte in dem fremden Lande die natürliche Freiheit in dem vollsten Maasse geniesst, so könne ihm keinesfalls eben das Recht, welches in der natürlichen Freiheit seine Quelle hat und der wesentlichste Theil der Unverletzbarkeit ist, abgesprochen werden; wenn also der fremde Staat die Selbsthülfe für seine Unterthanen durch Gesetz verbiete, so könne dieses Verbot für die Gesandten, welche eben in der natürlichen Freiheit leben, keine Verbindlichkeit begründen.

§. 60.

Schluss.

Zu den Vertheidigern des Rechtes zur Selbsthülfe gehört in erster Linie ohnstreitig von Römer, der das Verdienst hat, diese Frage dadurch, dass er die Selbsthülfe aus der natürlichen Freiheit herleitet, auf ebenso einfache wie gründliche und erschöpfende Weise zu einer Entscheidung gebracht zu haben. Von denjenigen dagegen, welche dem beleidigten Gesandten die Befugniss zur Selbsthülfe bestreiten, bleiben die Einen die Beweisführung für ihre Behauptung ganz schuldig, die Anderen versuchen eine solche, vermögen jedoch überzeugende Gründe nicht beizubringen, übersehen vielmehr den Umstand, dass sie, wie von Römer treffend bemerkt, durch ihre Behauptung den Gesandten unbemerkt dem annehmenden Staate unterthänig machen, indem sie ihm die Befolgung der bürgerlichen Gesetze, welche doch nur für die Unterthanen des fremden Staates verbindlich sein können, aufdringen und somit folgerichtig dem Gesandten auch das unbestrittene Recht der Exterritorialität absprechen müssen.

Es ist daher unzweifelhaft, dass nach dem natürlichen Völkerrecht dem Gesandten im Falle einer ihm widerfahrenen Rechtsverletzung das Recht zur Selbsthülfe eingeräumt werden muss, allein es wird dem Gesandten nicht genug angerathen werden können, von diesem Rechte stets nur den vorsichtigsten Gebrauch zu machen; ein feiner politischer Tact muss den Abgeordneten bei der Anwendung dieses Rechtes leiten und er muss sich wo möglich auf solche Fälle beschränken, in denen unmittelbare Gefahr ihm die Selbsthülfe zur unabweislichen Pflicht macht; ist solche jedoch nicht vorhanden, so wird es in den meisten Fällen zweckmässiger sein, sich mit dem allerdings langsameren Weg der Beschwerde zu begnügen und sich so von der schweren Verantwortlichkeit, die mit der Ausübung der Selbsthülfe verknüpft ist, auf eine angemessene Weise zu befreien.

§. 61.

Von dem Verhalten des Gesandten nach erlittener Rechtsverletzung.

Der völkerrechtlichen Person eines diplomatischen Agenten kann eine Beleidigung auf zweierlei Art zugefügt werden, nämlich einmal durch die fremde Staatsgewalt selbst [1]); sodann von Seiten eines ihrer Unterthanen.

Ist das Erstere der Fall, so bleibt nichts übrig, als entweder im Wege der Reclamation von dem beleidigenden Theile eine Genugthuung zu fordern, oder wenn solche verweigert wird, sie durch Selbsthülfe sich zu verschaffen zu suchen; übrigens pflegen auch mächtigere Staaten bei wirklichem Unrecht dem minder mächtigen eine Genugthuung, nach Maassgabe der zugefügten Beleidigung, nicht zu versagen [2]). Die Genugthuung wird durch Ersatz des etwa erlittenen materiellen Schadens, durch entschuldigende Erklärungen oder selbst durch Abordnung einer feierlichen Gesandschaft an den beleidigten Staat gegeben [3]).

Ist das Zweite der Fall, nämlich dass der Gesandte die Beleidigung von einem Unterthanen des auswärtigen Staates erlitten hat, so kann die Genugthuung nur von dem Unterthanen nach den Ge-

1) Vgl. Holtzendorff, a. a. O. S. 798: »Die Unverletzlichkeit schützt den Gesandten gegen Angriffe Einzelner in fremden Staaten, namentlich auch gegen Beeinträchtigungen durch die fremde Regierung selbst. Verbrecherisch, wenn von Einzelnen begangen, wäre jeder Angriff auf seine Person, der von der fremden Regierung selbst verschuldet würde, ein Vergehen gegen das allgemeine Völkerrecht und somit ein Fall, der jeden Staat verletzt.«

2) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 102 i. A.

3) Das Letztere geschah z. B. in Folge der Insultirung eines russischen Gesandten in London, welche J. L. de Lolme (The constitution of England; or, an account of the english government; in which it is compared both with the Republican form of government, and the other Monarchies in Europe. A new edition, with supplemental notes, and a preface biographical and critical. London 1816. 8. Book II. chapt. XVI. p. 375 Not. *) mittheilt: »The second case I propose to relate, affords a singular instance of the confidence with which all subjects in England claim what they think their just rights, and of the certainty with which the remedies of the law are in all cases open to them. The fact I mean, is the arrest executed in the reign of Queen Anne, in the year 1708, on the person of the Russian Ambassador, Artemonowitz de Matucof, by taking him out of his coach for the sum of fifty pounds. — And the consequences that followed this fact are still more remarcable. The Czar highly resented the affront, and demanded that the Sheriff of Middlesex, and all others concerned in the arrest, should be punished with instant death. »»But the Queen (to the amazement of that despotic Court, says Justice Blackstone, from whom I borrow this fact), the Queen directed the Secretary of State to inform him, that she could inflict no punishment upon any, the meanest of her subjects, unless warranted by the law of the land.«« — An Act was afterwards passed to free from arrests the persons of foreign Ministers, and such of their servants as they have delivered a list of to the Secretary of state. A copy of this act, elegantly engrossed and illuminated, continues judge Blackstone, was sent to Moscow, and an ambassador extraordinary commissioned to deliver it.« — Voy. »Acte pour conserver les privilèges des Ministres publics des Princes étrangers. 1709.« Lamberty, l. c. Tom. V. p. 240. G. F. v. Martens, Erzählungen. Bd. 1. S. 340. Bar. Charles de Martens, causes célèbres du droit des gens. II Tomes. A Leipzig 1827. 8. Tom. I. Cause deuxième (p. 47—74).

setzen seines Staates gefordert und dafür die Vermittelung des letzteren in Anspruch genommen werden[1]).

Die von einem Privaten verübten Verbrechen und Beleidigungen gegen einen Gesandten müssen aber auf das Strengste geahndet werden; diese Ansicht hat sich auch von jeher geltend gemacht und es enthalten daher die Gesetzbücher der meisten Staaten, älterer und neuerer Zeit, mehr oder weniger strenge Strafen für derartige Vergehen[2]).

[1]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 204 a. E.

[2]) Cf. Dig. XLVIII. 6 (ad leg. Jul. de vi publ.), fr. 7 in fin. — Voy. »Déclaration des Seigneurs Etats Généraux des Pays-Bas unis au sujet de l'inviolabilité des Ambassadeurs dans leurs Provinces, de 29 mars 1651«: »— — — Nous ordonnons et statuons encore par celle-ci, qu'il est défendu très-sérieusement, en vertu de cette Notre Patente, que personne, de quelle nation, qualité et dignité, qu'elle puisse être, ne fasse le moindre tort, domage et Injure, soit directement ou indirectement, aux Ambassadeurs, Résidens, Agens et aux autres Ministres publics des Rois, Princes et Républiques, et bien spécialement à ceux, qui ont été accrédités auprès de Notre Etat, soit dans leurs propres personnes, ou à leurs Gentilshommes, Officiers, gens de Livrée, maisons, carosses, ou en tout ce qui leur peut appartenir sans la moindre exception, sous peine de notre haute indignation et d'un châtiment corporel et même de la vie, suivant l'exigence du cas et que ces personnes suivant cette notre présente constitution, doivent être regardés comme violateurs du droit des gens, et des perturbateurs du bien et de la tranquillité publique etc.« Deutscher Text abgedruckt bei Lünig, a. a. O. Th. 1 S. 417: »Declaration derer Herren General - Staaten derer vereinigten Niederlande, die Inviolabilität derer Gesandten in ihren Ländern und Gebiete betreffend, de Anno 1651.« Vgl. auch »Placat der Staaten von Holland, wodurch verboten wird, fremde Gesandten oder deren Bediente u. s. f. zu beleidigen, vom 25. Oct. 1644.« Beide Verordnungen abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 SS. 342, 343. — Unter Richard II. von England war auf die Verletzung eines Gesandten die Strafe des Hochverrathes (high treason) gesetzt; Blackstone, l. c. Book IV. chapt. VI. (p. 85). — In Frankreich bestimmte ein Gesetz vom 17. Mai 1819 Folgendes: »La diffamation envers les Ambassadeurs, Ministres, Plénipotentiaires, Envoyez, Chargés d'affaires ou autres Agens Diplomatiques accrédités près du Roi, sera punie d'un emprisonnement de huit jours à dixhuit mois, et d'un amende de 25 fr. à 2000 fr. ou de l'une de ces deux peines seulement, selon les circonstances.« — Leges Danicae Christiani V. (1683), Lib. VI. cap. IV. de crimine majestatis, §. 15: »Si quis exteros Legatos, — — — dum sua exsequuntur munera, indignum in modum adoriatur: pro indignitate facti, ac dignitate eius, quem invasit, morte, famâ, bonisque multator.« Vgl. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 352. — »Acte des Congresses von 1790 wegen Unverletzlichkeit der Gesandten und ihrer Befreyung von Gerichtsbarkeit (Actes passed at the Congress. Sess. II. p. 39).« Sect. 28: »And be it enacted, That if any person shall violate any safe - conduct or passport duly obtained and issued under the authority of the United States, or shall assault, strike, wound, imprison, or in any other manner infract the law of nations, by offering violence to the person of an ambassador or other public minister such person so offending, on conviction, shall be imprisoned not exceeding three years, and fined at the discretion of the court.« Vgl. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 398. — Allgemeines Gesetzbuch für die Preussischen Staaten, Bd. 2 Tit. 20 §. 135: »Wer das Völkerrecht gegen fremde Staaten, deren Oberhaupt und Gesandten verletzt, oder dieselben sonst beleidigt, gegen den soll die durch die That selbst verwirkte Strafe jedesmal geschärft werden.« §. 136: »Wer Beleidigungen fremder Unterthanen auch ausserhalb Landes begeht, welche die hiesigen Unterthanen der Gefahr, dass von dem fremden Staate Repressalien wider sie gebraucht werden möchten, aussetzen, soll ebenso, als wenn er das Verbrechen innerhalb Landes begangen hätte, gestraft werden.« — Baierisches Strafgesetzbuch, Th. 1 Art. 306 Nr. II.: »Derjenige wird als Staatsverräther vierten Grades bestraft, welcher — — die Häupter fremder Staaten oder deren Gesandte oder Bevollmächtigte durch verbrecherische Handlungen persönlich beleidiget, wofern nicht die Beleidigung an sich zu einer strafbaren Gattung von Verbrechen gehört.« — Zahlreiche Beispiele von gegebenen Genugthuungen für zugefügte Kränkungen, Beleidigungen und Verletzungen gesandschaftlicher Personen findet man erzählt bei Miruss, a. a. O. §§. 340, 341.

§. 62.

Von der Beschränkung des Vorrechtes der Unverletzbarkeit.

Es bleibt am Schlusse dieses Abschnittes noch zu erwähnen übrig, dass Fälle eintreten können, in denen sich der Gesandte wegen einer ihm widerfahrenen Rechtsverletzung nicht auf das Vorrecht der Unverletzbarkeit berufen kann, nämlich dann, wenn er durch eigenes rechtswidriges Verfahren Vertheidigungs- oder Sicherungsmaassregeln gegen sich hervorgerufen hat, sowie ferner dann, wenn er sich in ein Verhältniss begeben hat, welches mit seiner völkerrechtlichen Stellung in keinem Zusammenhang steht, er also auch nicht beanspruchen kann, anders als eine Privatperson behandelt zu werden [1]).

Dass endlich von einer Verletzung im völkerrechtlichen Sinne dann nicht die Rede sein kann, wenn der beleidigenden Partei der gesandschaftliche Charakter des diplomatischen Agenten gar nicht bekannt war, versteht sich von selbst [2]).

Ahnert, a. a. O. Th. 1 SS. 397, 398. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXVII. (p. 399). J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandschafts - Recht. SS. 235 — 6, 245 — 6. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 320 — 322. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 154 ff. SS. 170, 249, 252. Ch. de Martens, Caus. cél. Tom. I. p. 1 — 46. Cause cinq. (p. 174 — 208). Tom. II. Append. II. p. 391 — 399, 405 — 427; IV. p. 461 — 485, 486 — 491. Le même, Nouvelles causes célèbres du droit des gens. II Tomes. A Leipzig 1843. 8. Tom. II. Cause quatr. (p. 71 — 175). Append. I. p. 497 — 508.

[1]) Heffter, a. a. O. §. 204 u. Not. 4 das. giebt folgendes Beisp.: »So kann ein Diplomat, welcher als Schriftsteller auftritt, durch seinen officiellen Charakter nicht gegen eine Kritik geschützt sein, welche auch gegen einen anderen Schriftsteller zulässig ist; sogar eine persönlich kränkende wird hier als schlichte Injurie zu behandeln sein, wenn der amtliche Charakter dabei nicht angegriffen wird.« Ebendas. ein anderes Beisp. Vgl. auch J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 171.

[2]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 82: »Cependant si le Ministre a été insulté par gens qui ne connoissoient pas son caractère, la faute n'intéresse plus le Droit des Gens; elle retombe dans le cas des délits communs.« Ebds. ein Beispiel. Vgl. auch G. F. v. Martens, Einl. §. 211. Beisp. verschiedener Art bei Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXIX.

Fünfter Abschnitt.

Von der Exterritorialität der Gesandten.

Capitel I.

§. 63.

Von der Exterritorialität. — Einleitung.

Ausser der Unverletzbarkeit finden wir im Alterthum auch schon eine Exemtion der diplomatischen Agenten von jedem störenden Einfluss der fremden Staatsgewalt auf ihre Handlungen; man stellte den Grundsatz auf, dass keinem Gesandten Etwas zugemuthet werden dürfe, was der Erfüllung seiner Obliegenheiten gegen den Absender ein Hinderniss bereite (»ut ne impediatur legatio«); deshalb war im Römischen Recht jede in ius vocatio eines Gesandten ausgeschlossen, selbst wenn er aus einer römischen Provinz oder Stadt war, es war ihm mit gewissen Einschränkungen das sogenannte ius domum revocandi zugestanden, d. h. das Recht, in seiner Heimath gerichtet zu werden, so dass er sich also während seines Aufenthaltes in Rom weder auf Civilklagen aus älteren Forderungen, noch auf Anklagen früherer Vergehen einzulassen brauchte [1])

[1]) Cf. Dig. V. 1 (de iudic. et ubi quisq. agere vel conveniri debeat), fr. 2 §. 3: »Legatis in eo, quod ante legationem contraxerunt, — — — revocandi domum ius datur. §. 4: »Omnes autem isti domum revocant, si non ibi contraxerunt, ubi conveniuntur. Ceterum si contraxerunt ibi, revocandi ius non habent, exceptis legatis, qui, licet ibi contraxerunt, dummodo ante legationem contraxerunt, non compelluntur se Romae defendere, quamdiu legationis causa hic demorantur cett.« Cf. ibid. §§. 5, 6 fr. 24 §§. 1, 2: »Legati ex delictis in legatione commissis coguntur iudicium Romae pati, sive ipsi admiserunt, sive servi eorum.« »Sed si postulatur in rem actio adversus legatum, numquid danda sit, quoniam ex praesenti possessione haec actio est? — — Julianus, sine distinctione denegandam actionem; merito, ideo enim non datur actio, ne ab officio suscepto legationis revocetur.« Cf. Dig. IV, 6 (ex quibus causis), fr. 28 §. 4 IV, 8 (de receptis), fr. 32 §. 9 XIII, 5 (de pecunia constituta), fr. 5 §. 1 XLVIII, 2 (de accusationibus), fr. 12 pr. L, 7 (de legationibus), fr. 3. Vgl. auch G. F. Puchta, Cursus der Institutionen. Fünfte neu vermehrte Auflage, nach dem Tode des Verfassers besorgt von Dr. A. Rudorff. 3 Bde. Leipzig 1856, 1857, 1854. 8. Bd. 2 1857 §. 152 (S. 19).

§. 64.

Von dem Begriff der Exterritorialität.

Die neuere Staatenpraxis hat nun den im vorhergehenden Paragraphen angeführten Grundsatz des Römischen Rechtes in Verbindung mit der persönlichen Unverletzbarkeit der Gesandten zu einem vollkommenen Exterritorialitätsverhältniss gestaltet und es ist dieses Herkommen schon seit zwei Jahrhunderten ein vollkommen feststehendes.

Zunächst im Allgemeinen versteht man unter Exterritorialität die völkerrechtliche Unabhängigkeit gewisser Personen und mit denselben in Verbindung stehender Sachen von der Territorialhoheit desjenigen Staates, in welchem jene sich körperlich befinden; diese Exterritorialität nun auf die Repräsentanten eines Staates angewandt, besteht im Wesentlichen in der Exemtion derselben von der localen Gerichtsbarkeit, d. h. sie entbindet den Gesandten von der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit, sowie von der unmittelbaren Botmässigkeit unter die Polizei des fremden Staates. Der Gesandte wird vermöge dieses Vorrechtes der Exterritorialität nicht nur in Hinsicht seiner Person, sondern auch in Hinsicht seines Gefolges, seiner Wohnung, seiner Equipage und seiner anderen Mobilien so beurtheilt, als wenn er den Staat, von welchem er abgesendet ist, gar nicht verlassen habe, also als wenn er ausserhalb des Gebietes lebe, in welchem er residirt [1]).

Da das Vorrecht der Exterritorialität nicht in dem allgemeinen Völkerrecht, sondern nur durch Verträge und Herkommen begründet ist, so unterliegt es grösseren oder geringeren Modificationen.

Capitel II.

§. 65.

Von der Quartierfreiheit.

In Verbindung mit der Exterritorialität nun und aus derselben abgeleitet sind eine Anzahl von Nebenrechten, namentlich der Gesandten erster und zweiter Classe, welche in den nachfolgenden Paragraphen abgehandelt werden sollen.

Die Quartierfreiheit (ius franchisiae sive franchitiarum, franchise de l'hôtel) besteht in der Fiction, dass die gesandschaftliche Wohnung das Gebiet des Staates sei, welchen der Gesandte in dem fremden Lande repräsentirt und dass jene deshalb für un-

[1]) Vgl. Heffter, a. a. O. §§. 42, 205. Wheaton, l. c. Tom. I. part. III. chap. I. §. 14 (p. 199).

verletzlich und jeder polizeilichen Durchsuchung entzogen gilt[1]). Es ist ein Ueberrest, eine Art von Asyl, welches man in älteren Zeiten sogar auf das ganze Stadtquartier, in welchem die Wohnung des Gesandten belegen war, ausdehnen wollte, zu welchem Ende die Gesandten vor dem Quartier die Wappen ihres Souveräns aufhängen liessen; diese ausgedehnte Quartierfreiheit (ius quarteriorum, franchise des quartiers) war namentlich in Madrid, Rom und Venedig, sowie in Frankfurt a. M. während der Wahl und Krönung eines Deutschen Kaisers, anerkannt[2]). Die vielen Inconvenienzen, welche die vielfach missbräuchliche Anwendung dieser Quartierfreiheit im Gefolge hatte, führten jedoch bald zur Abschaffung derselben[3]) und heutezutage ist sie nirgends mehr anerkannt[4]), auch würde ein Gesandter nicht leicht ein solches Recht in Anspruch nehmen. Selbst die franchise de l'hôtel kann gegenwärtig nicht so weit gehen, dass der Gesandte dadurch gegen eine Visitation geschützt bleiben müsste, wenn der Verdacht obwaltet, dass seine Wohnung zu staatsgefährlichen Machinationen benutzt werde, sofern insbesondere nicht der Gesandte eine besondere Garantie dafür zu leisten vermag, dass dergleichen nicht geschehen sei und nicht geschehen werde[5]).

Ein eigenthümliches Vorrecht besassen die französichen Gesandten seit undenklicher Zeit in Genua; sie konnten nämlich den Sbirren (Polizeisoldaten) verbieten, vor ihrem Hôtel vorbeizugehen. Der französische ausserordentliche Gesandte Chevalier Chauvelin machte noch i. J. 1749 von diesem Rechte Gebrauch[6]).

§. 66.

Von der Aufhebung der Quartierfreiheit durch Papst Innocenz XI. und den dieserhalb zwischen Rom und Frankreich entstandenen Streitigkeiten[7]).

Mit dieser ausgedehnten Quartierfreiheit, durch welche ein bestimmter Stadttheil also der Gerichtsbarkeit des fremden Landes

[1]) Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 117: »L'Indépendance de l'Ambassadeur seroit fort imparfaite et sa sûreté mal établie, si la Maison, où il loge ne jouïssoit d'une entière franchise, et si elle n'étoit pas inaccessible aux Ministres ordinaires de la justice. L'Ambassadeur pourroit être troublé sous mille prétextes, son sécret découvert par la visite de ses papiers, et sa personne exposée à des avances.«

[2]) Voy. Cussy, l. c. Art. Quartier.

[3]) Es geschah dies in Rom durch eine Bulle Papst Innocenz XI. i. J. 1687, wovon im §. 67 die Rede sein wird, und in Spanien durch Verordnungen von 1594 und 1684.

[4]) Dagegen erzählt Ch. de Martens (g. d. Tom. I. §. 33 not. 2) das Folgende: »A Rome cependant quelques légations, telles que celle de France et d'Espagne, jouissent encore d'une certaine franchise de quartier; et dans la banlieue placée sous la protection de l'ambassadeur d'Espagne, la Police n'est exercée que par des sbirres appartenant à sa mission.«

[5]) Beisp. von Durchsuchungen des Gesandschafts-Quartiers sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4. SS. 303—313, 327.

[6]) Voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. VII. (p. 129). J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 302. Die Sbirren erkannten das Hôtel des Gesandten an dem Wappen, welches über dem Portale angebracht war.

[7]) Voy. J. Du Mont, Supplement au Corps universel diplomatique du Droit des Gens. V Tom. A Amsterdam et à la Haye 1739. Fol. Vol. IV. Le ceremoniel diplomatique des Cours de l'Europe, ou collection etc. Tom. II. liv. III. chap. III. §§. 2—5 (p. 178—201).

gänzlich entzogen wurde, trieben namentlich die Gesandten in Rom, welche sich unter dem Pontificat Julius III. in den Besitz derselben gesetzt und unter den nachfolgenden Päpsten zu behaupten gewusst hatten, argen Missbrauch. Die Ausübung dieses Rechtes musste von den schädlichsten Folgen begleitet sein, da eine Menge Verbrecher durch das in dem gesandschaftlichen Quartier gefundene Unterkommen straffrei ausgingen, denn die Gesandten begnügten sich nicht etwa von der Obrigkeit verfolgte Verbrecher in ihre Wohnung aufzunehmen, sondern sie verhinderten sogar die Verfolgung der Verbrecher in dem ganzen Quartier, in welchem ihr Hôtel sich befand. Auch das Ansehen der Justiz in dem fremden Lande konnte nur leiden, wenn es Verbrechern möglich war, sich auf eine so leichte Weise der sie verfolgenden Gerechtigkeit zu entziehen.

So sehr nun die Päpste das Recht der Freistätte in dem Canonischen Recht begünstigt und selbst den Häusern der Bischöfe zugestanden hatten [1]), ebenso ernstlich liessen sie sich angelegen sein, dasselbe den gesandschaftlichen Wohnhäusern wiederum zu entziehen. Namentlich hatten Papst Gregor XIII. und seine Nachfolger grosse Anstrengungen gemacht, die Quartierfreiheit aufzuheben oder wenigstens auf vernünftige Grenzen zurückzuführen, allein ohne Erfolg [2]).

Innocenz XI., der i. J. 1676 den Päpstlichen Stuhl bestieg, fasste den festen Entschluss, das mehrerwähnte Recht um jeden Preis aufzuheben, er liess deshalb durch seine Nuntien allen katholischen Höfen auf das Bestimmteste erklären, dass er die Ausübung der Quartierfreiheit durch die gegenwärtigen Gesandten noch dulden wolle, dass er jedoch entschlossen sei, in Zukunft keinen Gesandten anzunehmen, der nicht vorher auf die Quartierfreiheit Verzicht geleistet haben werde [3]). Diesen seinen Entschluss verkündete i. J. 1677 ein Decret, welches i. J. 1680 erneuert und in welchem die Strafe der Excommunication für jede Uebertretung angedroht wurde.

In Folge dieser Verordnung verzichteten auch die Gesandten der meisten Regierungen auf dieses Recht, so der polnische Gesandte i. J. 1680, der spanische i. J. 1682 und der englische i. J. 1686 [4]);

[1]) Cf. Decret. Pars II. caus. XVII. quaest. IV. (de Sacrilegiis et Asylis) cap. XIX.: »Nullus clericorum, servum aut discipulum suum fugientem ad Ecclesiam extrahere audeat, vel flagellare praesumat. Quodsi fecerit donec digne poeniteat, a loco cui honorem non dedit, segregetur cett.« Eod. loc. Cap. XXXVI.: »Id constituimus observandum, quod Ecclesiastici Canones decreverunt, et lex Romana constituit, ut ab Ecclesiae atriis, vel domo Episcopi reos abstrahere omnino non liceat cett.«

[2]) Vgl. die Bullen Papst Pius IV. vom 18. Febr. 1562 und Papst Gregor XIII. vom 5. Septbr. 1573, bei Du Mont, l. c. §. 3 (p. 191).

[3]) Voy. Du Mont, liv. III. chap. III. §. 2 (p. 179).

[4]) Königin Christine von Schweden verzichtete in einem Schreiben an den Papst, vom 17. Februar 1687, auf das Recht der Quartierfreiheit; abgedruckt bei Du Mont, l. c. §. 4 (p. 195).

Frankreich jedoch fügte sich dieser Neuerung nicht, sondern versuchte seine Prätensionen auf das Hartnäckigste durchzusetzen [1]).

§. 67.

Fortsetzung.

Als der französische Botschafter in Rom, Hannibal Herzog d'Estrées, am 30. Januar 1687 daselbst gestorben war, liess der Papst den König von Frankreich ersuchen, nicht eher einen Gesandten nach Rom abzuordnen, als bis die Streitigkeiten, in welche er mit ihm wegen einer Begebenheit, die sich kurz nach der Beerdigung des verstorbenen Botschafters ereignet hatte, verwickelt war, geschlichtet seien. Ludwig XIV. sendete dessenungeachtet einen Botschafter nach Rom [2]), in Folge dessen Innocenz sofort, am 12. Mai 1687, eine Bulle [3]) erliess, durch welche er, mit der Clausel der Excommunication, die Constitutionen Julius II., Pius IV., Gregor XIII. und Sixtus V. erneuerte und die ganze Quartierfreiheit aufhob.

Am 16. Mai desselben Jahres hielt der Gesandte mit einem Gefolge von 800 Bewaffneten seinen Einzug in die Hauptstadt der katholischen Welt, um sich mit Gewalt in der Ausübung des bestrittenen Rechtes zu erhalten [4]). Die Folge dieses Auftretens war, dass der Papst dem Gesandten keine Audienz ertheilte, sowie seinen Ministern untersagte, mit demselben zu conferiren und endlich die Geistlichen der Kirche des Heiligen Ludwig, die ihm, trotz der Excommunication, das Abendmahl gereicht hatten, in den Bann that (26. December 1687), wogegen der Botschafter am folgenden Tage einen Protest veröffentlichte. Der König rächte sich für die päpstlichen Handlungen damit, dass er dem Nuntius an seinem Hofe den Zutritt für so lange untersagte, als sein Botschafter von dem Papst nicht angenommen würde, sowie im October 1688 sich in den Besitz von Avignon und der Grafschaft Venaissin setzte, und eine Flotte zu einem Besuche Italiens ausrüsten liess. Innocenz blieb trotz alledem unerschütterlich, er setzte auf Anrathen der italienischen Fürsten die Geistlichen der Kirche des Heiligen Ludwig am 2. März 1689 allerdings wieder in ihre Aemter ein, erklärte jedoch, den Marquis von Lavardin nicht eher als Botschafter an-

[1]) Voy. Du Mont, l. c. §. 2 (p. 179): »— — — mais Louis XIV. défendit bien expressement à Monsr. de Lavardin, qu'il envoya à Rome, en 1688, de commettre une telle bassesse.«

[2]) Henri Charles de Beaumanoir, Marquis de Lavardin, gest. 1701 als Lieutenant von Bretagne.

[3]) Innovantur quorundam Pontificum Constitutiones Detestabile Franchitiarum Nomen abolentes.« Voy. Du Mont, l. c. §. 3 (p. 193).

[4]) Réal, welcher die Begebenheit ausführlich erzählt (l. c. Tom. V. p. 120 — 128), sagt über diesen Einzug: »son entrée — —, eut plutôt l'air d'un triomphe que d'une entrée d'Ambassadeur.«

erkennen zu können, als bis dem Heiligen Stuhle Genugthuung gegeben worden wäre. Die angebotene Vermittelung Jacob II. von England und der Republik Venedig nahm der Papst nicht an und so blieb denn Frankreich nichts Anderes übrig, als seinen Botschafter abzuberufen, was um die Mitte des Jahres 1689 geschah [1]).

§. 68.

Schluss.

Nach dem zu Ende des Jahres 1689 erfolgten Tode des Papstes liess Ludwig die Cardinäle wissen, dass er weder ihr Feind, noch der des Heiligen Stuhles, sondern nur der des Papstes gewesen wäre, dass er deshalb Avignon zurückgeben werde. Durch diese Erklärung wollte Frankreich wegen der bevorstehenden Papstwahl auf die Cardinäle einwirken, diese jedoch verpflichteten sich Alle eidlich, die betreffende Bulle vom Jahre 1687 in Kraft zu lassen. Avignon wurde nachher wirklich zurückgegeben und Frankreich bestand noch eine Zeit lang, wenn auch schwach, auf die Quartierfreiheit.

Dass das Hauptunrecht in diesem hartnäckigen Streite auf Seiten Frankreichs war, wird nicht leicht bestritten werden können, wenn auch der Papst von Versehen seinerseits nicht ganz freizusprechen ist; da die Exterritorialität, wie wir oben (§. 64 a. E.) gesehen haben, nicht in dem allgemeinen Völkerrecht begründet ist, sondern nur auf der Willenserklärung desjenigen Staates beruht, der sie bewilligt, so war es von Ludwig XIV. ein in Wahrheit widersinniges Verlangen, ein Recht beanspruchen und erzwingen zu wollen, dessen Gewährung oder Nichtgewährung nur von dem guten Willen des Papstes abhängen konnte.

Capitel III.

§. 69.

Von dem Asylrecht.

Das Asylrecht (Freistätte, ius asyli, droit d'asile) ist die Befugniss der Gesandten, den nicht zu ihrem Gefolge gehörigen Verbrechern gegen die sie verfolgende Obrigkeit in dem Gesandschafts-

[1]) Ueber den Fortgang des Gesandten erzählt Réal (l. c. Tom. V. p. 127) das Folgende: »ce Ministre partit avec un éclat extraordinaire, après avoir fait ôter de son Palais les armes du Roi, et déclare publiquement qu'il n'avait plus ni franchise, ni titre Royal.«

quartier eine Zufluchtsstätte zu gewähren. Es ist dieses Recht, mit welchem die Gesandten früherhin vielfach Missbrauch trieben, nicht allein von den meisten Publicisten stets mit Recht bestritten worden [1]), sondern auch die Regierungen haben es sich, schon im 17. und 18. Jahrhundert, angelegen sein lassen, dieses Recht abzuschaffen oder wenigstens einzuschränken [2]).

[1]) Z. B. von Hug. Grot. l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. VIII. no. 2: »Ipse autem legatus an iurisdictionem habeat in familiam suam, et an ius asyli in domo sua pro quibusvis eo confugientibus, ex concessione pendet ejus apud quem agit. Istud enim iuris gentium non est.« Paschal. l. l. Cap. LXXVI. (p. 351): »— — — ita improbo eum, qui apud plerosque adolevit, morem, ut domus legatorum sint asyla improborum. Id quod cui rei inventum dicam? tuendo decori legationis? Ridicule. Potius proponendam, et vero praestandam, sceleribus impunitatem, quae utique provocantur hoc perfugio, ubi homini scelesto non solum tuto esse, sed et magistratus cohortem invidere, eive probra iacere, et minas manusque intendere licet, opposito nomine, et auctoritate legati, Res est, si verum fateri licet, pessimi exempli.« Marselaer, l. l. Lib. II. dissert. XV. (p. 375). Bynkershoek, traité. Chap. XXI. §. IV.: »Certainement, si on consulte les lumières de la Raison, je doute qu'on ait jamais inventé rien de plus ridicule, que ce droit d'Azyle, attaché aux Maisons des Ambassadeurs. Il y a peu de choses si absurdes, qu'elles n'aient été établies pour quelque raison, du moins apparente: mais en peut-on ici alleguer aucune? — — — Envoie-t-on des Ambassadeurs pour donner retraite à des Voleurs ou des Brigands? Ou bien est-ce, qu'ils ne peuvent exercer commodément leur Ambassade, sans proteger de telles gens? — — — si l'Ambassadeur laisse aller les Criminels, il prive le Souverain de son droit de Jurisdiction sur ces Sujets, et cela en matière d'une chose qui n'a aucun rapport ni avec l'Ambassadeur, ni avec l'Ambassade, et dont il se mêle mal-à-propos. — — — La chose est si claire, qu'il est presque inutile de la prouver sérieusement.« Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 414): »— — — la Maison de l'Ambassadeur ne peut donner seureté qu'à lui et à ses Domestiques, et ne peut servire d'asyle aux étrangers, que du consentement du Souverain du lieu, qui peut estendre ou restreindre ce privilege comme il veut; parcequ'il ne fait pas partie du Droit de gens.« (p. 415): »— — — la Maison de l'Ambassadeur ne doit point proteger des gens qui par leurs crimes troublent et détruisent la societé civile, laquelle le Droit Public tache de conserver et de faire subsister; veu que selon la loy de Moyse mesme, les lieux les plus saints ne doivent servir d'azile qu'aux malheureux.« Callières, l. c. Part. I. chap. IX. (p. 69). Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 118. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 461 ff. Römer, a. a. O. S. 383 ff. G. F. v. Martens, Einl. §. 217. Moshamm, a. a. O. §. 203. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 34. Heffter, a. a. O. §. 212. Holtzendorff, a. a. O. S. 800.

[2]) In Portugal wurde es unter König Johann durch eine Verordnung vom 11. Dec. 1748 aufgehoben: »E por quanto tem succedido algumas vezes, que os reos para se substrahirem ao braço da Justiça, se refugiaõ ás casas dos Ministros Estrangeiros, que talves lhes daõ azilo muito contra a intençaõ e fim do Direito das Gentes, a qual nunca foi de que a immunidade das casas dos ditos Ministros servisse de pretexto para impunidade dos malfeitores, ou para impedimento do regime do Paiz, ou para perturbaçaõ do socego, e segurança dos Naturaes; Hey por bem determinar, que todo o reo, seja por causa civel, ou criminal, que se acoutar nas ditas casas, para isentar-se do poder das Justiças, incorra por issa em pena de dous annos de degredo para Angola, e seja multado em cem cruzados etc.« Die Verordnung ist vollständig abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 365—369, im Auszuge bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 110. — In Dänemark durch »Kgl. Canzeley-Schreiben an das Hof- und Staats-Gericht vom 20. Aug. 1774«; abgedruckt bei G. F. v. Martens, a. a. O. Bd. 1 S. 357. Hierzu das Beispiel bei Lamberty, l. c. Tom. II. p. 184—187. Der franz. Gesandte in Kopenhagen, Graf von Chamilli, hatte dem Grafen von Schlieben, einem dänischen Unterthan, eine Zufluchtsstätte in seinem Hôtel gewährt. — Klüber (a. a. O. §. 208 Not. b.) erwähnt noch Verordnungen von Venedig und Schweden; bei G. F. de Martens (Cours dipl. Tom. II. p. 916—918) ist unter den die Minister und Consuln betreffenden Gesetzen Schwedens keine Verordnung über das Asylrecht angeführt. — Rücksichtlich Spaniens sich. bei G. F. v. Martens, Erz. Bd. 2 S. 356: »Auto I. Los que se retraen en casas de Embaxadores sean condenados

Zu denjenigen nun, welche das Asylrecht im natürlichen Völkerrecht begründet finden, gehören vornehmlich Kulpis [1]) und Réal [2]); letzterer geht entschieden am Weitesten, er behauptet, dass ein Verbrecher, den ein Gesandter in seinen Schutz nehme, einen Theil seines Gefolges ausmache, folglich nicht mehr den Gerichten des fremden Landes unterworfen sein könne. Es ist dies jedenfalls ein ganz unhaltbarer Grund, den Réal für seine Ansicht anführt, denn da es feststeht, dass die durch das Völkerrecht begründeten Vorrechte der Gesandten nur diesen selbst und ihrem Gefolge zustehen, so kann man unmöglich annehmen, dass der Gesandte das Recht haben solle, eigenmächtig den Unterthanen des fremden Staates jene Vorrechte zu Theil werden zu lassen und somit den fremden Staat der Gewalt über einen seiner Unterthanen willkürlich zu berauben.

§. 70.

Von der gegenwärtigen Praxis in Betreff dieses Rechtes.

Gegenwärtig erkennen alle Europäischen Mächte als Princip an, dass die Wohnung eines fremden Gesandten kein Zufluchtsort für Verbrecher sein kann und dass also der Gesandte keine Befugniss hat, von der Ortsobrigkeit verfolgte Verbrecher dieser vorzuenthalten.

Flieht ein Verbrecher in das gesandschaftliche Hôtel, so kann die Auslieferung an die requirirende Behörde, nach der neueren

en las penas aqui expressedas (Phelipe III. en Madrid a 31 Marzo de 1612)«, ferner (a. a. O. S. 359): »Auto VI. Solo se entienda de puertas adentro la immunidad de Embaxadores; i lance acaecido a los Ministros de Justicia con el Embaxador de Francia (Phelipe V. en Madrid a 25 Diciembre de 1716 à Consulta de 9 de Noviembre de 1715)«, woselbst die Verordnung v. J. 1684 erwähnt wird, nach welcher den Gesandten das Asylrecht eingeräumt, jedoch von Seiten der spanischen Regierung nie respectirt wurde, so z. B. i. J. 1726, wo die Regierung den Herzog von Ripperda mit Gewalt aus dem Hôtel des englischen Gesandten herausholen liess, obwohl letzterer ihn mit der Genehmigung seines Hofes aufgenommen hatte. Voy. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. I. caus. cinq. (p. 174—209). — In Venedig war die s. g. Liste, d. h. die in der nächsten Umgebung der Gesandten gelegenen Häuser, im Genuss des Asylrechts; da dies zu vielen Streitigkeiten führte, so kamen die Höfe von Frankreich und Spanien mit dem Senat von Venedig i. J. 1772 dahin überein, dass die Liste auf zwei Häuser beschränkt wurde, nämlich auf ein Haus zur Rechten und eins zur Linken des betreffenden Hôtels. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 299 ff. — In Folge Päpstlichen Befehls erklärte der Cardinal-Staats-Secretär i. Sept. 1815, dass das bis dahin den zu Rom residirenden Gesandten eingeräumte Asylrecht auf das Gesandschaftsquartier und blosse Polizei-Vergehen (délits correctionels) beschränkt sein solle. Vgl. Miruss, a. a. O. §. 362 Not. a a. E. — Da aus denselben Gründen, wie das Hôtel, so auch die Equipage des Gesandten im Allgemeinen einer Visitation nicht unterworfen sein kann, so hat man sich früher bemüht, das Asylrecht auch auf diese auszudehnen. Ein Fall dieser Art ist oben, §. 58 Not. 2 a. E. (S. 67) erzählt.

[1]) l. l. Cap. XXI. §. XI.

[2]) l. c. Tom. V. chap. I. sect. VIII. (p. 195). R. giebt selbst zu, dass der Gesandte, welcher in einem solchen Falle den Lauf der Gerechtigkeit hemmt und die Verbrechen begünstigt, dem Souverän des auswärtigen Staates Anlass zu Klagen giebt, allein trotzdem müsse sich die fremde Staatsgewalt darauf beschränken, über die Handlungsweise des Gesandten bei dessen Souverän Klage zu führen.

Praxis, nicht verweigert werden, sollte aber der Gesandte der Requisition kein Gehör geben oder die Flucht des Verbrechers zu begünstigen suchen, so würde die Regierung das Recht haben, sich der Person des Flüchtlings auch in dem Gesandschaftshôtel mit Gewalt zu bemächtigen[1]; in jedem Falle wird aber immer die Person des Gesandten unangetastet bleiben müssen mit den zu seiner Familie gehörigen Personen, sowie seinen Geschäftsleuten.

In den meisten Fällen wird es indessen wohl rathsamer sein, nicht in das Haus einzudringen, da hierdurch leicht weitläufige Streitigkeiten herbeigeführt werden, sondern durch zweckdienliche Sicherheitsmaassregeln, z. B. Besetzung der Ausgänge des Hôtels, ein Entkommen des Verbrechers zu verhindern[2].

Capitel IV.

§. 71.

Von dem Recht der Privat-Religionsübung.

Wiewohl bald nach Einführung der christlichen Religion sowohl die Kirche als auch der Staat gegen die Ausübung des Hausgottesdienstes von Seiten der Privatpersonen im Allgemeinen strenge Verbote erliessen[3], so konnten diese doch nur für die Unterthanen

[1]) Beisp. hierzu bei Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 414). Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 466. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 266—298 (Auftritt in dem Hôtel des englischen Gesandten zu Stockholm, Oberst Guidickens, wegen eines dahin geflüchteten russischen Kaufmanns Springer) und SS. 299, 300. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. p. 196 — 207. Vera et de Cunniga, l. c. Liv. I. p. 115 —118. Ch. de Martens, caus. cél. Tom I. caus. dix. (p. 326—358).

[2]) Dieser Meinung ist auch Römer (a. a. O. S. 385), der ausserdem bemerkt, man solle den auszuliefernden Verbrecher durch Militär abholen lassen, nicht aber durch Diener des Gerichts, um der ganzen Angelegenheit den Anschein eines gerichtlichen Verfahrens zu benehmen.

[3]) Es geschah dies z. B. auf den Concilien zu Gangra i. J. 324 und zu Laodikea i. J. 365; so bestimmten die canones V. et VI. concil. Gangrens.: »Si quis docet, domum Dei contemnendam esse, et conventus, qui in ea celebrantur, anathema sit. Si quis extra ecclesiam privatim conciones habet, et ecclesiam contemnens, quae sunt ecclesiae agere vult, non adstante presbytero cum voluntate Episcopi anathema sit«, und can. LVII. conc. Laodic.: »quod non oportet in domibus fieri oblationem ab Episcopis et presbyteris.« Cf. Gabriel Heiring, Dissertatio iuris gentium de privatis legatorum sacris. Hal. Magdeburgic 1721. 4. Cap. I. §. XV. — Justin. Nov. LVIII.: »Omnibus enim magnae huius civitatis, quin et totius nostrae ditionis incolis interdicimus in domibus suis oratoria habere, et in illis sacra mysteria celebrare ibique ea fieri, quae a catholica et apostolica doctrina abhorrent.« Cf. Cod. I. 3 (de episcop. cett.) cst. 15. I. 5 (de haereticis) cst. 3. — Während sodann später Kaiser Leo jedoch von diesen Verboten abwich und die Ausübung des Hausgottesdienstes sogar in dem weitesten Umfange den Privatpersonen gestattete (Imp. Leon. nov. const. IV. et V.), hielten die Bischöfe im Abendlande fest an den Concilien-Beschlüssen und wollten nicht einmal an den fürstlichen Höfen den Privatgottesdienst erlauben. In den Capitularien Carl d. Gr., welche das Kirchen-Staatsrecht be-

eines Landes verbindlich sein, nicht aber für auswärtige Gesandte, da diese in Folge der Exterritorialität der fremden Staatsgewalt nicht unterworfen werden. Aus dem Begriff der Exterritorialität fliesst nun aber das Recht des Gesandten auf eine eigene Religionsübung und so haben denn auch nach einem allgemeinen Herkommen unter den europäischen Staaten, welches in einzelnen derselben durch besondere Verordnungen [1]) und Verträge später bestätigt worden ist, die Gesandten aller Classen [2]) seit dem 16. Jahrhundert das Recht der Privat-Religionsübung (ius sacrorum privatorum, ius devotionis domesticae qualificatae [3]), und zwar mit einem selbstangenommenen Geistlichen (Gesandschaftsprediger, aumônier) und den erforderlichen Kirchendienern, jedoch unter den nachfolgenden Einschränkungen.

§. 72.

Von der Beschränkung dieses Rechtes.

Nach der älteren Observanz konnten die Gesandten selbst dann, wenn sich auch eine Kirche derselben Confession oder Religion an dem Orte, an welchem sie sich ihrer Functionen halber aufhielten, befand, auf das Recht einer eigenen Religionsübung Anspruch machen, später ist jedoch eine Beschränkung insofern eingetreten, als dieses Recht dem Gesandten nur für den Fall zugestanden wird,

treffen, heisst es ausdrücklich: »placuit nobis, ut sicuti ab Episcopis admoniti fuimus, ne Capellae in nostro palatio vel alicubi, sine permissu Episcopi, in cuius est parochia, fiant« und auf dem zu Paris unter Ludwig d. Fr., i. J. 828, gehaltenen Concil verlangten die Bischöfe vom Kaiser die Unterdrückung des Privatgottesdienstes in den Palästen; cf. Heiring, l. l. §. XVIII. Später sind im Westphälischen Frieden von Neuem Bestimmungen über den Hausgottesdienst getroffen worden.

[1]) Leges Danicae Christiani V. Lib. VI. cap. I. §. 5: »Neutiquam exterorum Principum Legatis aut ministris alienae religionis, ad aulam regis agentibus vel commorantibus interdictum esto, quominus ipsi cum familia sua privatim ac domi suae sacra cum solenni ceremoniarum cultu peragant cett.« — »Versicherung S. K. Hoheit des Prinzen Friedrich Erbprinzen von Hessen-Cassel den Ständen des Reichs gegeben bey seiner Erhebung auf den schwedischen Thron. 1720 den 22sten März.« §. 3 Gottesdienst. Beide Gesetze bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 SS. 352, 358.

[2]) Rücksichtlich der Gesandten der 3. Classe jedoch nicht immer unbestritten gewesen; so entstand i. J. 1708 ein Streit zwischen Preussen und dem Magistrat zu Cöln, welcher dem Preussischen Residenten von Diest die Privat-Religionsübung nicht gestatten wollte; cf. Heiring, l. l. Cap. II. §§. XVIII. et XIX. Dagegen übten der Holländische Resident zu Brüssel, der Preussische am Kaiserlichen Hofe und der Kaiserliche zu Berlin ungehindert in ihren Wohnungen das Recht des Privat-Religionscultus aus. — Gegenwärtig ist der Preussische Minister-Resident in Rom im Genuss dieses Rechtes, sowie in der Türkei und Afrika auch die Consuln der europäischen Mächte; vgl. oben, §. 31.

[3]) Diese dev. dom. qualif. ist zu unterscheiden von der dev. dom. simplex, der blossen Hausandacht, welche von Heiring (l. l. §. XX. in fin.) so definirt wird: »domestica devotio consistit in eo, cum paterfamilias sine sacerdote vel ministro verbi ad id conducto domi suae pro se liberisque et reliqua familia legenda scripturas et conciones, psallendoque devotioni vacat, et hoc modo se suosque docendo adhortandoque in pietate et amore erga Deum et proximum promovere studet.«

wenn in dem Staat, an welchen er gesandt worden, die Religion, zu welcher er sich bekennt, nicht öffentlich ausgeübt wird [1], oder nicht schon ein anderer Gesandter desselben Hofes ebendaselbst eine Capelle für dieselbe Religion unterhält.

§. 73.

Fortsetzung.

Was nunmehr den Ort des Gottesdienstes, die gesandschaftliche Capelle anbetrifft, so darf dieselbe nicht nach der Strasse hin geltend gemacht werden, z. B. durch Kirchenfenster oder gar durch einen Thurm auf derselben, und der Gottesdienst muss in einer gewissen Entfernung von der Strasse und in aller Stille verrichtet werden, namentlich muss die Anwendung von Glocken und Orgeln unterbleiben, sowie auch keine öffentlichen Processionen Statt finden dürfen. Rücksichtlich der Sprache, in welcher der Gottesdienst abzuhalten ist, fehlte es von jeher, mit wenigen Ausnahmen [2], an bestimmten Regeln, ein hinreichender Grund, den Gesandten in dieser Beziehung Vorschriften zu unterwerfen, lässt sich auch wohl kaum nachweisen. In Wien wurde z. B. früher in den dänischen, schwedischen und holländischen Gesandschaftscapellen der Gottesdienst in deutscher Sprache gehalten; dasselbe geschah in der schwedischen Capelle zu Paris, nur mit dem Unterschiede, dass immer am ersten Sonntage des Monats an die Stelle der deutschen Sprache die französische trat. Auch pflegten in Paris die englischen Gesandschaftsprediger bisweilen in französischer Sprache zu predigen und die Generalstaaten wählten zu den gottesdienstlichen Functionen bei ihrer Gesandschaft zu Paris stets französische Prediger [3].

§. 74.

Fortsetzung.

Da die Privat-Religionsübung in der gesandschaftlichen Capelle ihrem Wesen nach nur für den Gesandten, seine Familie und Gefolge bestimmt ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass der fremde Staat alle anderen Personen von der Theilnahme an dem gesandschaftlichen Gottesdienst mit Recht ausschliessen kann, wie z. B. in Dänemark und Schweden durch die oben §. 71 erwähnten

[1]) Kaiser Joseph II. konnte daher mit Recht den protestantischen Gesandten die Ausübung ihrer Religion in Privatcapellen untersagen, nachdem er die Protestanten in Wien in ihrem Privatgottesdienst nicht mehr hinderte.

[2]) In Dänemark verlangte das im vorigen §. angeführte Gesetz Christian V. die Anwendung der Landessprache bei der Ausübung des Gottesdienstes: »— — — ita tamen, ut conciones non, nisi vernacula eorundem lingua habeantur.«

[3]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 SS. 181, 221.

Gesetze [1]), allein man hat in dieser Beziehung oft von dem strengen Recht abgesehen und namentlich den Unterthanen des Souveräns des Gesandten sowohl, als auch anderen Ausländern im fremden Lande, die sich zu dem Glauben des Gesandten bekennen, den Besuch des Gesandschafts-Gottesdienstes gestattet [2]), ja in neuerer Zeit diese Erlaubniss sogar auf die Unterthanen des Landes, bei welchem der Gesandte accreditirt ist, ausgedehnt.

Die Amtsverrichtungen des Geistlichen nun sind auf das Gesandschaftshôtel beschränkt, innerhalb desselben darf er alle, einem ordinirten Geistlichen zustehenden Amtshandlungen, jedoch nur für das gesandschaftliche Personal vornehmen; ausserhalb des Hôtels darf er keinerlei öffentliche Functionen ausüben und sich auch nicht anderswohin in Amtstracht verfügen [3]).

§. 75.

Schluss.

Der Natur der Sache nach müsste die Ausübung des Privatgottesdienstes aufhören, sobald der Gesandte den Ort seiner Wirksamkeit verlässt; ist diese Abwesenheit jedoch nur eine vorübergehende und lässt der Gesandte eine Person seines Gefolges zurück, so pflegt man die Fortsetzung des Gottesdienstes zu gestatten. In gleicher Weise wird, streng genommen, eine Veränderung in der Person des absendenden oder annehmenden Souveräns, z. B. der Tod, die Suspension jenes Rechtes zur Folge haben müssen, da durch den Tod eines der Souveräne die Gesandschaft ihr Ende erreicht und der Abgeordnete somit seine gesandschaftliche Qualität bis zum Empfange neuer Creditive verliert, aber auch in diesem Falle hindert man den Gesandten gewohnheitsgemäss nicht leicht an der Fortsetzung des Gottesdienstes [4]).

[1]) Dieser Ansicht sind auch Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 417). J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 182. G. F. v. Martens, Einl. §. 222. Heffter, a. a. O. §. 213. — Ein Fall, in welchem der Gesandte (Chanut) der fremden Regierung (Schweden) dieses Recht bestritt, sieh. b. Wicquefort, l. c. p. 416. — A. M. sind Römer, a. a. O. S. 365 und Mosham a. a. O. §. 223.

[2]) In manchen Ländern ist dies durch Verträge geregelt; vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 222 Not. d.

[3]) Cf. Heiring, l. l. Cap. II. §. XXV. in fin. — In Schweden erschien gegen die Uebertretung dieser Beschränkung das »Rescript König Friderichs in Schweden an das Consistorium zu Stockholm, die Einschränkung der Amts-Verrichtungen derer bey den fremden Gesandten sich aufhaltenden Cartholischen Priester betreffend, d. d. 15. Juni 1742«; abgedruckt bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 187 und G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1. S. 358. — Ausnahmen hiervon sieh. aus älterer Zeit bei J. J. Moser, a. a. O. S. 184—187, aus neuerer Zeit bei Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 35: »— — — l'on permet même dans beaucoup de pays, — — — aux aumôniers d'exercer telle ou telle fonction individuelle de leur charge hors de l'hôtel de leur ministre.« §. 35 not. 2: »Ce cas a lieu à Berlin, où l'aumônier de la mission de Sardaigne exerce à l'église catholique de sa religion les fonctions sacerdotales.«

[4]) Eine Ausnahme hiervon bewirkte eine Veränderung in der Person des Constituenten zur Zeit des Deutschen Reiches

Wenn nun aber die Gesandschaft wirklich beendigt ist, oder der Gesandte seine Wohnung aufgekündigt hat, so hört die Ausübung der Privat-Religionsübung gänzlich auf[1]).

Capitel V.

§. 76.

Von dem Druckerei-Recht.

Aus dem Begriffe der Exterritorialität fliesst auch das Vorrecht der Gesandten, in dem Gesandschaftshôtel eine eigene Buchdruckerei zu halten, eine Befugniss, welche von Seiten der diplomatischen Agenten nur sehr selten in Anwendung gebracht worden ist. Während des siebenjährigen Krieges übte der Preussische Gesandte auf dem Reichstage zu Regensburg dieses Recht, und der Portugiesische Gesandte zu Rom liess im Jahre 1759 in seinem Quartier Mehreres drucken[2]).

Auf Befehl des Papstes erklärte der Cardinal-Staats-Secretär im September 1815 den fremden Gesandten zu Rom, dass das Vorrecht, eine eigene Druckerei zu haben, wie es in dem spanischen Gesandschaftsquartier ausgeübt worden, aufgehoben sei[3]).

Capitel VI.

§. 77.

Von der Abgaben-Freiheit.

Zufolge der Exterritorialität, in ihrer Eigenschaft als Ausländer, sind die Gesandten aller Classen nebst ihrem Gefolge von allen persönlichen Staatsauflagen befreit, denn diese können nur den Unterthanen auferlegt werden. Diese Befreiung wird indessen auch auf indirecte Abgaben, wie Zölle, Accise, Consumtionssteuern, aus-

dann, wenn ein Wahlfürst gestorben war und es noch an einem Nachfolger fehlte, der neue Beglaubigungsschreiben hätte schicken können. Ein solcher Fall ereignete sich nach dem Tode Carl VI. zu Hamburg, indem der Rath die Fortsetzung des Gottesdienstes in der kaiserlichen Gesandschaftscapelle untersagte, was zu weitläufigen Verhandlungen zwischen dem Kaiserlichen Hofe und der Stadt führte. Diese Begebenheit ist ausführlich mitgetheilt bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 192—209.

1) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 190 u. überh. S. 156—243.

2) Vgl. Pölitz, a. a. O. Th. 5 S. 313 Anm. *. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 472. J. J. Moser, Beitr. Th. 4. S. 209.

3) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 210 Not. g. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 25 Not. 1.

gedehnt, sodass man die Gegenstände, welche der Gesandte für seinen oder seines Gefolges eigenen Bedarf aus dem Auslande kommen lässt, zollfrei einpassiren lässt (immunitas a tributis publicis, immunité des impositions [1]). Diese Exemtion der Gesandten von indirecten Steuern fliesst jedoch keineswegs aus dem natürlichen Völkerrecht, sondern beruht einzig und allein auf dem Willen der fremden Staatsgewalt und man pflegt bei der Anwendung dieses Rechtes in der Regel eine gewisse Reciprocität Statt finden zu lassen, indem der Souverän des fremden Staates seine Zugeständnisse meist nach dem Umfang der seinem Abgeordneten von dem anderen Staate gewährten bemisst [2]).

Der unwürdige Missbrauch, den die Gesandten, namentlich in früherer Zeit, häufig mit dieser Befreiung getrieben haben [3]), hat viele Regierungen veranlasst, dieselbe entweder ganz aufzuheben [4]),

[1]) Ausführlich hiervon handelt Friderich Carl Moser, Abhandlung Von der Zoll- und Accis-Freiheit der Gesandten; in dessen »Kleine Schriften, Zur Erläuterung des Staats- und Völker-Rechts, wie auch des Hof- und Canzley-Ceremoniels«. 7 Bde. Frankfurt a. M. 1758 S. 1—166. — Selbst verbotene Waaren kann ein Gesandter zu eigenem Gebrauch, falls nicht ausdrückliche Bestimmungen dem entgegenstehen, einführen, so z. B. früherhin der Preussische Gesandte am österreichischen Hofe confiscirte Bücher, fremde Medicin u. dgl. m. Vgl. Vehse, a. a. O. Bd. 8 S. 135. Vgl. auch Klüber, a. a. O. §. 205 Not. a. G. F. v. Martens, Einl. §. 224.

[2]) Das war z. B. ehedem am Wiener Hofe der Fall, wo die Botschafter von Venedig und Russland, sowie die Minister von Frankreich, Spanien und Sachsen dieselben Exemtionen genossen, welche den österreichischen Gesandten in jenen Ländern gewährt wurden; vgl. Vehse. a. a. O. Bd. 8 SS. 134, 135.

[3]) Voy. Callières, l. c. Part. I. chap. IX. (p. 70). Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 105 à la fin. Beisp. dies. Art erzählen u. A. F. C. Moser, a. a. O. SS. 4, 9—12. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 248—255. Paccassi, a. a. O. S. 165. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 483 — 490; in einer daselbst, wie auch bei F. C. Moser, a. a. O. S. 34 — 36, angeführten Schrift (»Journal d'un Voyage fait en Dannemarc à la suite de Mr. V., Envoyé d'Angleterre«, p. 77) heisst es: »Les Ministres étrangers ont perdu ce privilège; ils en ont l'obligation au Comte de Chamilly, Ambassadeur de France, qui ayant fait venir plusieurs caisses sous le nom de meubles, pleines de toutes sortes de hardes à la mode de France; et son Valet de Chambre et autres domestiques en ayant rempli plusieurs chambres de son hôtel, où ils tenoient boutiques et où toutes les Dames Danoises allerent acheter des éventails, masques, coëffures, rubans etc. Cela avoit fait un grand tort aux marchands de Coppenhague, qui faisoient ce commerce lesquels s'enpleignirent etc.« So benutzten der spanische, der französische und der türkische Gesandte am Kaiserlichen Hofe das Tabacksmonopol, um zum grössten Nachtheil der Appaltisten, der Pächter des Tabacksgefälls, zu gewinnen; sie führten den Taback in ungeheurer Menge ein und verkauften ihn öffentlich; der türkische Botschafter allein verursachte mit seinen 1000 importirten Ballen dem Appaltisten, einem portugiesischen Juden Diego Aguilar, einen Schaden von 100,000 Gulden. Sogar der Päpstliche Nuntius Passiami trieb diese einträgliche Tabacksindustrie. Vgl. Vehse, a. a. O. Bd. 8. SS. 135, 136.

[4]) Z. B. in Spanien, wo man ein altes Gesetz König Johanns, nach dem Jahre 1435 erlassen, welches den Gesandten Abgabenfreiheit gewährte, i. J. 1715 aufhob (vgl. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 353), ihnen dagegen, nach Verhältniss des Ranges, jährlich eine Summe Geldes bezahlte (vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 43); in Russland i. J. 1747 (vgl. G. F. v. Martens, a. a. O. Bd. 1 S. 362, F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 37—40 und J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 251), durch Verordnung Peter III. vom 18. Februar 1762 jedoch wieder eingeführt und zwar mit Bezahlung einer Entschädigung an alle Gesandten für das, was sie bis dahin an Zollgebühren entrichtet hatten (vgl. G. F. v. Martens, a. a. O. Bd. 1 S. 363 und J. J. Moser, a. a. O. Th. 4 S. 255); in den Vereinigten Niederlanden durch Resolution vom 28. Juni 1749 (vgl. G. F.

oder doch bedeutenden Einschränkungen und Modificationen zu unterwerfen [1]). Die Praxis der Staaten ist hierin eine sehr verschiedene; in einigen Ländern ist den fremden Gesandten, namentlich in Betreff der Zölle, die Freiheit von den indirecten Abgaben nur für eine gewisse Zeit, gewöhnlich 6 oder 12 Monate, gestattet [2]), oder auch wohl für die Folge, dann jedoch in einem sehr beschränkten Umfange. In Preussen hat jeder Gesandte einen Credit von zweitausend Thalern Eingangssteuern, er kann bis zu diesem Betrage aus dem Auslande Waaren einführen, wenn aber der Credit erschöpft ist, so muss alles Andere, was er aus dem Auslande kommen lässt, versteuert werden [3]).

§. 78.

Fortsetzung.

In einigen Ländern erhielt der Gesandte ehedem bei seiner Ankunft, nach dem Verhältniss seines Ranges, als Vergütung eine bestimmte Summe, welche entweder ein für alle Male oder jährlich ausbezahlt wurde; dies war in Wien [4]), Madrid und Genua Gebrauch.

Rücksichtlich der Befugniss des fremden Staates zur Durchsuchung der an den Gesandten aus dem Auslande eingehenden Güter, sind die Ansichten der Publicisten von jeher getheilt gewesen; ein hinreichender Grund, dem fremden Staate diese Befugniss zu bestreiten, zumal in dem Falle, wo dem Gesandten überhaupt eine Abgabenfreiheit von jenem nicht eingeräumt wird, ist jedenfalls nicht vorhanden [5]). Dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen,

v. Martens, a. a. O. Bd. 1 S. 351 und F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 152), nachdem die Befreiung vorher schon sehr eingeschränkt worden war, nämlich durch »Resolutie raakende de Vrydom der Imposten van de vreemde Ministers in den Hage (14. Sept. 1726)« und durch »Resolutie, maader Ordre en Declaratoir omtrent de Vrydom der Imposten van de vreemde Ministers etc. (20. Jan. 1730)«; ferner in Rom unter Clemens X. (vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 36 und Paccassi, a. a. O. S. 278).

[1]) Z. B. in Schweden durch Verordnungen vom 16. August 1671 und 9. Juli 1770 (vgl. Martens, a. a. O. Bd. 2 S. 385—389; vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 41) und Dänemark durch Verordnung vom 19. April 1771 (vgl. G. F. v. Martens, a. a. O. Bd. 2 S. 384).

[2]) So gestattet jetzt die spanische Regierung den Gesandten eine Frist von 6 Monaten zur abgabenfreien Einführung ihrer Effecten; Verordnung vom October 1814. Vgl. Miruss, a. a. O. §. 345 Not. b. Eine ähnliche Verordnung von Russland vom 11. Februar 1817 ist abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. 2. Nr. 39 (S. 255). Neuere Verfügungen über die Abgabenfreiheit von Grossbritannien (vom 31. August 1821) und Königreich Sachsen (vom 29. Novbr. 1830) sind abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. 2. Nr. 41 u. 42 (S. 260—264).

[3]) Vgl. Regulatif vom Jahre 1787, abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 365.

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 42.

[5]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XVIII. vers la fin (p. 425). Voy. au contr. Klüber, l. c. §. 206 à la f.: »La visite des effets apparténans à un ministre public, ne peut au moins pas avoir lieu dans son hôtel, et autre part seulement autant qu'il ne lui est pas permis d'importer franches de douanes et d'accise, des marchandises prohibées ou non-prohibées, destinées à son usage.«

dass eine solche Visitation auf den Zollstätten vorzunehmen und auf diese allein zu beschränken ist, in keinem Falle aber auf das Hôtel und den Wagen des diplomatischen Agenten ausgedehnt werden darf, sodass also, wenn die Güter bereits in die Wohnung geschafft sind, hier wider seinen Willen keine Durchsuchung vorgenommen werden darf [1]).

§. 79.

Schluss.

Brief- und andere Paquete dürfen nicht geöffnet werden, da aus einer derartigen Maassregel sowohl für den Gesandten, als dessen Souverän grosse Nachtheile entstehen können; doch ereignete sich ein Fall dieser Art i. J. 1706 zu Kopenhagen mit einem Briefpaquet der Generalstaaten an ihren dortigen Gesandten, welches in des letzteren Gegenwart auf dem Zollamte geöffnet wurde. Der Gesandte beklagte sich hierüber, als eine Verletzung des Völkerrechts und es entstanden daraus langwierige Verhandlungen zwischen beiden Staaten [2]).

§. 80.

Von der Ausschliessung dieses Rechtes.

Ausgeschlossen ist die Abgabenfreiheit in den folgenden Fällen:

1. wenn der Gesandte **unbewegliche Güter**, z. B. Grundstücke erwirbt, so muss er hinsichtlich dieser wie jeder andere Staatsbürger alle Reallasten tragen [3]), und da Grundstücke niemals exterritorial werden können, so bleiben sie auch dem forum reale unterworfen, sodass in dem Falle selbst die privilegirte Person dem Gerichtsstand der unbeweglichen Sache sich stellen muss [4]). Das Haus, welches der Gesandte bewohnt, bleibt zwar von Einquartierung befreit, jedoch werden von demselben, auch wenn es das Eigenthum seines Souveräns ist, alle gesetzlichen Abgaben erhoben;

2. der Gesandte kann ferner keinen Anspruch auf die Befreiung

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 303—310. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Append. p. 414—417. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 27. Ist den Gesandten jedoch an dem betreffenden Hofe Zollfreiheit überhaupt nicht gestattet, so steht es in dem Belieben der fremden Staatsgewalt, die Besichtigung der eingehenden Effecten in des Gesandten Hôtel oder auf der Zollstätte vornehmen zu lassen; Beisp. hierüber entstandener Streitigkeiten sieh. das. S. 14—16.

[2]) Voy. Lamberty, l. c. Tom. IV. p. 220. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 7 S. 18—29.

[3]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VIII. §. 115: »Tous le Fonds de terre, tous les Biens immeubles relèvent de la Jurisdiction du pays, quelqu'en soit le propriétaire. — — — L'Ambassadeur ne possède pas ces Biens-là comme Ambassadeur, ils ne sont pas attachés à sa personne de manière qu'ils puissent être réputés hors du Territoire avec elle.«

[4]) Vgl. Oppenheim, a. a. O. S. 267. Vattel, l. c. §. 115. Bynkershoek, traité etc. Chap. XVI. §. VI.

von Abgaben, wie Chaussée-, Wege-, Fähr- und Brückengelder, sowie Briefporto, machen, deren Entrichtung als ein verhältnissmässiger Beitrag zu den Kosten eines Institutes, dessen Vortheile man geniesst, angesehen wird [1]);

3. die Abgabenfreiheit fällt endlich auch fort hinsichtlich persönlicher Lasten für die Ausübung solcher staatsbürgerlichen Befugnisse, welche mit dem gesandschaftlichen Charakter nichts gemein haben, also z. B. Abgaben für die Betreibung eines gewissen Handels oder Gewerbes.

Capitel VII.

§. 81.

Von der Befreiung der Gesandten von der Gerichtsbarkeit. — Verschiedene Ansichten.

Aus der Fiction einer Exterritorialität der Gesandten folgt nothwendigerweise die Befreiung derselben von der Gerichtsbarkeit in dem Gebiete des Souveräns, bei dem sie beglaubigt sind. Es gehört diese ebenso schwierige wie wichtige Frage zu den bestrittensten Lehren im Gesandschaftsrecht und die Ansichten über diesen Gegenstand sind von jeher theils sehr auseinander gegangen, theils sehr schwankend gewesen. Während die Einen die Gesandten von aller Gerichtsbarkeit des fremden Staates, d. h. sowohl von der Civil- als auch von der Criminalgerichtsbarkeit befreit wissen wollen [2]), bestreiten die Anderen jedwede Befreiung, wollen also die

[1]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 226. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 145. Doch waren die Gesandten am Wiener Hofe frei von Sperr- und Liniengeld; vgl. Vehse, a. a. O. Bd. 8. S. 134.

[2]) Zu den hervorragendsten Vertheidigern dieses Rechtes gehört in erster Reihe Hugo Grotius, l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. Nr. 4—6. Ihm schloss sich zunächst an Cornelius van Bynkershoek in dem wiederholt erwähnten umfassenden und bisher unübertroffen gebliebenen Werke »de foro legatorum tam in causa civili, quam criminali.« Der Verf. citirt nach der französischen Uebersetzung von Barbeyrac, deren bereits oben, §. 29 Not. 2 Erwähnung geschehen ist. Sieh. hauptsächlich Chap. II., wos. die allgemeinen Grundsätze entwickelt werden; Chap. V. §§. 6, 7. Chapp. VI. VII. §. 5, VIII. IX. Chapp. VIII. X. Chap. XVII—XIX., welche von der Criminal-Gerichtsbarkeit handeln, bes. Chap. XVII. Chap. XXIV. enthält eine Zusammenstellung der verschiedenen Ansichten über dieses Dogma. Ferner folgen der Ansicht des Grotius, mit mehr oder weniger Abweichungen, Kulpis, l. l. Cap. XXI. §. 3. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. XXVII. (p. 390 et suiv.). Jean Gottl. Uhlich, les droits des Ambassadeurs et des autres Ministres publics les plus éminents, avec un tableau, qui représente les Ministres négocians aux plusieurs cours de l'Europe dans les années 1730 et 1731. A Leipsic 1731. 4. Chap. VI. Callières, l. c. Chap. IX. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 92—101. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. IX. §. I—XXXII (p. 183—248). Ahnert, a. a. O. Th. I. S. 405 ff., welcher jedoch unklar und sich widersprechend ist, er verwirft die Grundsätze, von denen Grotius und dessen Anhänger ausgehen, als irrige und tritt der Ansicht der beiden Cocceji, der Gegner des Grotius, bei, kommt jedoch

Gesandten ganz der Jurisdiction des annehmenden Staates unterworfen haben [1]). Sodann unterscheiden Einige zwischen Civil- und Criminalgerichtsbarkeit und behaupten, dass dem Gesandten nur die Befreiung von der ersteren zugestanden werden könne, und wiederum Andere endlich bestreiten die Befreiung im Allgemeinen zwar nicht, wollen den Gesandten aber im Falle eines von ihm begangenen Capital- oder eines Staatsverbrechens der Strafgerichtsbarkeit des fremden Staates unterworfen haben [2]).

§. 82.

Von der Begründung dieses Vorrechtes.

Das Vorrecht von der Befreiung der Gerichtsbarkeit ist nun aber, wie im Anfange des vorhergehenden Paragraphen bereits angedeutet, lediglich in der Exterritorialität begründet, welche in der Fiction besteht, dass der Gesandte den Staat, von dem er abgesendet ist, nicht verlassen hat, er also so anzusehen ist, als wenn er ausserhalb des Staates lebe, in welchem er sich seiner gesandschaftlichen Functionen halber aufhält [3]). In nothwendiger Folge dieser Fiction wird der Gesandte also nicht Unterthan des Staates, an welchen er gesandt worden und in dessen Gebiet er vorübergehend weilt, sondern bleibt vielmehr Unterthan desjenigen Staates, der ihn mit der Gesandschaft beauftragt hat und kann daher in

schliesslich zu dem Resultat, dass die Gesandten der fremden Gerichtsbarkeit nicht zu unterwerfen seien. Ahnert führt die verschiedenen Ansichten über diesen Gegenstand auf, a. a. O. S. 411 Not. h. Scharfsinnig und überzeugend vertritt seine Ansicht Römer, a. a. O. S. 312—339.

[1]) Sieh. bei Römer, a. a. O. S. 313 Not. a. die daselbst angeführten Schriftsteller.

[2]) Der letzteren Ansicht ist z. B. Paccassi (a. a. O. S. 126), welcher sagt: »Der Gesandte ist in Fällen, wo keine Gefahr aus der Weile fliesst, nur den Gerichten seines Herrn unterworfen, in Verbrechen aber, welche unmittelbar die Seele des Staates — ich meyne — die Ruhe und Sicherheit angreifen; welche durch gewaltsame Mittel nur können gehoben werden, und wo jede versäumte Minute lange traurige Jahre nach sich ziehen würde, in solchen Umständen befiehlt das Naturrecht Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, und der Gesandte mag sich die üble Begegnung selbst zurechnen.« Wie unrichtig es ist, bei der Beurtheilung dieser Frage einen Unterschied zwischen bürgerlicher und Strafgerichtsbarkeit zu machen, weist Römer (a. a. O. S. 316) eingehend nach. — Von den Gegnern einer vollständigen Befreiung von der Gerichtsbarkeit sind u. A. zu erwähnen: Gentilis, l. l. Lib. II. capp. XVI. XVII. et XVIII. Paschal. l. l. Capp. LXXIII. LXXIV. LXXV., namentlich in Betreff der Strafgerichtsbarkeit sehr schwankend und ohne befriedigende Begründung seiner Ansicht. Marselaer, l. l. Lib. II. dissertt. XIII. et XIV. Es ist ein Fehler dieser Drei, wie überhaupt der älteren Publicisten, dass sie sich zu sehr an das Römische Recht halten, namentlich rücksichtlich der Criminalgerichtsbarkeit, und daher nicht gehörig jenes von dem Völkerrecht unterscheiden. Henrici à Coccejus, dissert. de legato sancto non impuni (in desselben: »Volumen dissertationum juridicarum selectarum. Francof. et Lips. 1714. 8.«), Cap. II. §. 3: »— — existimamus omnino, Legatos non esse exemtos a Jurisdictione ac potestate eius Principis ad quem missi sunt, adeoque si ibi vel delinquunt vel contrahunt, ibi ceu in loco delicti vel contractus forum eos nancisci, nec hoc jus illud gentium et legatorum sanctimoniam pertinere posse cett.« Samuel de Cocceji, Comment. ad Grot. Jus. Bell. ac Pac. p. 404. Vera et de Cunniga, l. c. Liv. I., XLV.

[3]) Vgl. oben, §. 64.

keiner Weise weder der Civil-, noch der Criminalgerichtsbarkeit des annehmenden Staates unterworfen werden, sondern behält seinen Gerichtsstand an seinem heimischen Domicil. Um zu einer richtigen Entscheidung dieser wichtigen Frage zu gelangen, ist gerade auf den Umstand Gewicht zu legen, dass der Gesandte nicht Unterthan des annehmenden Staates wird und aus diesem Grunde auch unmöglich der Jurisdiction des fremden Landes unterworfen werden kann, denn nach dem bekannten Grundsatz »impera, sed in subditos« kann eine Staatsgewalt nur über solche Personen die Gerichtsbarkeit mit Recht beanspruchen, welche zu ihr in einem Unterthanenverhältniss stehen [1]). Dies übersehen diejenigen, welche den diplomatischen Agenten die Exemtion von der Jurisdiction des annehmenden Staates bestreiten; sie behaupten, dass Jeder, der sich in den Grenzen eines Staates aufhalte, auch als Unterthan desselben anzusehen sei und berufen sich zur Unterstützung ihrer Behauptung auf den Rechtsgrundsatz »ubi te invenero, ibi te iudicabo«, den sie vollkommen mit Unrecht auf die Gesandten anwenden und diese somit in eine Kategorie mit sonstigen Fremden in einem Lande stellen, ohne zu bedenken, in welchen Widerspruch sie auf diese Weise mit dem Begriff der Exterritorialität nothwendigerweise gerathen.

§. 83.

I. Von der Civilgerichtsbarkeit.

Die Befreiung von der Civilgerichtsbarkeit, sowohl in streitigen Rechtssachen (iurisdictio contentiosa), als auch in Sachen der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit (iurisdictio voluntaria), gebührt dem Gesandten in dem ganzen Gebiete des Staates, an welchen er gesandt ist und erstreckt sich sowohl auf sein Gefolge, als auch auf diejenigen Güter desselben, welche zur gesandschaftlichen Function gehören, wohin, durch das Herkommen bestimmt, in zweifelhaften Fällen alle beweglichen Güter gerechnet werden. In nichtstreitigen Sachen steht es dem Gesandten frei, in allen solchen Rechtsgeschäften sich der Ortsbehörden zu bedienen, in denen überhaupt dem Betreffenden die Wahl der Autoritäten freisteht, also z. B. um eine Abschrift oder eine Erklärung beglaubigen zu lassen, einen letzten Willen zu hinterlegen u. dgl. m. In allen übrigen Fällen, wo eine solche Wahl nicht von den Interessenten

[1]) Cf. Dig. II. 1 (de iurisdictione) fr. ult.: »Extra territorium ius dicenti impune non paretur. Idem est, et si supra iurisdictionem suam velit ius dicere.« Dig. II. 5 (si quis in ius vocatus cett.) fr. 1: »Si quis in ius vocatus fideiussorem dederit in iudicio sistendi causa non suppositum iurisdictioni illius, ad quem vocatur, pro non dato fideiussor habetur, nisi suo privilegio specialiter renuntiaverit.« Cf. Dig. II. 3 (si quis ius dicenti non obtemperaverit) fr. unic.

abhängt, sondern ein Gerichtszwang Statt findet, sind die Behörden des fremden Landes für den Gesandten und sein Gefolge nicht competent, z. B. bei Anlegung von Siegeln, Aufnahme eines Inventars, Vertheilung einer Erbschaft und Ernennung von Vormündern nach einem Todesfall.

§. 84.

Schluss.

Was nun seinen Gerichtsstand anbetrifft, so kann der diplomatische Agent, abgesehen von den Ausnahmefällen, von welchen im folgenden Paragraphen die Rede sein wird, nur bei den Behörden seines Heimathlandes in Anspruch genommen werden; es kann somit wegen Schulden, mag er sie vor oder während seiner Gesandschaft gemacht haben, ja selbst wegen Wechselschulden [1]), weder ein Arrest gegen seine Person, noch eine Beschlagnahme derjenigen Gegenstände, die ihm in der Eigenschaft eines diplomatischen Agenten gehören, verfügt werden [2]).

Trotzdem in manchen Staaten Verordnungen erlassen worden sind, welche Arrest-Verfügungen ausdrücklich untersagen [3]), fehlt es doch nicht an Beispielen, dass man sich zu einem widerrechtlichen Verfahren gegen verschuldete Gesandte verleiten liess; so wurden i. J. 1666 die Effecten des Residenten des Königs Alphons VI. von Portugal, Diego Lupo d'Ulloa, wegen Schulden mit Beschlag belegt und sodann öffentlich verkauft und i. J. 1668 erliess der »Hof von Holland« auf den Antrag der Gläubiger dieses selbigen Ge-

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom I. §. 26 à la fin. Le même, m. d. §. 23 à la fin.

[2]) Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IX.: »Bona quoque legati mobilia, et quae proinde habentur, personae accessio, pignoris causa, aut ad solutionem debiti capi non posse, nec per iudiciorum ordinem, nec, quod quidam volunt, manu regia, verius est. Nam omnis coactio abesse a legato debet, tam quae res ei necessarias quam quae personam tangit, pro plena ei fit securitas. Si quid ergo debiti contraxit, et, ut fit, res soli eo loco nullas possideat, ipse compellandus erit amice, et si detrectet, is qui misit, ita ut ad postremum usurpentur ea quae adversus debitores extra territorium possitos usurpari solent.«

[3]) Z. B. »Declaration der General-Staaten der Vereinigten Niederlande vom 9. Sept. 1679«, wo es u. A. heisst: »— — Dat de Personen, Domestiquen of goederen van uytheemsche Ambassadeurs of Ministers, hier te lande komende, residerende of passerende, ende eenige schulden contracterende nog op hare aankomste, nog gedurende haar verblyf, nog op haar vertrek van hier, sullen mogen werden gearresteert, gedetineert of aangehouden voor eenige schulden, die sy alhier te lande souden mogen hebben gecontracteret, en dat de Ingesetenen hare onderhandelinge met de voorschr. uytheemsche Ambassadeurs en hare Domestiquen daar na konnen reguleren.« In deutscher Uebersetzung abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 344. — »Britische Parlaments-Acte über die Vorrechte der Gesandten v. J. 1708 (7 Anna, cap. 12)«, abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 340, Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. IX. (p. 210 — 213) und Lamberty, l. c. Tom. V. p. 240. Sieh. auch Blackstone, l. c. Book IV. chapt. 5 (p. 70). — »Portugiesische Verordnung vom 11. Dec. 1748«, abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 365. »Preussische Declaration vom 24. Sept. 1798«, nach welcher nur durchreisende Gesandte dem Arrest unterworfen sind; im Auszug mitgetheilt bei Miruss, a. a. O. §. 347 (S. 435).

sandten, d[illegible] im Begriff stand, den Haag zu verlassen, ohne seinen Verbindlichkeiten nachgekommen zu sein, einen Verhaftsbefehl gegen ihn, der auch wirklich ausgeführt wurde und zwar anfänglich auf die Weise, dass man ihn unter Bewachung in seinem Hôtel liess, später ihn jedoch in dem Gerichtsgefängniss (»in de Castelnye«) detinirte und alsdann in das Gefängniss »Op de Poort« und von dort endlich in das gewöhnliche Arrestlocal (»Op de gemeene Gyselkamer«) transportirte [1]). Dieses Verfahren wurde von Bynkershoek selbst, der zu jener Zeit Mitglied des gedachten Gerichtshofes war, als ungerecht hart getadelt [2]).

Wenn man auch nicht immer, wie in dem angeführten Falle, auf directem Wege, durch Verhaftung gegen verschuldete Gesandte verfuhr, so hat man doch versucht, wenigstens indirect die Gläubiger von Gesandten zu schützen, nämlich dadurch, dass man letzteren bei ihrer Abreise die Ertheilung von Pässen verweigerte; dies ereignete sich z. B. im Jahre 1772, als der Baron von Wrech, bevollmächtigter Minister des Landgrafen von Hessen-Cassel zu Paris, ohne seine Schulden bezahlt zu haben, abreisen wollte [3]).

§. 85.

Von der Ausschliessung dieses Rechtes.

Die Fälle nun, in welchen der diplomatische Agent der Gerichtsbarkeit des Staates, an welchen er gesandt worden, unterworfen ist, sind die folgenden:

1. wenn der Gesandte zur Zeit der Uebernahme des Gesandschaftspostens Unterthan des Staates war, bei welchem er accre-

[1]) Bynkershoek, l. c. Chap. XIII. §. 1 not. 2 (p. 140). Voy. aussi Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXVII. (p. 397).

[2]) Traité etc. Chap. XIII. §. 1: »Mais toutes ces procedures étoient illégitimes, et, à mon avis, contre le Droit des Gens etc.« Der Hof von Holland folgte bei diesem Verfahren früheren Erlassen aus den Jahren 1644 und 1659, in welchen er ausgesprochen hatte, dass nur Gesandte der ersten Classe auf das Recht der Befreiung von der Gerichtsbarkeit Anspruch machen könnten; es war diese Entscheidung um so auffallender, als es stets unbestritten gewesen, dass rücksichtlich der Gerichtsbarkeit ein Unterschied der Gesandten nicht bestehe. Wie Bynkershoek übrigens bemerkt, ist dieser Gerichtshof bei Entscheidung von Fragen des öffentlichen Rechts bald diesen, bald jenen Grundsätzen gefolgt, was namentlich Wicquefort ihm in harten Worten vorwirft (voy. du même, Mémoires etc. p. 58). So citirte dieser Hof einen spanischen Gesandten wegen eines Miethecontractes vor sein Forum (voy. Traité, Chap. VII. §. 3), ertheilte dagegen den Gläubigern eines portugiesischen Gesandten (i. J. 1651) keinen Verhaftsbefehl gegen Letzteren, obwohl die Generalstaaten dieses Tribunal wissen liessen, dass sie den Gesandten nicht mehr als solchen anerkennten (voy. Traité, Chap. VII. §. 7. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXVII., p. 405). Ein anderes Beispiel ist die Verhaftung des russischen Gesandten in London, Artemonowitz de Matueof, für welche jedoch Genugthuung erfolgte (vgl. oben, §. 61 Not. 3). Sieh. ferner J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht, S. 298. Derselbe, Beitr. Th. 4. SS. 159. 167. Derselbe, Vers. Th. 4. SS. 120. 139.

[3]) J. J. Moser, Vers. Th. 4. S. 545. Ch. de Martens, Caus. cél. Tom. II., caus. trois. (p. 110—121). Miruss, a. a. O. §. 347. Not. a.

ditirt ist und dieser auf seine Gerichtsbarkeit nicht verzichtet hat [1]);

2. wenn er neben seiner Gesandschaftsstelle sich zugleich in einem dienstlichen Verhältniss zu dem Souverän befindet, an den er als Gesandter abgeschickt wurde;

3. wenn er als Kläger gegen einen Unterthan des fremden Staates auftritt, so muss er sich auf die Reconvention einlassen [2]);

4. wenn der Gesandte auf den Gerichtsstand bei den Gerichtshöfen seines Landes mit Erlaubniss seines Souveräns Verzicht leistet, also die Gerichtsbarkeit des Richters im fremden Lande prorogirt [3]);

5. wenn er in dem fremden Lande unbewegliche Güter (Immobilien) erwirbt, so werden dieselben dem forum reale unterworfen [4]) und

6. wenn er bewegliche Güter (Mobilien, Fahrniss) in einer anderen als seiner gesandschaftlichen Eigenschaft besitzt, wie z. B. Kaufmannswaaren, Fabrikerzeugnisse, mit denen er Handel treibt,

[1]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 213. Römer, a. a. O. S. 326. Bynkershoek, l. c. Chap. XI. — Es wird dies mit grossem Eifer von Wicquefort (L'amb. Liv. I. sect. XI. p. 118 et suiv.) bestritten, welcher behauptet, dass ein Gesandter als solcher Unterthan desjenigen Staates werde, der ihn mit der Gesandschaft beauftragt und dass er also in jeder Beziehung der Gerichtsbarkeit seines Souveräns unterworfen sei. Abgesehen davon, dass die Gründe, welche Wicquefort für seine Ansicht anführt, einmal von gar keinem Gewicht, sodann aber auch von Bynkershoek (l. c.) vollständig widerlegt sind, so kann überhaupt sein Urtheil in dieser Frage nicht massgebend sein, da er Richter in eigener Sache ist. Zu Amsterdam geboren (1598) und in Diensten der Generalstaaten stehend und im Haag wohnend, wurde er, der Verrätherei angeschuldigt, trotz der Eigenschaft eines Residenten des Herzogs von Lüneburg, am 20. Dec. 1675 durch den »Hof von Holland« zu lebenslänglichem Gefängniss verurtheilt. Näheres über die Lebensschicksale dieses berühmten Gesandten und Schriftstellers findet man bei Ompteda, a. a. O. Th. 2 S. 541, und Bynkershoek, l. c. Chap. XI. §. 8 (Not. 1 p. 120). — Ein anderes Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 329.

[2]) Nach dem Rechtsgrundsatz »Nihil licet actori, quod non liceat reo.« Cf. Dig. V, 1 (de iudiciis cett.) fr. 22: »Qui non cogitur in aliquo loco iudicium pati, si ipse ibi agat cogitur excipere actiones, et ad eundem iudicem mitti.« Decret. Greg. Lib. II. tit. XXV. (de except.) cap. 5 in fin.: »Caeterum non sic in reconventione sentimus: ne quid in defensionis remedium sustinetur, ad impugnationis materiam extendatur.« — Einen Streit, der in solchem Falle zwischen Schweden und Holland i. J. 1651 entstand, berichtet Bynkershoek, l. c. Chap. XVI. §. 15. Letzterer behauptet übrigens, dass sich der Gesandte auch auf die Appellation einzulassen habe, §. 14: » — — — lors que l'Ambassadeur aiant gagné sa cause, le Défendeur a appellé de la Sentence, le premier doit aussi, à mon avis, se soûmettre à la Jurisdiction du Tribunal supérieur, devant lequel l'Appel est porté: car l'Appel en Justice est aussi une espèce de Défense, et fait partie d'un seul et même Procès, que l'Ambassadeur a intenté.«

[3]) Ohne besondere Genehmigung seines Souveräns darf der Gesandte auf seine Unabhängigkeit nicht verzichten. Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XXIII., principalem. §§. 1. 7. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VIII. §. 111: »Sans ce consentement, l'Ambassadeur n'est pas en droit de renoncer à des Privilèges, qui intéressent la Dignité et le service de son Souverain, qui sont fondés sur les Droits du Maître, faits pour son avantage, et non pour celui du Ministre.« Wicquefort, Mém. p. 39: » — — il ne peut préjudicier au droit et à la dignité de son Maistre, sans son consentement.« Vgl. Moshamm, a. a. O. §. 182.

[4]) Vgl. oben, §. 80 i. A. und das. Not. 3 und 4; Römer, a. a. O. S. 328. — Ausgenommen ist das Gesandschaftshôtel, wie Moshamm (a. a. O. §. 181 i. A.) annimmt; vgl. auch Miruss, a. a. O. §. 343, 1.

oder die Erbschaftsgüter, wenn er eine fremde Erbschaft verwaltet, oder wenn er Güter administrirt u. s. w.[1]).

§. 86.

II. Von der Criminalgerichtsbarkeit.

Die heutige Staatenpraxis, welche, wie in Hinsicht der Civilgerichtsbarkeit, so auch der Criminalgerichtsbarkeit von der Fiction ausgeht, dass der diplomatische Agent den Staat, von dem er abgesandt worden, gar nicht verlassen habe, sich also in dem auswärtigen Staate rechtlich nicht befinde[2]), unterwirft denselben wegen verübter Vergehen oder Verbrechen der Strafgerichtsbarkeit des fremden Staates nicht; diese Ansicht ist hauptsächlich durch Hugo Grotius aufgestellt worden[3]), vor ihm herrschten über diesen Punct die verschiedensten Ansichten[4]).

Für die Befreiung der Gesandten von der Strafgerichtsbarkeit sprechen viel wichtigere Gründe, als von der der Civilgerichtsbarkeit, denn im entgegengesetzten Falle würde ein sicherer Erfolg der Gesandschaft leicht in Frage gestellt werden, da der Gesandte in der unabhängigen Ausübung seiner Functionen behindert sein würde, ausserdem aber würde dem fremden Staate immerfort die Gelegenheit gegeben sein, unter dem Vorwande des Verdachtes und nöthiger Untersuchung die Freiheit des Gesandten zu kränken. Auch würde die Würde des gesandschaftlichen Charakters durch die mit einem Strafverfahren nothwendig verbundenen Maassregeln gegen die Person des Gesandten erheblich leiden[5]).

1) Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XIV. Ein hierher gehöriger Fall ereignete sich i. J. 1720 im Haag, indem der Hof von Holland die Waaren des ausserordentlichen Gesandten des Herzogs von Schleswig-Holstein, der zu Amsterdam Handelsgeschäfte betrieben hatte, wegen Schulden mit Beschlag belegen liess. Diese Angelegenheit gab Bynkershoek die Veranlassung zu seiner Schrift: »Traité du juge compétent etc.«; voy. l. c. §. 2.

2) Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. No. 5 init.

3) Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. Nr. 4 — 7. — Ihm hat sich Bynkershoek fast ganz angeschlossen; voy. Traité etc. Chap. XVIII—XIX. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 92.

4) Vgl. oben, §. 81 und die Noten daselbst. — Diejenigen, welche den Gesandten der Strafgerichtsbarkeit des fremden Landes unterworfen haben wollen, gehen von der Annahme aus, dass der Gesandte durch ein Verbrechen sich seiner Privilegien verlustig mache; wie offenbar irrig diese Behauptung ist, weist Bynkershoek (l. c. Chap. XVII. §. 8 et Not. 1) nach. Vgl. auch G. F. v. Martens, Einl. §. 215. — In England ist der Gesandte allerdings nicht von der Criminalgerichtsbarkeit befreit, es lehrt dies wenigstens der Criminalprocess, der i. J. 1765 daselbst gegen den französischen Botschafter Claude Louis François Regnier, Graf von Guerchy, auf die Anklage des gewesenen französischen Gesandten, Ritters d'Eon de Beaumont, wegen des Versuchs der Vergiftung eingeleitet wurde. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 119. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 155.

5) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 92.

§. 87.

Schluss.

Es unterliegt indess keinem Zweifel, dass ein diplomatischer Agent unter dem Schutze seines gesandschaftlichen Charakters weder gegen einen Privaten, noch gegen den Staat unerlaubte Handlungen vorzunehmen befugt ist [1]), vielmehr steht im ersteren Falle dem mit einem Angriff bedrohten Privatmann die Ergreifung jedes Vertheidigungsmittels zu, und im letzteren Falle steht es jeder Regierung frei, für das durch den Gesandten gekränkte Recht sich durch eigene Handlungen jede mögliche Sicherheit zu verschaffen, z. B. durch Fortschaffung des Gesandten aus dem Staatsgebiete, wie überhaupt solche Maassregeln zu ergreifen, welche die Sicherheit des Staates oder des Regenten erfordert [2]).

In Hinsicht dieser Maassregeln nun, welche ebensowohl, um die Würde des fremden Staates nicht zu verletzen, stets mit der grössesten Schonung ergriffen werden müssen, als auch nur von der höchsten Staatsgewalt, nicht aber von untergeordneten Behörden ausgehen dürfen [3]), unterscheidet man die Privatverbrechen von den Staatsverbrechen.

§. 88.

Von dem Verfahren gegen Gesandte bei begangenen Verbrechen.

I. Wenn ein Gesandter ein Privatverbrechen begeht, so pflegt man, wenn dasselbe nicht von Bedeutung ist, demselben eine vertrauliche Warnung zukommen zu lassen, oder sich mit einer Beschwerde bei seinem Souverän zu begnügen; in erheblicheren Fällen dagegen kann die Regierung des Staates, bei dem der Gesandte beglaubigt ist, auf Abberufung desselben [4]), sowie auf seine Be-

[1]) Sehr beachtenswerthe Worte in dieser Beziehung bei Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 93.

[2]) Dies übersehen meistens die Gegner der Befreiung von der Strafgerichtsbarkeit, indem sie merkwürdiger Weise aus dieser Befreiung eine völlige Straflosigkeit des Gesandten folgern; von einer solchen kann aber gar nicht die Rede sein, es handelt sich vielmehr nur um die Bestrafung durch den competenten Richter. — Diese Befugniss des fremden Staates nun aber hat ihre Quelle nicht in einer, dem auswärtigen Staate über den Gesandten zustehenden Gerichtsbarkeit, sondern einzig und allein in einem Vertheidigungsrecht, in der Nothwehr. Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. No. 7. Vgl. auch Holtzendorff, a. a. O. S. 800: »Jedenfalls ist für den Fall, dass die gesandschaftlichen Privilegien gemissbraucht werden, Abwehr oder Vertheidigung soweit gestattet, als sie im gegebenen Fall nothwendig erscheint, die Rechtsordnung des angegriffenen Staates zu schützen. Der Vergleich mit der Nothwehr würde hier überall zutreffen. Eine jenseits derselben liegende Strafgewalt über die Verbrechen der Gesandten bleibt unbedingt ausgeschlossen.«

[3]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 214. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 94.

[4]) So rief Friedrich II. von Preussen i. J. 1778 seinen Gesandten am Sardinischen Hof, Baron von Keith, welcher einen sardinischen Officier, Cavalier Fresia, thätlich beleidigt hatte, sofort ab. Vgl. J J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 277—280.

strafung nach den Gesetzen des absendenden Staates dringen. Sollte dies Gesuch unbeachtet gelassen werden, so würde ein Befehl der Regierung an den Gesandten, das Staatsgebiet zu verlassen oder, im Nothfalle, selbst eine Fortschaffung über die Grenze gerechtfertigt sein [1]).

II. Gegen einen Gesandten, der, sei es auf Antrieb seines Constituenten, sei es eigenmächtig, ein Staatsverbrechen begangen, z. B. sich in eine offene Verschwörung oder Kriegsunternehmung gegen die Regierung, bei welcher er beglaubigt ist, eingelassen hat, ist die Anwendung aller, auch der härtesten Maassregeln zulässig, wenn es die Noth erfordert. Der auswärtige Staat ist daher berechtigt, sich der Person des Gesandten für so lange zu bemächtigen, als die Gefahr, welche die Ursache einer solchen Gefangennehmung ist, andauert [2]); wird der später erfolgenden Aufforderung des beleidigten Staates zur Abberufung [3]) und Bestrafung des Gesandten keine Folge gegeben, so ist ersterer befugt, gegen den Gesandten als einen Feind zu verfahren, z. B. ihm zu befehlen, das Staatsgebiet zu verlassen oder sogar ihn durch Militär ausschaffen zu lassen [4]).

---

[1]) Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. No. 5: »— — — Quare si tale sit delictum quod contemni posse videatur, aut dissimulandum erit, aut è finibus jubendus excedere legatus — — — Si crimen sit atrocius, et ad publicum malum spectans, mittendus erit legatus ad eum qui misit, cum postulato ut eum puniat aut dedat cett.« Bynkershoek, l. c. Chap. XVII. §. 10.

[2]) Cf. Hug. Grot., l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. IV. No. 6: »Quare ut obviam eatur imminenti periculo, si alia nulla est ratio idonea, et retineri et interrogari legati poterunt.« Ein Beispiel ist die Verhaftung des schwedischen Gesandten zu Kopenhagen während der Belagerung i. J. 1658; voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XVIII. §. 3.

[3]) Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XIX. §. 2: »Lorsque la chose souffre quelque retardement, il vaut mieux prier le Maître de l'Ambassadeur, qui a commis quelque crime, de le rappeller chez soi. Mais il n'y a ni raison, ni autorité suffisante, qui engage à faire toujours cette démarche, avant que d'ordonner à un Ambassadeur de sortir du païs etc.« Beisp. hierzu ebendas.

[4]) Cf. Grot., l. l. Lib. II. chap. XVIII. §. IV. No. 5, 7: »Quod si vim armatam intentet legatus, sane occidi poterit, non per modum poenae, sed per modum naturalis defensionis.« Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 95 — 102, §. 99: »— — — on peut contre lui tout ce qu'exige raisonnablement le soin de se garentir du mal qu'il a machiné, de faire avorter ses complots. S'il étoit nécessaire, pour déconcerter et prévenir une Conjuration, d'arrêter, de faire périr même un Ambassadeur, qui l'amine et la dirige etc.« Callières, l. c. Chap. IX. (p. 104 — 113). Heffter, a. a. O. §. 214. Holtzendorff, a. a. O. S. 800: »— — — in den denkbar schwersten Fällen eines hochverrätherischen Complotts gegen die fremde Regierung gestatten Präcedenzfälle aus früheren Jahrhunderten gewaltsame Entfernung oder gar Sicherheitshaft bis zu dem Augenblicke, wo die Entfernung möglich sein wird.« — Beispiele, an denen kein Mangel ist, findet man, hauptsächlich aus der älteren Zeit, bei Bynkershoek, l. c. Chap. XVIII. §. 3—9, und Wicquefort, Mém., p. 34, et l'amb. Liv. I. sect. XI. (p. 278), sect. XXVII., sect. XXIX. (pp. 388, 428, 430—432 etc.), aus der neueren Zeit u. A. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 382 — 408 (Vorfall am russischen Hofe mit dem Gesandten der Königin von Ungarn, Marquis Botta d'Adorno, wegen angeblicher Theilnahme an einer Verschwörung gegen die Kaiserin Elisabeth i. J. 1743; vgl. auch J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 304 — 325). Sich. überh. J. J. Moser, Vers. Th. 4 SS. 374 ff. Derselbe, Beitr. Th. 4 SS. 290 ff. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandschafts-Recht. S. 259. Ch. de Martens, Caus. cél. Tom. I. caus. trois. (p. 75 — 138; Verhaftung des Gesandten König Carl XII. von Schweden, Baron J. H. von Görtz,

Capitel VIII.

§. 89.

Von der Civilgerichtsbarkeit des Gesandten über sein Gefolge.

Man hat sich früherhin wohl bemüht, aus der Fiction der Exterritorialität der Gesandten und ihres Gefolges, wonach dem beschickten Staate ebensowenig über das Gefolge und die Angehörigen des Gesandten, wie über diesen selbst eine Aufsicht und Gerichtsbarkeit zusteht, eine eigene Gerichtsbarkeit des Gesandten über sein Gefolge abzuleiten, allein es lässt sich die Befugniss zu einer solchen aus dem allgemeinen Recht durchaus nicht nachweisen. Auch über die Frage, von wem der Gesandte das Recht zur Ausübung dieser Selbstgerichtsbarkeit erhalte, ob nämlich von seinem Constituenten oder von dem Souverän, bei welchem er beglaubigt ist, waren die Ansichten getheilt und es ist darüber ohne allen Nutzen gestritten worden. Grotius [1]) u. A. nahm an, dass die Entscheidung über die Zulässigkeit der Selbstgerichtsbarkeit des Gesandten von dem annehmenden Staate abhänge, wogegen Bynkershoek [2]) behauptete,

i. J. 1717. Voy. aussi Réal, l. c. Tom. V. sect. IX. [p. 230 et suiv.] et Lamberty, l. c. Tom. IX. [p. 655 et suiv.]). Ch. de Martens, Nouv. caus. cél. Tom. II. Append. III. (p. 513 — 533; Verschwörung des Botschafters König Philipp III. von Spanien bei der Republik Venedig, Alphons de Cueva, Marquis de Beducar, i. J. 1618). Ausschaffungen von Gesandten sind vielfach vorgekommen; Beisp. bei Friderich Carl Moser, Abhandlung von Ausschaffung der Gesandten und was derselben anhängig. Nach den Grund-Sätzen des Europäischen Völker- u. Teutschen Staats-Rechts; in dessen »Kl. Schriften u. s. f.« 8. Bd. Frankfurt a. M. 1759. 8. S. 88 — 516. 9. Bd. Frankfurt a. M. 1761. S. 1 — 128. Ferner Beisp. bei Bynkershoek, l. c. Chap. XIX. §. 3 (Gewaltsame Fortschaffung des gemeinschaftlichen Gesandten des Königs von England und der Vereinigten Niederlande aus Madrid i. J. 1695); chap. XVIII. §. 9 (die englische Regierung liess den schwedischen Gesandten zu London, Graf von Gyllenberg, der Verschwörung gegen den Staat angeklagt, zu Schiff nach Schweden zurückschaffen); Ch. de Martens, caus. cél. Tom. I. quatr. c. (p. 139—173; Ausschaffung des spanischen Botschafters am französischen Hofe, Antonio del Giudice, Herzog von Giovenazzo, Prinz von Cellamare, welcher mit Vorwissen seiner Regierung sich in eine Verschwörung zum Sturz des Herzogs-Regenten, Philipp von Orléans, eingelassen hatte, i. J. 1718); J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 417 — 422 (Vorfall am Russischen Hof mit dem französischen [noch nicht legitimirten] Botschafter, Marquis de la Chétardie, i. J. 1714; sieh. auch F. C. Moser, a. a. O. 8. Bd. S. 389 — 393. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Append. II. p. 482 — 484); J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 415 (Vorgang am Portugiesischen Hof mit dem Päpstlichen Nuntius, Cardinal Acciajouttolli, i. J. 1765; sieh. auch J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 332 — 336 und Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Append. p. 484). — Auch schon im Alterthum kamen solche Fortschaffungen von Gesandten vor; einen Fall, den Polybius erzählt, sieh. bei Miruss, a. a. O. §. 350 Not. b.; and. Fälle b. Bynkershoek, l. c. Chap. XVIII.

[1]) l. l. Lib. II. cap. XVIII. §. VIII. No. 2: »Ipse autem legatus an jurisdictionem habeat in familiam suam, — — — ex concessione pendet ejus apud quem agit. Istud enim juris gentium non est.«

[2]) l. c. Chap. XV. §. 4: » — — — je croirois, que, pour ce qui regarde les Domestiques de l'Ambassadeur, il dépend du Prince qui l'a envoié, et non pas de celui auprès duquel il est en Ambassade, de lui donner ou de ne pas lui donner cette Jurisdiction, parce que l'Ambassadeur et ses Domestiques ne sont point Sujets du Souverain, chez qui ils résident, mais de celui qui

dass allein der constituirende Staat befugt sei, dem Gesandten dieses Recht zu ertheilen.

Die Ansicht von einer eigenen Jurisdiction des fremden Gesandten hat sich indessen nie zu einer allgemeinen Praxis erhoben, sie beschränkt sich vielmehr gegenwärtig bei den meisten Höfen von Europa auf ein, von dem constituirenden Staate den diplomatischen Agenten verliehenes Recht zur Ausübung der sogenannten freiwilligen Gerichtsbarkeit in allen Privatangelegenheiten der zum Gefolge gehörenden Personen; doch ist eine Civilgerichtsbarkeit in streitigen Sachen nicht absolut ausgeschlossen, wobei denn der Umfang der Befugnisse sich nach dem Range des diplomatischen Agenten zu richten pflegt, sodass den Gesandten dritter Classe in der Regel ein geringeres Maass eingeräumt wird.

§. 90.

Schluss.

Die Selbstgerichtsbarkeit besteht nun u. A. in dem Recht zur Aufnahme nicht allein seines eigenen und des Letzten Willens von Personen seines Gefolges, sondern auch desjenigen von anderen Unterthanen des Heimathsstaates, sowie zur Hinterlegung von dergestalt errichteten Testamenten in der Gesandschafts-Kanzlei, ferner in dem Recht zur Legalisirung von Contracten, Versiegelung des Nachlasses von Angehörigen der Gesandschaft u. dgl. m. Bei allen diesen Acten hat der Gesandte die in den Gesetzen des absendenden Staates vorgeschriebenen Formen zu beobachten, alsdann haben aber jene gleiche Kraft wie die gerichtlichen.

Nach der heutigen Staatenpraxis haben die Gesandten aller Classen das Recht, sowohl Personen ihres Gefolges als auch Unterthanen des absendenden Staates, welche in ihre Heimath reisen wollen, Reisepässe auszustellen; jedoch haben sie nicht die Berechtigung, Unterthanen desjenigen Staates, in welchem sie residiren, oder denen anderer Staaten Pässe zu ertheilen [1]). Was die letztere Kategorie von Staatsangehörigen anbetrifft, so haben die Gesandten nur das Recht, auf deren Pässe, wenn erstere in das Gebiet des Landes reisen, als dessen diplomatische Agenten sie fungiren, das Visa aufzusetzen.

a envoié l'Ambassadeur. C'est donc celui-ci, et lui seul, qui peut établir la Jurisdiction sur eux.« Voy. aussi Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 124. G. F. v. Martens (Einl. §. 216 Not. d.) schliesst sich der vermittelnden Ansicht an, wonach der Souverän des Gesandten diesem das Recht selbst ertheile, der Hof aber, an den er gesandt wird, ihm die Erlaubniss gebe, es auszuüben. Vgl. auch Klüber, a. a. O. §. 214 Not. a. J. J. Moser, Vers. Th. 4. S. 322 ff.

[1]) Nach Klüber, a. a. O. §. 212 a. E., ist der Gesandte befugt, Unterthanen jedes anderen Staates, wenn sie in das Gebiet seines Souveräns reisen, Pässe zu ertheilen.

Ist in einer, bei den Gerichten des fremden Landes anhängigen Sache das Zeugniss eines Mitgliedes der Gesandschaft erforderlich, so ist es heutezutage Gebrauch, durch die Vermittelung des Auswärtigen Amtes an den Gesandten das Ersuchen zu stellen, den Betreffenden behufs seiner Abhörung vor dem Landesgerichte zu sistiren oder seine Vernehmung bei der Gesandschaft selbst zu veranlassen und das über das Verhör aufgenommene Protokoll der requirirenden Behörde sodann mitzutheilen [1]).

§. 91.

Von der Criminalgerichtsbarkeit des Gesandten über sein Gefolge.

Wenn sich eine Person der Gesandschaft irgend eines Verbrechens schuldig gemacht hat, so steht dem Gesandten das Recht des sogenannten ersten Angriffes zu, d. h. er hat den Thatbestand (corpus delicti) zu ermitteln, die Person des Beschuldigten vorläufig festzunehmen, oder, falls er ausserhalb des Gesandschaftsquartiers ergriffen worden, seine Auslieferung von dem fremden Staate nachzusuchen [2]), sowie ferner die zur Gesandschaft gehörigen Zeugen zu vernehmen und den Verbrecher alsdann an den competenten Richter in der Heimath zur weiteren Untersuchung und Bestrafung zu befördern [3]).

Auf diesen Umfang ist heutezutage die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit eines Gesandten über sein Gefolge beschränkt, unter keinen Umständen ist er zur vollständigen Untersuchung und Bestrafung des Verbrechers berechtigt, noch weniger kann von der Ausübung der Gerichtsbarkeit des Gesandten über Leben und Tod seines Gefolges, also in dem Gesandschaftshôtel ein Criminalurtheil zu sprechen und zu vollstrecken, die Rede sein, wie es in einzelnen Fällen, namentlich von Gesandten erster Classe, versucht und behauptet worden ist [4]), da ein solches Recht nicht einmal einem

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 28 (p. 70). Klüber, l. c. §. 212. G. F. de Martens, préc. §. 219. not. e.

[2]) Voy. Bynkershoek, l. c. Chapp. XV. XX. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 29. — Die Auslieferung wird hauptsächlich dann nicht verweigert, wenn der Verbrecher auch schon ohne sein Dienstverhältniss Unterthan desjenigen Staates ist, von welchem der Gesandte abgeschickt worden; vergl. Klüber, a. a. O. §. 213 a. E. Sieh. ein Beisp. bei G. F. v. Martens, Erzähl. Bd. 1 Nro. I. (S. 1—21). »Streit in Ansehung der Gerichtsbarkeit des Gesandten über die Personen seines Gefolges, zwischen dem K. Preussischen und Churpfalzbayerischen Hofe, bei Gelegenheit eines von dem Jäger des Preussischen Gesandten verübten Selbstmordes. 1790.« Auch bei Ch. de Martens, nouv. caus. cél. Tom. II. c. deux. (p. 22—48). Dagegen darf kein Gesandter, ohne von seiner Regierung dazu befugt zu sein, einen Verbrecher an die Gerichte des fremden Staates ausliefern; vgl. Heffter, a. a. O. §. 216 a. Voy. aussi Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §. 2: »Il n'y a point de doute, que l'Ambassadeur ne puisse livrer ses propres Domestiques, puisqu'il les prend et les congédie, comme il lui plaît. Mais pour ceux qui ne sont pas à son service, et que le Prince lui-même choisit quelquefois, tel est qu'un Sécrétaire d'Ambassade; l'Ambassadeur n'a pas le pouvoir de les livrer.«

[3]) Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §§. 4, 7.

[4]) U. A. von dem Marquis de Rosny (späteren Herzog von Sülly); i. J. 1603 als

Souverän während seines Aufenthaltes auf fremdem Territorium über die Seinigen eingeräumt worden ist [1]).'

§. 92.

Schluss.

Weitergehende Berechtigungen stehen noch bis heute den bei der Hohen Pforte und bei einigen anderen aussereuropäischen Souveränen (z. B. Marokko, Persien u. s. f.) beglaubigten Gesandten erster und zweiter Classe zu. Hier haben die Gesandten eine vollständige Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen über die Angehörigen der Gesandschaft und über alle ihre Nationalen [2]), die sich in dem fremden Lande befinden. Diese ausgedehnteren Befugnisse beruhen auf Verträgen, welche die europäischen Mächte seit König Franz I. von Frankreich mit der osmanischen Pforte und anderen mohamedanischen Staaten abgeschlossen haben, und haben ihren Grund hauptsächlich in der Ungleichheit und Parteilichkeit der Gesetze und richterlichen Institutionen, sowie den Bedrückungen der Beamten und der Abneigung des Muselmanns gegen den Ungläubigen in dem Gebiete der Pforte und der afrikanischen Staaten.

In gleicher Weise hat man den muselmännischen Gesandten an den Europäischen Höfen eine unbeschränkte Gerichtsbarkeit über ihr Gefolge gestattet [3]).

§. 93.

Von der Gerichtsbarkeit des Gesandten über sein Gefolge bei Polizeivergehen.

Wenn sich eine Person aus dem Gefolge des Gesandten einer

ausserordentlicher Botschafter Heinrich IV. von Frankreich zur Thronbesteigung König Jacob I. nach England gegangen, verurtheilte er einen Edelmann seines Gefolges, der in London einen Mord an einem Engländer begangen hatte, zum Tode und überlieferte ihn alsdann den englischen Gerichten zur Vollstreckung des Urtheils. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 420). Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §. 6. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 124. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Append. p. 370. — Voy. Vattel, l. c. §. 124: »s'il condamne le coupable à mort, je ne pense pas qu'il puisse le faire exécuter dans son Hôtel. Car une exécution de cette nature est un acte de Supériorité Territoriale, qui n'appartient qu'au Souverain du pays.«

[1]) Die französiche Regierung war sehr ungehalten darüber, dass die Königin Christine von Schweden bei ihrer Anwesenheit in Frankreich i. J. 1657 eine Person ihres Gefolges (Marquis Monaldeschi) hinrichten liess. Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. III. §§. 4, 16.

[2]) Dem Gesandten ist zu diesem Behuf gewöhnlich, zur Instruirung der Processe, ein Rechtsbeistand, mit dem Titel eines Kanzlers, beigegeben. Was den Umfang dieser Gerichtsbarkeit betrifft, so ist derselbe, theils nach den darüber abgeschlossenen Tractaten, theils nach den darüber bestehenden Reglements der einzelnen Staaten, ein sehr verschiedener; vergl. Miruss, a. a. O. §. 355 u. das. Not. e.

[3]) Der türkische Botschafter zu Wien liess i. J. 1700 einen seiner Diener, welcher in der Trunkenheit mit anderen Bedienten des Hôtels grobe Excesse begangen hatte, an einem Baum vor dem Gesandschaftsquartier aufhängen und verurtheilte die Anderen zu 100 Stockschlägen. Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §. 6. Ein and. Beisp. von e. türkischen Gesandten sich. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4. S. 265.

Uebertretung der Polizeivorschriften schuldig gemacht hat, so folgt man, nach der neueren Praxis, in den meisten Fällen dem Grundsatz der Exterritorialität, sodass die betreffende Behörde selbst dann, wenn die That ausserhalb des Gesandschaftshôtels verübt wurde, die Auslieferung des ergriffenen Inculpaten nicht verweigert. Der Gesandte ist alsdann berechtigt, den Uebelthäter zu bestrafen, doch geht eine solche, dem Gesandten von seinem Souverän übertragene Strafgewalt meistens nicht über das Maass einer mässigen Züchtigung, einer s. g. Correctional-Gerichtsbarkeit, hinaus [1]).

Bisweilen kommt es auch vor, dass die Gesandten freiwillig auf die Ausübung der polizeilichen Gerichtsbarkeit bei Polizeifreveln, welche ihre Dienerschaft ausserhalb des Gesandschaftshôtels begeht, verzichten und die Strafgewalt der Orts-Polizeibehörde einräumen, um den Ausschreitungen der Dienstleute dadurch Einhalt zu thun [2]). Es geschieht dies namentlich auf Congressen, wo eine grosse Anzahl von Dienstleuten zu gleicher Zeit an einem und demselben Orte sich zusammen findet und die Gelegenheit zu Excessen derselben sich daher leichter bietet; ein Beispiel hierzu liefern die Friedenscongresse zu Münster und Nymwegen i. J. 1677 [3]). Ferner

[1]) Voy. G. F. de Martens, préc. §. 219. G. F. v. Martens, Einl. §. 216. Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §. 3: »Il est permis à un Ambassadeur d'user de quelque châtiment moderé envers ses Domestiques.« Voy. aussi §. 6. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 124: »Mais en général, on doit présumer que l'Ambassadeur est seulement revêtu d'un pouvoir coërcitif, suffisant pour contenir ses gens, par la prison et par d'autres peines, non-capitales et point infamantes.«

[2]) Solche Ausschreitungen der gesandschaftlichen Dienerschaft sind nichts Seltenes; auf dem Kaiser-Wahltag zu Frankfurt trieben die Bedienten des französischen Botschafters, Marquis de Belle-Isle, den ärgsten Unfug, weshalb sich der Rath der Stadt in einer höchst originellen Bittschrift in Versen um Abhülfe an den Cardinal Fleury wandte. Dieses Gesuch ist abgedruckt u. A. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 244. Ahnert, a. a. O. Th. 1. S. 403 Not. 3. Miruss, a. a. O. §. 354 Not. b. Andere Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 248 ff. — Auch fehlt es nicht an Streitigkeiten zwischen Gesandten und ihrem Gefolge (sieh. Beisp. bei J. J. Moser, Th. 4 S. 245 ff.), ja selbst eine Schlägerei zwischen drei französischen Gesandten am Russischen Hof, Marquis de la Chétardie, d'Allion und Abbé Pince, kam i. J. 1748 vor (vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 331).

[3]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 423): »Tous les Ministres convinrent à Munster, que la connoissance des crimes de leurs Domestiques seroit de la Jurisdiction du Magistrat de la ville; ce qui se faisant par une soûmission volontaire, ne faisoit point de preiudice à leur caractère, n'y à la dignité de leurs Maistres, et servoit de bride à l'insolence des domestiques. — — — On observe la mesme chose à Nimegue.« Voy. aussi Bynkershoek, l. c. Chap. XX. §. 2. Ein anderes Beispiel liefert der Friedens-Congress zu Ryswick i. J. 1697, wo sämmtliche versammelte Gesandten auf Grund des, von dem s. g. Ambassadeur Médiateur (sieh. oben, §. 48 a. E.) entworfenen »Reglement touchant les Cérémonies publiques, et la Police entre les Domestiques«, auf die Gerichtsbarkeit über ihre Dienstleute Verzicht leisteten, jedoch mit dem Zusatz »Haec autem universa et singula de quibus decentis disciplinae et ordinis causâ communi consensu ita conventum est, neutiquam alio tempore, loco aut occasione in exemplum trahentur, neque quisquam inde jus ullum sibi quaesitum, aut e contra fraudica esse autumabit.« Der betreffende Artikel 9 dieses Reglements lautet: »Si quisquam domesticorum Legati aut Plenipotentiarii criminis alicujus et violatae tranquillitatis publicae reus compertus fuerit, Legatus aut Plenipotentiarius juri suo de delinquente pro

bewilligten i. J. 1778 die Deutschen Reichstagsgesandten in Regensburg, dass die Stadtwache bei Durchsuchung der Caffee- und Wirthshäuser befugt sein solle, den daselbst anwesenden, zur Gesandschaft gehörigen Personen bei Hazardspielen die Karten wegzunehmen [1]).

arbitrio statuente renunciabit, ipsumque pro abdicato, et privilegiis omnibus, quae illi ex clientelà competebant, exuto habebit, curabitque insuper, ut tradatur ordinariis iustitiae administris, sive in urbe, sive alio loco, ubi delictum commissum fuerit, additâ etiam requisitione, ut contra eundem juxta juris constitutionem, et loci exigentiam procedatur cett.« Voy. Actes et Memoires des Negociations de la Paix de Ryswick. Seconde éd. A la Haye 1707. 8. IV Tom. Tom. II. p. 27.

[1]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 245. Ahnert, a. a. O. Th. 1. S. 402. — Es ist zum Schluss hier noch zu bemerken, dass aus dem, was in Betreff der Exemtion der diplomatischen Vertreter von der Civil- und Criminalgerichtsbarkeit des Staates, in welchem sie als Gesandte fungiren, gesagt ist, natürlich folgt, dass sie noch viel weniger den Polizei-Verordnungen unterworfen sind. Allein es ist die Pflicht eines jeden Gesandten, Alles zu vermeiden, was gegen die polizeilichen Anordnungen, namentlich solche, welche auf Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung abzwecken, verstossen würde, sowie darüber zu wachen, dass sowohl in- als ausserhalb des Gesandschaftshôtels von seinen Leuten keine gemeingefährlichen oder ungesetzlichen Handlungen vorgenommen werden. (So wird bei Vehse, a. a. O. Bd. 8 S. 133 von dem, i. J. 1784 am Wiener Hofe beglaubigten dänischen Envoyé extraordinaire, Baron Johann Friedrich Backhof von Echt, das Folgende erzählt: »Die Kaiserin hat ihren Unterthanen verboten, seinen Bällen beizuwohnen, die wider die polizeilichen Ordnungen anstiessen und bei denen es überhaupt ein wenig lebhaft herging. Man hat einmal aus seinem Hause eine Procession insultirt; nachdem das Volk die Fenster in seiner Wohnung eingeworfen hatte, ist er noch genöthigt gewesen, die Schuldigen auszuliefern. Der grösste Theil seiner Hausgenossen dient ihm ohne Bezahlung, er erlaubt ihnen dafür, ihr Metier in seinem Hôtel zu treiben.« — Voy. aussi Vattel, Liv. IV. chap. VII. §. 93. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 30. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 331. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 159.) Sollte sich indessen der Gesandte selbst eine Contravention zu Schulden kommen lassen, so kann von einer Bestrafung desselben selbstverständlich nicht die Rede sein, sondern der fremde Staat kann nur, um sich Genugthuung zu verschaffen, die Maassregeln ergreifen, welche bei begangenen leichteren Privatverbrechen, wie oben (§. 88, I.) angegeben, die üblichen zu sein pflegen.

Sechster Abschnitt.

Von dem Gesandschafts-Ceremoniel.

Capitel I.

§. 94.

Von dem Gesandschafts-Ceremoniel. — Einleitung.

Von jeher haben die Regierungen auf das Ceremoniel einen sehr grossen Werth gelegt und namentlich mit ängstlicher, oft lächerlicher Gewissenhaftigkeit auf die genaue Beobachtung der Rangesverhältnisse unter den sie vertretenden Gesandten gehalten, sodass es dadurch nicht selten über die unwesentlichsten Dinge zu Misshelligkeiten gekommen ist. Gelegenheit hierzu gaben auf Congressen sowohl der persönliche Verkehr der diplomatischen Vertreter, als auch die Abfassung und Unterzeichnung von Staatsschriften, und die durch übertriebene Ceremoniel-Ansprüche hervorgerufenen Rangstreitigkeiten hatten die üble Folge, dass die wichtigsten Geschäfte verzögert, oder gar gänzlich unausgeführt blieben [1]).

Mit dem Anfang des 16. Jahrhunderts und besonders seit dem westphälischen Frieden und den Friedenscongressen zu Nymwegen und Ryswick, auf denen Gesandte von vielen, an Würde und Macht so verschiedenartigen Staaten versammelt waren, hat man versucht, das Gesandtschafts-Ceremoniel in eine mehr oder weniger bestimmte Form einzukleiden. Dessenungeachtet sind noch gegenwärtig die Auszeichnungen und Ehrenvorzüge, welche den diplomatischen Agenten an den fremden Höfen eingeräumt werden, und welche sich theils nach dem Rang der Staaten und dem der Gesandten, theils nach Verträgen, nach willkürlichen Bestimmungen und nach der an den

[1]) Beisp. solcher Ceremoniel-Differenzen bei Miruss, a. a. O. §. 290 ff.

Höfen herkömmlichen Praxis richten, sehr mannichfaltig [1]). Auf dem Wiener Congress hat man sich auch mit diesem Gegenstande beschäftigt, allein, obgleich in dem Artikel 5 des »Reglement über den Rang der diplomatischen Agenten« [2]), durch die 8 Mächte, welche den Pariser Frieden von 1814 unterzeichnet haben, in jedem Staate eine gleichmässige Art des Empfanges der Gesandten jeder Classe ausdrücklich vorgeschrieben ist, so hat man dennoch bis jetzt an eine Ausführung dieser Vorschrift nicht gedacht.

§. 95.

Von dem Begriff des Gesandschafts-Ceremoniels. — Repräsentativ- und Ceremoniel-Charakter.

Das Gesandschafts-Ceremoniel (céremonial diplomatique ou d'ambassade) begreift die völkerrechtlichen Gebräuche in sich, welche man in Bezug auf Ehrenrechte und Förmlichkeiten bei dem Empfange, bei Audienzen, Ceremoniel-Visiten und Gegenvisiten u. dgl. m. eines diplomatischen Agenten, mit Rücksicht auf den Rang seines Staates und auf die Kategorie des ihm verliehenen Gesandschaftscharakters, zu beobachten pflegt.

Es ist bereits oben im §. 11, welcher von den Gesandten der ersten Classe handelt, von dem, allein diesen gebührenden Repräsentativ-Charakter die Rede gewesen [3]); dieser, welcher lediglich der Inbegriff gewisser, dem Gesandten aus Rücksicht auf das ihm übertragene angesehene Amt, bewilligter Ehrenvorzüge ist und was auch mit dem Ausdruck Ceremoniel-Charakter bezeichnet wird, ist nicht mit dem Repräsentativ-Charakter zu verwechseln, welcher allen Gesandten gemeinsam ist, insofern als jeder Gesandte, welcher Rangclasse er auch angehöre, in Rücksicht auf die ihm übertragenen gesandschaftlichen Functionen als der unmittelbare Repräsentant seines Constituenten angesehen wird [4]).

[1]) In den meisten Staaten sind rücksichtlich des gegen fremde Gesandte zu beobachtenden Ceremoniels eigene Verordnungen erlassen, so in Spanien vom 25. April 1717 (abgedruckt bei G. F. von Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 330—338), in Dänemark v. J. 1701 (ebds. S. 353—355), in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika v. J. 1783 (G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 377 und Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 216—219) u. s. f.

[2]) Réglement sur le rang entre les agents diplomatiques (vom 19. März 1815): Article V.: »il sera determiné, dans chaque état, un mode uniforme pour la réception des Employés diplomatiques de chaque classe.« Abgedruckt ist dieses Reglement bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 Nr. 49 (S. 281 ff.) und Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 38 (p. 92).

[3]) Sieh. auch die hierauf bez. Note des alleg. §. 11.

[4]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VI. §. 70 et suiv. Klüber, a. a. O. §. 202. — Ueber die Eintheilung einiger Publicisten in einen wesentlichen, natürlichen und zufälligen Repräsentativ-Charakter sieh. Römer, a. a. O. S. 108 ff.

Capitel II.

§. 96.

I. Von der Antritts-Audienz der Gesandten erster Classe.

Die Ceremonielrechte nun lassen sich im Wesentlichen nur für Gesandte der höchsten Kategorie, nämlich Botschafter der weltlichen Mächte und Nuntien des Papstes nachweisen; es wird die Aufgabe der folgenden Paragraphen dieses Capitels sein, diese Ehrenvorzüge der Reihe nach aufzuführen.

Die Audienzen der Gesandten dieser Classe sind entweder feierliche (s. g. öffentliche, Ceremoniel-Audienz) oder Privat-Audienzen und die bei denselben beobachteten Förmlichkeiten, welche natürlich der an einem jeden Hofe üblichen Etiquette unterliegen, weichen vielfach von einander ab [1]). Im Wesentlichen beobachtet

[1]) Früherhin ging der Antritts-Audienz nicht selten ein ehrenvoller Empfang, sowie ein feierlicher Einzug in die Residenz vorher, was jedoch jetzt gänzlich ausser Gebrauch gekommen ist; vgl. Miruss, a. a. O. §. 306. Namentlich am Päpstlichen Hofe, an dem das Ceremoniel von jeher eine wichtige Rolle spielte, war ein feierlicher Einzug gebräuchlich; im 16. Jahrhundert wurden die Botschafter gekrönter Häupter von der Villa di Papa Giulio vor dem Florentinischen Thore von einem Theile der Prälatur, den dienstthuenden Edelleuten der Cardinäle, dem päpstlichen Haushaltsbedienten u. s. w. mit geschmückten Maulthieren abgeholt; kamen sie zur See, so wurden sie in Civitavecchia empfangen. Ja, es giebt sogar ein Beispiel, dass sämmtliche Cardinäle einem Botschafter entgegen gingen, nämlich als König Alphons I. von Leon und Castilien nach dem glänzenden Sieg über die Mauren bei Tarifa hundert vornehme Sklaven, hundert arabische Pferde, eine Menge goldener und silberner Gefässe und viele feindliche Fahnen nach Avignon sandte. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 472 u. Not. 1 das. — Andere Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 SS. 237, 251 u. 260 ff. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 304 ff. Miruss, a. a. O. §. 293. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. XIV. §. VIII. (p. 307 et suiv.). Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 95 — 99. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XVIII. (p. 197 — 229). — In Athen ertheilte der Rath der Fünfhundert den fremden Gesandten Audienz (cf. Aeschin. orat. de fals. legat.), doch musste die Angelegenheit, um derentwillen die Gesandten gekommen waren, dem Rath vorher mitgetheilt werden (cf. Polyb. histor. reliq. lib. VI—XI., an verschiedenen Stellen, wo von Gesandschaften die Rede ist). — Die in Rom ankommenden Gesandten mussten sich zunächst, wie Plutarch (quaest. rom. XLIII.) berichtet, an den Tempel des Saturn begeben und dem Präfecten des Schatzes ihre Namen anzeigen; sie wurden auf das Gastlichste aufgenommen, ihre Bewirthung geschah auf Kosten des Staats und in ältester Zeit erhielten sie sogar Geschenke, s. g. lautia, welche die Quästoren ihnen überreichten und welche erst abgeschafft wurden, als die Menge der nach Rom abgeordneten Gesandschaften zu grosse Kosten verursachte (cf. Plut. l. l.). Der Ort, an welchem die Gesandten auswärtiger Völker Halt machen mussten, bis über ihre Annahme entschieden war, hiess Graecostasis (ΓΡΑΙΚΟΣΤΑΣΙΣ, Griechenstand; cf. Varr. de ling. lat. Lib. IV. [p. 43]: »Sub dextra hujus a comitio locus substructus, ubi nationum subsisterent legati, qui ad senatum essent missi. Is Graecostasis appellatur cett.«), ihre Einführung in den Senat geschah durch die höchste Magistratsperson (Liv. lib. XXX. cap. XL.) und die lex Gabinia bestimmte, dass der Senat vom 1. Februar bis zum 1. März auf die Verhandlungen mit fremden Abgeordneten eingehen musste (cf. Cic. epist. ad fam. Lib. I. 4 et epist. ad Q. fratr. Lib. II. 13: »— — — quod Gabinia sanctum sit, etiam cogi ex Kal. Febr. usque ad Kal. Mart. legatis senatum quotidie dari.«). Cf. Gentil. l. l. Lib. I. cap. XV — XVII. Paschal., l. l. Cap. XL. Kulpis, l. l.

man dabei folgendes Ceremoniel: wenn der an einen fremden Hof abgeordnete Botschafter in der Residenz angekommen ist, so sendet er einen Secretär der Botschaft oder einen Cavalier aus seinem Gefolge an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, oder einen Oberhofbeamten, um demselben von der erfolgten Ankunft Anzeige zu machen, sowie eine beglaubigte Abschrift des Creditivs mitzutheilen, und sich behufs Ueberreichung desselben an den Souverän eine Audienz auszubitten. Ist dem Gesuch entsprochen, so wird der Gesandte an dem zur feierlichen Audienz bestimmten Tage durch den Hofbeamten, der mit der Einführung der Gesandten beauftragt ist und dem noch andere Hofbeamten beigeordnet werden, aus seiner Wohnung abgeholt [1]). Der Gesandte besteigt nun den sechsspännigen Hofwagen, welchem seine eigenen sechsspännigen Wagen folgen und wobei er von seinem ganzen Gefolge begleitet wird [2]); im inneren Schlosshof [3]) angekommen, wird er von dem einführenden Hofbeamten empfangen und sodann, nach militärischer Begrüssung durch die Schlosswache, über die grosse Schlosstreppe [4]) in den Audienz-Saal [5]),

Capp. II. XII. Müller-Jochmus, a. a. O. §§. 54, 71. — Aehnlich der Graecostasis befand sich später in Constantinopel am forum Tauri oder Theodosii (von Theodosius 393 angelegt) das Alonizium oder Xenodochium Romanorum, ein Palast, der den fremden Abgesandten zur Wohnung angewiesen war.

1) An manchen Höfen waren dazu besondere Introducteurs angestellt, so z. B. in Frankreich seit König Heinrich III. (1585) zwei, die ihr Amt von halben zu halben Jahren versahen (voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XVIII. p. 198), dagegen wurden die Königlichen Botschafter durch Prinzen zur Audienz eingeführt. König Ludwig XIV. wich i. J. 1698 von dieser Gewohnheit ab, indem er den Venetianischen Botschafter Erizzo durch den Prinzen Camill von Lothringen einführen liess, worüber die Republik so entzückt war, dass sie in einer Versammlung des Grossen Raths, an welcher der französische Gesandte Theil nahm, diesen bat, dem König für die ihrem Abgeordneten erwiesene Ehre der ewigen Erkenntlichkeit des Staates zu versichern, auch ein eigenes Dankschreiben an König Ludwig XIV. absandte. Vgl. Lüning, a. a. O. Th. 2 S. 1594. — In Spanien besteht ein solches Amt noch heutigen Tages, an den meisten Höfen aber waren die Ceremonienmeister mit der Einführung der Gesandschaften beauftragt, wie z. B. in Stockholm, Kopenhagen, Turin u. s. f. (am Berliner Hofe ist gegenwärtig der Erste Ceremonienmeister, eine der Ober-Hofchargen, mit diesem Amte betraut), dagegen in Wien der Oberstkämmerer. Wie Ahnert (a. a. O. Th. 2 S. 75) erzählt, versah in Venedig dieses Amt ein Bedienter aus dem Hause Citadini, welcher »der Ritter des Doge« genannt wurde. — In Rom wurden noch vor Kurzem die Botschafter durch den Cardinal - Staatssecretär zur ersten Audienz eingeführt; vgl. Miruss, a. a. O, §. 308 a. E.

2) Ehemals begleiteten ihn auch die fremden Gesandten, nachdem jedoch beim Einzuge des Venetianischen Botschafters in London i. J. 1661 ein Streit zwischen dem französischen Botschafter, Grafen d'Estrades und dem spanischen, Baron de Watteville vorgefallen war, kam diese Sitte ausser Gebrauch (voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. XIV. §. VIII.), doch fand eine solche Begleitung noch i. J. 1785 in Madrid bei Gelegenheit des Einzuges des portugiesischen Botschafters, Marquis de Lourizal, Statt (vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 203 Not. 2).

3) Am ehemaligen französischen Hofe s. g. l'entrée du Louvre.

4) An mehreren Höfen s. g. l'escalier des Ambassadeurs.

5) Am Päpstlichen Hofe bestand in Ansehung des Audienz-Saales ein Unterschied; in dem Consistorium nämlich ertheilte der Papst nur den Obedienz-Gesandten (Ambasciatori d'Ubbidienza) Audienz, in dem Sala Reggia des Vaticans nur Botschaftern gekrönter Häupter und denen von Venedig, in dem Sala Ducale aber den Gesandten anderer Fürsten und Republiken (vid. Gregorio Leti, l. c. Part. VI. p. 706. Reu-

dessen beide Flügelthüren [1]) geöffnet sind, eingeführt. — Der Souverän empfängt, unter einem Thronhimmel sitzend oder stehend, und von den Mitgliedern seines Hauses, sowie von den Grosswürdenträgern der Krone und den ersten Staatsbeamten [2]) umgeben, den Botschafter, welcher von seinem ganzen Gefolge begleitet ist und sich mit drei Verbeugungen dem Souverän nähert.

Nachdem der Souverän sich alsdann mit entblösstem Haupte erhoben hat, giebt er, indem er sich wieder bedeckt, dem Gesandten ein Zeichen, ein Gleiches zu thun und sich in dem für ihn bestimmten Lehnsessel (Fautueil) niederzulassen. Der Gesandte hält nun sitzend und mit bedecktem Haupte [3]) eine kurze Rede [4]) und zwar

mont, a. a. O. S. 472). Das Recht des venetianischen Botschafters in Rom, in der Sala Reggia empfangen zu werden, war der Republik wegen ihrer Verdienste um die Päpste eingeräumt (vgl. Le Bret, a. a. O. Th. 1 S. 328) und gründete die Republik dasselbe namentlich auf eine Inschrift, welche in der gedachten Sala Reggia steht und folgendermassen lautet: »Alexander Papa III. Frederici Imp. iram et impetum fugiens abdidit se Venetiis. Cognitum et a Senatu perhonorifice susceptum, Ottone Imp. filio navali proelio a Venetiis victo captoque, Fridericus pace facta supplex adorat, fidem et obedientiam pollicitus. Ita Pontifici sua dignitas Venetae reipublicae beneficio restituta. Anno M. C. LXXVII.« Urban VIII. liess die Worte »Ita Pontifici cett.« ausstreichen, in Folge dessen einige Senatoren behaupteten, die Republik könne keine Gesandten mehr nach Rom schicken, um den Statthalter in diesem Saale anzubeten, so lange die rühmlichsten Denkmahle derselben unterdrückt blieben. Der hierüber entstandene Streit endigte erst mit der Wiederherstellung der streitigen Worte durch Innocenz X. Ausführl. sieh. bei Le Bret, Staatsgesch. Th. 1 S. 373 ff. — In der Charwoche ertheilt der Papst niemals eine Audienz (voy. Réal, Tom. V. chap. I. sect. XIV. §. VIII. [p. 310]. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XIX. p. 231). Von der Republik Genua erzählt Wicquefort (l. c. p. 230) Folgendes: »La Republique de Genues a offert de millions, pour se faire donner la Sale Royale; mais le Pape n'y a pas voulu consentir, à cause de l'opposition du Senat de Venise, qui ne veut pas souffrir cette égalité.« — Nach der von Papst Julius II. i. J. 1504 aufgestellten Rangordnung der europäischen Staaten nahm die Republik Venedig den ersten Platz (in der Reihenfolge überhaupt den sechszehnten) nach den Königen ein und erst dann folgten die anderen Fürsten und Republiken. Cf. Caesarin. Fuerstener, l. l. pp. 166 et 237.

[1]) S. g. les deux battans; in Frankreich wurde, wie Wicquefort (l'amb. p. 245) erzählt, bei der Audienz eines Gesandten zweiter Klasse nur eine Flügelthür geöffnet.

[2]) Früherhin waren hierbei die fremden Gesandten auch mitunter zugegen; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 41 (p. 101 not. 4). Klüber, l. c. §. 224 à la f. G. F. v. Martens, Einl. §. 203.

[3]) Sieh. unten, §. 103.

[4]) Discours d'audience; Kürze der Rede ist ein Haupterforderniss. Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XIX. p. 245) spricht sich hierüber treffend dahin aus: »Le respect qui est deu aux Souverains, requiert que l'Ambassadeur parle en ses audiences d'une voix intelligible, mais basse. — — — Il ne doit pas aussi faire des discours longs, tuants et inutiles. C'est une incivilité, quand on abuse de la patience d'un particulier et d'un amy; mais c'est une imprudence qui ne se peut pardonner, que d'irriter celle d'un Prince.« Voy. aussi Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 267: »Le discours doit être simple dans les expressions et n'être relevé que par la noblesse des pensées et selon que peuvent le comporter des lieus formés par des intérêts communs, ou de relations de famille ou des servis reçus, par la vérité du sentiment.« — Wicquefort (l'amb. p. 245) erzählt von einem Mecklenburgischen Gesandten, welcher vor der Königin Christine von Schweden eine Rede in lateinischer Sprache hielt, welche zwei Stunden dauerte. — Der König Kleomenes von Sparta antwortete den Gesandten von der Insel Samos, welche ihn in einer sehr langen Rede überreden wollten, dem Tyrannen Polykrates den Krieg zu erklären: »Ich habe den Anfang Euerer Rede vergessen, die Ausführung nicht gehört und Nichts hat mir besser gefallen, als der Schluss.« Vgl. Moshamm, a. a. O. §. 311. — Beisp. von Antrittsreden sieh. Anhang, Beil. Nr. 20 bis 22.

entweder in der eigenen Staatssprache oder in der französischen [1]), in welcher er den Freundschaftsversicherungen seines Souveräns und seiner persönlichen Ehrfurcht einen Ausdruck verleiht, sowie den Wunsch ausspricht, sich bei der Ausführung der ihm übertragenen Geschäfte den Beifall des fremden Souveräns zu verdienen. Sobald er in der Rede sein Beglaubigungsschreiben erwähnt, nimmt er dasselbe aus den Händen des Secretärs oder eines der Cavaliere der Botschaft und überreicht es [2]) dem Souverän oder vielmehr in der Regel dem zur Seite stehenden Minister der auswärtigen Angelegenheiten, worauf entweder dieser oder der Souverän selbst die Rede des Gesandten beantwortet [3]). Sodann erhebt sich der Gesandte, zieht sich mit drei Verbeugungen, dabei dem Souverän immer das Gesicht zugewandt, aus dem Audienz-Saal zurück und wird in derselben Weise, wie er gebracht worden, in sein Hôtel zurückgeleitet.

§. 97.

II. 1. Von der Antritts-Audienz der Gesandten erster Classe am Königlichen Hofe zu Berlin.

Am Hofe zu Berlin wird gegenwärtig bei dem Empfange der Gesandten der höchsten Kategorie das folgende Ceremoniel beobachtet [4]): Der Gesandte wird nebst seinem Gefolge durch einen königlichen Kammerherrn mit königlichen Gala-Equipagen zur Audienz abgeholt; bei der Ankunft vor dem Schloss tritt die Wache ins Gewehr und präsentirt. Im Schloss erwartet den Gesandten am Fusse der Treppe ein königlicher Kammerherr, worauf er von

[1]) In Rom verlangte der Senat von den fremden Abgeordneten den Gebrauch der lateinischen Sprache und waren die Gesandten derselben unkundig, so wurden ihnen Dolmetscher beigegeben. — Man bedient sich auch bisweilen verschiedener Sprachen; so erzählt J. J. Moser (Vers. Th. 3 S. 251), dass ein schwedischer Gesandter in Russland die Kaiserin in schwedischer, den Grossfürsten in französischer und die Grossfürstin in deutscher Sprache angeredet habe, worauf er die Antwort im Namen der Kaiserin in russischer Sprache erhalten habe.

[2]) Ausser dem Beglaubigungsschreiben pflegte der Gesandte unter Umständen auch das Abberufungsschreiben seines Vorgängers zu überreichen.

[3]) Es ist Gebrauch, dass die Ansprache, mit welcher der Souverän, entweder selbst oder durch den Minister, den Gesandten erwidernd begrüsst, dem Letzteren vorher mitgetheilt wird; doch kommen Ausnahmen hiervon auch vor. — Dasselbe gilt übrigens auch von der, von dem Gesandten an den Souverän gehaltenen Ansprache. Vgl. auch Schmelzing, a. a. O. Th. 2 S. 316 Not. 10. Vgl. über die Antrittsreden überh. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 5 §. 1 — 11 (S. 269—272).

[4]) Ueber das früher übliche Ceremoniel sieh. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 181—190. — Eine ausführliche Beschreibung des Ceremoniels in den einzelnen Staaten findet man bei Ahnert (a. a. O. Th. 2 S. 113 —219), so in Dänemark (Th. 3 S. 158 — 162, wie auch bei Lünig, a. a. O. Th. 2 S. 1565), Schweden (S. 162—169), Russland (S. 193—198), Polen (S. 169 —181), Grossbritannien (S. 153—158), Sardinien (S. 203), Sicilien (S. 200 ff.), Rom (S. 190 — 193), Spanien (S. 145 —151), Portugal (S. 151—153), am kaiserlichen Hof (S. 112 ff.), an den kurfürstlichen Höfen (S. 203—206) und in den Republiken (S. 206—214). Andere Beispiele von feierlichen Einzügen und Antritts-Audienzen sieh. bei Lünig, a. a. O. Th. 2. S. 1565—1579, 1593—1619.

dem Ceremonien-Meister und dem Ober-Hof- und Haus-Marschall empfangen und in ein, vor dem Audienz-Saal gelegenes Gemach geleitet wird, wo ihn der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwartet. Nachdem alsdann die Thüren des Audienz-Saales geöffnet worden, führt der Ober-Ceremonien-Meister den Abgeordneten, welcher von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten begleitet wird, bei dem König ein, worauf die Thüren wieder geschlossen werden. Nach gehaltener Anrede des Gesandten nimmt der König das Beglaubigungs-Schreiben entgegen, erwidert die Rede und lässt sich sodann das Gefolge des Gesandten vorstellen. Hat die Audienz in dieser Weise geendet, so findet die Vorstellung des letzteren sowohl als auch des Personals der Gesandschaft bei der Königin Statt und nach Beendigung auch dieser Ceremonie wird der Abgeordnete in gleicher Weise, wie beim Empfang, bis an die Treppe und das Portal des Schlosses geleitet und durch die königlichen Equipagen in sein Hôtel zurückgebracht.

§. 98.

2. Von der Antritts-Audienz der Gesandten erster Classe am Kaiserlichen Hofe zu Paris.

Am jetzigen Tuilerienhofe ist beim Empfang der Gesandten ersten Ranges folgendes Ceremoniel üblich: ein Ceremonien-Meister und ein Unter-Ceremonien-Meister holen in drei Staatswagen, von denen jeder mit sechs Pferden bespannt ist, den diplomatischen Vertreter nebst seinem Personal ab; der Unter-Ceremonien-Meister, welcher die Funktionen des Secretärs bei der Einführung des Gesandten hat, nimmt nebst dem ersten Secretär der Gesandschaft den ersten Wagen ein; in den zweiten setzt sich der Gesandte selbst und ihm gegenüber der Ceremonien-Meister, und den dritten Wagen füllt das Gesandschafts-Personal. Der Zug fährt nun durch den Triumphbogen [1]) auf dem Carroussel-Platz in die Tuilerien, wo eine Abtheilung Garde Spalier bildet. Der Ober-Ceremonien-Meister und der erste Ceremonien-Meister empfangen nun den Gesandten, sämmtliche Flügelthüren, die zum Audienz-Saal führen, werden weit geöffnet und in dem letzten Saal angelangt, zeigt der Ober-Ceremonien-Meister dem Kaiser an, dass der Botschafter an der Thür des Saales sei, führt ihn dann ein und gleichzeitig treten die befohlenen Hofchargen in den Saal. Nach geschehener Verbeugung stellt der Ober-Ceremonien-Meister dem Kaiser, welcher von den Gross-Officieren der Krone und seinen dienstthuenden Hausofficieren,

[1]) Durch den Triumphbogen fahren nur Mitglieder der kaiserlichen Familie und die fremden Gesandten ersten Ranges.

auch wohl von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten umgeben ist, den Gesandten vor, worauf dieser seine Ansprache, entweder mündlich oder durch Vorlesen, hält. Nach geschehener Erwiderung durch den Kaiser erfolgt die Vorstellung des Gesandschafts-Personals durch den Gesandten und hierauf die Rückkehr desselben in sein Hôtel mit demselben Ceremoniel [1]).

§. 99.

3. Von der Antritts-Audienz der Gesandten erster Classe am Königlichen Hofe im Haag.

Nach den, durch ein neueres Gesetz [2]) getroffenen Bestimmungen findet der Empfang der Gesandten der ersten Classe am niederländischen Hofe in folgender Weise Statt: ein königlicher Ceremonien-Meister [3]) verfügt sich zu dem Gesandten, um ihn in einem sechsspännigen königlichen Wagen, auf dessen beiden Seiten zwei königliche Diener einherschreiten, abzuholen. Nachdem der Gesandte zuerst den Wagen bestiegen, und der Ceremonien-Meister sodann sich ihm gegenüber gesetzt hat, setzt sich der Wagen, welchem die, gleichfalls mit sechs Pferden bespannte Gesandschafts-Equipage mit dem Personal der Gesandschaft folgt, in Bewegung und bringt den Gesandten in feierlichem, gemessenen Schritt, escortirt von einer Abtheilung Reiterei, an den Hof, woselbst angekommen, ihm sowohl in- als auch ausserhalb des Schlosshofes von der Schlosswache die höchsten militärischen Ehrenbezeugungen erwiesen werden. Hier wird der Gesandte nun von den Kammerherren des Königs empfangen und von ihnen zugleich mit dem Ceremonien-Meister in das sog. Auditorium der Gesandten und von dort in das Vorzimmer des Königs geführt, wo ihn der Ober-Kammerherr empfängt und, nachdem beide Flügelthüren geöffnet worden, vor den König, welcher von den höchsten Hof- und Staatsbeamten, in grosser Gala, [4]) umgeben ist, geleitet. Sind die Flügelthüren wieder geschlossen, so hält der Gesandte die Ansprache und überreicht dem Könige sein Creditiv, welches dieser dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, der bei der Antritts-Audienz stets zugegen ist,

[1]) Ein Decret des National-Conventes (vom 23. April 1795) bestimmte in Betreff des Empfanges der fremden Gesandten das Folgende: Art. I. »A la réception des envoyés des puissances étrangères dans le sein de la representation nationale, ceux qui seront revêtus du caractère d'ambassadeurs seront assis dans un fauteuil vis-à-vis du président. Ils parleront assis.« Art. IV. »Le président dans sa réponse à l'ambassadeur ou autre envoyé, lui donnera les mêmes titres qui lui seront attribués par ses lettres de créance.« Abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 330.

[2]) Decret vom 17. März 1815; cf. Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 103 sqq.

[3]) Dieser versieht zugleich das Amt eines Einführers (Introducteur).

[4]) S. g. kostuum en liverei.

giebt[1]); alsdann zieht sich der Gesandte sofort in das Vorzimmer des Königs zurück und verfügt sich zur Audienz bei der Königin. Ist auch diese Vorstellung beendet, so wird der Gesandte mit denselben Feierlichkeiten, mit welchen er an das Königliche Hoflager gebracht wurde, in seine Wohnung zurückgeleitet.

§. 100.

4. Von der Antritts-Audienz der Gesandten erster Classe am Königlichen Hofe zu Brüssel.

Das für den Empfang eines Botschafters oder eines Nuntius am belgischen Hofe festgesetzte Ceremoniel besteht in Folgendem[2]): nachdem für die Antritts-Audienz durch den König ein Tag bestimmt worden, setzt der Hof-Marschall den Minister des Auswärtigen hiervon in Kenntniss, welcher seinerseits den Botschafter davon benachrichtigt, und ihm anzeigt, dass die Hof-Equipagen ihn aus seinem Hôtel abholen und dorthin zurückbringen werden. Zwei sechsspännige Gala-Hofwagen fahren zu diesem Zwecke nach dem Hôtel des Botschafters oder Nuntius und bringen ihn in den Palast des Königs; dem Wagen reiten zwei Vorreiter vorauf und Stallknechte gehen zur Rechten und Linken der Pferde, sowie zwei Lakaien an den Wagenthüren und zwei Lakaien hinter dem Wagen. Der in dem ersten Wagen befindliche Flügel-Adjutant des Königs lässt, im Hôtel des Gesandten angekommen, den letzteren seinen Platz einnehmen und setzt sich selbst auf den Rücksitz, wogegen die Mitglieder der Botschaft den zweiten Wagen einnehmen.

Die Equipage des Gesandten folgt leer, nebst den Livrée-Bedienten desselben, dem Hofwagen.

Im Palast angekommen, wird der Botschafter am Fusse der grossen Treppe von zwei Ordonnanz-Officieren des Königs em-

[1]) Es ist zu bemerken, dass die an den meisten Höfen übliche Sitte, sich während der Audienz zu bedecken, am niederländischen Hofe nicht besteht; sowohl der König, als auch der Gesandte haben während der ganzen Ceremonie das Haupt entblösst.

[2]) Um die Audienz zu erlangen, lässt der Gesandte sogleich nach der Ankunft an seinem Bestimmungsorte dieselbe dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten anzeigen, sei es durch ein Mitglied der Gesandschaft in Person, sei es schriftlich, und sich von dem Minister einen Tag und Stunde bestimmen, um ihn zu besuchen und Abschrift des Beglaubigungsschreibens zu überreichen. Der Minister antwortet in der Regel, dass er bereit sei, den Botschafter sofort oder zu einer anderen Stunde desselben Tages, sobald als möglich, zu empfangen; jedenfalls darf der Empfang nicht weiter als auf den folgenden Tag hinausgeschoben werden. Diese Visite wird gemacht und empfangen im Leibrock und der Minister erwidert sie dem Botschafter am selbigen Tage; die Etiquette erfordert solche Eile, ja es kommt häufig vor, dass der Minister wenige Augenblicke nach der Rückkehr des Gesandten auf der Botschaft eintrifft. Sind diese vorbereitenden Schritte erledigt, so holt der Minister durch die Vermittelung des Hofmarschalls die Befehle des Königs wegen des Tages des feierlichen Empfanges ein. Voy. Garcia de la Vega, l. c. Part. III. tit. IV. chap. I. sect. I. (p. 253).

pfangen, welche ihn in das Gemach geleiten, in welchem sich der Minister der auswärtigen Angelegenheiten befindet.

Der Hofmarschall holt alsdann die Befehle des Königs ein und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten stellt Seiner Majestät den Gesandten vor.

Beim Eintritt verbeugt sich der Gesandte drei Mal vor dem Könige, hält seine Antritts-Rede und übergiebt seine Beglaubigungs-Schreiben dem Könige, welcher sie in die Hände des Ministers des Aeusseren niederlegt. Hierauf stellt der Gesandte dem Könige die Secretäre und übrigen Mitglieder der Mission, die sich in seiner Begleitung befinden, vor.

Beim Verlassen des Audienz-Saales zieht sich der Botschafter, ohne sich umzukehren, zurück und wird unter Beobachtung desselben Ceremoniels, wie bei seinem Kommen, in das Hôtel zurückgeleitet.

Während der Audienz stehen der Minister des Auswärtigen, der Hofmarschall, der General-Adjutant, die Flügel-Adjutanten und die Ordonnanz-Officiere hinter Seiner Majestät.

Die Prinzen und Prinzessinnen der Königlichen Familie, sowie deren dienstthuendes Personal wohnen der Antritts-Audienz eines Gesandten ersten Ranges bei[1]).

[1]) Voy. Garcia de la Vega, l. c. p. 253—254. — Ueber die Antritts-Audienzen der Gesandten zweiten und dritten Ranges voy. le même, l. c. p. 255—356. — In den Republiken ist das bei den Audienzen der Gesandten der ersten Classe übliche Ceremoniel sehr verschieden, doch ist das Recht, sich während der Audienz zu bedecken und sich zu setzen, überall anerkannt; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 41 à la fin. — Ueber die Audienzen bei Gelegenheit einer Papstwahl, sowie über die am Hofe zu Constantinopel und in China sieh. Lünig, Hist.-Polit. Schauplatz Th. 2 S. 1610—1612. Miruss, a. a. O. S. 313—318. Rücksichtlich der Audienzen in Stambul mag nur erwähnt werden, dass der Audienz beim Sultan stets ein feierlicher Empfang beim ersten Wessir voraufgeht, bei welcher Gelegenheit die Gesandten erster und zweiter Classe ihr Beglaubigungsschreiben überreichen, wogegen die Gesandten dritter Classe dasselbe an den ersten Wessir bei einem Ceremoniel-Besuche abgeben. Voy. Ch. de Martens, l. c. §. 41. — Die Audienzen in Constantinopel fanden früherhin meistens an einem der Tage statt, an welchem sich der Diwan (d. i. Rathsversammlung) versammelte, nämlich Sonnabend, Sonntag, Montag und Mittwoch, späterhin aber gewöhnlich nur am Dienstag. Diese Diwanstage, an welchen den Truppen der Sold ausgezahlt wurde, hiessen, weil dabei ein grosses Gedränge und viel Lärm Statt fand, diwani kalaba oder ghaelebe diwani, d. i. Gedränge-Diwan. Die Einführung der Gesandten in den leeren und finsteren Audienzsaal, in welchem der Sultan in einem Winkel sass, geschah durch den tschausch baschi (d. i. Hofmarschall, eig. Oberhaupt der Tschausch, und Tschausch bedeutet im Türkischen einen Hofbeamten, auch einen Trabanten oder Hartschier), wobei dem Gesandten sowohl, als einem Jeden seines Gefolges von Palastbeamten die Arme festgehalten und die Köpfe zur schuldigen Verneigung vor dem Sultan gebeugt wurden (über die Entstehungsursache dieser Procedur sieh. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. XIV. §. IV. (p. 301). Auf die Rede des Gesandten gab der erste Wessir, welcher neben dem Grossherrn stand, die Antwort, worauf alle im Saale anwesenden und mit dem Rücken sich an die Wände lehnenden Trabanten laut riefen: »Gelobet sei der Ewige, dass die Ungläubigen kommen und unserem herrlich glänzenden Scepter huldigen müssen.« Vgl. Deutsches Museum. Leipzig 1778. 8. Bd. 1 S. 241.

§. 101.

Von dem Prädicat Excellenz.

Der Excellenztitel [1]), welcher erst zu Ende des 16. Jahrhunderts für die Gesandten ersten Ranges in Gebrauch gekommen ist und namentlich auf dem Congress zu Münster und Osnabrück viel Ceremoniel-Differenzen hervorrief, ist in den ältesten Zeiten selbst von Kaisern, Königen und anderen regierenden Fürsten geführt worden [2]). Nachdem aber im 14. Jahrhundert die Könige diesen Titel abgelegt hatten, führten ihn, wie Gregorio Leti [3]) berichtet, bis zur Zeit Carl V. hauptsächlich die italienischen Fürsten, mit Ausnahme des Herzogs von Savoyen, welcher im Besitze des Titels »Altezza« war; als sodann die Cardinäle in Folge einer Bulle Papst Urban VIII. den bisher üblichen Titel »Illustrissimus« gegen die »Eminenz« vertauschten [4]), fingen die italienischen Fürsten an, sich den Titel »Altezza« zuzulegen [5]).

§. 102.

Schluss.

Der erste Gesandte nun, der das Excellenz-Prädicat beanspruchte, war Ludwig von Gonzaga, Herzog von Nevers, welcher, von König

[1]) Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 445 ff. Réal, l. c. Tom. V. chap. IV. sect. I. §. II. (p. 711). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XIII. §. 27 (p. 247). Scheidemantel, a. a. O. Th. 1 Art. Excellenz. Die ausführlichste Abhandlung über den Excellenztitel hat geliefert Friderich Carl Moser, Acten-mässige Geschichte der Excellenz-Titulatur, Und Der hierüber entstandenen Streitigkeiten; in dessen »Kleine Schriften u. s. f.« 2. Bd. Franckfurt am Mayn 1752. 8. S. 100—559. 3. Bd. Franckfurt am Mayn 1752 S. 1—132.

[2]) So wird z. B. Karl d. Gr. in den Capitularien »Excellentissimus« genannt und in vielen anderen Urkunden haben sich die Kaiser Conrad I., Friedrich I. und Heinrich VII. den Titel »Kaiserliche Excellenz« beigelegt. Von dem Kaiser Otto I. heisst es im Eingang der Acten von dem zu Augsburg i. J. 952 gehaltenen Concil: »Cum Excellentissimus Piissimusque Otto Rex superna attractus clementia cett.«, und in einem alten französischen Canzlei-Formular-Buch soll, wie F. C. Moser (a. a. O. Bd. 2 S. 102) berichtet, der Titel, welchen der König von Frankreich dem Kaiser gebe, lauten »Sanctissimo et Excellentissimo Principi cett.« In einem Diplom Königs Carl von Ungarn v. J. 1311 heisst es: »Decet Regiam Excellentiam cett.« und in einem Schreiben der Königin Elisabeth von England an den Kurfürsten Christian I. zu Sachsen bedient sich die Schreiberin der Anrede »Excellentia Vestra.« Viele andere Beispiele bei F. C. Moser, a. a. O. Bd. 2 S. 102 ff. Réal, l. c. Tom. V. chap. IV. sect. I. §. II. (p. 711). — Erst seit Ludwig XII. von Frankreich fingen die Könige an, sich des Majestäts-Titels zu bedienen; die Könige Spaniens vor Carl V. führten den Titel »Hoheit«. Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XIII. §. 27. Réal, l. c. p. 710 et suiv. Leti, l. c. Part. VI. p. 483. F. C. Moser, Der Titul: Majestät, aus den Geschichten, dem Ceremoniel und Völker-Recht erläutert; in dessen »Kleine Schriften u. s. f.« 6. Bd. Franckfurt am Mayn 1757. 8. S. 22—167. Derselbe, Der Titul: Hoheit, Altesse, Altesse Serenissime, Celsitudo etc. mit historischen und Ceremoniel-Anmerkungen erläutert; in dessen »Kleine Schriften u. s. f.« 7. Bd. S. 169—348.

[3]) Il ceremoniale historico e politico etc. Part. VI. p. 494.

[4]) Es geschah dies i. J. 1629; anfänglich führten die Cardinäle den Titel »Reverendissimi« und erst mit dem Purpur hatten sie den Titel »Illustrissimi« erhalten. Vgl. Häberlin, Römisch. Conclave. S. 109.

[5]) Ueber die Rangverhältnisse der italienischen Staaten im 16. Jahrhundert sieh. Reumont, a. a. O. S. 477 ff.

Heinrich IV. von Frankreich als Botschafter an den Päpstlichen Stuhl gesandt, wegen des ihm daselbst streitig gemachten Charakters, sich genöthigt sah, den ihm als einen Prinzen aus dem herzoglichen Hause Mantua nach dem Rechte der Geburt zukommenden Titel anzunehmen [1]). Nunmehr prätendirten die in Rom befindlichen Botschafter von Spanien, Savoyen und Venedig, welche Frankreich in dieser Beziehung nicht nachstehen wollten, auch diesen Titel, der ihnen alsbald vom Papst Innocenz X. eingeräumt wurde [2]). Seit dem Westphälischen Frieden ist nun diese Ceremoniel-Streitigkeit erledigt, indem von da an allen Gesandten der ersten Classe, als solchen, von allen Staatsdienern und Unterthanen des fremden Souveräns, sowie von allen anderen bei demselben accreditirten fremden Gesandten, in mündlichem und schriftlichem Verkehre, dieser Titel gebührte [3]). Der Souverän selbst jedoch giebt dem Botschafter dieses Prädicat nicht, sondern redet ihn an »Herr Botschafter« [4]). Dies ist auch der Grund, weshalb die Cardinäle, wenn sie sich zum Zweck der Wahl eines neuen Papstes im Conclave befinden, den Botschaftern diesen Titel verweigern, da sich im Conclave jedenfalls das zukünftige Kirchenoberhaupt befindet [5]). In gleicher Weise gab ehemals in der Versammlung der General-Staaten der Niederlande der Wochenpräsident dem Gesandten ersten Ranges den Excellenztitel nicht [6]).

[1]) Vid. Leti, l. c. Part. VI. p. 519. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 2 S. 153 ff. Ahnert, a. a. O. S. 451 ff. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (pp. 263, 267 et 268). Caesarin. Fuerstener. l. l. Cap. L. (p. 239), cap. LV. (p. 270 sqq.). — Vordem war die officielle Anrede »Magnifico signore« oder »M. oratore« gewesen.

[2]) Vid. Leti, l. c. Part. VI. p. 525.

[3]) Wie Miruss (a. a. O. §. 324 a. E.) richtig bemerkt, ist die Behauptung von Klüber (l. c. §. 318), G. F. v. Martens (Einl. §. 208 i. A.) und J. J. Moser (Vers. Th. 3 S. 504), dass den Gesandten ersten Ranges, selbst wenn sie von fürstlicher Geburt wären, nie ein höherer Titel gegeben werde, vollkommen irrig.

[4]) Doch giebt es auch Ausnahmen; so schrieb u. A. König Carl XII. von Schweden am 3. Oct. 1702 an den polnischen Botschafter Morstein: »J'ai appris par la Lettre de Vôtre Excellence etc. — — — Je souhaite de bon Coeur que Vôtre Excellence et la Republique soyez toujours heureux et florissans.« Vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 2 S. 159. — Die Kurfürsten sollen den Botschaftern öfter das Excellenz-Prädicat gegeben haben. Beisp. bei F. C. Moser, a. a. O. Bd. 2 S. 160. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 453. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 53.

[5]) Doch kommt das Gegentheil vor: voy. »Discours du Cardinal Castiglione, prononcé au nom du sacré-collège, en réponse au discours de M. de Châteaubriand«, chez Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. pp. 412 et 413.

[6]) Vgl. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 372. »Resolution der Gen. Staaten, dass keinem Botschafter der Titel Excellenz in der Versammlung der Gen. Staaten gegeben werden soll, v. 25. März 1698.« F. C. Moser, a. a. O. Bd. 2 S. 162. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 53. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 116. — In Venedig dagegen gab der Doge in der Rathsversammlung den Botschaftern diesen Titel, sowie früher auch die Eidgenossenschaft: vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 116. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 53.

§. 103.

Von dem Recht, sich in Gegenwart des Souveräns zu bedecken.

Die Gesandten der ersten Classe haben ferner das Recht, sich in der feierlichen Antritts-Audienz bei dem Souverän das Haupt zu bedecken, sobald dieser selbst sich bedeckt [1]); es ist dies ein Hauptpunct des Ceremoniels bei den Audienzen der Gesandten ersten Ranges, denn der Botschafter wird nicht als solcher empfangen, wenn er nicht die Erlaubniss erhält, sich zu bedecken [2]). Dennoch liessen es sich die von der Schweiz i. J. 1663 an Ludwig XIV. abgeordneten Botschafter, wie Wicquefort [3]) berichtet, gefallen, dass ihnen der König die nach dem Herkommen wesentlichsten Ehrenvorzüge der Botschafter, namentlich das Bedeckungsrecht verweigerte.

In den Audienzen beim Papst bleibt der Botschafter unbedeckt [4])

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 53. — Ursprünglich herrschte am französischen Hofe die Sitte, dass alle Personen von Stand vor dem König bedeckt blieben und den Hut nur bei der Ankunft, oder wenn er zu ihnen sprach, oder wenn er trank abnahmen; die Dienerschaft allein, welche weder Degen noch Mantel trug, musste unbedeckt sein. Daher sagte man, wenn man in Gegenwart des Königs Standespersonen mit entblösstem Haupte sah, sie thäten dies aus Eitelkeit, um sich den Anschein zu geben, als wenn der König sich mit ihnen unterhalte. Da sich die italienischen Grossen während des Aufenthaltes Carl VIII. in Italien über diese Sitte aufgehalten hatten, so befahl Ludwig XII. auf seinen Reisen in Italien seiner Umgebung, in Gegenwart von italienischen Fürsten und Vornehmen, gleich diesen unbedeckt zu sein, und gegen das Ende von Ludwig XII. Regierung bedeckten sich nur wenige Personen in seiner Gegenwart, indem sie dem Beispiele seines Ober-Stallmeisters, des Grafen von Gayasse folgten, welcher für den höflichsten Mann des damaligen Hofes galt. Als sodann Franz I. auf den Thron gelangt war, erlaubte er Niemandem, ausgenommen den Botschaftern und Souveränen, sich vor ihm das Haupt zu bedecken. Voy. Mémoires pour le Cérémonial qui s'observe en France etc. par Mr. de Saintot, chez Du Mont, Supplément etc. Vol. III. Le Ceremonial diplomatique etc. Tom. I. liv. I. chap. II. §. XVI. (p. 57). — Der Umstand, dass in einer Audienz, welche Heinrich IV. dem durch Frankreich nach den Niederlanden gehenden Connetable von Castilien ertheilte, der mitanwesende Don Piedro Giron, 3. Herzog von Ossuna und Grand von Spanien, sich das Haupt bedeckte, veranlasste den König, zu Gunsten der Prinzen von Geblüt, welche über das Verfahren des Herzogs sich beschwerten, die unter Franz I. erlassene Verordnung wieder aufzuheben. Vgl. Lünig, Hist.-Polit. Schauplatz Th. 2 S. 1560.

[2]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 203 Not. e. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VI. §. 79: »C'est, par exemple, dans les moeurs de toute l'Europe, une Prérogative propre à l'Ambassadeur, que le droit de se couvrir devant le Prince, à qui il est envoyé. Ce droit marque qu'on le reconnoît pour le Réprésentant d'un Souverain. Le refuser à l'Ambassadeur d'un Etat véritablement indépendant, c'est donc faire injure à cet Etat et le dégrader en quelque sorte. Voy. aussi Sarraz du Franquesnay, l. l. Liv. I. chap. III. (p. 41).

[3]) L'amb. Liv. I. sect. XIX. (p. 244). In seiner Entrüstung gegen die schweizerischen Gesandten spricht Wicquefort folgende scharfe Worte aus: » — — — les Suisses, qui preferent l'argent à l'honneur voulurent bien negliger l'un pour se conserver l'autre.« Voy. l. c. Sect. XVIII. (p. 204—206). Vattel (l. c. §. 79 not. a.) sagt zu dieser Auslassung Wicquefort's mit Recht: »Cet Auteur a raison de témoigner une sorte d'indignation contre les Ambassadeurs Suisses. Mais il ne devoit pas insulter la Nation entière, en disant brutalement, qu'elle prefère l'argent à l'honneur.«

[4]) Auch kommt es vor, dass die Botschafter der katholischen Mächte an den Heiligen Stuhl dem Papste bei dieser Gelegenheit die Füsse küssen; sie erweisen ihm diese Ehrenbezeugung als dem sichtbaren Haupte der christlichen Kirche und

und in den Audienzen bei den Kaiserinnen oder Königinnen begnügt er sich mit einer blossen Bewegung, als wolle er sich bedecken [1]). Als die Königin Christine von Schweden den französischen Botschafter Chanut in einer Audienz zu Stockholm nöthigen wollte, sich zu bedecken, gab er folgende galante Antwort: »— — — qu' il ne feroit point de difficulté de se couvrir, quand ce ne seroit que pour faire voire, que le Roy de France vouloit bien entretenir un Ministre du premier rang auprès de Sa Majesté, mais que le Roy, son Maistre, estoit un Prince si civil et si bien élevé, que sans doute, il ne voudroit pas se couvrir lui-mesme, s'il avoit l'honneur de parler à la Reine, c'est à dire à la Princesse du Monde, qui meritoit le plus d'estre servie et reverée et ainsi qu'elle lui permettroit bien de demeurer dans le respect« [2]).

§. 104.

Von dem Recht des Baldachins und des Sechsgespanns.

Ausser den genannten Ceremonielrechten geniessen die Gesandten erster Classe auch den Ehrenvorzug, in ihrem Staats- oder Empfangs-Saal einen Thronhimmel (Baldachin, dais), welcher mit dem Bildniss ihres Souveräns in Lebensgrösse geschmückt ist, zu besitzen [3]), sowie das Recht, sich bei feierlichen Auffahrten eines Zuges von sechs Pferden, denen seidene Quasten [4]) als Kopfputz angelegt sind, zu bedienen.

dem Statthalter Jesu Christi auf Erden. Aus diesem Grunde verweigern die Gesandten protestantischer Mächte dem Papste diese Respectsbezeugung. Vgl. F. C. Moser, Abhandlung Von der Staats-Galanterie, Oder denjenigen Höflichkeiten der grossen Welt, Welche Ihren Ursprung nicht in dem auf Verträgen oder dem Herkommen begründeten Ceremoniel haben; in dessen »Kleine Schriften u. s. f.« 1. Bd. Franckfurt am Mayn 1751. 8. S. 113. — Eine Beschreibung des beim Fusskuss früher gebräuchlichen Ceremoniels giebt Leti, l. c. Part. VI. p. 710: »Agli Ambasciatori delle Corone, e di Venetia il Papa dopo il bacia del piede fa dar da sedere sopra un scabello senza appoggio, mà con testa scoperta, non constumando il Papa di far coprire Ambasciatore alcuno nella sua presenza: egli però stà a sedere in sedia di Velluto rosso etc.«

[1]) Beisp. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 323. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 1 S. 159—162. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XIX. (p. 237 et suiv.).

[2]) Es erzählt dies Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XIX. p. 239), welcher hinzufügt: »On ne peut pas rendre de trop grandes soûmissions aux Dames, de sorte que quand tous les Ambassadeurs imiteroient l'action de M. Chanut, ils n'en seroient pas moins honnestes gens, ni moins habiles Ministres.«

[3]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 116. Heffter, a. a. O. §. 220. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 45 (p. 108). Le même, m. d. Chap. IV. §. 42 (p. 93). Sarraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. III. (p. 42). Cussy, l. c. Art. Ambassadeur. Scheidemantel, a. a. O. Art. Baldachin. Cf. Caesar. Fuerstener. l. l. Chap. VIII. (p. 28): »Ipsi Cardinali Barberino, Legato à latere negatum est in Hispania jus Uranisci seu portatilis coeli cett.« Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 12 (p. 203): »Ceux (les Ambassadeurs) d'une République y font broder ses Armoiries. Au pied du portrait est placé, ou sur une estrade couverte, ou du moins sur un tapis, un fauteuil qui est censé appartenir au Souverain et que par conséquent l'Ambassadeur ne doit point prendre pour lui, ni laisser occuper par qui que ce soit.«

[4]) Italienisch fiocchi; in Rom ist der Gebrauch derselben auch ein Vorrecht der römischen Fürsten und der Cardinäle aus fürstlichen Häusern.

In Betreff dieses Rechtes erschien in Portugal i. J. 1752 eine Verordnung, nach welcher in Lissabon und in einem gewissen Bezirk Niemand mit mehr als zwei Pferden vor dem Wagen fahren durfte, dass jedoch die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, Cardinäle, fremde Gesandte u. s. w. an dieses Gesetz nicht gebunden seien [1]).

§. 105.

Von den militärischen Ehrenbezeugungen.

Auch die militärischen Ehrenbezeugungen [2]), welche gänzlich auf dem Herkommen und der Willkür eines jeden Hofes beruhen und daher sehr verschieden sind, gebühren nur den Gesandten erster Classe, obwohl es nicht an Ausnahmen fehlt, dass auch Gesandten zweiten Ranges solche Ehren erwiesen worden sind [3]). Was die Art dieser Ehrenbezeugungen nun anbetrifft, so bestehen dieselben bald in dem Anziehen oder Präsentiren des Gewehrs der Schildwachen, bald in dem Herausrufen der Hauptwache und zwar entweder mit Rührung der Trommel oder des Spiels, sowie endlich in Aufstellung einer Ehrenwache. So standen z. B. in Berlin bei der Einholung eines Botschafters zur feierlichen Audienz auf dem äusseren Schlossplatz ein Bataillon Füseliere und auf dem inneren ein Bataillon Grenadiere, beide mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel in Parade aufgestellt [4]).

§. 106.

Fortsetzung.

Von den Ehrenwachen sind die Sicherheitswachen wohl zu unterscheiden; letztere, welche früher oft dem Gesandten von dem Hofe [5]), bei dem er beglaubigt war, zur Bedeckung und Sicherheit

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 117. — Ebenso wurde in Rom i. J. 1743 eine Verordnung hierüber erlassen; sieh. Miruss, a. a. O. §. 327 a. E.

[2]) Vgl. Friderich Carl Moser, Die Rechte der Gesandten, in Ansehung der militärischen Ehren-Bezeugungen; in dessen »Kl. Schriften u. s. f.« 6. Bd. S. 349—528.

[3]) Z. B. am Preussischen und am Englischen Hofe; sieh. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 6. S. 400 ff. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 184. — Im Jahre 1749 wurden dem von der Kaiserin von Russland an den Niedersächsischen Kreis geschickten Gesandten, Fürst von Galliczin, zu Hamburg militärische Ehren erwiesen; vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 278.

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. 6. Bd. S. 400. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 182. Ueber das bei den Republiken in dieser Beziehung übliche Ceremoniel sieh. F. C. Moser, ebds. S. 468.

[5]) In älteren Zeiten kam es jedoch auch vor, dass Gesandte eine eigene Leibwache mit sich führten, so z. B. bestand die bewaffnete Begleitung des i. J. 1677 an die Pforte gesandten polnischen Botschafters Chelminski aus 20 Husaren und 60 Dragonern, und das Gefolge des i. J. 1680 nach Dänemark abgeordneten schwedischen Gesandten Gyldenstern belief sich auf 30 Mann zu Pferde und 12 königliche Trabanten. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 6. S. 356—360. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest.

gegeben wurden, waren in früheren Zeiten, als die Polizei meistentheils noch mangelhaft gehandhabt wurde, unerlässlich und daher an allen Höfen üblich. So hatten die bei dem Grossherrn in Constantinopel accreditirten Gesandten stets eine Compagnie Janitscharen nebst Officieren zur Wache, sowie dem französischen Gesandten auf dem Kaiser-Wahltag zu Frankfurt, zu seiner Sicherheit von dem Magistrat eine Wache gegeben wurde [1]).

Die an den meisten [2]), doch nicht an allen Höfen gebräuchlichen Ehrenwachen bestanden grösstentheils aus einem Posten von zwei, seltener mehreren Mann [3]) und versahen den militärischen Ehrendienst vor dem Hôtel des Gesandten. Gegenwärtig sind die Ehrenwachen an allen europäischen Höfen abgeschafft, zuletzt in Russland durch »Circular-Noten an alle auswärtige Gesandte in Petersburg, wegen Abschaffung der Schildwachen vor den Häusern der Gesandten«, vom 3. August und vom 18. September 1763 [4]).

§. 107.

Schluss.

Zu den militärischen Ehrenbezeugungen kann noch der in früherer Zeit bei feierlichen Einholungen der Gesandten erster Classe öfter vorgekommene Kanonengruss gerechnet werden [5]); so wurde i. J. 1670 der von Turin nach Genua reisende englische Botschafter Lord Falcombridge, bei dem Einlaufen seines Schiffes in den Hafen, durch Kanonenschüsse aus der Stadt und von den im Hafen liegenden Kriegsschiffen bewillkommt, sowie gleichfalls ehedem am preussischen Hofe bei dem Einzuge eines Botschafters von den Wällen in drei Malen zwanzig Kanonenschüsse abgefeuert wurden [6]). In gleicher

Europ. Gesandsch.-Recht S. 224. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 471. Cf. Marselaer, l. l. Liv. II. dissert. XVI. (p. 389). Da diese Sitte jedoch oft zu Gewaltthaten führte, so wurden alsbald Verbote dagegen erlassen, so u. A. auf Antrag der deutschen Fürsten in der Wahlcapitulation Kaiser Leopold's v. J. 1790 (Art. 5 u. 28). Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 361. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 143.

1) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 6 S. 369. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 143. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 117. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 224. Ahnert, a. a. O. Th. 2. S. 472.

2) In Wien z. B. wurde einem Gesandten niemals eine Schildwache gegeben; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 421. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 123.

3) So z. B. erhielt der i. J. 1779 bei dem König von Preussen anwesende russische Gesandte, Fürst von Repnin, täglich eine Ehrenwache von einem Hauptmann und 50 Mann. Sieh. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 205. Andere Beisp. dieser Art sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 421 ff. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 114.

4) Abgedruckt bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 364. Sieh. auch J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 114. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 117.

5) Voy. Sarraz de Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. III. (p. 40): »Ils sont salués par le Canon des Places fortes de la Puissance à laquelle ils sont envoïés.«

6) Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 2 SS. 212, 182; ein anderes Beisp. ebds. S. 159.

Weise wurde in London ein Botschafter, wenn er seinen Einzug hielt, sobald er ans Land gestiegen war, durch Kanonenschüsse vom Tower begrüsst[1]).

Capitel III.

§. 108.

Von der Antritts-Audienz der Gesandten zweiter und dritter Classe.

Den Gesandten der zweiten Kategorie wird gewöhnlich keine öffentliche, sondern nur eine Privat-Audienz gewährt, wiewohl es nicht an Beispielen fehlt, dass auch sie in öffentlicher und feierlicher Audienz empfangen worden sind; namentlich in neuerer Zeit wird von diesem Herkommen vielfach abgewichen und zwar vorzugsweise an solchen Höfen, bei welchen Gesandte ersten Ranges, wenigstens in ordentlicher Mission, selten oder nie beglaubigt sind[2]). Die Audienz geht ohne besondere Feierlichkeiten[3]) in dem Cabinet des Souveräns, in dessen Umgebung sich ein oder mehrere Minister, sowie auch wohl ein Hofbeamter befinden, vor sich; der Souverän empfängt den Gesandten stehend und nimmt nach der in der Regel sehr kurzen Ansprache desselben sein Beglaubigungsschreiben entgegen.

In Betreff der Gesandten dritter Classe lässt sich kein bestimmtes Herkommen nachweisen, im Allgemeinen kann man wohl annehmen, dass diese, da sie selten bei dem Souverän, vielmehr meistens nur bei dessen Minister der auswärtigen Angelegenheiten beglaubigt werden[4]), ihr Creditiv auch nur diesem überreichen, indessen kommen auch hier Abweichungen vor[5]) namentlich in neuerer Zeit zu

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. Bd. 6 S. 394; dagegen geschah dies weder in Madrid noch im Haag.

[2]) So wurde z. B. im Juni 1862 am Kaiserlichen Hofe zu Rio de Janeiro der neue preussische ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in öffentlicher Audienz empfangen.

[3]) Es fällt hauptsächlich die feierliche Abholung des Gesandten aus seiner Wohnung vermittelst der Equipage des Souveräns fort, sowie die solenne Einführung in den Audienz-Saal u. dgl. m. Am Kgl. Hof im Haag z. B. geschieht die Abholung der Gesandten zweiter Classe aus ihrem Hôtel in das Schloss in einem mit zwei Pferden bespannten Wagen des Ceremonienmeisters, und dieser sitzt dem Gesandten nicht gegenüber, wie dies bei den Botschaftern der Fall ist (vgl. oben, §. 100), sondern an seiner linken Seite, auch wird nur eine Flügelthür geöffnet, wie das auch früher am französischen Hofe gebräuchlich war (vgl. oben, §. 96 Not. 1 [S. 107]).

[4]) Vgl. oben, §. 16 a. E.

[5]) So erzählt G. F. v. Martens (Einl. §. 204 Not. b.), dass früher die Geschäftsträger der Hansestädte und einiger anderer kleiner Staaten, welche keine Envoyés ernannten, Vorzüge genössen und zur Audienz zugelassen würden. Ebenso wurden in Wien zur Zeit des Deutschen Reiches alle Gesandten der dritten Classe, wenigstens der Deutschen Reichsstände, zur Audienz des Kaisers zugelassen und i. J. 1776 erklärte der Kaiser alle Residenten der auswärtigen Höfe für appartementsfähig. Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 498. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 84.

Gunsten der Minister-Residenten, als einer Mittel-Classe zwischen den Gesandten zweiten Ranges und den Geschäftsträgern[1]), die bisweilen in einer Privat-Audienz empfangen werden.

§. 109.

Von der Antritts-Audienz der Gesandten bei der Gemahlin des Souveräns und anderen Mitgliedern des Hauses.

Unmittelbar nach stattgehabter Audienz bei dem Souverän pflegt der Gesandte[2]) von der Gemahlin des Souveräns[3]), von dem Thronfolger, sowie auch den Prinzen und Prinzessinnen des Hauses, welche einen eigenen Hofstaat haben, empfangen zu werden[4]).

In diesen Audienzen überreicht der Gesandte die Empfehlungsschreiben[5]), mit denen er etwa versehen ist, und die Reden[6]), welche er alsdann an die erwähnten Personen hält, werden entweder von diesen selbst oder durch einen Hofbeamten erwidert. Von der Befugniss, sich während der Audienz zu bedecken, machen die Botschafter, wenn sie von den weiblichen Mitgliedern des Hauses empfangen werden, keinen Gebrauch[7]).

An manchen Höfen erfordert bei dieser Gelegenheit die Etiquette ausserdem, dass der Gesandte der die Audienz ertheilenden Dame die Hand küsst, eine Sitte, die nicht selten zu Schwierigkeiten Veranlassung gegeben hat, ja mitunter auch verweigert worden ist, wie dies u. A. von dem französischen Gesandten d'Allion in einer Audienz bei der Kaiserin von Russland (am 27. März 1745), und von einem Malthesischen Botschafter am Hofe Carl III. von Sicilien geschah[8]).

§. 110.

Von der Ausdehnung des Prädicates Excellenz auf die Gesandten zweiter und dritter Classe.

Gesandte vom zweiten Range können auf den Titel »Excellenz« durchaus keinen Anspruch machen, räumt man ihnen aber denselben

[1]) Seit dem Aachener Conferenz-Protocoll vom 21. November 1818. Vgl. oben, §. 15 u. die darauf bezügliche Note das.

[2]) Jedoch nur die Gesandten erster und zweiter Classe.

[3]) Vgl. oben, §§. 97, 99.

[4]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 408. Derselbe, Beltr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 145. — Was die Sprache anbetrifft, so ist zu bemerken, dass sich der Gesandte in den Audienzen bei der Familie des Souveräns öfter einer anderen Sprache bedient, als in der Audienz bei dem Souverän; so hielt der i. J. 1683 an den Polnischen Hof gesandte Kaiserliche Botschafter Graf von Wallenstein die Anrede an den König in lateinischer und die an die Prinzen in französischer Sprache. Vgl. Friderich Carl Moser, Abhandlung Von den Europäischen Hof- und Staats-Sprachen, Nach deren Gebrauch Im Reden und Schreiben. Franckfurt am Mayn 1750. 8. Buch 1 §. 8 (S. 10). Andere Beisp. ebds.; sieh. auch oben, §. 96 Not. 1 (S. 108).

[5]) Vgl. oben, §. 47.

[6]) Beispiele von solchen Reden sieh. Anhang, Beil. Nr. 23—25.

[7]) Vgl. oben, §. 103.

[8]) Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 74. — Am spanischen Hofe werden selbst die

ein, so geschieht es nicht in Rücksicht auf ihren gesandschaftlichen Charakter, sondern hat in der Regel seinen Grund lediglich darin, dass die betreffende Person in dem Staate, von welchem sie abgesandt ist, ein Amt bekleidet, mit welchem der Excellenz-Titel verbunden ist, wie denn in den meisten Staaten die Staatsminister, die Wirklichen Geheimen Räthe, Generallieutenants, Oberst-Hofchargen u. s. w. diesen Titel zu führen pflegen [1]).

Hiervon abgesehen erhalten in neuerer Zeit [2]) sehr häufig die Gesandten der zweiten Classe [3]), ja an mittleren und kleineren Höfen selbst die vom dritten Range aus Politik oder Höflichkeit dies Prädicat und zwar sowohl von den Ministern des Hofes, an welchem sie residiren, als auch von den anderen daselbst befindlichen Gesandten, mit Ausnahme jedoch Derer vom ersten Range [4]).

Capitel IV.

§. 111.

Von dem Range der diplomatischen Agenten unter sich am dritten Orte.

Bei der Bestimmung des Rangverhältnisses und der gegenseitig zu nehmenden Rücksichten unter den Mitgliedern eines diplomatischen Corps an einem Hofe muss man zunächst unterscheiden:

1) Gesandte einer und derselben Macht,

2) Gesandte verschiedener Mächte.

Befinden sich mehrere Gesandte einer und derselben Macht an

Botschafts- und Legations-Secretäre, sobald sie durch ihren Chef der Königin und den Princessinnen von Geblüt vorgestellt sind, zum Handkuss (besamanos) zugelassen. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 41 not. 2 (p. 102).

1) Vgl. F. C. Moser, Actenmäss. Gesch. der Excell.-Titulat. u. s. f. S. 117—148. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 45 ff. — In Schweden haben auch die Senatoren dieses Prädicat (vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 120 ff.), sowie in Spanien die Granden und zwar aller drei Classen, jedoch nicht die Titulatur-Granden (Titulados), welche den Titel »Herrlichkeit« führen (vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 132). In der Türkei erhält der Reis efendi, was s. v. a. Staatssecretär, Kanzler bedeutet, den Titel »Excellenz«, und der erste Wessir den Titel »Hoheit«. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 44 not. 2 (p. 107), Cussy, l. c. Art. Titres etc.

2) Beispiele aus früherer Zeit sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 45. — Voy. aussi Klüber, l. c. §. 218 not. e.: »En 1807, le ministre des relations extérieures en France, prince de Bénévent (Talleyrand), traita d'excellence les envoyés de second ordre, et même ceux des souverains de la Confédération du Rhin qui ne furent que membres du collège des princes.«

3) In Berlin erhalten die Gesandten zweiter Classe das Prädicat »Excellenz« von Amtswegen grundsätzlich nicht, selbst wenn sie darauf nach ihren heimischen Rangverhältnissen Anspruch hätten; es pflegt vielmehr mittelst der Anrede in indirecter Form (Notenstil) jede derartige Titulatur vermieden zu werden.

4) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 208 a. E. Klüber, l. c. §. 218.

einem Hofe, so entscheidet die Vorschrift des absendenden Souveräns über den Vorrang des Einen vor dem Anderen, im Zweifel aber stillschweigend die Reihenfolge der Ernennung in dem gemeinschaftlichen Creditiv oder Vollmacht [1]). Die Bestimmung des Rangverhältnisses unter den Gesandten verschiedener Mächte richtet sich einmal nach der Rangclasse, zu welcher die Gesandten gehören, sodann nach dem Range ihrer Constituenten, oder nach den, an dem annehmenden Hofe geltenden Rangvorschriften. Somit geht nach einem allgemeinen Grundsatz zunächst die höhere Classe der geringeren vor und zwar ohne Rücksicht auf den gegenseitigen Rang der Souveräne, obwohl es nicht an Beispielen fehlt, dass hierüber Differenzen entstanden sind, so u. A. bei Gelegenheit der Westphälischen Friedensverhandlungen [2]). Sind die Gesandten verschiedener Staaten an einem Hofe von einer und derselben Rangclasse, so entschied ehemals der Rang des absendenden Souveräns oder das Verhältniss des fremden Hofes zu den einzelnen auswärtigen Regierungen und insbesondere die Rangvorschriften jenes für die verschiedenen Arten der bei ihm beglaubigten diplomatischen Agenten derselben Classe [3]). Gegenwärtig entscheidet in diesem Falle nach der Wiener Vereinbarung (vom 19. März 1815) der acht Mächte, welche den Pariser Frieden (vom 30. März 1814) unterzeichnet haben, das Datum der amtlichen Anzeige der Ankunft [4]), nur findet diese Bestimmung auf den Vorzug, welchen katholische Mächte stets übereinstimmend den päpstlichen Gesandten derselben Classe einräumten [5]), keine Anwendung [6]). Andere Rücksichten jedoch sollen nicht genommen werden, sodass z. B. ein Gesandter, welcher sich in einer ausserordentlichen Mission befindet und deshalb den Titel eines »ausserordentlichen« Botschafters u. dgl. m. führt, durchaus keinen höheren Rang einnehmen soll, als ein sog. ordentlicher Gesandter [7]), sowie auch weder verwandschaftliche Verhältnisse, noch

[1]) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 219 i. A. u. Not. a das. Heffter, a. a. O. §. 219, I.

[2]) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 219 Not. c.

[3]) Ueber derartige Verordnungen sieh. Miruss, a. a. O. §. 296 ff. Klüber, a. a. O. §. 219 Not. d.

[4]) Voy. »Réglement sur le rang entre les agens diplomatiques«. Art. IV.: »Les employés diplomatiques prendront rang entre eux, dans chaque classe, d'après la date de la notification officielle de leur arrivée.«

[5]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XIII. §. 33 (p. 250). Réal, l. c. Tom. V. chap. IV. sect. III. §. XI. (p. 762). — Von Seiten der Botschafter protestantischer Mächte geschah dies jedoch nicht; voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXI. (p. 297): »Les Ministres des Princes Protestants, qui ne considerent le Pape que comme un Souverain temporel, ne veulent point ceder au Nonce, et bien que les Ambassadeurs des Couronnes Catholiques luy cedent, comme à leur premier, ils pretendent néantmoins qu'on leur doit le mesme honneur etc.«

[6]) Vgl. das angeführte Réglement etc.: »Le présent réglement n'apportera aucune innovation relativement aux représentans du pape.«

[7]) Voy. Réglement etc. Art. III.. »Les employés diplomatiques en mission extraordinaire, n'ont, à ce titre, aucune supériorité de rang.«

andere Familien-Verbindungen auf die Bestimmung des Ranges von Finfluss sein sollen [1]).

§. 112.

Von dem Range der diplomatischen Agenten unter sich im eigenen Hause.

Modificationen treten im eigenen Hause insofern ein, als hier jeder Diplomat gewöhnlich allen anderen Diplomaten von gleichem Range mit sich, und ohne Rücksicht auf den Rang der beiderseitigen Souveräne, den Vorrang, also auch die rechte Hand (Oberhand, main, main d'honneur) einräumt [2]). Die Gesandten der zweiten Classe beobachten diese Höflichkeit auch gegen die der dritten Classe und zwar um so mehr, als unter ihnen die feierlichen Besuche sehr wenig gebräuchlich sind. Die Botschafter und Nuntien des Papstes jedoch erweisen diese Auszeichnung einem Gesandten zweiter oder dritter Classe, wenn sie von diesen eine Ceremoniel-Visite empfangen, niemals, selbst dann nicht, wenn der Hof des Gesandten niederer Classe wirklich den Vorrang vor dem Hofe des Gesandten der höchsten Kategorie hätte.

§. 113.

Von dem Range der diplomatischen Agenten dritten Personen gegenüber.

Ueber das Rangverhältniss der Gesandten zu dritten Personen an dem fremden Hofe, namentlich den Mitgliedern der Familie des Souveräns, den Staatsministern [3]), sowie anderen hohen Beamten des Staates oder Hofes, entscheiden die zwischen den beiderseitigen

[1]) Voy. Réglement etc. Art. VI.: »Les liens de parenté, ou d'alliance de famille entre les cours, ne donnent aucun rang à leurs employés diplomatiques.« »Il en est de même des alliances politiques.«

[2]) Obgleich der Römisch Deutsche Kaiser auch an seinem eigenen Hofe den Kurfürsten nie den Vorrang einräumte, so geschah dies doch von Seiten seiner Botschafter gegen die Botschafter der Kurfürsten; vgl. Miruss, a. a. O. §. 304 Not. a.; auch §. 288. Klüber, a. a. O. §. 221 Not. a. Gegen die Botschafter von Republiken haben die Botschafter der gekrönten Häupter jedoch nicht immer diese Höflichkeit beobachtet; voy. G. F. de Martens, précis. §. 209 not. a. Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XX. p. 281) erzählt von dem spanischen und dem französischen Botschafter Folgendes: »— — — ils ne cedent chez eux la place d'honneur qu'aux Ambassadeurs des Couronnes; et à celui de Venise; et non aux autres; non pas mesmes à celui de Savoye.«

[3]) Hauptsächlich ist das Rangverhältniss der diplomatischen Agenten erster Classe zu dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten immer sehr streitig gewesen, indem jene den Vorrang vor dem Minister prätendiren, während diese in neuerer Zeit immer eine höhere Stellung haben behaupten wollen. Es wird jedoch in diesem Falle, wenn man die Stellung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten als blossen Beamten ins Auge fasst, doch wohl zu Gunsten der Gesandten ersten Ranges, welche Repräsentanten ihres Souveräns sind, entschieden werden müssen. Dies ist auch der Fall zu Berlin, woselbst der Rang eines Präsidenten des Staatsministeriums bei Hofe seit längerer Zeit demjenigen des Feldmarschalls und Oberst-Kämmerers in der Art gleichgestellt worden ist, dass die Reihenfolge dieser Chargen nach dem Datum ihrer Ernennung wechselt. Der Minister-Präsident rangirt daher bei Hofe, wie alle Inländer, welche nicht zur Familie des Souveräns gehören, nach den Botschaftern,

Staaten hierüber abgeschlossenen Verträge oder die Rangvorschriften des annehmenden Staates; trotzdem liefert die Geschichte sehr viel Beispiele von Streitigkeiten in diesem Punkte des Ceremoniels, die ihre Entstehung meist übertriebenen Prätensionen und zwar vorzugsweise von Gesandten erster Classe verdankten. Die Letzteren wollen, auf Grund des ihnen gebührenden Repräsentativ-Charakters, nur Prinzen von kaiserlichem oder königlichem Geblüt den Vorrang einräumen [1]), allen übrigen Fürsten in Person [2]) dagegen, sowie den Cardinälen [3]) und sämmtlichen Hof- und Staatsbeamten nicht weichen.

Auch die Gesandten der niederen Kategorieen machen oft Ansprüche, die zu Differenzen führen und zwar erheben sie dieselben nicht allein auf Grund des ihnen beigelegten Gesandschafts-Charakters, sondern sie berufen sich dabei auf das Rangverhältniss ihres Constituenten überhaupt, sowie auf den Rang des letzteren zu dem annehmenden Souverän. Es geschieht dies vorzugsweise von kaiserlichen und königlichen Gesandten zweiten Ranges an mittleren und kleineren Höfen, sowie auch bei Republiken [4]).

behauptet jedoch den Vorrang den kleinen Fürsten gegenüber. Ein in Ansehung des Ranges der Gemahlin des Minister-Präsidenten bei Hofe entstandener Etiquettenzweifel (i. J. 1868) ist dahin entschieden worden, dass dieselbe den gleichen Rang mit den Gemahlinnen der Botschafter habe und in Folge dessen den Damen aus nichtregierenden fürstlichen oder standesherrlichen Häusern vorgehe.

[1]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 290. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 275 et suiv.). — Es fehlt indessen nicht an Beispielen, dass die Gesandten erster Classe selbst vor Prinzen von Geblüt den Vorrang hatten; voy. Wicquefort, l. c. p. 279 et suiv. — Der französische Botschafter im Haag, Graf d'Estrades, wollte i. J. 1664 nicht dem Prinzen von Oranien weichen, obgleich dieser von mütterlicher Seite der Enkel eines Königs war; vgl. Moshamm, a. a. O. §. 346. Dagegen empfing i. J. 1750 der Erbstatthalter der Niederlande, Prinz Wilhelm II. von Oranien, den ersten Besuch von dem französischen Botschafter, Marquis de S. Contest. Voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. XIV. §. V. (p. 303). J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 257. — Es ist sogar vorgekommen, dass ehedem manche Gesandte erster Classe den Rang vor den Kurfürsten und Fürsten, an welche sie abgeordnet waren, beansprucht haben; voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. I. sect. III. §. I. (p. 43). F. C. Moser, Kl. Schriften u. s. f. Bd. 7 S. 190 ff. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 290 (S. 133 Not. 1). Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 40.

[2]) Ein Beispiel dieser Art liefert der Streit, welcher i. J. 1787 zwischen dem schwedischen Botschafter zu Kopenhagen, Freiherrn J. W. von Sprengtporten und dem Prinzen Carl von Hessen, Gouverneur der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welcher mit der Prinzessin Louise, Schwester des Königs, vermählt war, und mit dem Gemahl der Prinzessin Louise Auguste, Tochter des Königs, dem Erbprinzen von Holstein-Augustenburg, entstand. Dieser Streit wurde dahin verglichen, dass der Botschafter den gedachten fürstlichen Personen den Rang einräumen solle, jedoch nur auf so lange Zeit, als kein Botschafter von einer anderen Macht am Dänischen Hofe residire und den Vorrang als Gesandter der höchsten Kategorie behaupten würde. Vgl. G. F. v. Martens, Erzählgn. Bd. 2 S. 188 ff. — Vgl. auch Derselbe, Einl. §. 207 und Not. a das.

[3]) Die Cardinäle lassen jedoch selbst im eigenen Hause den Botschaftern den Vorrang nicht (voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. p. 281), auch entschied ein päpstliches Breve v. J. 1750 diesen Streit zu Gunsten der Cardinäle; voy. Klüber, l. c. §. 222 not. c. Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. z. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 177. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 52.

[4]) Vergl. Klüber, a. a. O. §. 222 a. E. — Ueber die, in früheren Zeiten oft vorgekommenen übertriebenen Rangforderungen der Envoyés an fürstlichen Höfen sieh. G. F. v. Martens, Einl. §. 207 Not. c.

Capitel V.

§. 114.

Von den Ceremoniel-Besuchen. — Einleitung.

Wie überhaupt in Betreff des unter den Gesandten zu beobachtenden Ceremoniels, so hat es namentlich auch in Betreff der sog. Staats- oder Ceremoniel-Besuche [1]), nie an Streitigkeiten der mannigfachsten Art gefehlt [2]).

Was nun die Ordnung anbetrifft, welche man bei der Vornahme dieser Ceremoniel-Besuche zu beobachten pflegt, so richtet sich dieselbe theils nach der Kategorie des den Gesandten beigelegten Charakters und dem gegenseitigen Rangverhältniss ihrer Souveräne, theils nach der an dem annehmenden Hofe hergebrachten Etiquette. Sind diese formellen Besuche und Gegenbesuche (welche jedoch erst nach gehörig erfolgter Legitimation des neuangekommenen diplomatischen Agenten Statt finden) abgestattet, so ist der Gesandte von den übrigen an demselben Hofe residirenden diplomatischen Vertretern in seiner gesandschaftlichen Eigenschaft anerkannt.

§. 115.

Von den Ceremoniel-Besuchen der Gesandten erster Classe.

Hinsichtlich der Staatsvisiten der Botschafter gelten ziemlich allgemein folgende Regeln: der Botschafter lässt, nach erfolgter

[1]) Diese officiellen Besuche (visites d'étiquette ou de cérémonie) sind nicht mit den Privatbesuchen, welche ein Gesandter nach der Ankunft an dem Orte seiner Residenz einzelnen Mitgliedern des diplomatischen Corps etwa abstattet und bei denen keine bestimmte Form beobachtet wird, zu verwechseln.

[2]) So verlangte Frankreich früherhin, dass später angekommene königliche Botschafter dem französischen Botschafter zuerst die Etiquette-Visite abstatten müssten, da Frankreich seit unvordenklichen Zeiten im Besitze des Ranges über alle christliche Staaten (mit Ausnahme des Römisch-Deutschen Kaisers) sei. Voy. Callières, l. c. Chap. X. (p. 115 et suiv.), woselbst Beispiele. Ebenso haben oft die kaiserlichen und die königlichen Botschafter den zuletzt angekommenen Botschaftern der Republiken den ersten Besuch verweigert (voy. Wicquefort, lamb. Liv. I. sect. XXI. p. 286) und zwar hauptsächlich denen der Schweiz; voy. Wicquefort (l. c. p. 292), welcher von ihnen sagt: »On n'a garde de visiter les premiers de ces pretendus Ambassadeurs, que tous les Ministres traitent d'inferieurs, et qui effectivement ne sont point Ambassadeurs; puisqu'ils ne se couvrent point.« — Die zu Kaiserwahl- und Krönungstagen gesandten kurfürstlichen Abgeordneten verlangten, weil sie sich als daselbst heimisch betrachteten, von allen Gesandten erster Classe, ohne Rücksicht auf frühere oder spätere Ankunft, den ersten Staatsbesuch. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 227 Not. a. Sieh. auch die bei Miruss, a. a. O. §. 320 Not. b. angeführten Schriften. — Um solche Streitigkeiten zu vermeiden, hat man mitunter zu Auskunftsmitteln seine Zuflucht genommen, so u. A. auf dem Friedens-Congress zu Ryswick, wo festgesetzt wurde, dass alle Notificationen der Ankunft der Gesandten, sowie alle ceremoniellen Besuche und Gegenbesuche unterbleiben sollten. Voy. Actes et Memoires des Negociations de la Paix de Ryswick. Tom. II. p. 25 Art. I. du »Reglement touchant les Cérémonies publiques, et la Police entre les Domestiques, dressé par Monsieur le Médiateur, et agréé des Parties le 29. Mai 1697.«

Audienz, durch einen Secretär oder Cavalier der Gesandschaft [1]) den Ministern des Hofes, sowie den bei demselben beglaubigten Diplomaten, seine Legitimation bekannt machen und zugleich die Tage bestimmen, an welchen er bereit sei, dieselben bei sich zu empfangen. Die früher legitimirten Botschafter sowohl, als auch die Gesandten der niederen Rangclassen [2]) und die Staatsminister [3]) statten alsdann dem Botschafter den Ceremoniel-Besuch ab; letzterer legt sodann seine Gegenbesuche bei den Gesandten der ersten Classe und den Ministern in Person gewöhnlich in derselben Reihenfolge, in welcher er ihre Besuche empfing [4]), bei den Gesandten der zweiten und dritten Classe jedoch nur durch Vorfahren vor dem Gesandschafts-Hôtel und Abgeben seiner Karte [5]), ab.

§. 116.

Von den Ceremoniel-Besuchen der Gesandten zweiter und dritter Classe.

Die zuletzt angekommenen Gesandten der zweiten und dritten Classe machen nach ihrer Antritts-Audienz allen früher legitimirten Gesandten jeden Ranges den ersten Ceremoniel-Besuch und zwar den Botschaftern in Person, zu der von diesen anberaumten Stunde, den Gesandten der niederen Rangclassen dagegen durch Vorfahren und Visiten-Billets und in Ansehung der Zeit ganz nach Convenienz. Den Gegenbesuch erhalten sie alsdann von den diplomatischen Agenten aller Rangclassen durch Vorfahren und Karten.

Auch unter Gesandten zweiter und dritter Classe sind früher in Anlass dieser Ceremoniel-Besuche öfter Streitigkeiten vorgefallen, indem z. B. die Gesandten zweiter Classe bisweilen von denen dritten

[1]) Auch wohl durch ein amtliches Zeitungsblatt; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 43 (p. 105). — Zwischen der Notification durch einen Cavalier und der durch einen Secretär ist bisweilen ein Unterschied dahin gemacht worden, dass man die Anzeige durch einen Cavalier für vornehmer hielt. So erzählt Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XXI. p. 286) von dem französischen Gesandten auf dem Congress zu Münster, Graf d'Avaux, dass derselbe seine Ankunft den Bevollmächtigten des Kaisers und Spaniens, Graf von Nassau und Saavedra-Zapata durch Cavaliere, dagegen dem Botschafter von Venedig durch einen seiner Secretäre habe anzeigen lassen; wie Wicquefort sagt: »— — Il vouloit bien faire quelque chose de moins pour la Republique que pour les Couronnes.«

[2]) Diese jedoch nur zu der, ihnen auf ihr Ersuchen von dem Botschafter anberaumten Stunde.

[3]) Dass die Minister, namentlich der Vorstand des auswärtigen Departements, zuweilen den Botschaftern den ersten Besuch verweigern, ist bereits oben, §. 113 Not. 3 erwähnt. Ch. de Martens (g. d. Tom. I. §. 43) sagt über diesen bestrittenen Ceremonielpunkt Folgendes: »Le ministre des affaires étrangères fait — — — fait la première visite à l'ambassadeur, non-seulement en sa qualité de ministre des affaires étrangères, mais aussi au nom de son Souverain, comme un retour de la visite de présentation que celui-ci ne peut rendre en personne.«

[4]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXI. (p. 286): »Le nouveau venu y répond dès le lendemain, en la mesme manière, et dans le mesme ordre qu'il la receu.«

[5]) Visite par carte; sonst pflegte eine eigene Art eines offenen Billets hinterlassen zu werden. Vgl. G. F. von Martens, Einl. §. 205 Not. d.

Ranges den ersten Besuch beansprucht und denselben ihre Legitimation durch einen Secretär der Gesandschaft haben notificiren lassen; gegenwärtig fällt dergleichen jedoch nicht mehr leicht vor [1]).

Wenn ein Gesandter von dem Hofe, bei dem er accreditirt ist, während der Ankunft eines Botschafters abwesend ist, sei es in Geschäften seines Souveräns, sei es in eigenen, so muss er nach seiner Rückkehr dem inzwischen angekommenen Botschafter den ersten Besuch machen, da sein Officium während seiner Abwesenheit als nicht unterbrochen und er somit als früher legitimirt angesehen wird [2]).

Capitel VI.

§. 117.

Von der Hinzuziehung der diplomatischen Agenten zu Staatsfeierlichkeiten und Hoffesten [3]).

Was nun den Zutritt der diplomatischen Agenten zu Staatsfeierlichkeiten an dem fremden Hofe, sowie sonstigen daselbst veranstalteten Festen anbetrifft, so versteht es sich von selbst, dass die Gesandten denselben nicht als ein Recht fordern können [4]); räumt man ihnen aber bei solchen Gelegenheiten einen Ehrenplatz (place distinguée) ein, so ist das lediglich ein Act der Höflichkeit, den man ihnen, als Personen in öffentlichem Beruf und von besonderer Distinction, erweist [5]). Gegenwärtig ist es allgemeine Sitte

[1]) Voy. G. F. de Martens, préc. §. 208. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 43 (p. 105). — Vgl. auch J. J. Moser, Th. 3 S. 256 ff.

[2]) Hierüber entstand i. J. 1662 ein Streit zwischen dem spanischen Botschafter Don Estevan de Gamarra und dem neu angekommenen französischen, Graf d'Estrades, indem ersterer, welcher sich während der Ankunft des letzteren im Haag auf einer Reise in Brüssel aufhielt, bei der Rückkehr in seine Residenz dem Grafen d'Estrades die erste Visite verweigerte. In Folge einer Beschwerde des französischen Hofes bei dem spanischen ertheilte dieser seinem Repräsentanten den Befehl, dem französischen Gesandten den ersten Besuch abzustatten. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXI. (p. 288). Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 87—88.

[3]) Vgl. F. C. Moser, Kl. Schriften u. s. f. Bd. 1 S. 88—150.

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 118. — In dieser Beziehung entstand i. J. 1750 ein Streit zwischen Russland und Preussen, weil der russische Gesandte zu einem Fest in Charlottenburg nicht eingeladen worden war; der russische Hof glaubte daraus annehmen zu müssen, dass der preussische gegen Russland üble Gesinnungen hege; vgl. Moshamm, a. a. O. §. 338.

[5]) Am päpstlichen Hofe wurden den Botschaftern gekrönter Häupter früher bei dem feierlichen Zuge nach dem Lateran am Tage der Besitznahme (possesso) eines neuen Papstes Ehrenplätze eingeräumt. Beim Possesso Leo X. i. J. 1513 ritten sie in folgender Ordnung: erst kamen die Deputirten oder Oratori der Provinzen des Kirchenstaates, nämlich der Mark, des Patrimoniums, des Herzogthums Spoleto, der Romagna und Bolognas, hierauf die Botschafter von Florenz, Venedig, Spanien, Frankreich und dem Kaiser. Ihnen folgte der Senator von Rom, der Präfect von Rom, Herzog von Urbino, und das päpstliche Kreuz. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 473.

der Höfe, die diplomatischen Vertreter, und zwar ohne Unterschied des Ranges [1]), sowie auch die Botschafts- und Legationssecretäre [2]), zu Staatsfeierlichkeiten, als Huldigungen, Krönungen, Vermählungen, Begräbnissen u. dgl. m., sowie zu Hoffesten einzuladen [3]); auch werden ihnen in der Regel in der Hofkirche, sowie zur Zeit des Zusammentritts von Reichs- und Provinzialständen, besondere Logen zu ihrer ausschliesslichen Benutzung überlassen [4]).

Was die Zuziehung eines Gesandten zu der Tafel des Souveräns betrifft, so ist zu bemerken, dass die Etiquette mancher Höfe eine solche für die Gesandten, ohne Unterschied des Ranges, untersagte, so z. B. die des spanischen Hofes, wo überhaupt, ausser der königlichen Familie, Niemand mitspeisen durfte [5]), wogegen an anderen Höfen das Speisen an der Tafel des Souveräns auf gewisse Fälle beschränkt war, wie z. B. ehemals an den Höfen von England und Frankreich auf Vermählungsfeierlichkeiten oder feierliche Friedensschlüsse [6]).

[1]) Doch kommen Ausnahmen vor; vgl. Miruss, a. a. O. §. 319 Not. b.

[2]) Dies war auch an dem französischen Hofe zu Napoleons Zeit der Fall; voy. Klüber, l. c. §. 225 not. a.

[3]) Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 85 ff. — Einladungen zur Theilnahme an einer Reise des Souveräns sind auch nicht ungewöhnlich; vgl. F. C. Moser, Kl. Schrift. Bd. 1 S. 119. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 9 ff. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 76. — Auch kommt es vor, dass einem Gesandten zu Ehren am Hofe Festlichkeiten gegeben werden, wiewohl dies selten ist; Beisp. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 88.

[4]) Z. B. in Brüssel bei Eröffnung der Sitzungen des gesetzgebenden Körpers; voy. Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. IV. chap. I. p. 261: »Le corps diplomatique à la cérémonie, en uniforme, dans la tribune qui lui est réservée à la chambre des représentants.«

[5]) So erzählt Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XX. p. 262), dass der König von Spanien nicht ein einziges Mal den Prinzen von Wales, den er sonst sehr ausgezeichnet habe, bei dessen Anwesenheit in Madrid an seiner Tafel habe speisen lassen. Eine Ausnahme von dieser Etiquettenvorschrift geschah nur zu Gunsten des Cardinals Caraffa, Neffen Papst Paul IV., welcher mit dem König Philipp II. in Brüssel an einer Tafel speiste. Voy. Wicquefort, l'amb. p. 262.

[6]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 262). Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 75. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 82 ff. — Am Römisch-Kaiserlichen Hofe verstattete das Tafel-Ceremoniel nur dann, dass ein Gesandter zur Tafel des Kaisers gezogen werde, wenn sich eine Erzherzogin vermählte; vgl. F. C. Moser, Kl. Schrift. Bd. 1 S. 116.

Siebenter Abschnitt.

Von dem Gefolge der Gesandten.

Capitel I.

§. 118.

Von dem Gefolge der Gesandten. — Einleitung.

Mit dem Ausdruck Gefolge (suite) bezeichnet man alle die Personen, welche sich in der Begleitung des Gesandten befinden und in einem dienstlichen oder anderen Verhältniss zu demselben stehen; zu einem solchen Gefolge gehören nun aber einmal die Personen, welche von der sendenden Staatsgewalt für den Dienst der Gesandschaft angestellt sind (eigentliches Gesandschafts-Personal), sodann diejenigen, welche der Gesandte zu seinen Privatbedürfnissen in Dienst genommen hat, und endlich auch die Gemahlin, die Kinder und andere Familienglieder des Gesandten, die sich bei ihm befinden. Sie Alle nehmen an den wesentlichen materiellen Rechten der Gesandten, namentlich der Unverletzbarkeit [1]) und der Exterrito-

[1]) Diese Ausdehnung des völkerrechtlichen Schutzes auf das Gefolge ist schon im Römischen Recht anerkannt; so heisst es u. A. in den Dig. XLVIII, 6 (ad leg. Jul. de vi publ.) fr. 7: »— — Item quod ad legatos, oratores, comitesve attinebit, si quis eorum quem pulsasse, sive iniuriam fecisse arguetur.« Cf. Cic. in Verr. act. sec. Lib. I. capp. XXIV. et XXXIII. Auch war dies bei den Griechen der Fall; cf. Gentil. l. l. Lib. II. cap. XV. Marselaer, l. l. Lib. II. cap. XVI. — Voy. aussi »Déclaration des Seigneurs Etats Généraux des Pays-Bas unis, au sujet de l'inviolabilité des Ambassadeurs dans leurs Provinces, de l'année 1651«: »— — — que personne de quelle nation, qualité et dignité qu'elle puisse être, ne fasse le moindre tort, dommage et injure, soit directement ou indirectement, aux Ambassadeurs, Résidens, Agens, et autres Ministres publics des Rois, Princes et Républiques, et bien spécialement à ceux qui ont été accrédités auprès de Notre Etat, soit dans leurs propres personnes, ou à leurs Gentilshommes, officiers, gens de Livrée, Maisons, carrosses, ou en tout ce qui leur peut appartenir sans la moindre exception etc.« Abgedruckt

rialität[1]), vermöge deren sie also von der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit des annehmenden Staates befreit werden, Theil und zwar findet diese Exemtion der Angehörigen der Gesandschaft selbst dann Statt, wenn sie, bevor sie in den Dienst des Gesandten traten, Unterthanen des beschickten Staates waren[2]).

§. 119.

Fortsetzung.

In die erste Kategorie gehören in erster Reihe die Secretäre und Räthe, je nach dem Charakter, welcher dem diplomatischen Vertreter von seinem Constituenten beigelegt ist, Botschafts- oder Gesandschafts-Secretäre und -Räthe genannt, sodann die Attachés, Dollmetscher und Uebersetzer, sowie ein Gesandschafts-Canzler[3]), ferner auch wohl ein eigener Beamter für den Depeschendienst, ein Canzlei-Director, Canzellisten, Schreiber, Gesandschafts-Commis (employés), Practicanten, ein Gesandschafts-Fourier, ein Herold[4]), ein Zahlmeister, Couriere und Canzlei-Diener und endlich der Gesandschafts-Prediger für den Gottesdienst in der eigenen Hauscapelle[5]), sowie der Gesandschafts-Arzt[6]). Auch gehören hierher die von dem sendenden Souverän für den Prunk-

bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1 S. 343. Cf. Leyser, l. l. Vol. X. spec. 571 med. 5 (p. 895—900). Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVII. (p. 384).

[1]) Vgl. Resolut. Gener. Staat. 9. Sept. 1679: »Dat de Personen, Domestiquen of goederen van uytheemsche Ambassadeurs of Ministers, hier te lande komende, residerende of passerende, ende eenige schulden contracterende nog op hare aankomste, nog gedwiende haar verblyf, nog op haar vertrek van hier, sullen mogen werden gearresteert, gedetineert, of aangehouden voor eenige schulden, die sy alhier te lande souden mogen hebben gecontracteert, en dat de Ingesetenen hare onderhandelinge met de voorschr. uytheemsche Ambassadeurs en hare Domestiquen daar na konnen reguleren.« Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. IX. §. 2 not. 1. Deutscher Text der Verordnung bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 1. S. 346.

[2]) Dies ist bei den Gesandten bekanntlich nicht der Fall; vgl. oben, §. 85, 1. Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XV. §. 5: »— — quoi que celui qui est entré au service d'un Ambassadeur fût auparavant nôtre sujet, il cesse dès-lors de l'être, et il passe sous la même Jurisdiction, que son Maître.« Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 422): »— — si le Souverain permet, que son sujet se mette au service d'un Prince, ou d'une autre personne qui ait Jurisdiction sur tous ceux qui sont à son service, il les abandonne aussi à cette Jurisdiction estrangere.« Heffter, a. a. O. §. 221 (S. 376). A. M. ist Römer, a. a. O. S. 390.

[3]) Solche Canzler sind in der Regel den bei der Hohen Pforte und einigen anderen aussereuropäischen Staaten beglaubigten Gesandten, sowohl ersten als zweiten Ranges, denen eine vollständige Gerichtsbarkeit über ihr Gefolge eingeräumt ist, beigeordnet; vgl. oben, §. 92 Not. 3. — In früherer Zeit befanden sich Canzler meistens im Gefolge der Botschafter; vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 305 Not. 5.

[4]) Ein solcher wurde i. J. 1705 dem englischen Gesandten, welcher den Beschluss des Parlaments über die Thronfolge dem kur-braunschweigischen Hof zu notificiren beauftragt war, beigegeben; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 146.

[5]) Aumônier d'ambassade; dieser jedoch nur dann, wenn die Religion, zu welcher der Gesandte sich bekennt, in dem fremden Staate nicht geübt wird oder für den Cultus derselben an dem Orte eine Kirche nicht vorhanden ist; vgl. oben, §. 71—74.

[6]) Dies ist jedoch sehr selten; vgl. Klüber, a. a. O. §. 189.

dienst der Gesandschaft angestellten Personen von vornehmer Herkunft, die man jedoch nur bei Ceremoniel-Gesandschaften findet, auch in der Regel nur dann, wenn der Chef derselben zu der ersten Classe gehört[1]); sie sind dazu bestimmt, Ehrendienste bei der Gesandschaft zu versehen um derselben einen grösseren Glanz zu verleihen. Unter ihnen sind zu erwähnen die Gesandschafts-Cavaliere[2]), Pagen[3]) oder Edelknaben[4]), der Gesandschafts-Marschall und der Gesandschafts-Stallmeister[5]).

In die zweite Kategorie gehören alsdann alle im Privatdienste des Gesandten befindlichen und von ihm besoldeten Personen, als der Privat-Arzt, der Privat-Secretär[6]) und der Hauslehrer, ferner seine Hausofficianten, z. B. Haushofmeister (maître d'hôtel), Stallmeister, Bereiter, Kammerdiener, Kellermeister[7]), Thürsteher (portier) und schliesslich die Livrée-Diener, als Läufer, Köche, Kutscher, Stallknechte u. dgl. m.[8]).

[1]) Doch kommt bisweilen ein solches Gefolge auch bei Gesandten der zweiten Classe vor; vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 305 Not. 1.

[2]) Gentilshommes d'ambassade; voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 7 (p. 200). J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 136. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 150.

[3]) Voy. Bielfeld, l. c. §. 8 (p. 201).

[4]) Beisp. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 153. — Die Cavaliere werden nicht immer besoldet, die Pagen aber mitunter von dem Gesandten angenommen und besoldet.

[5]) Voy. Bielfeld, l. c. §. 9 (p. 201): »— — — au Maréchal d'Ambassade, et un Ecuïer Gentilhomme, le premier pour diriger toute sa Maison, et pour en faire les honneurs, et le second pour avoir l'intendance de l'Ecurie, des Chevaux et des Equipages, comme aussi pour figurer aux entrées et aux autres cérémonies publiques.« — Marschall und Stallmeister kommen jedoch nur bei feierlichen Botschaften, z. B. zu Friedenscongressen, Kaiserwahlen und dgl. m., vor. Eine am 9. December 1483 erlassene Verordnung untersagte den venetianischen Gesandten, mehr denn zwölf Pferde und zwei Stallmeister mit sich zu führen. Die Reisen damaliger Zeit wurden ziemlich langsam zu Pferde gemacht, und der grössere oder geringere Aufwand hierbei wurde natürlich durch die persönlichen Verhältnisse jedes Einzelnen, durch die Stellung, die er einnahm und durch die Entschädigung, die ihm gewährt ward, bedingt. Ausser bei feierlichen Gesandschaften pflegten die Einrichtungen äusserst einfach zu sein; gemäss einer Vorschrift des Grossen Raths zu Venedig, vom 24. Februar 1293, durften die Gesandten sogar nicht mehr als ein Pferd mit sich führen. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 464 ff.

[6]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 138. Bielfeld (l. c. §. 6 p. 200) nennt sie Secrétaires Domestiques.

[7]) Oder »Schaffner (sommelier)«, dem die Aufsicht über das Tafelgeräth u. w. d. a. übertragen ist.

[8]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 10 (p. 201). — Von den Livrée-Bedienten erzählt J. J. Moser (Beitr. Th. 4 S. 240), dass dieselben, wenn sie hinter der Kutsche ständen, das Recht hätten, in der Hand einen Stock zu halten oder auch emporzuheben; es sei dieses an manchen Orten das Kennzeichen eines gesandschaftlichen Wagens. — Rücksichtlich der Wahl der Dienerschaft eines Gesandten macht Friedr. Kölle (Betrachtungen über Diplomatie. Stuttgart und Tübingen 1838, 8. S. 145) folgende treffende Bemerkung: »In der Wahl seiner Diener muss der Diplomat mit der grössten Vorsicht zu Werke gehen. Man beurtheilt den Herrn nach ihnen, und an sie wendet die Polizei sich zuerst und oft nicht vergebens. Der Botschafter einer grossen Macht sollte in seiner Wohnung, wie die römischen Cardinäle, eine geheime Thür haben. Zum Kammerdiener möchte gerathen sein einen Deutschen, zu Livréedienern Engländer, zur Küche Franzosen, zur Conditorei Italiener zu nehmen, den Stall sollten Slaven besorgen, und am täglichen kleinen Tische wäre Bedienung durch einen Taubstummen die zweckmässigste; bei grossen Mahlen möchten alle Diener ohne Gefahr zuhören.«

Von der Gemahlin, den Kindern und übrigen Familiengliedern des diplomatischen Vertreters wird weiter unten die Rede sein.

§. 120.

Schluss.

Je nach dem Charakter, welcher dem Gesandten verliehen worden und nach äusseren Umständen pflegt das Gefolge desselben ein mehr oder weniger zahlreiches zu sein; in der Regel haben nur die zu der ersten Rangclasse gehörenden diplomatischen Agenten ein so verschiedenartiges Büreau-Personal in ihrem Gefolge, wie in dem vorhergehenden Paragraphen erwähnt wurde, wogegen das bei den Gesandten zweiten Ranges zur Unterstützung in den gesandschaftlichen Geschäften angestellte Personal sich meistens auf einen oder zwei Legations-Secretäre oder Legations-Räthe beschränkt. Die lediglich für das Ceremonielfach angestellten Personen vom Stande aber befinden sich ausschliesslich im Gefolge von Gesandten der höchsten Kategorie [1]).

Ehedem, wo man durch ein prunkhaftes Auftreten zu imponiren glaubte, hatten die Gesandten erster Classe gewöhnlich ein sehr zahlreiches und glänzendes Gefolge [2]); die Wahl und Bestimmung der Anzahl des Gefolges muss natürlich dem absendenden Souverän überlassen bleiben, jedoch steht es dem fremden Staate unzweifelhaft frei, die Annahme eines Gesandten, dessen übertrieben zahlreiches Gefolge ihm aus irgend welcher Ursache Bedenken erregt, zu verweigern. Wegen der meist unausbleiblichen Collisionen von Personen des Gefolges mit den Ortsbehörden, ist man denn schon früh bemüht gewesen, solchen grossen Gefolgschaften, hauptsächlich aus polizeilichen Rücksichten, durch Verordnungen Grenzen zu setzen [3]); heutzutage werden die Gesandschaften nicht leicht mit

[1]) Höchstens mit Ausnahme der Gesandschafts-Cavaliere; vgl. den vorhergehenden §. und Not. 1 (S. 131) das.

[2]) So verweigerte i. J. 1610 der Gouverneur von Bordaux dem, in Anlass des Todes Heinrich IV. von dem König von Spanien an Ludwig XIII. gesandten Botschafter, Herzog von Feria, den Einlass in die Stadt, »weil er eine kleine Armee von Bedienten mitbrachte.« Vgl. Scheidemantel, a. a. O. Art. Abgesandter (§. 6 Nr. 7). — So bestand das Gefolge des von dem Grossfürst Alexis Mikhail von Moskau i. J. 1650 nach Polen abgeordneten Gesandten aus 600 Personen (cf. Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 51) und ein Persischer König schickte i. J. 1741 einen Gesandten an den Kaiser von Russland, der von einem Gefolge von 2000 Mann begleitet war (vgl. Scheidemantel, a. a. O.). Der Marschall de Belle-Isle, französischer Botschafter auf dem Wahltage zu Frankfurt i. J. 1741, hatte ein Gefolge von 40 Cavalieren, einer grossen Anzahl Hausofficianten, Domestiken und Livrée-Bedienten. Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 53 ff. Andere Beispiele bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 146. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 147 ff. Lünig, Hist.-Polit. Schaupl. Th. 1 S. 746 ff.

[3]) So z. B. »Aurea Bulla. Oder Güldene Bull, Käysers Carl des Vierdten, im Jahre 1356 zu Nürnberg und Metz aufgerichtet, sowohl nebst der Alt- als Hoch-Teutschen Uebersetzung.« Cap. I. »Debet autem unusquisque Princeps Elector, vel sui Nuncii, predictam Civitatem Frankenford cum ducentis equitaturis tantummodo prefate

einem so glänzenden Gefolge ausgestattet werden, insonderheit nicht in Staaten, in welchen Reichs- oder Landstände die zur Entfaltung solchen Pompes erforderlichen Kosten zu bewilligen haben.

Nach dem Gebrauche mancher Länder reichen die fremden Gesandten nach ihrer Ankunft dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein Verzeichniss der zu ihrem Gefolge gehörenden Personen ein und zeigen ihm die während der Gesandschaft eintretenden Veränderungen an [1]).

In älteren Zeiten war es auch gebräuchlich, dass die Gesandten von einem militärischen Gefolge begleitet waren [2]), dies kommt jetzt nur noch höchstens bei Ceremoniel-Gesandschaften europäischer Mächte an aussereuropäische Staaten vor [3]).

Capitel II.

§. 121.

Von den Secretären der Gesandschaft.

Zu den wichtigsten [4]) Personen des gesandschaftlichen Gefolges gehören die Gesandschafts-Secretäre [5]); sie werden dem Gesandten

Electionis tempore introire, in quorum numero quinquaginta tantum armatos, vel pauciores, introducere secum poterit, sed non plures.« Abgedruckt bei Lünig, Teutsch. Reichs-Archiv. Pars general. Th. 1 S. 1—17. Altdeutsche Uebersetzung, S. 17—33; hochdeutsche Uebersetzung, S. 34—53.

[1]) Voy. Bynkershoek, l. c. chap. XV. §. 9 à la f. G. F. v. Martens, Einl. §. 216 Not. a. Moshamm, a. a. O. §. 155 Not. 10. Klüber, l. c. §. 188 not. b. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 49 not. 1 (p. 115).

[2]) Vgl. oben, §. 106 Not. 5, woselbst mehrere Beispiele und Stellen angeführt sind. Verboten wurde das militärische Gefolge in der »Wahlcapitulation Kaiser Leopold II. vom 30. September 1790«, Art. 28 §. 2: »Der Kayser wolle, zu Verhütung allerhand Simultäten und daraus entstehender gefährlicher Weiterung, nicht zulassen, dass auswärtiger Gewälte Bottschaften an seinem Kayserlichen Hof oder bei Reichsdeputationen, oder anderen öffentlichen Conventen, mit bewehrter Garde, zu Ross oder Fuss, auf der Gassen und Strassen aufziehen und erscheinen mögen.« Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 143. Scheidemantel, a. a. O. §. 6 Not. 7. G. F. v. Martens, Einl. §. 198 Not. b. Miruss, a. a. O. §. 326 Not. b.

[3]) So hatte, wie Schmelzing (a. a. O. §. 305 Not. 11) berichtet, der i. J. 1817 von Russland nach Persien geschickte ausserordentliche Botschafter, General Yermeloff, ein glänzendes Gesandschafts-Personal, eine ansehnliche militärische Begleitung und ein bedeutendes Privatgefolge.

[4]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 2 (p. 198): »Secrétaire d'Ambassade, ou de Légation. C'est, après le Ministre même, le premier personnage de l'Ambassade sur lequel roule la plus grande partie de l'ouvrage etc.« Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 94: »Da der Gesandte mehrmalen nur der Zeiger an der Uhr ist, das meiste alsdann aber auf einen ihme zugegebenen tüchtigen Legations-Secretarium ankommt.« Vgl. auch Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 47.

[5]) Voy. Sarraz du Franquesnay, l. c. Liv. I. chap. XII. (p. 86 et suiv.). Bei den Gesandschaften der ersten Rangclasse »Botschafts-Secretäre (secrétaires d'ambassade)«, bei denen zweiten oder dritten Ranges »Gesandschafts- (oder Legations-) Secretäre (secrétaires de légation)« genannt, bisweilen auch mit dem Titel Legations-

beigeordnet, um ihn in der Ausübung der gesandschaftlichen Angelegenheiten und zwar sowohl der schriftlichen als auch der mündlichen zu unterstützen, und ihre Anstellung und Besoldung geschieht meistens, wie die des Gesandten selbst, durch den absendenden Staat [1]).

Die Verrichtungen, denen sie sich im Auftrage ihres Chefs zu unterziehen haben, bestehen nun z. B. in dem Entwerfen von Schriften aller Art, dem Chiffriren und Dechiffriren von Depeschen, der Aufnahme von Protokollen, dem Visiren und Ausstellen von Pässen, der Führung des gesandschaftlichen Tagebuches, Verwahrung und Verwaltung des Gesandschafts-Archivs, sodann in der Uebernahme von mündlichen Berichten an den Minister des Aeusseren in dem fremden Lande, oder an andere auswärtige Gesandte daselbst, auch in dem Abstatten von Ceremoniel-Besuchen u. dgl. m. Sie werden dem Minister des auswärtigen Amtes von dem Gesandten meistens in Person vorgestellt, oder doch durch ein schriftliches Zeugniss ihrer Anstellung, welches sie selbst überreichen, bekannt gemacht; im Fall der Verhinderung oder Abwesenheit hat der Gesandte, sobald seine Regierung nicht das Gegentheil angeordnet hat, die Befugniss, sich den Secretär zu substituiren, der alsdann den Titel eines Geschäftsträgers anzunehmen pflegt [2]) und in dieser Eigenschaft alsdann ordnungsmässig bevollmächtigt und beglaubigt wird. Er kann dann zu Conferenzen hinzugezogen werden, sowie Aufsätze aller Art, als Noten, Memoiren u. s. f., die von dem Gesandten unterzeichnet sind, überreichen, allein, ob er von ihm selbst unterschriebene Schriften überreichen könne, ist, selbst für den Fall

Rath. Nach dem Vorgange Frankreichs besteht in manchen Staaten, hauptsächlich in Russland und Grossbritannien, eine Eintheilung der Botschafts- und Legations-Secretäre in zwei Classen. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 47. — Der Secretär, welcher die legati a latere und die Nuntien begleitet, führte früherhin den Titel datario (Canzlei-Vorstand) und, wenn ihrer mehrere waren, so hiessen die auf den datario folgenden: subdatarii. Dieses Amt versahen meistens sehr angesehene Personen, so war i. J. 1625 der als Legat von Papst Urban VIII. nach Frankreich gesandte Cardinal Franz Barberini von Joh. Bapt. Pamfili begleitet, welcher später (i. J. 1644) als Innocenz X. den Päpstlichen Stuhl bestieg. Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 5 (p. 200). — Gegenwärtig heissen die Secretäre bei den Päpstlichen Gesandschaften Auditoren (auditores nunciaturae). Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 157. Cussy, l. c. Art. Auditeur. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 47 not. 1 (p. 111).

[1]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 2 (p. 198): »C'est un abus de remettre au Ministre, qui part le soin de se pourvoir lui-même d'un Secrétaire d'Ambassade. Le Département des Affaires Etrangères doit le lui donner de la part du Souverain, et faire choix, pour un emploi d'aussi grande confiance, d'un Sujet habile, laborieux et fidèle à toute épreuve.«

[2]) Beisp. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 602 ff. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 461 ff. — Bei den englischen Gesandschaften kommt es vor, dass der erste Gesandschafts-Secretär in Abwesenheit des Gesandten dessen Geschäfte unter dem Titel eines bevollmächtigten Ministers wahrnimmt; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 47. — Auch bei den Botschaften der Niederlande kommt dies vor, der erste Secretär führt alsdann den Titel Eerste Secretaris van Ambassade en Gevolmagtigd Minister; cf. Snouckaert van Schauburg, l. l. pp. 24 et 40. — Bei den Nunciaturen nehmen die Auditoren in solchem Falle den Titel Internuncius an.

seiner Bevollmächtigung als interimistischer Geschäftsträger, nicht immer unbestritten gewesen [1]).

In der Regel erhalten die Secretäre keine eigenen Instructionen [2]), sondern sind den Anweisungen des Gesandten unterworfen; vertritt der Secretär jedoch aus irgend einer Ursache des Gesandten Stelle, so wird er entweder auf die jenem ertheilte Instruction verwiesen, oder es muss ihm eine besondere Instruction gegeben werden.

Gleichwie die diplomatischen Agenten, stehen auch die Gesandschafts-Secretäre unter dem besonderen Schutz des Vökerrechts und geniessen gleichfalls das Vorrecht der Exterritorialität [3]), doch können sie auf den Genuss eines bestimmten Ceremoniels keinen Anspruch machen; sie werden gewöhnlich bei Hofe vorgestellt und dann auch bei Hoffestlichkeiten vorzugsweise mitberücksichtigt [4]).

§. 122.

Von den Räthen und Attachés der Gesandschaft.

Wie bereits erwähnt, befinden sich bisweilen unter den Secretären auch Gesandschafts-Räthe [5]) in dem Gefolge eines diplomatischen

[1]) Streit dieserhalb i. J. 1778 auf dem Reichstage zu Regensburg; vgl. Miruss, a. a. O. §. 198. Voy. aussi Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 47. — Bei der ehemaligen Deutschen Bundes-Versammlung hatten die Gesandschafts-Secretäre selbst in Abwesenheits- oder sonstigen Verhinderungsfällen der Bundestags-Gesandten auch dann, wenn sie in anderer Hinsicht deren Functionen interimistisch versahen, nicht das Recht, den Sitzungen der Bundesversammlung beizuwohnen; der Gesandte musste sich vielmehr in diesem Falle, behufs der Stimmabgabe, durch einen seiner Collegen vertreten lassen. Vgl. Miruss, a. a. O. Anhang. Von dem Gesandschafts-Recht des deutschen Bundes. §. 405. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 47 not. 2 (p. 112).

[2]) Die venetianischen Legations-Secretäre, welche J. J. Moser (Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 46) als »bekanntlich vielbedeutende Personen und Controlleurs ihrer Gesandten« bezeichnet, bekamen ihre besonderen Instructionen; vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 388. Ebenso erhielt der bekannte Chevalier d'Eon, als Secretär bei der französischen Gesandschaft am russischen Hof, eine besondere Instruction; vgl. J. J. Moser, a. a. O. S. 47, auch ebds. S. 292. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 388.

[3]) Vgl. oben, §. 64.

[4]) Doch kommen hierin Abweichungen, je nach der Etiquette der einzelnen Höfe, vor; vgl. oben §. 109 Not. 8 und §. 117 Not. 2. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 227. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 58. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 3. (p. 198): » — — — le Ministre doit le présenter, s'il est Gentilhomme, au Souverain, à la Cour et au Ministère; et s'il ne l'est pas, au Ministère seul etc.« — Nach Réal (l. c. Tom. V. chap. I. sect. IV. §. VIII.) zählt das Römische Ceremoniel die Secretäre (»avec raison«) unter die öffentlichen Minister. Dieser Ansicht treten auch Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. V. p. 68) und Vattel (l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 122) bei, letzterer sagt: »— — — le Sécrétaire de l'Ambassade tient sa Commission du Souverain lui-même; ce qui en fait une espèce de Ministre Public, qui jouït par lui-même de la protection du Droit des Gens et des Immunités attachées à son état, indépendamment de l'Ambassadeur etc.« Voy. au contr. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 3 (p. 198), der diese Ansicht mit Recht als irrthümlich bezeichnet.

[5]) Conseillers d'ambassade, c. de légation. Sie dürfen nicht mit den Titular-Legationsräthen, von denen im vorhergehenden Paragraphen (Not. 5) die Rede war, verwechselt werden. — In Preussen waren ehedem immer zehn junge Leute von Stande, die den Titel »Gesandschafts-Rath« führten, dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zur Beschäftigung überwiesen, um auf die Art den Gang aller sich auf das Auswärtige beziehenden Staatsgeschäfte kennen zu lernen. Sie bekamen zu dem Zweck

Vertreters. Sie theilen sich in der Regel, wenn über ihre Beschäftigung keine besonderen Verfügungen getroffen sind, mit den Secretären in die gesandschaftlichen Geschäfte, welche diese sonst allein auszurichten haben.

Gleich den Secretären werden auch die Räthe gewöhnlich dem Minister des Aeusseren von dem Gesandten persönlich präsentirt; rücksichtlich ihrer gesandschaftlichen Vorrechte und des Ceremoniels gilt dasselbe, was in Bezug auf die Secretäre gesagt worden [1]).

Sehr gebräuchlich ist es gegenwärtig, den Gesandschaften sogenannte Attachés beizugeben, junge Leute, die, ohne eine Besoldung zu beziehen, an den gesandschaftlichen Geschäften Theil nehmen, um sich auf diese Weise für die diplomatische Laufbahn practisch vorzubereiten [2]).

§. 123.

Von den Dollmetschern und Uebersetzern der Gesandschaft.

Die Dollmetscher [3]) befinden sich heutzutage fast nur noch im Gefolge der bei der Hohen Pforte und anderen muselmännischen Staaten beglaubigten diplomatischen Agenten, sowie bei den von diesen Staaten an europäische Mächte abgeordneten Gesandschaften. Ihre Aufgabe ist, das, was bei einer Unterredung zweier, verschiedene Sprache redender Personen von der einen zu der anderen gesprochen wird, zu übersetzen, zu welchem Zweck der Dollmetscher den Gesandten in die Audienzen, Conferenzen u. w. d. a. begleitet. Die Dollmetscher sind in der Türkei unerlässlich, da die Minister des Grossherrn keine andere Sprache als die ihrige verstehen und auch Verträge in anderen Sprachen nicht zulassen [4]). Da die Dollmetscher von allen, auch den wichtigsten Staatsangelegenheiten Kenntniss erhalten, so muss bei der Wahl von Personen zu diesem Amt die grösste Vorsicht beobachtet und namentlich darauf gesehen

u. A. Depeschen abzufassen, welche sodann von einem der Staatsräthe oder Staatssecretäre, unter deren Leitung sie sich befanden, revidirt und corrigirt wurden. Näheres über diese Schöpfung Friedrich d. Gr. sieh. bei Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. III. §. 29 (p. 75).

1) Vgl. oben, §. 121 a. E. — Beisp. der Abschieds-Audienz eines Gesandschafts-Rathes bei der Kaiserin von Russland i. J. 1765 sieh. bei Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 57.

2) Vorzugsweise bei den österreichischen Missionen zu Constantinopel führen solche angehende Diplomaten den Titel élève. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 49 not. 2 (p. 114). — Die Attachés, welche i. J. 1826 die an den Sultan abgeordnete niederländische Gesandschaft begleiteten, führten den Titel »Edelmans bij de Ambassade«; sie waren nicht etwa, wie man aus der Bezeichnung »Edelmans« wohl schliessen könnte, für den Ceremonieldienst bestimmt. Cf. Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 43.

3) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 143, Th. 4 S. 608—612. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 157, Th. 4 S. 239. Deutsches Museum S. 242.

4) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. III. (p. 33).

werden, dass man einer unbedingten Verschwiegenheit ihrerseits gewiss sein kann [1]).

Die im Dienste der Ottomanischen Pforte stehenden Dollmetscher, welche bei Unterredungen mit den auswärtigen Gesandten zu fungiren haben, werden im Orient, besonders in der Türkei »Dragomans« [2]) genannt; dieses Amt wurde bis zur griechischen Revolution i. J. 1821 ausschliesslich von griechischen Christen versehen und es bahnte oft den Weg zu Hospodar- und anderen höheren Stellen in den Donaufürstenthümern.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass bei manchen Gesandschaften ein eigener Uebersetzer (secrétaire interprète) angestellt ist.

Capitel III.

§. 124.

Von den Courieren. — Einleitung.

Zur Beförderung solcher Briefschaften von und an Gesandschaften, welche der Wichtigkeit wegen eine so grosse Sicherheit und Eile erfordern, wie sie die Postanstalten nicht würden gewähren können, bedient man sich der Couriere [3]) oder Eilboten [4]); sie werden in ordentliche, d. h. solche, welche zu bestimmten Zeiten an gewisse Orte abgeschickt werden [5]), und in ausserordentliche, d. h. solche, welche nur dann abgehen, wenn es die Umstände erheischen, eingetheilt.

[1]) In Paris besteht eine Schule für orientalische Sprachen, aus deren Zöglingen die für die französischen Missionen im Orient erforderlichen Dollmetscher ausgewählt werden; diese Zöglinge heissen Jeunes de langue.

[2]) Auch drogman, truchement; druggerman, trudgman, truchman. Das Wort drogman ist das türkische tergiman, tergiuman, von dem Zeitwort tergime, übersetzen. Das Amt eines solchen Uebersetzers heisst tergiumanlik. Cf. Thesaur. Ling. oriental. Turcic., Arabic., Persic. cett. Opera typis et sumtibus Francisci à Mesguien Meninski, Vienne 1680. Fol. Lit. T. Im Arabischen heisst der Dollmetscher tardjamannu, tardjumannu und tordjumannu, von dem Zeitwort tarhhama, übersetzen, auseinandersetzen. Cf. Georg. Wilh. Freytagii Lexicon Arabico-Latinum cett. — Tom. I. Lit. T.

[3]) Courriers; bei den Italienern Cavallari oder Fanti genannt.

[4]) Vgl. Friderich Carl Moser, Der Courier, Nach seinen Rechten und Pflichten; in dessen Kleinen Schriften u. s. f. Bd. 4 S. 178—477.

[5]) So sandte ehemals der französische Hof alle acht Tage einen Eilboten nach dem Norden, welcher bis nach Berlin oder Hamburg ging, und einen nach dem Süden, dessen Reiseziel Spanien war; sie wurden »Courriers de Semaine« genannt. Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. III. §. 25 (p. 73); chap. XI. §. 16 (p. 205): »Le fameux Courier François, nommé Baunier, voloit comme un éclair d'un bout de l'Europe à l'autre; et on le croyoit encore à Lisbonne, qu'il était déjà à Petersbourg.«

Ferner unterscheidet man Staats- oder Cabinets-Couriere [1]), Feld- oder Armee-Couriere und endlich Land- und See-Couriere [2]).

§. 125.

Fortsetzung.

Mit dem Ausdruck Staats- oder Cabinets-Courier bezeichnet man diejenigen, welche von dem Souverän selbst, oder doch mit dessen Vorwissen, mit der Beförderung von Briefschaften an fremde Höfe und diplomatische Agenten beauftragt werden; sie sind zu diesem Zweck in Pflicht genommen und beziehen entweder einen bestimmten Jahrgehalt oder erhalten eine Vergütung nach Verhältniss der auf der Reise von ihnen zurückgelegten Meilenzahl [3]). Auch tragen sie, um leicht kenntlich zu sein, bisweilen eine eigene Amtskleidung [4]), oder irgend ein anderes äusseres Abzeichen, wie z. B. auf der Brust ein mit dem Wappen des Souveräns versehenes Schild (plâque), woher die Schild-Couriere ihren Namen führen.

Die Feld- oder Armee-Couriere werden hauptsächlich im Kriege zur Ueberbringung von Befehlen des Souveräns oder der obersten Militär-Behörde an die im Felde commandirenden Generale verwandt; auch werden den letzteren in der Regel einige zur Dienstleistung beigegeben.

§. 126.

Schluss.

Was nun die Person anbetrifft, so bedient man sich zum Courierdienste nicht nur eigener dazu bestimmter Leute, wie z. B. der Staats- oder Cabinets-Couriere, sondern auch anderer Staatsdiener und zwar sowohl vom Civil-, als vom Militär-Stande [5]), ferner

[1]) Die an manchen Höfen statt dieses Ausdruckes gebräuchliche Bezeichnung »Hof-Courier« bedeutet meistens dasselbe; bisweilen jedoch werden darunter diejenigen Eilboten verstanden, welche der auf Lust- oder Jagdschlössern sich aufhaltende Hof behufs Ueberbringung der in der Residenz eingegangenen Briefschaften unterhält. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 179.

[2]) Ueber die See-Couriere sieh. F. C. Moser, a. a. O. Anhang. Von den Paquet-Boots und Avis-Schiffen, oder den Couriers zur See. S. 478—510.

[3]) Zu Kaiser Leopolds Zeiten waren an dem Kaiserlichen Hofe vier Cabinets-Couriere angestellt, davon jeder eine jährliche Besoldung von 180 Gulden bezog; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 480. — In England sind gegenwärtig fünfzehn solcher Couriere (Queens Messengers) für den auswärtigen Dienst angestellt; man nimmt zu solchen Stellen meist gediente Officiere. Sie erhalten ein jährliches Gehalt von 400 Pf. St., Vergütung ihrer jeweiligen Reisespesen und ausserdem 1 Pf. St. pr. Tag, wenn sie auf Reisen sind.

[4]) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 190. — Das in Preussen bestehende, militärisch organisirte reitende Feldjäger-Corps, dessen Mitglieder im Frieden zu Courierreisen und im Kriege zu Colonnenjägern bei den befehligenden Generalen benutzt werden, trägt eine Uniform. Auch Russland besitzt solche Feldjäger als ein eigenes Corps zum Eilbotendienst.

[5]) Das letztere ist namentlich im Kriege der Fall. — Die preussischen Gesandten am russischen Hofe erhielten im vorigen Jahr-

Hofbeamten, nicht in Diensten stehender Personen von Distinction [1]) und auch Privatdiener [2]). Bei der Wahl zu solchem Posten sind Beschaffenheit der auszurichtenden Geschäfte sowohl, als auch des Ortes, an welchen der Eilbote gesandt wird, entscheidend; zur Ueberbringung besonders wichtiger Nachrichten, vorzugsweise mündlicher, nimmt man häufig Gesandschafts-Secretäre [3]), ja im Jahre 1668 wurde sogar der portugiesische Resident im Haag von dem dortigen Botschafter Portugals nach Lissabon abgeschickt, um eine Nachricht von grosser Wichtigkeit an den König Peter zu überbringen [4]).

Die Couriere dieser Kategorie werden nicht besoldet, sondern die von ihnen geleisteten Dienste, je nach ihrem Rang und sonstigen persönlichen Verhältnissen, auf verschiedene Art, z. B. durch Geld- oder andere Geschenke, auch wohl durch eine sogleich erfolgende Beförderung [5]), belohnt.

§. 127.

Von den Courieren in Friedenszeiten.

I. Von den Vorrechten derselben.

Sowie die durch die gewöhnlichen Verkehrsanstalten beförderten Briefe im Allgemeinen und die gesandschaftliche Correspondenz im Besonderen den grössten Anspruch auf Unverletzlichkeit haben, die Nichtachtung der Heiligkeit des Briefgeheimnisses aber eine offenbar völkerrechtswidrige Handlung ist, so geniessen auch insbesondere die Eilboten in Friedenszeiten auf amtlichen Land- und Seereisen, für ihre Person und die bei sich führenden Briefschaften [6]), in allen

hundert ihre Depeschen stets durch Offiziere. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 183. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 619. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 543. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 301.

[1]) So schickte i. J. 1768 der russische Botschafter in Polen einen jungen Fürsten von Repnin mit Depeschen nach Petersburg; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 618.

[2]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 545. F. C. Moser, a. a. O. S. 182. — In Frankreich benutzten die italienischen Gesandten zur Beförderung der Depeschen die poste royale, wenn die Zeit des Abganges derselben ihnen gelegen war. Häufig bedienten sich die Florentiner der Correspondenz der Handelshäuser und Wechsler, welche ziemlich lebhaft war, und trugen dann wohl die Hälfte der Kosten. Als Macchiavelli i. J. 1500 in Frankreich war, sandte er seine Depeschen gewöhnlich an das Handlungshaus Dei zu Lyon, durch welches sie weiterbefördert wurden. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 481 ff. u. Not. 1 das.

[3]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neust. Europ. Gesandsch.-Recht S. 301.

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 182.

[5]) Eine solche Art der Belohnung findet z. B. bei Offizieren Statt, welche als Courier die Nachricht eines erfochtenen Sieges überbracht haben. — Beisp. von Belohnungen der verschiedensten Art sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 472—477. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 305.

[6]) Voy. Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. IX. §. 123: »Les Courriers — — —, ses papiers, ses Lettres et Dépêches sont autant de choses qui appartiennent essentiellement à l'Ambassade, et qui doivent par conséquent être sacrées etc.« — Doch sind Ausnahmen unter Umständen unzweifelhaft statthaft; voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 50: »Cette inviolabilité accordé aux courriers n'empêche point cependant que dans les occasions urgentes, lors de la

Staaten den höchsten Grad der Unverletzbarkeit [1]); jede der Person des Couriers zugefügte Gewaltthätigkeit wird daher als eine grobe Verletzung des Völkerrechts angesehen, mag dieselbe in dem Gebiete des Staates, in welchem der Gesandte, an welchen der Courier bestimmt war, residirt, geschehen sein, oder auf der Durchreise in dem Gebiete einer dritten Macht [2]).

Hat sich der Courier durch äussere Abzeichen, z. B. einen Brustschild [3]), oder durch gültige Pässe [4]) als solchen ausgewiesen, so bevorzugt man ihn vor anderen Reisenden, sorgt dafür, dass auf den Stationen kein zeitraubender Aufenthalt entsteht, mit einem Worte, man sucht seine Reise in jeder Weise zu befördern, zu dem Ende muss ihm auch Jeder ausweichen, der ihm begegnet und er kann auf jeder Station des eigenen Landes einen baaren Vorschuss verlangen. Seine Effekten sind selten der Durchsuchung unterworfen [5]) und hier und da ist er sogar von den gewöhnlichen Abgaben, als Wege-, Thor-, Sperr- und Brückengeld befreit [6]).

§. 128.

II. Von den Pflichten derselben.

Die vornehmste Pflicht des Eilboten ist, wie das schon der Name ausdrückt, die grösstmöglichste Eile, er darf zu diesem Be-

découverte d'une conspiration ourdie par le ministre étranger, on ne puisse s'emparer de leurs papiers.« Voy. aussi Vattel, l. c. §. 123 à la f. Beisp. bei Ch. de Martens, caus. cél. Tom. I. p. 142. Tom. II. Append. p. 471.

[1]) F. C. Moser (a. a. O. S. 187—196) führt eine Reihe von Friedensschlüssen an, in denen diese Sicherheit ausdrücklich bedungen ist. — Ausser dieser Sicherheit wird auch zuweilen Freihaltung und bewaffnetes Geleit versprochen; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 196.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 50. — Trotzdem fehlt es leider nicht an Beispielen, dass Couriere aufgehalten, gemisshandelt, ja selbst ums Leben gebracht worden sind. Am Bekanntesten ist die Ermordung des, als Courier auf der Reise von Constantinopel nach Stockholm begriffenen schwedischen Majors Sinclair, am 17. Juni 1739 bei dem Dorfe Zaucha in Schlesien. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 440. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 560. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 620. Ausführlich ist diese Begebenheit erzählt bei Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Appendice p. 471—479. And. Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 557—563. Derselbe, Vers. Th. 4. S. 621. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 306. — Messer Paolo von Arezzo, welchen Clemens VII. i. J. 1526 mit Aufträgen nach Frankreich und Spanien sandte, wurde von Franz I. mit beinahe offener Gewalt festgehalten und erst dann freigelassen, als von Rom lebhafte Reclamationen eingingen; vgl. Reumont, a. a. O. S. 487.

[3]) Vgl. oben, §. 125.

[4]) Diese müssen, wenn der Courier von dem Gesandten an einem fremden Hofe abgeschickt wird, von dem Minister des Acusseren desselben ausgestellt oder für den Fall, dass dem Gesandten das Recht, Courierpässe auszufertigen, ertheilt ist, doch wenigstens von jenem visirt sein. Vgl. F. C. Moser. a. a. O. S. 240. — Solche Courierpässe werden in Friedenszeiten in der Regel ohne Umstände ausgestellt. Die Verweigerung derselben würde sogar als eine Beleidigung angesehen werden können. Einen Fall dieser Art sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 242 ff.

[5]) Vgl. F. C. Moser, Kl. Schrift. Bd. 7 S. 17.

[6]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 414. Das Recht der Befreiung geht selbstverständlich durch Missbrauch von Seiten des Couriers verloren; so fand man i. J. 1819 zu Strassburg bei einem türkischen Courier,

hufe nur solche Wege wählen, auf denen ein Aufenthalt oder gar eine Gefahr nicht zu befürchten steht; ehemals mussten sie die Meile in drei Viertelstunden, jetzt aber auf Wegestrecken, wo Chausséen sind, in einer halben Stunde zurücklegen [1]). Damit die ihm übergebenen Depeschen nicht entwendet werden, oder er sie nicht verlieren kann, muss er sie sorgfältig verwahren, weshalb es Gebrauch ist, dieselben in einer ledernen, an Riemen über die Schulter hängenden Tasche, auf der Brust zu tragen. Ferner ist ihnen in der Regel die grösste Verschwiegenheit in Betreff der ihnen mitgetheilten Nachrichten zur Pflicht gemacht, doch kommt auch hin und wieder das Gegentheil vor; so wurde den Courieren, welche i. J. 1762 von Paris mit dem unterzeichneten Frieden abgesandt wurden, ausdrücklich anbefohlen, dies auf ihrer Reise bekannt zu machen [2]).

Im Falle einer Krankheit des Couriers, die sein Leben in Gefahr setzt und ihm die Möglichkeit raubt, einen Ort zu erreichen, an welchem sich ein Gesandter seines Souveräns befindet, handelt er am Sichersten, wenn er die Briefschaften vernichtet [3]). Andere Briefe und Packete, als die von dem Souverän, Ministern oder Gesandten ihnen übergebenen, dürfen die Couriere, ohne besondere Erlaubniss, nicht zur Beförderung mitnehmen; die verausgabten Reisekosten müssen sie, falls ihnen nicht zur Bestreitung derselben eine bestimmte Summe ausgesetzt ist, gewissenhaft berechnen [4]).

§. 129.

Von den Courieren in Kriegszeiten.

Die Unverletzlichkeit der Eilboten hört im Kriege auf, bestehen daher zwischen den kriegführenden Mächten nicht Verträge, in denen jene für den Kriegsfall ausdrücklich zugesichert ist, so wird es nach der Völkerpraxis allgemein für erlaubt angesehen, die Couriere des Feindes und seiner Verbündeten aufzuheben und sich ihrer Briefschaften zu bemächtigen. Oft wird ein solches Verbot in Kriegs-

welcher erklärte, nur Depeschen mit dem Siegel seines Cabinets verschlossen bei sich zu führen, 15 Ballen Kaschemir-Shawls, die man 400,000 Francs schätzte und in Beschlag nahm. Vgl. Schmelzing, a. a. O. §. 339. Not. 5. — Ein anderes Beisp. sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 465.

[1]) Beisp. von schnellen Courieren sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 548, sowie Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 16. — Eine Verordnung des Raths der Stadt Utrecht vom 28. December 1711, betr. die rasche Beförderung von Eilboten, sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 456 ff.

[2]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 551.

[3]) Im Jahre 1752 übergab ein an den portugiesischen Hof geschickter päpstlicher Courier, welcher unterweges krank wurde, seine Depeschen dem von dem portugiesischen Gesandten zu Rom gleichfalls nach Lissabon gesandten Courier, um sie gleich den seinigen zu besorgen; es war dies dem päpstlichen Hof jedoch unangenehm. Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 549.

[4]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 217. — Den Gesandten ist bisweilen zur Bestreitung der Couriergelder jährlich eine bestimmte Summe angewiesen; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 468.

verkündigungen ausdrücklich mitangeführt [1]). Aus diesem Grunde beeilen sich gewöhnlich die kriegführenden Theile bei Wiederannäherung oder dem Eintritt in Friedensverhandlungen über die Sicherheit der gegenseitigen Couriere Bestimmungen zu treffen [2]) und denselben Pässe zu ertheilen, oder auch sicheres Geleit ausdrücklich zu versprechen.

Missbraucht der Gesandte einer neutralen Macht die Freiheit, durch das Gebiet eines dritten neutralen Staates Couriere zu senden, durch die Beförderung einer Correspondenz mit dessen Feinden, so ist es unzweifelhaft erlaubt, die Couriere sowohl, als deren Briefschaften aufzufangen [3]).

Capitel IV.

§. 130.

Von den Privatdienern des Gesandten.

Das Gefolge eines Gesandten besteht, wie im Anfange dieses Abschnittes [4]) gezeigt wurde, theils aus Personen, welche für den Dienst der Gesandschaft angestellt sind, theils aus solchen, welche sich, entweder als Familienglieder oder in Dienstverbindung, bei dem Gesandten befinden. Nachdem nun in den vorhergehenden Paragraphen von der ersten Kategorie die Rede gewesen, soll hier zunächst von denjenigen Personen des Gefolges gehandelt werden, welche der Gesandte in seine Privatdienste genommen hat.

Zu den Privatdienern nun, welche man in drei Classen eintheilen kann, gehören erstlich der eigene Privat-Arzt des Gesandten, sein Privat-Secretär (secrétaire particulier), seine Hauslehrer u. s. w., sodann seine Hausbeamten (officiers de la maison) und endlich seine Livrée-Bedienten (gens à livrée). Mit dem Ausdruck »Hausofficianten« bezeichnet man die Haushofmeister, Stallmeister, Kellermeister, Bereiter, Kammerdiener, Schweizer, und zu den Livrée-Dienern rechnet man Läufer, Köche, Kutscher, Postillons, Stallknechte, Jäger, Lackeien und Haiducken [5]). Sie alle stehen,

[1]) Ein Beispiel sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 245.

[2]) Dies jedoch oft mit Einschränkungen, sowohl rücksichtlich der Zeit, binnen welcher die Boten an entlegenen Orten eintreffen sollen, als auch des Ortes, bis wie weit sie sich nähern dürfen, so dass ihnen z. B. verboten ist, das Lager selbst zu betreten, vielmehr in einer bestimmten Weite von demselben ihre Ankunft durch Blasen bemerklich machen müssen. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 357. — Beisp. eines, von einem Gesandten auf einen Courier ausgestellten Passes sieh. ebds. S. 355.

[3]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 249.

[4]) Vgl. oben, §§. 118 u. 119.

[5]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 10 (p. 201): »C'est au Ministre à se pourvoir d'un Maitre d'Hôtel habile, d'un Sommelier fidèle, d'un Ecuïer

wie bereits erwähnt, unter dem besonderen Schutze des Völkerrechts und geniessen das Vorrecht der Exterritorialität, sind somit von der Civil- und Criminal-Gerichtsbarkeit des fremden Staates befreit[1]). Eine Ausnahme von dieser Exemtion findet nur dann Statt, wenn der Gesandte ausdrücklich auf die Gerichtsbarkeit, die ihm über sein Gefolge zusteht, verzichtet, wie das z. B. bei zahlreich besuchten Congressen bisweilen vorgekommen ist, so u. A. zu Münster und Nymwegen[2]), wo sich die Gesandten vereinigten, dass ihre Dienerschaft der Ortsobrigkeit untergeben sein sollte[3]).

Capitel V.

§. 131.

Von der Familie des Gesandten. — Einleitung.

Wir kommen nunmehr, am Schlusse dieses Abschnittes, zu denjenigen Personen des gesandschaftlichen Gefolges, welche sich als Familienglieder bei dem diplomatischen Vertreter befinden, nämlich der Gemahlin, den Kindern und sonstigen Angehörigen desselben, welche insgesammt, gleich dem übrigen Personal der Gesandschaft, bestimmter Vorrechte, namentlich der persönlichen Unverletzbarkeit und Exterritorialität in dem auswärtigen Staate theilhaftig werden. Unter den Familiengliedern aber ist die Gemahlin des Gesandten, welche die grösste Auszeichnung geniesst, hervorzuheben, und es wird deshalb die Aufgabe der folgenden Paragraphen sein, von ihr ausführlicher zu handeln.

§. 132.

Fortsetzung.

Mit wenigen Ausnahmen war es weder im Alterthum, und zwar

intelligent, de Valets de Chambre adroits, de Cuisiniers excellens, de Valets de pied, — — — et autres Domestiques sages, fidèles, bien faits, et d'une jolie figure. Rien ne fait plus ressembler la Maison d'un Ministre public au cortége d'un Charlatan, que lorsqu'il fait choix de Domestiques maussades, mal-adroits, mal-propres, et d'une figure hideuse.«

[1]) Voy. Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. IX. §. 120 (p. 370). Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXVIII. (p. 414—426).

[2]) Vgl. oben, §. 93 u. Not. 3 das.

[3]) Sehr richtig bemerkt Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XII. §. 11: »Plus le Droit des Gens accorde de Priviléges à un Ministre et d'impunité aux déréglemens de ses Domestiques, moins il doit en abuser, mais au contraire redoubler d'attention pour entretenir toute sa Maison dans une grande régularité et châtier sévérement les impertinences si ordinaires à la Livrée. C'est un sur moyen de se rendre odieux à la Cour, et à la Nation chez laquelle on réside, que de lâcher la bride aux Valets, qu'on a et fermer les yeux sur les écarts qu'ils font, ou les soutenir lorsqu'ils ont commis des excès ou des Crimes. Le meilleur parti, en pareil cas, c'est de les remettre entre les mains de la Justice du lieu. Cet abandon volontaire ne compromet jamais le caractère et les Droits d'un Ministre public.«

so wenig bei den Römern, wie bei anderen Völkern[1]), noch im Mittelalter gebräuchlich, dass sich die Gesandten von ihren Gemahlinnen an ihren Bestimmungsort begleiten liessen; es ist das nur zu erklärlich, wenn man den Umstand erwägt, dass alle in jenen Zeiten vorkommenden Gesandschaften nur vorübergehend und wenigstens von kurzer Dauer waren, es somit dem Gesandten an einem genügenden Grunde fehlte, seine Gemahlin mit sich zu führen. Von den Römern wissen wir, dass sie eine solche Begleitung der Gesandten für unangemessen hielten[2]), ja bisweilen sogar ausdrücklich verboten[3]), deshalb preist auch Seneca den Flaminius, da er auf die Reise in die Provinz seine Gattin zurückliess[4]), und Augustus erlaubte es den Gesandten, wie Suetonius[5]) erzählt, nur ungern und anfänglich nicht anders, als in der Winterzeit.

§. 133.

Fortsetzung.

Die Ansicht von der Unzulässigkeit für die Gesandten, sich von der Gemahlin begleiten zu lassen, erhielt sich anfänglich auch dann noch, als solche Begleitung allmählig herrschende Sitte wurde; es erhellt dies wenigstens daraus, dass die Publicisten des 17. Jahrhunderts die Frage, ob der Gesandte von seiner Gemahlin begleitet werden dürfe oder nicht, zum Gegenstande der eingehendsten Untersuchung machen, ja sich mit einem ersichtlichen Wohlgefallen in der Aufzählung der Gründe, welche dafür und dawider vorgebracht werden können, ergehen; es geschieht dies selbst von Denjenigen, welche die Frage schliesslich bejahen, wie u. A. Pascal[6]), Marselaer[7]),

[1]) Cf. Paschal. l. l., Cap. XXXIII. (p. 155): »Adnotatum est Zemosthenem Charmoleum Massiliensem, cum legationes pro patria obiret, secum circumdixisse Lydimacham uxorem suam, licet mala forma foeminam.« »Ita Isdigunnas legatus ab Chosroe ad Justinianum in eam legationem assumpsit vxorem et filium.« Cf. Rich. Zouch. l. l. Pars. II. sect. IV. §. XI. (p. 191).

[2]) Cf. Tac. Annal. Lib. III. cap. 23: »Haud enim frustra placitum olim, ne foeminae in socios aut gentes externas traherentur: inesse mulierum comitatui, quae pacem luxu, bellum formidine moventur et Romanum agmen ad similitudinem barbari incessus convertant cett.« Dig. I, 16 (de offic. procons. et legat.) fr. 4 §. 2: »Proficisci autem Proconsulem melius quidem est sine uxore, sed et cum uxore potest cett.«

[3]) Cf. Leyser, l. l. Vol. X. spec. DCLXXI. med. VI. (p. 900).

[4]) Cf. M. Ann. Senec. Controversiar. Lib. IV. controv. XXV.: »Hic est Flaminius qui exiturus in provinciam vxorem a porta dimisit.«

[5]) Cf. Suet. Caes. Oct. Aug. Cap. XXIV. — Alexander Severus dagegen erlaubte den Gesandten, Concubinen mitzunehmen; cf. Ael. Lamprid. Alex. Sever. (in »Historiae Augustae Scriptores VI. Lugd. Batav. 1671. 8. Tom. I. cap. XLII. p. 990): »— — et si uxores non haberent, singulas concubinas (quod sine his esse non possent).«

[6]) Cf. Legat. Cap. XXXIII. (p. 155): »Huc adde, quod castitas legitimi thalami praecidit omnes occasiones vitae salacis, quae cuilibet ingenuo, nedum legato, dehonestamento est.« Cf. ibid. p. 154.

[7]) Cf. Legat. Lib. II. dissert. XVIII. (p. 405): »Poterit igitur uxorem ducere, qui Legatus erit: et obire Legationem poterit, qui jam duxit.« (p. 406): »Itaque etiam uxor ei comes adjungi poterit, dum-

Zouchaeus [1]) und Leyser [2]) und es ist nicht ohne Interesse in den Schriften der Letzteren, die gegen die Theilnahme der Frau an der Gesandschaft aufgeführten, theilweise seltsamen Argumente, wie überhaupt das sich oft in recht derber Weise äussernde Urtheil der Schriftsteller jener Zeit über das weibliche Geschlecht kennen zu lernen. Als Beispiel solchen Urtheils mögen hier einige Worte aus dem Marselaer [3]) einen Platz finden, welcher, nachdem er die Erörterung der Frage »Uxorne comes« mit den Worten »Optima comitum uxor est« eingeleitet hat, mit grösster Ausführlichkeit folgende gegen die Begleitung sprechende Gründe aufzählt: » — — — quod iter interrumpi, dilatari, negotia turbari et everti, arcana debucinari contingat, per inconstantem, forte garrulam, dissolutam, parum castam conjugem: quacum neque tutus, neque suus sit Legatus, bellumque, non civile, sed familiare sustineat, vere individuum secum ferens venditae libertatis pignus.« » — — — Ingens profecto viris et virtuti impedimentum femina nonnumquam adfert [4]).«

§. 134.

Fortsetzung.

Mit der Einführung der beständigen Gesandschaften ist es allgemeiner Gebrauch geworden, dass dem Gesandten seine Gemahlin an den fremden Hof folgt und von dieser Zeit an haben sich auch für die Gesandtinnen [5]) bestimmte Rechte ausgebildet. Man nimmt

modo se publicis negotiis consiliisve non interponat. Sciat maritum suum Legatum esse, et maximo sanctissimoque numere fungi: sciat se in potestate mariti esse, nec minus Legati.«

[1]) Jur. et iudic. fec. Pars II. sect. IV. §. XI. (p. 192): »Et Legatis, ita ut Magistratibus, uxores suo periculo secum ducere prudentes statuunt cett.«

[2]) Medit. ad pand. Vol. X. spec. DCLXXI. med. IX. (p. 901): »— — postquam hodie — — legationes — — in multos annos, quin nonnumquam in totam legati vitam extensae sunt, comitatus uxorum necessarium malum est, qui si interdiceretur, divortium foret, lege divina vetitum.«

[3]) l. l. Dissertat. XVIII. (pp. 399, 400).

[4]) In ähnlicher Weise bei Paschal. l. l. Cap. XXXIII. (p. 152): »Et quidem non esse ducendam, ideo videri potest, quod foeminae pro sua impotentia, dum id agunt vt negotia permoneant, affligunt. Impetus adest; iudicium abest. Accensa studia destituit sapientia; curiositas insidet pectus, inconstantia caput agitat, lenitas soluit linguas. Denique si quid vitii in vniversa gente est, non alius citius denudat. Omitto comitatum, in quo primus sese offert luxus. Quem e vestigio sequuntur artes effoeminatae, et studia indecora, et vitia non mediocria cett.«

[5]) Die umfassendste Abhandlung über diesen Gegenstand hat Friderich Carl Moser geliefert unter dem Titel »Die Gesandtin nach ihren Rechten und Pflichten;« sie findet sich in dessen »Kl. Schrift.« Bd. 3 S. 131 — 331. Auch ist diese Abhandlung besonders herausgegeben u. d. T. »l'Ambassadrice et ses droits.« A la Haye 1752. 8. A Berlin 1754. 8. A Francfort 1757. 4. — Ferner gehört hierher Dr. Juris Lvdovicvs Gessner, De ivre vxoris legati atqve legatae. Commentatio ivris gentivm. Hal. Saxon. 1851. 8. — Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass unter dem in den folgenden Paragraphen vorkommenden Ausdruck Gesandtin nicht etwa eine, mit öffentlichem gesandschaftlichen Charakter bekleidete Person des weiblichen Geschlechts, also eine Gesandtin im eigentlichen Sinne des Worts zu verstehen ist, sondern nur die, den Gesandten an den fremden Hof (bei welchem sie beglaubigt sind) folgenden Gemahlinnen. Von den eigentlichen Gesandtinnen war oben §. 36 die Rede.

für die Zeit der Entstehung dieser Sitte richtiger den Ausgang des 16. Jahrhunderts an und nicht, wie von den Meisten[1]) geschieht, die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts. Diese Annahme stützt sich, wie es scheint, hauptsächlich auf die Erzählung von Bynkershoek[2]), nach welcher der französische Gesandte im Haag bei der Ankunft des spanischen Botschafters, welcher von seiner Gemahlin begleitet war, die scherzhafte Aeusserung, dass das eine Zwitter-Gesandschaft sei, gethan haben soll. Allein auf diese Erzählung kann um so weniger irgend ein Gewicht gelegt werden, als es durchaus nicht an Beispielen fehlt, dass nicht allein lange vor jener Zeit bereits Gesandte mit ihren Gemahlinnen an fremde Höfe gekommen sind, sondern auch, dass schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts an den Höfen rücksichtlich der Behandlung der Gesandtinnen bestimmte Vorschriften in Gebrauch gekommen sind. So beschreibt z. B. Wicquefort[3]) auf das Genaueste das Ceremoniel, welches am englischen Hofe im Jahre 1614 bei Gelegenheit des Empfanges der Gemahlin des französischen Botschafters, de Marais, durch die Königin beobachtet wurde, wie auch die Ehrenvorrechte, welche bereits im Jahre 1621 vom französischen Hofe den Gesandtinnen zugestanden wurden[4]).

§. 135.

Schluss.

Wie der grösste Theil des gesandschaftlichen Ceremoniels überhaupt, so ist auch das Ceremonielrecht der Gesandtinnen am frühesten an den italienischen Höfen ausgebildet worden und hier zuerst für die Gemahlinnen der Botschafter der Titel Ambasciatrice (Ambassadrice) aufgekommen. Die Entstehung desselben fällt nach der Erzählung bei Leti[5]) in die Regierungszeit Papst Sixtus V. und erfolgte aus Höflichkeit gegen den Grafen von Olivarez, spanischen Obedienz-Gesandten beim Päpstlichen Stuhl[6]), welcher von seiner Gemahlin begleitet war. Diese machte im Anfang »keine Figur«,

[1]) Z. B. G. F. v. Martens, Einl. §. 230 i. A. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 307 i. A. Ch. de Martens, man. dipl. p. 98. Le même, guide dipl. Tom. I. §. 48. Miruss, a. a. O. §. 225.

[2]) Voy. Traité etc. Chap. XV. §. 7: »Un Ambassadeur Ordinaire du Roi d'Espagne, qui étoit lui-même Flamand, étant venu ici en l'année 1649 avec son Epouse, l'Ambassadeur de France dit là-dessus, par une raillerie froide et impertinente, que c'étoit une Ambassade Hermaphrodite.«

[3]) L'amb. Liv. I. sect. XX. à la fin.

[4]) Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 283), woselbst noch andere Beispiele. Solche sich auch bei Gessner, l. l. Cap. I. (p. 9), F. C. Moser, a. a. O. S. 175 und Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 45.

[5]) Il Ceremoniale etc. Part. VI. libr. VII. (p. 693). Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 137. Miruss, a. a. O. §. 226. Gessner, l. l. Cap. II. Lünig, Histor.-Polit. Schaupl. Th. 1 S. 495.

[6]) Leti, l. c. p. 693: »Ambasciatore d'ubbidienza il Conte d'Olivares uno de' più gran Signori della Spagna etc.«

wie sich Leti[1]) ausdrückt, als sie jedoch i. J. 1587 ihren ersten Sohn, den späteren Herzog von San Lucar und Premier-Minister Philipp IV., geboren und ihr Gemahl bei dieser Gelegenheit den vornehmen Damen Roms, welche zur spanischen Partei gehörten, ein grosses Fest gegeben hatte, so wurde in Rom von nichts Anderem gesprochen, als von der Niederkunft der »Ambasciatrice« [2]).

Bald darauf erbat sich der Gesandte für seine Gemahlin von dem Papst die Erlaubniss, ihm die Füsse küssen und den Segen empfangen zu dürfen, eine Ehre, welche nur den Damen ersten Ranges nach dem ersten Ausgang zu Theil zu werden pflegte; der Papst bewilligte die Bitte bereitwillig und liess zum Empfange der Gesandtin Alles so anordnen, als wenn sie eine Prinzessin von Geblüt wäre. Hierdurch verbreitete sich das Gerücht, der Papst habe der Gesandtin den Ehrentitel Signora Ambasciatrice verliehen, weshalb ihr denn derselbe ohne Schwierigkeit von Allen gegeben wurde [3]).

Obgleich die Gemahlinnen der übrigen Botschafter in Rom dem gedachten Vorgange alsbald folgten und dieser Titel somit daselbst allgemein wurde, so geschah dies an den übrigen Höfen doch erst viel später, nämlich zur Zeit des Westphälischen Congresses, auf welchem die Gesandtinnen mit besonderem Glanze auftraten und die Gesandten, unter ihnen vorzugsweise die französischen, in dem Bestreben, das Ceremonielrecht ihrer Gemahlinnen möglichst auszudehnen, den Grundsatz aufstellten, dass die Gemahlin des Gesandten die Würde ihres Gemahles theile [4]) und ihr den in Deutschland bis dahin unbekannten Titel Madame l'Ambassadrice beilegten [5]).

[1]) Il Ceremonial. etc. p. 694: »Nel principio non fece questa figura alcuna.«

[2]) Leti, l. c. p. 694: »— — nè d'altro si parlava per di Roma che del parto dell' Ambasciatrice, introdotto si questo uso dalla voce comune.«

[3]) Leti, l. c. Part. VI. libr. VII. (p. 694): »— — — on de honorata in questa maniera spargendosi la voce che il Papa l'havesse qualificata Signora Ambasciatrice, non vi fu più difficoltà di nominarla ogni uno tale etc.« — Später gerieth die Signora Ambasciatrice, sowie auch ihre Nachfolgerinnen mit den Damen aus den Häusern Colonna und Ursini wegen der Rangordnung in Streit; vid. Leti, l. c. p. 694. Dasselbe war dann auch mit den Gemahlinnen der übrigen Botschafter in Rom der Fall, da auch sie diesen Titel und die mit demselben verbundenen Ehrenvorzüge beanspruchten; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 138. Du Mont, l. c. Liv. III. chap. II. §. II. (p. 177).

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 140. Adami Cortreii corporis juris publici Sacri Romani Imperii Germanici. IV Tom. Francofurti ad Moenum. 1707—1710. Fol. Tom. IV. p. 45.

[5]) Es heisst darüber bei Cortrey (Tom. IV. p. 45) in dem Diarium des kaiserlichen Gesandten bei dem Friedenscongress, Isaac Volmar, Freiherrn von Rieder, folgendermaassen: »Martis 5. hujus, cum Servientum adventare nunciaretur, sub vesperas misit ad me Comes Avausius ex suis qui idem nunciaret, et simul cum ipsa ejus uxorem, ut appellabat Dominam Legatam. Gratias egi pro iudicio, et quod jam aliunde nobis innotuisset, mandasse nos obviam ire quosdam ex nostris cum rhedis salutatum, eundemque honorem Dnae. Conjugi, quem ipsi Legato, exhibitum iri, quod uxor coruscet viri dignitate.«

§. 136.

Von den Ceremoniel-Rechten der Gesandtinnen.

Obgleich die Gemahlin des Gesandten eigenthümliche Ceremoniel-Rechte im Allgemeinen nicht beanspruchen kann, so werden ihr dennoch, ohne die dem Gemahl schuldige Rücksicht zu verletzen, gewisse Ehrenvorzüge und Auszeichnungen nicht verweigert werden können [1]; die ceremoniellen Gebräuche dieser Art nun, welche sich an den europäischen Höfen in mehr oder weniger ausgedehntem Maasse gebildet haben und die vorzugsweise den Gemahlinnen der Botschafter, den Ambassadrices, eingeräumt werden, weichen, da sie ganz auf dem Herkommen und dem Ermessen des Hofes, bei welchem der Gemahl der Gesandtin beglaubigt ist, beruhen, sehr von einander ab. So wurden z. B. an einigen Höfen die Ambassadrices gar nicht anerkannt [2], an anderen dagegen ihnen dieser Titel allerdings beigelegt, aber geringere Ehrenbezeugungen erwiesen, als an anderen Höfen [3].

In Frankreich, wo das Ceremoniel der Ambassadrices, abgesehen von Italien, die grösste Auszeichnung erfuhr, wurden ihnen die umfangreichsten Ehrenvorzüge eingeräumt, so u. A. das Vorrecht des Tabouret [4], welches im Jahre 1621 zu Ehren der Marquise de Mirabel, Gemahlin des spanischen Botschafters, von der Königin, welche von Geburt Spanierin war, eingeführt wurde, jedoch unter der Bedingung, dass der französischen Ambassadrice zu Madrid dieselbe Ehre zu Theil werde [5].

[1]) Voy. Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. IX. §. 121 (p. 370): »L'Epouse de l'Ambassadeur lui est intimément unie, et lui appartient plus particulièrement que toute autre personne de sa Maison.« »On lui rend-même des honneurs distingués, et qui ne pourroient lui être refusés à un certain point, sans faire affront à l'Ambassadeur etc.« Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 48. Cussy, l. c. Art. Famille du ministre public.

[2]) Wie am Römisch-kaiserlichen Hofe; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 149.

[3]) Dies war z. B. am englischen Hofe der Fall: hier nahmen sie den Platz zwischen der letzten Gräfin und der ersten Baronin ein (voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. [p. 285] und Heffter, a. a. O. S. 375 Not. 5), wogegen sie in Frankreich in gleichem Range mit den Damen standen, welche unmittelbar den Prinzessinnen folgten (voy. Wicquefort, l. c. p. 283). Uebrigens fehlt es nicht an Beispielen, dass sie auch in England bisweilen einen höheren Rang einnahmen; so erzählt Wicquefort (l. c. p. 284), dass bei Gelegenheit einer Festlichkeit im Hause der Gräfin von Buckingham diese der Gräfin de Tillieres, Gemahlin des französischen Botschafters, den zweiten Platz einräumte und zwar, wie Wicquefort schreibt: »au grand scandale des autres Comtesses Angloises, qui vouloient preceder l'Ambassadrice de France.« Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 214—216.

[4]) Ein Sessel ohne Arme und Rücken (»sedia senza braccio, e senza appoggio che i Francesi chiamano Tabouret.« Leti, il ceremonial. Part. VI. p. 695); alle übrigen Personen bekamen s. g. Feldstühle (pliants), während es nur Prinzessinnen von Geblüt gestattet war, auf Lehnstühlen Platz zu nehmen. — Am englischen Hofe mussten die Ambassadrices, gleich den anderen Damen, stehen bleiben: vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 175. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 174. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 285). Gessner, l. l. Cap. III. p. 15. Leti, l. c. Part. VI. p. 695.

[5]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 283). F. C. Moser, a. a. O. S. 174. Leti, l. c. Part. VI. p. 694.

Die Höfe von Spanien und Schweden hatten in Hinsicht auf das, den Gesandtinnen gegenüber zu beobachtende Ceremoniel Vieles mit dem von Frankreich gemeinsam und in Schweden genossen die Gemahlinnen der Botschafter alle mit diesem Charakter verknüpften Ehrenvorzüge [1]).

§. 137.

Fortsetzung.

Es ist allgemein anerkannt, dass die Gesandtin in dem Augenblick, in welchem sie sich auf die Reise an den Hof, bei welchem ihr Gemahl beglaubigt ist, begiebt und zwar gleichviel, ob mit oder ohne denselben [2]), in den Genuss aller der Rechte tritt, welche ihr überhaupt eingeräumt werden; berührt sie auf ihrer Reise das Gebiet eines dritten Staates, so kommt es rücksichtlich der Ehrenbezeugungen auf die Beziehungen, welche zwischen jenem und der den Gemahl der Gesandtin absendenden Staatsgewalt bestehen, an [3]).

Dem Rechte der Gesandtin auf Zutritt bei Hofe muss ihre Vorstellung daselbst voraufgehen; hinsichtlich dieser bestand ehedem der Unterschied, dass die Ambassadrices in einer ordentlichen Audienz empfangen wurden und damit das Recht erlangten, den Hof in seinen grossen Gesellschaften zu besuchen, während die Gemahlinnen der Gesandten niederen Ranges nur bei Hofe präsentirt wurden [4]).

Uebrigens herrschte der Gebrauch einer öffentlichen Audienz durchaus nicht an allen Höfen, war vielmehr auf wenige beschränkt [5])

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 150. — In Russland fällt die Ausbildung von Ceremonielrechten der Gesandtinnen in das Jahr 1725; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 198, sowie auch S. 165.

[2]) Doch werden in diesem Falle der Gesandtin wohl kaum gleich grosse Ehrenbezeugungen erwiesen werden, wie wenn sie in Begleitung ihres Gemahls reist; vergl. F. C. Moser, a. a. O. S. 156.

[3]) In England wurden die Ambassadrices ehedem auf königlichen Yachten eingeholt; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 154. Ueber den früherhin nicht seltenen feierlichen Empfang einer Gesandtin bei der Ankunft an ihrem Bestimmungsort sieh. F. C. Moser, a. a. O. S. 159.

[4]) Nach dem Gebrauch am französischen Hofe grüssten die Gemahlinnen der Envoyés, wenn sie den Wunsch hatten, dem König bekannt zu werden, um bisweilen bei Hofe erscheinen zu können, den König nur im Vorübergehen, dieser küsste sie aber nicht, und die s. g. fils et filles de France liessen jene nicht bei sich sitzen und küssten sie auch nicht. Voy. »Mémoires pour le Cérémonial qui s'observe en France etc.« par Mr. de Saintot, chez Du Mont, l. c. Tom. I. liv. I. chap. III. §. IV. (p. 126), sowie auch F. C. Moser, a. a. O. S. 165. Die Gemahlinnen der Botschafter nämlich wurden bei der Vorstellung vom König geküsst; voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XX. (p. 284).

[5]) Eine ausführliche Schilderung des bei solchen Audienzen an verschiedenen Höfen üblichen Ceremoniels giebt F. C. Moser, a. a. O. S. 167—194. Cf. Gessner, l. l. Cap. III. p. 16—20. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 323. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 213. Den Empfang einer Ambassadrice am Päpstlichen Hofe beschreibt Du Mont (l. c. Liv. III. chap. II. §. IV. p. 178) folgendermaassen: »Après qu'une Dame de qualité a fait demander, et obtenu Audience de Sa Sainteté, elle lui baise premierement le Pantoufle, après elle s'asseoit sur des

und heutigen Tages finden solche Audienzen, abgesehen etwa von dem kaiserlichen Hofe zu Paris, wo den Gemahlinnen der Botschafter ein feierlicher Empfang bei der Kaiserin gewährt wird, nirgends mehr Statt.

§. 138.

Fortsetzung.

Rücksichtlich der Ertheilung des Excellenz-Prädicates an die Ambassadrices ist die Praxis der Höfe stets eine sehr verschiedene gewesen; als ein Ceremoniel-Recht ist es wohl nur an Höfen, wie z. B. dem italienischen, wo die Gemahlinnen der Botschafter überhaupt gleiche Rechte und Ehrenvorzüge wie letztere genossen, anerkannt worden, wogegen die Ertheilung dieses Titels an anderen Höfen in der Regel nur auf Höflichkeit beruhte [1]); gegenwärtig, wo es allgemeine Sitte ist, dieses Prädicat den Gemahlinnen aller solcher Personen, welche dasselbe überhaupt führen, beizulegen, wird es den Botschafterinnen nicht leicht irgendwo verweigert werden.

Das Recht der Gesandten ersten Ranges, sich eines Zuges von sechs Pferden zu bedienen, wovon oben [2]) die Rede war, ist auch deren Gemahlinnen, nebst den sich an dasselbe knüpfenden übrigen Vorzügen stets eingeräumt worden [3]), dagegen sind ihnen militärische Ehrenbezeugungen früherhin nur höchst selten erwiesen worden [4]). Anders ist es in neuerer Zeit, so treten z. B. am französischen Hofe, wo den Gemahlinnen von Botschaftern überhaupt die umfassendsten Ehrenbezeugungen erwiesen werden, die Wachen ins Gewehr und präsentiren, und am kaiserlichen Hofe zu Wien bestimmt eine Verordnung vom 18. Februar 1862 dieserhalb folgendes:

Coussins, dont on a entassé 3. à 4. l'un sur l'autre, mais jamais on n'y présente de Chaises aux Dames.« »Après l'Audience elle est ménée par un des principaux Ministres de la Cour Apostolique dans un Appartement, où on la régale de Confitures, et de toutes sortes rafraichissemens suivant son rang, ou l'amitié, que le Pape a pour elle.« Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 176.

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 274.

[2]) Vgl. Sechst. Abschn. Cap. II. §. 104.

[3]) Dans les »Mémoires de Mr. Saintot« (chez Du Mont, l. c. Liv. I. chap. II. §. XVII. p. 57) wird erzählt, dass am französischen Hofe die Ambassadrices schon zu Anfang der Regierung Heinrich IV. das Recht hatten, mit ihrem Wagen in das Louvre zu fahren, was ausser ihnen nur den Prinzessinnen von Geblüt und den legitimirten gestattet war. Von den Wagen aller übrigen Personen schreibt Mr. de Saintot: »les Carrosses des hommes n'y entroient pas, même ceux des Ambassadeurs; le prémier à qui le Roi accorda l'entrée, ce fut le Maréchal de Schomberg, à cause d'une oppression de poitrine, ne pouvant faire deux pas, sans être très incommodé.«

[4]) Am sardinischen Hof traten die Schweizer, Leibgarden und Trabanten bei der Ankunft der Ambassadrice im königlichen Palast wohl an, jedoch nicht ins Gewehr; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 170. — Als die Gemahlin des verstorbenen französischen Botschafters zu Constantinopel, Grafen de Désalleurs, welche eine geborene Prinzessin Lubomirska war, Constantinopel verliess, wurde sie auf ihrer Reise von einer Abtheilung türkischer Truppen bis an die polnische Grenze geleitet. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 316.

»Auch vor den Gemahlinnen der Botschafter fremder Mächte haben bei angesagten feierlichen Auffahrten alle Wachen in- und ausserhalb der Residenz ins Gewehr zu treten und zu präsentiren [1])«.

§. 139.

Fortsetzung.

Ausser den gedachten Ehrenvorzügen kamen ehedem noch manche andere Auszeichnungen vor, welche den Gemahlinnen der Botschafter bei besonderen Anlässen erwiesen wurden, so herrschte z. B. am französischen Hofe der Gebrauch, dass der König, wenn die Gemahlin des venetianischen Botschafters niedergekommen war, bei dem Kinde Pathenstelle übernahm und es selbst aus der Taufe hob [2]) und bei der Vermählung der Prinzessin Henriette von Frankreich mit König Karl I. von England, im Jahre 1625, hatte die Gemahlin des französischen Botschafters, Madame de Chevreuse, die Ehre, am Abend des Vermählungstages ihr beim Schlafengehen behülflich zu sein [3]).

Aus besonderer Gewogenheit wurden die Gesandtinnen öfter auch durch Geschenke ausgezeichnet und zwar sowohl während ihres Aufenthaltes an dem fremden Hofe, als auch namentlich bei deren Abreise; Werth und Form solcher Geschenke waren natürlich ganz willkürlich, bei den weltlichen Souveränen bestanden sie häufig in deren Bildnissen oder Schmuckgegenständen, an dem Päpstlichen Hofe dagegen meistens in einem Agnus Dei und allerlei Reliquien [4]).

§. 140.

Fortsetzung.

Rücksichtlich des Ranges der Gesandtinnen, sowohl unter einander, als auch anderen Personen des fremden Hofes gegenüber, sind in früherer Zeit, namentlich wegen der oft übertriebenen Prätensionen der Gemahlinnen der Gesandten erster Classe, häufig Streitigkeiten entstanden [5]); denn, analog den Ansprüchen der

[1]) An der Hof- und Landes-Trauer nimmt die Gemahlin des Botschafters gleich ihm, nach demselben Range und Grade, Theil; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 276.

[2]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 317—323, woselbst mehrere Beispiele; voy. aussi Mémoires etc. chez Du Mont, l. c. p. 56. — Ein anderes Beispiel aus dem Jahre 1762, wo der König den Sohn des kaiserlichen Botschafters, Grafen von Stahremberg, aus der Taufe hob, erzählt J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 179.

[3]) Voy. Mémoires du comte de Brienne, Ministre et Premier Secretaire d'Etat. A Amsterdam 1719. 8. Tom. I. p. 227: »Mais Madame de Chevreuse resta auprès de la Reine pour toute la soirée. Elle lui donna la chemise et la coucha.«

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 326; mehrere Beisp. ebds. S. 325—330, ferner bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 SS. 180, 451. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 213.

[5]) Streit i. J. 1702 in Rom zwischen der spanischen Ambassadrice, Herzogin d'Uceda und dem Cardinal Vincenzo Gri-

Letzteren [1]), haben sie in der Regel gleichen Rang mit den Prinzessinnen gefordert, ja bisweilen sogar diesen im Range nicht weichen wollen [2]). Jetzt gilt allgemein der Grundsatz, dass die Gesandtin die Präcedenz vor den Damen hat, deren Gemahle ihrem Gemahl im Range nachstehen, so dass also die Gemahlin des Botschafters im Sitzen, Stehen und Gehen vor denjenigen eines Gesandten niederen Ranges beziehungsweise den Ehrenplatz, die Oberhand und den Vortritt hat [3]); was dagegen den Rang der Gesandtinnen bei persönlichen Zusammenkünften mit anderen Personen von Stande am Hofe anbetrifft, so versteht es sich von selbst, dass die Bestimmung desselben ganz von den daselbst vorhandenen Rangvorschriften abhängt [4]).

§. 141.

Schluss.

Auch die ceremoniellen Besuche und Gegenbesuche unter den Gesandtinnen, welche hauptsächlich seit dem westphälischen Friedens-Congresse gebräuchlich geworden sind, haben vielfach zu Streitigkeiten Veranlassung gegeben [5]); im Allgemeinen beobachten die Gemahlinnen der Gesandten erster Classe, wenigstens was die Besuche anbetrifft, dieselben Regeln, wie letztere unter sich selbst, wonach die zuletzt ankommende Botschafterin nach dem Herkommen von allen anderen diplomatischen Vertretern und deren Gemahlinnen den ersten Besuch erhält, hinsichtlich der Erwiderung der Besuche jedoch ist es zu keinem feststehenden Gebrauch gekommen.

In Ansehung der Besuche der Botschafterinnen bei den Prinzessinnen herrscht der Gebrauch, dass letztere von jenen den ersten Besuch empfangen; die Prinzessinnen erwidern diesen jedoch nur

mani, welche sich zu Wagen begegneten und keiner dem anderen ausweichen wollte; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 220—222. Andere Beisp. bei Lünig, a. a. O. Th. 1 S. 1399 ff., F. C. Moser, a. a. O. S. 222—260 und Snouckaert van Schauburg, l. l. p. 45. Streit zwischen des schwedischen Botschafters im Haag, Freiherrn N. Lillieroot Gemahlin und einer dortigen Dame; voy. Lamberty, l. c. Tom. I. p. 183—187, sowie F. C. Moser, a. a. O. S. 261—273.

1) Vgl. oben, Sechst. Abschn. Cap. IV. §. 113 Not. 1 (S. 124).

2) Cf. Gessner, l. l. Cap. IV. init.

3) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 230. G. F. de Martens, précis. §. 234. Moshamm, a. a. O. §. 345. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 307. Heffter, a. a. O. §. 221.

4) Concurrirt ein Gesandter mit der Gemahlin eines anderen Gesandten in Bezug auf den Rang, so erfordert die Höflichkeit, dass ersterer der Dame weicht, abgesehen von dem Falle, dass der Repräsentativ-Character es nicht zulässt oder ein Präjudiz für den Rang seines Constituenten zu befürchten wäre. Einen derartigen Fall bei Gelegenheit der Vermählung Heinrich IV. von Frankreich Tochter, der Prinzessin Henriette mit König Karl I. von England, erzählt Brienne in seinen bereits angeführten Mémoires etc. Tom. I. p. 225. Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 204 und Gessner, l. l. Cap. IV. (p. 24 et not. 3).

5) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 202. Moshamm, a. a. O. §. 345. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 307 Not. 4. Gessner, l. l. Cap. IV. p. 24.

dann, wenn an dem betreffenden Hofe überhaupt ein Ceremoniel gegen die Ambassadrices beobachtet wird [1]), ist dieses nicht der Fall, so unterbleibt der Gegenbesuch deshalb, weil der Besuch der Gemahlin des Botschafters dann mehr als eine Aufwartung angesehen wird [2]).

§. 142.

Von den übrigen Vorrechten der Gesandtinnen.

Gleich den Gesandten sind auch deren Gemahlinnen, wie im Eingange dieses Capitels bereits bemerkt worden, während ihres Aufenthaltes im fremden Staate der Hoheit dieses nicht unterworfen und stehen unter dem besonderen Schutze des Völkerrechtes, weshalb der Gesandte berechtigt ist, wegen jeder seiner Gemahlin widerfahrenen Rechtsverletzung Genugthuung zu verlangen. Uebrigens wird dieses Recht der persönlichen Unverletzbarkeit nicht allein durch einen an der Person der Gesandtin wirklich verübten Gewåltact, sondern auch durch eine blosse Beschimpfung mit Worten verletzt [3]).

Vermöge des Vorrechtes der Exterritorialität kann wider die Gesandtin in dem beschickten Staate kein Gerichtsstand begründet werden; man hat sich deshalb wegen etwa eingegangener Verbindlichkeiten lediglich an ihren Gemahl zu halten und kann sie im Falle der Nichtanerkennung jener durch diesen, nur bei dem zuständigen vaterländischen Gerichte in Anspruch nehmen. Noch viel weniger aber ist ein Arrest gegen ihre Person oder eine Beschlagnahme ihrer Effecten zulässig [4]).

Hat der Gesandte das Recht einer Haus-Religionsübung an dem fremden Aufenthaltsorte, weil die Religion, zu der er sich bekennt, daselbst nicht ausgeübt wird, so nimmt die Gesandtin, sobald sie gleicher Religion mit ihrem Gemahl ist, an dem gedachten Vorrechte Antheil. In Betreff der Frage aber, ob die Gemahlin des

[1]) Ueber das am ehemaligen französischen Hofe bei den Besuchen und Gegenbesuchen zwischen den Ambassadrices und Prinzessinnen beobachtete Ceremoniel sieh. »Mémoires de Mr. Saintot« chez Du Mont, l. l. Liv. I. chap. II. §§. XX. XXI. (p. 58) und F. C. Moser, a. a. O. S. 213.

[2]) So war es z. B. am Römisch-kaiserlichen Hofe, wo eine Erzherzogin niemals den Besuch der Gemahlin eines Botschafters erwiderte; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 213.

[3]) Beisp. von Rechtsverletzungen sieh. bei F. C. Moser, a. a. O. SS. 278—286, 302—305. Leyser, l. l. Vol. X. spec. DCLXXI. med. V. (p. 895—900). Lamberty, l. c. Tom. II. p. 159. Gessner, l. l. Cap. V. p. 28—29.

[4]) Voy. Bynkershoek, l. c. Chap. XV. §. 7: »C'est pourquoi on ne peut point faire arrêter leurs effets: et si on le fait, comme il arriva en 1689, j'ai déjà dit —— que je ne l'approuvois pas.« Das Verfahren, von dem Bynkershoek hier spricht, war gegen die Gemahlin eines englischen Gesandten, welcher mit Hinterlassung von Schulden abgereist war, gerichtet. Voy. Chap. XIV. §. 5. Ein anderes Beisp. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 293.

Gesandten eigenen Hausgottesdienst dann beanspruchen könne, wenn weder die Religion ihres Gemahles, noch die des fremden Landes und Hofes die ihrige sei, sind die Ansichten früherhin sehr verschieden gewesen [1]), in neuerer Zeit ist allgemein anerkannt, dass sie in solchem Fall dieses Recht nicht prätendiren kann und zwar selbst dann nicht, wenn ihre Religionsgenossen weder an demselben Orte, noch in der Nähe das Recht der öffentlichen oder Privat-Religionsübung besitzen [2]).

§. 143.

Von den Vorrechten der Kinder und übrigen Angehörigen des Gesandten.

Zum Schluss mag des Zusammenhanges wegen noch in Kürze der Rechte der Kinder und sonstigen Familienglieder des diplomatischen Agenten specielle Erwähnung geschehen; sie Alle nehmen, wie bereits im Anfange dieses Capitels angedeutet worden, an den wesentlichen Privilegien des Gesandten, namentlich der persönlichen Unverletzbarkeit und Exterritorialität in dem beschickten Staate Theil, doch haben sie, wie leicht ersichtlich, auf besondere Ceremoniel-Rechte keinen Anspruch, werden vielmehr in dieser Hinsicht lediglich wie Fremde gleicher Standeskategorien behandelt [3]).

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 307 ff.; überh. S. 296—309.

[2]) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 191 a. E. Heffter, a. a. O. §. 221.

[3]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 221, b. (S. 376). Es ist daher ungenau, wenn Vattel (l. c. Tom. II. liv. IV. chap. IX. §. 121) sagt: »La Considération, qui est dûe à l'Ambassadeur réjaillit encore sur ses enfans, qui participent aussi à ses Immunités.« Ebenso Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 48 à la fin.

Achter Abschnitt.

Von der Freihaltung, dem Gehalt und den Geschenken der Gesandten.

Capitel I.

§. 144.

Von der Freihaltung der Gesandten.

Wie bereits oben [1]) erwähnt, wurden die an den Römischen Senat abgeordneten Gesandten auf das Gastlichste aufgenommen, auf Kosten des Staates bewirthet und in ältesten Zeiten sogar durch Geschenke, sog. lautia, ausgezeichnet; auch später, so lange der Gebrauch, Gesandte abzuordnen, noch nicht so allgemein und namentlich die beständigen Gesandschaften noch nicht eingeführt worden waren, herrschte an den Höfen die Sitte, den Gesandten ihrer Würde gemäss eine freie Bewirthung oder Gastfreiheit (défrai) zu Theil werden zu lassen, d. h. ihnen und ihrem Gefolge alles zum Unterhalt und zur Bequemlichkeit Erforderliche zu liefern, zu diesem in der Regel auch noch ein beträchtliches Geldgeschenk hinzuzufügen [2]).

§. 145.

Fortsetzung.

Wie hoch sich solche Defrayirungskosten beliefen, mag aus folgenden Beispielen ersehen werden: die Verpflegung der im Jahre

[1]) Vgl. Sechst. Abschn. Cap. II. §. 96 Not. 1 (S. 105).

[2]) Vgl Friderich Carl Moser, Abhandlung Von den Apointemens, Oder dem Gehalt der Gesandten; in dessen »Kl. Schrift u. s. f.« Bd. 1 (S. 185—290). S. 188. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 496. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 281 Not. 1.

1679 am kaiserlichen Hof gewesenen russischen Gesandschaft kostete die Woche 4000 Gulden und der im Jahre 1681 daselbst eingetroffene russische Botschafter erhielt täglich 500 Gulden, wogegen dem zu gleicher Zeit ebendaselbst anwesenden türkischen Gesandten, ausser Naturalien, täglich 300 Gulden ausbezahlt wurden. Der Cardinal Francesco Barberini, welcher im Jahre 1625 behufs Ausgleichung der Streitigkeiten wegen Veltlin als legatus a latere an den französischen Hof gesandt worden, kostete dem Könige von Frankreich täglich 2500 Livres und die Ausgabe für die ganze Einrichtung belief sich auf 400,000 Livres [1]).

§. 146.

Schluss.

Die mit diesem Gebrauche für beide Theile verbundenen Unbequemlichkeiten, sowie der daraus erwachsende grosse Kostenaufwand führten allmählig zur Abschaffung der Defrayirung und zwar zum Theil auf Grund besonderer Vertragschliessung [2]), zum Theil ohne solche, sodass es schon im vorigen Jahrhundert fast überall [3]) ausser Gebrauch gekommen war, die Gesandten zu defrayiren und heutzutage möchte eine solche öffentliche Bewirthung eines Gesandten

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 189. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 496. Andere Beisp. bei Lünig, Histor.-Polit. Schaupl. Th. 2 SS. 1579, 1596—1619.

[2]) So bestimmt z. B. der Friedensvertrag zwischen Schweden und dem Czaar von Russland, abgeschlossen zu Neustadt in Finnland am 30. August 1721, im Artikel XX. das Folgende: »Weiter ist auch beyderseits hiemit beliebet und verabredet worden, dass die zwischen beyderseits Reiche biszhero gebräuchlich gewesene Defrayirung der Gesandten gäntzlich cessiren und aufhören, und dahingegen beyderseits Gevollmächtigten Gesandten und andern mit oder ohne Caractere ausgeschickten künfftig auferleget seyn soll, sich selber mit ihrer gantzen Suite sowohl auf ihrer Reise, als an dem Hofe, Orth und Stelle, wo ihnen befohlen ist hinzugehen, und zu verweilen, zu unterhalten und für ihre Subsistence zu sorgen u. s. f.« Cf. Joh. Jac. Schmauss, Corpus juris gentium academicum, enthaltend die vornehmsten Grund-Gesetze, Friedens- und Commercien-Tractate, Bündnisse und andere Pacta der Königreiche, Republiquen und Staaten von Europa, welche seither zweyen Seculis bis auf den gegenwärtigen Congress zu Soissons errichtet worden. II Tom. Leipzig 1730. 8. Tom. II. p. 1858. Sieh. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 190.

[3]) Eine Ausnahme wurde nur, namentlich von Seiten des kaiserlichen und des russischen Hofes, betreffs der Gesandten der hohen Pforte und anderer aussereuropäischer Fürsten gemacht; vgl. F. C. Moser, a. a. O. SS. 191 u. 192. — So sollen sich die Kosten, welche der russische Hof i. J. 1775 auf die türkische Gesandschaft zu verwenden hatte, täglich auf 2000 Rubel belaufen haben, und der i. J. 1777 in Warschau befindliche türkische Gesandte soll täglich 54 Ducaten erhalten, trotzdem aber sich beklagt haben, dass er damit nicht auskommen könne. Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 206. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 497. J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 411. Andere Beisp. bei F. C. Moser, a. a. O. S. 191. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 259. Derselbe, Beitr. Th. 3 S. 412. — Einen Fall von Missbrauch der Defrayirung in Berlin erzählt J. J. Moser (Beitr. Th. 4 S. 200): »Ayant remarqué, que tout le bois, fourni à l'Hôtel d'Achmet Effendi par ordre du Roi, ne s'y consomme pas, et que des gens attachés à ce Ministre le vendent à leur profit, on a fait défendre publiquement à tous et un chacun des habitans d'acheter de ce bois, sous les peines qu'il appartiendra, en cas de contravention.«

wohl nicht mehr so leicht vorkommen. Nur Gesandten einiger aussereuropäischen Staaten gegenüber wird diese Sitte von Seiten mancher europäischen Höfe auch noch gegenwärtig beobachtet; so traf z. B. der persische Botschafter Mirza Abd'ul Hassan Chan am 1. Februar 1819 auf seiner Reise nach London, wohin er sich mit einem besonderen Auftrage seines Monarchen begab, zu Wien ein und nahm in dem sog. Kaiserhause auf der Wieden, welches ihm zur Wohnung eingeräumt war, sein Absteigequartier. Nachdem er ein Schreiben des Schah von Persien an den Kaiser von Oesterreich, sowie verschiedene Geschenke in feierlicher Audienz überreicht hatte, verliess er Wien am 25. Februar wieder und wurde, was sonst ungewöhnlich, bis an die Grenze freigehalten [1]).

Capitel II.

§. 147.

Von dem Gehalt und der häuslichen Einrichtung der Gesandten.

Bei der Festsetzung des Gehaltes (appointement), welchen der Gesandte zu seinem und der Seinigen Unterhalt, sowie zur Bestreitung aller mit seiner Stellung verbundenen nothwendigen und gewöhnlichen Ausgaben erhält, kommt es theils auf den dem Gesandten verliehenen Charakter, theils auf die Dauer und die Natur der ihm übertragenen Geschäfte an, also darauf, ob die Sendung beziehungsweise eine ordentliche oder ausserordentliche, und ob sie eine Ehren- oder Geschäfts-Gesandschaft ist [2]). Dies sind jedoch selbstverständlich nur ganz allgemeine Grundsätze, welche keine Regel begründen, vielmehr ist die Observanz der Höfe rücksichtlich des Betrages der Besoldung eine sehr verschiedene und es sind hierbei oft auch noch die Person des Gesandten, der Ort, an welchen er gesandt wird, ja auch die finanziellen Verhältnisse des absendenden Staates, mehr oder weniger von Einfluss [3]).

[1]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 281 Not. 1 (S. 116).

[2]) Vgl. oben, Erst. Abschn. Cap. IV. §§. 17, 18.

[3]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 186. F. C. Moser, a. a. O. S. 199—211. Dieser erzählt (S. 199) in Ansehung der finanziellen Verhältnisse Polens das Folgende: »In Pohlen ist die Schatz-Cammer des Reichs so wohl bestellt, dass aus Geldmangel gar keine Gesandschafften resolvirt werden können«. Sieh. auch S. 230. — Der Gesandte der Vereinigten Niederlande am französischen Hofe wurde ehedem von der Provinz Holland besoldet; voy. »Extrait des Resolutions de LL. HH. PP. pour envoier un Ambassadeur en France; du Mercredi 19. Janvier 1718 (chez Lamberty, l. c. Tom. XI. p. 64)«, woselbst es heisst: »D'ailleurs que la Province de Hollande étant chargée des apointemens d'un Ambassadeur en France sur l'Etat de guerre, il n'est pas raisonnable qu'Elle profite d'avantage du cours de ces apointemens, pendant que par contre d'autres Provinces sont chargées d'autres articles.« Vgl. auch F. C.

§. 148.

Fortsetzung.

Je nach der Grösse der Besoldung und den eigenen Vermögensumständen, wie auch der Neigung des diplomatischen Repräsentanten zu äusserem Prunke, ist das Auftreten desselben an dem beschickten Hofe ein mehr oder weniger glanzvolles, das namentlich in der häuslichen Einrichtung seinen Ausdruck findet; das Verhalten der diplomatischen Agenten an den europäischen Höfen weicht betreffs der Prachtenfaltung selbstredend sehr von einander ab, während diejenigen mancher aussereuropäischen Staaten an einzelnen Höfen sehr oft eine wahre Sucht nach Luxus und äusserlichem Pomp zur Schau getragen haben [1]).

Da, wie bereits erwähnt, bei der Bestimmung der Besoldung auf den Charakter, welcher den diplomatischen Agenten verliehen ist, gesehen wird, so erwartet man nur von Botschaftern, sowie von ausserordentlichen Ehren- und Ceremoniel-Gesandschaften einen grösseren äusseren Prunk, während von den Gesandten der niederen Rangclassen ein geringerer Aufwand verlangt wird, theils weil ihr Gefolge ohnedies weniger zahlreich und kostbar, als das der Gesandten ersten Ranges ist, theils, weil sie nicht, gleich den letzteren, durch den Repräsentativ-Charakter genöthigt sind, wenigstens Gegenseitigkeit in Veranstaltung von Festlichkeiten für die betreffenden Personen vom Hofe und die Mitglieder des diplomatischen Körpers, zu beobachten [2]).

Trotzdem müssen auch die Gesandten der zweiten und dritten Rangclasse durch einen angemessenen Aufwand einen gebührenden Anstand in ihrer häuslichen Einrichtung und Lebensweise beobachten und dürfen niemals ausser Acht lassen, dass sie in besonderer Mission ihres Souveräns an dem beschickten Hofe auftreten und somit jenen und einen ganzen Staat zu vertreten haben, sowie dass sie eine Stellung einnehmen, deren Würde mehr als jede andere durch äusserliche Verhältnisse bedingt wird und welche sie überdies mit den vornehmsten Gesellschaftsclassen in Berührung bringt, denen sie nicht nachstehen dürfen [3]).

Moser, a. a. O. S. 247. — Ausführliche Nachrichten über den Gebrauch einzelner Staaten in Betreff des Gehaltes der Gesandten giebt F. C. Moser, a. a. O. S. 212—245. Vgl. auch Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 502—514. Leti, l. c. Part. VI. p. 102—108 (»Salari agli Ambasciatori«). Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXIII. (p. 319 et suiv.). J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 117—128. Derselbe, Vers. Th. 3 S. 147—151. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 57—60.

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 167. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 306.

[2]) Vgl. Schmelzing, a. a. O, Th. 2 §. 306.

[3]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 167. — Namentlich beim ersten Auftreten in dem fremden Lande muss der Gesandte ein richtiges Maass beobachten, um nicht etwa später

§. 149.

Fortsetzung.

Um nun aber standesgemäss auftreten und den äusseren Anforderungen entsprechen zu können, welche an den Gesandten gestellt werden, muss derselbe mit einem hinreichenden Gehalt ausgestattet werden, damit er nicht entweder gezwungen werde, sein eigenes Vermögen zuzusetzen, oder gar in Gefahr gerathe, Schulden machen zu müssen, was vorzugsweise nachtheilig in einer Stellung ist, deren wesentlichste Bedingung, wie schon erwähnt, äussere Würde ist. Bei ausreichender Besoldung wird der Gesandte im Stande sein, auch ohne sich unnützer Verschwendung und übertriebener Prunksucht hingeben zu brauchen, doch seinen Souverän auf würdige Weise zu vertreten, ist der Gehalt aber kärglich zugemessen, so werden die Uebelstände nicht ausbleiben, welche sich leicht für die Geschäfte ergeben, wenn der diplomatische Vertreter wegen Mangels an Mitteln seinen Platz nicht mit Ehre auszufüllen vermag, wie z. B. jener Gesandte, dessen Auftreten der Graf Oxenstierna [1]) mit folgenden Worten schildert: »J'ai connu à cette même cour un autre Ministre étranger, qui loga dans un gargot, croyant apparament que tout le merite d'un Envoyé consiste à épargner quelques écus, à son maître: il avoit loué deux chevaux d'un charretier pour son carrosse, quand il alloit en cour: On me disoit qu'il y avoit quinze ans, qu'il fut dans le ministere, et que sa livrée fut du même date: Il avoit l'air d'une perche, la tête d'un brochet, et la voix de la flute d'un orgue cassé: Enfin un vrai vilain

zu Einschränkungen gezwungen zu werden. Treffliche Winke in dieser Beziehung giebt Kölle (a. a. O. S 140): »Rückschritte sind immer gefährlich und unangenehm, daher ein Diplomat weislich handelt, wenn er klein und haushälterisch auf einem neuen Posten auftritt und auch im Oekonomischen keinen Schritt thut, ohne den Boden vorher genau untersucht zu haben. Erweitert ist der Kreis sobald man will, aber das Publicum verzeiht einem Gesandten niemals die Einschränkung des einmal angekündigten Aufwandes, es sieht es als ein wohlerworbenes Recht an, ihn immer auf dem seitherigen Fusse zu beschmausen, besonders seitdem der Adel überall sparsam — und häufig noch etwas mehr als sparsam geworden ist, wahrscheinlich weil er einsah, dass die Notabilität der Geburt nicht mehr allein hinreiche, ihm das Uebergewicht zu sichern.«

[1]) Voy. Recueil de Pensées du Comte J. O., sur divers sujets. V Tomes. A Francfort sur le Mein 1725. 8. Tom. II. p. 51. — Vgl. F. Kölle, a. a. O. S. 148: »Auch unsere sonst an allem Ungewöhnlichen so armen Höfe haben Augenblicke, wo die grösste Einfachheit eindringlicher wirkt als die höchste Pracht. Wer las nicht von Heinsius alter Aufwärterin und von Franklins schlichtem Haare. Begreiflich muss man wissen, auf welchem Boden man steht, ehe man sich eine Abweichung von der allgemeinen Regel herausnimmt. Man muss Friedrich sein, um einem Gesandten zu London (welcher sich beschwerte, dass er nicht einmal Wagen und Pferde halten könne) antworten zu dürfen: Wenn Ihr im Miethwagen nach Hofe fahrt, so sieht dessenungeachtet mein Bruder Georg mich hinter Euch stehen, an der Spitze von 150,000 Preussen.«

»longissimus Andreas«: Je finis par lui, car il me parut le Postscriptum de tous les Envoyés, que j'aie vu [1]).

§. 150.

Fortsetzung.

In den älteren Zeiten [2]) und das ganze Mittelalter hindurch bis zum 16. Jahrhundert gab es unablässig Klagen und Vorstellungen der Gesandten über die Bezahlung, welche oft so schlecht war, dass, wie A. Reumont [3]) sagt: »Viele, welche mit Missionen beauftragt wurden, die Ehre gar nicht annehmen wollten, und waren sie einmal von einer solchen zurückgekehrt, himmelhoch baten, man möge sie doch künftig mit ähnlichen Auszeichnungen verschonen.« Dies war namentlich in Florenz und Venedig [4]) der Fall, weshalb sich der Grosse Rath dieser Republik im Jahre 1271 veranlasst sah, im Weigerungsfalle eine Geldstrafe [5]) zu verordnen, im Jahre 1280 aber bestimmte, dass nur eine schwere Krankheit einen gültigen Entschuldigungsgrund abgeben könne und endlich im Jahre 1360 die Verordnung erliess, dass solche, welche die Wahl angenommen, dann aber abzureisen sich weigerten, ein Jahr weder ein Amt bekleiden noch ein Benefiz beziehen sollten [6]). »Solchen Klagen über grosse Kosten und schlechte Bezahlung«, heisst es weiter bei Alfred

[1]) Betreffs der äusseren Erscheinung des Gesandten erzählt Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XXIII. p. 313) folgendes Beispiel: »On a veu dans une des premieres Cours de l'Europe un Ambassadeur, qui en sortant d'auprès du feu de sa cuisine, ne croignoit point de se produire, sans rabat et en mules de chambre, à des Officiers qui lui venoient parler de la part du Roy. On ne peut nier que ce ne fust une trés-grande incivilité. Ces gens-là font honte à leur caractere aussi bien qu'à leur Souverain, qui ne devoit jamais donner ces eminents emplois à des personnes mal élevées, qui ne sçavent pas les principes de la veritable civilité. L'Ambassadeur ne se doit point produire, ni se faire voire à ceux qui ont à negocier avec lui, qu'il ne soit en estat et vestu — — —.« Voy. en outre Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XII. §. 2 (p. 208).

[2]) Auch im Alterthum wurden die Gesandten nur gering besoldet; bei den Athenern zahlte ihnen der Schatzmeister als Reisegeld (ἐφόδιον, πορεῖον) gewöhnlich auf dreissig Tage eine Summe voraus, und zu Aristophanes Zeiten erhielten sie täglich zwei oder drei Drachmen (die Drachme zu 5 Gr. 6 Pfg. gerechnet gleich 11 Gr.) und der grösste Sold, wie ihn niemals ein anderer Staat gegeben hatte, ist der, welchen fünf von Philippos abgeschickte Athenische Gesandten empfingen, nämlich tausend Drachmen (gleich 183 Thaler 10 Groschen); sieh. August Böckh, Die Staatshaushaltung der Athener, vier Bücher. Mit einundzwanzig Inschriften. 2 Bde. Berlin 1817. Bd. 1 S. 255.

[3]) Italien. Diplomat. u. s. f. S. 492.

[4]) Ueber den Gehalt der venetianischen Gesandten sagt Wicquefort (l'amb. Liv. I. sect. XXIII. p. 321): »Les appointements, que la Republique de Venise donne à ses Ambassadeurs, sont assés medlocres, mais ils sont reglés, de sorte qu'ils sçavent de quoi ils peuvent faire estat, et qu'elle dépense il peuvent faire. Ils ont le necessaire, et suppléent au superflu du leur, dans l'esperance de s'avancer par là à de plus grandes dignités dans le païs, et à de plus importants emplois au dehors.«

[5]) Dieselbe belief sich auf 2000 Ducaten; vgl. Lünig, Histor.-Polit. Schaupl. Th. 1 S. 410.

[6]) Vgl. Reumont, a. a. O. SS. 425. 492. Lünig, Hist.-Polit. Schaupl. Th. 1 S. 410. F. C. Moser, a. a. O. S. 244.

Reumont [1]), »begegnen wir selbst in den Briefen reicher Leute, wie Cosimo di Medici der Alte [2])«; um wie viel mehr berechtigt müssen unter solchen Umständen nicht die Klagen von Männern erscheinen, die ohne eigenes Vermögen, nur auf ihr Amtseinkommen angewiesen waren, wie z. B. Nicolo Macchiavelli, der zu einem festen Gesandschaftsposten niemals gelangte, sondern nur zu ausserordentlichen Sendungen verwandt wurde, welche, wenn auch wichtig und ehrenvoll, doch wenig gewinnbringend waren [3]).

§. 151.

Fortsetzung.

Rücksichtlich der Auszahlung und Berechnung des Gehaltes kommen verschiedene Gebräuche vor; der Gesandte erhält seine Besoldung entweder jährlich, vierteljährlich, monatlich, ja selbst wöchentlich, oder durch Taggelder [4]). Um die, beim Beginne der gesand-

[1]) Italien. Diplomat. u. s. f. S. 492.

[2]) Auch »Vater des Vaterlandes« genannt, geb. 1389. Im Jahre 1433 nach Venedig verbannt, ward er jedoch i. J. 1434 zurückgerufen und trat, nach der Verbannung seiner Feinde, an die Spitze der Regierung; gest. i. J. 1464.

[3]) Daher sind seine Depeschen denn auch immer mit Klagen angefüllt, so z. B. ein Bericht aus St. Pierre le Moutier vom 5. August 1500: »Ew. Herrlichkeiten wissen, welches Gehalt mir bei meiner Abreise aus Florenz bestimmt ward, und welches dem Francesco della Casa. Vielleicht glaubte man, die Angelegenheiten würden sich so gestalten, dass ich weniger Auslagen hätte als er; Dem ist indess keineswegs der Fall. Da wir Seine allerchristlichste Majestät zu Lyon nicht getroffen, haben wir gleichmässig mit Pferden, Dienern und Kleidungsstücken uns versehen müssen und so folgen wir dem Hofe mit denselben Unkosten, ich wie er. Demgemäss scheint es mir jedem göttlichen und menschlichen Rechte zuwider, dass wir nicht dasselbe Einkommen beziehen sollen. Dünkt es Euch aber, dass die Kosten, die ich Euch verursache, überhaupt zu hoch sind: so meine ich, dass entweder mir mit Recht zukommt, was Ihr dem Francesco gebet, oder dass die zwanzig Ducaten, die Ihr mir monatlich zahlt, ganz weggeworfen sind. Wäre letzteres der Fall, so bitte ich Ew. Herrlichkeiten mich abzuberufen. Wenn nicht, so bitte ich Euch Sorge zu tragen, dass ich mich nicht zu Grunde richte, oder zum mindesten, dass für die Schulden, die ich hier mache, dort ein Credit offen stehe. Denn ich versichere Euch, dass ich bis jetzt vierzig Ducaten von dem Meinigen ausgegeben und meinem Bruder aufgegeben habe, mehr denn siebzig für mich zu zahlen.« Vgl. A. Reumont, a. a. O. S. 493. Andere Beisp. ebds. S. 494—500. So klagt der venetianische Botschafter Carlo Capello während der Belagerung von Florenz in einer Depesche vom 26. November 1529: »Meine Auslagen steigen mit jedem Tage. Weder mein Gehalt, noch meine eigenen Einkünfte reichen hin, und ich kann nicht länger aushalten, wenn die Gnade Ew. Serenität mir nicht zu Hülfe kommt. Ich würde nicht reden von diesen Dingen, wäre die Noth nicht so gross«, und in einer anderen Depesche vom 31. Mai 1530: »Die Geldverlegenheit ist so gross und das Volk ist zu so schweren Opfern genöthigt, dass, hätte ich nicht Freunde und Credit, meiner Stellung und des Ansehns Ew. Serenität wegen, ich eine so unerschwingliche Ausgabe, wie jetzt nöthig ist, längst schon nicht mehr hätte aushalten können. Mein gewöhnliches Gehalt reicht blos hin, den Unterhalt meiner Pferde zu bestreiten. Der Preis aller Lebensmittel ist so gestiegen, dass man einen Ducaten für das gibt, was früher einen Grosso kostete. Und mit jedem Tage wird's ärger.« Vgl. Reumont, a. a. O. S. 497. — Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 57: »Der französische Legationssecretär, hernach Resident und endlich Ministre plénipotentiaire, d'Eon, beklagte sich zum öfteren, dass man ihm keine seinem Charakter gemässe Einkünfte anwiese.«

[4]) Dies ist in der Regel bei ausserordentlichen, auf kürzere Zeit abgeordneten Gesandten der Fall.

schaftlichen Obliegenheiten vorkommenden aussergewöhnlichen Ausgaben bestreiten zu können, wird dem Gesandten auch bisweilen eine Summe im Voraus gezahlt, welche nachher bei den festgegesetzten Terminen in Abrechnung gebracht wird. Die Zahlung des Gehaltes aber geschieht entweder durch Baarsendungen oder durch Wechsel [1]).

Ausser dem stehenden Gehalt oder den Diäten [2]) wird den Gesandten, sofern ihnen nicht ausdrücklich für die ganze Gesandschaft ein Gewisses ausgesetzt worden ist, noch eine besondere Vergütung für verschiedenartige Ausgaben bewilligt, zu denen ziemlich allgemein die folgenden gerechnet werden:

1) die ausserordentlichen Ausgaben, unter welcher allgemeinen Rubrik alle folgenden enthalten zu sein pflegen [3]);

2) die Equipage. Zur Anschaffung und Unterhaltung derselben, sowie der Pferde, erhält der Gesandte eine bestimmte Summe, oder auch wohl das dazu Erforderliche aus den Marställen seines Souveräns [4]);

3) die Kosten für die Reisen [5]) und für den feierlichen Einzug [6]);

4) die Kosten für die Wohnung und auch wohl für eine eigene Capelle [7]);

5) die Kosten für den Aufwand auf ausserordentliche Feste, welche der Gesandte auf ausdrücklichen Befehl seines Hofes gibt [8]);

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 253—254. Ueber unregelmässig geschehene Auszahlung des Gehaltes wurden ehedem oft Klagen erhoben; Beisp. findet man bei F. C. Moser, a. a. O. S. 255—262.

[2]) Appointements fixes ou journaliers.

[3]) Mancher diplomatische Agent bestreitet indessen seinen gesandschaftlichen Aufwand, wenigstens zum Theil, aus eigenen Mitteln. — »Gardons nous de placer les agents extérieurs entre la pénurie et la séduction«, schrieb das französische Directoire exécutif i. J. 1790 an das Conseil des cinq cents. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 170 Not. b.

[4]) So wurde dem Grafen Leslie, welcher i. J. 1665 als kaiserlicher Grossbotschafter an die Pforte abgesandt worden, die Equipage von der kaiserlichen Hofkammer angeschafft, wozu sich die Kosten auf 70,000 Gulden beliefen; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 270 ff., woselbst andere Beispiele. Vgl. ferner J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht SS. 57, 59. Derselbe, Vers. Th. 3 S. 152. Lamberty, l. c. Tom. VIII. p. 193. Sieh. auch »Reglement der General-Staaten der Vereinigt. Niederlande in Betreff der Gesandschaften und anderen Commissionen, so in als ausserhalb Landes, festgesetzt den 26ten Juli 1700«, bei G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 373. — Bisweilen, jedoch selten, wird auch eine besondere Vergütung für den Stall, nämlich Pferde, Wagen und das dazu nothwendige Personal bewilligt; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 278.

[5]) Sowohl Hin- und Rückreise, als auch Reisen während der Dauer der Gesandschaft.

[6]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. SS. 273—277, 282—284. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 377.

[7]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 278—281.

[8]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 281. Den venetianischen Gesandten wurde i. J. 1638 strenge verboten, auf Staatskosten öffentliche Gastmähler zu geben. Vgl. Reumont (a. a. O. S. 500), welcher diese Mittheilung mit den Worten begleitet: »Auf eigene Kosten konnten die Diplomaten wahr-

6) die Ausgaben für ausserordentliche Geschenke, welche der Gesandte auf Befehl seines Hofes bei besonderen Gelegenheiten machen muss [1]);

7) die Unkosten für die Trauer, welche der diplomatische Agent auf Befehl seines Hofes anlegt [2]);

8) die Ausgaben für das gesammte Gefolge [3]) und die Büreau-Kosten;

9) Verlust an Geldsorten, welche dem Gesandten zugeschickt sind [4]);

10) geheime Ausgaben [5]), welche bisweilen der Zweck der Gesandschaft erfordert [6]);

Ueber die Berechnung dieser ausserordentlichen Ausgaben ist es ehedem zwischen dem Souverän und dem Gesandten zuweilen nicht allein zu Misshelligkeiten, sondern selbst zu Processen gekommen [7]).

§. 152.

Schluss.

Was schliesslich die häusliche Einrichtung des diplomatischen Agenten anbetrifft, so ist für denselben vor Allem eine angemessene Wohnung [8]) nebst vollständigem Ameublement und Hausgeräthe erforderlich; da aus dem Beziehen einer Miethwohnug für den Gesandten vielfache Nachtheile entstehen [9]), so haben einige

scheinlich (wie es überall gnädigst erlaubt zu werden pflegt) Collegen, Ministern und Hofleuten so oft und so viel zu essen und zu trinken geben, als sie nur immer wollten. Von den obenerwähnten (S. 412) vier florentinischen Botschaftern, welche i. J. 1529 zu Karl V. nach Genua gingen, hielten zwei, Tommaso Soderini und Raffaello Girolami, wie Busini erzählt, offene Tafel und lebten auf splendide Weise. Die beiden andern, Niccolò Capponi und Matteo Strozzi, thaten das Gegentheil, Matteo kaufte den Wein fassweise und hielt ihn hinter dem Bette, in welchem er schlief, weil er besorgte, seine Diener möchten sich ausser der Tischzeit drüber hermachen und ihn austrinken.« — In älteren Zeiten wurden auch die Unkosten für Gallakleider besonders vergütet; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 281. — Der französische Botschafter am sardinischen Hofe, Baron von Choiseul, erhielt i. J. 1774 ein Jahrgehalt von 6000 Livres, um ihn wegen der Kosten zu entschädigen, die er bei der Vermählung des Grafen von Artois aufgewandt hatte. Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 60.

[1]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 281. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 376.

[2]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 284. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2 S. 376.

[3]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 279—281.

[4]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 284. G. F. v. Martens, Erzählg. Bd. 2. S. 377.

[5]) Gastos secretos.

[6]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. IX. (p. 96).

[7]) Einen Fall dieser Art erzählt F. C. Moser, a. a. O. S. 285—290.

[8]) Gesandschaftsquartier, Nationalquartier, hôtel de légation, h. d'ambassade.

[9]) Kölle (a. a. O. S. 141) bemerkt in dieser Beziehung: »Eine eigene Behausung für eine Gesandschaft hat vielfache Vortheile. Einmal erspart man an Einrichtungs-

Staaten in den Residenzstädten anderer Staaten Häuser angekauft und dieselben zu Gesandschaftshôtels bestimmt, wie z. B. Oesterreich und England im Jahre 1814 in Paris, sowie ebendaselbst und in St. Petersburg Preussen im Jahre 1817 [1]); fehlt es aber an solchen eigenen Gesandschaftsgebäuden, so bezieht der Gesandte eine Miethwohnung [2]), für deren gehörige Einrichtung in der Regel eine bestimmte Summe als Entschädigung bewilligt wird (à titre de frais de premier établissement, d'indemnité). Nur ausserordentliche Gesandschaften für kurze Zeit erhalten bisweilen Quartier von dem Staat, an welchen sie gesandt sind [3]).

Wie bereits im Eingange dieses Capitels [4]) bemerkt wurde, erwartet man nur von den Gesandten der ersten Rangclasse ein gewisses Gepränge in der Repräsentation, wie überhaupt in Allem, was sich auf äusserliche Würde bezieht, also z. B. das Halten einer zahlreichen und kostbar gekleideten Dienerschaft, Prachtentfaltung in der Garderobe, im Geräthe [5]), Luxus in Wagen [6]) und Pferden u. dgl. m. [7]).

geldern, und wenn die Zimmer altmodisch sind, so fällt der Tadel nicht auf den Gesandten. Dann gibt es einen Eindruck von Stätigkeit und Solidität, und erleichtert in grossen Städten das Auffinden. Endlich kann man nach und nach den Oertlichkeiten für Kanzlei-Couriere etc. etc. eine Zweckmässigkeit verleihen, welche in einer Miethwohnung schwer zu finden ist.«

[1]) So besass ehedem die Republik Venedig in Rom ein eigenes Gesandschaftshôtel, welches einer der grössten Paläste der Stadt war, ein burgähnliches Gebäude mit Thurm und Zinnen. Der Cardinal Pietro Barbo aus Venedig war der Erbauer und wohnte dort auch als Papst Paul II.; Pius IV. schenkte ihn, gegen eine dem päpstlichen Nuncius in Venedig angewiesene Wohnung, i. J. 1564 der Republik, zur Zeit der Gesandschaft des Jacopo Superanzo, der zwischen dem Girolamo Soranzo und dem Paolo Tiepolo Botschafter war. Nach dem Untergange der Republik wurde dieser Palast Eigenthum der Krone Oesterreich. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 437. — Andere Beisp. aus früherer Zeit sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 288 ff. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 94. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 259. — Gegenwärtig (1869) hat die italienische Gesandschaft zu Wien ein Terrain zum Bau eines ständigen Gesandschaftshôtels erworben und es heisst, dass noch zwei andere Gesandschaften bezüglich der Acquirirung von Baugründen zu gleichen Zwecken in Unterhandlung stehen.

[2]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 95.

[3]) Vergl. J. J. Moser, Beitr. Th. 3 S. 280 ff. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 94.

[4]) Sieh. §. 148.

[5]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. XI. §. 15 (p. 204).

[6]) Voy. Bielfeld, l. c. §. 11 (p. 202): »Les Equipages et la Livrée d'un Ministre publique doivent être riches et de bon goût. Cet extérieur en impose à la Cour, à la Ville, et au Peuple; au-lieu que des Carrosses antiques, ou mauvais, et ressemblans à des Fiacres, des Laquais mal propres, vêtus de bure, donnent d'abord je ne sçai quelle mauvaise impression contre le Ministre et sa Patrie.«

[7]) In früheren Zeiten war es nicht ungewöhnlich, dass Botschafter sich drei Züge von sechs Pferden hielten; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 151, Th. 4 S. 54.

Capitel III.

§. 153.

Von den Geschenken der Souveräne unter einander.

Staaten und deren Regenten pflegen ihrer Achtung, Höflichkeit, Freundschaft oder Zuneigung zu einander, durch Geschenke Ausdruck zu geben, welche theils willkürlich, theils herkömmlich sind, sowie entweder zu bestimmter Zeit oder bei gewissen Gelegenheiten, wie z. B. bei Vermählungen, Entbindung, Besuchen u. w. d. a., erfolgen [1]).

Als Gegenstände der Geschenke kommen vor Ritterorden [2]), Kleinode und Kostbarkeiten, Kunst- oder Naturseltenheiten, literärische Merkwürdigkeiten, Lieblingsgegenstände des einen oder des anderen Theils [3]), selbstverfertigte Arbeiten [4]) u. dgl. m. So sendeten ehedem der König von Dänemark, wie auch der Grossmeister von Malta dem König von Frankreich, meistens jährlich, zur Reiherbeize abgerichtete Falken und Napoleon I. erhielt aus Deutschland vielfach lebendige Hirsche [5]). — Gegenstände der Päpstlichen Geschenke sind in der Regel geweihete Sachen, z. B. Reliquien [6]),

[1]) Vgl. Friderich Carl Moser, Abhandlung Von der Staats-Galanterie, Oder denjenigen Höflichkeiten der grossen Welt, Welche Ihren Ursprung nicht in dem auf Verträgen oder dem Herkommen begründeten Ceremoniel haben; in dessen »Kl. Schriften u. s. f.« Bd. 1 S. 36—47. J. J. Moser, Vers. Th. 1 S. 344—354. Derselbe, Beitr. Th. 1 SS. 469, 478—488, 514. Specielle Beisp. von Geschenken an die Pforte und von dieser sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 1 S. 470—478, Th. 3 S. 343—345. Derselbe, Vers. Th. 1 S. 344. Lünig, Histor.-Polit. Schaupl. Th. 2 SS. 1583 u. 1612. — Leistungen aus Zwangspflicht, wie sie besonders in Verträgen mit der Pforte und afrikanischen Staaten vorkommen, sind keine wahren Geschenke; dergleichen Bestimmungen enthalten z. B. die Russisch-Türkischen Friedens-Präliminarien vom 1. September 1793, Art. VIII. (vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 1 S. 344), Belgrader Frieden von 1739, Art. XX. (»Die Grossbottschafftere, welche beede Höfe an einander senden würden, sollen, zum Zeichen der Freundschafft, ein freywilliges Geschenck mit sich bringen, welches jedoch anständig und beederseitiger Kayserlicher Würde gemäss seyn solle;« vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 1 S. 344) und Friede zu Jassi vom Jahre 1792, Art. X. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 164 Not. a. Klüber, a. a. O. §. 116 Not. e.

[2]) Allenfalls mit Dispensation von den Ordensstatuten; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 1 SS. 334, 335—341. Derselbe, Beitr. Th. 1 S. 462—465.

[3]) So erzählt F. C. Moser, a. a. O. S. 41: »Kayser Carl VI. machte auf gleiche Weise König Friderich Wilhelmen von Preussen bey dessen Besuch zu Prag ein Präsent mit einer Canaster-Büchse, Tabacks-Stopfer und Pfeiffen-Räumer von Gold.« — Im Jahre 1702 beschenkte die Königin Anna von England Carl XII. von Schweden mit 200,000 Pfund Pulver. »Ce Présent ne pouvoit être qu'agreable au Roi de Suéde, qui en avoit de besoin«, setzt Lamberty (l. c. Tom. II. p. 264) seiner Mittheilung hinzu.

[4]) Peter von Russland schenkte i. J. 1714 dem König Georg von Grossbritannien einen Compass, den er mit eigener Hand angefertigt hatte; vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 43.

[5]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 37. J. J. Moser, Vers. Th. 1 S. 347.

[6]) F. C. Moser (a. a. O. S. 44) bemerkt witzhaft: »Die Reliquien, Cörper und Gebeine der Heiligen, welche der Papst selbst nach Belieben dazu machen kann, die Agnus Dei, und dergleichen, sind lauter artige Sachen, welche dazu insgesamt nicht viel kosten, und ihren Werth von denen bekommen, welche sie vor das halten, wovor sie ausgegeben werden.«

Agnus Dei [1]), Windeln [2]), goldene Rosen [3]) und endlich Hut und Degen [4]).

§. 154.

Von den Geschenken der Souveräne an die bei ihnen beglaubigten Gesandten.

An Stelle der, früherhin häufigeren Geschenke, welche die Gesandten bei ihrem Abschiede, bisweilen auch bei ihrer Ankunft von dem Souverän erhielten und welche oft sehr bedeutend waren [5]),

[1]) Betreffs der Agnus Dei heisst es bei F. C. Moser (a. a. O. S. 44. Anm.*): »Der Papst weyhet solche Agnus Dei das erste Jahr seiner Regierung, und hernach alle sieben Jahr, da derselbe die vorhin verfertigte wächserne Numismata den dritten Ostertag mit grosser Feyerlichkeit einsegnet, balsamirt und in das heil. Wasser eintauchet, da sie dann, wenn sie wieder getrocknet, und den Segen bekommen haben, in einer güldenen Schachtel bis auf den weissen Sonntag zur Austheilung verwahret werden. Weilens übrigens nur Geistliche sie mit blossen Händen anrühren dürfften, sind sie mit Seide, Silber oder Gold übersponnen.«

[2]) Im Jahre 1746 liess Papst Benedict XIV. seinem bereits i. J. 1741 gebornen Pathen, Erzherzog Joseph zu Wien, durch seinen Nuntius, Fabricio Serbelloni, die geweiheten Windeln nebst dem Taufpathen-Gelde überreichen, bei welcher Gelegenheit die Kaiserin, über die Verzögerung ungehalten, bemerkt haben soll: »Der Prinz, mein Sohn, hat weder Windeln noch Spitzen mehr nöthig, weil er schon Ungarische Kleidung trägt.« Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 1 S. 482. F. C. Moser, a. a. O. S. 45. Vehse, a. a. O. Th. 8 S. 141.

[3]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 45. Im Jahre 1759 übersandte Papst Clemens XIII. der Republik Venedig, seinem Vaterlande, die geweihete goldene Rose durch seinen Ehrenkämmerer, Abbé Firrau, als Geschenk; vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 1 S. 482. — In neuerer Zeit beschenkte Papst Pius IX. die i. J. 1868 vertriebene Königin Isabella II. von Spanien mit einer goldenen Rose.

[4]) Nach erfochtenem Siege über die Türken bei Peterwardein i. J. 1716 erhielt Prinz Eugen von Savoyen von Papst Clemens XI. dergleichen Geschenke, begleitet von einem höchst schmeichelhaften päpstlichen Schreiben, in welchem es u. A. heisst: »Dilecte Fili, Nobilis Vir, Salutem et Apostolicam Benedictionem. Firmam, constantemque fiduciam, tametsi maximam, quam in perspectâ tua virtute, ac fortitudine reposuerat Christiana Respublica, adeo excedit praeclara; omneque in aevum memoranda à Nobilitate tuâ de Turcis nuperrimè relata Victoria, ut universi Christi fideles certatim effusas tibi laudes ubique tribuant. Et quidem innumeros Barbarorum Copias eâ felicitate ac celeritate ferè ad internecionem profligasti, ut celebris illius Romanorum Ducis, qui venit, vidit, vicitque, gloriam aequasse videaris. — — — Cum autem derivatae ex te in eandem rem Christianam ingentia commoda, quae nos imprimis afficiunt, peculiare aliquid gratae voluntatis testimonium à nobis planè reposcant, mittimus Nobilitati tuae per dilectum filium Horatium Rasponum, Equitem Hierosolymitanum, Familiarem nostrum, nobisque, tum generis, tum animi praestantiâ summoperè acceptum, Ensem et Pileum Coelestibus Benedictionibus largè ditatos quibus Praedecessores nostri Romani Pontifices strenuos atque praeclaros Christianae Reipublicae, Sanctaeque Fidei Propugnatores interdum decorare consueverunt, ut ejusmodi Sacri Muneris inflammatus misteriis, Gladio quidem circa femur tuum potentissimè accingaris, Pileo verò, veluti Galeâ salutis induaris, et ad infensissimorum Hostium superbiam confringendam in dies magis, magisque inciteris cett.« Voy. Lamberty, l. c. Tom. IX. p. 599.

[5]) So erhielten i. J. 1727 die vier schwedischen Commissarien, welche die schwedische Accessions-Acte zu dem hannöverischen Tractat unterzeichnet hatten, von dem französischen und englischen Hofe 40,000 Thaler; der König von Frankreich beschenkte i. J. 1743 den Grafen von Montijo, welcher das Heirathsgeschäft des Dauphins mit der spanischen Infantin Maria Theresia zu Stande gebracht hatte, mit seinem Bildniss, welches auf 40,000 Livres geschätzt wurde. Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 498. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 131. So wurde über den spanischen Botschafter zu Wien, Graf Aylor, i. J. 1754 geschrieben: »Er hatte zum Vertrage von Aranguez von 1753 (in Folge des Aachener Friedens) beigewirkt und ward deshalb sehr in Wien ausgezeichnet. Die Kaiserin sagte ihm beim Abschied, er habe die Würde eines Ministers mit der Feinheit eines Weltmannes vereinigt. — Niemals bekam ein

ist in neuerer Zeit meist die Ertheilung von Ritterorden getreten [1]); was die Gegenstände der Geschenke anbetrifft, so können dieselben ebenso verschiedenartig sein, wie dies in dem vorhergehenden Paragraphen rücksichtlich derjenigen der Souveräne unter einander, erwähnt worden. Ausserdem sind früher auch Beschenkungen mit Land und Leuten, sowie Standeserhebungen vorgekommen; so machte z. B. der König von Spanien im Jahre 1767 den französischen Botschafter, Marquis d'Ossun, zum Granden von Spanien erster Classe [2]), der Herzog von Malborough wurde von Kaiser Joseph i. J. 1704 mit der nachher gefürsteten Grafschaft Mindelheim im Algow belehnt, und Carl VI. beschenkte i. J. 1727 den russischen Fürsten Menzikof, welcher ihm das Verlöbniss seiner Tochter mit dem Kaiser Peter II. angezeigt hatte, mit der zu einem Fürstenthum erhobenen schlesischen Herrschaft Cosel [3]).

Auch die Gemahlin [4]) und Kinder [5]) des diplomatischen Agenten, sowie die Legations-Secretäre [6]) erhalten bisweilen Geschenke.

Anderer so ansehnliche Geschenke; er verlässt im besten Wohlstande Wien. Obwohl er sich standesmässig gehalten hat, so hat er doch die 30,000 Gulden, die sein Hof ihm zahlte, nicht aufgewendet.« — Andere Beisp. von Geschenken sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 531—541. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 432—450. Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. SS. 96—110, 130—140. Wicquefort, L'amb. Liv. I. sect. XXX. (p. 449—457).

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. dipl. Tom. I. §. 46.

[2]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 130; ein and. Beisp. ebds. S. 129. Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 107. Ueber Regenten, Regierung und Ministers. Frankfurt a. M. 1784. 8. S. 130.

[3]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 105. So schenkte König Heinrich VII. von England dem Nuncius Papst Innocenz' VIII., Hadrian Castellesi, nachmals während der Regierungen Alexander VI., Julius II. und Leo X., so bekannt unter dem Namen des Cardinals von Cornato, die Bisthümer Hereford und Wallis. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 490. — Als ein Beweis besonderen Wohlwollens müssen stets die s. g. Affections-Geschenke angesehen werden; so empfing z. B. Lord Carteret, welcher während seiner Mission am dänischen Hofe viel zur Herstellung der Ruhe im Norden beigetragen hatte, in der Abschieds-Audienz aus den Händen König Friedrich IV. den Degen, den er trug, mit den verbindlichen Worten: »Puisque Mr. l'Ambassadeur a rétabli la Paix entre nous et la Couronne de Suède, Nous n'avons pas plus besoin de l'Epée; ainsi Mr. l'Ambassadeur voudra bien de recevoir celui-ci de nos mains pour se souvenir de nous.« Im Jahre 1720 bekam der englische Gesandte am spanischen Hof, Schaub, in der Abschieds-Audienz von König Philipp einen Ring geschenkt, welchen die Königin, seine Gemahlin, getragen. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 132. — Der Papst schenkt gewöhnlich Agnus Dei und kleine Reliquien, hin und wieder auch wohl den ganzen Leichnam eines Heiligen; so erhielt z. B. der französische Botschafter zu Rom, Herzog von Crequi, bei seiner Abreise den heiligen Ovidius geschenkt, an dem ihm jedoch so wenig gelegen war, dass er ihn bei seiner Rückkehr nach Frankreich den Capucinern à la Place Louis le Grand schenkte, welche aber bei näherer Untersuchung fanden, dass dieser Leichnam zwei linke Füsse gehabt. Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 140.

[4]) Beisp. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 SS. 180, 450. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht. SS. 213, 214.

[5]) So wird u. A. von Genf d. 9. Januar 1750 berichtet: »Ohne die Geschenke, welche der allhiergestandene französische Minister de Champeaux nebst seinem Secretario empfangen, hat auch dessen Sohn eine sehr schöne goldene Repetir-Uhr zum Präsent erhalten.« Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 541.

[6]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 SS. 442, 451. Derselbe, Vers. Th. 4 S. 541. Beisp. von der Beschenkung eines Couriers sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 554. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht. S. 305.

In früheren Zeiten war in manchen Staaten die Annahme von Geschenken verboten, wie z. B. in den Vereinigten Niederlanden [1]) oder doch beschränkt, so z. B. in Venedig [2]); dagegen wird die

[1]) Ein Gesetz der Generalstaaten vom 10. August 1651 untersagte allen in auswärtigen Ländern angestellten Gesandten, Geschenke, in welcher Art es auch geschehe, direct oder indirect, anzunehmen. Cf. Adriani Kluit, Historiae federum Belgii Federati primae lineae. Part. II. Lugduni Batavorum 1790. 1791. 8. Pars II. §. DLXIII. (p. 570). Vgl. auch F. C. Moser, a. a. O. S. 136 — 139. — Wicquefort (L'amb. Liv. I. sect. XXX. p. 455) übertreibt wohl, wenn er sagt: »Ces défenses sont si scrupuleusement observées, qu'il n'y a point de Ministre, qui ne refuse les civilités que les Princes lui veulent faire, et mesmes les raffraichissements, dont les Princes le veulent regaler, lorsqu'il passe par leur pais.« Weiter heisst es dann: »Je n'ai pas encore pû apprendre la veritable cause, qui ait obligé un Estat si prudent et si sage, à faire un règlement, qui détruit les principes d'une civilité, qui est receue chez toutes les autres nations du Monde. — — — Je ne sçais, si les auteurs de ce règlement ont prétendu fonder en leurs Marais une République de Platon; mais on ne peut nier, qu'ils ne condamnent les sentiments de tous les autres Rois et Potentats de la terre, qui jugent, qu'on doit témoigner à l'Ambassadeur la considération qu'on a pour son Prince l'estime qu'on a pour la personne de l'Ambassadeur et la satisfaction que l'on a de sa conduite. Il faut avouer aussi, que ceux qui ont bien voulu prendre une résolution si singulière, doivent avoir une très-méchante opinion des Ministres qu'ils employent, puisqu'ils les jugent tellement corruptibles, qu'un plat de viande ou de fruit, ou une bouteille de vin les puisse faire manquer de fidelité à leur Patrie. Je veux croire, qu'il y a des âmes assés intéressées et assés infidelles, pour se laisser corrompre; mais je ne vois point, comment un Ambassadeur puisse estre corrompu par le présent qu'on lui fait lorsqu'il n'est plus en estat de négocier, ni de trahir les intérests de son Prince, quand il le voudroit faire, et par un présent, qui ne pourroit pas servir de recompense, je ne dis point à une déloyauté et à une trahison, mais mesmes à un service de peu d'importance.« — Eine Dispensation von dieser Verordnung in einem Falle erzählt Lamberty, l. c. Tom. IV. p. 426. — Ueber die Zweckmässigkeit der Geschenke sagt Kölle (a. a. O. S. 315): »Dass man dem Gesandten ein Geschenk gibt, welcher bei uns beglaubigt war, oder eine Unterhandlung glücklich mit uns beendigt hat, ist sehr löblich. Gerade durch die Aussicht auf diese Zuthat wird die gehörige Sanftheit, der möglichst gute Glaube, kurz die Richtung zu Frieden und Einigkeit erhalten, deren Abwesenheit kaum jemals juridisch erwiesen werden kann, aber so oft das gute Vernehmen gestört hat. Wer seinen Vortheil wahrnehmen will, lasse es nicht an gewichtigen Geschenken fehlen. Sie sind dem Lebemann willkommen wie dem Geizigen, dem Stolzen so sehr wie dem Eiteln. Gegen keinen Hof war das diplomatische Corps so ungemein höflich, wie ehemals gegen den portugiesischen.« Vgl. ebds. S. 125.

[2]) Am 9. September 1268 verordnete der Grosse Rath zu Venedig, dass die Gesandten alle Geschenke, die sie erhalten, bei ihrer Rückkehr übergeben sollten; dieses Gesetz wurde lange aufrecht erhalten, denn noch in den Jahren 1507 und 1521 wurde den Procuratoren von Sct. Marcus das Recht der Verfügung über diese Donative zugestanden; vgl. Reumont, a. a. O. SS. 425, 489. J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 482. — So mussten z. B. die i. J. 1530 von der Republik an Papst Clemens VII. und Kaiser Carl V. als Botschafter gesandten 6 Senatoren, welche von Letzterem bei ihrer Abreise ein Geschenk von 500 Doppel-Portugalösern (das Stück zu 10 Thalern) erhalten hatten, dasselbe an den Staatsschatz abliefern, damit es zum Besten der Republik verwandt werde. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXX. (p. 449). — In jenen Jahren scheint diese Verfügung jedoch, wie A. Reumont (a. a. O. S. 489) sagt, »nicht viel mehr als eine blosse Formalität gewesen zu sein: denn fast jede Relazion der von fremden Höfen Zurückkehrenden schliesst mit einer Captatio benevolentiae und der Bitte, ihnen das bei der Abreise übersandte Donativ gnädigst zu lassen.« Gio. Michiel, i. J. 1561 aus Frankreich zurückgekehrt, berichtet, wie der König ihm bei seinem Abgange die Summe von 1200 Scudi in einer Schale von vergoldetem Silber habe zustellen lassen, und fährt dann fort: »Dies Geschenk gehört Ew. Serenität und befindet sich zu Euren Füssen, auf dass, wenn ich Euch dessen würdig erscheine, jener grossmüthige Gebrauch davon gemacht werde, welcher bei diesem vortrefflichen Senat Natur und Sitte ist.« Vgl. Reumont, a. a. O. S. 489, woselbst auch andere Beispiele. — Dass gleichwie die fremden Gesandten, so auch die eigenen von

Erlaubniss, von dem fremden Souverän Orden anzunehmen, in der Jetztzeit einem Gesandten so leicht wohl nicht verweigert werden.

§. 155.

Von den Geschenken der Gesandten an Souveräne, bei denen sie beglaubigt sind.

Dass Souveräne von den bei ihnen beglaubigten diplomatischen Agenten Geschenke erhalten, kommt äusserst selten vor [1]) und muss deren Annahme von Seiten des Souveräns stets als ein Beweis hoher Auszeichnung angesehen werden. So beschenkte im Jahre 1698 der französische Gesandte am englischen Hofe den König und die Königin am St. Annen-Tage mit sehr kostbaren Geschenken [2]) und im Jahre 1750 erhielt der Sultan von dem bei ihm accreditirten französischen Gesandten einen kostbaren Wagen nebst sechs Pferden zum Geschenk [3]).

Unter den bei der Pforte beglaubigten fremden Gesandten herrschte übrigens vor noch nicht langer Zeit die Sitte, dass dieselben, wenn sich der Sultan in die Nähe ihres Sommeraufenthaltes, Bujukdere, begab, durch die Dragomans demselben Aufsätze von Confitüren überreichen liessen und sich dabei an Eleganz gegenseitig zu übertreffen suchten [4]), sowie es auch seit dem Jahre 1754 gebräuchlich war, wenn der Sultan bei einem seiner hohen Staatsbeamten speisete, den Tag vorher das erforderliche Zuckerwerk dorthin zu senden, was, gleichfalls wegen der Begierde, einander zu überbieten, und ihrem Hofe Ehre zu machen, mit erheblichen Kosten verbunden war, obwohl es nicht gerade oft vorkam, dass der Sultan ausserhalb seines Palastes speiste [5]).

Auch der Sultanin, sowie dem ersten Wessir wurden in früheren Zeiten von den Gesandten hin und wieder Geschenke überreicht [6]).

den Souveränen durch Geschenke oder sonstige Gnadenbezeugungen während der Gesandschaft oder nach deren Beendigung belohnt wurden, bedarf kaum der Erwähnung. Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht, SS. 195. 196. Derselbe, Beitr. Th. 4. S. 483.

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 542.

[2]) Vgl. Monatlicher Staats-Spiegel u. s. f. Auf den Monat Augusti 1698. S. 59.

[3]) Vgl. F. C. Moser, a. a. O. S. 162.

[4]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 184.

[5]) Vgl. Deutsches Museum. S. 242.

[6]) Vgl. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht. S. 149.

Neunter Abschnitt.

Von den gesandschaftlichen Handlungen.

Capitel I.

§. 156.

Von den gesandschaftlichen Geschäften. — Einleitung.

Die geschäftliche Thätigkeit der zum Zwecke bleibender Missionen abgeordneten Gesandten [1]) besteht theils in dem Verkehr mit der absendenden Staatsgewalt und deren Behörden, theils in Verhandlungen mit dem beschickten Staate, theils in der Ordnung des gesandschaftlichen Geschäftsbetriebes. Die Communicationen des Gesandten mit der eigenen Regierung geschehen durch regelmässig zu bestimmter Zeit stattfindende Berichterstattung, und die Verhandlungen desselben mit dem Staate, bei welchem er beglaubigt ist, betreffen sowohl Staats-, als auch Privat-Angelegenheiten der Unterthanen seines Souveräns, welche sich in dem fremden Territorium aufhalten.

§. 157.

Von der Geschäftsbeziehung des Gesandten zu dem absendenden Staate.

Die Verhandlungen des Gesandten mit dem ihn absendenden Staat finden mehrentheils schriftlich, bisweilen jedoch, namentlich bei Ereignissen von Wichtigkeit, auch mündlich Statt und zwar bald

[1]) Von diesen allein ist hier die Rede, also nicht von solchen, welche zur Verrichtung einer Ceremonielhandlung oder zur Unterhandlung über bestimmte, einzelne Angelegenheiten abgesandt werden. Ueber den Unterschied von Ceremoniel- und Geschäfts-Gesandten war oben, Erst. Abschn. Cap. IV. §. 18, die Rede.

unmittelbar mit dem Souverän[1]), oder auch wohl einzelnen Mitgliedern des Regentenhauses, sowie mit anderen, von Ersterem dazu beauftragten Personen des Hofes, bald mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, als der dem diplomatischen Agenten in der Regel unmittelbar vorgesetzten Behörde[2]), oder endlich mit anderen Staatsbehörden.

Die wichtigste und häufigste Beschäftigung nun, welche dem Gesandten in dieser Beziehung obliegt, ist die Erstattung gesandschaftlicher Berichte, welche theils regelmässig zu bestimmter Zeit, z. B. wöchentlich oder vierteljährlich[3]), theils bei einzelnen wichtigen Ereignissen erfolgen und welche nicht nur alle Hauptgegenstände der Mission betreffen, sondern auch Incident- und Nebensachen, sowie alle politisch wichtigen Begebenheiten, die sich an dem gesandschaftlichen Aufenthaltsorte ereignen und insbesondere auch

[1]) Dies war namentlich in früheren Zeiten der Fall, wenigstens sagt Wicquefort (l'amb. Liv. II. sect. X. p. 103): »Il n'y a point de Prince, qui entende ses affaires, qui ne veuille que son Ambassadeur escrive à lui directement.« Voy. aussi Callières, l. c. Chap. XIX. (p. 191). So schrieben z. B. unter der Regierung Heinrich IV. von Frankreich die Gesandten nur an den König selbst und an denjenigen der Staatssecretäre, welcher die auswärtigen Angelegenheiten leitete; alle Berichte der Cardinäle d'Ossat und du Perron, des Präsidenten Jeannin und des Sieur du Fresne-Ducange waren an den König selbst gerichtet oder an den Minister Villeroi und zwar: »parce que le Roy, qui estoit le Chef et le Maistre de son Conseil, vouloit que toutes les affaires passassent par ses mains et par son esprit (voy. Wicquefort, l. c. p. 103).«

[2]) Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, des unbestritten schwierigsten und wichtigsten Zweiges der Staatsverwaltung, muss in der Hand eines Mannes von ebenso hoher Begabung wie umfassendem Wissen sein; die Wahl einer zu diesem bedeutsamen Amte befähigten Persönlichkeit, welche die Politik des ganzen Staates repräsentiren, folglich die Geschichte und die wohlverstandenen Interessen und Kräfte des Staates zur Grundlage haben muss, ist in der Regel mit grossen Schwierigkeiten verknüpft. Cussy (l. c. Art. »Ministre des affaires étrangères«) sagt über die Qualification zu diesem Posten kurz und treffend: »— — — le Ministre des affaires étrangères doit posséder une haute raison, une grande expérience des affaires politiques, un caractère calme et résolu, une instruction réelle, une réputation d'honneur et de loyauté qui inspire la confiance, un esprit éclairé, et il doit être doué de l'heureuse faculté de voir rapidément, juste et loin.« — Voy. aussi Ch. de Martens, Guide dipl. Tom. I. §. 2 (pp. 22 et 23), ferner Kölle, a. a. O. S. 105—107. — Zu den Geschäften des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten gehören im Wesentlichen: die Verhandlungen mit den bei seinem Souverän beglaubigten diplomatischen Vertretern fremder Mächte, die Abfassung aller von dem Souverän ausgehenden und in desselben Namen veröffentlichten politische Angelegenheiten betreffenden Acte, als da sind Friedens-, Bündniss-, Grenz-, Abtretungs- und Verzichts-Verträge u. a. m., sowie die Erwiderungen auf dergleichen von anderen Mächten veröffentlichte Urkunden, ferner die Entwerfung der für die an fremde Höfe abgeordneten Gesandten bestimmten Legitimations-Papiere u. w. d. a., die Anknüpfung und Leitung von Verhandlungen betreffs Vermählungen von Mitgliedern des Regentenhauses und die Benachrichtigung sowohl erfreulicher als auch trauriger Begebenheiten in demselben. Ausführlicheres hierüber sieh. bei Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. §. 3 (p. 23—25). Ist ein »Minister des Hauses« vorhanden, so gehören jedoch alle, die Regenten-Familie betreffenden Angelegenheiten dessen Geschäftskreise an.

[3]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 13 (p. 186). Den italienischen Gesandten war es zur Pflicht gemacht, beständig zu schreiben; waren es Missionen in italienischen Städten, so wurde auf den anderen oder den dritten Tag geschrieben; im Auslande natürlich seltener und nach Maassgabe der sich darbietenden Gelegenheiten. Ueber vierzehn Tage hinaus scheint man indess in keinem Falle gewartet zu haben. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 481.

die inneren und äusseren Verhältnisse des beschickten Staates, den Hof und dessen hervorragendste Persönlichkeiten und endlich die Familie des Regenten, bei welchem der Gesandte beglaubigt ist, zum Gegenstande haben [1]).

Ausser solchen, in regelmässigen Zeiträumen erfolgenden Berichten, ist auch die Erstattung eines Hauptberichtes, am Schlusse einer jeden Verhandlung oder Beendigung der Gesandschaft überhaupt, sehr nutzbringend, wie dies z. B. in der Republik Venedig der Fall war, deren diplomatische Vertreter bei der Rückkehr von ihrem Posten eine Art von Generalbericht über das Land, in welchem sie verweilt, abstatten mussten [2]).

§. 158.

Von den Erfordernissen der gesandschaftlichen Berichte.

Bei der Abfassung der Berichte muss es sich der Gesandte zur Pflicht machen, Treue und Wahrheit [3]) zu beobachten und das wirkliche Ereigniss nicht mit seinen individuellen Ansichten oder parteilichen Urtheilen zu vermischen; zweifelhafte Nachrichten [4]) muss er von authentischen wohl zu unterscheiden wissen und die ersteren darf er nur als solche vortragen, ohne jedoch zu unterlassen, alles Das mitzutheilen, was zur Aufklärung beitragen kann [5]). Mit der Wahrheit müssen sich eine möglichst gedrängte Darstellung, sowie eine klare und verständliche Sprache verbinden [6]); Gegenstand des Berichtes dürfen nur Begebenheiten von

[1]) Voy. Klüber, l. c. §. 198. Callières, l. c. Chap. XIX. Mably, l. c. Chap. XIX. (p. 252—267). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §§. 4, 11—18. Ahnert, a. a. O. Th. 1 S. 80. Th. 2 S. 538—540. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §§. 332 u. 333. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 64 (p. 148—150).

[2]) Vgl. Reumont, a. a. O. SS. 425 u. 429.

[3]) Die Wahrheit ist selbst dann nicht zu verschweigen, wenn es sich um kränkende oder sonst unangenehme Nachrichten handelt; voy. Callières, l. c. Chap. XIX. (p. 197—200). Ch. de Martens, g. dipl. Tom. I. §. 64 à la fin. Kölle, a. a. O. S. 217.

[4]) Voy. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 17: »Il est très essentiel encore d'observer, dans tous les rapports, ce qu'on appelle »le degré de certitude« des Nouvelles qu'on a marquées, et il faut sâcher d'accoutûmer sa Cour à lire nos dépêches dans l'esprit que nous les écrivons.« »— — — nos expressions doivent être toujours mesurées sur ce degré de certitude que nous avons de chaque Nouvelle. La Langue Françoise nous fournit toutes ces nuances. Les phrases: »Je viens d'apprendre«, »on dit ici«, »on m'a assuré«, »je sçais de bonne part«, »je sçais à n'en pouvoir douter«, »il est indubitable«, »on m'a dit positivement«, »je suis sûr«, »je sçai de science certaine« etc., ne sont point sinonimes, mais distinguent parfaitement le degré de certitude et de vraisemblance. Un bon Ecrivain sçait les employer à propos, pour ne point induire sa Cour en erreur.« Vgl. auch Pölitz, a. a. O. Th. 5 S. 322.

[5]) Treffend bemerkt Callières (l. c. Chap. XIX. p. 192) in dieser Beziehung: »Il faut y déduire les faits avec les circonstances principales qui servent à les éclairir, éclaircir et à faire pénétrer les motifs plus secrets qui font agir ceux avec qui on traite; une depêche qui ne rend compte que des faits, sans entrer dans les motifs, ne peut passer que pour une Gazette.«

[6]) Voy. Callières, l. c. Chap. XIX. (pp. 191, 192). Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. X. (p. 105). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 13 (p. 187): »Les Préambules

Wichtigkeit oder überhaupt Interesse, aber niemals unnütze Tagesneuigkeiten, oder gar anstössige Hofgeschichten sein [1]). »Der Begriff der Wichtigkeit ist sehr relativ,« sagt Schmelzing [2]), »auch oft dem Anscheine nach geringfügige Vorfälle können für den entfernten Hof eine gewisse Wichtigkeit haben. Daher muss die Klugheit und Gewandheit den Gesandten bestimmen, dass er nicht manches Ereigniss als Kleinigkeit beurtheile und dessen Kunde seinem Hofe vorenthalte.«

§. 159.

Schluss.

Der diplomatische Vertreter beginnt die Reihe seiner Berichte mit einer Mittheilung über die ersten Schritte, welche er bei der Ankunft an dem fremden Hofe unternommen hat, sowie über die Art des ihm zu Theil gewordenen Empfanges [3]) und sobald er sich an dem Schauplatz seines Wirkens genügend orientirt hat, lässt er Schilderungen der Beschaffenheit des Hofes und der Verhältnisse des Landes, seiner Bewohner, materiellen Hülfsmittel und moralischen Zustände, gleichwie des Charakters und der Stellung der Personen, mit denen er zu unterhandeln hat, folgen [4]). Grösste Genauigkeit und Vollständigkeit sind ferner Erfordernisse der Berichte, damit ihr Empfänger ein möglichst anschauliches Bild gewinnt [5]); betrifft die Berichterstattung Unterhandlungen, welche in Audienzen mit dem Souverän oder in Conferenzen mit den Ministern Statt fanden, so wird es sich empfehlen, die Hauptpuncte sofort in Kürze zu Papier zu bringen, bei der Abfassung des Berichtes aber diese Skizze vor sich zu haben und jenen in mehrere kurze Abschnitte

et les ornemens inutiles sont très déplacés dans une relation; on doit d'abord entrer en matière sans détours recherchés; et il faut, en général, s'appliquer à un style clair, mais concis. La prolixité est toujours un vice de diction, et surtout dans les Affaires.«

[1]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 97. — Wicquefort (l'amb. p. 104) erzählt von den Berichten des Präsidenten Jeannin an Heinrich IV. von Frankreich das Folgende: »Le Roi Henry IV. prenoit tant de plaisir à lire les lettres raisonnées du President Jeannin qu'il luy fait escrire par Villeroy le 8 d'Octobre 1607. Que ses lettres ne pouvoient estre trop longues. Que l'on n'y trouvoit rien d'inutile n'y de superflu. Ainsy qu'il continuast de les estendre, et de particulariser, comme il avoit commencé. Que le Roy le desiroit, et qu'il luy avoit commandé de le luy escrire. Et certes que ses lettres estoient très-agréables à sa Majesté.« — Voy. Callières, l. c. Chap. XIX. (p. 195). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 13 (p. 187).

[2]) Systemat. Grundriss u. s. f. Th. 2 §. 333.

[3]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. X. (p. 113). Callières, l. c. Chap. XIX. (p. 191).

[4]) Die österreichischen Gesandten unter Maria Theresia mussten halbjährlich umständlich über das Fortschreiten der Wissenschaften in anderen Ländern, über die Gelehrten, die vorzüglichen Entdeckungen, Zeitschriften und neuen literarischen Erscheinungen berichten. Vgl. Vehse, a. a. O. Th. 8 S. 112 a. E.

[5]) Gross war der Ruf der venetianischen Gesandschafts-Berichte; sie wurden bereits im 16. Jahrhundert anderen Staaten als Muster vorgehalten. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 429 ff., S. 481.

einzutheilen, um sich auf diese Weise leichter verständlich zu machen [1]).

Capitel II.

§. 160.

Von der Geschäftsbeziehung des Gesandten zu dem beschickten Staate.

I. In Betreff der Unterthanen seines Souveräns.

Die Handlungen des diplomatischen Vertreters in Betreff seiner Landsleute, welche sich in dem fremden Staatsgebiet aufhalten, beschränken sich in der Regel auf die Pflicht, dieselben zu beschützen und wider völkerrechtswidrige Anfechtung zu vertheidigen, doch wird dem Gesandten neben dieser Pflicht der Beschirmung und Ueberwachung bisweilen auch das Recht, eine Gerichtsbarkeit über die Unterthanen seines Souveräns auszuüben, eingeräumt [2]).

Die Privatangelegenheiten seiner Landsleute muss der Gesandte nach möglichster Thunlichkeit befördern und beschützen, sowie denselben Rath ertheilen und sich für sie verwenden, wo es die Umstände erheischen, z. B. wenn seine Schutzbefohlenen eine Behandlung erfahren haben, welche gegen die Grundsätze des Völkerrechts oder gegen besondere, zwischen beiden Staaten bestehende Verträge offenbar verstossen; oft erhält der Gesandte besondere Verhaltungsbefehle von seinem Souverän, wie er in dergleichen Fällen zu verfahren habe [3]). Eine solche Verwendung des Gesandten

[1]) Voy. Callières, l. c. Chap. XIX. (p. 193): »le nombre des articles dans une dépêche ou dans un mémoire d'affaires y fait le même effet que les fenêtres dans un bâtiment.« — Kölle (a. a. O. S. 217) sagt: »Mit Beobachtung der Schicklichkeit schreibe man vollständig, klar, sodass die wahre Lage der Dinge den Leser wie aus hellen Augen anblicke.« — Voy. aussi Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. X. (p. 106). Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. X. §. 14 (p. 187). — Callières (l. c. Chap. XIX. p. 194) sagt: »Il y a des Negociateurs qui écrivent tous les soirs ce qu'ils ont appris ou penêtré durant le jour, afin d'être toujours prêts à envoyer cette espece de journal par toutes les occasions qui se presentent«, und Wicquefort (l'amb. p. 106) erzählt von dem mehrerwähnten Präsidenten Jeannin: »Le President Jeannin dit dans une de ses lettres, qu'il escrivoit de jour à autre ce qui se passoit, et le faisoit mettre en chiffre, pour l'envoyer à l'instant, si l'occasion se fust presentée.« Vgl. auch Kölle, a. a. O. SS. 218 u. 229. Vgl. über Gesandschaftsrelationen überh. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 6 §. 1—14 (S. 276—280). Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. p. 270—273. — Beisp. von Berichten sieh. Anhang, Beil. Nr. 26 u. 27.

[2]) Vgl. oben, Fünft. Abschn. Cap. VIII. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 58: »Ils peuvent cependant en être justiciables; mais il faut pour cela que le ministre soit expressément autorisé à exercer ce pouvoir.«

[3]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 325 l. A. Schmalz, a. a. O. S. 99.

ist ferner zu dem Zweck statthaft, um die Beschleunigung von bei den Gerichten seines Aufenthaltsortes anhängigen Streitsachen der Unterthanen seines Souveräns zu veranlassen; billige Begünstigungen für dieselben darf er nachsuchen, den Gang der Rechtspflege dagegen ist er nicht befugt, auf irgend eine Weise zu hindern, obwohl seine officielle Intercession dann gerechtfertigt ist, wenn er die Ueberzeugung gewonnen hat, dass von Seiten der Behörden des fremden Landes bei der Handhabung der Justiz gegen die Unterthanen seiner Regierung Unregelmässigkeiten und Verschleppungen vorgefallen sind, oder ein offenbar ungerechtes Urtheil vollstreckt werden soll [1]).

Die Verwendung nun aber, welche nicht bei den Behörden des fremden Staates, sondern bei dem Hofe selbst geschehen muss, besteht entweder in blossen Privatempfehlungen oder in amtlichen Schritten, je nachdem der diplomatische Agent dazu durch die besonderen Umstände oder die ausdrücklichen Verhaltungsbefehle bestimmt wird [2]).

§. 161.

II. In Betreff der Angelegenheiten seines Souveräns. — Einleitung.

Bei den Verhandlungen eines diplomatischen Vertreters mit dem beschickten Staate ist zweierlei zu unterscheiden, nämlich einmal die Verhandlungskunst, sodann die Verhandlungsweise. Die erstere besteht in der Fähigkeit des Gesandten, nach Anleitung der richtigen Grundsätze des Rechts und der Politik, mit dem beschickten Staate so zu verhandeln, wie es zum Wohle und Interesse des absendenden Staates gereicht, und die letztere betrifft die Form und Weise, in welcher alle Verhandlungen des Gesandten über die Angelegenheiten des sendenden Hofes mit demjenigen, bei welchem er beglaubigt ist, vorgenommen werden.

Die diplomatischen Verhandlungen haben oft nur einfache Communicationen, häufig aber auch wirkliche Negociationen

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 58 (p. 133).

[2]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 325: »So ward z. B. im Anfang des Jahres 1819 zu Madrid ein vornehmer Engländer, der in kräftigen Worten seinen Unwillen über die in Spanien verübten Gräuel öffentlich aussprach, verhaftet und zur Untersuchung gezogen; von dem Britischen Gesandten aber, mit gutem Erfolge, alsgleich um dessen Freilassung nachgesucht.« — Für Unterthanen dritter Staaten oder gar diejenigen des beschickten Staates darf sich der Gesandte nicht verwenden; vgl. Schmalz, a. a. O. S. 100, wos. ein Beispiel dieser Art. In manchen Staaten, z. B. Bayern, ist das letztere sogar ausdrücklich verboten, indem nach dem allgemeinen Strafgesetzbuche für das Königreich Bayern (Th. 1 Art. 306 Nr. I.) derjenige Bayer als Staatsverbrecher des vierten Grades bestraft wird, welcher für einen wirklichen oder vermeintlichen Rechtsanspruch gegen Staat, Souverän oder Mitunterthanen die Verwendung oder Einmischung einer ihm fremden Macht auffordert. Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 325 Not. 4.

zum Gegenstande, welche wiederholte mündliche Rücksprache oder Schriftenwechsel nothwendig machen, wie z. B. bei dem Abschlusse, der Erneuerung oder Abänderung von Tractaten, bei der Ausgleichung entstandener Misshelligkeiten u. w. d. a.

Die gesandschaftlichen Verhandlungen geschehen theils unmittelbar mit dem Souverän selbst [1]), was jedoch in neueren Zeiten seltener geschieht, theils mittelbar mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dessen Stellvertreter, oder sonstigen Beauftragten, oder auch, auf Congressen [2]), mit Gesandten von anderen Staaten.

Sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren Verhandlungen finden entweder schriftlich, durch die Ueberreichung von Schreiben, Noten, Memoiren u. s. f., oder mündlich, in Conferenzen oder Audienzen [3]), Statt.

§. 162.

A. Von der Verhandlungskunst.

Durch die Zusammenstellung gewisser Regeln, welche theils bei der Wahl eines Unterhändlers in Hinsicht auf die persönlichen Eigenschaften zu beobachten sind, theils dem Unterhändler in Ansehung seines Verhaltens im Laufe der Verhandlungen zur Richtschnur dienen, lässt sich eine Art von System der politischen Unterhandlungskunst [4]) bilden, und Erfahrung in dieser ist ein Haupterforderniss für den Gesandten.

Die Wichtigkeit der Unterhandlungskunst nun aber verlangt, dass bei der Auswahl der Unterhändler vorzugsweise auf Kenntnisse, Verstand und ein durchgebildetes Urtheil gesehen werde und nicht etwa auf vornehme Geburt und Verbindungen, wie dies in früheren Zeiten nicht selten vorkam und auch genügen

[1]) Eine unmittelbare Verhandlung mit dem Souverän selbst kann der Gesandte jedoch nicht als ein Recht beanspruchen. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 201 i. A. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 326 Not. 4. G. F. v. Martens, Einl. §. 228 Not. a. a. E. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. II. (p. 14). — Am russischen Hofe verhandelte ehedem ein Gesandter ebensowenig mit dem Kaiser selbst, wie mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vielmehr nur mit dem Vice-Kanzler, welcher über die Verhandlung an den gedachten Minister und dieser an den Kaiser berichtete; vergl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 326 Not. 4. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. II. (p. 14—22).

[2]) Man hat in neuerer Zeit zwischen Congressen und Conferenzen unterschieden; ohne die Anwesenheit von Souveränen bezeichnet man die Zusammenkünfte blosser Gesandten wohl mit dem Ausdruck »Conferenzen«. Vgl. Heffter, a. a. O. §. 240. Voy. aussi Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 62 not. 1.

[3]) Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. II—VIII. Callières, l. c. Chapp. XVI. et XVII. (p. 160—184).

[4]) Voy. Le parfait Ambassad. etc. Callières, l. c. Chap. XVI—XVIII., XXI., XXII. et XXIV. Mably, des principes des négoc. etc. Pölitz, a. a. O. Th. 5.

mochte [1]), da in den einfacheren Zuständen der bürgerlichen Gesellschaften und bei einem Verkehr, der sich etwa auf die nächsten Nachbaren oder auf einzelne bestimmte Anlässe beschränkte, schon eine glückliche Naturanlage, verbunden mit nur einiger Kenntniss der nächstliegenden Verhältnisse, zum Unterhändler befähigen konnte [2]). Anders ist dies aber in der heutigen Zeit, wo selbst ein politisches Talent ohne wirkliche Studien keine sichere Stellung wird behaupten können [3]); ein tüchtiger Diplomat muss daher gründliche und umfassende historische Kenntnisse besitzen, ausser der allgemeinen Geschichte aller Zeitalter und Völker in der europäischen Staatengeschichte, der Statistik, Finanzwirthschaft, Nationalökonomie und Diplomatik bewandert, sowie insbesondere mit dem Staats- und Völker-Recht, sowohl dem natürlichen, als auch dem positiven, der politischen Negociationskunst [4]) und der Staats-Praxis [5]) innig vertraut sein, er muss ferner von den Grundsätzen der allgemeinen Rechts-Philosophie durchdrungen sein und sich eine genügende Fertigkeit in den neueren Sprachen angeeignet haben, daneben aber auch, als Bedingung wahrer Wissenschaftlichkeit, mit der classischen Literatur bekannt sein [6]).

Diese Kenntnisse allein jedoch schaffen den Diplomaten [7]) noch nicht, vielmehr sind hierzu noch manche Gaben erforderlich, welche nicht durch Studium, sondern nur durch das Leben in der Welt

[1]) Voy. Mably, l. c. Chap. XIX. (p. 254): »Il y a bien des circonstances où l'homme médiocre est celui qu'on doit choisir; il y en a même où un vice de caractère et un travers d'esprit ont servi avantageusement. Mademoiselle de Kerroual avec de grands yeux, une petite bouche et une taille légère, négociera mieux à la Cour de Charles II., que ne feroient tous les Plénipotentiaires de Munster.« Vgl. auch Heffter, a. a. O. §. 232.

[2]) Vgl. Rotteck und Welcker, a. a. O. Bd. 4 Art. Diplomatie.

[3]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 231: »Das Leben allein, selbst in höherer Sphäre, bildet höchstens Figuranten.« — Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 4: »L'étude de la diplomatie proprement dite exige la connaissance: 1. Du droit des gens naturel, avec le droit public universel; 2. Du droit des gens positif de l'Europe; 3. Du droit public des principaux états de l'Europe; 4. De l'histoire et de ses branches subsidiaires; 5. Des divers systèmes politiques; 6. De l'économie politique; 7. De la géographie et de statistique; 8. De la conduite des négociations; 9. De l'art d'écrire en affaires politiques.«

[4]) Vgl. Pölitz, a. a. O. Th. 5 S. 318—322.

[5]) Vgl. Beck, Versuch einer Staats-Praxis u. s. f. Pütter, Anleitung z. Jurist. Prax. u. s. f. Ahnert, a. a. O. Th. 2. Moshamm, a. a. O. S. 355 b. z. Schluss. Pölitz, a. a. O. Th. 5 S. 323 b. z. Schluss. Johann Jacob Moser, Einleitung zu denen Cantzley-Geschäfften. Zum Gebrauch der Hanauischen Staats- und Cantzley-Academie. Hanau 1750. 8. Friderich Carl Moser, Versuch Einer Staats-Grammatic. Franckfurt am Mayn 1749. 8. Derselbe, Abhandlung Von den Europäischen Hof- und Staats-Sprachen, Nach deren Gebrauch Im Reden und Schreiben. Franckfurt am Mayn 1750. 8. Derselbe, Abhandlung Von Ahndung fehlerhafter und unanständiger Schreyben, nach dem Gebrauche der Höfe und Canzleyen. Franckfurt am Mayn 1750. 8. J. S. Sneedorf, essai d'un traité du stile des cours. Göttingue 1751. 8. Revu et corrigé par Mr. Colomb du Clos. Göttingue 1776. 8. Schmelzing, a. a. O. Th. 3 §. 415—423.

[6]) Ausführl. sieh. b. Rotteck und Welcker, a. a. O. Bd. 4 S. 419. Pölitz, a. a. O. S. 279 ff. Moshamm, a. a. O. §. 28—43.

[7]) Sieh. die kurze Uebersicht diplomatischer Charaktere bei Heffter, a. a. O. §. 229.

erworben werden können oder die Frucht glücklicher Naturanlagen sind, als Menschenkenntniss, Gegenwart des Geistes und Fertigkeit, unvorbereitet zu reden und zu handeln, Beredsamkeit ohne Ueberladung, Selbstkenntniss und Selbstbeherrschung [1]), scharfe Beobachtungsgabe, strenge Charakterfestigkeit, besonnene Freimüthigkeit, dabei aber tiefste Verschwiegenheit, Vorsicht, nur nicht bis zur Uebertreibung oder Lächerlichkeit, Rechtlichkeit und Wahrheit, Gewandheit im Gebrauche der Sprache und der conventionellen Formen, sowie liebenswürdige und feine Sitte [2]), jedoch ohne Ziererei [3]).

§. 163.

1. Von allgemeinen Verhaltungsregeln für Unterhändler.

Die Thätigkeit des diplomatischen Agenten in dem beschickten Staate hat sich durchaus auf die Geschäfte zu beschränken, deren Betreibung ihm obliegt; er darf sich daher ordentlicher Weise niemals in die inneren Angelegenheiten des fremden Landes einmischen oder in Betreff derselben tadelnd äussern [4]) und muss namentlich in Ansehung daselbst befindlicher missvergnügter Unterthanen in der vorsichtigsten Weise auftreten [5]).

Der Gesandte muss sich ferner streng an die Anweisung, welche er über die Art der Betreibung und Vollendung der ihm übertragenen Geschäfte, sowie über das Verhalten während seiner Mission, von seinem Committenten empfangen hat, halten und dabei die Absicht und den Geist der Politik desselben im Auge behalten; dies schliesst jedoch ein Abweichen von dem buchstäblichen Inhalte

[1]) Vgl. Pölitz, a. a. O. Th. 5 S. 320: »Er lasse sich nicht in Aufwallung und Hitze bringen, welche so leicht die anvertrauten Geheimnisse verräth, oder doch verrathen lässt, selbst wenn es darauf angelegt werden sollte, weil in der Regel der ruhige Unterhändler, persönlich und für die ihm anvertraute Sache, ein Uebergewicht über den aufbrausenden Mann behauptet.«

[2]) »Denn mehr«, sagt Pölitz (a. a. O. S. 319), »als der blosse Stubengelehrte davon erwartet, beruht auf der öffentlichen äusseren Ankündigung der Individualität bei diplomatischen Agenten.«

[3]) Vgl. Rotteck u. Welcker, a. a. O. Bd. 4 S. 420. Pölitz, a. a. O. S. 318 bis 321. Schmalz, a. a. O. S. 103. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 278. Heffter, a. a. O. §. 232. Kölle, a. a. O. S. 59—101. — Mably, l. c. Chap. XIX. p. 253 sagt: »Je ne m'arrêterai pas à parler en détail de toutes les qualités nécessaires pour former un Ambassadeur parfait; je peindrois un homme qui n'existera jamais: et, quand on le rencontreroit enfin; il y auroit bien des circonstances où il seroit dangereux de l'employer.«

[4]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 206 i. A. — So wurde i. J. 1747 dem Grossbritannischen Gesandten in Schweden als ein Eingriff in das Völkerrecht vorgeworfen, dass er sich in Sachen gemischt habe, welche die innere Verfassung von Schweden beträfen; sieh. J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 167. — Ausdrückliche Verbote hiergegen sieh. bei Miruss, a. a. O. §. 255.

[5]) Ein Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 168. Ebendas. sind auch Beisp. angeführt, dass ein Gesandter an dem Hofe, bei welchem er beglaubigt ist, bisweilen zu besonderem Einfluss gelangt. Vgl. auch J. J. Moser, Beitr. Bd. 4 S. 30—32.

der ihm ertheilten Anweisung in unvorhergesehenen Fällen, für welche detaillirte Instructionen sich nicht geben lassen, nicht, aus [1]).

Auf das Gelingen und die Vollführung der Geschäfte und Verhandlungen wird ein gewinnendes Benehmen stets von grossem Einfluss sein [2]), der diplomatische Agent muss daher in allen seinen Geschäften mit den Ministern des Hofes, sowie in den Audienzen bei dem Souverän, an welchen er gesendet ist, Anmaassung oder gar Drohungen, sowie Hartnäckigkeit oder Eigensinn vermeiden; auf seiner Meinung darf er nicht unwidersprechlich verharren, vielmehr muss er den Vortrag Anderer geduldig und gelassen anhören, Einwürfe aber mit Geschick und Mässigung widerlegen. Oft ist es auch besser, in weniger erheblichen Dingen aus Höflichkeit etwas nachzugeben, um bei anderer Gelegenheit in wichtigeren Angelegenheiten desto mehr zu erlangen [3]).

Endlich muss der diplomatische Agent verstehen, mit Aufmerksamkeit Alles anzuhören, was man ihm vorträgt und darauf eine passende und vorsichtige Antwort zu geben, namentlich muss er sich hüten, zu leicht Etwas zu versprechen, was er aber verspricht, muss er halten, denn eine abschlägige Antwort beleidigt nie so sehr, wie eine Treulosigkeit. Sehr richtig sagt Heffter [4]): »Er muss Schlimmes unter einer guten Miene verbergen und sich nicht durch leere Worte oder Fremdartiges hinhalten lassen. In seinen Anträgen sei er bestimmt, in der Discussion der Einwendungen sicher und logisch, überhaupt nie den Zweck aus den Augen verlierend; aber er verfolge ihn mit Mässigung und ohne Opiniatrirung; er vermeide es, gegen Hindernisse zu kämpfen, welche dennoch nicht sofort beseitigt werden können [5]).«

[1]) Treffend bemerkt Schmalz, a. a. O. S. 103: »Pflicht der Treue fordert nun vom Gesandten, dass er jedes Geschäft, diesen Anweisungen gemäss, im Geist der Politik seines Souveräns behandle, dass er nicht, was ihm rathsamer dünke, dem Befehl seines Souveräns mit Anmaassung unterschiebe, dass er selbst das zweideutige Wort nicht so deute, wie es seinem Wunsche, sondern wie es der Absicht seines Herrn gemäss ist. Dennoch mag und muss seine Klugheit bestimmen, da er die Oertlichkeiten besser übersieht, als sein ferner Hof, was, auch gegen das Wort seiner Anweisung, dem Zwecke derselben vortheilhafter seyn dürfte. So kann eben die Pflicht der Treue ihn von der ausdrücklichen Vorschrift entbinden, wenn sich Umstände oder Begebenheiten zeigen, welche sein Hof bei Ertheilung der Vorschrift nicht kannte. Wolsey, von Heinrich VII. zu Maximilian in die Niederlande geschickt, um mit diesem zu unterhandeln, setzte eigenmächtig hinzu, was ihm die Absicht seines Herrn zu fordern schien, und wagte vom Buchstaben seiner Anweisung abzuweichen; welche Treue und Verständigkeit den Grund seiner künftigen Grösse legten.« — Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 60 au commencem. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 328.

[2]) Voy. Callières, l. c. Chap. XVI. (p. 167): »Un esprit agreable, net et éclaire, qui a l'art de proposer les plus grandes affaires comme des choses faciles et avantageuses aux parties interessées et qui le fait faire d'une manière aisée et insinuante, a fait plus de la moitié de son ouvrage, et trouve de grandes facilitez à l'achever.«

[3]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 258.

[4]) Das Europ. Völkerrecht u. s. f. §. 233.

[5]) Voy. Callières, l. c. Chap. XVI. (p. 162): »Il n'expose d'abord le sujet de sa negociation que jusqu'au point qu'il faut pour sonder le terrain, il regle ses discours et sa conduite sur ce qu'il découvre tant

§. 164.

2. Von einigen besonderen Eigenschaften und Erfordernissen der Unterhändler.

a. Einnehmendes Wesen.

Es wurde bereits erwähnt, dass ein gewinnendes Betragen Viel zu dem Gelingen der Geschäfte beiträgt; ein solches hat der Gesandte nicht nur dem fremden Hofe und den Personen gegenüber, mit welchen er zu unterhandeln hat, zu beobachten; sondern er muss gegen Jedermann überhaupt, sei es im amtlichen, sei es im gesellschaftlichen Verkehr, stets höflich und zuvorkommend auftreten. Was den Hof anbetrifft, so pflegen die Gesandten dieserhalb bei frohen oder traurigen Ereignissen in der Familie des Souveräns ihrer Theilnahme Ausdruck zu verleihen, sowie die an dem Hofe vorgeschriebene Etiquette zu beobachten, obwohl dergleichen selbstredend nicht von ihnen als Recht gefordert werden kann [1]).

Anlangend das gesellschaftliche Auftreten, so muss der Gesandte mit grösster Behutsamkeit zu Werke gehen. Tact und Umsicht haben ihn bei der Auswahl der Personen zu leiten, welchen er den Zutritt in sein Haus gestatten will, demnach vermeide er den Umgang mit dem Hofe missliebigen oder im Range zu tief unter ihm stehenden Personen, wobei er sich jedoch zu hüten hat, in den Fehler übertriebener Aengstlichkeit zu verfallen, am Gerathensten wird es immer sein, den Umgang wahrhaft gebildeter Stände, als der Gelehrten u. s. f., aufzusuchen, ohne jedoch den Besuch der Hofkreise zu versäumen.

Im geschäftlichen Verkehre verbinde er mit wohlwollendem Benehmen gegen seine Landsleute thunlichste Schnelligkeit in der Förderung und Ausführung ihrer Anliegen und zwar vornehmlich in unbedeutenden Angelegenheiten, wie dem Ertheilen und Visiren

par les réponses qu'on lui fait, que par les mouvemens au visage, par le ton et l'air dont on lui parle, et par toutes les autres circonstances qui peuvent contribuer à lui faire penetrer les pensées et les desseins de ceux avec qui il traite, et après avoir connu la situation et la portée de leurs esprits, l'état de leurs affaires, leurs passions et leurs interêts, il se sert de toutes ces connoissances pour les conduire par dégrez au but qu'il s'est proposé. C'est un des plus grands secrets de l'art de negocier que de savoir, pour ainsi dire, distiler goûte à goûte dans l'esprit de ceux avec qui on negocie les choses qu'on a interêt de leur persuader. Il y a quantité d'hommes qui ne se resoudraient jamais à entrer dans une entreprise quoiqu'elle leur fût avantageuse, si on la leur faisoit voir d'abord dans toute son étenduë et avec toutes ses suites, et ils s'y laissent conduire lorsqu'on les y fait entrer successivement, parceque le premier pas attire le second, et ainsi des autres.«

1) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 53 (p. 122). — Das Gegentheil ist jedoch auch vorgekommen; so erzählt Schmalz (a. a. O. S. 105), dass der päpstliche Legat zu Lissabon, Cardinal Acciajuoli, bei dem Vermählungsfeste der Tochter des Königs Joseph mit ihrem Oheim Dom Pedro i. J. 1760 sein Haus nicht, gleich den Einwohnern und den übrigen fremden Gesandten, auf Verlangen des Königs erleuchtet habe und deshalb gezwungen worden sei, in drei Stunden die Hauptstadt und in vier Tagen das Königreich zu verlassen.

von Pässen, worauf die Reisenden nur zu oft in der ungebührlichsten Weise warten oder gar eine unhöfliche Begegnung von Seiten des Gesandschafts-Personals sich gefallen lassen müssen. Schnelligkeit im Visiren der Pässe dürfte um so dringender zu empfehlen sein, sagt Kölle [1]), »je peinlicher gerade dem ruhigsten und unverdächtigsten Reisenden das Warten in dem trostlosen Vorzimmer wird, während der Unruhe und den Geschäften, welche jeder Abreise vorherzugehen pflegen.«

§. 165.

b. Wahrheit und Vermeidung der Bestechung.

Zu einer Zeit, als bei fast allen Cabineten die Staatskunst die herrschende war, welche, nur den eigenen Vortheil kennend, jedes fremde Recht und Interesse hintenansetzte, welche jeden Grundsatz des Rechtes materiell verleugnete und kein Mittel für unerlaubt hielt, um zum Ziele zu gelangen, am Wenigsten das der Bestechung, da galten Hinterlist, Falschheit und Verstellung, Trug und Lüge für erlaubt, so dass noch unter Jakob I. von England ein Gesandter [2]) in Augsburg in ein Album schreiben konnte: »Legatus est vir bonus peregre missus ad mentiendum reipublicae causa [3])«. Und wenn auch in der späteren Zeit, etwa zu Ende des 16. Jahrhunderts, ein Wendepunct in der Politik eintrat, so gelang es dennoch nicht, dem Rechte vollkommene Geltung zu verschaffen, vielmehr waren List und künstliche Prätexte, in Verbindung mit dem Bestreben, bei aller Täuschung und Geschmeidigkeit den Schein des Rechtes zu wahren, die Hauptwerkzeuge der Diplomatie [4]). Erst diejenige des 17. Jahrhunderts sehen wir dieses Lügensystem verlassen und namentlich weist die britische Diplomatie wahrhaft edle Repräsentanten auf, wie einen William Temple [5]), der sich offen zu der Maxime

[1]) Betrachtgn. über Diplomat., S. 154; ebds. heisst es: »Während jedem Reisenden zu rathen ist, seine Pässe und Ausweise in möglichster Vollständigkeit und Untadelhaftigkeit mit sich zu führen, sollten im Gegentheile die visirenden Gesandschaften sich zur Regel machen, die ohnehin schon an sich so gehässige Schererei möglichst zu erleichtern und zu versüssen. Die gefährlichsten Menschen haben die Papiere gewiss stets in der schönsten Ordnung, und der gemeine Verbrecher erscheint entweder gar nicht bei der Gesandschaft, oder wird mit leichter Mühe festgenommen.«

[2]) Henry Wotton (geb. 1568, unter Jakob I. Ritter und 1604 Gesandter in Venedig, erhielt dann verschiedene diplomatische Sendungen nach Italien, Deutschland und Holland, gest. 1639); sein Grundsatz war »il volto sciolto, i pensieri stretti.« Vgl. Heffter, a. a. O. §. 229 (S. 389 Not. 1).

[3]) »An Ambassador is a clever man sent abroad to lie for his country.« — Wahlsprüche dieser Zeit waren: »Lügen mit Lügen gelten« und »Qui nescit dissimulare, nescit regnare.«

[4]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 228: »Welche Mühe gab sich nicht die französische Diplomatie, um mit Rechtsgrundsätzen darzuthun, dass das Testament Carls II. von Spanien dem früher abgeschlossenen Theilungsvertrage vorgehen müsse; welch ein Hohn des Rechtes waren die französischen Reunionskammern, und wie schwach die ersten und letzten Prätexte der Theilung Polens?«

[5]) Geb. 1628, gest. 1698.

bekannte, dass man in der Politik stets die Wahrheit sagen müsse, ferner den Cardinal Wolsey u. A. m. Heutezutage nun aber, wo Sittlichkeit und Recht auch in der Politik sich die Herrschaft errungen haben, würden sogenannte politische Lügen mit der Würde der Nationen unvereinbar sein; der Gesandte lasse sich daher bei allen seinen Geschäften stets von Liebe zur Wahrheit und Rechtlichkeit [1]) leiten, sei unzugänglich gegen Bestechungen aller Art und enthalte sich der Bestechung Anderer [2]); wird ihm indessen mit Arglist und Ränken begegnet, so ist er allerdings berechtigt, sich gleicher Waffen zu bedienen [3]).

Die Bestechung als unerlaubtes, unwürdiges Mittel zur Begründung einer Verletzung gegen den fremden Staat und seine Regierung ist im Allgemeinen völkerrechtswidrig [4]), weshalb sie denn auch von Staaten, denen sie vorgeworfen worden, stets geleugnet, niemals aber eingestanden oder als erlaubt vertheidigt worden ist; doch kann die Bestechung, wenn eine Regierung sich ihrer als Repressalie, also als erlaubter Vertheidigungswaffe, bedient, Rechtfertigung finden [5]).

Es ist nicht als eine wirkliche Bestechung anzusehen, wenn der diplomatische Agent durch Geschenke das Wohlwollen oder die Freundschaft derer zu gewinnen sucht, welche ihm zur Erreichung seiner Zwecke behülflich sein können, aber ohne weder ausdrücklich noch stillschweigend etwas Unerlaubtes von ihnen zu begehren [6]).

[1]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 232: »Die Unwahrheit kann eine Zeit lang Erfolge haben, aber nur die Wahrheit und das Recht, mit Beharrlichkeit verfolgt oder vertheidiget, sieget zuletzt.« — Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 55.

[2]) Vgl. (F. C. v. Moser) Ueber Regenten, Regierung und Ministers. Schutt zur Wege-Besserung des kommenden Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1784. 8. S. 198.

[3]) Voy. Ch. de Martens, l. c. §. 55 not. 1: »Le cardinal d'Ossat mettait un grand prix à l'opinion qu'on avait de sa sincérité et de sa bonne foi; mais cela ne l'empêchait point malgré sa répugnance, de prévenir les surprises et les ruses de la cour de Rome, en se servant des mêmes armes qu'elle. La necessité lui en imposait la loi; et l'on blâmerait à tort un négociateur qui est forcé d'en user ainsi avec des gens qui cherchent à le tromper.«

[4]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 93 (p. 329). G. F. v. Martens, Einl. §. 229. Moshamm, a. a. O. §. 230 bis 233. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 329. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 56. Schmalz, a. a. O. S. 107 unt.

[5]) Voy. Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 93 (p. 330). G. F. v. Martens, Einl. §. 229. Moshamm, a. a. O. §. 233. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 56: »On ne saurait cependant prétendre qu'elle ne puisse en aucun cas être employée sans blâme par l'agent politique; c'est le but qu'on veut atteindre qui rend un tel moyen plus ou moins coupable. Ainsi lorsqu'une puissance est justement suspecte; qu'on a des indices de ses mauvaises intentions; qu'elle est remuante, ou que son ambition devient dangereuse, et inspire des craintes fondées le droit de la propre défense, semble permettre à l'état menacé de recourir à la voie de la corruption pour découvrir et faire échouer des projets pernicieux.«

[6]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 229 i. A. Voy. aussi Vattel, l. c. Liv. IV. chap. VII. §. 93 (p. 331). Moshamm, a. a. O. §. 231. Vgl. auch Kölle, a. a. O. S. 231: »Leider kann man zuweilen ohne Bestechungen so wenig auskommen, als man verhindern kann, dass vorzugsweise der ordentlichste der Diener bestochen werde. Aber es gibt der Bestechungen mancherlei, und von vollkommener Unbestechlichkeit zur Feilheit gibt es so viele Stufen, als von Vernunft zu Wahnsinn. Freigebigkeit verfehlt nie, Freunde zu erwerben. Viele dem Golde Unzugänglichen öffnen ihr Herz an der Tafel

§. 166.

c. Verantwortlichkeit.

Wie bereits oben [1]) ausgeführt worden, ist der absendende Staat an die Handlungen, welche der Gesandte innerhalb der Grenzen der ihm ertheilten Vollmacht unternimmt, nach den Grundsätzen des Mandats gebunden, kann die Gutheissung und Vollziehung derselben also nicht verweigern. Aus den Instructionen über die Art und Weise der Betreibung der den Gesandten anvertrauten Geschäfte bestimmt sich das Maass seiner Verantwortlichkeit gegen den eigenen Staat; dass der Gesandte verpflichtet ist, sich an jene zu halten, wurde bereits erwähnt [2]), indessen können Umstände eintreten, in denen die unmittelbare Ausführung der dem Gesandten gegebenen Befehle einen Erfolg herbeiführen würde, welcher dem von seiner Regierung bezweckten gerade entgegengesetzt wäre. In einem solchen Falle hat der diplomatische Agent nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, von der Ausführung vorläufig abzustehen, seiner Regierung den Sachverhalt darzulegen und neue Instructionen abzuwarten, ohne vorher erhaltene Ermächtigung aber andere, als die ihm vorgeschriebenen Maassregeln zu ergreifen, wird immer höchst bedenklich sein [3]).

§. 167.

3. a. Von den Verhandlungen auf Congressen.

Die auf einem Congress versammelten Gesandten haben darüber zu wachen, dass die einflussreichsten Mächte ihre Stellung nicht dazu missbrauchen, bei den Verhandlungen andere Angelegenheiten

oder im Danke für Pariser Rappé oder Havannah-Cigarren, welche der Courier der Gesandschaft mitbringt. Wenn man auf diese Weise zwei von der Regierungs- und drei von der Oppositionspartei gewonnen hat, — vorausgesetzt, dass sie mittheilende, ja lehrhafte Naturen seyen, — so findet man die Hauptfäden; das Laufende erfährt man auf Spaziergängen und im Zeitungsklubb. Was für Geld zu haben ist, taugt in der Regel nicht viel. Bei einiger Sagacität kömmt man weiter, als mit vielen gesellschaftlichen Berührungspuncten und unbefleckten Namen. Gutes Vernehmen mit allen, festes Verhältniss mit einigen Collegen findet — wer Zutrauen verdient. Da ist es nun oft nöthig, Wahrheit aus kunstvoller Einwicklung entstellender Zuthaten herauszuschälen, Diesen zu ärgern, Jenes Eitelkeit aufzureitzen, denn diesen Mitteln widerstehen die Wenigsten, selbst die nicht, welche sich Nervenzucken angewöhnt haben, um ihre Gesichtszüge wenigstens zu entstellen, wenn sie dieselben nicht völlig beherrschen können.« — Von den Geschenken an Minister, Gesandte und andere diplomatische Agenten, sowohl von deren eigenen, als auch von fremden Souveränen war bereits oben (Acht. Abschn. Cap. III. §. 154) die Rede. In neuester Zeit sind an den Höfen auch Geldgeschenke, namentlich an Beamte geringeren Grades, wie das Cancellei-Personal im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten bei besonderen Anlässen, üblich geworden. Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. II. §. 329. Not. 2.

[1]) Vgl. Dritt. Abschn. Cap. IV. §. 48.

[2]) Vgl. Dritt. Abschn. Cap. V. §. 50.

[3]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 65: »Si, par des circonstances particulières ou par quelque incident non-prévu dans ses instructions, il arrive que l'agent soit obligé de prendre une résolution quelconque de son propre chef dans une affaire de

zur Sprache zu bringen, als diejenigen, welche die Veranlassung zur Vereinigung bilden [1]).

Ehedem musste jeder Gesandte, auch sogar die Directorien, auf Congressen das Protokoll eigenhändig führen; eine Aenderung hierin trat zuerst seit den westphälischen Friedensverhandlungen i. J. 1646 ein, indem die vier evangelischen Gesandten, nämlich der Erzbischöflich Magdeburgische, der Sachsen-Altenburgische und Sachsen-Weimarische, gleichwie der Pommer'sche, nebst dem Bayerischen, bei dem Beginne der Sitzungen im Fürstenrathe an beiden Congress-Orten Münster und Osnabrück, behaupteten, dass ein Jeder von ihnen befugt sei, einen besonders dazu beeidigten Protokollführer mit in die Sitzung zu nehmen, was ihnen auch, jedoch ohne Consequenz, von den übrigen Gesandten gestattet wurde [2]).

§. 168.

b. Von den Verhandlungen des Gesandten einer vermittelnden Macht.

Bei einer Vermittelung [3]) durch eine dritte Macht nimmt deren Bevollmächtigter [4]) mit Genehmigung der Interessenten an den Verhandlungen fortgesetzten Antheil bis zu Ende; die gegenseitigen Erklärungen werden nur in seinem Beisein gemacht, oder gehen durch seine Hände. Der Vermittler ist befugt, billige Vorschläge zu thun, die von einer Partei gemachten mit seinem Gutachten zu begleiten, ganz unpassende aber sofort zurückzuweisen [5]), weshalb es eben nicht unbedenklich ist, einen Vermittler anzunehmen, da man sich dadurch von vornherein gewisse Fesseln anlegt. Die Wirksamkeit des Mittlers hört mit dem Abschluss des Vertrages auf, oder sobald sich die Verhandlungen zerschlagen [6]).

moindre importance, il faut qu'il en instruise sa cour immédiatement après, en motivant les démarches qu'il a faites ou les mesures qu'il a prises.« Cussy, l. c. Art. Négociateur.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 62 à la f.: »— — — il est évident, que le ministre qui placerait sous la garantie du congrès, des stipulations étrangères aux intérêts généraux qui en font l'objet, compromettrait à la fois la dignité et l'indépendance de son souverain.«

[2]) Cf. Chr. Godofr. Hoffmanni Bibliotheca juris publici. Francof. ad Viadr. 1732. 8. Pag. 273. — Christian Werner, Samuel Ebert, Eusebius Jäger und Johann Samuel Fehr sind auf diese Weise die ersten gewesen, welche als Secretäre und Protokollisten im Deutschen Reichsrath zum Protokolliren zugelassen sind. — In der neueren Zeit wird in der Regel Ein gemeinschaftlicher Protokollführer ernannt und verpflichtet.

[3]) Ueber den Unterschied zwischen der Vermittelung (mediatio, médiation) und der gütlichen Verwendung (bona officia, bons offices) sieh. G. F. v. Martens, Einl. §. 172 Not. a. Klüber, a. a. O. §. 160. Heffter, a. a. O. §. 88. — Voy. aussi Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. VII. §. 17: »Un médiateur n'est pas un Arbitre, et le Souverain qui interpose ses bons offices, n'est pas un médiateur.«

[4]) Vermittler, mediator, pararius, médiateur.

[5]) Sein Amt giebt ihm jedoch kein Recht, seine Vorschläge mit Gewalt durchzusetzen; eine s. g. bewaffnete Vermittelung widerspricht dem freien Vertragsrecht, sie ist die Eröffnung eines Kriegszustandes.

[6]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 88. Klüber, a. a. O. §. 160. Klüber, l. c. §. 160. G. F. v. Martens, Einl. §§. 172 u. 322. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 61. Bielfeld, l. c. Tom. I. chap. VIII. §. 17:

Concurriren die Interessen der vermittelnden Macht mit denen des Staates, welcher die Vermittelung nachgesucht hat, so wird die Thätigkeit des Bevollmächtigten der ersteren dadurch, dass er berufen ist, die Sache zweier Regierungen zu vertreten, eine sehr schwierige [1]).

§. 169.

c. Von den Verhandlungen mit anderen, an demselben Hofe beglaubigten Gesandten.

Die an demselben Hofe accreditirten Gesandten haben auch bisweilen unter einander Zusammenkünfte, sei es zum Zweck der Erledigung besonderer Aufträge ihrer Souveräne, sei es in Angelegenheiten gemeinsamer gesandschaftlicher Rechte, z. B. der Wahrung von Vorrechten, an deren Ausübung der beschickte Hof die diplomatischen Agenten verhindert. Ausserdem kommen auch Fälle vor, dass den Gesandten in Gemässheit besonderer Verträge ihrer Souveräne die Verpflichtung obliegt, sich bei ihren Geschäften an dem fremden Hofe durch gegenseitige Verwendung zu unterstützen [2]).

Jenachdem manche Höfe in näherer freundschaftlicher oder gespannter und selbst in feindlicher Beziehung zu einander stehen [3]), pflegen auch deren, an dem dritten Hofe beglaubigten Gesandten, in ihrem äusseren Benehmen gegen einander jenen Beziehungen entsprechend aufzutreten, doch darf das Benehmen dem beschickten Hofe nicht lästig werden, oder gar dessen Rechten irgendwie zu nahe treten, widrigenfalls der annehmende Staat vollkommen berechtigt sein würde, den Gesandten zu entfernen und von dessen Regierung Genugthuung zu verlangen [4]).

»ils (médiateurs) président aux Conférences, et tâchent (s'ils veulent faire leur devoir) de remplir avec toute l'impartialité, toute l'équité, tout le désinteressement, et tout le zèle possibles, les fonctions de Conciliateurs, de raprocher les esprits, d'aplanir les difficultés, de porter les paroles de Paix, d'imaginer des tempéramens, de proposer des expédiens, d'ajuster en un mot tous les différens des Puissances ennemies, en conciliant leurs intérêts mutuels sur un pied équitable.«

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. dipl. Tom. I. §. 61.

[2]) So enthält z. B. der Defensiv- und Allianz-Tractat zwischen den Höfen von St. Petersburg und Berlin vom $\frac{\text{9. Septbr.}}{\text{28. Aug.}}$ 1813 im Art. IX. die ausdrückliche Bestimmung: »Die Botschafter und Gesandten der hohen contrahirenden Theile an den auswärtigen Höfen sollen Befehl erhalten, sich durch gegenseitige Verwendung zu unterstützen, und bei allen Gelegenheiten, die das Interesse ihres Herrn betreffen, im vollkommenen Einverständnisse zu handeln.« Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 331 Not. 4. — Dieselben Bestimmungen enthalten der »Traité d'amitié et d'alliance défensive entre les Cours de Vienne et de Berlin, signé à Toeplitz le 9. Septembre 1813« und der »Traite d'amitié et d'alliance défensive entre S. M. J. et R. l'Empereur d'Autriche et S. M. J. l'Empereur de toutes les Russies, signé à Toeplitz le $\frac{\text{9. Septembre}}{\text{28. Août}}$ 1813.« Vgl. Miruss, a. a. O. §. 263 Not. b. · Vgl. auch J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 169.

[3]) Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 331 u. das. Not. 2.

[4]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 229 a. E. — Vgl. auch Schmalz, a. a. O. S. 105: »Sitte des Anstandes und des Rechtes schreiben dem Gesandten vor, überall das zu beobachten, was friedliche Verhältnisse erhalten und unfreundliche aussöhnen kann; die Gebräuche edler Höflichkeit soll er auch in den gespanntesten nicht vernachlässigen.«

§. 170.

B. Von der Verhandlungsweise.

1. Von schriftlichen Verhandlungen.

a. Einleitung.

Wie bereits oben [1]) angedeutet, erfolgt der schriftliche Verkehr durch die Ueberreichung von einfachen Schreiben, Denkschreiben (mémoires), unterzeichneten Noten (notes signées), Verbal-Noten (notes verbales ou non-signées) u. s. f.; für alle Geschäfte von Wichtigkeit ist schriftliche Verhandlung allerdings die Regel, weil auf diese Weise Missverständnissen leichter vorgebeugt werden kann und Erklärungen desto schwerer zu erhalten und abzugeben sind, da jedoch die mündliche Verhandlung den Fortgang der Geschäfte erleichtert, auch eine Menge kleiner Anstände und Bedenklichkeiten leichter entfernt und auf diese Art die schriftliche Verhandlung vorbereitet, so combinirt man oft beide Verhandlungsarten. Immerhin wird es sich empfehlen, Dasjenige, was man mündlich vorgetragen, oder von dem anderen Theile vernommen hat, diesem schriftlich zu wiederholen (note verbale, aperçu de conversation), um die Thatsache der mündlichen Erklärung soviel als möglich glaubwürdig in Andenken zu erhalten [2]).

§. 171.

Schluss.

Obwohl kein Staat berechtigt ist, einen anderen zu einer bestimmten Verhandlungsweise zu nöthigen, so fehlt es doch nicht an Beispielen, dass Staaten den Grundsatz aufgestellt haben, nur nach voraufgegangener schriftlicher Mittheilung in Verhandlung zu treten [3]).

Ausführlichere Noten, welche eine Auseinandersetzung, ein Anerbieten oder Acceptation erhalten, werden regelmässig unterzeichnet und erhält ihr Inhalt dadurch bindende Kraft, bei Verbal-Noten dagegen, durch welche meistens nur eine kurze Erinnerung an eine schwebende Verhandlung bezweckt wird, unterbleibt die Unterzeichnung gewöhnlich. Dasselbe gilt von den vertraulichen Noten (notes confidentielles), in denen sich der diplomatische Agent mehr für seine Person, als vermöge Auftrages ausspricht. Endlich

[1]) Vgl. §. 161 a. E.

[2]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 101. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 327, Th. 3 §. 415. Klüber, a. a. O. §. 200.

[3]) So z. B. ehedem die Republik der Vereinigten Niederlande; vgl. Klüber, a. a. O. §. 200 Not. c. G. F. v. Martens, Einl. §. 228 Not. d.

sind noch die sog. communicirten Noten [1]) zu erwähnen, worunter man die Verlesung oder abschriftliche Mittheilung versteht, durch welche der Gesandte den Inhalt einer Depesche seiner Regierung zur Kenntniss des beschickten Hofes bringt.

§. 172.

b. Von der Sprache der Verhandlungen.

Bei der Form der auswärtigen Staatsverhandlungen kommt zunächst die Sprache [2]) in Betracht; ohne Zweifel kann jeder Souverän oder Staat sich hierbei der Sprache bedienen, welche ihm als die geeignetste erscheint, dagegen kann er nicht verlangen, dass fremde Mächte ihre Verhandlungen mit ihm in derselben Sprache führen, sondern er muss ihnen gleichfalls ihre eigene Erklärungsweise zugestehen und jeder Theil kann erwarten, dass, wenn von ihm eine Erklärung gewünscht wird, der Anlass dazu auf eine ihm verständliche Art gegeben oder verdollmetscht werde [3]). In der Praxis gelten auch diese Sätze im Allgemeinen, indessen hat sich zeitweise, für die diplomatischen Verhandlungen insbesondere, eine Gewohnheitssprache ergeben, ohne dass gerade behauptet werden kann, es sei eine dauernde Verbindlichkeit, diese Sprache fortwährend zu gebrauchen, begründet worden.

Können sich die interessirten Theile, im Fall einer Verschiedenheit der Sprachen, über den gemeinschaftlichen Gebrauch einer Sprache nicht vereinigen, so bedient sich jeder der eigenen, oder einer anderen beliebigen Sprache, mit oder ohne Translat in die Sprache des anderen Theiles, oder in eine dritte, wie z. B. die lateinische [4]), und es werden die Verhandlungen alsdann urschriftlich

[1]) Diese Bezeichnung ist erst in neuester Zeit in die diplomatische Sprache aufgenommen worden.

[2]) Vgl. F. C. Moser, Abhandlg. von den Europ. Hof- und Staats-Sprachen u. s. f.; in grösster Ausführlichkeit werden in dem zweiten Buche dieses höchst brauchbaren Werkes die Staatssprachen des 18. Jahrhunderts, nach der Ordnung der Höfe, abgehandelt. — Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. III. (p. 22 — 37). Le même, mém. p. 547—549. Réal, l. c. Tom. V. chap. III. sect. I. §. VI. (p. 555 — 561). Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 587 — 604. Klüber, a. a. O. §§. 113 u. 114. Derselbe, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des wiener Congresses überhaupt, und insonderheit über wichtige Angelegenheiten des teutschen Bundes. Erste Abtheilung. (Frankfurt am Main 1816. 8.) S. 537 — 540. — Schmelzing, a. a. O. Th. 3 §. 423. Heffter, a. a. O. §. 235. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. p. 208—211. — Von der Staats-Sprache ist wohl zu unterscheiden die Hof-Sprache; vgl. F. C. Moser, a. a. O. Buch 1 §§. 1, 11—17.

[3]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 235 i. A.

[4]) So schrieb auf dem Rastatter Friedens - Congress (1797 — 1799) die deutsche Reichsdeputation an die französische Gesandschaft deutsch und diese an jene französisch, und zwar beide ohne beigelegte Uebersetzung. Dasselbe war der Fall auf dem Reichsdeputationstage zu Regensburg i. J. 1802 u. 1803. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 113 Not. c. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 210 not. 2. Cussy, l. c. Art. Langue. — Auf dem deutschen Reichstage legten auswärtige Gesandte den in ihrer Landessprache abgefassten Vollmachten u. and. Aufsätzen lateinische Uebersetzungen bei; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 128.

in mehreren Zungen abgefasst[1]). Zur Vermeidung der Unzuträglichkeiten, die mit der Anwendung mehrerer Sprachen, namentlich in Bezug auf Klarheit und Genauigkeit der Abfassung, verknüpft sind, hat man häufig eine dritte Sprache gewählt, und zwar bis ins 18. Jahrhundert hinein die lateinische[2]), seitdem aber die französische[3]), welche sich bald das Feld der diplomatischen Verhandlungen eroberte[4]), so dass selbst Staaten gleicher Zunge, in Verträgen unter einander, sich derselben bedient haben[5]); trotzdem kann niemals, wie schon erwähnt, von einer, durch ein allgemeines Völkergesetz oder durch Herkommen begründeten Verpflichtung zur Annahme des Französischen, als allgemeiner Staaten-Sprache, die Rede sein, vielmehr hat man sich, so oft es auch in neuerer Zeit

[1]) Der Wiener Frieden von 1738 ist lateinisch und französisch, der Belgrader von 1739 türkisch und lateinisch abgefasst, dagegen der russisch-türkische Frieden von 1774 in drei Sprachen, nämlich die russische Ausfertigung in russischer und italienischer und die türkische in türkischer und italienischer Sprache. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 258 a. E. — Der Londoner Vertrag v. J. 1867, abgeschlossen unter England, Frankreich, Russland, Oesterreich, Preussen, Italien, Belgien und Holland (wegen Luxemburg), ist in allen acht Urkunden in französischer Sprache abgefasst, Titel, Einleitung und Ratifications-Clausel dagegen sind in den Sprachen der Aussteller ausgedrückt, mit Ausnahme Oesterreichs, welches die lateinische Sprache angewandt hat.

[2]) In dieser Zunge wurden z. B. die Friedensschlüsse zu Münster und Osnabrück, zu Nymwegen, zu Ryswick, zu Utrecht v. J. 1713, zu Baden v. J. 1714, die zu Wien v. J. 1725 und 1738, ein Exemplar des Belgrader Friedens von 1739 und die Londoner Quadrupel-Allianz v. J. 1718 abgefasst. Vgl. Klüber, a. a. O. §. 114 Not. a. Derselbe, Uebers. Erst. Abth. S. 538. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. p. 208 not. 1. Noch i. J. 1752 redete der österreichische Gesandte zu Neapel, Fürst Esterhazy, den König in lateinischer Sprache an und zwar, wie es bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 430 heisst: »— — dans un Latin très-pur, avec une grace et une dignité dont tous les Assistans furent charmés.« — Am längsten hat sich der Gebrauch dieser Sprache im römischen Geschäftsstil erhalten. — Obgleich der Lüneviller Frieden v. J. 1801 nur in französischer Sprache abgefasst ist und zwar ohne Verwahrungs-Clausel, so ist derselbe dennoch von Seiten des Kaisers und Reiches in lateinischer Sprache ratificirt (am 9. März 1801; abgedruckt bei Julius Christoph Leist, Lehrbuch des teutschen Staatsrechts [2. verb. Aufl. Göttingen 1805], Anhang S. 26 u. der Friede selbst, Anhang S. 1—9), denn das ehemalige Deutsche Reich erkannte nur die deutsche oder lateinische Sprache als seine Staatssprache an. Vgl. F. C. Moser, Abhandlg. Buch 2 Cap. 2 S. 44 — 104. Oppenheim, a. a. O. S. 259. Die am kaiserlichen Hofe befindlichen Gesandten bedienten sich in ihren Verhandlungen sowohl der deutschen, lateinischen und französischen, als auch der italienischen Sprache. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. II. sect. III. (p. 34). Schmalz, a. a. O. S. 76 sagt: »Ehemals wurden freilich Staats-Acten und Unterhandlungen der Mächte in der lateinischen Sprache geschrieben, oder mündlich verhandelt. Man scheint sie überall mit Ausländern nach der italienischen Aussprache gesprochen zu haben. Diese Sprache war das Eigenthum aller europäischen Völker, eine gemeinschaftliche Erbschaft vom alten Rom, und also die natürliche Staatssprache. Hofsprache war jedem Hofe seine vaterländische.

[3]) Vgl. Kölle, a. a. O. S. 304. Schmalz, a. a. O. S. 77—79. Heffter, a. a. O. §. 235. Oppenheim, a. a. O. S. 258.

[4]) Sie wurde zuerst in dem i. J. 1748 zu Aachen abgeschlossenen Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich gebraucht.

[5]) Dies ist namentlich von Seiten deutscher Fürsten geschehen; Beispiele sind die Friedensschlüsse zu Berlin 1742, zu Dresden 1745, zu Hubertsburg 1763, zu Teschen 1779. Voy. Cussy, l. c. Art. Langue (p. 388). G. F. v. Martens, Einl. §. 329 Not. a. Moshamm, a. a. O. §. 259. Klüber, a. a. O. §. 114 Not. c.

zur Anwendung gekommen, gegen etwaige nachtheilige Schlussfolgerungen ausdrücklich verwahrt [1]).

§. 173.

Schluss.

In neuerer Zeit beobachten mehrere Mächte die Praxis, dass sie sich nur in der eigenen Landessprache gegen andere Mächte erklären, damit jedoch eine Verdollmetschung verbinden; so verfährt bereits seit dem Anfange des gegenwärtigen Jahrhunderts das Londoner Cabinet, indem es den seitdem beibehaltenen Brauch einführte, mit den ausländischen Gesandten in London auf Englisch, anstatt auf Französisch zu verkehren. Man fing an, es Englands nicht für angemessen zu halten, in Bezug auf die Sprache seiner diplomatischen Mittheilungen von Frankreich abhängig zu sein. Später ward es Usus, die Mittheilungen der britischen Gesandten im Auslande an die Minister der ausländischen Höfe in englischer Sprache zu machen; anfänglich wurde diesen Communicationen eine Uebersetzung beigegeben, seit dem Jahre 1851 jedoch ist dies nicht mehr erlaubt, weil in solchem Falle die fremden Regierungen sich leicht an die Uebersetzung, als das Original-Actenstück halten könnten.

Gleicherweise hat man jetzt in Russland den Anfang gemacht, der französischen Sprache sowohl am Hof, als in der Diplomatie nicht mehr den Vorrang zu lassen; eine vor nicht langer Zeit erlassene kaiserliche Verordnung bestimmt, dass alle russischen Diplomaten die diplomatischen Noten nur in russischer Sprache zu verfassen haben, wenn sie nicht fremden diplomatischen Agenten vorgelesen oder zur Abschrift übergeben werden sollen [2]).

[1]) Einen allgemeinen Vorbehalt dieser Art enthält der Art. 120 der Wiener Congressacte v. 9. Juni 1815: »La langue Française ayant été exclusivement employée dans toutes les copies du présent traité il est reconnu par les Puissances qui ont concouru à cet acte, que l'emploi de cette langue ne tirera point à conséquence pour l'avénir; de sorte que chaque Puissance se réserve d'adopter, dans les négociations et conventions futures, la langue dont elle s'est servie jusqu'ici dans ses relations diplomatiques, sans que le traité actuel puisse être cité comme exemple contraire aux usages établis.« Vgl. Klüber, Uebers. Erst. Abth. S. 538. Auch hinsichtlich anderer Sprachen kommen solche Verwahrungs-Clauseln vor, so z. B. im 13. Art. des zwischen Preussen und Brasilien abgeschlossenen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrages v. 9. Juli 1827, welcher in portugiesischer und französischer Sprache abgefasst ist; sieh. den Wortlaut des Artikels bei Miruss, a. a. O. §. 267.

[2]) Der ehemalige Deutsche Bund erklärte sich nur in deutscher Sprache und verlangte bei Mittheilungen anderer Mächte eine Uebersetzung (Beschluss vom 12. Juni 1817). Die Pforte hält sich durch einen Tractat nur dann für vollkommen verpflichtet, wenn derselbe in türkischer Sprache abgefasst ist; da sich die anderen Staaten jedoch zu dem Gebrauch dieser Sprache nicht verstehen wollen, so werden die Verträge der Pforte mit den Europäischen Mächten immer in mehreren Zungen redigirt (Beispiele sieh. §. 172 Not. 1). Voy. Réal, l. c. Tom. V. chap. III. sect. I. §. VI. (p. 558). G. F. v. Martens, Einl. §. 329 Not. a. a. E. Moshamm, a. a. O. §. 258 a. E. Klüber, a. a. O. §. 114 a. E.

§. 174.

c. Von dem diplomatischen Canzleistil.

Bei den schriftlichen Mittheilungen sind vorzüglich zu beobachten einmal die Anwendung der richtigen Courtoisie, sodann der Stil[1]); für erstere sind manche Regeln und Verschiedenheiten, die sich auf das angenommene Titel- und Rangverhältniss der Souveräne und Staaten beziehen, eingeführt, für letztere jedoch giebt es im Grunde keine andere Regel, als sich derjenigen Ausdrucksweise zu bedienen, welche am sichersten zu dem Zwecke führt, den man beabsichtigt; dabei muss der Stil selbstredend ein solcher sein, der sich von allem Niedrigen, gleichwie von allem Pathos, fernhält; der Inhalt der diplomatischen Schrift muss sich mehr durch Gedanken-, als durch Wortreichthum auszeichnen, die Sprache gedrängt und correct, die Ausdrücke klar und genau sein, und Worte, welche einen Doppelsinn zulassen, auf das Sorgsamste vermieden werden[2]). Ganz besonders hat man sich vor Nachlässigkeiten, selbst in kleinen Dingen, zu hüten, denn schon das Fortlassen eines

Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. p. 210 not. 1. Heffter, a. a. O. §. 235 Not. 2. — Auch Schweden, Dänemark, die Niederlande, Grossbritannien, die vereinigten Staaten von Nord-Amerika und am meisten Frankreich haben in Verträgen sich ihrer eigenen Sprache bedient und dadurch Anlass zu Ausfertigung in mehreren Sprachen gegeben; vgl. Klüber, a. a. O. §. 113 Not. d.

[1]) Vgl. die hierher gehörigen, theilweise bereits oben, §. 162 Not. 5, erwähnten Schriften von: F. C. Moser, Abhandlg. von Ahndung fehlerhafter u. unanständiger Schreiben u. s. f. S. 54—161. Derselbe, Abhandlung von Canzley-Fehlern; in dess. »Kl. Schriften u. s. f.« Bd. 5 S. 230—242. Derselbe, Vers. einer Staats-Grammatic. J. J. Moser, Einl. z. d. Cantzley-Geschäfft. Beck, a. a. O. Buch 1—3. Pütter, Anleitg. z. Jurist. Prax. u. s. f. Ahnert, a. a. O. Th. 2 SS. 312 ff., 493—538. G. F. v. Martens, Einl. §. 173—181. Moshamm, a. a. O. §. 254—286. Schmelzing, a. a. O. Th. 3 §. 415—423. Heffter, a. a. O. §. 236—238. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. pp. 203—208, 211—215.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 204: »En diplomatie il ne suffit pas d'être compris; il faut encore s'exprimer avec une précision telle, que la mauvaise foi la plus subtile n'en puisse ni dénaturer, ni, au moyen d'un terme équivoque, en fausser le sens pour l'interpréter au gré d'intérêts contraires.« p. 207: »Nous répèterons donc ici, qu'on ne saurait trop recommander aux rédacteurs de pièces et d'offices diplomatiques, d'unir à la précision danr les idées, la concision dans le style. Les circonlocutions, les épithètes, les grands mots, les expressions recherchées, les longues périodes, les orfemens, les lieux communs oratoires sont constamment déplacés dans les écrits de ce genre, où tout étant grave et important doit marcher directement au but.« — Voy. aussi Flassan, l. c. Discours préliminaire, p. 17: »Le style diplomatique, à quelque sujet qu'il s'applique, ne doit pas être celui de l'esprit ou de l'académicien, mais celui d'un raisonneur froid, revêtant d'une expression pure et exacte une logique non interrompue. La chaleur qui fait presque toujours le succès de l'éloquence, doit être exclue des dépêches.« — Treffend sagt Heffter (a. a. O. §. 236) über den Stil: »Muss irgend eine Ausdrucksweise sich von allem Niedrigen entfernt halten, so ist solches ganz besonders von der diplomatischen zu erwarten und zu fordern. Freilich kann sie sich von dem Menschlichen nicht lossagen, sie kann keine Sprache der Götter sein; aber sie hat den Gedanken klar und in reiner edler Form darzustellen, gemessen und ernst, fern von Pathos und ohne Wortputz. Sie muss die reine Objectivität der Dinge in sich tragen, die leichte Hülle einer logischen Gedankenfolge sein; sie verträgt sich weder mit metaphysischen Spitzen, noch auch mit der Sprache des Redners.«

Komma u. dgl. m. in einem diplomatischen Aufsatze kann von grossen Folgen begleitet sein [1]); sind nun aber Fehler vorgefallen, so fragt es sich, ob eine Correctur möglich ist? Blosse Canzleifehler können allenfalls durch eine nachträgliche Erklärung berichtigt werden, so lange das Fehlerhafte noch nicht Grundlage zu weiteren Verhandlungen geworden ist; Fehler in der Courtoisie rügt der Empfänger entweder durch Zurückgabe der fehlerhaften Schrift, oder durch einen blossen sog. Canzleizettel [2]), in welchem die diesseitige Expedition die jenseitige auf das, was geschehen sei, aufmerksam macht. Sollte gar etwas für den Empfänger Verletzendes gesagt sein, so würde derselbe berechtigt sein, eine bestimmte Genugthuung dafür zu verlangen.

§. 175.

Schluss.

Die diplomatischen Schriften nun sind theils solche, welche, wenigstens ihrer Form nach, nur für die zunächst interessirten Mächte oder Personen, theils solche, die, gewöhnlich schon ihrer Form nach, zugleich für das Publicum bestimmt sind; in die erste Kategorie gehören sowohl die förmlichen Schreiben, wie die Staats- oder Canzlei-Schreiben [3]) die Cabinet- oder Handschreiben [4]) und die eigenhändigen Schreiben (lettres de main-propre ou autographes) [5]), als auch die nicht in Briefform abgefassten Erlasse, Denkschriften (Promemoria, Mémoires) [6]), Noten, Verbal-Noten, Circular-Noten [7]), Berichte (rapports) [8]), Rescripte,

1) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 204 not. 1: »Cette recherche scrupuleuse de clarté doit même s'étendre jusqu'à la ponctuation, puisqu'on a vu plus d'une foi le sens d'un article important, dépendre de la place d'une virgule, et des contestations très-sérieuses naître d'une circonstance en apparence puérile, mais très-considérable dans le fond.«

2) Vgl. Klüber, a. a. O. §. 112 Not. b.: »Rüge des Fehlers; etwa in einem eigenen Schreiben, Postscriptum oder Canzlei-Note, Protestation, Verzögerung oder Verweigerung der Antwort, Erwiederung des Fehlers, Rücksendung des Schreibens u. d.« Vgl. auch Schmelzing, a. a. O. Th. 3 §. 422. Heffter, a. a. O. §. 236. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. p. 232.

3) Vgl. oben, Dritt. Abschn. Cap. I. §. 45 Not. 3 (S. 53).

4) Vgl. oben a. a. O. §. 45 Not. 1 (S. 54).

5) Diese Schreiben, welche auch »lettres en forme de billet« genannt werden, kommen in Staatsgeschäften selten vor; ein Beispiel solcher Staatscorrespondenz ist die i. J. 1778 zwischen Friedrich II. von Preussen und Kaiser Joseph und Maria Theresia geführte, welche die baierische Erbfolge zum Gegenstande hat. Voy. Oeuvres posthumes de Frédéric II., Roi de Prusse. A Berlin 1788. 8. XV Tomes. Tom. V. p. 293—354. — Sieh. über das bei Abfassung dieser Art von Schreiben beobachtete Ceremoniel: Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. IV. p. 286—287; vgl. ferner Pütter, a. a. O. S. 50—54. Beck, a. a. O. Buch 1 Cap. 4 §. 1—4. G. F. von Martens, Einl. §. 176. Schmalz, a. a. O. S. 72. Schmelzing, a. a. O. Th. 3 §. 421. Heffter, a. a. O. §. 237.

6) Die Bezeichnung Memorandum ist vorzugsweise in der englischen Diplomatie für die mémoires confidentiels (im Gegensatze der mémoires justificatifs ou raisonnés) üblich. Voy. aussi Ch. de Martens, g. d. Tom I. chap. III. sect. I. p. 237, sect. II. p. 259—263.

7) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. II. p. 256—259.

8) Voy. Ch. de Martens, l. c. Sect. II. p. 270—273.

Decrete, Signaturen, Resolutionen[1]), Instructionen, Vollmachten, Protestationen[2]) u. dgl. m., in die zweite Kategorie dagegen die Staats-Verträge[3]), Deductionen, Exposés des motifs, Manifeste und Proclamationen[4]), Reversalien (literae reversales, réversales)[5]), Patente (lettres patentes), Pässe, Schutzbriefe (sauvegardes) u. dgl. m.[6]).

Wenn Gesandte, in ihrer Eigenschaft als solche, Staatsaufsätze abzufassen haben, so beobachten sie häufig dieselben Förmlichkeiten, als wenn jene von dem Souverän selbst ausgegangen wären[7]). Bei Pässen, Lebenszeugnissen u. dgl. m. pflegt die Ausfertigung in der ersten Person des Plurals zu erfolgen, z. B. »Nous N. N., Ambassadeur (ou Envoyé extraordinaire, Chargé-d'affaires etc.)[8])«.

§. 176.

2. Von mündlichen Verhandlungen.

a. Von den Conferenzen.

Zu den mündlichen Verhandlungen des Gesandten mit der Regierung, bei welcher er beglaubigt ist, dienen einmal die Audienzen, sodann die Conferenzen; letztere finden zwischen dem diplomatischen Vertreter und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, oder einem Commissar desselben, Statt und bilden die gebräuchlichste Art mündlicher Verhandlungen[9]). Ueber das Ergebniss einer Ministerial-Conferenz kann, sobald dasselbe zu weiteren

[1]) Mit den drei letztgenannten Ausdrücken bezeichnete man ehedem die Antwort auf die Mémoires, so genannt von dem Schlussworte »Decretum« oder »Signatum«; heutzutage ist für solche Antworten der Ausdruck »contre-mémoire« gebräuchlich.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. I. p. 248.

[3]) Voy. Ch. de Martens, l. c. Sect. I. p. 246: »Nous entendons ici par traités publics, toutes les transactions qui par l'importance et la durée des obligations qu'ils imposent, se distinguent de ces autres conventions lesquelles n'ont qu'un effet transitoire et une influence moins étendue, tels que les cartels, les capitulations, etc. Les principaux sont les traités de paix, de commerce, d'alliance offensive et défensive, de garantie, d'échange, de limites, de cession, de restitution, de subsides etc.« Voy. aussi la not. 2.

[4]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. I. p. 233—236.

[5]) Voy. Ch. de Martens, l. c. p. 244—245.

[6]) Ausführliches über die angeführten und andere Arten von Staatsaufsätzen sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 2 u. 3 (S. 95—268) und Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. I—III. (p. 233—282). — Beisp. von Staatsschriften verschiedener Art sieh. Anhang, Beil. Nr. 28—35.

[7]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. I. p. 214, wos. auch Beispiele.

[8]) Beispiele bei Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. V. p. 572—575.

[9]) Ehedem unter manchen lästigen Förmlichkeiten und Weitläufigkeiten; so hatte z. B. die Republik Venedig für Conferenzen mit auswärtigen Gesandten ein Collegium bestimmt, das aus 26 Mitgliedern bestand und den Titel »Excellentissimo Collegio« führte. War es Pien Collegio (vollzähliges Collegium), so waren der Doge, die 6 Räthe, die 3 Capi der peinlichen XLger, die 6 Savj (weise Männer) del Consiglio (Savj grandi genannt), die 5 Savj vom festen Lande (die Terra ferma) und die 5 Savj degli ordini zugegen. Diese Savj sah man nach dem Ausdruck der Gesetze als den Magen des Senats an, welcher Alles verdauen musste. Vgl. Le Bret, Vorlesgn. üb. d. Statistik. Th. 1 S. 251 ff.

Schritten benutzt werden oder eine Grundlage für fernere Unterhandlungen abgeben soll, nach Vereinbarung entweder sofort ein Protokoll [1]) aufgenommen werden, oder man begnügt sich, ein sog. aperçu de conversation [2]) aufzusetzen, oder eine confidentielle Note zuzustellen, in welcher man sich auf das Hin- und Widergesprochene beruft.

Das Wort »protocole« ist erst seit dem Wiener Congress, an Stelle des bisherigen »procès-verbal«, in die diplomatische französische Sprache aufgenommen worden [3]); unter »protocole diplomatique« verstand man früherhin die Formen der ganzen äusseren Staatenpraxis.

§. 177.

b. Von den Audienzen.

Die Audienzen, welche dem diplomatischen Agenten während seiner Mission bewilligt werden [4]), sind bald ordentliche, bald ausserordentliche; erstere finden an manchen Höfen regelmässig an bestimmten Tagen oder für die mündliche Verhandlung gewisser Geschäfte, letztere dagegen auf besonderes Ansuchen, nach Erforderniss des Geschäftes, oder bei unvorhergesehenen Ereignissen, welche Anträge oder Rücksprache nothwendig machen, Statt. Die ausserordentlichen Audienzen kann man wiederum in Privat- und öffentliche Audienzen eintheilen und haben diese meistens Ceremoniel-Angelegenheiten, z. B. Glückwünsche bei erfreulichen Begebenheiten oder Beileidsbezeugungen bei traurigen Ereignissen, zum Anlass [5]), wiewohl in neuerer Zeit an vielen Höfen auch bei

[1]) Das Protokoll wird in solchem Falle von den Theilnehmern der Verhandlung unterzeichnet. — Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. II. p. 265. Beispiel. Tom. II. sect. II. p. 219—234.

[2]) Vgl. oben §. 170.

[3]) Heffter, a. a. O. §. 239 Not. 2 sagt: »Unzweifelhaft ist der Gebrauch dieses Wortes ein befugter, da er schon in dem mittelalterlichen Latein einen officiellen Aufsatz über stattgehabte Verhandlungen und Erklärungen bedeutete, ebenso wie das Wort registratura, registratio.« — Voy. Cussy, l. c. Art. Protocole. »On nommait protocollum le registre destiné à contenir les actes publics (on employait un papier particulier, dans la fabrication duquel entrait le gluten, gomme ou collum). En diplomatie les Protocoles sont le compte rendu ou procès-verbal des conférences entre les ministres plénipotentiaires des diverses puissances.«

[4]) Es kommt nicht leicht vor, dass Audienzen oder Conferenzen verweigert werden, falls nur der Gegenstand in schicklicher Form angezeigt und für die beiderseitigen Interessen wirklich von Bedeutung ist. Dies ist auch hin und wieder ausdrücklich anerkannt; so verordnet z. B. der Art. 38 von »Königs Josephi Wahl-Capitulation, de Anno 1690«: »Wir wollen und sollen auch allen des heiligen Reichs Churfürsten und Ständen, so wohl ihren Bottschafften und Gesandten, die von der gefreyten Reichs-Ritterschaft mitbegriffen, jederzeit schleunige Audientz und Expedition ertheilen u. s. w.« Vgl. Lünig, Teutsch. Reichs-Archiv. Pars gen. Th. 1 S. 825. Vgl. ferner Art. 39 von »Kaysers Leopoldi Wahl-Capitulation, de Anno 1658«, bei Lünig, a. a. O. S. 805.

[5]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 210. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 319. Schmalz, a. a. O. S. 95. Klüber, a. a. O. §. 201. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XIX. (p. 229—254), Liv. II. sect. II. (p. 14 — 22). — Von eigentlicher Unter-

Gelegenheiten der erwähnten Art, um das Lästige des Ceremoniels zu vermeiden, nur Privat-Audienzen gebräuchlich sind [1]).

Capitel III.

§. 178.

Von der eigenen Geschäftsordnung des Gesandten.

Zu der eigenen Geschäftsordnung des diplomatischen Agenten gehört die zweckmässige Bearbeitung und Betreibung der ihm übertragenen Geschäfte, wie das Entwerfen der erforderlichen schriftlichen Aufsätze, die Durchsicht der Concepte, die Ausfertigung, Unterzeichnung, Besiegelung und Expedirung derselben, die Aufsicht über die Führung des gesandschaftlichen Tagebuches, sowie über die ordnungsmässige Verwaltung der Canzlei und Registratur, ferner die Vertheilung der Arbeiten an das, dem Gesandten zur Dienstleistung beigegebene Personal [2]), die Wahrung der gesandschaftlichen Gerechtsame, die Aufsicht und Ausübung der dem Gesandten übertragenen Gerichtsbarkeit über das Gefolge [3]), die Ertheilung von Reisepässen und Lebenszeugnissen [4]), das Aufsetzen des Visa auf solche ihm vorgezeigte Urkunden, endlich die Legalisirung von Documenten über Rechtsgeschäfte, sobald solches nothwendig ist, um davon bei Behörden seines Heimathlandes Gebrauch zu machen u. s. f. [5]).

Ueber alle diese gesandschaftlichen Handlungen enthält in der Regel die Instruction eines ordentlichen Gesandten oder ein eigenes Reglement für alle Gesandten desselben Staates, besondere Vorschriften [6]).

handlung ist in öffentlichen Audienzen nicht leicht die Rede; zum Gegenstande seines Witzes macht dieselben Bynkershock, Quaest. jur. publ. Lib. II. (de rebus varii argumenti) cap. VI.: »In auditoriis publicis apud Principes aut concilium Reipublicae nihil rerum seriarum hodie agitur, quicquid ibi ex Legatis audis, nihil fere aliud est, quam sua Majestas, Serenitas, Celsitudo. Dominus meus, fecit mihi honorem, me ad Majestatem, Serenitatem, Celsitudinem vestram mittendi, ut significarem, quam prolixe sit amicus vester, Uxorem se duxisse, filium filiamve sibi esse natum natamve, ut et vestra Majestas, Serenitas, Celsitudo hujus gaudii esset particeps, vel uxorem suam, aliquemve ex liberis suis decessisse, ut vestra Majestas, Serenitas, Celsitudo ejus fato indoleret, et hisce fere simulas nugas, vulgi sermonibus jam diu tritas, atque ideo fere indignas, ut lippis et tonsoribus confabulandi argumentum praebeant. Qualis autem Legati oratio, ejusdem farinae solet esse responsio, nec quicquam praeterea agitur in tanti momenti auditoriis et sic aliquando tota legationis causa absolvitur.«

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. §. 274 a. E.

[2]) Hierüber beachtenswerthe Worte bei Kölle, a. a. O. S. 210.

[3]) Vgl. oben, Fünft. Abschn. Cap. VIII. §. 89—93.

[4]) Certificats de vie; Beisp. bei Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. V. p. 572.

[5]) Vgl. Pütter, a. a. O §. 377—379. Klüber, a. a. O. §. 197. — Franzosen im Auslande können adoptiren, sich verheirathen, überhaupt alle auf den Civilstand sich beziehenden Rechtsgeschäfte vornehmen, bei dem daselbst residirenden französischen Gesandten; vgl. Klüber, a. a. O. §. 197 Not. c.

[6]) Hierauf bezügliche Verordnungen betr. Preussens sieh. bei Miruss, a. a. O. §. 250, betr. Bayerns bei Schmelzing. a. a. O. Th. 2 §. 325 Not. 5.

Zehnter Abschnitt.

Von dem Ende der Gesandschaft.

Capitel I.

§. 179.

Von dem Ende der Gesandschaft. — Einleitung.

Die Ausübung des gesandschaftlichen Officiums kann entweder unterbrochen oder beendigt werden und zwar ersteres durch Misshelligkeiten unter den beiden Mächten, ohne dass es zu wirklichen Feindseligkeiten kommt, durch eingetretene politische Ereignisse, z. B. Ausbruch einer Revolution, oder aus sonstigen Ursachen, deren noch speciell Erwähnung geschehen wird; letzteres dagegen aus denselben Gründen, aus welchen ein Mandat überhaupt erlischt, also z. B. mit der Vollziehung des Geschäftes, mit dem Ablauf der bestimmten Zeit[1]), mit dem Widerruf des ertheilten Auftrages, mit dem Tode des diplomatischen Agenten u. s. f. (sieh. unten).

[1]) Ist der Gesandte z. B. nur interimistisch angestellt, so hören seine Functionen mit der Rückkehr des ordentlichen Gesandten auf seinen Posten auf, und es bedarf sodann für den Interims-Gesandten keines Abberufungsschreibens, obwohl dies bisweilen behauptet worden ist. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 235 Not. d. Klüber, a. a. O. §. 228 Not. a. — Früherhin beobachteten mehrere Staaten die Regel, ihre Gesandten nur während einer bestimmten Anzahl von Jahren bei einem und demselben Hofe zu lassen, so waren z. B. die venetianischen Missionen auf die Dauer von drei Jahren beschränkt. Vgl. Le Bret, a. a. O. Th. 1 S. 328. Dem mit diesem häufigen Personenwechsel verbundenen Nachtheil, dass der Neu-Angelangte auch neu in den Geschäften war und zwar vielleicht in einem Augenblick, wo Erfahrung am allernothwendigsten gewesen wäre, suchte man dadurch zu entgehen, dass man in dringenden Fällen den nämlichen Abgeordneten zurücksandte. So wurde Antonio Suriano, der i. J. 1533 von Rom zurückkehrte, gleich nachdem er seinen Bericht abgestattet, wieder dahin beordert und blieb von Neuem drei Jahre. Vgl. Reumont, a. a. O. S. 426—428. — Die Päpste, deren Diplomatie am frühesten und umsichtigsten organisirt war, bestimmten zum Behufe der nothwendigen moralischen Unabhängigkeit, dass eine Nunciatur nur sechs Jahre von demselben Prälaten verwaltet werden sollte. Vgl. Miruss, a. a. O. §. 367. G. F. v. Martens, Einl. §. 235 Not. e. — Bemerkenswerthe Aeusserungen bei Kölle, a. a. O. SS. 307 u. 308.

Capitel II.

§. 180.

Von der Beendigung der gesandschaftlichen Thätigkeit auf Zeit.

Abgesehen von den in dem vorhergehenden Paragraphen angeführten Veranlassungen, wird das gesandschaftliche Officium auch dann unterbrochen, wenn eine Veränderung in der Rangclasse des Abgeordneten während der Mission eintritt, sei es nun, dass derselbe zu einer höheren Rangstufe erhoben wird, also z. B. der Gesandte zweiter Classe zum Range des Botschafters [1]), sei es umgekehrt, also z. B., dass der Botschafter diesen Charakter ablegt und als Gesandter zweiter Classe seine Functionen an dem beschickten Hofe fortsetzt [2]). In solchen Fällen erlischt das bisherige Beglaubigungsschreiben und der Gesandte erhält zur weiteren Legitimation ein neues, welches er in der Regel in einer Audienz zugleich mit seinem Abberufungsschreiben überreicht [3]).

§. 181.

Schluss.

Die gesandschaftlichen Functionen werden ferner bei einem Regierungswechsel, dieser mag durch Tod oder durch Abdankung, sei es des constituirenden, sei es des annehmenden Souveräns [4]), eintreten, unterbrochen; da in beiden Fällen die bisherigen Creditive des Gesandten erlöschen, so fordert der europäische Völkergebrauch eine neue Beglaubigung oder Bevollmächtigung desselben, von oder bei dem Nachfolger in der Regierung [5]). So lange eine solche nicht Statt gefunden, kann der Gesandte weder beanspruchen, dass die fremde Regierung sich in Verhandlungen mit ihm einlasse [6]), noch

[1]) Dies kann für beständig, nur für einige Zeit oder für ein bestimmtes Geschäft, z. B. die Unterzeichnung eines Friedensschlusses u. w. d. a., geschehen. — Auch kommt es bisweilen vor, dass ein »ordentlicher« Gesandter in einen »ausserordentlichen«, ein »Ceremoniel-Gesandter« in einen »Geschäfts-Gesandten« verwandelt wird.

[2]) Der Gesandte verliert selbstverständlich dann die mit seinem bisherigen höheren Range verbundenen Ehrenvorzüge und sonstigen Auszeichnungen. Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 3 S. 76. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 359.

[3]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 241. Moshamm, a. a. O. §. 240. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 367. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 71. Wheaton, l. c. Part. III. §. 24.

[4]) Ist der absendende oder annehmende Souverän eine moralische Person, so hört die Mission nicht auf mit dem Tode der physischen Einzelnen, aus welchen jene Person besteht, selbst nicht des Vorstehers oder Dirigenten. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 235 Not. a. u. b. Klüber, a. a. O. §. 228 Not. e. a. E. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 368 Not. 2. Moshamm, a. a. O. §. 242.

[5]) Voy. Lamberty, l. c. Tom. I. p. 241. Römer, a. a. O. S. 419.

[6]) Beisp. sieh. hei Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXX. (p. 440). Vattel, l. c. Liv. IV. chap. IX. §. 126.

dass sie ihm die gesandschaftlichen Vorrechte einräume, doch dauert während der Suspension die Unverletzbarkeit unter allen Umständen fort, wie dies auch beim Ende der Gesandschaft mindestens für so lange Zeit der Fall ist, als der Gesandte bedarf, um das fremde Staatsgebiet bequem zu verlassen. In der Praxis fährt man indessen fort, den diplomatischen Vertreter als solchen zu behandeln, sobald man nur annehmen kann, dass die Unterbrechung der gesandschaftlichen Functionen von nicht langer Dauer sein werde, ja häufig setzt man auch die Geschäftsverhandlungen mit ihm in vertraulicher Weise fort [1]).

Wird dem Schreiben, welches die Anzeige von dem Ableben des Souveräns enthält, das neue Beglaubigungsschreiben gleich beigefügt [2]), wie das häufig der Fall ist, so entsteht im völkerrechtlichen Sinne kein Stillstand in der gesandschaftlichen Thätigkeit.

Capitel III.

§. 182.

Von der Beendigung der gesandschaftlichen Thätigkeit für immer.

1. Durch die Zurückberufung des Gesandten.

Die Abberufung (le rappel) erfolgt nach Vollführung des übertragenen Geschäftes, oder nach eingetretener Unmöglichkeit, den beabsichtigten Zweck zu erreichen, ferner aus Gründen, welche sich allein auf die Person des Gesandten, nicht aber auf die politischen Verhältnisse der beiden Höfe beziehen [3]), sodann bei ausbrechendem Kriege [4]), oder sonstigen Misshelligkeiten [5]) unter den

[1]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 235. Moshamm, a. a. O. §. 241. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 67. Beisp. sieh. bei Paccassi, a. a. O. S. 304.

[2]) Vgl. Moshamm, a. a. O. §. 241. Beisp. sieh. bei Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 368 Not. 1.

[3]) Z. B. wenn der Gesandte von seinem Posten freiwillig zurücktritt oder von seinem Committenten zu anderen Verrichtungen berufen wird u. dgl. m.

[4]) Doch kommt es auch vor, dass der Gesandte des einen kriegführenden Theiles den feindlichen Hof nicht verlässt oder auch, dass die Abgeordneten beider Theile auf ihrem Posten verbleiben; so blieb z. B. bei dem Bruche zwischen den Niederlanden und England i. J. 1665 der Gesandte dieses Staates im Haag zurück, wogegen der niederländische London verliess. Dies wird von Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXX. (p. 445) getadelt: »— — — cela se fait le plus souvent contre la raison, et contre toutes les regles de la prudence.« — Im Jahre 1777 blieben der portugiesische und der spanische Gesandte während des Krieges der beiden Höfe in ihren bisherigen Residenzen zurück. Es kann dies jedoch nur mit Erlaubniss der Macht geschehen, bei welcher der Gesandte bisher beglaubigt war und derselbe hält sich selbstverständlich alsdann nur als Privatmann in dem fremden Lande auf.

[5]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 236. Moshamm, a. a. O. §. 245. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 359 c. e. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 68.

betheiligten Mächten und wenn die fremde Regierung sich weigert, mit dem Gesandten fernerhin in Verkehr bleiben zu wollen, ein Fall, der zwar an sich etwas feindseliges hat, unter Umständen jedoch völlig gerechtfertigt sein kann, z. B. wenn sich der Abgeordnete an dem fremden Hofe so aufgeführt haben sollte, dass ein fernerer Verkehr mit ihm völlig unmöglich sein würde.

Die Zurückberufung endigt die Gesandschaft, wenigstens von dem Augenblicke an, wo das Abberufungs-Schreiben (lettre de rappel)[1]) übergeben worden ist, und zwar geschieht dies, sobald nicht Missverständnisse die Abberufung des diplomatischen Agenten veranlasst haben[2]), in einer eigenen Abschieds-Audienz (audience de congé)[3]); die letztere kann eine öffentliche oder private sein und findet, nach Verschiedenheit der Rangstufe, zu welcher der Gesandte gehört, mit grösserer oder geringerer Feierlichkeit Statt. Die Uebergabe des Abberufungs-Schreibens begleitet der Abgeordnete mit einer Abschiedsrede (discours ou compliment de congé)[4]), in welcher er den, im Augenblicke seiner Abreise zwischen den beiden Höfen bestehenden geschäftlichen und sonstigen Beziehungen Ausdruck verleiht, und erhält alsdann von dem Souverän, als Antwort auf das Abberufungs-Schreiben, ein Recreditiv (literae recredentiales, lettres de récréance)[5]), sowie die etwaigen

[1]) Vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 549. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 453. Moshamm, a. a. O. §. 244. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. III. p. 280—281. Beisp. von Abberufungsschreiben sieh. Anhang, Beil. Nr. 36.

[2]) Vgl. Römer, a. a. O. S. 429.

[3]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 226. — Beisp. einer abgeschlagenen Abschieds-Audienz sieh. bei J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 456. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 266. Ueber Abberufungsschreiben, Abschieds-Audienzen, Recreditive u. w. d. a. sieh. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 453 — 541. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 393 — 432. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 257—268. — Beisp. der feierlichen Abschieds-Audienz der Gemahlin eines Gesandten am französischen Hofe sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 427.

[4]) Voy. Ch. de Martens, Tom. I. chap. III. sect. II. p. 268: »Dans le discours par lequel le ministre remet sa lettre de rappel au souverain près duquel il est accrédité, il parle des ordres qu'il a reçus et des motifs qui ont engagé son maître à le rappeler, et qui le plus souvent, sont exprimés dans la susdite lettre. Les assurances d'amitié que le ministre donne en cette occasion au souverain au nom de son maître, doivent être analogues à la situation des affaires dont il a été chargé, et à celle où elles se trouvent au moment de son départ.« — Vgl. auch Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 8 §. 1—15 (S. 285—294). Beisp. von Abschieds-Reden sieh. Anhang, Beil. Nr. 37 u. 38.

[5]) Das Recredential-Schreiben dient zur Bestätigung des von dem Gesandten beobachteten Verhalten. Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. III. p. 281: »Dans la lettre de récréance qu'un souverain fait remettre au ministre accrédité près de sa personne, on accuse d'abord la réception de la lettre de rappel; on passe ensuite à l'expression de la satisfaction particulière causée par la conduite du ministre pendant le séjour, qu'il a fait à la cour; le prince auquel elle est adressée est prié d'ajouter foi et créance entière à tout ce qu'à son retour lui dira le ministre en question, particulièrement du désir sincère de maintenir et d'affermir la bonne intelligence et l'union établies entre les deux cours.« Vgl. auch Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 9 (S. 295—299). — Bisweilen erhält der Abgeordnete ausser dem Recreditiv noch ein besonderes Recommandations-Schreiben, in welchem des Gesandten Benehmen belobt wird; dies gilt für eine grosse Auszeichnung. Vgl. F. C. Moser, Kl. Schrift. Bd. 1 S. 129. — Beisp. von Recreditiven sieh. Anhang, Beil. Nr. 39 u. 40.

Geschenke [1]) und die Reisepässe für sich und sein Gefolge zugestellt.

§. 183.

Fortsetzung.

Ist der Nachfolger des abberufenen Gesandten vor der Abreise des Letzteren bereits eingetroffen, so pflegt dieser jenen oder den für die Zwischenzeit als Geschäftsträger fungirenden Legations-Secretär in der Abschieds-Audienz dem Souverän vorzustellen. Falls Abwesenheit, Krankheit, oder irgend ein anderes Hinderniss dem Gesandten nicht erlauben, von dem Souverän sich in Person zu verabschieden, so entledigt er sich dieser Pflicht auf schriftlichem Wege, indem er die Uebersendung des Abberufungs-Schreibens mit einem Abschieds-Schreiben (lettre pour prendre congé) [2]) begleitet [3]).

Nach erfolgter Abschieds-Audienz stattet der Gesandte der Familie des Souveräns, den Ministern des beschickten Hofes, sowie den übrigen daselbst residirenden diplomatischen Vertretern die Abschieds-Besuche ab [4]), empfängt deren Gegenbesuche und reist sodann ab, bisweilen unter militärischer Begleitung [5]).

§. 184.

Schluss.

Obgleich der Abgeordnete nach seiner Verabschiedung die gesandschaftliche Eigenschaft verliert, so bleibt er dennoch im Genusse

[1]) So machte König Wilhelm I. von Preussen dem englischen Botschafter, Lord Napier, in der demselben ertheilten Abschieds-Audienz sein von A. Begas gemaltes Bild zum Geschenk. — Von den Geschenken überh. war ausführlich die Rede oben, Acht. Abschn. Cap. III. §. 154.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. chap. III. sect. II. p. 270: »Il n'est pas besoin de dire ici que la lettre pour prendre congé doit être à peu-près de la même teneur que le discours qu'il aurait prononcé. Les motifs qui s'opposent à ce qu'il puisse prendre congé personnellement y trouvent naturellement place.« — Beisp. von Abschiedsschreiben sieh. Anhang, Beil. Nr. 41 u. 42.

[3]) Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 236. Klüber, a. a. O. §. 229. Schmalz, a. a. O. S. 128. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 360. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 70 à la fin. Auf dem deutschen Reichsconvent beurlaubten sich die kaiserlichen Principal-Commissarien ebenfalls schriftlich durch ein Commissions-Decret, sie mochten nun abwesend sein oder nicht; vgl. Ahnert, a. a. O. Th. 2 S. 549. — Der Anstand gebietet übrigens, dass der Gesandte sich auch dann von dem Souverän verabschiedet, wenn er in dem Laufe der Gesandschaft eine Reise antritt; vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 429, wos. ein Beispiel. Vgl. auch Miruss, a. a. O. §. 369 Not. a.

[4]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 542. Derselbe, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 272.

[5]) Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. Th. 4 S. 466—470. Von einem feierlichen Auszuge eines abreisenden Gesandten, als einer Seltenheit, erzählt J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 274: »Als der Russische Ambassadeur, Fürst Repnin, im Jahre 1776 von Constantinopel abreisete, begleiteten ihn ein Bassa von 2 Rossschweifen, die Herolde, der Stallmeister und die Musicanten des Grossveziers von seinem Quartier bis nach Ponte Piccolo.« — Noch seltener ist der feierliche Einzug eines, in die Residenz seines Souveräns zurückkehrenden Gesandten; ein Beisp. sieh. bei J. J. Moser, Beitr. z. d. neuest. Europ. Gesandsch.-Recht S. 280.

der Vorrechte, namentlich der Unverletzbarkeit, bis er das fremde Staatsgebiet verlassen hat[1]); wird die Abreise ungewöhnlich hinausgeschoben, so kann der Gesandte zur Erklärung hierüber aufgefordert und ihm eine Frist bestimmt werden[2]), nach deren Ablauf seine bisherigen Vorrechte als erloschen betrachtet werden. Bleibt er auch dann noch in dem fremden Lande zurück, so wird er als Privatmann behandelt[3]), und es leben alle durch seinen bisherigen völkerrechtlichen Charakter gehemmten Rechtsverfolgungen in Ansehung der Civilansprüche auf, dagegen lässt sich in Betreff der, im Laufe der Gesandschaft etwa von ihm begangenen Verbrechen und Vergehen keine weitere Verantwortlichkeit annehmen, indem jene nach dem Grundsatze der Exterritorialität von der gesetzgebenden Gewalt des fremden Staates nicht abhängig waren[4]).

§. 185.

2. Durch die Zurücksendung des Gesandten.

Die Ausweisung oder gewaltsame Entfernung[5]) des Gesandten kann wegen Unzufriedenheit des beschickten Hofes über seine Aufführung, wegen feindseliger Handlungen des sendenden Staates, oder auch als Retorsion, Statt finden; zu einer so gewaltsamen Maassregel[6]), wie namentlich der Ausschaffung, greift die

[1]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 224. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 31 (p. 180). Unrichtig ist es jedoch, wenn Letzterer sagt: »Il ne perd cette qualité (inviolable) qu'en la déposant entre les mains du Prince, ou de la République, qui l'a envoyé; et l'on ne peut le poursuivre dans sa route, pour lui faire la moindre violence, sans blesser ouvertement le Droit des Gens le plus clair et le plus positif.« Voy. aussi Vattel, l. c. Tom. II. liv. II. chap. IX. §. 125 (p. 373). Wheaton, l. c. Tom. I. part. III. chap. I. §. 23 à la fin.

[2]) Heffter, a. a. O. §. 224 sagt: »Die Bestimmung der Zeit ist allerdings von dem Ermessen des fremden Staates abhängig; aber eine offenbar zu kurze Frist wäre eine Verletzung des Völkerrechtes.«

[3]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 128. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 360 a. E.

[4]) Vgl. Heffter, a. a. O. §. 226 a. E.

[5]) Hierüber handelt ausführlich Friderich Carl von Moser, Abhandlung von Ausschaffung der Gesandten, und was derselben anhängig Nach den Grund-Sätzen des Europäischen Völker- u. Teutschen Staats-Rechts; in dessen »Kl. Schriften u. s. f.« Bd. 8 S. 88—516, Bd. 9 S. 1—128. — Vgl. oben, Fünft. Abschn. Cap. VII. §. 88 u. das. Not. 4. — Bei Consuln vertritt die Zurücknahme des Exequatur die Stelle der Zurücksendung.

[6]) Zu einem solchen Verfahren sah sich die Königin Elisabeth von England gegen den spanischen Botschafter, Don Bernardin Mendoza, und den Botschafter der Königin von Schottland, Bischof Rosse, welche gegen ihr Leben und gegen die Ruhe des Staates intriguirten, veranlasst. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXX. (p. 443); sect. XXVII. (p. 388). F. C. v. Moser, a. a. O. Bd. 8 S. 303—305. Andere Beispiele sind die Ausschaffung des spanischen Botschafters, Prinzen von Cellamare in Frankreich, unter der Regentschaft des Herzogs von Orléans, i. J. 1713, wegen Verschwörung (voy. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. I. quatr. cause, p. 139—171), ferner die Entfernung des französischen Gesandten am russischen Hofe, Marquis de la Chétardie, i. J. 1744 (vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 417—422. F. C. v. Moser, a. a. O. Bd. 8 S. 389—393. Ch. de Martens, caus. cél. Tom. II. Append. p. 482—484), des spanischen Botschafters in Venedig, Marquis de Bedmar, i. J. 1615, welcher das Haupt der Verschwörung gegen die Republik war (voy. Vattel, l. c. Tom. II. liv. IV. chap. VII. §. 99. Ch. de Martens, nouv. caus. cél.

fremde Regierung indessen gewöhnlich erst dann, wenn eine Aufforderung an den Abgeordneten, dass er seine Abschieds-Audienz haben könne [1]), oder in einer bestimmten Zeitfrist das Gebiet des fremden Staates zu verlassen habe, ohne Erfolg geblieben sein sollte.

In solchen Fällen, wie auch dann, wenn der Gesandte wegen grober Verletzung des Völkerrechtes wider seine Person, oder wegen anderer Missverhältnisse, ohne ein Abberufungs-Schreiben zu erwarten, seine Functionen an dem fremden Hof für beendigt erklärt, verlässt er denselben ohne Abschied und Recredential-Schreiben [2]). Die zur Rückreise erforderlichen Pässe dürfen ihm nicht verweigert werden, wiewohl das Gegentheil vorkommt, oder wenigstens bisweilen die Ausfertigung und Zustellung derselben verzögert wird, in der Absicht, auf diese Weise die Rückreise des eigenen Gesandten von dem anderen Hofe zu sichern [3]).

§. 186.

3. Durch den Tod des Gesandten.

a. Von dem Begräbniss und der Abführung der Leiche in die Heimath.

Stirbt [4]) der Gesandte in dem beschickten Staate, so wird der Leichnam entweder an Ort und Stelle auf eine dem Range des Verstorbenen entsprechende Weise zur Ruhe bestattet [5]), oder in

Tom. II. Append. III. p. 513—533) u. A. m. — Unzählige Beisp. bei F. C. v. Moser a. a. O. Bde. 8 u. 9.

[1]) So wurde i. J. 1762 in Russland dem Gesandten des Königs von Polen durch den Grosskanzler, Grafen Woronzow, bedeutet, dass er den folgenden Tag seine Abschieds-Audienz erhalten könne, weil nun sein Auftrag ausgeführt wäre. Er wendete ein, dass er noch kein Abberufungs-Schreiben erhalten hätte, vielmehr ein neues Creditiv erwarte, weshalb er um die Erlaubniss bitte, bis auf ferneren Befehl seines Königs bleiben zu dürfen. Dies wurde ihm zwar gestattet, indessen verbot man ihm zwei Tage später den Hof und den Umgang mit den Ministern, und bald darauf nöthigte man ihn abzureisen. Vgl. Miruss, a. a. O. §. 368 a. E.

[2]) Die Abreise ohne Abschied und ohne Rückberufungsschreiben kommt übrigens auch dann vor, wenn der Gesandte sich bei seinem Committenten missliebig gemacht hat (vgl. Schmalz, a. a. O. S. 128 und Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 361 a. E.), ja dieselbe kann ihren Grund selbst in einem Vergessen haben; so wurde z. B. vor ein paar Jahren aus Bern geschrieben, dass man sich daselbst darüber beklage, dass der zum baierischen Gesandten in Florenz ernannte Herr v. H. sein Abberufungs-Schreiben dem Bundesrath nicht übergeben habe. Die Sache soll seltsam genug in Folge der eiligen Abreise des Herrn v. H. nach Florenz buchstäblich vergessen worden sein. Baiern hat sich dann bei der Schweiz wegen dieses Versehens entschuldigen lassen.

[3]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 128. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 361 Not. 3. Miruss, a. a. O. §. 368. — In den Pässen wird bisweilen die Route vorgeschrieben, welche der Gesandte nehmen soll; vgl. F. C. v. Moser, a. a. O. Bd. 9 S. 93 und S. 90—99, woselbst Beispiele solcher Pässe.

[4]) Dès qu'un Ambassadeur est mort, il rentre aussitôt dans la vie privée« war die Bemerkung eines Schriftstellers in Ludwig XIV. Zeit; sieh. Heffter, a. a. O. §. 225 Not. 4.

[5]) Ein besonderes Ceremonielrecht besteht in Betreff der Beerdigung nicht; es fehlt jedoch nicht an Beispielen von Leichenbegängnissen mit grossen Ehren. So liess z. B. die Republik Venedig den daselbst i. J. 1603 gestorbenen spanischen Botschafter, Don Francisco de Vera, unter denselben Ceremonien, wie einen Dogen dieser Republik mit einem Kostenaufwande von dreitausend Thalern beerdigen; gleichfalls wurde der i. J. 1607 im Haag gestorbene franzö-

die Heimath abgeführt und zwar in der Regel frei von allen sonst üblichen Lasten an Stolgebühren (droits d'étole) und dergleichen [1]).

Befindet sich an dem Orte seines Ablebens eine Kirche der Religion, welcher er angehört, so findet die Beerdigung auf deren Gottesacker Statt und es müssen der Kirche die Gebühren hierfür, wie bei jedem dortigen Landesunterthan, entrichtet werden; ist daselbst indessen keine Kirche seines Bekenntnisses vorhanden, so kann dennoch die Bestattung auf dem Begräbnissplatze einer anderen Religionsgesellschaft nicht versagt werden [2]).

§. 187.

b. Von der Versiegelung.

Nach dem Tode des Gesandten ist zuvörderst für die gehörige Versiegelung seiner Amtspapiere und, erforderlichen Falles, auch seiner Effecten, Sorge zu tragen; sie gilt nach der heutigen Staatenpraxis allgemein als ein Act, welcher der Gerichtsbarkeit des fremden Staates entzogen ist [3]), da es dabei vornehmlich auf die Sicherstellung der Interessen des absendenden Staates ankommt.

Die Obsignation und Inventarisirung der Verlassenschaft erfolgt, sobald nicht etwa ein zweiter Gesandter desselben Staates bei dem fremden Hofe beglaubigt ist, durch einen Rath oder Secretär der Mission [4]), und in Ermangelung der gedachten Personen durch einen

sische Botschafter, de Buzanval, auf Kosten der Republik bestattet und bei der Rückkehr des Leichenconductes die Feierlichkeit durch ein grosses Festmahl in dem Hôtel der Princessin von Oranien, in welchem der Verstorbene residirt hatte, beschlossen. Voy. Wicquefort, l'amb. Liv. I. sect. XXII. p. 311.

[1]) Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4. S. 192. G. F. v. Martens, Einl. §. 238. Moshamm, a. a. O. §. 251. Schmalz, a. a. O. S. 125. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 362. Klüber, a. a. O. §. 320. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 72. Heffter, a. a. O. §. 225 i. A. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 569 — 571. Derselbe, Beitr. Th. 4 S. 361—367.

[2]) Vgl. Schmalz, a. a. O. S. 125. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 362. — Gleiche Grundsätze werden auch in Betreff der Beerdigung von Personen aus dem Gefolge des Gesandten beobachtet.

[3]) In früherer Zeit jedoch nicht ohne manche Streitigkeiten, so namentlich in Wien in Betreff der reichsständischen Gesandten zweiter und dritter Classe und insonderheit derjenigen, welche die Geschäfte ihrer Committenten zugleich beim Kaiserlichen Hofe und beim Reichshofrathe zu besorgen hatten; später und namentlich seit der Wahlcapitulation Leopold II. vom Jahre 1790, in deren Art. 25 §. 7 eine dahin gehende Bestimmung präciser gefasst worden war, stand die Befreiung von der Obsignation durch den Wiener Hof allen Gesandten (mit Einschluss der Geschäftsträger und des gesammten Gefolges), welche nicht gleichzeitig für die bei dem Reichshofrath anhängigen Processe legitimirt waren, zu. Vgl. J. J. Moser, Vers. Th. 4 S. 569: G. F. von Martens, Einl. §. 239 Not. b. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 73 not. 2. Miruss, a. a. O. §§. 347, 372 u. Not. a. daselbst.

[4]) In Rom besorgen die Cardinal-Protectoren, wenn kein Secretär der verstorbenen Gesandten vorhanden ist, die Versiegelung. Vgl. G. F. v. Martens, Einl. §. 239 Not. a. Moshamm, a. a. O. §. 250. Schmalz, a. a. O. S. 126. Ueber die Cardinal-Protectoren sieh. Bielfeld, l. c. Tom. II. chap. IX. §. 17 (p. 172). — Uebrigens kommt es auch vor, dass ein anderer Beamter oder Unterthan des sendenden Staates mit der Obsignatur beauftragt wird. Vgl. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 S. 363, 3. Moshamm, a. a. O. §. 250.

anderen, in der Nähe dieses Hofes befindlichen Abgeordneten oder durch eine, entweder zufolge Uebereinkunft oder besonderem Ersuchen zur Versiegelung ermächtigte Gesandschaft eines befreundeten Staates [1]). Durch die Behörden des auswärtigen Landes aber darf die Versiegelung nur im äussersten Falle geschehen und zwar alsdann auf eine der Achtung gegen den fremden Staat entsprechende Weise [2]).

§. 188.

c. Von der Erbfolge in die Verlassenschaft des verstorbenen Gesandten.

Bei der Regulirung des Nachlasses des verstorbenen Gesandten ist zwischen beweglichen Gütern (Mobilien, Fahrniss) und unbeweglichen Gütern (Immobilien) zu unterscheiden; bei Streitigkeiten in Betreff der Erbfolge in den im Gebiete des Sterbe-Landes befindlichem Mobiliar-Nachlass, gleichwie der Form und Gültigkeit des Letzten Willens, kommen in der Regel [3]) die Gesetze des Heimathlandes in Anwendung, dagegen werden Immobilien nach den Gesetzen des Landes vererbt, in welchem jene gelegen sind.

Der Nachlass ist frei von jeder Art von Erbschaftssteuer [4]), sowie von dem Fremdlings-Recht [5]), und es darf der Verabfolgung desselben an die Erben kein Hinderniss in den Weg gelegt werden.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 73: »— — l'apposition des scellés et l'inventaire du mobilier se font par un ministre ou chargé d'affaires d'une cour de famille ou alliée; qui, après avoir apposé son sceau aux archives de la légation, avec celui de ses collègues qu'il aura invité à l'assister. Un procès-verbal en double, de cette apposition des scellés est dressé, et lors de la remise à l'agent désigné pour remplacer l'agent décédé on dresse en triple expédition un procès-verbal de levée des scellés.«

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 73: »il faudrait, pour justifier l'intervention du gouvernement local, qu'il ne se trouvât sur les lieux aucun ministre ou agent d'une cour de famille ou alliée, et, même alors la cour du ministre décédé conserverait le droit de nommer un mandataire pour apposer ses sceaux à côté de ceux du gouvernement local.« Vgl. auch Römer, a. a. O. S. 428. G. F. v. Martens, Einl. §. 239 a. E. Schmalz, a. a. O. S. 126. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 363, 6 und das. Not. 2. Klüber, a. a. O. §. 209. Moshamm, a. a. O. §. 250. Heffter, a. a. O. §. 225 a. E. Wheaton, l. c. Tom. I. part. III. chap. I. §. 24. — Es war daher eine Anmaassung Papst Innocenz XI., als er nach dem i. J. 1687 erfolgten Tode des dortigen französischen Botschafters, Marschall d'Estrées, in dessen Hôtel eine Gerichtsperson sandte, um daselbst die Obsignatur vorzunehmen. Vgl. Römer, a. a. O. S. 428 Not. b. Moshamm, a. a. O. §. 250 Not. b.

[3]) War der verstorbene Abgeordnete aber Unterthan des annehmenden Staates, so wird die Erbfolge in den gesammten Nachlass, sowie auch das Testament nach den Gesetzen jenes beurtheilt. — Ein merkwürdiger Rechtsstreit hierüber entstand im Jahre 1778 in Frankreich in Ansehung des Mobiliar-Nachlasses eines in Frankreich naturalisirten Mailändischen Edelmannes, de Forges, der daselbst als Gesandter des Herzogs von Modena gestorben war. Der Graf von Vergennes entschied dahin, dass die Erbschaft nach französischen Gesetzen zu beurtheilen sei, weil der Verstorbene durch Naturalisation Franzose geworden wäre. Der Fall ist ausführlich berichtet von G. F. v. Martens, Erzählgn. Bd. 2 S. 311. Vgl. auch Moshamm, a. a. O. §. 183.

[4]) Z. B. Abzugsrecht, Abschoss, ius detractus, droit de détraction.

[5]) Heimfalls-, Albannsrecht, ius albinagii, droit d'aubaine.

§. 189.

d. Von den Rechten der Familie des verstorbenen Gesandten.

Obwohl nach den strengen Grundsätzen des Rechts mit dem Ableben des diplomatischen Agenten auch die seiner Gemahlin, seinen übrigen Angehörigen und Begleitern von der auswärtigen Staatsregierung eingeräumten Vorrechte erlöschen, so hat das Herkommen dennoch diese strengen Grundsätze dahin modificirt, dass die gedachten Personen bis zu ihrer Abreise und erfolgten Austritt aus dem fremden Staatsgebiet oder bis zu einer deutlichen Erklärung ihres Eintrittes in das Privatverhältniss, im Genusse der ihnen bei Lebzeiten des Gesandten zugestandenen gesandschaftlichen Privilegien verbleiben [1]). In der Regel wird ihnen zur endlichen Abwickelung ihrer Angelegenheiten eine Frist anberaumt, innerhalb welcher sie das Staatsgebiet zu verlassen haben und nach deren Ablauf sie als Unterthanen des inländischen Staates betrachtet und demzufolge in ihren Rechtsverhältnissen dessen Gesetzen unterworfen werden [2]); ist jedoch kein Termin gesetzt, so kann es bei einem längeren, vielleicht jahrelangen Aufenthalt zweifelhaft sein, ob ihnen die bisher genossenen Privilegien auch fernerhin eingeräumt werden müssen [3]).

[1]) Vgl. F. C. Moser, die Gesandtin u. s. f., in dessen »Kl. Schrift.« Bd. 3 S. 331. G. F. v. Martens, Einl. §. 240. G. F. de Martens, précis. §. 244. Klüber, l. c. §. 230. Klüber, a. a. O. §. 230. Moshamm, a. a. O. §. 253. Schmalz, a. a. O. S. 126. Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 365. Ch. de Martens, g. d. Tom. I. §. 75. Wheaton, l. c. Tom. I. part. III. chap. I. §. 24. Gessner, l. l. Cap. III. (p. 40). Heffter, a. a. O. §. 225.

[2]) Vor dem Ablauf der Frist, innerhalb welcher die Mission als fortdauernd angesehen wird, können consequenterweise Forderungen an den Nachlass des verstorbenen Abgeordneten in dem fremden Staate nicht geltend gemacht werden; vgl. Miruss, a. a. O. §. 237. A. M. ist Heffter, a. a. O. §. 225.

[3]) Vgl. Joh. Aug. Reuss, Teutsche Staatskanzley. Ulm 1783—1801. 8. 41 Bde. Bd. 1 S. 266—294, woselbst zwei hierhin gehörige Fälle mitgetheilt werden. Vgl. auch G. F. v. Martens, Einl. §. 240 und Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 365 Not. 2. Von den Witwen der holländischen Gesandten wird in Klvit, l. l. Tom. I. cap. X. §. DLXIV. (p. 572) Folgendes erzählt: »Defuncti vero Legati viduae duorum mensium stipendia conceduntur, in Hispan., Lusit., nunc etiam in Russia ex lege a. 1735 d. 6. Oct., alibi unum per mensem; ac sumtus itineris ex publico rependuntur, nisi ea supra annum moretur.« — Lamberty (l. c. Tom. IV. p. 300) erwähnt einen Fall, in welchem die Witwe eines Gesandten bei ihrer Abreise ein förmliches Recreditiv erhalten; es war dies die Gemahlin des verstorbenen holländischen Gesandten Christian Constantin Rumpf in Stockholm, welcher über 30 Jahre bei dem dortigen Hofe beglaubigt gewesen war. Das an die Generalstaaten gerichtete und »in Pago Alt-Ranstedâ prope Lipsiam die 2./12. Novembris 1706« datirte Recredential-Schreiben König Carl XII. spricht in den folgenden, höchst ehrenden Ausdrücken die Anerkennung für das Wirken des »nobisque sincere dilectum« Residenten aus. »Triginta enim et quod excurrit annorum spatio, quo numere hoc ad nostram functus est aulam, cunctis eam fidem, integritatem ac solertiam in tractandis negotiis approbavit, illud quoque studium attulit ad excolendam, quae Regno nostro cum Republicâ Vestrâ intercedit, amicitiam, ut cum apud Parentem nostrum, gloriosissimae memoriae, magnam consecutus esset gratiam, nomenque viri probi ac prudentis meruisset, eundem non modo locum, sed etiam Judicium apud nos obtinuerit cett.« Vgl. auch F. C. Moser, Kl. Schriften Bd. 3 Cap. 14 §. 1 (S. 300).

Anhang.

Erläuternde Beilagen.

I. Formulare zu Bestallungsbriefen und Patenten.

Nro. 1.

Provisions[1]) de consul . . . . . de Belgique à . . . . . pour le sieur . . . . .

Léopold, Roi des Belges, à tous ceux qui ces présentes verront, Salut; ayant reconnu la nécessité de pourvoir à la charge de consul . . . . . à . . . . . et étant informé de l'intelligence, du zèle et de la probité du . . . . ., nous avons fait choix de sa personne pour remplir ladite charge. A ses causes, nous avons commis et établi, et, par ses présentes, signées de notre main, commettons et établissons ledit . . . . . consul . . . . . pour, en cette qualité, exercer, conformément aux dispositions des lois, arrêtés et instructions, les fonctions qui lui sont confiées. Voulons qu'il jouisse des droits, honneurs et prérogatives attachés à ladite charge. Ordonnons à tous navigateurs, commerçants et autres Belges de le reconnaître et de lui obéir. Prions . . . . . de permettre que le sieur . . . . . exerce librement l'emploi qui lui est conféré, sans souffrir qu'il y soit apporté aucun empêchement. Promettant une parfaite réciprocité en pareille occasion, lorsque nous en serons requis, en témoignage de quoi, nous avons fait mettre notre sceau à ses présentes.

Donné à . . . . ., le . . . . . jour du mois de . . . . ., de l'an de grâce mil huit cent . . . . .

(L. S.) Léopold.
Par le Roi:
Le ministre des affaires étrangères.

[1]) In Belgien erhalten die General-Consuln und Consuln lettres de provision, dagegen die Vice-Consuln brevets. Voy. Garcia de la Vega, l. c. Part. IV. titr. II. chap. I. sect. II. (p. 291).

Nro. 2.

Brevet [1]) de vice-consul à . . . . . pour Monsieur . . . . .

Léopold, Roi des Belges, voulant traiter favorablement le . . . . . sur les témoignages qui nous ont été rendus de son intelligence et de son zèle, nous l'avons nommé vice-consul à . . . . . sous la direction du consul de Belgique, à . . . . .

Nous enjoignons aux navigateurs, commerçants et autres Belges, de reconnaître le . . . . . en la dite qualité de vice-consul, et mandons au consul de Belgique, à . . . . ., de faire enregistrer dans la chancellerie de son consulat le présent brevet.

Donné à . . . . ., le . . . . . jour du mois . . . . ., de l'an de grâce mil huit cent . . . . .

(L. S.) Léopold.
Par le Roi:
Le ministre des affaires étrangères.

II. Beispiele von Beglaubigungs-Schreiben.

Nro. 3.

Beglaubigungs-Schreiben Ferdinands, Erzherzogs von Oesterreich, für Johann von Lamberg, an Maria, Königin von Ungarn und Böhmen, d. d. Linz, 17. September 1526 [2]).

Der Durchleuchtigen Fürstin Frawen Maria zu Hungern vnnd Behaim Kunigin Marggräuin zu Märhern vnnser Freuntliche liebe Schwestern.

Der Durchleuchtigen Fürstin Frawen Maria zu Hungern vnnd

[1]) Voy. Garcia de la Vega, l. c. sect. II. (p. 291—292).

[2]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 127.

Vgl. ferner:

Kayserl. Credentiales, welche Sie dero Herrn Principal-Commissario auf dem Reichs-Tage zu Regenspurg, Marggraf Hermann zu Baaden, an die Reichs-Versammlung ertheilet, Anno 1688.
(Lünig, Histor.-polit. Schaupl. Th. 1 S. 648.)

Credentialien des kaiserlichen Prinzipal-Commissarius, Alexander Ferdinand, Fürsten zu Thurn und Taxis, Grafen zu Valsasina, Herrn derer Herrschaften Dimmingen, Mark Tischingen und Trugenhofen, zur Reichs-Versammlung in Regensburg, vom 25. Januar 1748.
(Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 1 §. 14.)

Creditiv des kaiserlichen Con-Commissarius und Mit-Bevollmächtigten Carl Joseph Freiherrn von Palen an die Reichsversammlung in Regensburg. vom 8. October 1745.

Beglaubigungsschreiben der Kaiserin Elisabeth von Russland für den Grafen von Kayserling an die Reichs-Versammlung, vom 23. Septbr. 1745.

Creditiv für den Grossbritannischen Gesandten, Herrn Onslow Burisch, an den Reichsconvent, v. J. 1750.

Creditiv für den königlich ungarischen Minister, Grafen von Cobenzel, an den fränkischen Kreisconvent, vom 7. August 1742.
(Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 1 §§. 15, 17—19.)

Behaim Kunigin Marggräuin zu Märhern wittib vnnserer freundtlichen lieben Schwester Empieten wir Ferdinand von gotes gnaden Printz vnnd Infant in Hispanien, Ertzhertzog zu Oesterreich, Herzog zu Burgundi, Rö. Kay. Mt. im Heiligen Reich, Stathalter Vnnser Bruderliche lieb vnnd Freundtschafft zuvor, Wir haben dem Edlen vnnserm lieben getreuen Hannsen von Lamberg, Herrn zu Sawstain, vnnsern Rat zu Ewr lieb abgefertigt vnnd in beuelh geben, etlich sachen mit Ewr lieb zu reden vnnd zu handlen, wie dieselbig von Ime vernemen wirdet, Biten darauf dieselbig Eur lieb mit sonnderm vleiss, die wolle demselben vnnsern Rat seiner hanndlung gleich vnns selbs glawben geben, vnnd sich darauf freutlich ertzaigen, wie vnnser Bruederlich vertrauen zu Eur lieb stet, Daz wellen wir hinwiderumb gegen Eur lieb als vnnserer freuntlichen lieben Schwester mit allem genaigtem Bruederlichen willen beschulden vnnd erkennen, Geben zu Lyntz, am XVIJ den tag Septembris Anno etc. im XXVJ ten,

vostre bon et humble frere

Vt Harrach — Ferdinandus.

Cantzler — J. Ferenberger.

Nro. 4.

Lettre de créance de M. d'Eon, ministre plénipotentiaire de France auprès du roi de la Grande-Bretagne, du 3 juillet 1763 [1]).

Monsieur mon frère, Comme mon cousin le duc de Nivernois, ayant terminé heureusement sa mission, doit prendre incessament

Kayserl. Creditiv an alle Chur-Fürsten und Stände des H. Röm. Reichs, welches Sie dero Herren Principal- und Con-Commissarien bey dem Anno 1662 angefangenen, und noch währenden Reichs-Tage zu Regenspurg ertheilt.

König Ludwigs des XIV. in Franckreich Creditiv, an Churfürsten und Stände des Heil. Römischen Reichs, so sie dero auf dem Reichs-Tag nach Regenspurg geschickten Gesandten Herrn von Gravell ertheilet, An. 1662.

Kayserl. Creditiv an die Reichs-Versammlung zu Regenspurg, vor dero Con-Commissarium, Tit. Herrn Frantz Matthias May, de An. 1677.

Kayserliche Credentiales an den Reichs-Convent zu Regenspurg, vor dero Con-Commissarium Tit. Herrn von Seylern, de Anno 1688.

Creditiv an die Reichs-Versammlung zu Regenspurg, von Sr. Hochfürstl. Durchl. zu Holstein-Gottorf, vor dero Abgesandten Herrn von Greiffen-Krantz, de Anno 1688.

Credentiales des Kaiserl. Herrn Principal-Commissarii, Fürsten von Lobkowitz, an den Reichs-Convent zu Regenspurg, de Anno 1691.

Des Kayserl. Herrn Principal-Commissarii, Bischoffen zu Passau, der Reichs-Versammlung zu Regenspurg überreichte Credentiales, vom Kayser Leopoldo, de Anno 1700.

Credentiales des Kayserl. Herrn Principal-Commissarii, Cardinals von Lamberg, und Bischoffs zu Passau, an die Reichs-Versammlung zu Regenspurg, von ietzt-regierender Kayserl. Majest. Josepho I., de Anno 1705.

(Lünig, das Teutsche Reichs-Archiv. Pars. gen. Th. 1 SS. 643, 646, 647, 649, 651, 652, 653.)

Eine grosse Anzahl anderer, namhaft gemachter Beglaubigungs-Schreiben sieh. bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 128—133.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 516.

congé de vous, et que je fais trop de cas des liaisons d'union et de bonne intelligence qui viennent d'être rétablies entre nous et nos sujets, pour souffrir la moindre interruption, dans le soin de les cultiver, j'ai nommé le sieur d'Eon de Beaumont pour être mon ministre plénipotentiaire à votre cour et suivre en cette qualité sa correspondance jusqu'à l'arrivée du sieur comte de Guerchy, nommé mon ambassadeur près de vous. Comme il est parfaitement instruit de mes sentimens à notre égard, je ne doute pas qu'il ne s'acquitte de cette commission à votre satisfaction réciproque, et que vous ne vouliez bien ajouter une entière créance à ce qu'il vous assurera du désir constant que j'ai de vous donner, en toute occasion, des preuves de l'amitié sincère et inaltérable que je vous ai vouée et avec laquelle je suis,

Monsieur mon frère,

Votre bon frère, cousin
et ancien allié,
Louis.

A Versailles, le 3 juillet 1763. Le duc de Praslin.

Nro. 5.

Lettre de créance pour le Chargé d'affaires du roi de N., aux magistrats de la ville de N.[1]).

Très-Chers et bons amis, Nous avons nommé pour être chargé du soin de nos affaires dans votre ville le sieur comte de . . . . . et nous lui avons paticulièrement recommandé de vous assurer de notre bienveillance. Vous devez lui accorder une entière créance, lorsqu'il vous témoignera les dispositions favorables où nous sommes pour tout ce qui nous intéresse, et lorsqu'il s'adressera à vous pour de choses qui concernent le bien de notre service. Sur ce, nous prions Dieu qu'il vous ait, très-chers et bons amis, en sa sainte garde.

N., le . . . . . N.

1) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 521.
Voy. en outre:
Lettre de créance du roi de France, donnée à M. de Chavigni, son ambassadeur, à la diète de Ratisbonne; en 1726.
Lettre du roi de N. pour accréditer son Envoyé extraordinaire auprès de la république de N.
(Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. pp. 517, 522.)
Div. autres lettres de créance voy. chez le même, p. 518—521.

Nro. 6.

ettres qui accréditèrent M. le comte O'Sullivan de Grass, en qualité d'ambassadeur extraordinaire, auprès de S. M. l'Empereur d'Autriche, à l'effet de représenter le Roi au mariage de Mgneur le Duc de Brabant[1]).

Monsieur mon frère et cousin, c'est avec un vif empressement que je saisirai toujours les occasions de manifester à Votre Majesté Impériale et Royale le véritable attachement que je lui ai voué. Aussi je me félicite de pouvoir profiter d'une circonstance qui doit resserrer les liens qui nous unissent, pour donner à Votre Majesté un témoignage tout particulier de mes sentiments personnels. J'ai chargé de l'expression de ces sentiments le comte O'Sullivan de Grass de Léovand, commandeur de mon Ordre, grandcroix de l'Ordre de la branche Ernestine de la maison de Saxe, grand-officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, décoré de la première classe de l'Ordre du Nichan-Iftihar, commandeur de l'Ordre de Saint Grégoire-le-grand, chevalier de l'Ordre de Sainte Anne de la deuxième classe en brillants, déjà accrédité comme mon envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, près Votre Majesté Impériale et Royale. Je l'ai désigné en même temps pour me représenter et prendre part, en qualité d'ambassadeur extraordinaire, aux actes que rend nécessaire l'union projetée entre Son Altesse Impériale Madame l'Archiduchesse Marie-Henriette-Anne et mon fils bien-aimé, le Prince Léopold, Duc de Brabant. Je ne doute pas que le comte O'Sullivan, dont les éminentes qualités me sont connues, ne remplisse cette honorable mission à l'entière satisfaction de Votre Majesté Impériale et Royale. Je la prie d'ajouter foi à tout ce qu'il aura l'honneur de lui dire de ma part, surtout lorsque, conformément à mes instructions les plus pressantes, il présentera à Votre Majesté les voeux bien sincères que je forme pour son bonheur, ainsi que pour la prospérité de ses Etats et lui renouvellera l'expression de la profonde estime et de l'inaltérable amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère et cousin,
De Votre Majesté Impériale et Royale,
Le bon frère et cousin,

Bruxelles, le 2 juillet 1853. Léopold.

---

[1]) Voy. Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. III. chap. III. sect. I. p. 228—229.
Voy. en outre:
Lettres de créance du prince de Ligne, chargé d'assister au couronnement de la reine d'Angleterre.
Lettre de créance du comte de Mérode-Westerloo, chargé d'assister au couronnement de l'empereur d'Autriche, comme roi du royaume Lombardo-Vénitien.
(Garcia de la Vega, l. c. p. 245—246.)
Div. autres lettres de créance et réponses aux lettres de c. voy. chez le même, sect. I. (p. 228—247).

Nro. 7.

Lettera di Credenza di Paolo V. a Luigi XIII. Rè di Francia [1]).

Questa nostra sarà presentata alla M. V. da Maffeo Barbarino Vescovo di Nazaret, che servirà di fedel testimo nio della scelta che habbiamo fatto della sua persona per esser Nuntio ordinario di questa Santa Sede appresso la Maestà vostra in tutti i suoi Stati. Se non havessimo havuto una piena cognitione delle virtù e de' talenti d'un tal sogetto, non sarebbe stato da noi scelto ad una tal funtione. Speriamo che col suo degno procedere, concatenerà sempre meglio l'affetto nostro Paterno, verso il zelo d'un cosi benemerito figlivolo di questa Santa Sede. Quando V. M. haverà conosciuto il merito del sogetto, approverà una tal degna Elettione. Altro dunque non ci resta, che di pregarla di voler proteggere con la vostra solita benignità le sue virtù, e di prestargli quella fede in quanto gli esporrà da nostra parte, come se di nostra propria bocca lo facessimo, mentre dal Cielo preghiamo alla M. V. lunga vita e felicita.

Nro. 8.

Lettera di Credenza del Rè Cattolico a' Suizzeri [2]).

Signori, Dalla scelta che hò fatto del Conte Casati mio Sudito nel Ducato di Milano, potranno argomentare le Signorie vostre, qual sia il mio desiderio di stringer sempre più con Essi loro la buona corrispondenza, e la solita contratta confederattione: Como sò che i suoi Autenati sono stati altre voltre con impieghi trà cotesti Cantoni, questo mi fà credere, che conserva ottima dispositione verso di voi dopo quello ch'è di mio servitio. Non dubito dunque che mon siano per aggradirlo, e per prestarli fede à quanto in mio nome gli verrà dal medesimo esposto, havendolo provisto d'auttorità bastante per questo. Da questo conoscerò la loro buona intentione verso la mia Corona che sarà sempre nelle medesima dispositione, con la quale mi saranno à cuore affettuosamente li loro interessi, come spero che faranno de' miei; con che l'auguro ogni bene.

[1]) Leti, il ceremoniale historico, e politico. Part. VI. p. 637.

[2]) Leti, il ceremonial. Part. VI. p. 639. Vgl. ferner:
Lettera di Credenza di Pio V. à Filippo II. Rè di Spagna.
Lettera di Credenza del Rè di Spagna al Pontefice.
(Leti, il cerem. pp. 437, 438.)

III. Beispiele von Pässen und Geleitsbriefen.

Nro. 9.

Joannis Burgundiae ducis literae salvi conductus pro Legatis Basil: et Argent: civitatum, an. MCCCCIX, d. XXVI. Jan. [1]).

Johannes dux Burgundie, comes Flandrie, Arthesii, Burgundie palatinus, dominus de Salius, de Machlinia, universis et singulis locatenentibus, connestabulariis, marescallis, admiraldis, Capitaneis, senescallis, gubernatoribus, ballivis, prepositis, potestatibus majo-

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 143.

Vgl. ferner:

Pass König Ferdinands I. für Hieronymus Laski, d. d. Hagenau, 14. Juli 1540.

Sacrae Caesareae Majestatis pro Legato Gallico tres septimanas duraturi Salvi Conductus Literae (1674).

Copia Salvi Conductus Caesarei, Sabaudico N. N. Bolgaro clementissimo concessi (1714).

(Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 145, 149, 155.)

König Ludwigs des XIV. in Franckreich Passeport vor die auf den Friedens-Congress nach Utrecht abzuschickende Ministros derer hohen Alliirten. So geschehen zu Versailles den - - Decembr. Anno 1711.

(Lünig, Histor. und Polit. Schauplatz Th. 1 S. 789.)

Des Schwedischen Mediations-Ministri, Herrn Barons von Lilieroth, Formular eines Passeports vor die auf den Friedens-Congress nach Ryss-wick abgehende Ministros de Dat. 2, 12. Febr. 1697.

(Lünig, Histor.-Polit. Schau-Platz Th. 1 S. 789.)

Salvus conductus Kaiser Leopolds für den kgl. franz. Plenipotentiarius, Hrn. von Gravel, zur Rückkehr nach Frankreich, v. 19. März 1674.

(Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 4 §. 6.)

Copia Salviconductus Regis Angliae concessi Domino Ducker, 6. die Novembris 1675.

(Actes et Memoires des Negotiations de la Paix de Nimegue. IV Tomes. Tom. I. II. A Amsterdam, et à Nimegue 1679. Tom. III. IV. A Amsterdam, et à la Haye 1680. 12. Tom. I. p. 21. Der französische Text findet sich bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 150.)

Passeport de Messeigneurs les Etats Generaux pour un des Ambassadeurs du Roy de France, Fait et arresté à la Haye le 16 Decembre 1675.

Passeport du Roy de France pour les Ambassadeurs de l'Empereur et les autres Alliez, à S. Germain en Laye le 15 Janvier 1676.

Passeport du Roy de France pour le Duc de Lorraine, à S. Germain en Laye le 15 Decembre 1675.

Passeport du Roy de France pour le Baron de Bergeick Plenipotentiaire du Roy d'Espagne à Aix la Chapelle le 26 Mars 1668.

Passeport du Roy de France accordé au Duc de Lorraine de la manière qu'il le souhaitoit. Au Camp de Sebourg le 2 de May 1676.

Passeport du Roy de France pour le premier Plenipotentiaire de l'Empereur Monseigneur l'Evesque de Gurgk. Camp de Ninove le 2 Juin 1676.

SS. C. M. Salvus conductus pro Ministris S. A. Argentoratensis Noviomagum ituris. Datum Viennae d. XII. mensis Julii, a. D. 1676. (Der französ. Text findet sich in Actes et Mém. Tom. I. p. 105.)

Passeport pour le Nonce donné par Messeigneurs les Etats Generaux des Provinces Unies. A la Haye en Hollande, le huitiesme du mois de May, mil six cent septante sept.

(Actes et Mém. etc. Tom. I. pp. 68, 74, 76, 96, 100, 101, 103, 356.)

Eine Anzahl anderer namhaft gemachter Pässe sich. bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 146, 147, 154.

Voy. aussi les demandes de passeports et réponses chez Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 441—445, un modèle de passeport, sect. V. p. 574.

ribus, scabinis, juratis, consulibus, communitatibus, universitatibus, gentibus armorum, castellanis villarum, castrorum, fortalitiorum, portuum, passagiorum, districtuum, locorum quorumcunque custodibus, ceterisque justiciariis et subditis, nec non amicis benivolis et federatis domini mei regis, aut nostris aut eorum locatenent. ad quos presentes litteras pervenire continget; salutem et dilectionem. Cum relatione dilecti et fidelis cambellani nostri, domini Maximini domini de Ribaupierre, noverimus, illos de civitatibus Basiliensi et Argentinensi suos nuncios, ambaxiatores aut deputatos ad nostram presentiam, circa festum Pache proximo futurum, debere destinare, super nonnullis excusationibus ob oppressiones, molestationes et gravamina, que gentes, officiarii et servitores germane nostre carissime, ducisse Austrie pretendunt sibi, subditis, et terris sororis nostre predicte per prefatos Basilienses et Argentinenses immerenter illata fuisse; vobis justiciariis, officiariis, et subditis nostris et vestrum cuilibet, harum serie precipienda mandamus, vos benivolos colligatos et amicos nostros vestrumque Singulos requirendo, attentius deprecantes, quatinus nuncios ambaxiatores, seu deputatos prefatorum Basiliensium et Argentinensium, usque ad numerum quinquaginta personarum, quas in nostro securo salvo ac speciali conductu suscepimus et posuimus, suscipimus et ponimus, per presentes, una cum equis, harnesiis, equitaturis, malletis, auro, argento, jocalibus et reliquis bonis suis, per loca, villas, passus, jurisdictiones et districtus vestros vobisve commissos, per mare, aquas et terram, equestres, pedestresve, ire, transire, esse, quiescere, morari et redire, die nocteque, libere et absque impedimenti, repressalie, marque, seu alterius cujuspiam molestie obice, paciamini, et si necesse fuerit, faciatis eisdem de securo et salvo conductu, victualibus; auxilio, favoribus et ceteris eis necessariis, ipsorum sumptibus providere, sic quod vos justiciarios, officiarios et subditos nostros obediente promptitudo recommendet, vobisque amicis benivolis et federatis domini mei regis ac nostris si casus necessitatis exposcent, ad grata vicis rependia teneamur: presentibus usque ad festum ascensionis Domini proximo venturum tantummodo valituris.

Datum Parisiis XXVI. die Januarii, anno Domini millesimo quadringentesimo nono.

Per dominum ducem
Fortier.

Nro. 10.

Türkischer Geleitsbrief für den Englischen Ambassadeur, Lord W. Paget; vom Jahre 1692 [1]).

Sultan Achmet Han. Die Ursache dieses Briefs und Kayserlichen Siegels ist dies. Demnach Uns berichtet worden, wie dero Ruhmwürdigste der grossen Christlichen Fürsten, und Ansehnlichste der Potentaten, und Herren der Nation des Messiä, ein Regierer der Geschäften des Nazarenischen Volkes, der König von England (dessen Ende glücklich sey), gesonnen, als Gesandten an meiner glückseeligen Person residiren zu lassen den Geehrtesten unter den Herren der Christlichen Nation Lord William Paget (dessen Ende glücklich sey), selbigen auch durch Teutschland abgeschicket und er bereits an den Gränzen angelanget: Will also hiermit, falls es Gott gefällt, selbigen gesund nach Belgrad zu verhelfen, durch diese meine hohe Ordre, allen meinen in Dacien commandirenden Generalen und anderen Bedienten, so an der Donau stehen, wie ingleichen denen, so dem bei Sirmien stehenden Kriegs-Heer vorstehen, anbefohlen haben, obbesagten Gesandten, so wohl was dessen Person als seine zugehörige Leute, auch Hab und Güter betrifft, zu schützen, zu vertheidigen und zu versorgen; so, dass Niemand selbigen zu beunruhigen sich unterfangen möge, damit er wohl und sicher nacher Belgrad gelange; Befehle also hiermit, dass zufolge dieser meiner hohen und trefflichen Ordre, sich Niemand unterfangen solle, vorbesagten Abgesandten, dessen Leuten, zugehöriger Hab und Gütern, einigen Unfug zuzuziehen, sondern vielmehr selbigen allen Vorschub zu thun, damit er sicher nacher Belgrad überkommen möge. Und werdet ihr demnach wissen dem H. Siegel Glauben zuzustellen.

Geschrieben den letzten Tag des Monats Sefer, An. Hegirae 1104, das ist den letzten Octobris 1692.

IV. Beispiele von Vollmachten.

Nro. 11.

Vollmacht König Ferdinands I. für Nicolaus Jurischitsch, d. d. Linz, 27. Juli 1529 [2]).

Ferdinandus etc.

Recognoscimus et notum facimus tenore presentium universis,

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 152. Vgl. ferner:
Schutzbrief König Ferdinands I. für Hieronymus Laski, dessen Gemahlin und Kinder, d. d. Wien, 24. August 1540. (Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 148.)
Eine Anzahl anderer, namhaft gemachter Geleitsbriefe sieh. bei Miruss, a. a. O. SS. 146, 147.

[2]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 157.
Vgl. ferner:

Quod licet intellecto apparatu expeditioneque bellica Potentissimi Turcarum Cesaris contra nos et sacram regni nostri Hungarie Coronam suscepta nos quoque terra et aqua cum omnibus viribus et copiis tam nostris quam aliorum Regum Principum et Potentatuum Christianorum adjunctis instruxerimus animo eidem occurrendi nosque

Vollmacht Kaiser Ferdinands III. für Johann Maximilian Graf von Lamberg, Johannes Crane und Maximilian Graf von Trautmannsdorff, bei deren Sendung zu den Westphälischen Friedensverhandlungen, d. d. Linz, 4. October 1645.

Plenipotentia Ablegatorum Bavarorum ad Tractatus Matrimoniales Delphinum inter et Principissam Bavaricam. Actum Monachi 28. Decembr. Anno 1679.

Pleinpouvoir de Mr. de Callières, Plénipotentiaire du Roi de France, exhibé au Médiateur le 10. Février 1697.

Kayser Leopolds Vollmacht für dessen Gesandte zu dem Friedens-Congress zu Ryswick, vom 3. Februar 1697.

Second Pleinpouvoir de S. M. le Roi de Suède pour Mr. le Baron de Lillieroot, son Ambassadeur Médiateur. En date du 10./20. Avril 1697. (Der französische Text findet sich in Actes et Mémoires de la Paix de Ryswick. IV Tomes. A la Haye 1699, 1707, 1725. 8. Tom. II. p. 4—7.)

Vollmacht Friedrich Wilhelms I., Königs von Preussen, für dessen Gesandte zu den Utrechter Friedensunterhandlungen, den Reichsgrafen von Dönhöff und J. A. Marschall von Biberstein, d. d. 25. Februar 1713.

Pleinpouvoir de S. M. Très-Chrétienne à Son Ministre plénipotentiaire, le Duc de Choiseul-Praslin, donné à Versailles, le 7. jour du mois de février, l'an de grâce 1763.

(Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 157—179.)

Eine grosse Anzahl anderer, namhaft gemachter Vollmachten sieh. bei Miruss, ebds.

Vollmacht König Carls XI. in Schweden, als erwehlten Mediatoris bey dem Friedens-Congress zu Ryswick vor den Herrn Baron von Lilieroth, als designirten Mediations-Ministre. Gegeben zu Stockholm am 18. Januarii 1697.

Vollmacht Königs Caroli XII. in Schweden als erwehlten Mediatoris bey denen Friedens-Tractaten zu Ryswick, vor seinen Mediations-Ministrum, Herrn Baron Nicolaum von Lilieroth, de Dat. 10., 20. April 1697.

Kaysers Leopoldi Vollmacht vor dero Gesandten zu dem Friedens-Congress zu Ryswick, de Anno 1697.

Vollmacht Königs Ludovici XIV. in Franckreich vor dessen Gesandten zu dem Ryswickischen Friedens-Congress, de Anno 1697.

Königs Wilhelm III. in Engelland Vollmacht vor dessen Gesandten zu demRysswickischen Friedens-Congress, de Anno 1697.

Königs Caroli II. in Spanien Vollmacht vor dessen Gesandten zu dem Rysswickischen Friedens-Congress, de Anno 1697.

Reichs-Vollmacht vor die Deputation zu dem Friedens-Congress zu Rysswick, de Anno 1697.

Der Herrn General-Staaten der vereinigten Niederlande Vollmacht vor dero Gesandten zu dem Friedens-Congress zu Rysswick, de Anno 1697.

Abschrifft, der von Ihrer Allerchristlichsten Königl. Maj. in Franckreich Ihro Hochansehnlichen Herren Abgesandten nacher Franckfurt mitgegebenen Vollmacht. Gegeben zu Mouzon, den 10. Julii, im Jahr des Heyls 1657.

(Lünig, Histor.-Polit. Schauplatz Th. 1 SS. 789—796, 1166.)

Formular Churfürstl. Vollmacht, vor einem Gesandten auf dem Reichs-Tage.

Formular einer fürstlichen Vollmacht, vor einem Abgesandten auf dem Reichs-Tage.

Vollmacht vom Reich für die zu dem Conferenz-Tage nach Franckfurth erkiesete Gesandten, de Anno 1681.

Vollmacht vor die Kayserliche höchstansehnliche Commission, auff dem Reichs-Tage zu Regenspurg, de Anno 1688.

Kaisers Ferdinandi III. Vollmacht, vor dero verordnete Commissarien, zu dem vermöge des jüngern Reichs-Abschieds zu Regenspurg angestellten Reichs-Deputations-Tag, zu Franckfurt, de Anno 1654.

(Lünig, das Teutsch. Reichs-Archiv. Pars gen. Th 1 SS. 650, 651, 654, 639.)

et subditos nostros ab insultu et invasione illa defendendi et tuendi, Nihilominus autem ne quid adhuc in mente et voluntate nostra quae alioqui semper pacis quam belli cupidior et studiosior est deesset sed sano aliorum nobis et sanguine et affinitate junctorum Regum et Principum consiliis et piis monitis acquiescentes et ne ipsa Christianitas aliquod discrimen per hoc incurrat sed potius ea induciarum media et fundamenta ponantur quibus imposterum saluti et incolumitati publicae ac universorum Christifidelium quieti et tranquillitati a nobis consultum et prospectum esse videatur Nos itaque de fide probitate et rerum agendarum industria fidelis nobis dilecti Nicolai Juritschitz Consiliarii et Oratoris nostri plenam fiduciam gerentes Sponte et ex certa nostra scientia animoque bene deliberato omnibusque melioribus modo via jure causa et forma quibus melius validius et efficacius de jure potuimus et debuimus ac possumus et debemus prefatum Nicolaum Consiliarium et Oratorem nostrum Mandatarium actorem et factorem nostrum negotiique infrascripti gestorem et Nuntium spetialem et generalem ita tamen quod generalitas spetialitati non deroget nec econtra elegimus nominavimus facimus et constituimus prout elegimus nominamus facimus et constituimus per presentes Dantes et concedentes eidem plenam facultatem auctoritatem et potestatem cum prefato Turcorum Caesare vel agentibus aut commissariis suis ad hoc eligendis et deputandis ab eo conjunctim vel divisim inducias et treugas nostro nomine vice et loco ac pro nobis et universis regnis provintiis et dominiis nostris ineundi acceptandi concludendi paciscendi et firmandi et superinde pro nobis pollicendi et promittendi sicut a nobis habuit in mandatis aliaque agendi tractandi et faciendi quae nosmet si personaliter interessemus agere tractare et facere possemus etiam si talia forent quae mandatum exigerent magis spetiale quam presentibus est expressum Ponendo idcirco prefatum Nicolaum in locum et vicem personae nostrae Promittentes item ac in verbo nostro Regio pollicentes nos perpetuo habituros ratum gratum validum et firmum totum id et quicquid per eundem Consiliarium et Oratorem nostrum in premissis et eorum occasione quomodolibet actum factum tractatum pro locutum acceptatum conclusum pactum et firmatum fuerit neque aliquid contra ea vel eorum aliquod per nosmetipsos aut interpositas personas ullo unquam tempore quavis via occasione vel modo attentaturos dolo et fraude remotis, Harum testimonio literarum manu nostra subscriptarum et sigilli nostri appensione munitarum. Datum Lintij 27. Julij 1529.

Nro. 12.

Pleins-Pouvoirs donnés par le grand-duc de Toscane à M. Carletti son plénipotentiaire à Paris; du 13 décembre 1794[1]).

S. A. R. l'archiduc grand-duc de Toscane, considérant combien il pourrait être utile au succès d'une négociation commencée depuis long-temps avec la république française, d'envoyer à Paris une personne qui jouisse de la confiance des deux gouvernemens, et qui réunisse le caractère, les sentimens et les talens nécessaires pour arriver au but proposé, vient de destiner son chambellan etc., François-Xavier Carletti, à se rendre à Paris, aussitôt qu'il aura reçu le passeport nécessaire pour entrer en France, et le charge d'agir auprès du comité de salut public, pour confirmer de vive voix, et par écrit, tout ce qui se trouve, contenu dans les mémoires

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 513.

Voy. en outre:

Pleinpouvoir de la Reine Doüairiére de Pologne, et Duchesse Doüairiére de Lorraine, pour son Plénipotentiaire Monsieur Canon, en date du 8. Octobre 1696.

Projet du Médiateur pour les Pleins-pouvoirs du 21. Février 1697.

(Actes et Mémoires des Négociations de la Paix de Ryswick, Tom. I. pp. 274, 315.)

Instrumentum novum Procuratorium DD. Legatorum Imperatoris Augustissimi, in quo mentio fit Mediationis Pontificiae acceptatae. Datum in civitate Viennae, die 25. mensis Maji, A. D. 1677.

Plenapotentia DD. Legatorum Serenissimi Romanorum Imperatoris. Datum in Civitate Viennae d. 24. mensis Julii A. D. 1676.

Pleinpouvoir de Messieurs les Ambassadeurs de Sa Majesté Tres-Chrestienne. Donné à St. Germain en Laye le 23 jour de Decembre l'An de grâce 1675.

Pleinpouvoir de Messieurs les Ambassadeurs Extraordinaires de Messeigneurs les Estats des Provinces Unies. Donné à la Haye, le 4 Janvier de l'An 1676.

Pleinpouvoir de son A. le Duc de Lorraine pour ses Ministres. Donné au quartier général d'Autel le 5 May 1677.

Plenapotentia D. Legati Reverendissimi Principis et Episcopi Argentoratensis. Datum Lutetiae Parisiorum die sextâ Junii 1677.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Principis et Episcopi Osnabrugensis. Dabantur in urbe Osnabrugensi die 23 mensis Junii Anno 1677.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Ducis Mecklenburg, Principis Suerinensium. Dabamus Hamburgi die 16/26 Augusti Anno 1677.

Plenapotentia D. Legati Ducis Holsatiae Gottorpiensis. Actum Hamburgi die X. Octobris 1677.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Principis Ducis Megalopolitani Gustroviensis. Dabantur Gustrovii de 20. Junii A. 1678.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Principis Georgii Guillelmi Ducis Brunsvicensis et Lunaeburgensis. Dabantur Cellis die 2. Augusti Anno 1678.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Principis Rudolphi Augusti Ducis Brunsvicensis et Lunaeburgensis. Dabantur Brunsvigae 5. Augusti 1678.

Plenapotentia D. Legati Reverendissimi Episcopi Monasteriensis. Dabantur in arce Ahusana die 29 mensis Augusti, anno 1678.

Plenapotentia DD. Legatorum Civitatum Hanseaticarum. Actum mense Septembris Anno 1678.

Plenapotentia D. Legati Serenissimi Ducis Neoburgensis. Dedimus Viennae die 9. Octobris 1678.

(Actes et Mém. des Négotiations de la Paix de Nimegue. Tom. I. pp. 202—207, 210—233.)

Ausser den aufgeführten finden sich noch mehrere Vollmachten ebendaselbst, Tom. III. pp. 453, 555, 557. Tom. IV. pp. 385, 404, 659, 663.

Bruchstücke von Vollmachten sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 3 §. 1—14 (S. 253—263).

signés par son secrétaire du conseil d'état et des finances, Neri Corsini, spécialement autorisé par lui à cet effet; lesquels memoires ont été déjà communiqués au même comité par la voie du citoyen Cacault, agent de la république française en Italie, dans la vue de faire agréer la neutralité que la Toscane est prête à publier à la face de toute l'Europe, de stipuler la restitution soit en argent, soit en nature, des grains enlevés par les Anglais à Livourne, et de renouveler l'assurance la plus solennelle de la constante amitié que le gouvernement de Toscane a toujours pour la république française.

Donné à Florence, le 4 novembre 1794.

Ferdinand.
Neri Corsini, secrétaire.

Ampliation des mêmes pouvoirs.

S. A. R. l'archiduc grand-duc de Toscane n'ayant rien plus à coeur, que de voir rétablir dans les formes diplomatiques, qui sont d'usage, sa correspondance avec la république française, en ajoutant à la déclaration fait par lui dans sont propre motu, le 4 novembre dernier, nomme le comte François-Xavier Carletti etc., etc., pour son Envoyé extraordinaire auprès du gouvernement de la république française et l'autorise, s'il en obtient le pouvoir, à résider à Paris, revêtu de ce caractère, autant que la mission dont il a été chargé dans le susdit motu proprio, le rendra nécessaire, lui donnant à cet effet les plus amples pouvoirs pour traiter toute affaire relative à la Toscane, et spécialement pour la restitution et l'envoi dans le port nommé de la montagne, des grains enlevés par les Anglais à Livourne, ainsi que pour le rétablissement de la neutralité, qu'il s'agit de renouveler à toujours entre les deux gouvernemens, de la manière la plus convenable à la république française, sans cependant blesser les droits des puissances belligérantes.

Donné à Florence, le 13 décembre 1794.

Ferdinand.
Neri Corsini.

Nro. 13.

Pleins-Pouvoirs de S. M. l'empereur de Russie, donnés à M. d'Oubril, chargé d'entrer en négociations avec le gouvernement français; du 30 avril 1806 [1]).

Nous Alexandre I, empereur et autocrate de toutes les Russies etc.,

Portant constamment notre sollicitude à la conservation en Europe du calme et de la tranquillité, et étant uni par un désir sincère

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 515.

de mettre fin à la mésintelligence et de rétablir la bonne harmonie avec la France sur des bases solides, nous avons jugé bon de commettre ce soin à une personne jouissant de notre confiance. A cet effet, nous avons choisi, nommé et autorisé notre amé et féal Pierre Oubril, etc., etc., comme nous le choisissons, nommons et autorisons par les présentes, à l'effet d'atteindre ce but, d'entrer en pourparlers avec celui ou ceux qui y seront suffisamment autorisés de la part du gouvernement français, de conclure et signer avec eux un acte ou convention sur des bases propres à affermir la paix qui sera rétablie entre la Russie et la France, comme à la préparer entre les autres puissances belligérantes de l'Europe.

Promettons sur notre parole impériale, d'avoir pour bon, et d'exécuter fidèlement tout ce qui aura été arrêté et signé par notre dit plénipotentiaire, de même de donner notre ratification impériale dans le terme auquel elle aura été promise.

En foi de quoi nous avons signé ce plein-pouvoir et y avons fait apposer le sceau de notre empire.

Donné à Saint-Pétersbourg, le 30 avril 1806, et de notre règne la sixième année.

Alexandre.
Le prince Adam Czartoryski.

V. Beispiele von Instructionen.

Nro. 14.

Instruction Ferdinands, Erzherzoges von Oesterreich, für Johann von Lamberg, bei dessen Sendung an Maria, Königin von Ungarn und Böhmen, d. d. Linz, 17. September 1526 [1]).

Ferdinand von gotes gnaden Printz vnd Infant in Hispanien Ertzhertzog zu Oesterreich Hertzog zu Burgundi etc.

Instruction auf den Edlen vnnsern lieben getreuen Hannsen von Lamberg Herrn zu Sawstain vnnsern Rate waz der von vnnsern wegen bey vnnserer Freundtlichen lieben Schwester Frawen Maria Kunigin zu Hungern vnnd Behaim etc. Ertzherzogin zu Oesterreich Witib etc. handlen solle.

Erstlich soll Er sich zu Irer lieb gen Pressburg oder wo sich dieselbig yetzmalen ennthalt, verfuegen, vnnd Irer lieb nach vberanntwurttung vnnsers Credentzbrief sagen vnnser Bruederliche lieb

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 182—184.

und Freundtschafft, Vnnd ferner antzaigen, Wiewol wir nichts liebers vnnd begierigers thun wolten, dann vnnser Niderösterreichische Lannde vnnd sonderlich vnnser Regierung zu Wien bei gegenwirtigen sorgelichen leuffen zu besuechen, damit wir Irer lieb auch nehener sein möchten, So haben wir doch von Rö Kay Mt vnnsers gnedigisten lieben Herrn und Brueders, des Heiligen Römischen Reichs vnnserer Fürstlichen Graffschaft Tirol noch viel unerledigter sachen die vnnsern Niderösterreichischen Lannden in vil weg zu guetem komen mugen, Zu dem seyen wir jetzo mit etlichen Landtherrn der Cron zu Behaim in Hanndlung, daz wir aus den vnnd anndern mer treffennlichen beweglichen vrsachen, die zum tail in vnnserm schreiben an vnnsern Hofrat zu Wienn lauttendt gemelt sein; yetzmalen vnnd so pald nit gen Wien kumen mugen. Demnach haben wir denselben von Lamberg zu gedachter Kunigin gefertigt vnns vnnsers aussenbleibens aus ertzelten vrsache zu entschuldigen mit disem anhanng ob Ir lieb sachen an vnns zu pringen vnnd gelanngen zu lassen vorhette, daz Sy dieselbn̄ Ime von Lamberg der vnns sonnderlich vertrawt ist antzaige oder mit denselben sachen ain Irer gehaimen diener zu vnns schickhe, so wollen wir denselben vernemen, vnnd Irer lieb darauf mit freundtlichem Bruederlichem beschaidt begegnen /

Bedeuchte aber gedacht vnnser Schwester not vnnd guet sein, vnns selbs persondliche antzusprechen, so dann Irer lieb fuegelich sein, gen Ybbs zu komen, wolten wir vnns daselbsthin zu Irer lieb eigner person verfuegen, vnnd von allen sachen mit Irer lieb persondlichen hanndlen, dann vnns aus obertzelten vrsache an annder ort die ferner von Lyntz seyen zu verfuegen, wil kains wegs fuegelich sein /

Verner soll sich gedachter von Lamberg gegen Irer lieb erbieten, Wo Sy vermain zu Pressburg oder an anndern orten in der zu Hungern nit sicher zu sein, vnnd daz Sy willen hab in vnnsern Erblanden zu wonnen, daz Ir dann ain flecken furnehme vnnd vnns den antzaige, So wollen wir Ir denselben vergönnen, Unnd nit allein in solchem, sonnder allem dem daz vnns muglich ist, alle Bruederliche hilff ertzaigen vnnd Sy kains wegs verlassen /

Dann so sol gedachter von Lamberg gemelte vnnser Schwester ansprechen vnnd befragen, Wie Ir lieb vermain, daz den sachen zuthun sey, wen wir in die Cron zu Hungern geprauchen sollen, dardurch wir vnnd vnnser Gemahel dester eher vnd statlicher zu Einnemung der Cron zu Hungern und Beheim als vnnser Erbgerechtigkeit kumen mugen /

Daz vnns auch Ir lieb zwen oder drey geschickht Personen in der Cron zu Hungern so derselben sachen fur annder gueten bericht

vnnd verstanndt haben, vnnd die wir an vnnserm Hof bey vnnserer person als Rate gebrauchen mugen, beneme vnnd antzaige /

Verner Nachdem durch bemelts Kunigs zu Hungern Niderlag etliche treffennliche Bisthumb in Hungern ledig worden sein, Solle sich gedachter von Lamberg mit der bemelten Kunigin vnnderreden wie Ir lieb vermain, daz mit denselben verledigten Bisthumb zu hanndlen, ob die sonndern personen die damit vnnser parthey zu machen zu erwilligen seyen, vnnd Sy also darinnen vernemen vnnd vnns dasselbig nochmalen berichten /

Dann so schickhen wir hiemit gedachten von Lamberg ainen brief an Thomas Nadasthj so gedachter kuⁿ wirde zu Hungern Secretarj gewest ist, Derhalben soll derselb von Lamberg mit gedachter vnnser Schwester reden ob dieselbig rat denselben Secretarj zu vnnserm dienner antzunemen, vnd souern Ir lieb Ir daz gefallen lasst, soll Er demselben Nadasthj vnnser schreiben zuschickhen, vermaint Sy aber daz es nit zuthun sey soll Er den brief verhalten vnnd vnns zuesenden /

Unnd in solchem allem soll genannter von Lamberg mit höchstem vleiss handlen, vnnd waz Im in dem allem zu anntwurt begegnet daz soll Er vnns in vnnser Hannd zueschreiben oder so die sachen so gross, daz die der Feder nit zuuertrauen waren, sich selbs personndlich zu vnns eylennds verfuegen, vnnd vnns aller seiner hanndlung bericht thun, Daran beschicht vnnser ernnstliche Mainung /

Geben zu Lyntz am Siebentzehenden tag des monats Septembris Anno etc. im Sechsundzwaintzigisten /

Ferdinandus.
(L. S.)

Vt. Harrach
Cantzler.

Ad mandatum Serenissimi Domini
Principis Archiducis proprium
J. Ferenberger.

Nro. 15.

Instruction König Ferdinands I. für Franz Freiherrn von Sprinzenstein, bei dessen Sendung an Sultan Suleiman I. Wien, 20. November 1536 [1]).

Ferdinandus divina favente Clementia Romanorum, Hungariae, Bohemiae Rex etc.

Instructio de iis, quae Nobilis fidelis nobis dilectus Franciscus Ritius Baro in Sprinzenstain Consiliarius et Orator noster, apud

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 189—192.

Serenissimum et Potentissimum Soleymannum Imperatorem Turcharum ac Asiae et Graetiae etc. nostro nomine agere et tractare debet.

Inprimis, ubi Constantinopolim pervenerit, se coram Illustri et excellente Ayas vel alio quocunque Bassa, qui primas apud Turcharum Caesarem tenet, inque summa gratia et authoritate prae aliis apud eum constitutus est, praesentet et ostendat, dicendo, quod a Nobis ad Caesarem Dominumque suum expeditus, hanc specialem Commissionem acceperit, ut se coram ipso Ayas, vel ut dictum est, exhibeat, et per medium ipsius Audientiam a Caesare Domino que suo petat et impretet. Et post exhibitas literas nostras ei Salutem et gaudium nomine nostro optabit, verbisque melioribus, quibus sciet et poterit, eidem declarabit nostram in eum propensionem et benevolentiam, qua ipsum complectimur.

Negotium vero, propter quod ipse Orator missus fuerit, non aliud esse dicat, quam quod ipsimet Caesari et sibi longissimis literis per eum allatis explicaverimus. Et quod meus et voluntas nostra sit, ut idem Orator in Curia Caesaris juxta Consuetudinem aliorum, qui illuc a Potentatibus sive Principibus destinati Dominorum suorum res atque negotia pro mutua amicitia et confederatione apud Caesarem gerunt atque procurant, diversari morarique, Resque nostras quascunque et quocunque tempore pro majori initae pacis unionisque conservatione agere et tractare possit et valeat.

Impetrata itaque tali modo audientia a Caesare Turcharum ipsoque Oratore nostro in conspectum et presentiam Magnitudinis suae deducto, et literas nostras, quo decet honore exhibebit, et post salutationem, verbis ut poterit aptioribus et convenientibus eidem precabitur nomine nostro corporis animique sanitatem et prosperitatem.

Deinde rogabit idem Orator Magnitudinem suam ut dictas literas nostras sibi interpretari facere, interpretatasque benignis auribus intelligere non gravetur, eisque bene intellectis ad singula petita nostra in eisdem contenta bonum et expeditum responsum sine mora vel oretenus vel in scriptis Oratori ipsi nostro dare dignetur, qui illud mox per specialem Nuntium ex Servitoribus suis vel alias delectum ad Nos quanta fieri poterit celeritate transmittere debebit.

Et haec primo quidem congressu cum Turcha coram egisse sufficiant.

Postea vero idem Orator noster ad praelibatum Ayas Bassam redeat et ab eo similiter petat, ut curare velit quo literae nostrae ad Caesarem scriptae Magnitudinique suae redditae primo quoque tempore interpretatae et traductae a Magnitudine sua bene audiantur et intelligantur.

Praefatus vero Orator noster poterit si ita tempus et occasio ferat, dicto Ayas Bassae substantiam literarum nostrarum dicere et oportune recensere occupationem Castrorum nostrorum a Subditis

Magnitudinis suae factam, Excursionesque continuas et damna illata, itemque alia ad rem pertinentia, prout in literis nostris ad Caesarem et Ayas Bassam latius exprimitur, quarum Copias sive exemplaria habet, ex quibus sese tanto melius informare poterit, eaque in Italicam linguam transferre curet, singulisque literis tam ad Caesarem quam Ayas Bassam copiam Italicam addat.

Post enarrationem vero istorum omnium convenientem et idoneam roget eum summopere, prout etiam in literis nostris ad eum scriptis continetur, ut nobis omni favore, consilio et auxilio adesse et assistere, tantumque (quia potest) apud Caesarem Dominumque suum efficere velit, quod haec et similia, quae ab hominibus suis contra pacem commissa sunt et committuntur, de caetero caveantur et non fiant, et captivi per eos capti nostris reddantur, Loca ademta Castraque occupata restituantur, Obsidio Castri nostri Clyssae dissolvatur, itaque demum agere velit, negotiaque ac res nostras tali modo dirigere et promovere, ut optatum et expeditum super singulis petitis literarum nostrarum responsum ac finem assequi valeamus, sicut eum indubie facturum esse confidimus, et erga eum re ipsa compensare et recognoscere volumus.

Et quantum ad illud quod dictum Oratorem nostrum istic residere cupimus, apud eundem Ayas idem Orator noster instet et sollicitet ut is adjuvare et Caesarem Dominumque suum adducere velit, quo ad hoc ut par est pro mutua bona conservanda pace et amicitia consentiat, dictumque Oratorem nostrum minime occlusum aut in custodia teneat, sed ut in literis nostris petivimus libere exire conservarique permittat.

Si autem dictus Ayas absens et non in Curia Caesaris ageret vel alius locum et vices suas gereret, poterit dictus Orator noster sibi literas Credentiales, quarum superscriptionem in albis reliquimus, ut cognito ejus nomine ipsas superscribat, praesentare, et pro qualitate rei ipsiusque personae supradictis conformia adducere.

Ad haec etiam dictus Orator Noster Magnificum Jonus Beg Caesaris Turchorum Interpretem, si bono modo poterit, inprimis et ante Ayas Bassam seu etiam Caesarem praedictum convenire et alloqui studeat, et post exhibitas literas nostras Credentiales illi exponat, quod quia vidimus et cognovimus eum negotia nostra hucusque synceriter et bene juvisse, et pro posse suo promovisse, Idque se dehinc etiam pari studio et opere facturum esse juxta suam oblationem confidamus, Nos ideo hortari et gratiose requirere eundem, quod tam bene caeptis et bono proposito suo insistere et in eo perseverare, ac eidem Oratori nostro bonam informationem et consilium dare, ac apud Caesarem Dominumque suum Ayas Bassam et alios ejus vicegerentes eum ita dirigere et promovere velit ut citum et optatum responsum super literis nostris habere

possimus, et de omnibus necessariis cum eodem Oratore nostro confidenter agat, et singula ei ut melius poterit communicet. Quod erga eum uti Regem liberalem et gratum decet recognoscemus.

Saepedictus autem Orator noster ex Constantinopoli vel Curia Caesaris Turchorum ubi tunc fuerit recedere non debet, nisi spetialiter per literas nostras revocetur, sed inibi commorari et rebus nostris sollicitandis promovendisque invigilare et summa cura dexteritateque attendere, Nosque subito postquam Constantinopolim applicuerit de adventu suo praesentatisque literis et iis quae cum singulis egerit, quae responsa habuerit, Et an sibi residendi cum conditionibus, ut supra dictum est, facultatem impetraverit necne, Et de omnibus aliis quae nostra scire intererunt ad longum admoneat.

Caetera vero quae huc conducere facereque ad assequendum intentum nostrum quomodocunque existimaverit videbitque, prudentiae ejusque in rebus gerendis dexteritati vigilantiaeque et fidei in nos suae debito committimus.

Cum vero a legatione ista sua ad nos reversus fuerit ad nostras manus Instructionem illam praesentem consignare et reddere debet. Nostram in iis omnibus expressam et omnimodam executurus voluntatem. Datum in Civitate nostra Vienna Die XX. Mensis Novembris Anno Domini M.D.XXXVI. Regnorum nostrorum Romani Sexto, Aliorum vero Decimo.

Ferdinandus.

(L. S.) Ad mandatum Sacrae Regiae Majestatis proprium.

B. Car[lis] Trid. Ad. Carolus.

Nro. 16.

Instructions pour François Walsingham, Ecuyer, Ambassadeur extraordinaire de la Reine à la Cour de France, du 11 d'Août 1570, l'an 12. du Regne d'Elisabeth[1]).

Elisabeth Reine,

Avant toutes choses vous vous entretiendrez avec le Chevalier Henri Norris Nôtre Ambassadeur, au sujet de la Commission que Nous vous donnons à présent, et Nous voulons bien approuver tout ce que vous deux jugerez à propos de faire pour Nôtre service. Quant à Nos lettres au Roi de France et à la Reine Mère, ensemble les autres circonstances qui en dépendent, vous les delivrerez et en userez suivant l'avis et la prudence de Nôtre Ambassadeur.

La Négociation que Nous vous confions roule uniquement et principalement, sur la matière suivante qui sera la règle de toutes vos actions.

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 194—199.

Nous souhaitons que le Traité entre le Roi Nôtre bon Frére et les Princes de Navarre et de Condé, l'Amiral et les autres Sujets du Roi se fasse à la satisfaction de ces Princes et de leur parti, et de manière qu'ils y trouvent leur sûreté, et qu'ils soient maintenus et conservez dans la liberté de leur conscience sur le fait de la Religion.

Et considerant qu'il y a des gens qui travaillent directement avec chaleur pour empêcher ce Traité, et que d'autres agissent sous main non pour le traverser, mais pour ruiner au bout du compte les Princes et leur parti en traitant de mauvaise foi, Nous jugeons nécessaire de mettre toute sorte de moyens legitimes en usage pour ruiner des desseins si contraires, et procurer non seulement un Traité avantageux, mais aussi de longue durée, comme étant une chose que Nous croyons avantageuse au Roi et à tout son Royaume. C'est pourquoi après que les Députez des deux Princes auprès du Roi Vous auront instruit de l'état de la Négociation de cette affaire, et quand il sera nécessaire que Nôtre Ambassadeur et vous agissiez en Nôtre nom auprès du Roi ou de la Reine Mère, Nous voulons que vous déclariez Nos intentions de manière que ce que vous direz serve de fondement sur lequel vous appuyerez ci-après les raisons que vous jugerez à propos de proposer au Roi.

Vous direz en premier lieu, que Nous prions ardemment le Roi d'écarter tous les ombrages qu'on a tâché de lui donner jusqu'ici, ou qu'on pourra lui insinuer à l'avenir de Nos intentions en ceci entre lui et ses sujets, l'assûrant que Nous lui souhaitons et lui avons toujours souhaité autant de bien et à son Etat, que si Nous étions sa propre soeur, et que Nous n'avons jamais eu dessein de favoriser ses sujets ni de les encourager à se rebeller contre lui ni à démembrer sa Couronne. Vous direz cependant que pour lui parler franchement autant que la bonne amitié et l'honneur Nous y engage indispensablement; Nous aurions beaucoup de déplaisir de voir lesdits Princes et ceux de leur parti accablez ou oprimez par la partialité de leurs ennemis secrets pour la profession d'une Religion dont l'exercice leur a été accordé d'autant mieux qu'ils n'ont jamais demandé au Roi que la liberté de jouïr du benefice des Edits qui leur permettent la profession de leur Religion. Vous ajoûterez à cela que Sa Majesté ayant permis depuis longtems qu'un si grand peuple ait été élevé dès sa jeunesse dans cette Religion sans croire se damner, et ne pouvant pas en changer, Nous prions le Roi de prendre en bonne part Nôtre franchise, et d'expliquer favorablement l'avis que Nous prenons la liberté de lui donner, parceque Nous souhaitons du bien à lui et à son Etat, et n'avons égard à ses sujets qu'autant que Nous le croyons nécessaire pour sa gloire, pour son

bien, pour sa sûreté, pour le repos, pour la tranquilité, et pour l'avantage de ses Peuples.

Vous direz ensuite que Nous avons examiné en partie les demandes qu'on Nous a dit que ses sujets lui ont faites avec toute l'humilité possible, et qu'en substance Nous les reduisons specialement à ceci. Premièrement que comme ses très-humbles et très-fidèles sujets il leur redonne sa faveur et sa bienveillance; ce qu'il fied toujours très-bien à un bon et grand Roi d'accorder; et leur permette par consequent d'employer pour son service leurs vies, et leurs biens; ce qu'il est aussi avantageux à un Roi d'accepter. En second lieu qu'il leur soit permis de servir Dieu en exerçant la Réligion Chrétienne suivant leur profession et le repos de leurs consciences; ce qui est très-louable devant Dieu, et très-nécessaire à tous sujets Chrétiens. Et enfin qu'on leur donne pour tout cela des sûretez meilleures en quelque manière que celles qu'ils ont eu jusqu'ici; condition très-importante, et à laquelle on doit avoir beaucoup d'égard pour l'entière conclusion du reste, et sans laquelle toutes les autres choses ne sont rien.

Dans ces très-humbles Requêtes présentées au Roi Très-Chrétien de la part de ses sujets, c'est à dire de la part d'un si grand peuple de diférens états, comme de Princes du sang, de grands Capitaines, d'hommes sçavans et bons pour le Gouvernement et pour le Conseil, de braves Soldats, de considérables Bourgeois, de riches Marchands, de femmes et d'enfans, et d'une infinité de gens d'un rang inférieur, il Nous paroît que plus promptement il leur accordera sa protection, et leur donnera des assûrances et des témoignages de sa bonté, comme un Père doit faire à ses Enfans, mieux s'en trouveront son repos, ses trésors et sa puissance; ce que Nous ne doutons pas que Sa Majesté ne sente sans qu'il soit nécessaire de le dire. Aussi apprenons-Nous avec joye qu'il est disposé de les recevoir en grace. C'est pourquoi vous direz qu'encore qu'il soit dans une grande jeunesse il n'est pas nécessaire de lui faire remarquer combien de misères et de maux sont tombez en peu de tems sur son Etat pour n'avoir pas voulu accorder à ses sujets leurs raisonnables demandes. Quoi qu'il y ait peut-être eu des personnes dures qui ayent trouvé à redire à une partie de leurs demandes, Nous le prions de considérer combien lui est important, glorieux, et avantageux de donner à son Royaume une paix si générale, et de se rëunir à tant de sujets utiles à son service; raison d'un si grand poids, qu'il ne doit écouter aucun sophisme qui puisse préjudicier à son Etat, et retarder la conclusion de la paix. Mais considérant que sa Majesté est un Prince pour commander souverainement, et eux des sujets pour obëir, et qui par conséquent doivent être naturellement dans la crainte, il vaut mieux les gratifier par des grâces

signalées et par des sûretez qui les contentent, que de leur refuser une partie de leurs demandes, et de les tenir dans le doute et dans un trouble d'esprit. De cette manière personne ne se croira en sûreté: Le Roi craindra pour avoir refusé, et les sujets pour n'avoir pû obtenir; et comme il arrive dans la maladie, la rechûte pourroit être très-perilleuse. Après que vous aurez agi auprès du Roi pour lever toutes les difficultez, vous direz aussi que Nous promettons au Roi, et que Nous voulons lui en donner des assûrances, qu'après avoir fait assembler les Princes, et leur avoir donné des témoignages de sa bonté et de sá bienveillance au lieu de restraindre leurs demandes d'une manière qui les mécontente et qui les tienne dans l'incertitude, que ce qu'on leur a accordé ne soit pas de longue durée, s'il arrive que quelques-uns d'eux contre leurs promesses et leurs commissions, et contre les devoirs de veritables sujets, entreprennent de troubler l'Etat directement ou indirectement, non seulement Nous les condamnerons et les declarerons criminels par toute la terre, mais Nous les poursuivrons encore si le Roi le juge à propos comme s'ils étoient Nos propres ennemis.

Quant aux choses particulières que les Députez des Princes Vous prieront de demander, Vous ferez bien de Vous instruire à l'avance des moyens d'appuyer ces demandes, et d'avoir en main des raisons que Vous puissiez faire valoir avec satisfaction, vous souvenant qu'en cela vous agissez pour Nous qui sommes Reine.

Si l'on Vous objecte que la liberté que Nous demandons pour des Sujets de professer une Religion différente de celle du Roi, et contraire à celle qui est autorisée par les loix de l'Etat, ne s'accordè pas à la manière avec laquelle Nous en avons usé en dernier lieu avec Nos sujets qui Nous demandoient le libre exercice de la Religion Romaine contraire à celle dont Nous faisons profession, Vous répondrez que si l'on entend par là la dernière rebellion qui fut excitée l'année dernière dans le Nord de Nôtre Royaume par les Comtes de Northumberland et Westmorland. Premièrement qu'il est très-vrai qu'ils n'ont fait servir la Religion que de prétexte à leur rebellion. Vous pourrez ajoûter en second lieu qu'on sçait bien, et que vous avez ordre d'avancer, que la principale cause de cette revolte a été l'ouvrage (vous ne direz pas de la Reine d'Ecosse) mais vous direz comme le sachant certainement, que ç'a été celui de ses Ministres en Angleterre et en Ecosse, et des principaux de la Noblesse de ce Royaume qui n'aiment pas la Religion Romaine.

3. D'ailleurs il est évident que les deux Comtes qui étoient les Chefs de cette rebellion n'ont jamais témoigné de repugnance d'exercer la Rebellion établie en ce Royaume par les loix; et que comme ils donnerent leur consentement lors qu'elle fut établie par l'autorité du Parlement, aussi ont-ils frequenté les Eglises et assisté

au service divin depuis le commencement de Nôtre Regne sans faire la moindre difficulté ni témoigner le moindre mécontentement.

En 4. lieu que si eux ou quelques autres de Nos sujets demandoient la liberté de reconnoître l'autorité de l'Eglise de Rome de la manière que le Pape prétend en user comme il témoigne par ses Bulles et Decrets, il est si manifeste, et l'expérience qu'on vient d'en faire l'a si bien confirmé, qu'on ne peut accorder cela sans porter nécessairement le parti à se rendre coupable du crime d'infidélité, et par consequent Nous ne pouvons accorder rien de tel à aucuns sujets de Nôtre Royaume, à moins que de vouloir en même tems mettre Nôtre Personne et Nôtre Couronne à la merci des perfides. Par là paroît manifestement qu'il y a une notable différence entre la permission que les sujets du Roi demandent pour l'exercice de leur Religion qui leur a été accordé jusqu'ici par les Edits, et la permission qu'il faudroit accorder à Nos sujets qui voudroient professer la Religion Romaine dans Nôtre Royaume, et obeïr aux Commandemens, aux Decrets, et aux Bulles du Pape. En éffet Nous ne Nous sommes jamais apperçûs que la Religion dont les Princes et leurs adhérens font profession ait jamais préjudicié en rien ni au Roi ni à l'Etat, au contraire ceux qui la professent ont toûjours très-humblement et constamment reconnu et maintenu l'un et l'autre sans s'attacher à aucun autre faction, ni reconnoître aucune autre autorité que celle du Roi. Mais l'expérience Nous a convaincus que ce n'est pas la même chose en Angleterre, aussi avons Nous puni selon leurs merites ceux de Nos sujets qui veulent ériger dans Nos Etats l'autorité du Pape, et qui non seulement s'opposent manifestement et ouvertement à la Nôtre, mais qui tâchent même à Nous déposseder du Trône sur lequel la Providence Nous a placez et maintenus; matière si manifestement, perilleuse, que ni Nous ni aucuns de Nos bons sujets, bien loin d'y pouvoir jamais acquiescer, hazarderons volontiers dans cette querelle Nos vies et Nos biens, et Nous en avons eu des preuves suffisantes par la promptitude avec laquelle on en a usé en dernier lieu dans toutes les parties de Nôtre Royaume contre les rebelles qui ont fait de la Religion Romaine le prétexte de leur rebellion. Voilà comme vous devez vous conduire en général dans la Negotiation que Nous vous confions, ne doutant point, qu'en cela et en toutes les autres choses qui regardent vôtre Commission vous ne vous soigniez volontiers à Nôtre Ambassadeur que ses lumières et son expérience mettent fort en état de vous instruire de la manière dont vous devez agir.

Si l'on vous fait la proposition au sujet de la Reine d'Ecosse, vous pouvez dire qu'avant vôtre départ, et deux ou trois jours après l'arrivée de Monsieur de Poigney auprès de Nous, Nous eûmes avis certain d'Ecosse, que le Lord Levinston Envoyé de la Reine d'Ecosse

pour demander qu'on quittât les armes, et pour porter quelques Nobles à entrer en conference avec Nous et avec elle sur les moyens de finir les troubles, avoit été avec le Duc de Châtelevault et autres à eux joints sur Nos frontières du côté d'Ecosse avant le vingtième du mois dernier, comme il paroît par ses lettres à Notre Cousin le Comte de Sussex Nôtre Lieutenant; et qu'il trouva tout le monde content du Traité conclu par Nous avec l'Ambassadeur de France, et l'Evêque de Rosse, et qu'il poursuivoit sa Negotiation avec tant de chaleur, que Nous attendons tous les jours d'apprendre qu'on a desarmé de part et d'autre, et que des Députez des deux parties de ce Royaume viennent ici pour traiter et mettre la dernière main aux affaires de la Reine d'Ecosse. Si l'on vous dit quelqu'autre chose sur cela, vous repondrez que vous n'avez pas d'ordre.

Après que vous aurez eu audience au Roi, et que vous serez entré en Negotiation et l'aurez poussée autant que Nôtre Ambassadeur et vous l'aurez jugé à propos, vous Nous en donnerez avis avec toute la diligence possible: Et si Nôtre Ambassadeur et vous trouvez que trop de précipitation et de facilité de la part des Députez dans la Negotiation puisse préjudicier à la cause et la mettre en peril, Nous croyons qu'il est bon de les porter à être fermes autant que la Politique pourra le permettre, sans leur donner neanmoins de nouveaux secour d'argent, aimant mieux les appuyer à demander leur sûretez avec plus de chaleur.

Signé: Cecil.

Nro. 17.

Instruction für die diplomatischen Agenten des Infanten Don Carlos, Bruders Ferdinands VII., Königs von Spanien.[1])

Instruction für die Gesandten des Königs.

Zwei entgegengesetzte Principe theilen die Welt so wie die Geister. Es gibt keine Gränzen mehr zwischen den Staaten, aber

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 214—221.

Vgl. ferner:

Instruction adressée par le cabinet de St. Petersbourg à M. de Severine, Envoyé de la Russie auprès de la confédération Helvétique. En date du 14. Janvier 1827.

Instruction des K. K. Oester. Haus-, Hof- und Staatskanzlers Fürsten von Metternich für den K. K. Oester. Geschäftsträger in der Schweiz, Hrn. v. Philippsberg, vom 13. März 1845. (Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 207—212, 223—226.)

Instruction der Gesandten vom Reich auf den zu Franckfurt angestellten Conferenz-Tag, de Anno 1681. (Lünig, Teutsch. Reichs-Archiv. Pars gen. Th. 1 S. 655. Auch abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 203—205.)

Instruction vor den Grafen von Carlingford, welcher Anno 1665 als Gross-Britannischer Extraordinair-Ambassadeur an den Kayserl. Hof gegangen, auch en passant andere Höfe passiret.

die Menschen stehen von einander getrennt, der Krieg ist überall, und so thut man überall seinem Gewissen genug, wo man die conservativen Grundsätze der Gesellschaft vertheidigen kann, sey es an den Ufern des Tajo, oder denen der Seine, oder der Weser. In Folge dieser allgemeinen Interessen geschieht es, dass ein alter Diener der Legitimität den an ihn gerichteten Wünschen, seine Ansichten über die Lage Spaniens und insbesondere über die Carls V. auszusprechen, nachkommt. Ferdinand VII. hat seinem Lande ein unheilvolleres Geschenk als das des Midas hinterlassen, er hat gleichsam die brennende Fackel in die Mitte der entzündbarsten Stoffe geworfen; und die Folgen davon sind ebenso bedeutend für ganz Europa als für Spanien selbst. Die Regierung, die er eingeführt, hat die Vertheidiger des Königthums veruneinigt, seine grässlichsten Feinde ermuthigt. Kraftlos zwischen die Royalisten und die Revolution gestellt, ist dieselbe ohne die hinlängliche Stütze, dieses gefährliche Gleichgewicht aufrecht zu erhalten; sie ist und wird stets machtlos seyn, eine feste Ordnung herzustellen. Der Wille des seligen Königs hatte die Mehrzahl der Anhänger der Legitimität hingerissen, Schwäche und Bestechlichkeit haben das Uebrige gethan. Die Grossen des Königthums, die Bischöfe, die Säculargeistlichkeit, die Mehrzahl der Militärchefs haben sich ohne Widerstand der neuen Ordnung der Dinge unterworfen. In Wahrheit, tapfere Generale sind in den Nordprovinzen aufgestanden, um die legitimen Rechte zu vertheidigen, aber die Armee ist im Allgemeinen dem thatsächlichen Gouvernement treu geblieben, europäische Mächte haben dasselbe bestätigt, und welches auch ihre geheimen Wünsche sind, sie werden sich kein Zeichen der Anhänglichkeit für ein Unternehmen erlauben, das innigst verbunden ist mit der gemeinsamen Vertheidigung. England und Frankreich sind der Illegitimität entgegen gekommen und haben ihr jede Art der Freundschaftsbezeigung zukommen lassen, endlich sind die Fortschritte der revolutionären Faction in Frankreich der Art, dass sie in Spanien das Bestehen der festesten Regierung bedrohen würden. Das ist die Lage, in welcher Carl V. wie Heinrich IV. sein Königreich wieder erobern soll, und es ist dies wahrlich nichts Kleines. Ein solches Unternehmen kann nicht mit gewöhnlichen Mitteln und einem gewöhnlichen Charakter angefangen werden, man muss bei demselben von dem höchsten politischen Standpunkt ausgehen und die kräftigste und folgerechteste Art zu handeln, so dass man alle In-

Instruction vor den Herrn von Beuningen, sein Qualität eines Ambassadeur Extraordinaire derer Herren General-Staaten derer Vereinigten Niederlande an den Frantzösischen Hof gehen sollen, de Anno 1668. (Lünig, Histor.-Polit. Schau-Platz Th. 2 SS. 1523, 1526.)
Eine grosse Anzahl anderer, namhaft gemachter Instructionen sieh. bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 185—188, 193, 200—202, 205—206, 213, 222.

teressen berührt und sich ihrer bemächtigt, in Anwendung bringen. Man wird versuchen, nach und nach die bedeutendsten zu erleuchten.

1) Einrücken des Königs in Spanien. Von dem Augenblicke an, dass man Carl V. sein Nachfolgerecht in Anspruch nehmen und sich in Spanien bewaffnete Parteien, um dasselbe zu unterstützen, bilden sah, fragte man sich allgemein, wie es komme, dass der König nicht an der Spitze derjenigen stehe, die ihr Blut für seine Sache vergossen. Die Freunde des Königthums beklagten sich darüber, die Feinde fanden einen Grund des Vorwurfes und sagten: »Dort wie anderswo sind es stets die Könige, die sich selbst im Stiche lassen.« Eine kleine Anzahl aufgeklärter Männer hielt sogleich dafür, dass bei der Natur der für die königliche Sache bewaffneten Parteien, zertheilt, zersplittert in einzelnen Provinzen, verfolgt von einer feindlichen Armee und nur in dem Partisankrieg eine Hoffnung des Erfolges habend, diese keine solche Stütze boten, dass der König klugerweise ihnen die Bestimmung des Landes, die in diesem Augenblicke so zu sagen in ihm personificirt ist, überlassen könne. Es gibt Etwas, das über diesen Berechnungen der kalten Vernunft steht, dies ist der Aufschwung, die Kraft und Ergebenheit, die die Gegenwart des Prinzen, für den sie ihr Blut vergiesst, einer Partei einzuflössen im Stande war. Das ist eine Thatsache, die alle andern überwog, und deren Folgen unberechnenbar sind. In der Keckheit, die auf die Geister wirkt, liegen Hülfsmittel, die die gewöhnliche Vernunft übersieht; endlich selbst im Unglücke, wenn das Geschick eine so edle Ergebenheit nicht begünstigen sollte, senkt sich auf die königliche Stirn eine Aureole des Ruhmes, die mehr als eine Krone werth ist und ihm die Gewissheit gibt, dieselbe zu erobern.

2) Einwirkung auf die Anhänger der Legitimität. Diese besteht darin, sie in den Gegenden, die unthätig geblieben sind, zu vereinigen und ihren Eifer anzufeuern, die Royalisten zu unterstützen, zu organisiren und zu discipliniren, und alle Arten von Dienstleistungen in Bewegung zu setzen, so dass man endlich im Stand ist, ihre vereinzelten Kräfte in einer vollkommenen Einigkeit gemeinsam zur Ausführung des Werkes der Erlösung wirken zu lassen.

3) Einwirkung auf die Royalisten, die zur Partei der Usurpation hinübergezogen worden. Wie feindlich sich auch die Royalisten, die der Act Ferdinands VII. hat verführen und verirren können, der Partei Carls V. gezeigt haben, so muss man doch Alles thun, um sie wieder zu gewinnen. Man muss berücksichtigen, dass man nur mit ihnen die königliche Regierung aufrecht erhalten kann, dass sie dazu nöthig sind. Man muss also ihnen gegenüber

mit der höchsten Moderation zu Werke gehen. Es sind dies verirrte Brüder, die man um jeden Preis und durch jedes Mittel zurückführen und sie so von der revolutionären Partei, dem ewigen und unversöhnlichen Feinde des Königthums, trennen muss. Es ist nothwendig, unablässlich der Geistlichkeit zu zeigen, dass das ephemere Gouvernement sie nicht zu schützen im Stande ist, dass es sie ohne Vertheidigung der Revolution, bereit, sie zu verschlingen, überliefert, dass es für sie kein Heil als in der Legitimität gibt, an die das Geschick der Religion innigst gefesselt ist.

4) Benehmen gegen die revolutionäre Partei. Diese Partei, als unversöhnlicher Feind, wird sich nie dem Königthume anschliessen. Sie wird alle Concessionen, alle Zugeständnisse, welche das Interesse der Regierung dem Könige vorschreiben könnte, benutzen, um die Hand zu zerreissen, von der sie sie erhalten hat. Uebrigens würde ein solches System unter der royalistischen Population Unzufriedenheiten erregen, man verlöre Hundert, um nicht Eins zu gewinnen. Unter den Principconcessionen, vor denen der König sich hüten muss, um den monarchischen Geist nicht zu erschüttern, würde es vielleicht möglich seyn, einem besondern Examen die beiden Fragen zu unterwerfen, die sich zuerst aufdrängen, d. h. die Verpflichtung, die man den König übernehmen liesse: 1) die Cortes zu versammeln, unter der Form: par estamentos, 2) das Anleihen der Revolution, Bons der Cortes anzuerkennen.

A. Versprechen, die Cortes par estamentos zu versammeln. Eine solche Verpflichtung, übernommen in der Stellung, in der der König sich befindet, würde in den Augen aller Welt ein Beweis der Schwäche der Partei seyn, die ihn unterstützt, ein Mittel die Gunst des Feindes durch anticipirte Concessionen zu gewinnen, oder besser zu erbetteln. Solche Versprechungsdocumente gewinnen Niemanden und könnten selbst die alte spanische Treue beunruhigen. Das einzige Motiv, das in der gegenwärtigen Lage Spaniens diese Berufung an den Volkswillen erklärte, würde seyn, die Succession auf eine unwiderrufliche Weise festzusetzen; aber heute schon anzeigen, dieses Gesetz bedürfe einer festen Bestimmung durch die popularen Organe, hiesse sicher, es selbst in Frage stellen; hiesse, ihnen das Recht zugestehen, es zu beurtheilen, es zu genehmigen oder zu verweigern. Mit welchem Recht aber tritt denn der König in Spanien auf? Im Namen eines erworbenen, über alle Discussionen erhabenen, unverjährbaren Rechtes! Und wenn es sich darum handelt, von der Nationalversammlung jede andere Regierungsverwaltungsfrage fern zu halten, kann man voraussehen, bis zu welchem Punkte diese verwirrten Stimmen verschiedener Ansichten die Herstellung einer neuen Herrschaft hindern können, während die Leidenschaften in jeder Weise aufgeregt sind? Man darf nicht vergessen, dass

unter weniger gefährlichen Umständen ein Staatsmann, der als einer der ersten in den Reihen der Politiker Europas steht, der Graf Pozzo di Borgo, von Spanien im Jahre 1829 zurückkehrend, sagte: »Ferdinand VII. ist verloren und Spanien in voller Revolution, wenn man eine Nationalversammlung, welcher Art sie auch wäre, selbst eine Versammlung nur aus Mönchen bestehend, zusammenberufen sollte.«

B. Königliches Versprechen, die Bons der Cortes anzuerkennen. Die zweite Frage, die man, mehr in einem ausländischen Interesse als im Bewusstseyn eines nationalen Vortheils verschieben wird, ist die Verpflichtung, die der König übernehmen sollte, die Bons der Cortes anzuerkennen. Diese vollkommene Anerkennung des Werkes der Revolution von 1822 widerstrebt allen monarchischen Grundsätzen und Consequenzen; sie würde das royalistische Spanien revoltiren, um- und vollkommen missstimmen. Endlich, selbst wenn man voraussehen könnte, dass es sich mit der Politik des in der ganzen Fülle seiner Rechte eingesetzten Königs vertrüge, sowohl die Cortes zu versammeln, als das Ansehen der spanischen Revolte anzuerkennen, so würde es doch immer höchst unpolitisch seyn, den Ansichten des Feindes zu schmeicheln, indem man zum Voraus Verpflichtungen übernähme, die man vielleicht nicht erfüllen könnte, ohne sich nachtheiligen Folgen auszusetzen. Kein augenblicklicher Beweggrund könnte somit die geringste Principconcession veranlassen. Aber es verhält sich ganz anders mit Denjenigen, die sich unverholen von den revolutionären Opinionen lossagen und sich der Sache des Königthums anschliessen; welches auch ihre Motive sind, man muss sie aufnehmen und ihnen die Hand reichen, ohne Andenken und ohne Rachegedanken wegen vergangener Ereignisse.

5) Benehmen der Armee gegenüber. Man darf der Armee keine Vorwürfe machen; sie hat nur in Folge der militärischen Disciplin gehandelt; sie durfte und konnte nicht berathen über die Rechtsgültigkeit der Acte des verstorbenen Königs, nicht entscheiden zwischen dem durch diese Acte hergestellten Recht und denen der legitimen Succession. Sie ist der bestehenden, von der Mehrzahl anerkannten Ordnung und der Stimme ihres Chefs gefolgt. Man kann ihr somit keine Vorwürfe machen, und es würde ein Unglück seyn, wenn sie anders gehandelt hätte. Ihre Rückkehr zum legitimen Königthum muss von dem öffentlichen Ausspruche zum Besten des Königs abhängen. Man kann nur diesen Moment rascher herbeizuführen suchen, indem man sie, und besonders ihre Chefs aufklärt, indem man ihnen begreiflich macht, dass die grossen und unwandelbaren Interessen Spaniens durch das neue Princip der Erbfolge gefährdet sind, dass diese das Königreich in eine endlose

Carrière von Revolutionen wirft. Die Chefs der Armee werden die Sprache der Ehre verstehen, und man muss sie mit gänzlichem Vergessen ihrer Handlungen gegen den König aufnehmen, und die Belohnung für Die, welche zuerst auf die Sprache des Vaterlandes gehorcht haben, muss sie an die königliche Sache fesseln und diejenigen nachziehen, die geneigt sind, sich ihr zu widersetzen. En resumé: Der König muss sich mit allen Interessen seines Königreichs in Verbindung setzen; er muss beständig mit Allen negotiiren und verhandeln, sich Allen als der Retter von den Uebeln, die das spanische Vaterland bedrohen, zeigen, einen edlen Aufruf an alle uneigennützigen Gefühle, die noch in seinem Königreiche bestehen, erlassen; aber zu gleicher Zeit muss er sich hüten, je Principconcessionen zu machen, und dagegen alle alten Privilegien und Freiheiten der Provinzen aufrecht erhalten. Endlich, wie der König Carl V., bevor er den Thron bestieg, sagte: »Man muss, um in dieser Zeit der Parteien zu herrschen, sich in die Mitte seiner eignen stellen, und allen andern die Hand bieten.« Wenn die innere Action sich in so viele Branchen theilt und so viele Thätigkeit erfordert, so müssen die Verhältnisse mit den Mächten Europas ebenfalls folgerecht und mit Ausdauer geleitet werden.

6) Basis der Verhandlungen mit den Continental mächten. Der König darf nichts vernachlässigen, um bei den Höfen gewandte Agenten zu haben, und besonders in Russland, Oestreich, Preussen, Holland und Italien. Sie müssen die Frage der spanischen Legitimität als innig verwandt mit dem System der Vertheidigung gegen die Revolution stellen; die anerkannte Ohnmacht der Regierung von Madrid darlegen, einmal sich zu befestigen, sodann den revolutionären Brand zu verhindern, sich über ganz Spanien zu verbreiten; zeigen, wie es um Europa stehe, wenn inmitten der Ereignisse, die Frankreich neuen Crisen entgegenstürzen, dies Land seine Kräfte durch die einer siegreichen Revolution in Spanien vermehren könnte; darauf hindeuten, dass die Herstellung einer legitimen Regierung in Spanien den Kronen von Europa eine unübersteigliche Barrière und mächtige Hülfe zur Unterdrückung des revolutionären Enthusiasmus in Frankreich, eine bedeutende Diversion im Kriegsfalle und endlich eine Garantie der Wiederherstellung der Ordnung in allen möglichen Unterstellungen biete. Aber man muss ihnen zugleich zeigen, dass eine unthätige Ueberzeugung, ohnmächtige Wünsche, vage Versprechen, nicht hinreichen; dass, um die grossen Vortheile zu sichern, die die Wiederherstellung des Königs Europa bieten wird, sie dem Könige die Stütze ihres moralischen Einflusses, vorerst durch das allmählige Erkalten ihrer Verbindungen mit dem Gouvernement von Madrid, dann durch die Anerkennung des Königs, sobald die Verhältnisse erlauben, den Erfolg

seines Unternehmens vorherzusehen, leihen müssen; endlich, dass sie bis zu diesem Augenblicke dem König alle Hülfsmittel sichern müssen, die ihnen ihre Stellungen erlauben ihm zukommen zu lassen.

7) Verhandlungen mit England und Frankreich. Von der andern Seite, wie feindlich sich auch England und Frankreich gezeigt haben, so ist der König nicht im Stande, sie als Feinde anzunehmen. Er muss alle Gelegenheiten suchen, mit diesen beiden Regierungen in Verbindung zu treten; er muss sich mit ihnen so stellen, wie er gestanden haben würde, wenn ihm der Thron nicht streitig gemacht worden wäre; er muss suchen, freundliche Relationen einzuleiten, von ihnen in diesem Augenblicke keine öffentliche Anerkennung verlangen, die sie nicht zugestehen könnten; und anstatt ihnen hieraus ein Verbrechen zu machen, — — (unleserlich) — —. Es ist nothwendig, gegen das Gouvernement der Tuilerien wie gegen das von England zu handeln, den Interessen in Allem, was ihnen angenehm seyn kann, zu schmeicheln. Die durch die Juliusrevolution geschaffene Regierung hat keine Wurzeln gefasst; die revolutionäre Partei, stark durch die Consequenzen, die jene ephemere Regierung geschaffen haben, wird nicht aufhören, dieselbe anzugreifen; die Zeit ist nicht mehr fern, wo dieselbe durch den vollständigen Sieg der Demokratie umgeworfen werden wird. Unterdessen muss der König die Action dieser Regierung in Allem, wo sie der Regierung von Madrid zu vortheilhaft seyn könnte, zu mässigen und zu beschränken suchen. Man muss also durch alle genehmbaren Mittel mit derselben in Verbindung zu treten suchen, zeigen, dass die Wiederherstellung Königs Carl V. keine der Folgen nach sich ziehen würde, die eine Restauration der verbannten Familie in Frankreich haben müsste, dass alle Protection, die sie der Tochter Ferdinands VII. zukommen lasse, nicht im Stande seyn werde, eine feste und beständige Regierung in Madrid zu bilden, dass der Erfolg, den man in Frankreich erlangt, indem man auf eine reiche, grosse und mächtige Mittelklasse gefusst hat, in Spanien nicht möglich ist; dass es hier nur Chancen gebe für eine mit aller Kraft umgebene Monarchie oder für eine Revolution mit allen ihren Schrecknissen, dass diese Revolution, noch weniger lenkbar in Spanien, nicht ermangeln würde, den Revolutionärs in Frankreich allen Vorschub zu leisten, und endlich, dass das wahre Interesse jeder Regierung verlange, dass sie ihren Beistand nur der Regierung leiste, die im Stand ist, sich in einem Reiche, dessen Ruhe für den Nachbarstaat von Bedeutung ist, aufrecht zu erhalten. Weiter würde man dann ihr begreiflich machen, wie sehr das Interesse der Familie mit dem Interesse der Staaten im Einklang ist, um die weibliche Succession von dem Throne Spaniens zurückzuweisen. Es

würde über die Gränzen dieser raschen Auseinandersetzung gehen, alle Motive zu entwickeln, die man anführen könnte, um Frankreich die Interessen zu zeigen, die es der Wiederherstellung des Königs gewogen machen müssen, so dass, wenn man nicht dahin gelangt, es für dieselbe zu gewinnen, es wenigstens sie nicht als ihm feindlich betrachtet. Uebrigens würden die grössten Gefahren für die Sache des Königs in Spanien nicht von der gegenwärtigen Regierung zu befürchten seyn, sondern von dem sichern und vielleicht nahen Siege der demokratischen Partei in Frankreich, der beide Königreiche gleich bedrohet; denn es ist leicht einzusehen, welche Macht das revolutionäre Frankreich den Revolutionärs von Spanien leihen würde. Die rasche Wiederherstellung des Königs in die Fülle seiner Autorität und die Verbindungen mit den Mächten Europas, im Einklange nach einem conservativen Systeme handelnd, sind die einzigen Bedingungen des Heils für Spanien. Dies sind die Reflexionen, die beim ersten Anblicke das Interesse der Legitimität in Spanien hervorrufen.

(gez.) Labrador.[1])

Nro. 18.

Instructions données par Louis XV. au baron de Breteuil, lors de l'avénement de Catherine II. au trône de Russie; du 10 septembre 1762. (Fragment.)[2])

M. de Breteuil, j'ai reçu la lettre que vous m'avez écrite de Vienne le 7 d'août dernier, nº 25. Si vous ne pensiez pas vous trouver si tôt dans cette ville, je ne devais pas non plus m'y attendre. Mon ministre des affaires étrangères vous a mandé ce que j'ai jugé de votre départ de Pétersbourg dans un moment si intéressant, dont vous étiez instruit; ainsi que de votre précipitation à vous éloigner de plus en plus de la Russie. Si vous partiez malgré ce que vous saviez d'une révolution prochaine dont vous avez appris l'issue à Varsovie, il était naturel d'y attendre sous quelque prétexte, les ordres que vous demandiez, et que je vous y aurais fait adresser, au lieu de vous mettre dans le cas de différer à les exécuter, en vous rapprochant de la France. Quoi qu'il en soit, l'aveu que vous faites à mon ministre de votre tort dans cette occasion, me fait juger que vous redoublerez de zèle pour mon service, et pour réparer tout ce que votre conduite a pu y porter de préjudice . . . . . La conduite, les procédés, et les opérations de Pierre III., ainsi que le silence et la patience affectée de l'impératrice, annonçaient

[1]) Früher spanischer Gesandter in Rom und auf dem Congresse zu Wien; vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 222 Not. b.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 476—481.

également que ce prince ne resterait pas longtemps sur le trône; mais on ne prévoyait pas que l'événement dût être si prochain. Le changement de gouvernement en Russie, change aussi la conduite de toutes les puissances étrangères avec cet empire. Deux objets doivent aujourd'hui exciter votre vigilance: ce sera, 1°. l'intérieur de la Russie, et 2°. les principes que la nouvelle impératrice se formera par rapport aux puissances alliées ou ennemies de l'impératrice Elisabeth.

La dissimulation de l'imperatrice régnante, et son courage, au moment de l'exécution de son projet, indiquent une princesse capable de concevoir et d'exécuter de grandes choses.

Il n'est pas douteux que la mémoire de Pierre III. a peu de partisans; ainsi l'on ne doit point prévoir des troubles fomentés par le désir de la vengeance. Mais l'impératrice, étrangère par sa naissance, qui ne tient en aucune manière à la Russie, et nièce du roi de Suède, a besoin d'une force inaltérable pour se conserver sur un trône qu'elle ne doit ni à l'amour de ses sujets, ni à leur respect pour la mémoire de son père, comme on le vit lors de la révolution qui y plaça l'impératrice défunte. Quelque attention qu'elle apporte, il y aura des mécontens. Si cette princesse a l'ame haute, elle a le coeur sensible. Elle aura un favori, une confidente, le choix qu'elle fera nous importe peu. Il ne s'agit que de connaître ceux qui auront la principale part à sa confiance, et de chercher à se les reconcilier.

La princesse d'Askow doit certainement être bien avant dans ses bonnes grâces, mais peut-on répondre qu'une entreprise secondée par une personne si jeune n'ait eu d'autre motif que le bien de l'état, ou l'attachement à sa souveraine? La passion du czar pour mademoiselle de Woronzow a pu exciter sa jalousie. Si cette raison n'existe plus par la mort de ce prince, la princesse d'Askow, romanesque et encouragée par le succès, peut ne se pas trouver assez récompensée, et croire qu'on ne lui marque pas assez de confiance; enfin, pour quelque motif que ce soit, ne fût-ce que pour le désir d'intriguer, chercher à remuer de nouveau. L'impératrice, si elle en découvre quelque chose, peut l'en punir, ce qui changerait encore la face de cette cour. On doit s'attendre à voir bien des factions.

Elles sont encore plus certaines, si cette princesse a un favori. En choisissant un russe, le crédit qu'il aura excitera sans doute la haine des autres; si elle choisit un allemand, tous les russes en seront peinés, surtout s'il profite de sa faveur pour distribuer les grâces à ceux de sa nation. Enfin, si M. Poniatowski retourne à Pétersbourg, l'éclat que ce voyage fera ne peut manquer de préjudicier à la gloire de l'impératrice, et par conséquent d'affaiblir son gouvernement, en aliénant d'elle le coeur de ses sujets. Votre

principal soin dans ces premiers momens, doit être d'examiner avec attention la conduite de cette princesse, de voir quels seront ceux qu'elle honorera de ses bontés particulières; de chercher à vous assurer de leur amitié, pour tourner les résolutions de la cour de Russie d'une manière favorable pour l'avenir. Vous me marquerez exactement ce que vous découvrirez sur ces objets, et les moyens que vous croirez propres à vous concilier ses favoris, afin que sur vos relations, je vous donne mes ordres.

Je suis persuadé de l'empressement que, non-seulement les courtisans, mais même les étrangers et tous les ministres qui résident auprès de cette princesse, auront à lui marquer leurs respects, et même à chercher à se faire remarquer d'une manière particulière, pour attacher plus intimement la Russie aux intérêts de leur maître. C'est ce respect du aux têtes couronnées, qui doit faire la base de votre conduite et de vos discours avec l'impératrice, que vous assurerez, dans toutes les occasions, de mes dispositions favorables pour tout ce qui peut l'intéresser. Tout autre principe serait peu convenable à ma dignité et à ma manière de penser, et je n'y fonderai jamais ma politique; mais, comme le coeur d'une princesse, telle que l'impératrice, entre toujours pour beaucoup dans ses résolutions, soit qu'il s'accorde avec ses intérêts, soit qu'il s'y trouve opposé, je suis persuadé que vous me rendrez, à cet égard, le compte le plus exact et le plus fidèle . . . . .

La conduite du czar défunt, et son attachement à nos ennemis, lequel était aussi outré que destitué de vue et de prudence, pouvait n'avoir rien de dangereux pour mes intérêts. Peut-être même n'y était-il pas contraire, puisqu'il faisait cesser l'union entre les deux cours impériales. Cette union, nécessaire contre l'ennemi commun, avait été interrompue depuis six mois. Aujourd'hui, il est à craindre que la cour de Vienne ne cherche à reprendre son ancien crédit à Pétersbourg, et à renouveler l'ancien système. Le comte de Merci aura sans doute profité des premiers momens du nouveau règne et de votre absence, pour ranimer cette union. L'impératrice-reine lui en aura fourni les moyens, tant en lettres qu'en présens; et je ne doute pas que ce ministre n'ait gagné bien du terrain avant votre arrivée. Vous devez donc vous attendre à ne plus trouver dans l'ambassadeur de Vienne auprès de l'impératrice Catherine, celui que vous avez laissé auprès de Pierre III. Cette différence exige beaucoup de circonspection dans votre conduite avec cet ambassadeur, de qui il convient que vous vous défiez, en conservant cependant le même extérieur avec lui d'autant plus qu'il est capable et bien dirigé.

Vous ne devez pas négliger non plus d'observer la conduite que la cour de Pétersbourg va tenir avec celles de Londres et de

Berlin. Il est vraisemblable que les liaisons de l'Angleterre avec la Russie vont reprendre une nouvelle force. Si l'intimité de M. Keith avec le feu empereur a pu rendre ce ministre désagréable à l'impératrice, le roi d'Angleterre y a pourvu, en lui donnant le comte de Buckingham pour successeur . . . . . Le roi de Prusse, quoique la Russie lui ait rendu toutes ses conquêtes, ne paraît devoir désirer que l'inaction de cette puissance. Peut-être même que ce prince, en consultant ses vrais intérêts, peut sans se concerter avec nous, tendre au même but. Vous savez déjà, et je le répéterai ici bien clairement, que l'objet de ma politique avec la Russie, est de l'éloigner, autant qu'il sera possible, des affaires de l'Europe. Sans rien faire personnellement qui puisse donner lieu à se plaindre de vous, l'objet de votre attention doit être de donner de la consistance à tous les partis qui se formeront immanquablement dans cette cour. C'est par la dissention qui y règnera, qu'elle sera moins en état de se livrer aux vues que d'autres cours pourraient lui suggérer. Vous devez chercher à gagner l'amitié et la confiance des personnes puissantes dans cette cour, et de celles qui peuvent le devenir.

Le crédit du moment sera utile pour donner une tournure favorable à toutes les affaires de la Pologne, et pour changer le ton de la cour de Pétersbourg avec cette république. Le crédit futur doit porter sur les moyens d'empêcher la Russie de prendre part à une guerre contre moi, contre mes alliés, et principalement contre mes vues, dans le cas d'une élection en Pologne. Tout ce qui pourra contribuer à remplir cet objet, sera toujours avantageux. C'est à vous à indiquer les moyens d'y parvenir, afin qu'on puisse vous autoriser à les émployer . . . . .

La révolution a sans doute raminé le comte de Brühl (premier ministre en Pologne), qui, toujours fondé principalement sur la Russie, va se donner de nouveaux mouvemens pour former des intrigues à cette cour. Le sieur Pruss, son confident, sait tous les détours de ce labyrinthe. Il trouvera bien des facilités, si l'ancien chancelier Bestucheff rentre dans les affaires. Vous ne pouvez veiller de trop près à leur démarches, ainsi qu'à celles du comte Poniatowski, que l'on dit avoir reçu un exprès de cette princesse, pour l'engager à retourner à sa cour. Si ce qu'il vous a dit est vrai, qu'il sera toujours bon polonais préférablement à tout, il ne se trouvera jamais en opposition avec mes vues, puisque il ne désire que le bien de sa patrie, mais il est à craindre que dans les autres affaires, sa prévention pour l'Angleterre ne lui inspire des sentimens différens.

De plus, malgré les assurances que l'impératrice vous a donnés, qu'il ne la gouvernerait jamais, il sera difficile qu'il n'ait au moins un grand crédit. Ce sera à vous à l'observer, et à voir quel parti

vous pouvez en tirer. Vous savez que la Pologne est le principal objet de la correspondance secrète, et que par conséquent ce qui concerne ce pays doit l'être de même de votre attention. Il est nécessaire que vous entreteniez une correspondance avec MM. d'Havrincourt, de Paulmy et de Vergennes. Vous ne devez leur laisser rien ignorer de ce qui regarde la Pologne, et vous apprendrez par eux, mieux et plus tôt, ce qu'il conviendra, que vous fassiez à Pétersbourg, que par les ordres de mon ministre, qui, vu l'éloignement, ne peuvent être que tardifs.

Je laisse à votre prudence et à la connaissance que vous avez de mes intérêts et de mes intentions, à régler vos démarches, lorsque vous ne croirez pas avoir le temps de demander directement des ordres, ... Il ne doit pas être question de ma part, de former des liaisons avec la Russie. Il suffira d'entretenir celles qui sont de bienséance, et de détourner adroitement les engagemens qu'on pourrait prendre contre mes vues . . . . . Je ne pense pas que le chancelier Woronzow craigne aujourd'hui, autant qu'il le craignait sous le règne précédent, de brûler tout ma correspondance secrète avec la feue impératrice; ainsi, vous devez insister auprès de lui, en mon nom, pour qu'il vous remette toutes les pièces, ou qu'il les brûle en votre présence, et pour qu'il n'en reste aucune trace, etc.

Nro. 19.

Instructions données par M. de Talleyrand, ministre des relations extérieures de la république française aux généraux Bonaparte et Clarke, chargés des négociations de paix avec l'Autriche; du 19 août 1797 [1]).

Paris, ce 5 fructidor an 5.

Aux généraux Bonaparte et Clarke.

Vous avez dû avoir, citoyens généraux, les dernières ouvertures de M. de Thugut dans sa lettre du 31 juillet, que je vous ai

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 482—491, der über diese Instructionen sagt: »Cette pièce nous semble pouvoir servir comme un modèle de précision et de discussion lumineuse en fait de matières politiques; elle est très propre encore à servir d'instruction pour ce genre de composition diplomatique.«

Vgl. ferner:

Instruction Kaiser Alexander I. von Russland an den General Yermeloff, als ausserordentlichen Botschafter am Persischen Hofe.
(Schmelzing, a. a. O. Th. 2 §. 311 Not. 2.)

Instructions donnécs au vicomte de Bolingbroke, ambassadeur de la reine d'Angleterre envoyé à la cour de France pour y négocier la paix du 31 juillet 1712.

Instructions envoyées par le duc de Choiseul, ministre des affaires étrangères de France, au baron de Breteuil, ambassadeur de S. M. T. C. à Stockholm, pour le faire changer de conduite à l'égard de la Suède; en 1766.
(Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 464—469, 470 — 475.)

adressée il y a quelques jours, et les intentions du directoire, dans ma réponse. Vous êtes à portée de tout juger, rien n'échappe à votre discernement de ce qui peut être moyen ou obstacle, et vous êtes munis d'amples pouvoirs, dont le directoire vous renouvelle la confirmation; il vous serviront pour mettre à profit les dispositions que l'empereur manifeste; le directoire, de son côté, doit vous instruire de ses intentions. Il continue à désirer la paix, et ce désir soutenu lui fait vouloir, quel que soit l'événement de la négociation, que les torts soient du côté de l'empereur.

Dans cette vue, il s'est déterminé à vous presser de reprendre le négociations sur la base générale des préliminaires de Léoben; mais il désire que vous vous écartiez des stipulations qui nous sont évidemment défavorables; et comme déjà ces préliminaires ne sont plus suivis, ainsi que vous l'observez dans la dernière note que vous avez remise au ministre plénipotentiaire de l'empereur, il a lieu d'espérer qu'il ne vous sera pas impossible, d'après les circonstances où vous vous trouvez, d'en tirer encore un parti avantageux.

Je vous remets, pour cet effet, devant les yeux les objets qui doivent vous occuper de préférence au moment de conclure.

Le principal de ces objets est d'éloigner l'empereur de l'Italie, et d'insister sur ce qu'il s'étende en Allemagne. Vous concevez sans peine l'intérêt que nous y avons; nous réduissons sa puissance maritime, nous le mettons en contact avec son ancien rival le roi de Prusse, et nous l'écartons des frontières de la république notre alliée, qui, donnée de forces militaires et située entre les états du grand-duc de Toscane et ceux de l'empereur, serait bientôt influencée ou subjuguée par la maison d'Autriche.

Entre les reisonnemens que vous pourrez employer, et que vos lumières pourront vous suggérer pour engager l'empereur à se prêter à nos vues, je vous en indiquerai quelques-uns qui me paraissent d'une grande force. L'empereur doit trouver peu de sûreté à ranger sous sa domination des peuples remplis de l'esprit de la liberté et voisins d'une république démocratique, à la quelle quelques-uns d'entre eux auront déjà appartenu. Il lui sera impossible de les gouverner sur le pied de ses autres sujets: il faudra qu'il leur accorde des priviléges, et, même avec ce moyen, sa domination ne promettrait pas d'être tranquille. Cette acquisition serait donc presque nulle pour lui, comme il paraît déjà le sentir dans les mémoires qu'il vous a fait remettre le 18 juillet; en deuxième lieu, le voisinage de ses états avec ceux de la république italique, à la conversation de laquelle la France prend un si pressant intérêt, doit nécessairement produire des troubles et faire naître de nouvelles guerres entre les deux puissances.

Si donc l'empereur désire conclure une paix solide et fermer les

portes à tout motif de rupture, il ne doit point insister sur la possession de ces provinces, et il doit s'attendre nécessairement, à la première guerre, que ces peuples secoueront son joug et se joindront aux républiques française et italique. Une profession aussi inquiète et aussi précaire ne vaudroit donc, dans aucun cas, les dédommagemens que la république pourrait lui offrir en Allemagne, dans un pays où les peuples sont accoutumés à sa domination et l'aiment, et où, éloigné de frontières de la France et de celles de ses intimes alliés, qu'elle regarde presque comme les siennes, il pourrait espérer, pour ainsi dire, de n'être jamais attaqué par elle.

Si la maison d'Autriche trouvait ces raisonnemens concluans, il y aurait trois propositions à faire.

La première, qu'elle renonce à toute la terre-ferme de Venise, et se contente de la Dalmatie et de l'Istrie vénitiennes, dont elle s'est déjà emparée, et quil n'est pas à espérer qu'elle consente jamais à évacuer. Vous pouvez faire valoir l'indulgence avec laquelle la république a permis qu'elle occupât, dès à présent, ces provinces, qui ne lui revenaient qu'à la paix.

L'archevêché de Salzbourg et l'évêché de Passau compenseraient amplement la terre-ferme de Venise proprement dite. On pourrait même ajouter la prévôté de Bergtolsgaden et le Haut-Palatinat jusqu'à la Nab, ainsi que les évêchés de Trente et de Brixen, s'il consentait à renoncer à toute indemnité en Italie, même l'Istrie et la Dalmatie vénitiennes.

C'est dans ce système de sécularisation auquel il faut en venir tôt ou tard, et qui est déjà consenti par la Prusse, la Hesse, Wurtemberg et Bade, que l'empereur trouvera à la fois un dédommagement plus ample et un arrondissement plus convenable à ses états héréditaires, que dans des provinces italiennes agitées par les principes de la démocratie, et qui d'ailleurs seraient, pour sa maison, des sujéts perpétuels de guerre.

Si, malgré toutes ces bonnes raisons, cette première proposition ne réussissait pas, vous pourriez en faire une seconde, par laquelle l'empereur renoncerait à tout ce qui lui a été promis sur la gauche de l'Adige. De cette manière, Mantoue, Brescia et la Palesine de Rovigo seraient réunies à la république italique, et le dédommagement en Allemagne ne se bornerait qu'à l'évêché de Passau seul, sans la ville.

Ce qui importe infiniment au directoire, c'est que Mantoue ne retombe pas entre les mains de l'empereur, et à cet égard, vous vous rappellerez sans doute les instructions qui vous ont été antérieurement transmises par mon prédécesseur, le 15 prairial passé. Il y est dit que, s'il était possible de procurer à la république italique, Mantoue, Brescia, jusqu'à l'Adige, le directoire consentirait à ce que Venise appartînt à l'empereur; mais il demanderait que la petite ville

de Chioggia, qui se trouve dans les lagunes à l'embouchure de l'Adige, fût réservée à cette république, afin de lui procurer un débouché pour l'exportation de ses denrées. Dans ce cas, la cession formelle de Venise importerait peu au directoire, d'autant que cette ville est tellement sous la main de l'empereur, qu'il serait impossible qu'il ne s'en emparât pas sous peu, et qu'il serait toujours maître de l'affamer.

Mais aucune de ces trois propositions ne nous est plus avantageuse que la première. C'est donc à faire adopter celle-là qu'il s'agit de mettre les plus grands efforts, en insistant sur les motifs allégués plus haut, qui doivent déterminer l'empereur à s'étendre de préférence en Allemagne.

Dans le cas de ces trois alternatives, et surtout dans celui des deux dernières, la république italique, a besoin d'être fortement organisée, surtout sous le rapport militaire; il faut que le traité lui assure, non-seulement l'indépendance, mais encore la consistance.

Elle aura pour voisins l'empereur, le roi de Sardaigne et le grand-duc de Toscane. Cette situation critique nécessite une grande force militaire sous le rapport des troupes et des forteresses. Quant aux premières, elles sont peu de chose; même y compris les légions polonaises, vous ne les faites guère monter qu'à environ 6 à 8,000 hommes en tout dans une de vos dépêches. L'unique moyen de parer à cet inconvénient, et d'enseigner la guerre à des peuples qui passent pour peu belliqueux, c'est d'entretenir chez eux des troupes françaises, à l'imitation de ce que le comité de salut public a fait avec la Hollande. Il faut donc porter le plus haut possible le nombre des troupes que vous pouvez laisser à la république italique.

Quant aux forteresses, cette république est dans un dénuement presque total, en vertu des préliminaires, tandis que l'empereur a Palma-Nova, Peschiera, Mantoue, Porto Legnano et les châteaux de Vérone, d'Osopo et de Brescia. Ce danger est tel, qu'il devient indispensable d'aviser aux moyens de ne pas remettre à l'empereur toutes ces places et de faire passer l'une des trois propositions indiquées plus haut.

En attendant, l'évacuation de ces forteresses, ainsi que de toute la gauche de l'Oglio et du Pô, qui est promise à l'empereur, doit être retardée le plus possible; il est dit, dans les instructions du 17 floréal, que cette évacuation sera subordonnée à celle que fera l'empereur du territoire jusqu'au Lech et à la Rednitz, et des places du Manheim, Mayence et Ehrenbreitstein.

Le directoire confirme cette condition capitale, et désire en outre que les troupes de la république n'évacuent l'Italie qu'après la paix continentale: reste, d'après cette détermination, que vous demanderez le plus long-temps possible pour cette évacuation.

Si, comme il est à désirer, Venise ne sert pas d'objet d'échange contre Mantoue, ainsi qu'il est dit dans les instructions du 15 prairial, et que nous obtenions la droite de l'Adige ou toute la terre-ferme, contre des dédommagemens en Allemagne, cette ville peut subsister par elle-même sous la forme de république démocratique, en conservant la terre-ferme et ses îles, ou être réunie à la république cisalpine; ce dernier parti paraît le plus avantageux. Si Venise demeure indépendante, les anciens oligarques, qui n'aiment, ni la France ni les principes de liberté, et qui conserveront toujours de l'influence, feront tout pour la soumettre à l'empereur, au lieu qu'ils seront efficacement bridés et surveillés, s'ils appartiennent à un gouvernement central, placé à Milan ou ailleurs, et qui n'ait, contre l'empereur, que de motifs de haine ou de crainte. La république italique, gagnant outre cela à cette réunion une étendue considérable de côtes sur l'Adriatique, pourra concourrir avec nous à balancer l'influence commerciale que l'empereur acquerrait dans la Méditerranée et dans l'archipel. Dans ce cas, et surtout dans celui où l'empereur aurait la Dalmatie et l'Istrie, les îles du golfe de Venise, celles de la Grèce, qui lui appartenaient, et les villes vénitiennes en Albanie, demeureraient à la république cisalpine ou seraient cédées à la France. Dans tous les cas, Corfou, Cephalonie, Zante et Cerigo doivent rester à la république française.

Il importe également de s'opposer à ce que l'empereur conserve Raguse, dont il s'est emparé contre toute espèce de droit. Il faudra, pour cet effet, qu'un article du traité définitif assure l'indépendance de cette petite république, et que l'empereur s'en dessaisisse tout de suite.

Après avoir parcouru les articles relatifs à l'Italie, je passe à ceux qui concernent l'Allemagne.

L'empereur traite avec la république comme roi d'Hongrie et de Bohême, et en sa qualité d'empereur d'Allemagne: sous le premier de ces rapports, il doit céder tout ce qui lui appartient sur la rive gauche du Rhin. Cette cession emporte le comté de Zal-Menstein, le Peickthal et les terres et droits que la maison d'Autriche possède sur la gauche du Rhin, au-dessus de Bâle. Le directoire s'en réfère, à cet égard, aux diverses instructions données au général Clarke, notamment celles des 3 et 30 floréal, par lesquelles il demande en outre les îles du Rhin dépendantes du Brisgaw et le Vieux-Brisach.

Comme chef de l'empire germanique, l'empereur doit d'abord consentir à ce que tout territoire cédé ou à céder à la république française, sur la gauche du Rhin, soit à perpétuité soustrait à la suprématie de l'empire. Il est absurde que, sous le prétexte du maintien de l'intégrité de l'empire, on veuille attaquer les droits de la république sur Liége, Stavelot et Malmedy; comme si cette in-

tégrité n'était pas une chimère, après les atteintes qui lui ont été portées par tous les traités déjà conclus avec des princes allemands, et par la reconnaissance que l'empereur lui-même a solennellement faite des limites de la république.

Vous penserez donc qu'il faut hautement exiger ce point et ne permettre aucune tergiversation ni réserve. L'empereur doit renoncer également à tous droits de souveraineté, prétendus et souvent exercés par l'empereur et l'empire sur différens états d'Italie, et consentir à ce que les fiefs dits impériaux dans l'état de Gênes, soient remis à la république pour en disposer.

Le directoire ignore le montant des dettes hypothéquées sur la Belgique. Il faut faire tous vos efforts pour le connaître, et rejeter, si le contraire n'est pas solennellement convenu, toutes celles contractées pendant la guerre.

Restent les dédommagemens à fixer au Stadthouder et au duc de Modène: l'un et l'autre doivent se trouver sur la droite du Rhin et aux dépens des biens ecclésiastiques. C'est le principe auquel vous travaillerez à faire consentir l'empereur.

Le duc de Modène ne peut plus prétendre à la Romagne, qui d'abord lui avait été adjugée, depuis que celle-ci est actuellement réunie à la république italique.

Comme il est presque convenu que l'empereur lui cédera le Brisgaw, cet objet ne paraît pas devoir souffrir de contestation. Quant au Stadthouder, vous êtes instruit, par une lettre de mon prédécesseur, du 15 prairial passé, que le directoire verrait avec plaisir le roi d'Angleterre expulsé de l'Allemagne, et le Hanovre servirait d'indemnité à ce prince; mais, outre que cette mesure souffrirait de grandes difficultés de la part de l'empereur, elle aurait l'inconvénient d'approcher trop le Stadthouder de la république batave.

Il serait très à souhaiter que l'empereur consentît à transporter au Stadthouder le Brisgaw autrichien. Le moyen le plus efficace pour lui faire goûter ce projet est de séculariser, en faveur du duc de Modène, quelque principauté ecclésiastique, réversible à l'archiduc Ferdinand, oncle de l'empereur. Cette principauté pourrait se trouver en Souabe. L'empereur doit être plus flatté d'établir sa maison en Allemagne qu'en Italie; il ne peut se dissimuler que cet établissement sera plus solide; que, s'il consent de bonne grâce à se dessaisir du Brisgaw, le dédommagement du duc de Modène pourrait en être plus considérable.

Au reste, le directoire désire que, dans ce que je vous écris ici, vous ne voyiez que diverses combinaisons plus ou moins favorables à la république, dans lesquelles vous chercherez des directions et non des ordres: il a une entière confiance en vous, et se

repose sur votre sagesse comme sur votre gloire. Votre énergique réponse du 10 thermidor aux cinq notes des ministres de l'empereur lui prouverait seule, s'il en était besoin, combien est fondée cette confiance.

Il consent donc que vous négociez sur la base des préliminaires de Léoben, mais avec précaution, et seulement autant que, sur chaque point bien médité, il vous sera prouvé qu'il n'est pas possible d'obtenir mieux.

Dans le cas où il serait accordé à l'empereur tout ce que les préliminaires lui donnent en Italie, vous sentez sûrement l'utilité de ne lui donner aucun dédommagement en Allemagne et de le faire renoncer aux prétentions qu'il pourrait avoir sur la Bavière et sur quelques-unes des nouvelles sécularisations.

Enfin, le directoire vous demande d'avoir sans cesse présente à l'esprit la nécessité d'affermir la république italique, l'avantage de repousser le plus possible l'empereur en Allemagne; de vous assurer son influence pour la négociation avec l'empire; de ne pas laisser Mantoue à sa disposition; d'écarter aussi, dans les circonstances, toute idée de congrès. Les motifs de tels voeux doivent être vivement sentis par vous; mais, encore une fois, ils sont des avertissemens et rien autre chose.

La Dalmatie et l'Istrie vénitiennes devant, suivant toute apparence, rester à l'empereur et amener de nouvelles relations commerciales, vous arrêterez dans un article, qu'il sera fait un traité de commerce par lequel la France jouira des avantages des nations les plus favorisées. Les détails en seront envoyés à l'époque même de ce traité.

Vous demanderez avec force et vous saurez obtenir la liberté de toutes personnes détenues pour cause d'opinions politiques, et victimes de leur amour pour les Français et pour la liberté.

Enfin, vous exigerez comme réparation et indemnités pour les citoyens Maret et Sémonville, ambassadeurs de la république française, enlevés à main armée sur un territoire neutre, en 1793, par ordre de l'archiduc Ferdinand, pillés, chargés de lieus, conduits à travers l'Allemagne de cachot en cachot, et, par la violation la plus révoltante du droit des gens, détenus en prison pendant trente mois, eux et leur suite, la somme de 354,440 francs, à laquelle furent fixées, par ordre du directoire, le 23 floréal an 4, non les réparations, mais les indemnités seules qu'ils avaient droit de réclamer. De plus, pour la citoyenne Mongerout, veuve du citoyen Mongerout, ci-devant maréchal-de-camp, lequel, chargé d'une mission extraordinaire à la cour de Naples, fut arrêté par ordre du même archiduc et a péri dans les cachots de Mantoue, après avoir été indignement pillé, la somme 50,000 francs; et enfin pour la famille de Lamarre,

secrétaire de légation à Constantinople, et de Taistre, ingénieur, interprète attaché à cette résidence, l'un et l'autre arrêtés par la même autorité, et morts en prison, une indemnité que vous désignerez.

Cette lettre n'annulle en rien les instructions passées, en ce qui n'y serait pas directement contraire. Du reste, elle ne gêne aucune de vos combinaisons, et vous laisse parfaitement le maître d'agir suivant votre prudence.

Ch. Mau. Talleyrand.

VI. Beispiele von Antritts-Reden.

Nro. 20.

Discours adressé par l'ambassadeur d'Hollande au roi de Prusse, dans son audience publique, le 2 janvier 1788[1]).

Sire,

Leurs Hautes-Puissances ont jugé devoir faire exprimer à V. M. les sentimens dont elles sont animées pour sa personne. Plus ces sentimens sont vrais, sire, plus LL. HH. PP., ont voulu en faire accompagner les expressions de la plus grande solennité. C'est à cet effet que mes seigneurs et maîtres m'ont revêtu du caractère d'ambassadeur extraordinaire pour m'acquitter de cette commission honorable. J'ai l'honneur de présenter ici mes lettres de créance à V. M.

LL. HH. PP. d'après l'attachement et la haute considération que leur inspirent les hautes vertus et les éminentes qualités de madame la princesse d'Orange, ont ressenti, sire, la douleur et l'indignation la plus vive, quand un petit nombre d'individus, après avoir plongé l'état dans la crise la plus effrayante, se permit envers S. A. R. une offense inouïe. LL. HH. PP. croient V. M. persuadée, combien elles auraient désiré donner à madame la princesse la satisfaction la plus éclatante, si elles n'en avaient été constamment empêchées par des menées pernicieuses. C'est avec le contentement le plus vrai, qu'elles ont vu les troupes de V. M. sous les ordres de monseigneur le duc régnant de Brunswic, procurer à S. A. R. une satisfaction convenable. J'ai ordre d'en assurer V. M. et de

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 373—375. Voy. aussi la not. 1: »Les Etats-Généraux chargèrent le Baron de Reede, leur ministre plénipotentiaire à la cour de Berlin, de remercier S. M. le roi de Prusse dans une audience publique de ce qu'il avait fait en Hollande, pour le rétablissement de la tranquillité et du Stadthouderat; le ministre fut revêtu en cette occasion du caractère d'ambassadeur extraordinaire.«

lui témoigner la part que LL. HH. PP. ont prise à cet événement. Si les succès de vos armes, sire, ont ajouté à la gloire du règne de V. M., s'ils ont augmenté le nombre de lauriers que le héros qui marchait à la tête des troupes prussiennes, et ces troupes elles-mêmes, sont habitués à cueillir, ces mêmes succès ont amené un nouvel ordre de choses dans la république. Aujourd'hui, sire, les liens d'union, tant entre les provinces, qu'entre les différens membres de celles-ci, sont plus étroitement resserrés; la constitution, dont le caractère sacré aurait dû être inaltérable, est assise de nouveau sur une base solide; S. A. S. monseigneur le prince Stadthouder héréditaire, d'après les voeux de la majeure et à la fois la partie la plus considérée de la nation, est rétablie pour le bien-être de l'état dans l'exercice de ses hautes dignités héréditaires.

Une révolution aussi heureuse, occasionné, produite même, par l'intervention efficace de V. M., est un service essentiel, qui excite toute la reconnaissance de LL. HH. PP. Chargé expressément de la témoigner à V. M., j'ai l'honneur, sire, de vous en présenter les expressions, avec les assurances de l'ardent désir de LL. HH. PP., de vous prouver dans tous les temps, et leur gratitude et la haute considération qu'elles portent à V. M. LL. HH. PP. mettront toujours le plus grand soin à cultiver et à entretenir avec V. M. la meilleure harmonie, et cette correspondance si hautement nécessaire entre de bons voisins; elles désirent, sire, et rien ne sera plus agréable à mes seigneurs et maîtres, que de pouvoir l'augmenter en contractant des liaisons encore plus étroites avec V. M.

Tels sont, sire, les sentimens que je suis chargé d'exprimer à V. M. J'aurai rempli mes ordres, si j'ai le bonheur de voir V. M. persuadée que leur durée égalera toujours leur force. M'est-il permis, sire, d'avoir l'honneur de présenter à V. M. les assurances de mon profond respect, et celles de ma constante application à obtenir le bonheur de plaire à V. M.

Nro. 21.

Discours d'audience du Baron de Breteuil, ambassadeur de France, adressé à l'empereur Joseph II.; le 19 février 1775.[1])

Sire,

L'honneur que j'ai de remettre à V. M. les lettres du roi, m'impose pour premier devoir, de vous parler de tous ses sentimens

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 377.

Voy. en outre:

Discours d'audience de M. d'Allion, ministre plénipotentiaire de France à la cour de Russie, adressé à l'impératrice de Russie; en 1745.

Discours de l'ambassadeur des Etats-

pour V. M. Rien n'intéresse plus le coeur u roi, que de vous convaincre, sire, de sa constante amitié, et du prix qu'il attache à tous les liens sacrés qui l'unissent à V. M. Le roi désire et se flatte qu'ils sont tous également indissolubles. Je serai trop heureux, sire, si mes soins respectueux et mon zèle attentif pour tout ce qui pourra maintenir et fortifier la confiance et l'intimité des deux maisons, vous sont une nouvelle preuve de la résolution où est le roi de n'en laisser échapper aucune occasion.

Quant à moi, sire, le comble de ma satisfaction est d'avoir l'honneur d'être chargé de suivre des interêts aussi précieux et établis sur des bases aussi solides. J'ai travaillé dans cet espoir depuis longues années. Je n'aurais plus rien à désirer, si j'en recueille le flatteur avantage de mériter l'estime et les bontés de V. M. J'en serai sûr, si elles les accorde au désir de lui plaire, ainsi qu'au profond respect et à l'admiration la plus vraie pour toutes les grandes qualités que V. M. montre à l'Europe.

Nro. 22.

Antritts-Rede des holländischen Gesandten, Mr. Bosc de la Calmette an den König von Portugal; i. J. i. J. i. J. 1752 [1]).

Sire!

Les Seigneurs Etats Generaux des Provinces Unies, m'honorant du caractere de Leur Ministre aupres-de V. M. m'ont chargé de la lettre que j'ai l'honneur de Lui presenter. L. H. P. de même que S. A. R. Madame la Princesse Gouvernante penetrées des sentimens de la plus haute consideration pour V. M. m'ont expressement ordonné, Sire, de Vous donner les assurances les plus fortes de la sincerité de ces sentimens, du prix infini, qu'ils mettent à l'amitié de V. M. et de leur desir invariable de la cultiver partout ce qui dependra d'eux, et comme rien ne peut être plus agréable à mes Maitres, que de cimenter de plus en plus, et de perpetuer, s'il est

Généraux des Provinces Unies des Pays-Bas, adressé au roi de France.

Discours prononcé par le baron de Staël de Holstein, ambassadeur extraordinaire du roi de Suède près la république française, dans le sein de la Convention; le 4 floréal, an 3 (23 avril 1795).

Discours du citoyen Verninac, ministre de la république française près la Porte-Ottomane, prononcé lors de l'audience publique qu'il eut du grand-visir; en 1795.

Discours d'audience du duc de Villa-Hermosa, ambassadeur d'Espagne à Lisbonne; adressé au roi de Portugal; en 1823.

Discours d'audience de M. Hyde de Neuville, ambassadeur de France à Lisbonne; adressé au roi de Portugal; le 3 septembre 1823.

(Ch. de Martens, Tom. II. sect. II. pp. 379, 390, 391, 392, 403, 405—407.)

1) Vgl. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 5 §. 12 (S. 272—273).

Formulare zu Antritts-Reden sieh. bei Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. IV. chap. I. p. 254.

possible, l'union entre cette Couronne et leur Republique, ils ne negligeront jamais certainement aucun des moïens, qui pourront conduire à ce but. La conservation de la personne sacrée de V. M. la gloire et la prosperité de ses Etats seront constamment un des plus grands objets de leurs voeux. Permettez, Sire, que je me prevale de la circonstance flatteuse, qui me donne accés auprés de V. M. pour Lui temoigner respectueusement, combien j'ambitionne de pouvoir, dans l'exercise de mon Ministere et par ma conduite me rendre digne de son approbation. Je ne perdrai jamais cet objet de vüe, et je m'estimerai très-heureux, si je puis reussir à convaincre V. M. de mon parfait devouement.

Nro. 23.

Discours du baron de Breteuil adressé à l'impératrice-reine Marie-Thérèse; le 19 février 1775 [1]).

Madame,

Le roi, en me faisant l'honneur de me charger des plus grands intérêts auprès de V. M., m'a particulièrement recommandé de vous renouveler les protestations les plus sincères sur son attachement à votre alliance, et de ne négliger aucun moyen de vous convaincre de sa constante amitié. S. M. jouit, madame, de la manière la plus sensible pour son coeur et pour son esprit, du rare avantage de trouver dans l'union des principes les plus solides de sa monarchie et des plus tendres sentimens de son âme, la source du repos qu'elle veut procurer à ses peuples, et celle de son bonheur personnel. Je serai, madame, le plus heureux de tous les hommes, si, pendant le cours de mon ministère, je puis contribuer par mes soins, et par la bonne foi de mes démarches, à resserrer de plus en plus, les liens de l'intérêt commun et si vrai des deux monarchies. Je trouverai, madame, dans ce devoir journalier, l'emploi de tous mes principes, de tous les voeux de mon ambition, et l'expression de mon admiration respectueuse pour deux augustes princesses [2]) que j'ai eu l'avantage d'admirer de près, que V. M. a douées de toutes ses vertus, qui répandent comme elle, le bonheur sur des peuples entiers, et qui ont daigné m'honorer d'une protection particulière.

[1]) Voy. Ch. de Martens, Tom. II. sect. II. p. 378—379.

[2]) Voy. Ch. de Martens, l. c. p. 379 not. 1: »Les reines de France et de Naples.«

Nro. 24.

Discours de M. d'Allion, ministre plénipotentiaire de France à la cour de Russie, adressé au grand-duc de Russie; en 1745 [1]).

Monseigneur,

Destiné à continuer un jour la félicité des peuples de ce vaste empire, vous l'êtes également à partager tout ce qui décore le règne de l'auguste souveraine qui les gouverne aujourd'hui.

Votre altesse impériale connaît d'ailleurs depuis long-temps les sentimens de S. M. pour sa personne en particulier. J'ai la satisfaction de reparaître devant elle, avec ordre de l'assurer que ces sentimens n'ont point varié, qu'il ne varieront jamais, et que le roi ne laissera échapper aucune occasion de témoigner à V. A. I. la part sincère qu'il prend à tout ce qui peut l'intéresser.

J'ai regardé, monseigneur, le temps de ma première mission comme le temps le plus fortuné pour moi. V. A. I. m'y marquait quelques bontés. S'il suffisait d'aller au-devant de tout ce qui peut lui plaire, j'oserais en espérer la continuation.

Réponse faite par le conseiller-d'état Wesselowski au nom du grand-duc.

Monseigneur le grand-duc ne peut apprendre qu'avec bien de la joie les sentimens favorable de S. M. le roi de France à son égard. Aussi S. A. I. profite-t-elle de cette occasion pour réitérer de sa part au roi les assurances de sa reconnaissance et de son parfait attachement. Et elle se fera un plaisir de continuer les témoignages de son affection à monsieur le ministre plénipotentiaire.

Nro. 25.

Discours de Lord Hindford, ambassadeur d'Angleterre, adressé à la grande-duchesse de Russie [2]).

Madame,

L'ambassade à la cour impériale de Russie, dont le roi, mon maître, m'a honoré, me cause une double satisfaction, puisque S. M. m'a chargé en même temps, d'assurer V. A. I. de son amitié et de son affection sincère. Oserai-je bien, madame me flatter de la continuation des bontés dont V. A. I. m'a toujours honoré? Je tâcherai au moins de m'en rendre digne par l'attachement inviolable que j'ai et que j'aurai toujours pour la personne de V. A. I., et pour l'auguste maison dont elle est issue.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 380—381.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 381—382.

Réponse faite par le baron de Bredahl, grand-veneur, au nom de la grande-duchesse.

Les témoignages d'amitié, que le roi de la Grande-Bretagne a chargé monsieur l'ambassadeur de donner de la part de S. M. à madame la grande-duchesse, ne peuvent que lui causer une joie proportionnée à la haute estime qu'elle a toujours eue, et qu'elle conservera toujours pour la personne de S. M. britannique. S. A. I. et la maison dont elle est issue, connaissant d'ailleurs depuis longtemps le mérite et les qualités distinguées de monsieur l'ambassadeur, ce sera un plaisir pour elles, de pouvoir lui faire connaître d'une manière convaincante et suivant les occasions jusqu'à quel point elles l'estiment.

VII. Beispiele von Berichten.

Nro. 26.

Dépêche du marquis de Valori, ministre de France à la cour de Berlin, adressée à M. Rouillé, ministre des affaires étrangères, lors des négociations entamées entre la Prusse et la cour de Versailles; en 1756. (Fragmens.) [1])

Berlin, le 3 juillet 1756.

Le roi de Prusse, monsieur, s'est rendu ici, comme j'ai eu l'honneur de vous mander qu'il devait le faire, mercredi dernier: je lui ai fait ma cour, comme les autres ministres étrangers: il m'a parlé, mais de choses très-indifférentes, et avec un visage serein et peu occupé de ses dispositions militaires, ainsi que de l'état actuel de ses affaires. Tout ce que je vous ai mandé par ma dernière lettre, se réalise; le régiment de Wirtemberg est parti, et même sous son escorte, quatre chariots chargés d'argent. Les chevaux d'artillerie et de vivres arrivent successivement, et partent pour la Poméranie: d'autres prennent le chemin de la Silésie, et les bâteaux sur la rivière, chargés d'armes et d'autres munitions, pour Magdebourg. Tout cela confirme le public dans l'opinion qu'il y aura trois camps; l'un en Prusse, l'autre en Silésie, et le troisième à Magdebourg, ce même public nomme les genéraux qui doivent les commander; le prince de Prusse est destiné pour le premier, le roi ira en Silésie, et celui de Magdebourg aura pour chef le prince Ferdinand de Brunswick; voilà, monsieur, ce qui se dit, et que je ne vous garantis pas.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 260—264.

Permettez moi une question, le cas arrivant, ce que je ne prévois pas, que le roi de Prusse me proposât de le suivre à l'armée, que dois-je répondre? S'il le faisait avant que je fusse instruit des intentions de S. M., je recevrais sa proposition avec joie et reconnaissance: mais, sous différens prétextes, je différerais mon départ, jusqu'à ce que j'en fusse informé. Ne croyes-vous pas, monsieur, que prévenu sur cela, ma conduite n'eût un air plus naturel, qui donnât moins à penser à ce prince? Je vous répète encore, que je ne crois pas du tout qu'il m'en fasse la proposition; mais il est bon, à tout événement, de savoir à quoi s'en tenir.

L'affaire du Mecklembourg est autant que finie. Le roi de Prusse a fait entrer dans son cabinet l'envoyé du nouveau duc, et lui a annoncé l'élargissement des prisonniers; c'est ce qu'il demandait préalablement, pour que le duc son maître pût entrer en négociation sur les arrangemens subséquens à prendre. J'ai toujours regardé cette affaire comme de la plus grande conséquence pour le roi de Prusse, en ce qu'elle donnait beau jeu à la reine d'Hongrie de lui faire la guerre, en même temps qu'il se voit attaqué par la Russie; car il est de tout certitude que cela sera; les Russes mêmes n'en font point mystère dans les différentes cours où il y a des ministres de cette nation, et je le crois d'autant plus, qu'ils peuvent lui faire beaucoup de mal impunément. Si ce n'est de leur part que démonstration, S. M. prussienne sera toujours constituée dans une grande dépense en argent et en inquiétude. On a beaucoup parlé de l'augmentation que S. M. a faite dans ses troupes; je m'en suis informé, pour pouvoir vous en parler avec quelque sorte de certitude; elle est effectivement de huit bataillons, faisant ensemble quatre mille huit cents hommes sans les officiers; ainsi je crois qu'on lui peut compter cent cinquante mille hommes de troupes de campagne; car les régimens qui étaient ci-devant sur le pied de paix, sont établis sur celui de guerre.

Notre traité avec la reine d'Hongrie, et la prochaine accession de la Russie, sont pris bien différemment dans plusieurs états, et particulièrement dans le nord, où on prétend que l'ancien système se trouvant renversé, la cour de Vienne s'en prévaudra pour suivre l'objet qu'elle a eu autrefois, d'opprimer l'Allemagne avec la religion protestante; qu'il doit nécessairement se former une ligue entre eux, pour la maintenir, et que nous ne tarderons pas à voir partir de cette cour, des hauteurs et des demandes de complaisance de sa part, nuisibles à la sûreté du corps évangélique; telle serait la liberté d'écraser le roi de Prusse, qui aurait peine à resister à ces deux puissances conjurées pour sa perte. Le malheur de ce prince est d'avoir aliéné tous ses voisins. Il sera difficile de les rapprocher. Mais on aperçoit la difficulté d'y mettre des bornes, et d'arrêter ses

ennemis au point où il serait nécessaire: on dit de plus, que la guerre que la Russie est prête à lui faire, doit nécessairement augmenter l'influence qu'elle a déjà, et qu'elle cherche à accroître dans les affaires d'Allemagne. Le Danemark, par exemple, verra-t-il sans inquiétude les galères russes courir les côtes de la Baltique, et faire des descentes en Poméranie? — Je vous rends compte, monsieur, de ces raisonnemens, auxquels je ne prends d'autre part, que de les écouter, même quelque fois de les exciter, pour m'instruire et vous les représenter comme à un juge éclairé, qui peut me guider dans les réponses que je pourrais avoir à faire si j'étais pressé par S. M. prussienne, ou par ceux qu'elle me détacherait pour savoir ce que j'en pense. Ne croyez-vous pas que je sois dans une position à avoir besoin d'être guidé et instruit?

On m'a assuré que l'Angleterre avait perdu tout son crédit à la cour de Russie; que même son ambassadeur ne sortait pas de chez lui, dans la crainte d'être insulté; qu'il y a de sa faute, puisqu'il avait été haut avec les Russes jusqu'à l'insolence; mais que cette puissance avait refusé de recevoir les subsides convenus. Si cela est, le roi de Prusse a pris une mauvaise voie pour négocier son acommodement avec la Russie, qui, comme je vous l'ai dit, est animée à l'excès contre lui. La négociation entre le Roi de Prusse et M. Mitchel existe toujours. Ce ministre a eu une conférence d'une heure et demie, à cinq heures après-midi: j'ai beau me tourmenter pour en découvrir au juste l'objet, je n'y puis parvenir; si vous le pouvez, mettez moi sur la voie.

Le marquis de Fraigne, qui est de retour de Hambourg, n'y a pas perdu son temps. Il y a recueilli bien des propos et des faits intéressans. Je ne doute pas que M. le président Ogier ne vous ait rendu compte de sa contenance à la cour de Danemark; celle qu'il a ici est on ne peut pas mieux.

Je ne puis encore vous rien dire de remarquable sur la manière dont le roi de Prusse personnellement prend l'événement de notre traité défensif avec la cour de Vienne. L'abbé de Pradt pourrait m'en dire quelque chose, si je le voyais. Je ne puis le chercher à Potsdam, sans le rendre suspect; mais, ce que je puis vous dire, monsieur, c'est que ce pays-ci en général en est extrêmement effarouché. Le prince de Prusse, que je vis hier chez la reine-mère, m'accueillit à son ordinaire, et me dit que j'avais bien fait de ne pas aller chez lui; qu'il ne savait lui-même à qui il devait parler, et qui il devait éviter d'entretenir. Il me demanda en courant, ce que je pensais de tout cela; je lui répondis que je me perdais comme les autres dans mes conjectures; que pour fixer un raisonnement solide, il faudrait avoir connaissance des avis qu'avait S. M. prussienne, et être dans la confidence de ses projets pour en juger.

»Jusqu'à présent, me dit-il, je crois positivement, que nous serons attaqués par les Russes; toutes les apparences sont, que la reine d'Hongrie veut-être de la partie; la préviendrons-nous? ou attendrons-nous qu'elle nous attaque? C'est ce que je ne sais pas; mais à tout événement, nous aurons besoin de toutes nos forces. Vous irez à Hanovre, le roi d'Angleterre fera la paix, et vous nous y comprendrez.« Je n'eus pas le temps de discuter avec ce prince cette idée. Il m'a paru véritablement fâché de ne pas oser me voir plus à l'aise. J'espera que cela changera, quand ce chaos sera un peu éclairci.

J'ai l'honneur d'être etc.

Le marquis de Valori[1]).

Nro. 27.

Dépêche de M. de Breteuil, par laquelle il instruit le comte de Vergennes de la communication qu'il avait eu ordre de faire au prince de Kaunitz, chancelier d'état de l'impératrice Marie-Thérèse; du 24 mars 1778. (Fragment.)[2])

J'ai dit à M. de Kaunitz que j'avais ordre de lui lire une dépêche qui renfermait les déterminations auxquelles le roi s'était fixé irré-

[1]) Voy. une autre dépêche du même chez Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 264—267.

[2]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 283—285.
Voy. en outre:

- Dépêches du comte de Lynar, ministre de Danemark à la cour de St. Petersbourg, adressées au roi, lors de ses négociations, avec le grand-duc de Russie (depuis Pierre III.), au sujet du pays de Holstein; en 1750 (Fragment).
- Dépêche de M. d'Arget, adressée au marquis d'Argenson, ministre des affaires étrangères de France, dans laquelle cet employé rend compte de la commission dont il avait été chargé auprès du roi de Prusse; de ...... 1745.
- Deux dépêches du comte de Broglio, ambassadeur de France près le roi de Pologne électeur de Saxe, à M. Rouillé, ministre des affaires étrangères de S. M. T. C., par lesquelles il lui rend compte des entraves qu'il éprouve de la part du roi de Prusse à l'exercice de ses fonctions; du 10 septembre 1756.
- Dépêche de M. de Breteuil, ambassadeur de France à la cour de Vienne, adressée à M. de Vergennes, ministre des affaires étrangères, par laquelle il lui rend compte des premières audiences qu'il a eues de l'empereur Joseph II. et de l'impératrice-reine Marie Thérèse; du 23 février 1775 (Fragment).
- Autre dépêche du même, par laquelle il rend compte à M. de Vergennes, de la conversation épineuse qu'il eut avec le prince de Kaunitz; du 30 septembre 1778 (Fragment).
- Autre dépêche du même, par laquelle il rend compte à M. de Vergennes, d'un entretien qu'il a eu avec l'empereur Joseph II.; du 26 mai 1779 (Fragment).
- Deux dépêches adressées au grand-pensionnaire de la république batave, par les plénipotentiaires d'Hollande, envoyés à Paris pour négocier avec le ministère de France sur le projet mis en avant par l'empereur Napoléon, de mettre à la tête du gouvernement batave, un prince de sa maison; en 1806.
- Dépêche du nonce de Pape, adressée au cardinal Caprara, secrétaire d'état du St. Siège, par laquelle il lui rend compte de ce qui s'est passé au cercle

vocablement après les plus mûres réflexions de S. M. et de son conseil. M. le prince de Kaunitz plaça alors devant lui, une feuille de papier et son crayon. Je commençai la lecture de votre dépêche. Le ministre m'a écouté en grand silence jusqu'à la fin de la phrase qui déclare que le roi ne veut embrasser que le parti de la neutralité, dans la guerre qui pourrait éclater en Allemagne. M. le prince de Kaunitz m'a prié de lui relire ce passage intéressant. Je l'ai repris à la phrase »il nous reste à désirer que la cour de Vienne ait écouté la voix de l'amitié et de la justice,« et j'ai continué jusqu'à la fin des termes qui renferment la déclaration de la neutralité. M. le prince de Kaunitz, après cette seconde lecture, m'a prié de lui permettre d'écrire cette déclaration dans les termes qui l'expriment. Je la lui ai dictée mot-à-mot.

Quand le ministre autrichien a eu fini d'écrire, j'ai repris ma lecture aux mots, »elle est convaincue par l'examen le plus attentif, etc.« Lorsque j'ai eu prononcé que le roi ne peut reconnaître le casus foederis dans la conjoncture présente, M. de Kaunitz, en prenant son crayon avec colère, a barré ce qu'il venait d'écrire, et m'a dit: ce que je viens d'écrire est inutile, je ne puis entendre plus long-temps cette lecture, ni rendre compte à l'impératrice de ce qu'elle renferme, ni de ce que je viens d'écrire[1]. Je n'en ferai sûrement aucun usage, à moins que vous ne me donniez cette déclaration par écrit.

J'ai répondu que je n'avais point d'ordre de la donner par écrit. — En ce cas, l'impératrice l'ignorera, a continué M. de Kaunitz avec fureur. — Ce n'est pas à moi, lui ai-je dit, à vous prescrire l'usage que vous devez faire de ce que j'ai l'honneur de vous dire, au nom du roi, pour l'impératrice; mais comme je ne connais que vous à qui je doive tenir le langage qui m'est ordonné, vous trouverez bon que je continue ma lecture. Ce raisonnement a fait reprendre sa tranquillité à M. de Kaunitz, et il a consenti à m'écouter jusqu'au bout. Quand ma lecture a été achevée, le ministre m'a dit avec beaucoup de flegme: — Il faut voir, avant de

tenu par l'empereur Napoléon à St. Cloud, le 15 juin 1806.

Dépêche du baron de Lagerbielke, ministre de Suède à Paris, par laquelle il rend compte au roi, de l'entretien qu'il eut avec l'empereur Napoléon, lors de son audience du 26 octobre 1810 (Fragment).

Rapport du duc de Gallo, ministre des affaires étrangères du roi de Naples, adressée au Prince-Régent, le duc de Calabre, lui rendant compte des circonstances et du résultat de sa mission à Laybach; en janvier 1821.

(Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. pp. 244—260, 268—271, 272—280, 280—283, 285—294, 301—305, 305—312, 312—317.)

Eine Anzahl anderer, namhaft gemachter Berichte u. w. d. a. sieh. bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 232—234, 236 u. 237.

[1]) Voy. Ch. de Martens, l. c. p. 284 not. 1: »Cette conduite du prince, annonce que le cabinet de Vienne avait fortement compté faire comprendre dans le casus foederis la guerre qu'il allait avoir avec la Prusse.

parler sur tout cela, ce qu'aura produit sur votre ministère, mon dernier courrier à M. de Mercy [1]). Tout ce que je désire seulement, c'est que la même déclaration que vous venez de me faire, n'ait pas été prononcée à l'ambassadeur de leurs majestés impériales avant qu'il ait reçu les différens papiers que je lui ai adressés, pour faire preuve de notre confiance dans l'amitié du roi. Je craindrais, a ajouté le ministre, que si cette déclaration a été faite à M. de Mercy avant l'arrivée de ces papiers, il ne crût superflu de les remettre. — J'ai dit que l'ambassadeur, instruit que j'en avais eu communication entière, ne pourrait sûrement pas prendre sur lui de ne pas la faire au ministère du roi. M. de Kaunitz après un instant de silence m'a dit: Il est inutile de faire des traités, si l'explication de leurs engagemens devient arbitraire. J'ai de son avis; mais en lui articulant sèchement que cette réflexion sans doute n'était pas faite pour nous. Enfin, a dit M. de Kaunitz, il est inutile de parler sur tout ceci avant le retour de mon courrier. Je crois, au reste, a-t-il ajouté, qu'il vous conviendra autant qu'à moi, que nous ayons l'air, en attendant, d'être ensemble comme à notre ordinaire. J'ai répondu que j'espérais que nous en aurions aussi le jeu de très-bonne foi, parce que cette circonstance particulière ne pouvait rien changer au fonds des sentimens ni des principes de nos maîtres. J'ai quitté le cabinet du ministre après cette expression de ma part, et j'ai passé dans son salon pour dîner avec lui, etc. [2]).

VIII. Beispiele von Staatsaufsätzen verschiedener Art.

Nro. 28.

Mémoire du ministère prussien, adressé au comte de Cobenzel, plénipotentiaire autrichien, lors des négociations entamées entre ces deux cours au sujet de la succession de la Bavière; du 13 juin 1778 [3]).

Les soussignés, ministres d'état, ayant fait leur rapport au roi

[1]) Voy. Ch. de Martens, l. c. not. 2: »Le comte de Mercy-Argenteau était ambassadeur de l'impératrice-reine près du roi.« — Vgl. Vehse, a. a. O. Th. 8 S. 100: »Nach dem Hofbericht des Baron Fürst war dieser Graf Florimund Mercy d'Argenteau eine Creatur von Kaunitz, »»ein trockner Mann, der immer in Sentenzen redet und selbst als er der Gräfin Kinsky den Hof machte, selten seine Stirn entwölkte.«« Graf Mercy war der Hauptmentor der 1770 an Ludwig XVI. verheiratheten Tochter der Kaiserin, der unglücklichen Königin Maria Antoinette und blieb in Paris bis zum Jahre 1791.«

[2]) Voy. Ch. de Martens, l. c. p. 285 not. 1: »La diplomatie mise ainsi en action dans le dialogue de deux personnages habiles, s'attaquant et se repoussant tour-à-tour, pour faire prévaloir des intérêts contraires, ou tâcher de les accorder malgré la haine et la rivalité, offre une controverse de cabinet très-imposante, et la lutte la plus noble de la sagacité, des talens et de la prudence.«

[3]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 187—190.

Voy. en outre:

Mémoire de M. Rouillé, ministre des

de ce que M. le comte de Cobenzel, envoyé extraordinaire de LL. MM. II. et RR., leur a fait connaître sur l'affaire de Bavière dans la conférence du 7 de ce mois, d'après une dépêche de M. le prince Kaunitz du 31 de mai, qu'il leur a communiquée, ils ont été chargés de répondre à ces ouvertures selon l'intention de S. M. avec la précision et la confiance qui peut seule conduire la négociation entamée à une heureuse fin, et de demander en retour des explications catégoriques de la part de la cour de Vienne.

La susdite dépêche contient d'abord une récapitulation des points généraux qu'on a mis pour base de cette négociation, qui ne sont sujets à aucune difficulté, et que S. M. a déjà acceptés.

Mais on ne saurait cependant s'empêcher de faire une observation préalable sur les conséquences qu'on semble vouloir en tirer, comme si la cour de Berlin reconnaissait comme fondés, les droits de tout autre prétendent à la succession de Bavière à l'exception de ceux de la cour de Vienne, et qu'elle n'attaquât ceux-ci que par des motifs relatifs à sa convenance politique et à l'équilibre établi entre les deux cours. Si telle était l'intention de S. M. prussienne, elle n'aurait pas offert de contribuer à faire céder à S. M. l'impératrice-reine une partie importante de la Bavière contre des équivalens à prendre sur ses états éloignés; et pour ce qui est de la modération et du désintéressement de S. M.; elle croit en avoir donné les preuves les moins équivoques, en ne demandant pour elle même que ce qui lui revient par les droits les plus incontestables.

Les deux premiers articles du plan de conciliation proposé,

affaires étrangères de France, adressé à M. Fox, secrétaire-d'état de S. M. britannique, pour demander réparation de l'outrage fait au pavillon français; 1775.

Mémoire du comte de Bernstorff, ministre des affaires étrangères de Danemark, adressé au baron de Sprengtporten, ambassadeur de Suède à la cour de Copenhague, pour l'instruire de l'obligation dans laquelle se trouvait le roi, de fournir des troupes auxiliaires à l'impératrice de Russie; du 19 août 1788.

Contre-mémoire du baron de Sprengtporten; du 11 septembre 1788.

Mémoire du comte de Bernstorff, en réponse au contre-mémoire du baron de Sprengtporten; du 13 septembre 1788.

Mémoire de lord Malmesbury, plénipotentiaire de la Grand-Bretagne, remis au ministère-français, pour lui faire des propositions de paix; du 23 octobre 1796.

(Ch. de Martens, l. c. p. 190—199.)

Memoriale Residentis Suecici, Esaiae de Puffendorff: primo metum et multiplices curas, quae ex Captivitate Furstenbergii legatos reliquos Coloniae adhuc commorantes fatigarent, exponit ipsius deinde facti reparationes et in autores poenam tam legatorum quam Regis sui potissimum nomine postulat. Caeterum contra facti justitiam acriter disputat (1674).

Mémoire adressé par l'Ambassadeur de la République Française à S. M. l'Empereur François II., au sujet de la violation commise contre son caractère public; du 4 avril 1798.

(Miruss, a. a. O. Abth. 2 SS. 230—232, 235.)

Eine Anzahl anderer, namhaft gemachter Memoiren u. w. d. a. sieh. ebds. SS. 232—234, 236 u. 237.

Bruchstücke von Memoiren, Pro-Memoria u. w. d. a. sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 2 Cap. 2 (S. 98—120).

roulent en partie sur des objets accessoires et étrangers à l'arrangement principal, qui est celui de la succession de Bavière.

Si S. M. a fait mention dans le projet qu'elle a donné de la réunion éventuelle des marggraviats de Bareuth et d'Anspach à la primogéniture, ce n'a été que parce que la cour de Vienne l'a désiré, et parce qu'il lui a paru en effet essentiel d'obvier dès à-présent à tout sujet de discussion pour l'avenir sur une affaire sur laquelle on a paru jeter des doutes. Cet arrangement ne sera d'ailleurs sujet à aucune difficulté et pourra être ajusté de la manière proposée.

Le troisième article du même plan qui concerne les soins que les deux cours doivent se donner, pour terminer à l'amiable les différends de la maison Palatine et de la cour de Saxe, au sujet des prétentions de cette dernière sur la succession allodiale de Bavière, suppose l'arrangement de cette succession, et c'est précisément ce qui demande d'être éclairci.

Sans vouloir entrer de nouveau dans la discussion des droits de la cour de Vienne sur les possessions qu'elle a occupées en Bavière, et que le roi ne saurait admettre dans leur totalité, S. M. a déclaré dès le commencement de la négociation et déclare encore, qu'elle ne s'opposera pas à ce que S. M. l'impératrice-reine conserve une partie de ces possessions, qui pourraient être de sa convenance, pourvu que la maison Palatine soit dédommagée et mis en état de satisfaire aux prétentions de la cour de Saxe. Mais la gloire et la dignité de S. M. ne lui permettent pas de se lier les mains par une convention préliminaire, sans être informée au juste de la nature des échanges et des équivalens au moyen desquels la cour de Vienne se propose de moyenner cette satisfaction des parties intéressées.

Les termes dans lesquels on s'énonce sur cette matière dans un article de la dépêche ci-dessus alléguée, qui est séparé du plan même, paraissent si vagues et si obscurs que S. M. croit pouvoir demander à la cour de Vienne, qu'elle s'explique clairement, et qu'elle déclare d'une manière non équivoque:

1) Quels sont les districts de la Bavière et du Haut-Palatinat qu'elle veut garder, et quels sont ceux qu'elle se propose de rendre.
2) Quels sont les échanges qu'elle a en vue, et quels équivalens elle veut donner à la maison Palatine pour son dédommagement.
3) En quoi consistent proprement les avantages qu'elle promet à l'électeur Palatin, pour le mettre en état de satisfaire l'électeur de Saxe.
4) Si la cour de Vienne veut consentir d'arranger toute la suc-

cession de Bavière, relativement aux droits de l'électeur Palatin, de l'électeur de Saxe, du duc de Deux-Ponts et des ducs de Mecklenbourg, avec le roi, qui comme ami et allié de ces princes comme électeur et prince de l'empire et par d'autres titres qui ont été allégués, a tant de droit et d'intérêt de prendre part à la juste distribution de cette succession.

Une réponse claire, précise et catégorique sur ces quatre points mettra le roi en état de juger, si cette affaire peut être terminée d'une manière satisfaisante pour les parties intéressées, et facilitera en ce cas l'heureuse conclusion de la négociation.

Le refus de ces explications rendrait l'accommodement impossible et ferait retomber sur la cour de Vienne tout le blâme des malheurs qui en résulteraient.

S. M. se promet donc de la justice, de la modération et de l'amitié de leurs majestés impériales, qu'elles ne se refuseront pas de lui donner ces éclaircissemens, d'après lesquels elle pourra se décider sur une affaire de cette importance, et qui est si intéressante pour le bien de l'humanité et pour le maintien de la bonne intelligence entre les deux cours.

Finkenstein. Herzberg.

Berlin, le 13 juin 1778.

Nro. 29.

Notes échangées entre le ministère espagnol et celui du Saint-Siège, au sujet de la non-admission de M. de Villanueva en qualité de ministre d'Espagne près la cour de Rome; en 1822. (Fragmens.) [1])

Note du chargé d'affaires d'Espagne à Rome, adressée au cardinal secrétaire d'état du Saint-Siège.

Palais d'Espagne, le 27 décembre 1822.

Eminence,

Le soussigné chargé d'affaires de S. M. C. près du Saint-Siège vient de recevoir par la voie d'un courrier extraordinaire espagnol, l'ordre du roi son auguste maître, de faire connaître immédiatement à V. Em. que quand son gouvernement a nommé D. Joachim Laurent

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 146—159.

Voy. en outre:

Notes echangées entre la cour de Danemark et celui de la Grande-Bretagne, au sujet d'une frégate danoise qui s'était opposée de force à la visite des bâtimens marchands qu'elle envoyait; en 1800 (Fragmens).

(Ch. de Martens, l. c. p. 132—145.)

Demande d'explications adressé par le chargé d'affaire d'Angleterre à Copenhague au comte de Bernsdorff,

de Villanueva, ministre plénipotentiaire d'Espagne à cette cour, il l'a fait avec une connaissance exacte de l'illustration et des vertus dont il est doué, et qui le placent au nombre des ecclésiastiques qui font honneur à la nation; que S. M. ne s'attendait donc pas à ce que le Saint-Père aurait des sentimens différens à l'égard d'une personne si publique et si connue; et qu'ainsi elle a appris avec surprise et regret la nouvelle, mandée de Gènes par le susdit M. de Villanueva en date du 19 novembre dernier, portant qu'il avait été retenu à Turin par monseigneur Tosti, internonce de S. S. près S. M. sarde, lequel lui avait dit qu'il avait des ordres de sa cour, pour qu'il n'allât pas plus loin vers sa destination:

Que cette mesure, qui ne pouvait être justifiée par aucune raison, offensait la dignité et le décorum du gouvernement espagnol, qui doit être libre dans le choix de ses agens et représentans, et qui dans toutes les transactions avec la cour de S. S. a donné constamment des preuves de son adhésion aux dogmes et à la discipline de l'église. Qu'en conséquence le roi des Espagnes qui porte à juste

ministre des affaires étrangères, sur la nature des négociations de sa cour avec la Suède et la Russie; du 27 décembre 1800.

Demande des plénipotentiaires d'Autriche, adressée à ceux de la République française, touchant la reconnaissance du caractère public de l'agent français nommé au consulat de Trieste; du 21 juin 1797.

(Ch. de Martens, l. c. p. 160—165.)

Plaintes des plénipotentiaires autrichiens adressées à ceux de la république française, contre les vexations qu'éprouvent les habitans de l'Allemagne riveraine du Rhin, de la part des troupes françaises; du 21 juin 1797.

Réclamation des mêmes aux mêmes, en leur transmettant un exposé détaillé des faits arrivés en contravention des préliminaires signés à Léoben; du 17 juillet 1797.

Réclamation des plénipotentiaires de la république française, adressée à ceux de l'empereur d'Autriche, pour obtenir la mise en liberté d'un individu détenu par ordre du gouvernement autrichien; du 5 thermidor, an 5.

Réclamation des plénipotentiaires français, adressée à ceux de l'empereur d'Autriche, au sujet de l'occupation des Bouches du Cattaro par les troupes autrichiens; du 2 vend. an 6.

Plainte du prince Talleyrand, ministre des affaires étrangères de France, adressée au cardinal Caprara, légat du Pape à Paris, au sujet de la conduite tenue par la cour de Rome; du 18 avril 1806.

Plainte du même au même; du 28 avril 1806.

Demande d'indemnité adressée par les plénipotentiaires de Danemark à ceux de Russie, d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne et de Prusse, réunis en congrès à Vienne pour la perte de Norvège; du 19 novembre 1814.

Notification faite par les plénipotentiaires des cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, réunis en congrès à Aix-la-Chapelle, du duc de Richelieu, ministres des affaires étrangères de France, sur la cessation de l'occupation militaire du territoire français; du 4 novembre 1818.

Demande d'explication adressée par le ministère napolitain aux ministres de la Grande-Bretagne et de France, concernant les escadres anglaises et françaises stationnées dans la rade de Naples; du 10 février 1821.

Réclamation et protestation du baron de Stroganoff, ministre de Russie à Constantinople, adressée au Reis-Effendi contre l'embargo mis sur les bâtimens russes stationnés dans la mer noire; du 12 mai 1821.

(Ch. de Martens, g. d. p. 165—186.)

Bruchstücke von Decreten, Signaturen und Rescripten sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 2 Capp. 3, 4 (S. 121—142).

titre le nom de catholique, enjoint au soussigné de faire connaître au gouvernement de S. S. ses justes sentimens, afin qu'ils écartent du Saint-Père toute impression ou idée équivoque qu'on lui aurait fait concevoir à l'égard de la personne de M. Villanueva, et que Sa Béatitude veuille bien donner les ordres convenables pour qu'il puisse continuer son voyage directement vers son poste, en évitant par-là à S. M. le déplaisir de devoir renvoyer le nonce qui se trouve accrédité près de sa personne royale.

Le soussigné en communiquant le tout à V. Em. par ordre de S. M., la prie de vouloir le porter à la connaissance de S. S. en disposant son coeur bénin à adhérer aux désirs de S. M., et de répondre à la présente note le plutôt possible, afin que le soussigné puisse faire son rapport à son souverain.

Le soussigné profite de cette occasion pour réitérer les assurances de sa plus haute estime et considération.

De V. Em. etc.

Joseph Aparici.

Réponse du cardinal secrétaire d'état à la note précédente.

Du Palais Quirinal, le 1 janvier 1823.

Le soussigné cardinal secrétaire d'état a mis sous les yeux de S. S. la note qui lui a été adressée par V. S. illustrissime en date du 27 décembre, par laquelle vous faites connaître que vous avez reçu l'ordre de la part de S. M. C. de faire immédiatement connaître au soussigné que: quand le gouvernement de S. M. a nommé D. Joachim Laurent de Villanueva etc. (suit littéralement le contenu de la note précédente du chargé d'affaires jusqu'à l'avant dernier alinéa: le soussigné en communiquant etc.).

En réponse à une telle note le soussigné doit préalablement, d'après les ordres du Saint-Pére, rappeler au souvenir de V. S. I. l'historique des faits relatifs à l'objet dont il est question (suit ici l'historique des faits).

D'après un procédé aussi délicat et aussi réservé, V. S. peut facilement s'imaginer quelle surprise désagréable ce fut pour S. S. de voir que le ministre de S. M. C. ne tenant aucun compte des communications confidentielles et réservées qu'il avait reçues avant le 20 octobre, n'avait donné aucune instruction à M. Villanueva, pas même par les lettres qu'il lui avait écrites le 3 novembre, et combien cette surprise s'augmenta lorsque S. S. apprit que l'affaire avait été divulguée à Madrid, et que les feuilles publiques d'Espagne avaient publié à ce sujet des articles injurieux pour le Saint-Siège ainsi que pour une des principales cours de l'Europe. Mais le déplaisir de S. S. a été à son comble, en voyant qu'au lieu de correspondre à sa conduite délicate et amicale, le gouvernement espagnol

avait incontinent donné à cette affaire une forme officielle, et qu'au lieu d'accéder à la demande de S. S. en changeant la nomination du nouveau ministre, il persistait à vouloir que M. Villanueva fût reçu si S. S. voulait éviter le désagrément de voir renvoyer son nonce accrédité près de S. M.

Le ministère de S. M. n'ignore pas, ni ne peut ignorer, que la non-admission de la personne d'un ministre, entre dans la classe des mesures de précaution que tout souverain a droit de prendre; et que, quand cette non-admission est fondée sur de justes motifs, à plus forte raison quand ces motifs sont confiés de la manière la plus amicale et la plus obligeante au souverain qui envoie le ministre, on ne peut en déduire aucune juste raison pour troubler la bonne intelligence existente entre les deux cours, et bien moins encore pour commettre une offense manifeste telle que de renvoyer un ambassadeur déjà reçu et accrédité. Le ministre de S. M. n'ignore pas non plus que, quand même il s'agit d'ambassadeurs extraordinaires et non de simples ministres résidens, on ne peut obliger un souverain à recevoir une personne déterminée, et que celle-ci peut être refusée par divers motifs, parmi lesquels on compte le cas où la personne de l'envoyé n'est pas agréable au prince près duquel on l'envoie, ainsi que l'enseignent tous les publicistes. De quel bon droit le gouvernement de S. M. C. pouvait-il donc exiger que le Saint-Père fût obligé de recevoir pour ministre près de lui une personne déterminée contre laquelle il a de justes sujets de plainte, et qui ne peut jouir de cette confiance et de cette estime, nécessaire pour remplir le but de missions tel que celui de maintenir et de resserrer toujours d'avantage les liens d'amitié et de bonne correspondance qui existent entre les deux cours? Le Saint-Père aurait pu, en usant des droits imprescriptibles de sa souveraineté, refuser dans les formes officielles la personne de M. Villanueva comme ne lui étant pas agréable, sans avoir besoin d'en justifier les motifs vis-à-vis du gouvernement de S. M. C.; mais le vif intérêt que S. S. met à ce que les relations amicales qui subsistent entre son gouvernement et celui de S. M. C. ne subissent aucune altération, et les égards qu'elle se fait constammant un devoir d'observer envers lui, l'ont déterminé à en agir tout autrement. Le Saint-Père comptant autant sur ses droits que sur l'amitié de S. M. C. et sur la sagesse de son gouvernement, fit exposer franchement à ce dernier les motifs qui mettaient S. S. dans la désagréable nécessité de désirer que la personne choisie par S. M. fût changée: le désir du Saint-Père que le gouvernement de S. M. pût sauver en cette affaire toutes les apparences, le détermina à se servir dans ses communications des formes confidentielles et à conduire l'affaire avec le plus grand secret: par égard pour la personne même du ministre désigné,

il a pris e parti de le faire prévenir d'attendre les instructions de son gouvernement, avant d'entrer dans les états de S. S., afin de lui épargner les désagrémens de n'y pas être admis comme ministre de S. M. C.; enfin il n'y a aucun égard, même de délicatesse, que le Saint-Père n'ait observé dans cette circonstance pour témoigner au gouvernement de S. M. C. une correspondance sincère et amicale de sentimens.

Mais ce qui par-dessus tout a causé la surprise du Saint-Père, c'est de voir que le gouvernement espagnol, en échange d'une conduite si délicate, non-seulement ne se soit pas empressé d'accommoder amicalement une telle affaire, mais soit allé même jusqu'à faire sentir que S. M. devrait avoir le déplaisir de renvoyer le nonce apostolique dans le cas où Sa Béatitude se refuserait, non pas à recevoir un ministre de S. M. catholique, mais seulement la personne de M. Villanueva, en demandant que le choix de S. M. tombât sur un autre; qu'on ait oublié les égards tout particuliers dont le Saint-Siège fait usage pour l'envoi de son nonce en Espagne, égards que S. S. a réellement témoignés à S. M. C., en faisant connaître d'avance les personnes sur lesquelles elle porte ses vues, et en proposant même trois sujets, pour envoyer à S. M. celui qui lui est le plus agréable. Cette déférence du Saint-Siège envers la cour d'Espagne, qui donnerait au Saint-Père un droit indubitable aux mêmes égards, sera donc oubliée par le gouvernement de S. M., au point de vouloir obliger S. S. contre tout droit à accepter le choix imprévu d'un ministre de S. M. C. dans la personne d'un ecclésiastique qui s'est placé dans l'état d'hostilité la plus vive et la plus scandaleuse contre le Saint-Siège, et qui, loin de se présenter sous l'aspect de médiateur de paix et de conciliation, se présente en état de guerre par ses écrits et ses doctrines sur les matières ecclésiastiques, comme un ennemi disposé à chercher tous les moyens de nuire et de susciter une opposition perpétuelle? Que de telles doctrines aient été manifestées par M. Villanueva comme député aux cortès où il jouit de l'inviolabilité, cela n'entre pas dans la présente question. Outre qu'il a manifesté de telles doctrines aussi hors de la tribune, pour la voie de la presse, quand même il ne les aurait émises que comme député aux cortès il n'en serait pas moins vrai que ces doctrines ont été réellement condamnées par le Saint-Siège; que M. Villanueva a justement encouru pour cela la désapprobation du chef de l'église; et qu'il ne peut mériter sa confiance.

Le Saint-Père croirait faire tort à la sagesse, à la religion, et à la justice de S. M. C. et de son ministère, si elle pouvait douter un moment, qu'après que cet exposé aura été porté à sa connaissance, le gouvernement ne reconnaisse l'équité des motifs qui obligent S. S. à persister dans le désir que S. M. C. veuille faire tomber son

choix sur un autre sujet, en envoyant son nouveau ministre au Saint-Siège, et qu'elle ne voudra pas faire au Saint-Père l'offense de renvoyer par ce motif le nonce apostolique de Madrid.

L'expulsion du nonce pontifical ne pourrait certainement que produire des résultats trés-pernicieux à la religion dans les Espagnes, et une impression très-défavorable s'en suivrait nécessairement sur le public, si on voyait ce représentant de S. S. expulsé seulement parce qu'elle a invité S. M. C. de la manière la plus amicale et la plus délicate à vouloir bien envoyer comme son ministre à Rome une personne apte à maintenir et à augmenter la bonne intelligence réciproque, plutôt qu'un ecclésiastique trop publiquement connu par les principes hostiles contre le Saint-Siège apostolique. Mais en même temps S. S. ne pourrait pas être responsable envers Dieu ni envers l'église de ces maux. Le Saint-Père a toutefois une opinion trop favorable de la justice et de la religion de S. M. C. et de son gouvernement, pour ne pas se flatter qu'après avoir pris de nouveau en considération cette affaire, on veuille ne pas persister contre S. S. dans les déterminations indiquées par la lettre de V. S.; et cette persuasion de S. S. se fortifie en considérant que, si le gouvernement espagnol a justement reconnu à d'autres souverains le droit de refuser la personne d'un de ses ministres malgré que celui-ci fût arrivé au lieu même de sa destination sans avoir reçu aucun indice du refus qu'il allait essuyer, et s'il n'a pas altéré pour cela ses relations amicales avec la cour à laquelle il avait envoyé ce ministre, S. S. ne peut douter qu'il ne veuille reconnaître pour elle le même droit; et ne saurait croire qu'il ait la volonté d'aggraver l'offense qu'il lui ferait, au point de renvoyer du territoire espagnol le nonce apostolique sans aucune raison. Le Saint-Père qui a la conscience d'avoir eu constamment, même dans des conjonctures d'amertume et de douleur pour le Saint-Siège, toute sorte d'égards pour S. M. C. et pour la nation espagnole, d'avoir donné des preuves de bienveillance particulière à leur égard, et usé d'une condescendance obligeante, ne peut se persuader que S. M., et son gouvernement veuillent y répondre de la sorte; et nourrit plutôt la douce espérance de voir conservés tous les liens qui subsistent heureusement entre le Saint-Siège et une nation qui s'est toujours tant distinguée par son attachement à la religion catholique et au chef de cette religion.

Tels sont les sentimens que S. S. a ordonné au soussigné de manifester à V. S. en reponse à votre susdite note. En s'acquittant des ordres de S. S. le soussigné renouvelle à V. S. illustrissime les assurances de sa véritable estime.

E. Card. Consalvi.

Note du ministre des affaires étrangères d'Espagne, adressée à l'archevêque de Tyr, nonce apostolique à Madrid.

Madrid, le 22 janvier 1823.

Excellentissime seigneur,

Monsieur, S. M. informée de la réponse faite par S. Em. le cardinal Consalvi à la note adressée à S. Em. d'ordre du roi par son chargé d'affaires à Rome D. Joseph Narcisse d'Aparici, au sujet de la démarche qui a retenu à Turin M. D. Joachim Laurent de Villanueva, nommé ministre plénipotentiaire près le Saint-Siège, m'ordonne de dire à V. Exc. qu'elle ne peut nullement trouver solides les raisons que le Saint-Père allégue pour refuser un représentant de la nation si digne par son savoir et par ses vertus de l'estime de tous ses concitoyens.

Dans les circonstances ordinaires S. M. ne ferait aucune difficulté de complaire au Saint-Père en ce point; mais quand il s'agit d'opinions, et d'opinions relatives aux affaires politiques du royaume, il est du devoir de S. M. de soutenir sa nomination.

M. Villanueva comme député aux cortès a mérité l'estime nationale; comme ecclésiastique et comme écrivain il mérite également celle des fidèles et des hommes érudits. Si ses doctrines sont regardées à Rome avec d'autres yeux qu'en Espagne, c'est par l'effet des différents prétentions ou de la politique que des cours différentes professent dans des matières qui n'ont aucun rapport au dogme.

Accéder aux prétentions du Saint-Siège en nommant un autre ministre, serait condamner tacitement les doctrines de M. Villanueva, et confesser qu'un député aux cortès est responsable de ces opinions envers un prince étranger.

S. M. est trop constante dans ses principes pour les démentir à ce point; et pour cela même que S. S. ne veut pas admettre M. Villanueva, comme ministre plénipotentiaire du roi, S. M. s'est vue dans la dure nécessité d'ordonner de son côté que V. Exc. se retire des états de la monarchie, et à cet effet je lui envoie par ordre du roi les passeports nécessaires.

Cette détermination de S. M. n'altère en rien ses sentimens d'attachement pour le Saint-Père et pour l'église, et ne tend point non plus à interrompre les relations qui existent entre les deux cours, et comme S. M. est sûre de ses procédés et de la rectitude de ses intentions, elle ne sera pas responsable des maux qui pourraient résulter de cette résolution, à laquelle nul autre intérêt que celui de la politique n'est mêlé.

En m'acquittant envers V. Em. d'après les ordres du roi d'une commission si peu agréable, j'ai l'honneur de lui renouveler les

assurances de la considération la plus haute et la plus distinguée, en priant Dieu qu'il conserve à V. Em. de longues années.

De V. Em. etc.

Evariste San Miguel.

Réponse de l'archevêque de Tyr à la note précedente.

Madrid, le 24 janvier 1823.

Le soussigné nonce apostolique a reçu la note de S. Exc. M. D. Evariste San Miguel, ministre des affaires étrangères de S. M. C. en date du 22 du courant, par laquelle elle le prévient que S. M. s'est trouvée dans la dure nécessité d'ordonner que le soussigné ait à se retirer des états de la monarchie espagnol, à l'effet de quoi des passeports lui ont été expédiés par ordre du roi.

Au milieu de l'amertume qu'une mesure aussi extraordinaire a dû répandre dans l'âme du soussigné, il trouve néanmoins une double source de soulagement dans le motif allégué à l'appui de cette conduite, savoir le refus fait par le Saint-Père d'admettre à Rome comme ministre de S. M. C., M. I. L. de Villanueva. D'un côté ce motif exclut toute idée que le nonce puisse jamais avoir donné personnellement aucun sujet de mécontentement à S. M. qui l'a comblé pendant près de six années qu'il a eu l'honneur de résider près de son auguste personne, de témoignages de bonté et d'indulgence dont il se souviendra toujours avec la plus grande reconnaissance; d'un autre côté ce même motif met au plus haut degré d'évidence le manque de tout fondement d'une détermination, contre laquelle le nonce apostolique, en même temps qu'il va la notifier aux représentans des autres cours, se trouve en devoir de protester de la manière la plus authentique et la plus solemnelle, comme contre une violation manifeste du droit des gens universellement reconnu.

Le soussigné croit en quelque façon faire tort aux lumières de V. Exc. M. le ministre des affaires étrangères en lui rappelant le droit qu'a chaque souverain de ne pas admettre près de lui un ministre auquel il juge ne pouvoir pas accorder sa confiance, et qu'il trouve par cette raison incapable de conserver avec le gouvernement qui veut l'envoyer la bonne harmonie réciproque. Néanmoins, comme ce droit semble n'avoir été que trop méconnu en cette occasion par le gouvernement de S. M. C., il se voit forcé à en rappeler le souvenir et à l'exposer. Ce droit est tellement incontestable, que selon les publicistes les plus accrédités un souverain non-seulement peut, mais doit en faire usage à l'occasion; vû que bien loin de faire par-là la moindre injure au gouvernement qui veut lui envoyer un ministre suspect par une raison quelconque, il l'offenserait plutôt, si au lieu de faire connaître sa répugnance par une représentation franche et loyale, il cachait, en le recevant,

son ressentiment par une profonde dissimulation. (Wicquefort de l'ambassadeur, L. 1. sect. 13.) Le gouvernement au contraire, qui choisit un ministre qu'il sait devoir déplaire au souverain auquel il l'envoie, et qui insiste pour qu'il soit reçu, montre clairement qu'il veut l'offenser; et le même Wicquefort va jusqu'à dire: »il faut qu'il ait fait divorce avec le sens commun s'il croit le pouvoir persuader de la sincérité de ses intentions«. (ibid.) Si le droit est clair en général, le ministère de S. M. C. sait de quelle manière prudente, réservée et toute obligeante le gouvernement pontifical l'a exercé en cette occasion. Il a évité de déclarer le refus par une note officielle; il a observé de son côté le secret le plus scrupuleux; et lorsqu'il apprit le départ intempestif de M. Villanueva, qui avait eu lieu avant de connaître les dispositions du Saint-Siége, il les fit communiquer à cet envoyé à Turin, afin qu'il ne poursuivît pas inutilement son voyage, et qu'il évitât le désagrément de ne pouvoir présenter à Rome ses lettres de créance. Comment le gouvernement de S. M. C. correspond-il maintenant à cette conduite sincère, pleine d'égards du gouvernement pontifical! En congédiant le nonce apostolique accrédité près de cette cour depuis près de six ans; en donnant à cette résolution le nom de nécessité, comme si on était dans le cas de devoir user d'une représaille. Le soussigné ne pourrait imaginer qu'un raisonnement aussi faux eût pu avoir lieu, si le fait ne le prouvait que trop. La représaille suppose une offense, et il n'y a eu de la part du gouvernement pontifical que des attentions et des égards vis-à-vis de celui de S. M. C. Et quand bien même ce dernier voudrait contre toute raison se considérer comme offensé, le droit de représaille impose l'obligation très-stricte de n'outre-passer nullement par l'offense à rendre celle qu'on croit avoir reçue. Et quelle proportion peut-il jamais y avoir entre ne pas admettre un envoyé, et en congédier un qui est déjà admis depuis plusieurs années? »Le refus (dit encore Wicquefort), que l'on fait de recevoir l'ambassadeur peut déplaire au prince qui l'envoie, mais on ne peut congédier sans scandale un ministre qui est déjà admis, et on ne pourrait lui faire la moindre violence sans la faire en même temps au droit des gens.« Ces principes très-justes du droit des gens n'ont certainement pas échappé à des hommes respectables qui influent par leur emploi dans le gouvernement de S. M. C.; mais malheureusement on n'y a point fait attention.

Il est dit dans la note de S. Exc. M. le ministre des affaires étrangères, que le gouvernement ne peut trouver justes les raisons alléguées par le Saint-Père pour ne pas recevoir comme ministre M. Villanueva. Sur ce point il est du devoir du soussigné de faire observer que c'est un grand mal-entendu de la part du susdit

gouvernement. Le Saint-Père n'était nullement obligé d'après les droits de sa souveraineté, à alléguer les raisons de son refus qui portait uniquement sur la personne de M. Villanueva, puisqu'il suffisait de l'indication générale qu'il aurait donnée, de ne pouvoir accorder sa confiance à cette personne; et S. S. aurait été d'autant plus autorisée à en agir ainsi qu'elle n'avait été prévenue de la nomination de M. Villanueva par aucune ouverture préalable du ministère, ainsi que cela se pratique toujours de gouvernement à gouvernement, et comme celui de S. M. C. devait plus spécialement le faire envers le Saint-Siège par une obligation de réciprocité, vû qu'il est connu, que d'après une ancienne coutume, non-seulement le Saint-Siège n'envoie point son nonce en Espagne sans prévenir, mais qu'il propose trois prélats, parmis lesquels S. M. peut choisir celui qui lui est le plus agréable. La substitution d'une autre personne pour les fonctions de ministre ne devait donc dépendre en aucune manière de l'approbation par le gouvernement de S. M. des motifs du refus; et cette approbation, qui peut avoir lieu quand il s'agit de changer la nomination d'un gouverneur qu'on veut envoyer à une province sujette, si on prétend l'appliquer à la destination des envoyés diplomatiques de souverain à souverain, implique une violation des droits de la souveraineté. Si le Saint-Père a condescendu à indiquer quelques raisons qui ne lui permettaient pas d'accepter pour ministre M. Villanueva, ce n'a été que pour ajouter un nouveau poids à son refus et montrer dans cette affaire désagréable toute la considération possible envers le gouvernement de S. M. C. Et c'est précisément de ce qui aurait dû exciter sa reconnaissance et lui faire admirer la modération de S. S. qu'il déduit le motif qui le porte à faire au Saint-Père une offense réelle aussi grave que celle de congédier son nonce. Il est donc entièrement superflu d'entrer dans l'examen des motifs qui ont donné lieu à refuser l'admission de M. Villanueva, et d'en faire le procès ou l'apologie.

La détermination de congédier le nonce apostolique en Espagne, soit qu'on la considère comme une prétendue représaille, soit qu'on la fonde sur les motifs qu'on allègue, ne peut donc que présenter le caractère d'une violation évidente du droit des gens; et le soussigné ne saurait concevoir comme il peut être soutenu dans la note de S. Exc. M. le ministre des affaires etrangères, que ce procédé ne tend point à interrompre les relations entre les deux cours, tandis que le droit des gens ni la diplomatie n'ont connu jusqu'à présent aucune mesure plus forte et qui démontre plus évidemment l'interruption de la bonne harmonie et de la correspondance réciproque entre deux cours, que celle de congédier le représentant de l'une d'elles en lui envoyant des passeports.

Après avoir rempli son devoir en émettant les protestations solemnelles et les rèprésentations conformes à son double caractère, le nonce apostolique partira avec la satisfaction et la tranquillité qu'il trouve dans sa propre conscience; étranger comme il devait l'être aux changemens politiques, éloigné par son caractère personnel et par le devoir de son ministère, des détours tortueux d'une politique mondaine, il n'a cherché qu'à ne pas trahir par un silence criminel, l'emploi honorable mais très-délicat qui lui a été confié par le chef de l'église comme son représentant près de la nation espagnole. Il craint d'avoir dû parfois être à charge par ses représentations réitérées et étendues; mais bien loin de pouvoir s'en faire des reproches, il trouve dans ces expositions répétées un motif de très-grand soulagement à la douleur qu'il éprouve de quitter une nation qu'il doit admirer et aimer, et à laquelle il souhaite toute prospérité possible.

Il renouvelle à cette occasion à S. Exc. M. D. Evariste San Miguel les assurances de la plus profonde considération.

Le nonce apostolique.

Nro. 30.

Note circulaire adressée par le cardinal Doria-Pamphili aux ministres étrangers résidant à Rome, pour les instruire des sentiments de désapprobation du souverain pontife, relativement aux actes arbitraires commis par les autorités françaises; le 20 mars 1808 [1]).

Des appartemens du Quirinal, le 20 mars 1808.

Le cardinal pro-secrétaire d'état a reçu l'ordre exprès de S. S. de faire part à V. Exc., qu'ayant, après l'incorporation violente de sa troupe de ligne dans la troupe française, pris le parti de changer sa cocarde, et de faire distribuer la nouvelle au petit nombre de troupes qui lui restaient, pour rendre ainsi public son dissentiment elle a été infiniment surprise d'apprendre qu'hier on a fait prendre cette nouvelle cocarde à la troupe pontificale incorporée dans la troupe française.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 415—416.

Voy. en outre:

Note circulaire sur le même sujet, adressée par le cardinal Gabrielli, au corps diplomatique; le 7 avril 1808.

Note circulaire adressée par le même aux ministres étrangers résidant à Rome; le 11 avril 1808.

Autre note circulaire du cardinal Gabrielli adressée au corps diplomatique résidant à Rome; le 19 avril 1808.

(Ch. de Martens, l. c. p. 416—418.)

Lettre du duc de San-Fernando, ministre des affaires étrangères de S. M. C., adressée aux ambassadeurs et ministres étrangers à Madrid, pour leur faire part de la nouvelle constitution adoptée par S. M. C.; du 11 mars 1820.

(Ch. de Martens, l. c. p. 421—422.)

Comme S. S. qui voit dans cette mesure un nouvel outrage fait à sa dignité, a voulu que V. Exc. connût le parti qu'elle avait pris de changer sa cocarde, de même elle veut que le soussigné fasse connaître à V. Exc. qu'elle regarde l'adoption de la nouvelle cocarde par la troupe incorporée comme une nouvelle offense faite à sa dignité souveraine; quelle proteste contre cette violation de ses droits, et que, quoique la dite troupe porte sa cocarde, elle ne la reconnait pas comme lui appartenant; que, n'ayant d'autres moyens pour rendre publics ses sentimens, elle déclare qu'elle n'a et n'aura jamais aucune part à ce que fera cette troupe amalgamée. S. S. désire que V. Exc. porte tout cela à la connaissance de sa cour, afin qu'on ne pense pas que S. S. qui est ferme et invariable dans ses principes, y a expressément ou tacitement consenti.

Le cardinal soussigné, en exécutant les ordres de son souverain, renouvelle etc.

Jos. cardinal Doria-Pamphili.

Nro. 31.

Protestations du comte de la Salle, ministre du roi de France près la ville libre de Dantzig, contre son arrestation et la saisie de ses papiers; du 16 mars 1748[1]).

Nous François, comte de la Salle, colonel au régiment d'infanterie de la Mark, ministre et Chargé d'affaires de Sa Majesté Très-Chrétienne auprès du sénat de la ville le Dantzig,

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 453.

Voy. en outre:

Protestation du ministre du roi de N., accrédité à la cour de N., contre l'arrestation du marquis de N., accusé de haute trahison, et qui s'était réfugié dans l'hôtel du ministre.

Protestation du président de N., contre l'arrestation du receveur-général de N., ordonnée par le général N.

Protestation du plénipotentiaire du prince de N. au congrès de Vienne, contre la disposition renfermée dans l'art. . . . . de l'acte de la Confédération germanique.

(Ch. de Martens, l. c. p. 454—455.)

Protestation du roi de Sardaigne contre l'acte par lequel il avait renoncé à l'exercice de tout pouvoir dans le Piémont en date du 9 décembre 1798; du 3 mars 1799.

Protestation du roi de Saxe, du 4 novembre 1814.

(Ch. de Martens, l. c. p. 92—97.)

Protestation des Kirchenstaates gegen die Turiner Anleihe von 500 Mill. Francs; vom 9. Juli 1861.

Protestation der Herzogin-Regentin von Parma (Luise - Marie von Bourbon), dasselbe betreffend; vom 8. August 1861.

(Ludwig Karl Aegidi und Alfred Klauhold, Das Staatsarchiv. Sammlung der officiellen Actenstücke zur Geschichte der Gegenwart. Hamburg 1861. 8. 1861 Septemberheft S. 196—197.)

Protest Peru's gegen die Einverleibung Domingo's durch Spanien; vom 24. August 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Octoberheft S. 287—290.)

Protest des Herzogs von Sachsen Meiningen gegen die von Sachsen-Coburg-Gotha abgeschlossene Militair - Convention; vom 22. November 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Decemberheft S. 392—393.)

Bruchstücke von Protestationen und Reprotestationen sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 9 (S. 119—205).

Protestons, au nom du roi notre maître, contre les arrêts qui viennent de nous être signifiés, et exécutés de la part du magistrat, et du conseille de la ville de Dantzig, par une garde de douze grenadiers et un officier, comme d'une violation inouie du droit des gens et des privilèges des ministres publics. Nous protestons également avec la dernière vigueur contre le scellé que l'on veut apposer sur les papiers du roi, ce qui interromprait l'exercice de nos devoirs et de nos fonctions.

Ce procédé est d'autant plus irrégulier que la ville de Dantzig est entièrement libre et indépendante de la domination de la Russie, à la réquisition de laquelle le magistrat et le conseil de cette ville prétexte nous avoir fait arrêter.

Donnée et signifiée au sieur Rosemberg, secrétaire et député du magistrat, à Dantzig, le seize mars mil sept cent quarante huit.

Nro. 32.

Exposé des motifs publié par la cour de Berlin, sur son armement contre la France; en 1792 [1]).

Sa Majesté prussienne croit pouvoir se flatter que les puissances de l'Europe et le public en général n'auront pas attendu cet exposé pour fixer leur opinion sur la justice de la cause qu'elle va défendre. En effet, à moins de vouloir méconnaître les obligations que les engagemens du roi et ses relations politiques lui imposent, dénaturer les faits les mieux constatés, et fermer les yeux sur la conduite du gouvernement actuel de France, personne, sans doute, ne pourra disconvenir que les mesures guerrières, auxquelles S. M. se décide à regret, ne soient la suite naturelle des résolutions violentes que la fougue du parti qui domine dans ce royaume lui a fait adopter, et dont il était aisé de prévoir les conséquences funestes.

Non contens d'avoir violé ouvertement, par la suppression notoire des droits et possessions des princes allemands en Alsace et en Lorraine, les traités qui lient la France et l'empire germanique; d'avoir donné cours à des principes subversifs de toute subordina-

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. I. p. 43—49.

Voy. en outre:

Exposé des motifs de conduite, publié par la cour de France en 1779, après la notification faite en 1778 à l'Angleterre, de son traité d'alliance avec les Etats-Unis d'Amérique.
(Ch. de Martens, l. c. p. 33—43.)

Exposé de la conduite politique du roi de Naples, publié par la cour de Vienne; le 12 avril 1815.

Déclaration des puissances alliées à l'entrée de leurs armées sur le territoire neutre de la Suisse; publié à Lörrach le 21 décembre 1813.

Exposé des principes de la cour de Danemark, touchant la neutralité, communiqué aux cours de France, de la Grande-Bretagne et d'Espagne; du 8 juillet 1780.
(Ch. de Martens, l. c. p. 49—66.)

tion sociale, et, par là-même, du repos et de la félicité des nations, et de chercher à repandre en d'autres pays, par la propagation de ces principes, les germes de la licence et de l'anarchie qui ont bouleversé la France; d'avoir toléré, accueilli, débité même, les discours et les écrits les plus outrageans contre la personne sacrée et l'autorité légale des souverains; ceux qui se sont emparés des rênes de l'administration française ont enfin comblé la mesure, en faisant déclarer une guerre injuste à Leurs Majestés le roi de Hongrie et de Bohême, et suivre immediatement cette déclaration des hostilités effectives, commises contre les provinces belgiques de ce monarque.

L'empire germanique, dont les Pays-Bas autrichiens font partie comme cercle de Bourgogne, s'est trouvé necessairement compris dans cette agression, mais d'autres faits encore n'ont que trop justifié la crainte des invasions hostiles, que les préparatifs menaçans des Français aux frontières, avaient depuis long-temps fait naître en Allemagne. Les terres de l'évêché de Bâle, partie incontestable de l'empire, ont été occupées par un détachement de l'armée française et se trouvent encore en son pouvoir et à sa discrétion.

Des incursions des troupes de la même nation, ou des corps de rebelles rassemblés sous leurs auspices, ont désolé le pays de Liège. Il est à prévoir avec certitude, qu'aussitôt que les convenances de la guerre paraîtraient le conseiller, les autres provinces de l'Allemagne éprouveraient le même sort, et il suffit de connaître leur position locale, pour sentir le danger éminent auquel elles sont sans cesse exposées.

Il serait superflu d'entrer dans le détail des faits qu'on vient d'alléguer: ils sont notoires, et l'Europe entière en a été et en est encore journellement témoin. On se dispense également de discuter ici l'injustice évidente de l'agression des Français. S'il était possible qu'il restât quelques doutes à ce sujet, ils seront entièrement levés, pour quiconque voudra peser avec impartialité les argumens victorieux renfermés sur ce point dans les pièces diplomatiques de Vienne.

S. M. prussienne s'est plu à conserver pendant long-temps l'espoir qu'enfin, après tant d'agitation et d'inconséquences, les personnes qui dirigeaient l'administration française, reviendraient à des principes de modération et de sagesse, et écarteraient ainsi les extrémités auxquelles les choses en sont malheureusement venues. C'est dans cette vue salutaire qu'elle chargea, dès le commencement des préparatifs militaires de la France aux frontières de l'empire, fondés sur l'asyle accordé par quelques états aux émigrés français, son ministre à Paris, le comte de Golz, de déclarer au ministère de S. M. Tr.-Chr., comme le chargé d'affaires de S. M. l'empereur

alors régnant, avait également eu ordre de la faire: »qu'elle envisageait une invasion des troupes françaises sur le territoire de l'empire germanique, comme une déclaration de guerre, et s'y opposerait de toutes ses forces.« Le même ministre, d'après les ordres qu'il en avait reçus, se joignit à plusieurs reprises aux représentations du susdit chargé-d'affaires, en donnant à connaître de la façon la plus expresse, »que le roi marcherait invariablement, à légard des affaires de France, sur la même ligne avec S. M. apostolique.« L'événement a fait voir combien peu l'attente du roi, quant à l'effet qu'il se promettait de ces déclarations énergiques, était fondée; mais au moins le parti dont les déterminations fougueuses ont amené les hostilités, ne pourra-t-il jamais prétexter cause d'ignorance sur les intentions de S. M.: et c'est à lui plus particulièrement, mais généralement aux principes qui attaquent tous le gouvernemens et voudraient les ébranler dans leurs bases, que la France aura à s'en prendre de l'effusion du sang humain et des malheurs que les circonstances actuelles ont déjà attirés et pourraient attirer encore sur elle. Unie avec S. M. apostolique par les liens d'une alliance étroite et défensive, S. M. prussienne aurait agi d'une façon contraire à ses engagemens, en demeurant spectatrice tranquille de la guerre déclarée à ce souverain: elle n'a donc pas hésité de rappeler son ministre de Paris, et de se porter avec vigueur à la défense de son allié. Membre prépondérant du corps germanique, elle doit encore à ses relations en cette qualité, de marcher au secours de ses co-états, contre les attaques qu'ils ont déjà éprouvés et dont ils sont encore journellement menacés. C'est ainsi, sous le double rapport d'allié de S. M. apostolique, et d'état puissant de l'empire, que S. M. prend les armes; et c'est la défense des états de ce monarque et de l'Allemagne, qui forme le premier but de ses armemens.

Mais le roi ne remplirait qu'imparfaitement les principes qu'il vient de professer s'il n'étendait les efforces de ses armes à une autre sorte de défense, dont les sentimens patriotiques lui imposent également le devoir. Chacun sait comment l'assemblée nationale de France, au mépris des loix les plus sacrées du droit des gens, et contre le teneur expresse des traités, a dépouillé les princes allemands de leur droits et possessions incontestables en Alsace et Lorraine; et les déductions que plusieurs de ces princes ont euxmêmes fait publier, ainsi que les délibérations et les arrêtés de la diète de Ratisbonne sur cette importante matière, fourniront à tous ceux qui voudront en prendre connaissance les preuves les plus convaincantes de l'injustice des procédés du gouvernement français à cet égard, lequel n'a proposé jusqu'à-présent, pour en dédommager les parties lésées (le tout en adoptant un langage péremptoire et des mesures menaçantes) que des indemnités entièrement insuffisantes

et inadmissibles. Il est digne du roi et de son auguste allié de faire rendre justice à ces princes opprimés, et de maintenir ainsi la foi des traités, base unique de l'union et de la confiance réciproque des peuples, et fondement essentiel de leur tranquillité et de leur bonheur.

Il est enfin un dernier but des armemens du roi, plus étendu encore que le precédent, et non moins digne des vues sages et bienfaisantes des cours alliées. Il tend à prévenir les maux incalculables qui pourraient résulter encore pour la France, pour l'Europe, pour l'humanité entière, de ce funeste esprit d'insubordination générale, de subversion de tous les pouvoirs, de licence et d'anarchie, dont il semble qu'une malheureuse expérience aurait déjà dû arrêter les progrès. Il n'est aucune puissance intéressée au maintien de l'équilibre de l'Europe, à laquelle il puisse être indifférent de voir le royaume de France, qui formait jadis un poids si considérable dans cette grande balance, livrée plus long-temps aux agitations intérieures et aux horreurs du désordre et de l'anarchie, qui ont, pour ainsi dire, anéanti son existance politique; il n'est aucun Français, aimant véritablement sa patrie, qui ne doive désirer ardemment de les voir terminées; aucune homme enfin, sincèrement ami de l'humanité, qui puisse ne pas aspirer à voir mettre des bornes, soit à ce prestige d'une liberté mal entendue, dont le fantôme éblouissant égare les peuples loin de la route du vrai bonheur, en altérant les heureux liens de l'attachement et de la confiance qui doivent les unir à des princes, leurs forces et leurs défenseurs; soit surtout à la fougue effrénée des méchans, qui ne cherchent à détruire le respect dû aux gouvernemens, que pour sacrifier, sur les débris des trônes, à l'idole de leur insatiable ambition ou d'une vile cupidité. Faire cesser l'anarchie en France; y rétablir pour cet effet un pouvoir légal sur les bases essentielles d'une forme monarchique; assurer par là même les autres gouvernemens contre les attentats et les efforts incendiaires d'une troupe fanatique; tel est le grand objet que le roi, conjointement avec son allié, se propose encore; assuré dans cette noble entreprise, non-seulement de l'aveu de toutes les puissances de l'Europe, mais en général du suffrage et des voeux de quiconque s'intéresse sincèrement au bonheur du genre humain.

S. M. est bien éloignée de vouloir rejeter sur la nation française en entier la faute des circonstances fâcheuses qui la forcent à prendre les armes; elle est persuadée que la partie saine, et sans doute la plus nombreuse de cette nation estimable, abhorre les excès d'une faction trop puissante, reconnaît les dangers auxquels ses intrigues l'exposent et désire vivement le retour de la justice, de l'ordre et de la paix. Malheureusement l'expérience fait voir que l'influence momentanée de ce parti n'est encore que trop réelle, quoique l'évé-

nement ait déjà démontré le néant de ses coupables projets, fondés sur des insurrections que lui seul cherchait à fomenter. La différence des sentimens des personnes bien intentionnées, quelque certaine qu'elle soit, n'est ainsi, pour le moment encore, que peu sensible dans ses effets; mais S. M. espère, qu'ouvrant enfin ses yeux sur la situation effrayante de leur patrie, elles montreront toute l'énergie qu'une cause aussi juste doit inspirer; et qu'envisageant les troupes alliés rassemblées sur les frontières, comme des protecteurs et des vrais amis dont la providence favorisera les armes, elles sauront réduire à leur juste valeur les factieux, qui ont mis la France en combustion, et qui seront seuls responsables du sang que leurs entreprises criminelles auront fait verser.

Berlin, le 26 juin 1792.

Nro. 33.

Proclamation de l'Empereur d'Allemagne, lors de la guerre avec la France; du 13 novembre 1805 [1]).

Proclamation.

S. M. l'empereur n'a jamais eu d'autre désir que le maintien de la paix: ce désir se trouvait dans les principes de son gouvernement, comme il se trouve dans son âme. Eloigné de tout projet quelconque tendant à s'agrandir ou à se dédommager des sacrifices qu'elle avait faits au repos de l'Europe à Luneville et à Ratisbonne, S. M. ne demanda autre chose que de voir l'empereur de France animé du même esprit d'une politique éclairée et bienveillante, rentrer dans les bornes qui avaient été fixées par la paix de Luneville.

Tous ceux qui s'intéressent sincèrement au sort de l'Europe, ont dû sentir la justice et la modération de ces vues.

Fidèle aux mêmes principes, S. M., au milieu de la guerre actuelle, a été dans chaque moment prête à tendre la main vers la

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. I. p. 25—27.

Voy. en outre:

Manifeste de la France portant déclaration de guerre contre l'Impératrice-Reine d'Hongrie, Marie-Thérèse; du 26 avril 1744.

Contre-Manifeste de l'Impératrice-Reine d'Hongrie; du 16 mai 1744.

Proclamation de Bonaparte, adressée aux Français lors de son installation comme premier consul de la république; du 25 décembre 1801.

Proclamation du même, adressée à la nation, lors de la paix générale du continent; du 21 mars 1802.

Proclamation de Louis XVIII., lors du retour de Bonaparte en France; du 11 mars 1815.

(Ch. de Martens, l. c. p. 17—25.)

Proclamation de S. M. le Roi de Suède, lors de son avénement au trône; du 5 février 1818.

Proclamation du Prince-Royal de Suède aux Français, lors de son passage du Rhin; du 12 février 1814.

Proclamation adressée par le comte de Bellegarde, aux peuples d'Italie, lorsqu'il passa l'Adige avec l'armée autrichienne; du 5 février 1814.

(Ch. de Martens, l. c. p. 27—32.)

Bruchstücke von Manifesten sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 3 (S. 150—155.)

paix; et elle n'aurait pas autrement agi après les victoires les plus brillantes, qu'elle ne le fait sous l'influence d'événemens malheureux.

S. M. s'était effectivement flattée que le grand et beau moment de cette réconciliation et du retour de la prospérité publique ne serait plus éloigné, puisque l'empereur de France avait, dans différentes occasions, professé des sentimens analogues, et avait parlé précisément dans le même sens à des généraux autrichiens que le sort de la guerre avait rendus ses prisonniers.

Pénétré de confiance par des dispositions pareilles, et pressé par le désir de détourner de sa capitale, de Vienne, aussi chère à son coeur, le danger qui la menaçait, et en général de ses bons et fidèles sujets les calamités d'une guerre prolongée, S. M. envoya son général comte de Giulay au quartier-général de l'empereur des Français, afin d'obtenir en son nom et au nom de ses alliés la confirmation de ces dispositions pacifiques, de recevoir des ouvertures plus précises que l'empereur Napoléon pourrait faire dans cette occasion, et de négocier une trève pour préparer par-là des négociations communs pour la paix.

Mais l'espoir de S. M. a été frustré; l'empereur de France demanda comme base seulement d'un armistice conclu pour peu de semaines:

»Que les troupes alliées retourneraient dans leur patrie, que »l'insurrection hongroise serait dissoute, et que le pays de Venise »et le Tirol seraient provisoirement abandonnés aux armées fran»çaises.«

L'Europe sentira le contraste entre ces conditions et le langage précédent de l'empereur de France.

S. M. avait rempli par cette première démarche un devoir sacré, et satisfait un besoin de son âme.

Mais elle compromettrait l'honneur de sa monarchie, la dignité de sa maison, la gloire des bons et grands peuples qu'elle gouverne, enfin l'intérêt suprême de l'état; elle les compromettrait aux yeux des contemporains et de la postérité, si, oubliant l'obligation sacrée de conserver l'ensemble de la monarchie, et guidée par le sentiment exclusif de la crise pénible, mais passagère, du moment, elle pouvait se déterminer à accepter des conditions préliminaires qui porteraient un coup mortel à la monarchie, et déchireraient ses liaisons avec toutes les puissances amies.

S. M. a voulu la paix, elle la veut encore avec franchise et de bonne foi; mais elle ne peut jamais consentir, elle ne consentira jamais à se voir réduite à une situation où il ne lui resterait aucun moyen de défense, et où elle et son peuple seraient absolument livrés à la volonté d'un ennemi puissant.

Dans ces circonstances, il ne reste à S. M. qu'à se confier aux

ressources puissantes qu'elle trouve dans les coeurs, dans la prosperité, dans la fidélité et la force de ses peuples, de s'appuyer de la puissance encore intacte de ses grands amis et alliés, l'empereur de Russie et le roi de Prusse, et de persévérer dans cette union étroite jusqu'à ce que l'empereur de France, avec cette modération qui est le plus beau laurier dans la couronne d'un grand monarque, se prêtera à des conditions de paix qui n'exigeront pas le sacrifice de l'honneur national et de l'indépendance d'un grand état.

Joseph, Baron de Summerau.

Brünn, le 13 novembre, 1805. Par ordre exprès de S. M. I. et R.

Nr. 34.

Proclamation des Königs Wilhelm von Preussen, vom 3. Juli 1861 [1]).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preussen etc., thun kund und fügen zu wissen:

Nach Gottes Rathschlusse haben Wir den Königlichen Thron Preussens bestiegen und Unseren Willen feierlich kund gegeben, nach der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs, die Uns durch die göttliche Gnade anvertraute Regierung zu führen. Unsere Vorfahren in der Krone haben Uns das ehrwürdige Herkommen überliefert, dass den Königen Preussens beim Regierungsantritt von dem Lande die Erbhuldigung geleistet worden. Wir halten dieses Herkommen als ein unverbrüchliches Anrecht unserer Krone fest und wollen es ebenso Unseren Nachfolgern in der Regierung gewahrt wissen. In Betracht der Veränderungen aber, welche in der Verfassung der Monarchie unter der reich gesegneten Regierung

[1]) Vgl. Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Juliheft S. 96—97.

Vgl. ferner:

Proclamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Truppenausmarsch gegen die Secessionisten und die Berufung des Congresses betreffend; vom 15. April 1861.

Proclamation desselben, die Blockade der südlichen Häfen betreffend; vom 19. April 1861.

Proclamation desselben, die Ausdehnung der Blockade auf Virginien und Nord-Carolina betreffend; vom 27. April 1861.

Proclamation desselben, die Verstärkung des Heeres betreffend; vom 3. Mai 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Augustheft S. 112—115.)

Proclamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Verkehr mit den abgefallenen Staaten betreffend; vom 16. August 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Octoberheft S. 254—255.)

Proclamation des Königs Dom Fernando von Portugal, den Antritt der Regentschaft betreffend; vom 11. November 1861.

Proclamation des Königs Dom Luiz I. von Portugal bei seinem Regierungs-Antritt; vom 14. November 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Novemberheft S. 361—362.)

Proclamation der Königin Victoria von Grossbritannien, die Ausfuhr von Schiesspulver und zu dessen Bereitung dienende Stoffe betreffend; vom 30. November 1861.

(Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Decemberheft S. 431—432.)

Unseres vielgeliebten Bruders Königs Friedrich Wilhelm des Vierten Majestät hochseligen Andenkens eingetreten sind, haben Wir beschlossen, an Statt der Erbhuldigung die feierliche Krönung zu erneuern, durch welche von Unserem erhabenen Ahnherrn König Friedrich dem Ersten die übliche Königswürde in Unserem Hause begründet worden.

Indem Wir Uns im Angesichte Gottes in Demuth beugen und den Segen des Allmächtigen für Uns und Unser geliebtes Vaterland erflehen, wollen wir durch die Feier der Krönung in Gegenwart der Mitglieder der beiden Häuser des Landtags und der sonst von Uns zu entbietenden Zeugen aus allen Provinzen Unseres Königreichs von dem geheiligten und in allen Zeiten unvergänglichen Rechte der Krone, zu der Wir durch Gottes Gnade berufen worden, Zeugniss ablegen und von Neuem das durch eine glorreiche Geschichte geknüpfte Band zwischen Unserem Hause und dem Volke Preussens befestigen.

Wir werden demnach in Gemeinschaft mit der Königin Unserer Gemahlin Unsere feierliche Krönung im Monat Oktober dieses Jahres in Unserer Haupt- und Residenzstadt Königsberg vollziehen und behalten Uns vor, über die Ausführung der Krönung, sowie über den bei Unserer Rückkehr in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zu haltenden feierlichen Einzug die weiteren Bestimmungen zu erlassen.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin, am dritten des Monats Juli Eintausend Achthundert Ein und Sechszig.

Wilhelm.

Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen. v. Auerswald. v. d. Heydt. v. Schleinitz. v. Patow. Gr. v. Pückler. v. Bethmann-Hollweg. Gr. v. Schwerin. v. Roon. v. Bernuth.

Nro. 35.

Réversale que la cour de Russie, fit remettre en 1745, au ministre de France M. d'Aillon, au sujet du titre d'imperial[1]).

Réversale.

Sa majesté le roi de France, par amitié et une attention toute particulière pour sa majesté impériale de toutes les Russies ayant condescendu à la reconnaissance du titre impérial, ainsi que

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. I. p. 101.

Voy. en outre:

Réversale du prince Eugène de Savoie donné au duc de Modène, touchant la restitution de la place de Bersello à effectuer aussitôt la guerre finie, ou dès la sortie des Français d'Italie, en 1702.

(Ch. de Martens, l. c. p. 100—101.)

Bruchstücke von Reversalien sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 10 (S. 206—209).

d'autres puissances les lui ont déjà concédé; et voulant que le dit titre soit toujours donné, et à l'avenir, tant dans son royaume que dans toutes les autres occasions; sa majesté impériale de toutes les Russies a ordonné, qu'en vertu de la présente, il soit déclaré et assuré que, comme cette complaisance du roi lui est très-agréable; ainsi cette même reconnaissance du titre impériale ne devra porter aucun préjudice au cérémonial usité entre les deux cours de sa majesté le roi de France, et de sa majesté impériale de toutes les Russies.

Fait à St. Petersbourg, le 16 mars 1745.

Alexis, comte de Bestuchef.
Rumin Mich., comte de Woronzow.

IX. Beispiele von Abberufungs-Schreiben.

Nro. 36.

Lettre de rappel pour le ministre du roi de N., adressée au roi de N.[1]).

Monsieur mon frère, Ayant jugé convenable d'envoyer à N., en qualité de mon ambassadeur, le comte de N., qui exerçait l'emploi de mon Envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire auprès de V. M., je lui ai donné l'ordre de prendre congé d'elle; mais comme l'autorisation qu'il avait obtenue de revenir en N. l'a mis dans le cas de quitter sa résidence avant de connaître la nouvelle mission

Beispiele von Declarationen (Hof- und Ministerial-) sieh. bei Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. I. p. 1—17, sect. II. p. 200—218 und Aegidi u. Klauhold, a. a. O. 1861 Juliheft SS. 42—43, 93—96, Augustheft S. 163 — 168, Novemberheft S. 351 — 353, Decemberheft S. 369 — 392, von Abdications-, Renunciations- und Cessions-Acten bei Ch. de Martens, l. c. p. 75—85 und Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 8 (S. 189 — 198), von Ratifications- und Garantie-Acten bei Ch. de Martens, l. c. p. 85 — 91 und Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 6 u. 7 (S. 177 —188), von Besitznahme-Acten bei Ch. de Martens, l. c. p. 97 — 99, von Verträgen bei Ch. de Martens, l. c. p. 102—131, Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 5 (S. 162—176) und Aegidi u. Klauhold, a. a. O., 1861 Juliheft SS. 1—42, 43—47, 77—81, Augustheft S. 176, Septbrheft S. 184, Novemberheft S. 360, von Protokollen und Voten bei Ch. de Martens, l. c. sect. II. p. 219—243, von Deductionen, Patenten u. A. m. bei Beck, a. a. O. Buch 3 Cap. 2 (S. 147—149) und Cap. 4 (S. 156—161).

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 522—523.

Voy. en outre:

Lettre du roi de N., adressée au directoire de la république de N., pour rappeler son ministre.

Lettre du roi de N., adressée au directoire de la république de N., pour rappeler son ministre.

(Ch. de Martens, l. c. p. 524 — 525.)

Formules de lettres de rappel et de réponses aux mêmes voy. chez Garcia de la Vega, l. c. Part. III. titr. III. chap. III. sect. II. p. 248—252.

Bruchstücke von Abberufungs-Schreiben sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 7 (S. 281—284).

que je lui destinais, il ne pourra remplir en personne cette dernière fonction de son ministère. J'espère donc que V. M. trouvera bon qu'il s'empresse de lui témoigner la reconnaissance dont il est pénétré pour les marques de bonté dont elle a bien voulu l'honorer pendant tout le temps de son séjour auprès d'elle; et je profite moi-même avec plaisir de cette occasion pour lui renouveler les assurances de la haute estime et de la parfaite amitié avec lesquelles je suis,

Monsieur mon frère,
de Votre Majesté,
le bon frère,
N.

N., le . . .

X. Beispiele von Abschiedsreden.

Nro. 37.

Harangue De Monsieur le Baron de Lillieroot Ambassadeur Médiateur par laquelle il prend congé de leurs Hautes Puissances les Seigneurs les Etats Généraux des Provinces-Unies. En datte du 3. Avril 1698.[1])

Celsi et Praepotentes Domini.

Cum Negotia illa quae à Sacra Regia Majestate Sueciae, Rege et Domino meo Clementissimo ex munere mediatorio mihi clementer commissa fuerunt, maximam in partem jam absoluta sint, restitutâ nimirùm sub auspiciis divinis almâ Pace, atque terminis quos partes paciscentis ejusdem executioni aliorumque inclusionibus adscripse-

[1]) Voy. Actes et Mém. des Négociat. de la Paix de Ryswick. Sec. éd. Tom. IV. A la Haye 1707 p. 383—386. Französischer Text p. 387—391. Auch abgedruckt bei Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 238—241.

Voy. en outre:

Harangue De Monsieur Schoubom, Ambassadeur de Sa Sérénité Electorale de Mayence faite à leurs Hautes Puissances les Seigneurs Etats Généraux des Provinces-Unies des Païs-Bas, à son Audience de Congé, faite le 21 Novembre 1697.

Harangue De son Excellence Monsieur le Comte de Bonde, Médiateur, faite à leurs Hautes Puissances Messeigneurs les Etats Généraux des Provinces-Unies, en prenant congé, avant que depasser en Angleterre, en datte du 3/13 Février 1698.

Harangue De Messieurs les Ambassadeurs de Sa Majesté Très-Chrétienne, faite à Messieurs les Etats Généraux des Provinces-Unies en prenant congé de leurs Hautes Puissances.

Harangue De Messieurs les Ambassadeurs Extraordinaires du Roi de Danemarc, faite à leurs Hautes Puissances Messeigneurs les Etats Généraux des Provinces-Unies, en prenant congé d'eux. Le . . Mars 1698.

(Act. et Mém. etc. l. c. pp. 167, 269, 353, 373.

Discours de congé de l'Ambassadeur de France, adressé aux Etats Généraux des Provinces-Unies des Pays-Bas, à son audience publique, en 1782.

(Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 246.)

Eine Anzahl anderer, namhaft gemachter Abschiedsreden sieh. bei Miruss, a. a. O. S. 242—243.

rant, ad finem vergentibus; adeò ut mea hîc loci praesentia non amplius necessaria esse videatur, sua Regia Majestas, cum ob recensitas rationes, tùm devotissimis meis desideriis mota, me hinc avocare clementer dignata est, prout ex praesentibus Sacrae Regiae Majestatis litteris Avocatoriis Celsis ac Praepotentibus Dominationibus Vestris pluribus percipere libebit.

Sacra Regia Majestas simul mihi in mandatis dedit, ut ante discessum meum asseverationes de integerrima sua atque intemerata amicitia firmoque Suae Majestatis proposito eandem continuandi, jam anteà saepius à me factas renovarem, nec non hujus Reipublicae salutem et Emolumenta quavis ratione sedulò promovendi testarer. Quam sanè Provinciam eo securiùs libentiùsque suscipio, quod affectus Sacrae Regiae Majestatis in Celsas ac Praepotentes Dominationes Vestras probè mihi perspectus, mihique persuasissimum sit, mutuam inter Regem meum Clementissimum et Celsas ac Praepotentes Dominationes Vestras Fiduciam, mutuam quoque perficere utriusque subditorum securitatem. Cujus rei praecipua argumenta in praesens recensere insuper habeo, cùm Celsis ac Praepotentibus Dominationibus Vestris perquisitissimum sit, quicquid commodis earundem conducat, easque minime fugiant omnia illa, quae veram hujus Reipublicae faecilitatem conficiunt, ità ut id saltem monuisse sufficiat, communicata invicem Consilia, quae tam validis nituntur fundamentis, non posse non uberrimos progressus inducere, nec Celsis ac Praepotentibus Dominationibus Vestris, rebus sic constitutis, ullam amplius de benevolentia et integritate suae Regiae Majestatis ambigendi ansam relinqui. In hunc finem cùm ante sex circiter annos ad obeunda poenes Celsas ac Praepotentes Dominationes Vestras mandata Sacrae Regiae Majestatis huc ablegarer, duo mihi imprimis momenta injungebantur probé observanda; unum ut Celsas ac Praepotentes Dominationes Vestras desincero et incorrupto Sacrae Regiae Majestatis studio certiores redderem, animorum conjunctionem utrique parti non modo utilem, sed et necessariam esse demonstrarem, nec non omnia illa, quae eidem perniciosa esse possent, suspiciones praecipuè, haesitationes et simultates è medio tollere allaborarem: alterum, ut restabiliendae honestae Paci incumberem, Scopoque tam salutari attingendo tantò minùs intentatum quid relinquerem, quòd gravissimum accidebat Regi verò pio et religiosissimo tantam innoxii sanguinis effusionem, tantarum Provinciarum Urbiumque devastationem atque excidia, tot denique hominum oppressionem ac miserias absque commiseratione adspicere, quin potiùs deploranda mutuae internecionis imagine tactus, nihil magis exoptaret, quàm ad sopiendam luctuosissimi belli flammam, et redintegrandam pristinam Christiani Orbis tranquillitatem, Regias curas sollicitè impendere.

His itaque mandatis condignè adimplendis toto ministerii mei cursu, omni sanè conatu incubui, inque singulis negotiis, quibus me pertractandis admoveri evenit, saluberrimam Clementissimi Regis mei intentionem, quantùm in me quidem fuit, debita diligentia et fidelitate assequi adnisus sum: et licet successus, qui indè provenerunt, qualemcumque operam meam Illustrasse minimè praedicare possim, accidit tamen, divinâ favente clementia, atque indefesso labore eorum, qui huic telae pertexendae manus accommodarunt, ut bello tandem extincto desiderata Pax refulserit, non quidem talis, quae meliori rerum facie, ad explenda omnium, quorum intererat, desideria, expectari potuerit, sed qualem partes belligerantes praesenti temporis habitu commodis suis conducere existimarunt. Antiqua itidem inter Sacram Regiam Majestatem et Celsas ac Praepotentes Dominationes Vestras foederum necessitudo subindè non parum jactata, sibi nihilominus constitit atque inconcussa permansit. In quo tamen respectu exigua fateor fuisse merita mea, quae accuratam postulassent in re gravissima sollicitudinem, levior tamen illa extitit ob insignem et paratissimam Celsarum ac Praepotentium Dominationum Vestrarum voluntatem, tam in promovendis iis, quae foederum nexui magis magisque adstringendo inserviebant, quàm in reliqua quavis occasione, ita ut mandata Clementissimi Regis mei cum gaudio exequi, officioque meo non absque voluptate defungi mihi contigerit: et hac quidem ratione praetermittere nequeo, quin debitis laudibus efferam expeditissimam omnino in adminiculis quibuscunque facilitatem, quam ab illo Ministro expertus sum, qui Celsarum ac Praepotentium Dominationum Vestrarum nomine, rebus gerendis quotidie mecum interfuit, quique singulari sua moderatione, sagacitate, experientia atque dexteritate id effecit, ut semper, licet in arduis, facilè tamen et nullo negotio convenerimus.

Cum autem id acciderit consciis et jubentibus Celsis ac Praepotentibus Dominationibus Vestris, mearum partium erit iisdem pro illa et quavis alia benevolentia et humanitate, quà me caeteroquin prosequi dignatae fuerunt, debitas referre gratias: quemadmodum et de his omnibus ad Sacram Regiam Majestatem amplissimè retuli, eoque ipso stabiliendae Consiliorum harmoniae non parum me contulisse autumo. Et cùm non alio pacto fauti favoris memoriam comprobare queam, saltem et Praepotentibus Dominationibus Vestris cultum eodem condignum, et calida in perennem inclytae hujus Reipublicae salutem vota spondeo.

Denique Celsis et Praepotentibus Dominationibus Vestris hisce valedicturus, me qua par est reverentia commendo, idque ex animo voveo, ut saepius laudata inter Sacram Regiam Majestatem, Regem et Dominum meum Clementissimum ac Celsas et Praepotentes Dominationes Vestras amicitia in dies accrescat et inviolata perduret,

ut Pax jam redintegrata constans sit et perpetua; Regimen verò Celsarum et Praepotentium Dominationum Vestrarum continuis rerum successibus inclarescat, Status et Ditiones earundem vigeant, ipsique unà cum subditis suis longâ concordiae, securitatis et opulentiae serie incolumes vivant et floreant.

Nro. 38.

Discours de congé de l'ambassadeur de France, adressé à l'impératrice de Russie[1]).

Madame,

Ce n'est pas sans une bien vive émotion que je viens aujourd'hui me présenter à V. M. I., puisque, obligé de m'éloigner d'une cour où j'ai passé les plus beaux jours de ma vie, comblé par V. M. de grâces et de bontés, je dois prendre congé d'elle, privé peut-être pour j'amais du bonheur de la revoir.

C'est par ordre du roi mon maître que j'ai l'honneur de présenter à V. M. la lettre par laquelle il lui a plû de me rappeler de sa cour; elle contient les témoignages de l'amitié inaltérable et de l'attachement sincère que S. M. lui porte, et que je suis chargé de lui exprimer encore de vive voix. Je ne saurais quitter cette cour, sans remercier V. M. I. au nom du roi mon maître, des bonnes dispositions, qu'elle a bien voulu témoigner pour les intérêts de S. M. et dont je me ferai un devoir bien doux de faire un rapport fidèle. Je puis assurer à V. M. que le roi ne laissera échapper aucune occasion d'embrasser avec chaleur les intérêts de votre personne sacrée et de ses sujets, ainsi que de cultiver et de resserrer de plus en plus l'union et les liens de l'amitié qui subsistent entre les deux couronnes.

Quant à moi, madame, je ne trouve point de termes qui puissent, en partie seulement, exprimer l'étendue de ma reconnaissance respectueuse, pour toutes les grâces dont V. M. a daigné me combler. Ces sentimens, comme ceux du plus profond respect, sont à j'amais gravés dans mon coeur.

[1]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II, p. 385.

Voy. en outre:

Discours de congé de l'ambassadeur de France, adressé aux Etats-Généraux des Provinces-Unies des Pays-Bas, à son audience publiques; en 1782.

Autre discours de congé de l'ambassadeur de France, adressé aux Etats-Généraux des P.-U. des P.-B.

Autre discours de congé.
(Ch. de Martens, l. c. p. 382—384.)

Discours de congé de l'ambassadeur d'Angleterre lord Tirawlei, adressé à l'impératrice de Russie.

Réponse du grand-chancelier, comte Bestuchef, au nom de l'impératrice.
(Ch. de Martens, l. c. p. 394—396 und Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 8 §. 7.)

XI. Beispiele von Recreditiven.

Nro. 39.

Literae Recredentiales a Rege Sueciae Comiti d'Avaux datae. (27/17 April) 1699.[1])

Nos Carolus, Dei gratia etc. Serenissimo ac Potentissimo Principi, Domino Ludovico XIV.

Inter illustria Documenta, quibus sincerum amicitiae suae affectum testatum perspectumque Nobis reddere Majestas Vestra voluit, non ultimo loco reponendum censemus, quod Majestas Vestra per Legatum suum Extraord. Illustr. atque Magnificum Nobis sincere dilectum Dn. Comitem d'Avauxium, utpote Ministrum eximiis animi dotibus et in tractandis arduis negotiis singulari prudentiae et dexteritatis laude jam pridem celebrem, ea apud Nos jecerit fundamenta strictioris conjunctionis ac nexus, quae tum ad salutem et tranquillitatem Orbis Christiani asserendam, tum ad redintegrandam antiquam illam animorum et consiliorum unionem, inter Reges Regnaque Sueciae et Galliae gloriose sustentandam plurimum momenti adferre possint. Hunc igitur Majestatis Vestrae Legatum Extraordinarium munere suo jam aliquot per annos apud Nos praeclare et feliciter perfunctum, Nobisque ob conciliata Nos inter et Majestatem Vestram mutuae benevolentiae et intimioris confidentiae augmenta summopere gratum non sine Testimonio Nostrae erga eum singularis propensionis, dimittendum censuimus, amplioribus condecorandum elogiis, nisi Majestati Vestrae notiora Ejus essent merita, quam ut aliena commendatione indigeant. Id saltem quin significemus praeterire non possumus, cum sedulitate ac solertia sua in exponendo Majestatis Vestrae erga Nos affectu id effecisse, ut confideamus illum eadem integritate de Nostra vicissim in Majestatem Vestram sincera et enixa voluntata firmoque Nostro proposito cum Majestate Vestra amicitiam solidam atque indissolubilem alendi atque augendi fidem ac locupletem testem fore. De Caetero Majestati Vestrae secundos et gloriosos rerum successus, jugemque incolumitatem ex animo apprecamur.

Dabantur in Palatio Nostro Regio Holmensi die 27/17. April 1699.

Carolus.

[1]) Vgl. Miruss, a. a. O. Abth. 2 S. 141—142.

Vgl. ferner:

Lettre de récréance du roi de N., adressée au roi de N.

Autre lettre de récréance.

Lettre de récréance des (ci-devant) Etats-Généraux des Provinces-Unies des Pays-Bas, adressée au roi de France.

(Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. III. p. 525—528.)

Bruchstücke von Recreditiven sieh. bei Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 9 (S. 295—299.)

Nro. 40.

Recreditiv Kaiser Carl VI. für den russischen Residenten Abraham Wesseloffsky, vom 14. Februar 1719 [1]).

Wir Carl der VI. schicken Ew. Durchl. Ihren Residenten Abraham Wesseloffsky zurück und wird Ihnen derselbe die Ursachen seiner Zurückkunfft eröffnen können. Gedachter Resident hat seiner Function, so lange, als er sich an Unserm Hof aufgehalten, mit aller Vorsicht und guter Aufführung vorgestanden, also dass er eine allgemeine Approbation verdienet hat, und nach seiner Abreise eine gute Reputation und ein gutes Andencken seiner Person hinterlassen wird. Im übrigen wünschen wir Ew. Durchl. alles Wohlseyn.

Wien, den 14. Februar 1719.

XII. Beispiele von Abschieds-Schreiben.

Nro. 41.

Abschieds-Schreiben des kaiserlichen Gesandten, Grafen von Uhlefeld, an die General-Staaten, vom 30. April 1740 [2]).

Hauts et Puissans Seigneurs!

Comme Sa Majesté l'Empereur mon Maître vient de me remettre ses lettres de Créance pour la Cour Ottomanne, j'ai crû être de mon devoir, d'en donner connoissance à V. H. P. par ce Memoire, qui Leur sera presenté par le Sieur Halloy Secretaire de S. M. Imp. et Catholique. La nouvelle commission, dont je viens d'être honoré eloigne encore pour quelque tems mon retour à la Haye; mais qu'il me soit permis en attendant d'assurer V. H. P. qu'en tout tems et en tout lieu je conserverai toûjours un vif souvenir des bontés qu'Elles ont eües pour ma personne, et que l'on ne sauroit rien ajouter à la veneration et au respect que j'aurai toûjours pour V. H. P.

Fait à Vienne le 30 Avril 1740.

Le Comte d'Uhlefeld.

Nro. 42.

Lettre pour prendre congé [3]).

Mon prince,

J'ai l'honneur de faire part à V. A. que, l'arrivée de M. N. ayant mis fin à ma mission de Chargé d'affaires de N. à N., je me dispose

[1]) Vgl. Lünig, Hist.-Polit. Schauplatz Th. 2 S. 1527.

[2]) Vgl. Beck, a. a. O. Buch 5 Cap. 8 §. 12 (S. 290).

Vgl. ferner:

Abschieds-Schreiben des französischen Gesandten Durand im Haag an die General-Staaten der Vereinigten Provinzen der Niederlande, vom Jahre 1753.

(Beck, a. a. O. §. 13.)

[3]) Voy. Ch. de Martens, g. d. Tom. II. sect. II. p. 448—449.

Voy. en outre:

à quitter cette ville. Mais je ne le ferai pas sans avoir prié V. A. de me permettre de lui exprimer ma reconnaissance pour l'accueil plein de bonté que j'ai reçu et les dispositions bienveillantes qu'elle ma montrées en toute occasion. Je dois et je paie également avec beaucoup de plaisir aux chefs de section de son ministère le tribut de mes sincères remercimens, pour l'obligeance avec laquelle ils ont bien voulu répondre constamment aux communications que j'ai été chargé de leur faire.

Si j'osais croire, mon prince, qu'il me fût permis de vous prier de mettre aux pieds du roi les expressions de ma respectueuse gratitude pour les marques de bonté dont S. M. a daigné m'honorer en plusieurs circonstances, j'en adresserais la demande à V. A. avec beaucoup d'instance, et je serais éternellement reconnaissant si elle voulait y acquiescer. Je prie V. A. de vouloir bien agréer mes regrets, et l'assurance des sentimens de la plus haute considération avec laquelle jai l'honneur d'être,

mon prince,

de V. A. etc.

N.

Réponse.

Monsieur le comte,

Je partage vivement les sentimens que vous m'exprimez dans votre lettre du . . . ., et je vous vois quitter à regret une place dans laquelle vous avez su vous concilier l'approbation de S. M. le roi, mon auguste souverain, et l'estime de son ministère. S. M. me charge de vous faire connaître, M. le comte, qu'elle a bien apprécié la loyauté qui a toujours dirigé votre conduite, et le devouement que vous n'avez cessé de montrer pour la cause de votre auguste maître. Il appartient à S. M. N. de récompenser de pareils services, et je vous prie de croire que je necesserai jamais de prendre une part sincère aux succès que vous ne manquerez pas d'obtenir. J'espère, M. le comte, que j'aurai encore l'avantage de vous voir avant votre départ et de vous réitérer de bouche les assurances de ma considération très-distinguée.

N.

Autre lettre pour prendre congé. Lettre pour prendre congé, adressée par le baron de Gagern, plénipotentiaire de S. M. le roi des Pays-Bas, aux membres de la diète de Francfort; du 6 avril 1818. (Ch. de Martens, l. c. p. 449—451.)



Die innere Politik
der
Preußischen Regierung
von 1862 bis 1866.

Sammlung
der amtlichen Kundgebungen und halbamtlicher Aeußerungen.
1866. gr. 8. geh. 1 Thlr. 22½ Sgr.

Novation und Delegation
nach römischem Recht.

Ein civilistischer Versuch
von
Botho von Salpius,
Kreisgerichtsrath zu Stralsund.
1864. gr. 8. geh. 2 Thlr. 15 Sgr.

Topographisch-statistisches Handbuch
des
Preußischen Staats,
enthaltend
die sämmtlichen Stubte, Flecken, Dörfer und sonstigen Ortschaften
größeren Umfanges in alphabetischer Ordnung,
mit Angabe des Gerichts erster Instanz, des Schwurgerichts, des Apellations-
gerichts-Departements, des landräthlichen Kreises, des Regierungs-Bezirks
und der Einwohnerzahl.

Unter Benutzung der Akten des Königlichen Justiz-Ministeriums
herausgegeben
von
Kraatz,
Geheimen Rechnungs-Rath und Vorstand der Geheimen Kalkulatur des Justiz-Ministeriums.

Zweite Auflage.
4. geh. 5 Thlr.


VE
RI
TAS
CHRISTO
ECCLESIAE
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
ET